Marina Brandtner

Diskursverweigerung und Gewalt

Marina Brandtner

Diskursverweigerung und Gewalt

Dimensionen der Radikalisierung des politischen Klimas in der obersteirischen Industrieregion 1927–1934

StudienVerlag
Innsbruck
Wien
Bozen



Gedruckt mit der Unterstützung des Austrian Science Fund (FWF): D 4302-G15

E-Mail: order@studienverlag.at
Internet: www.studienverlag.at

Buchgestaltung nach Entwürfen von Kurt Höretzeder
Satz: Studienverlag/Georg Toll, www.tollmedia.at
Umschlag: Studienverlag/Dominika Nordholm
Umschlagbild: Begräbnis der sieben Todesopfer der Exekutive beim Juli-Putsch in Leoben, Juli 1934
© Österreichische Nationalbibliothek, E3/396.
Registererstellung durch die Autorin

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlor- und säurefrei gebleichtem Papier.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7065-5059-8

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Dieses Buch basiert auf meiner im April 2010 approbierten Dissertation, deren Erforschung und Fertigstellung rund vier Jahre in Anspruch nahmen. Die Idee zum eigentlichen Thema entstand aus dem Interesse für die eigene Familiengeschichte, genauer gesagt für die „Geschichten“ meiner Mutter, die ihre Kindheit in der Ersten Republik verlebte. Ihren Erinnerungen, die sich um jene ihres Freundeskreises erweiterten, ist es zu verdanken, dass ich schon sehr früh von dem harten und entbehrungsreichen Kinderleben in der Familie eines lange Zeit arbeitslosen Druckereiarbeiters erfuhr. Die von meiner Mutter zum Besten gegebenen Anekdoten rankten sich um die Liebe zu der Mutter und den Geschwistern, die Angst vor dem jähzornigen Vater, um das Arbeitenmüssen trotz Hungers, aber auch um liebe Nachbarn, Kinderfreundschaften und freies und lustiges Spielen in der Natur. Dies alles eingebettet in eine beschauliche Vorstadtgemeinde, die von den seinerzeitigen scharfen politischen und gesellschaftlichen Konflikten nicht verschont wurde. In der kleinräumigen Nachbarschaft wusste jeder über jeden Bescheid. Ob man „schwarz“ oder „rot“ war, konnte vielfach an den kulturellen Aktivitäten abgelesen werden. Zu den „Bekenntnissen“ gehörten beispielsweise der Kirchgang, der Besuch einer Bastelstunde bei den „Kinderfreunden“ oder der Einkauf beim „Konsum“. Was vielen Erwachsenen als unüberwindliche Hürde erscheinen musste, spielte glücklicherweise für meine Mutter und ihre Geschwister keine Rolle. Das beweisen die in den Wirren der Ersten Republik dauerhaft geschlossenen Freundschaften mit Kindern aus politisch anders gesinnten Familien.

Mir, die ich in einer Zeit des Wohlstandes und des demokratischen Konsenses aufwuchs, schienen die Kindheitserlebnisse der Mutter aus einer längst versunkenen Welt zu stammen. Erst Jahre später merkte ich, dass die politischen Demarkationslinien der Zwischenkriegszeit nicht gänzlich verschwunden waren, sondern vielfach in anderen Formen weiter existierten. Das Bedürfnis, diesen Spuren zu folgen und mehr über das politische Vermächtnis der Ersten Republik zu erfahren, führte mich auf eine lange Reise in die Vergangenheit, deren Ergebnisse in dieser Arbeit vorliegen.

Danksagung

Ich möchte allen, die mich während meiner Recherchen unterstützt haben, meine Dankbarkeit aussprechen, insbesondere meinem langjährigen Betreuer Univ.-Prof. Dr. Dieter Anton Binder für seine Geduld, sowie meiner Familie, für die ich zeitweise nur über Umwege zwischen Bücher- und Ordnerstapeln erreichbar war. Herzlich danken möchte ich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Steiermärkischen Landesarchivs, vor allem Dr. Elke Hammer-Luza für die zuvorkommende Hilfe sowie dem Direktor des Österreichischen Staatsarchivs, Dr. Rudolf Jeřábek, der mich bei der Auswahl der Quellenbestände fachkundig beriet. Weiters habe ich der Leiterin des Stadtarchivs Leoben, Mag. Susanne Leitner-Böchzelt, für das zur Verfügung gestellte Archivmaterial zu danken, insbesondere ihrer Mitarbeiterin Frau Brigitte Winter, die mich nach den vorhandenen Möglichkeiten tatkräftig unterstützte. An dieser Stelle dürfen auf keinen Fall die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mediathek der Universitätsbibliothek der Karl-Franzens-Universität Graz fehlen, die bei meiner Zeitungsrecherche stets hilfsbereit zur Stelle waren.

Mein ganz besonderer Dank gilt dem Landespolizeikommandanten für die Steiermark, Generalmajor Peter Klöbl, für die prompte Erteilung einer Besuchsgenehmigung sowie den Bezirkspolizeikommandanten von Bruck an der Mur, Leoben und Judenburg, für die ausnehmend freundliche und aufmerksame Betreuung bei der Sichtung der Gendarmeriechroniken. Meine Lektorinnen, Mag. Maria Nievoll und Mag. Stefanie Glasner, trugen zur Vervollständigung dieses Werkes bei; auch ihnen ein großes Dankeschön. Schließlich möchte ich meinem Kollegen Mag. Roland Steiner für seine wertvollen Hinweise sowie Univ.-Doz. Dr. Karl Stocker für seine Buchspende herzlich danken.

Meinen Eltern, Hedwig und William, und Bruder Bernhard in liebem Gedenken.

Semriach, 2011
Marina Brandtner

1. Einleitung und theoretische Grundlagen

1.1 Gedanken zum Thema

Ungeliebtes Österreich

> *Mit einigen wenigen Ausnahmen waren die Österreicher nach 1918 der Meinung, daß sie ein Teil Deutschlands sein müßten und daran lediglich durch die Großmächte gehindert würde, die Mitteleuropa den Friedensvertrag aufgezwungen hatten. (…) Sie hatte gerade eine Revolution hinter sich und war für kurze Zeit unter einer aus klerikalen Reaktionären gebildeten (…) Regierung zur Ruhe gekommen, die sich auf die Stimmen der frommen oder zumindest stark konservativen Landbevölkerung stützte. Ihr stand eine verhaßte Opposition aus revolutionären marxistischen Sozialisten gegenüber, die ihre Basis zum größten Teil in Wien (…) sowie bei all denen hatte, die sich als „Arbeiter" verstanden. Neben der Polizei und der Armee, die der Regierung unterstanden, gab es auf beiden Seiten des politischen Spektrums paramilitärische Verbände, für die der Bürgerkrieg nur aufgeschoben war.*[1]

In Hobsbawms nüchterner Bestandsaufnahme steckt die Essenz der in den Jahren nach dem verlorenen Krieg ungeschminkt zu Tage getretenen Problematik: Der mangelnde politische Konsens, verschärft durch die weitgehend fehlende Identifikation mit dem Kleinstaat Österreich, ja, Angst vor und Ablehnung des politischen Gegners gehören zu den maßgeblichen Ursachen für die krisenhafte Entwicklung in der Ersten Republik Österreichs. Mit dem Ende der Herrschaft der Habsburger und der Hohenzollern schien vielen Parlamentariern die Wiedervereinigung Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reich ein logischer Schritt zu sein. Schon im Artikel 2 der von der provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich ausgearbeiteten Verfassung wurde bestimmt, dass Deutschösterreich ein Bestandteil der Deutschen Republik sei.[2] Der Staatsvertrag von St. Germain, der am 17. Oktober 1919 ratifiziert wurde, untersagte jedoch den Anschluss Österreichs an Deutschland, setzte die Staatsgrenzen Österreichs endgültig fest und verhängte wirtschaftliche Sanktionen

1 Eric Hobsbawm, Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert (München 2006) S. 25.

2 Alfred Pfoser, Politik im Alltag. Zur Kulturgeschichte der Ersten Republik. In: Zeitgeschichte 5 (1978) 372–383; auch Wolfgang C. Müller, Zum Konzept der Politischen Kultur. In: Zeitgeschichte 12 (1984) 26–35. Schon die Geburtsstunde der Republik stand im Zeichen des Unfriedens: Anlässlich der Proklamation der Republik am 12. November 1918 kam es vor dem Parlamentsgebäude in Wien zu Tumulten und einer Schießerei, die mehrere Verletzte forderte: Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934 (München 1976), Kurzzitat: Botz, Gewalt, S. 33–34; Peter Thaler, The Ambivalence of Identity. The Austrian Experience of Nation-Building in a Modern Society (West Lafayette 2001) S. 58, 68.

über den Kleinstaat, die als ungerechtfertigt hart empfunden wurden.[3] Trotz des Verbotes blieb die Anschlussidee jedoch am Leben. Bald wurden Stimmen aus den Bundesländern laut, die mitunter auch aus ökonomischen Erwägungen nach einer Vereinigung mit Deutschland riefen, oder überhaupt hofften, dieser „unmögliche" Staat werde sich „mit Gestank auflösen".[4] Ernst Bruckmüller führt die mangelhafte Identifikation mit dem neuen Staat auf die gesellschaftlichen Strukturen der Monarchie zurück, auf deren Verknüpfung von Hierarchien und Privilegien. Durch die kriegsbedingte Inflation und den Zerfall der Monarchie wurden die ehemaligen Nutznießer der Monarchie wie die Bürokraten, Bankbeamten und bürgerlichen Unternehmer, aber auch der Offiziersstand nicht nur finanziell, sondern auch in ihrem Ansehen schwer geschädigt.[5]

Ein weiteres Problem stellte auch das Fehlen einer staatstragenden verbindenden Symbolik wie etwa Wappen und Hymne dar, und es ist bezeichnend, dass sich die Verantwortlichen erst 1929 auf den Kernstock-Text „Sei gesegnet ohne Ende" zur Melodie Haydns einigen konnten. Neben der offiziellen Hymne, die als kaiserliche Hymne bei vielen Menschen in lebhafter Erinnerung geblieben war, standen das in deutschnationalen Kreisen beliebte Lied „Die Wacht am Rhein" sowie das „Deutschlandlied" hoch im Kurs. Auch der im April 1919 zum offiziellen Staatsfeiertag erklärte 12. November erlangte kaum eine staatstragende und integrale Funktion. Während der Tag der Republik von der Sozialdemokratie demonstrativ gefeiert wurde, ignorierten ihn die katholisch-konservativ Gesinnten, welche dem kaiserlichen Großreich nachtrauerten, schlichtweg. Weitaus mehr Menschen orientierten sich lieber an ihre eigenen „Lagerkultur" und deren Festfolge, seien es die Mai- und Republikfeiern der Sozialdemokratie, die katholischen Feiertage wie etwa Fronleichnam, oder das Julfest der deutschnational Gesinnten. Aber auch die Großdeutsche Volkspartei beging den Tag der Republik feierlich, obzwar aus ganz anderen Gründen als die Sozialdemokraten, nämlich als „Tag der Anschlusserklärung".[6] Zusätzlich zum Identifikationsproblem herrschte ein Mangel an Demokratieverständnis. Die relativ kurze Phase des Liberalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte für die Herausbildung eines breiten demokratischen Grundkonsenses im Habsburgerstaat vermutlich nicht ausgereicht. So führte die schrittweise Ausdehnung des Wahlrechts

---

3 Das Land wurde zudem von einer rasanten Inflationswelle erfasst, die im August 1922 ihren Höhepunkt erreichte. Eine detaillierte Darstellung bietet Gottlieb Ladner, Seipel als Überwinder der Staatskrise vom Sommer 1922 (= Publikationen des österreichischen Instituts für Zeitgeschichte 1, Wien 1964), Kurzzitat: Ladner, Staatskrise.

4 Dr. Richard Steidle, Führer der Tiroler Heimatwehr, in einem Brief an Bundeskanzler Mayr, 25. Mai 1921, zitiert aus: Rolf Steininger, Stationen auf dem Weg zum „Anschluss". In: Rolf Steininger, Michael Gehler (Hrsg.), Österreich im 20. Jahrhundert, 2 Bde. (Wien/Köln/Weimar 1997), Kurzzitat: Steininger/Gehler, Österreich im 20. Jahrhunder Bd.1, S. 110.

5 Ernst Bruckmüller, Sozialstruktur und Sozialpolitik. In: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hrsg.), Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, 2 Bde. (Graz/Wien/Köln 1983), Kurzzitat: Weinzierl/Skalnik, Erste Republik Bd.1, S. 432.

6 Leoben. Großdeutscher Festabend. In: Obersteirerblatt (14.11.1928) S. 8: *Leoben. Am Montag, den 12. November, fand im großen Postsaal, der in Farben und Blumen prangte, die außerordentlich gut besuchte Festversammlung der Großdeutschen Volkspartei aus Anlaß der 10. Wiederkehr der Anschlußerklärung Oesterreichs statt.*

keineswegs zu einer echten Demokratisierung der Gesellschaft, sondern begünstigte die Aufrichtung scharfer gesellschaftspolitischer Barrieren. In diesem Sinne ist verständlich, dass das Bürgertum, das gerade erst zur politischen Partizipation gelangt war, in der Zulassung neuer Wählerschichten zum Wahlrecht eine Gefährdung seiner Interessen sah. Um 1895 war der „Arbeiter“ nicht bloß zur „roten Gefahr“, sondern auch zum Träger egalitärer Bestrebungen geworden.[7] Während sich die Arbeiterbewegung auf die Bedürfnisse ihrer Klasse konzentrierte, kam es im „bürgerlichen Lager“ zu einer weitgehenden Identifizierung von Bürgertum und Bauernschaft mit dem Kaiserstaat, wobei Kirche, Schule und Militär als wichtige Sozialisationsfaktoren wirkten.[8] Die in den letzten Jahrzehnten der Monarchie formierten politischen Lager samt deren Subkulturen bildeten letztlich die Basis für den gesellschaftlichen Konflikt der Ersten Republik.

Aus heutiger Sicht erscheint es beinahe unfassbar, wie stark die Politik das Denken und Handeln vieler Menschen beeinflusste, so dass die Verachtung des Andersgesinnten, des politischen Gegners, vielfach die Haltung im Alltag bestimmte. Josef Hofmann drückt dieses Unbehagen im Vorwort seiner 1965 erschienenen Publikation „Der Pfrimer-Putsch“ folgendermaßen aus:

> *Um welche autoritäre Ideologie der Zwischenkriegszeit es sich auch handelt, wenn wir zu ihren letzten Grundlagen vorstoßen wollen, sehen wir uns vor einen Mythos gestellt, der sich unserer Einsicht entzieht.* (…) *Was aber meiner Meinung nach weit mehr zählt, ist die Tatsache, daß in dieser Episode klar zum Ausdruck kommt,* (…) *wie sehr die Politik jener Zeit von Phantasten beeinflußt werden konnte, und wie gläubig die Menschen politischen Dilettanten folgten.*[9]

Das von Hofmann Mitte der 1960er Jahre angesprochene Problem des Zugangs zum politischen Denken der Zwischenkriegszeit könnte nach weiteren 45 Jahren relativiert werden. Der genannte Zeitraum ist zwar ferner denn je, inzwischen hat sich die Geschichtswissenschaft mit dieser Periode jedoch stärker beschäftigt und eine Reihe von Publikationen zu diesem Thema hervorgebracht. Ich möchte auf das Thema der politisch motivierten Geschichtsschreibung in der Zweiten Republik[10] hier nicht näher eingehen. Faktum ist, dass die politischen Ereignisse der Ersten Republik keineswegs vergessen, sondern heute noch Gegenstand des parteipolitischen und öffentlichen Diskurses sind.[11] Dennoch könnte man von einem Mythos

---

7 John W. Boyer, Political Radicalism in Late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement 1848–1897 (Chicago 1981) S. 412.

8 Karl R. Stadler, Die Gründung der Republik. In: Weinzierl/Skalnik, Erste Republik, Bd.1, S. 55.

9 Josef Hofmann, Der Pfrimer-Putsch (Graz 1965), Kurzzitat: Hofmann, Pfrimer-Putsch, S. 5.

10 Robert Hoffmanns Literaturbericht ist nicht mehr aktuell, gibt jedoch einen guten Überblick über die „heiß umfehdete“ Thematik. Robert Hoffmann, Neuere Literatur zur Geschichte Österreichs von 1927–1938. In: Zeitgeschichte 3 (1975) 378–393.

11 Hiermit meine ich beispielsweise die Diskussion um das in den Räumen des ÖVP-Parlamentsklubs befindliche Dollfuß-Bild und um die Gedenkstätte im Marmorsaal des Bundeskanzleramts, sowie um die Ereignisse des Feber 1934 und die Schuldfrage hinsichtlich der Ausschaltung der

der Ersten Republik sprechen, denn angesichts der Erfolgsstory der Zweiten Republik liegt auf ihr meines Erachtens noch immer ein Schleier des „Lieber-Vergessen-Wollens“. Umso wertvoller sind die auf uns gekommenen Interviews und Erzählungen, die mitunter differenziertere Sichtweisen und überraschende Einblicke ermöglichen, wie beispielsweise die Tagebücher von Franz Schick[12] und Sepp Filz[13], die im Rahmen der Geschichtswerkstatt Leoben aufgezeichneten Interviews[14] und diverse andere Erzählungen persönlicher Natur.[15]

In der vorliegenden Publikation versuche ich ein Stimmungsbild einer steirischen Industrieregion zu zeichnen, die von den politischen und wirtschaftlichen Krisen der Zwischenkriegszeit voll erfasst wurde. Diese „Nahaufnahme“ soll Einsicht in das Denken und Handeln der damaligen Akteure gewähren und damit zu einem besseren Verständnis der von Hofmann angesprochenen geistigen Grundlagen beitragen. Der Begriff der Radikalisierung des politischen Klimas, den ich weiter unten näher erläutere, umschreibt hier einen komplexen Prozess, der sich auf mehreren Ebenen entwickelte und im untersuchten Zeitraum massive Auswirkungen auf die Gesellschaft hatte. Das ultimative Ziel dieser Darstellung ist es aber nicht, mit irgendeiner politischen Richtung „abzurechnen“, sondern dazu beizutragen, eine Antwort auf das „Warum“ zu finden.

1.2 Methodik und Quellen

Dieses Buch setzt sich aus fünf Kapiteln und abschließenden Schlussbetrachtungen zusammen. Um die Thematik eingehend auszuleuchten, erschien es sinnvoll, den Kernkapiteln 3, 4 und 5 eine geraffte Darstellung der von mir ausgewählten theoretischen Ansätze sowie der wirtschaftlichen und politischen Situation in Österreich und der Steiermark voranzustellen. Nach einer kurzen Einführung in die Geschichte und die Grundlagen der regionalen Geschichtsschreibung bietet Kapitel 3 eine Zusammenfassung topografischer, politischer und wirtschaftlicher Merkmale der obersteirischen Industrieregion im Allgemeinen und des Bezirkes Leoben im Besonderen. Kapitel 4 und 5 stellen die Hauptkapitel der hier vorliegenden Studie dar. In ihnen wird das Phänomen der Radikalisierung des politischen Klimas anhand einer ausführlichen und intensiven Quellenrecherche aufgespürt und dargelegt. Im Kapitel 4

Demokratie. Siehe dazu: http://derstandard.at/fs/1575541/20022004-Armer-Suender-Dollfuss, 14.10.2009. Hinzuzählen könnte man auch die Empörung über die verbalen Entgleisungen, wie „purer Napalm“ und „Krebsgeschwür“, die während der Wahlkämpfe im Jahr 2006 gefallen sind.

12 Gestohlene Jugend. Die Tagebücher und Aufzeichnungen des Franz Schick 1930 bis 1933, bearbeitet und mit einem Nachwort versehen von Karl Stocker (=Schriftenreihe des Instituts für Geschichte 4, Graz 1991).

13 Heimo Halbrainer, Sepp Filz und seine Zeit. Ein Donawitzer Arbeiter auf der Walz, im Widerstand und beim Wiederaufbau (Dipl. Arb., Graz 1993).

14 Karl Stocker, Geschichtswerkstatt Leoben: Leben und Arbeiten im Bezirk Leoben (Wien/Köln 1989).

15 Stefan Riesenfellner (Hrsg.), Zeitgeschichten. Autobiographien zur Alltags- und Sozialgeschichte Österreichs 1914–1938. Arbeiterleben Bd.2 (Graz 1992).

versuche ich die Aktivitäten der wichtigsten politischen Parteien und Bewegungen in der Region und im Bezirk Leoben in einen Zusammenhang zur Problematik zu stellen. Mit ihren ideologischen Lebensentwürfen und Totalitätsansprüchen bildeten sie die Basis für die politische Auseinandersetzung jener Zeit. Deren wortgewaltige Führer, von Hofmann als „Phantasten" bezeichnete Demagogen, trugen meines Erachtens die Hauptverantwortung für die Eskalation der Gewalt auf der Straße. Wie der Prozess der Verschärfung des politischen Klimas in der obersteirischen Industrieregion zwischen 1927 und 1934 vor sich ging und welche zusätzlichen Faktoren maßgeblichen Anteil daran hatten, wird im Kapitel 5 dargestellt. Dabei ist zu beachten, dass der von mir gewählte Zeitraum nicht als geschlossenes „Zeitfenster", sondern als ein Teilaspekt der geschichtlichen Entwicklung Österreichs in der Zwischenkriegszeit zu verstehen ist. Um diesem Faktum Rechnung zu tragen, werden wichtige parteipolitische Aktivitäten etwa ab 1918 in einen dieser Gesamtdarstellung angemessenen Rahmen inkludiert. Auch nach der Niederschlagung der Erhebungen des Jahres 1934 kam es zu keiner Befriedung, sondern zu einer Fortsetzung des politischen Aktionismus bis ins Jahr 1938.[16]

In den meisten Fällen werden die politischen Akteure, soweit sie allgemein bekannt waren (Amtsträger, politische Führer), mit vollem Namen genannt. Um jenen Menschen, die Gegenstand einer behördlichen Untersuchung, jedoch keine politischen Hauptexponenten waren, ein „Gesicht" in der Anonymität zu verleihen, scheint lediglich der Vorname, wenn vorhanden, in Verbindung mit dem Initial des Nachnamens auf. Die kursiv gesetzten Zitate sind im Originalwortlaut wiedergegeben; ergänzende Worte, Wort- oder Satzteile sind in runde Klammern sowie Erläuterungen der Verfasserin in eckige Klammern gestellt. Ausgelassene Worte, Satzteile und Sätze innerhalb eines Zitates sind durch in Klammern gesetzte Punkte gekennzeichnet.

Als Grundlage meiner Untersuchung dienten mir verschiedene Quellenbestände des Steiermärkischen Landesarchivs (StLA) und des Österreichischen Staatsarchivs (ÖStA), die Chroniken dreier Bezirksgendarmeriekommandos sowie Zeitungen und Zeitschriften unterschiedlicher parteipolitischer Richtung. Der im StLA aufbewahrter Aktenbestand des Bundeskanzleramtes (BKA), der zum Großteil aus Berichten der Gendarmerie und Landesbehörden an die Generaldirektion für öffentliche Sicherheit in Wien zur politischen Lage in der Steiermark besteht, ist wohl die umfassendste Auskunftsquelle für den zu erforschenden Zeitraum. Mit der Einsetzung der Sicherheitsdirektoren Mitte 1933 wurden die Tätigkeiten sämtlicher politischer Parteien und Bewegungen regelmäßig beobachtet und detailliert wiedergegeben, was sich in einem enorm gestiegenen bürokratischen Aufwand widerspiegelte. Hinzu kommen verschiedene behördliche Berichte aus anderen Beständen, hauptsächlich auf der Bezirks- (BH) sowie der Landesebene (L.Reg.). Die im Staatsarchiv Wien aufbewahrten Bestände des Innenministeriums betreffend die Steiermark ergänzen jene im Landesarchiv befindlichen Akten hinsichtlich

16 Reinhard Gruber, „Strafprozesse am Kreisgericht Leoben von 1933 bis 1938" (Diss., Graz 2002) S. 137.

der polizeilichen Untersuchungen zum so genannten Pfrimer-Putsch sowie der militärischen Operationen während des NS-Putsches. Wertvolle Einsichten – wenn auch subjektiver Natur – gewährten mir die handgeschriebenen Chroniken der jeweiligen Bezirksgendarmeriekommandanten. Um der Darstellung einer rein obrigkeitsbezogenen Sichtweise entgegenzusteuern, bezog ich lokale Tages- und Wochenzeitungen verschiedener parteipolitischer Provenienz in meine Recherche ein, die außerdem eine Vielzahl an Hintergrundinformationen wie Tagesereignisse, Kinoprogramme, Werbeeinschaltungen und dergleichen lieferten. Hierzu zählen jedoch nicht die Parteizeitungen der Nationalsozialisten („Der Kampf") oder des Heimatschutzes („Der Panther"), die ausschließlich Propagandazwecken dienten. Die politische Berichterstattung des deutschen Konsuls in Graz wirft zusätzlich Licht auf regionale Geschehnisse. Als relativ unparteiisch können die Berichte des deutschen Konsuls jedoch nur bis zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Jänner 1933 gelten; danach wurde seine Tätigkeit naturgemäß vom nationalsozialistischen Regime diktiert. Der Konsul ermöglicht uns dennoch einen interessanten Blick hinter die Kulissen des offiziellen „vaterländischen" Österreich. Als wichtigen Bestandteil dieser Arbeit erachte ich schließlich die Auswertung lokaler Wahlergebnisse, welche nicht nur das Stärkeverhältnis politischer Bewegungen zueinander zeigt, sondern die These der Radikalisierung des politischen Klimas in einigen Gemeinden der obersteirischen Industrieregion eindrucksvoll unterstreicht.

Abschließend möchte ich bemerken, dass es im begrenzten Rahmen dieser Studie weder möglich noch beabsichtigt war, auf alle politischen Aktivitäten, Entwicklungen und Ausschreitungen in der Region einzugehen. Stattdessen entschied ich mich für eine ausgewogene Anzahl an Zusammenstößen verschiedener Art und Intensität, die ich als Beispiele parteipolitischer Interaktion in einen Mehrphasen- und Mehrebenenkontext stellte. Dieser Kontext ist das „Raster", in dem das Phänomen der öffentlichen Gewalt verdeutlicht und nachvollziehbar gemacht wird.

1.3 Begriffsdefinitionen

1.3.1 Radikalismus

In einem einschlägigen Wörterbuch[17] wird die Bedeutung des Begriffes „Radikalisierung" mit „Entwicklung zum Radikalen" angegeben; das Umstandswort „radikal", das sich vom lateinischen Wort „radix" (Wurzel) ableitet, wird als „politisch, weltanschaulich extrem; gründlich; rücksichtslos" und „Radikalismus" als „rücksichtslos bis zum Äußersten gehende (politische, religiöse usw.) Richtung" gedeutet. „Radikalismus" erhält somit eine eindeutig negative Konnotation, denn eine rücksichtslos bis zum Äußersten gehende politische oder religiöse gerichtete Bewegung wird, geleitet von Kompromisslosigkeit und Intoleranz Andersdenkenden gegenüber, im Regelfall

17 Der Duden. Rechtschreibung der deutschen Sprache, 21. Aufl. (Mannheim 1996) S. 602.

bereit sein, physische Gewalt und/oder psychischen Druck zur Durchsetzung von Zielen anwenden.[18]

Mit der Bezeichnung „Radikalisierung des politischen Klimas“ meine ich die zunehmende Verschärfung der politischen Antagonismen auf höherer politischer Ebene, die sich auf regionaler Ebene gleichsam „fortpflanzte“ und die viel zur Vergiftung der ohnehin gespannten Beziehungen zwischen Menschen unterschiedlicher politischer Anschauungen und sozialer Herkunft beigetragen hat. Unter „Radikalisierung“ ist auch ein gewisser Dynamisierungseffekt zu verstehen, der sich teils in verbalen Auseinandersetzungen, teils in Gewalttätigkeiten entlud. Die Metapher „Klima“ habe ich bewusst gewählt, denn sie versinnbildlicht einerseits etwas grundsätzlich Stabiles, gleichzeitig Empfindliches, das unter bestimmten Bedingungen aus dem Gleichgewicht geraten kann. Die Auswirkungen dieses „Klimawandels“, ob günstig oder ungünstig, werden allgemein spürbar. Ein Klima ist andererseits selbst in der Lage, direkte oder indirekte Einflüsse auf die Umwelt auszuüben. „Radikalisierung des politischen Klimas“ meint nicht nur die Bereitschaft politische Anschauungen mit Brachialgewalt zu verteidigen, sondern auch das Abrücken von einer Partei des politischen Mainstreams (SDAP, CS, GDV, LB) hin zu demokratie- und staatsfeindlichen Parteien und Bewegungen (NSDAP, Steirischer Heimatschutz, KP). Gleichzeitig wuchs die Sehnsucht vieler Menschen nach einer „starken Hand“, die den „Parteienstaat“ „wegfegen“ und die „wahre Demokratie“ verwirklichen werde. Diese Radikalisierung wurde medial in Form von geschickt propagierten „Feindbildern“ fortgesetzt: Die Dämonisierung des politischen Gegners gehörte bald zum Alltag. Verständlich wird dies alles vor der Folie eines verlorenen Krieges, einer zusammengebrochenen Ordnung, der Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, der Wohnung, des sozialen Status, des Gesichtes. Zu einer Zeit, als Weltanschauungen und religiöse Überzeugung mit Identitäten verquickt und emotional besetzt waren, boten Partei und Bewegung für viele eine Art Heimat.

1.3.2 Formen der politischen Gewalt

Im Politik-Lexikon wird der Begriff „Gewalt“ in seiner Bedeutung als Handlung sowie in seiner strafrechtlichen Dimension als „Anwendung physischen und/oder psychischen Zwanges gegenüber Personen mit dem Ziel, diesen Schaden zuzufügen oder ihnen gegenüber den eigenen Willen durchzusetzen, insbesondere um andere der eigenen Herrschaft zu unterwerfen, bzw. sich selbst einem solchen Fremdanspruch zu entziehen“ definiert.[19]

18 Lothar Bossle, Soziologie und Psychologie des Radikalismusphänomens in der Politik. In: Manfred Funke (Hrsg.), Extremismus im demokratischen Rechtsstaat (Düsseldorf 1978) S. 62–63. Der deutsche Soziologe beschrieb die Radikalismusforschung als *noch am Anfang einer wissenschaftlichen Gesamtauslegung des Phänomens, daß sich Menschen entschließen, in anarchistischen, radikalen und extremen Denkwegen und Handlungsentschlossenheiten ein Instrument zu erblicken, das sie zur Erreichung ihrer politischen und gesellschaftlichen Ziele bevorzugen.*

19 Holtmann, Politik-Lexikon, S.223–224.

Der Begriff „politische Gewalt" bedarf im Kontext dieser Arbeit noch einer grundsätzlichen Differenzierung. Hierbei handelt es sich einerseits um die Bedeutung von „politisch" als etwas Öffentliches, die Allgemeinheit betreffend, im Gegensatz zu „privat"; andererseits um „Gewalt" (engl. *violence*) die hier als politisch motivierte Gewalttätigkeit und nicht als Herrschaft (engl. *power*), staatliche Macht oder Amtsgewalt interpretiert werden soll. Eine für die im Sinne der hier vorliegenden Arbeit angemessene Definition hat Dirk Schumann in seiner Publikation über politische Gewalt in der Weimarer Republik ausformuliert. Demnach ist die politische Gewalt „Ausübung physischen Zwangs, die prinzipiell kollektiv geschieht, sich sowohl auf Sachen wie auch auf einzelne Menschen oder auf Gruppen richten kann und deren Akteure in dem Objekt, auf das sie zielen, zugleich das politische System als ganzes oder als gegnerisch verstandenes politisches Konzept zu treffen versuchen".[20] Im Folgenden biete ich keine umfassende Analyse des Phänomens Gewalt an, sondern greife lediglich einige interessante Interpretationen aus der bisherigen Gewaltforschung auf:

- Eine der bekanntesten Theorien ist jene der indirekten „strukturellen" Gewalt des norwegischen Friedensforschers Johan Galtung, die er neben der direkten „personalen" Gewalt auch als „soziale Ungerechtigkeit" definierte. Galtungs Theorie schließt aber auch andere Formen der Gewalt mit ein, wie Revolution, Krieg und Geiselnahme, aber auch wirtschaftliche Ausbeutung.[21] Die Frustrations-Aggressions-Theorie, die ebenfalls in den frühen 1970er Jahren Bedeutung erlangte, besagt, dass der Mensch auf Versagungen mit Aggressionen antworten kann, wobei die Aggression eine zerstörerische Form annimmt, wenn vitale Interessen des Individuums vereitelt werden. In dem weiterführenden Ansatz „Aggression als Reaktion" wird die These vertreten, dass „Aggression nicht nur als Reaktion auf eine Versagung gewählt wird, sondern die allgemein gängige Reaktionsform in einer Gesellschaft ist, in der versteckte oder auch ungeniert hemdsärmelige Gewalt stets mit einer Prämie belohnt wird".[22] Eine rein theoretische Verknüpfung von indirekter „struktureller" mit direkter, durch aggressive Reaktion hervorgerufener Gewalt könnte für die hier untersuchten Radikalismen relevant sein; insbesondere bietet dieser Ansatz eine hinreichende Erklärung für die Manifestation von Gewalt als legitimem Protest gegen allenfalls als ungerecht empfundene staatliche und gesellschaftliche Strukturen. Gewalt wird von Verhaltensforschern als regressive Handlung bezeichnet, die meist dann eingesetzt wird, wenn das Lösen eines Konfliktes mittels rationaler Überlegungen versagt: In einer solchen Situation wird eben auf eine „Urform" des menschlichen Verhaltens zurückgegriffen. Die Forschung hat festgestellt, dass bandenmäßig organisierte Gewalt

20 Dirk Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg (=Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen 17, Schriftenreihe A: Darstellungen, Essen 2001) S. 16.

21 Johan Galtung, Gewalt, Frieden und Friedensforschung. In: Dieter Senghaas (Hrsg.), Kritische Friedensforschung (Frankfurt am Main 1972) S. 55–104.

22 Ewald Englert, Zur Sozialpsychologie der Gewalt. In: Eduard Kroker (Hrsg.), Die Gewalt in Politik, Religion und Gesellschaft (Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1976) S. 205–207.

durch stillschweigende Duldung oder unzureichende Gegenmaßnahmen des Staates nicht nur positiv bestätigt wird, sondern gleichzeitig eine Aufforderung darstellt, mit der Gewalt weiterzumachen. Nichts, heißt es, stärkt das Verhalten mehr als der Erfolg.[23]

- Der Wiener Historiker, Gerhard Botz, dessen 1976 erschienene Publikation über Gewalt in der Politik nach mehr als 30 Jahren eine für Österreich immer noch grundlegende Arbeit darstellt, umreißt einige zentrale Definitionen der politischen Gewaltanwendung in der Ersten Republik. Es sind Handlungen, die sowohl von einzelnen Menschen oder (organisierten) Gruppen gegen Träger der politischen Macht als auch von der „Staatsgewalt" gegen oppositionelle Gruppen gesetzt werden können, und in der Anwendung von körperlicher Gewalt oder deren Androhung bestehen. Dazu gehören ebenso gewaltsame Auseinandersetzungen der gesellschaftlich-politischen Gruppen (Parteien, Wehrverbände usw.) miteinander im Kampf um die „Macht im Staate". Für die obersteirische Industrieregion relevant ist auch jene Form der Gewalt, die von dem damals größten österreichischen Industriekonzern, der Österreichischen Alpine Montan Gesellschaft, zur Durchsetzung von politischen und unternehmerischen Zielen angewendet wurde. Dies geschah in der Form einer Zwangspolitisierung der Arbeiterschaft durch die freilich nicht explizit ausgesprochene Drohung der Entlassung und des in vielen Fällen damit verbundenen Verlustes der Werkswohnung. In seiner Präzisierung unterscheidet Botz zwischen kollektiver und individueller Gewalt. Die folgenden Formen kommen für die vorliegende Untersuchung in Betracht:
  1) Putsche und putschartige Versuche einer organisierten oppositionellen Minderheit durch Aktionen, die mehr oder weniger nach einem strategischen Plan ablaufen, klar definierte Ziele zu erreichen, das heißt die lokale und zentrale Regierungsmacht zu übernehmen;
  2) spontan entstehende und ohne klares politisches Ziel ablaufende, jedoch örtlich begrenzte Unruhen, die zur Konfrontation einer großen, nicht oder kaum organisierten Menschenmenge mit dem Staatsapparat führen;
  3) individuelle politische Gewalttaten, die Botz in die Kategorien „Attentat", „Fememord" und „Überfall" unterteilt.[24]
- In seinem Aufsatz über Totalitarismus macht der deutsche Politikwissenschafter Hans Maier auf eine weitere Form der politischen Gewalt aufmerksam, die in totalitären Systemen als Machtinstrumentarium zur Einschüchterung der Massen eingesetzt wird. In einigen Ländern Europas der 1920er und 1930er Jahre

---

23 Weitere Texte zum Thema „Gewalt und Aggression": Eine empfehlenswerte Übersicht wichtiger Aggressionstheorien sowie eine Darstellung von Galtungs Ansatz bietet: Astrid Höfelmeyer, Gerd Küster, Aggression und Gewalt. Eine Einführung in Theorien der Natur- und Gesellschaftswissenschaften (Frankfurt am Main 1976); Richard B. Felson, James T. Tedeschi (Hrsg.), Aggression and Violence. Social Interactionist Perspectives (Washington DC 1993); eine aktuellere Einführung zu „Gewalt" bei: Joachim Küchenhoff, Anton Hügli, Ueli Mäder (Hrsg.), Gewalt, Ursachen, Formen, Prävention (=Psyche und Gesellschaft, Gießen 2005).

24 Botz, Gewalt, S. 13–21.

offenbarte sich die enge Verwandtschaft von Macht und Gewalt im Rahmen der politischen Machtentfaltung im öffentlichen Raum. Ausländische Berichterstatter beobachteten die Veränderungen im nationalsozialistischen Deutschland nach der Machtergreifung Hitlers. Sie verzeichneten eine neue Qualität des Politischen: Politische Gewalt, nicht mehr in Balancesysteme eingebunden und der Kontrolle der Konkurrenten ausgesetzt, sondern Gewalt als öffentliche Macht, der man nicht ausweichen konnte, die allgegenwärtig aus Lautsprechern tönte, die mittels Paraden, Bildern und Symbolen verkündet wurde.[25]

- Der Wiener Soziologe Ernst Bruckmüller weist auf das Uniformtragen als Ausdruck der individuellen und kollektiven Macht hin. Die Uniform hatte für viele Männer eine Identität stiftende Wirkung, schuf kameradschaftlichen Zusammenhalt, den „Korpsgeist", und erzeugte bei Zivilpersonen Respekt, Angst, oder je nach Rangordnung auch Ehrerbietung. Uniformierte Personen strahlten Macht aus. Das eventuell vorhandene Imponiergehabe des Einzelnen wurde bei massenhaftem Auftreten, etwa bei Aufmärschen, naturgemäß verstärkt. In ihrem spannenden Aufsatz über Militär und Männlichkeit zeigt die feministische Historikerin Christa Hämmerle auf, ob und wie Männlichkeit in der königlich-(u.) kaiserlichen Armee zwischen 1868 und 1918 als „hegemonial" empfunden und ausgelebt wurde.[26] Es ist immer wieder argumentiert worden, dass die Militarisierung der Gesellschaft, durch die Ableistung des Militärdienstes und die Erlebnisse des Ersten Weltkrieges begünstigt, eine Brutalisierung der Nachkriegsgesellschaft in Österreich, das heißt die Tendenz Brachialgewalt anzuwenden, zur Folge hatte. Gerade die „Frontgeneration" hatte gelernt, Problemlösungen vornehmlich durch Kommandos und Gewaltanwendung rasch herbeizuführen.[27] Die in der ersten Nachkriegszeit gegen kaiserliche Offiziere verübten Racheakte, aber auch Plünderungen und Gewalttaten, wurden vielfach auf die Verrohung jener Kriegsteilnehmern zurückgeführt, die laut Otto Bauer in den Schützengräben Unsägliches erlitten hatten.[28] Aber im gegenteiligen Sinn hätten diese Erlebnisse ebenso zu einer Verurteilung jeglicher Gewalt führen können. Immerhin konnte noch vorhandenes Gewaltpotenzial nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges, zumindest nach außen hin, zurückgedämmt und der soziale Friede in Österreich hergestellt werden. Infolge der Besetzung des Landes wurden Selbstschutzverbände überflüssig: sie blieben ein „Spuk" der Vergangenheit. Aber entscheidend für den Frieden nach 1945 waren vor allem der feste Wille der verantwortlichen Politiker, den dringend notwendigen parteipolitischen Konsens zu suchen sowie

---

25 Hans Maier, „Totalitarismus" und „Politische Religionen". Konzepte des Diktaturvergleichs. In: Eckhard Jesse (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung (Baden-Baden 1999) S.120

26 Christa Hämmerle, Zur Relevanz des Connell'schen Konzepts hegemonialer Männlichkeit für „Militär und Männlichkeit/en in der Habsburgermonarchie (1886–1914/18)". In: Martin Dinges (Hrsg.), Männer – Macht – Körper. Hegemoniale Männlichkeiten vom Mittelalter bis heute (= „Geschichte und Geschlechter" 49, Frankfurt am Main 2005) 103–121.

27 Ernst Bruckmüller, Sozialgeschichte Österreichs, 2. Aufl. (Wien 2001) S. 409.

28 Botz, Gewalt, S. 23ff.

der ab 1948 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung als Folge des European Recovery Program.

In der hier vorliegenden Untersuchung wird Gewalt als öffentliches Phänomen aufgefasst, das sich in der untersuchten Region in Form von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten politischen Gruppen und sozialen Milieus manifestiert hat. Ob die Gewalttaten aus einer geplanten Provokation, wie beispielsweise aus einer eindeutigen verbalen oder physischen Attacke resultierten, oder scheinbar spontan, wie etwa bei Wirtshausraufereien, entstanden, ist in diesem Kontext nicht von Belang. Es geht um den Hass, der in solchen Augenblicken regierte: Hass auf den politischen Gegner, auf die Sicherheitskräfte, auf höhere Beamte, kurz auf all jene, von denen man vermutete, dass sie an „Missständen", an Ungerechtigkeiten, die Schuld trügen.

1.4 Zum Konzept der politischen Kultur

Der amerikanische Politologe Gabriel Almond hat den Begriff „politische Kultur" Mitte der 1950er Jahre zum ersten Mal eingeführt, zu einer Zeit, als die Supermacht USA Überlegungen anstellte, inwieweit das westliche Modell der Demokratie auf Länder der so genannten Dritten Welt übertragbar sei. Almond stellte fest, dass die Idee einer politischen Kultur bereits so lange existiert, als Menschen über Politik reden und schreiben. Sein Konzept basierte auf der Überlegung, dass politische Kultur keine nationale Angelegenheit sei, sondern dass es vielmehr Gruppen von Staaten gebe, die sich hinsichtlich der Stabilität der Demokratie voneinander unterscheiden. Demnach stehen stabile Demokratien vom angloamerikanischen Typus Ländern wie Deutschland und Italien gegenüber, deren Demokratie in der Zwischenkriegszeit zusammengebrochen war. Almond behauptete, jedes politische System sei eingebettet in ein bestimmtes Muster von Einstellungen und Orientierungen im Hinblick auf politische Aktivitäten.[29]

In seinem epochalen Werk „Der lange Schatten des Staates"[30] bezieht sich der Salzburger Historiker Ernst Hanisch auf den berühmten „Pudding", der von Max Kaase[31] als Metapher für den Begriff der „politischen Kultur" verwendet wird. Im Vergleich zur angelsächsischen Zivilkultur konnte sich der politische Individualismus innerhalb der österreichischen Staatskultur kaum entfalten, so Hanisch, doch

29 Wolfgang C. Müller, 1. Politische Kultur: Konzept-Forschungsmethoden-Effekte. In: Fritz Plasser, Peter A. Ulram (Hrsg.), Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich (Frankfurt am Main 1991), Kurzzitat: Plasser/Ulram, Staatsbürger, S. 4–5; siehe auch: Gabriel A. Almond, Sidney Verba, The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations (Princeton 1963).

30 Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (=Österreichische Geschichte, Wien 1994), Kurzzitat: Hanisch, Schatten, S. 23.

31 Max Kaase, Sinn oder Unsinn des Konzeptes Politische Kultur für die vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln. Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahlen 1980 (Opladen 1983) S. 144–172.

die Schwäche der Zivilgesellschaft habe dazu geführt, dass sich der Sozialstaat in Österreich früher als anderswo etabliert hat. Hanisch geht von der Annahme einer in Österreich herrschenden „Untertanenkultur“ aus, die von „zwei formativen Phasen“, dem Barock und dem Josephinismus, geprägt wurde. Er macht sich auf die Suche nach Traditionen, Merkmalen und Verhaltensweisen, die der vermeintlich österreichischen Variante der politischen Kultur ihre spezifische Ausprägung gaben und die noch im 20. Jahrhundert spürbar nachwirkten. Hanisch deutet politische Kultur als „ein Set von Orientierungen, Haltungen und Einstellungen zu den politischen Prozessen und Strukturen; dann aber auch Verhaltensmuster im Sinne einer politischen Mentalitätsforschung, die jeweils durch historische Traditionen angelernt und durch politische Symbole gestützt werden. Politische Kultur meint das politisch relevante Weltbild der ganzen Bevölkerung (nationale Kultur), von Großgruppen (Lagerkultur), von Funktionseliten (Elitenkultur)“.

Ich schließe mich dieser Interpretation an, besonders im Hinblick auf die so genannte Lagerkultur, die im Umfeld der politischen Radikalisierung in der Ersten Republik eine signifikante Rolle spielte. Aber trotz der Formierung der politischen Lager und des Vorhandenseins einer „Konfliktkultur“ in der Ersten Republik ortet Hanisch noch den Grundtypus des unpolitischen, harmoniebedürftigen Österreichers, der um jeden Preis „seine Ruhe“ haben will. Der Typus des unpolitischen Österreichers habe sich auch innerhalb der politischen Lager befunden, denn selbst am Höhepunkt der Klassengesellschaft, am Gipfel der Lagerkultur, blieb ein breites Spektrum der Bevölkerung, das nur rudimentär von der Politik berührt wurde, so Hanisch.[32]

1.5 Mentalitätsgeschichte: soziale Milieus und politische „Lager“

In erster Linie lenkt die von Ernst Hanisch aufgegriffene mentalitätsgeschichtliche Idee der Annales-Schule[33] das Interesse auf „kollektive Weltsichten, Vorstellungen und Einstellungen zu fundamentalen Lebenssituationen, zu gesellschaftlichen Institutionen und Machtverhältnissen, um Sinnstrukturen und Rationalitäten kollektiven Verhaltens sowohl bei Ereignissen wie bei der Bewältigung lebensweltlicher Situationen zu ergründen“. Lebenswelten bedeuten den subjektiven Aspekt der Geschichte, den von bestimmten Werthaltungen geprägten konkreten Lebensvollzug, das Netzwerk der subjektiven Heimaten, seien dies die Familie, das Wohnviertel oder eine politische Partei.[34] Dieses Konzept ist in seiner historischen Perspektive deshalb so interessant, weil es den Blick auf sozialmoralische und soziokulturelle Milieus

32 Hanisch, Schatten, S. 23–32.

33 Die von französischen Historikern geprägte Schule vertritt eine historiografische Richtung, die sich von der Ereignisgeschichte abwendet und strukturelle und mentalitätsgeschichtliche Aspekte in den Vordergrund rückt.

34 Robert Kriechbaumer, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945 (=Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für poli-

lenkt, wie sie in kleinräumigen Territorialeinheiten, etwa in einer Region, Bedeutung erlangen können.

1.5.1 Formierung der „Lagermentalität"

Der Begriff des politischen Lagers, wie er in der Berichterstattung der Zwischenkriegszeit bereits auftaucht, fällt in dieses milieuorientierte Erklärungsmodell hinein. Politische Lager definieren sich durch Abgrenzungen gegenüber anderen. Durch die Dominanz des sozialen Handelns und damit eine jeweils spezielle Kultur konstituierenden wertmäßigen Besetzungen entstehen Lager, die durchaus verschiedene Milieus zu integrieren vermögen.[35] In seiner 1954 erschienenen wegweisenden Studie über die österreichische Parteienlandschaft der Ersten Republik gebraucht Adam Wandruszka den aus dem militärischen Sprachgebrauch stammenden Begriff als einen umfassenden Ausdruck für Bewegungen, Parteien und Gruppen. Er erklärt seine Wortwahl einleitend mit dem Hinweis auf die Parteienlandschaft der Ersten Republik, die drei scheinbar fest umrissene und undurchdringliche soziopolitische Segmente aufwies. Die Geschichte der durch Symbolik abgegrenzten und mit Partei- und Vereinsorganisationen ausgebauten Lager reiche nicht nur in dieselbe Zeit, die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts, zurück, sondern ihre geistigen Wurzeln seien auf denselben ursprünglichen Gründervater zurückzuführen, auf den jungen Georg von Schönerer, so Wandruszka.[36] Die Formierung der Lager erfolgte im unterschiedlichen Ausmaß quer zu den sich konstituierenden Klassen, denn wenngleich sich die Arbeiter- und Bauernschaft überwiegend in der Sozialdemokratie beziehungsweise in der Christlichsozialen Partei organisierten, ergaben sich trotzdem regionale Unterschiede in ihrer jeweiligen Integrationsfähigkeit.[37] Doch es waren nicht so sehr die klassenmäßigen Gegensätze, die während der Formierung der Lager für politische Konfrontationen sorgten, sondern deren „sakrale" Aufladung. Diese wertmäßige Überfrachtung der Lager symbolisierte nicht nur Zugehörigkeit zu einer spezifischen Gruppe auf Grund eines politischen Bekenntnisses, sondern im Bewusstsein die politische Wahrheit für sich allein gepachtet zu haben, vielmehr die Aura einer kollektiven Identität. Verstärkt wurde das Gefühl der Lagerzugehörigkeit

---

tisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 12, Wien/Köln/Weimar 2001), Kurzzitat: Kriechbaumer, Politische Kultur, S. 20–21.

35 Karl Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert (Frankfurt am Main 1992) S. 21 zitiert bei Kriechbaumer, Politische Kultur, S. 22.

36 Adam Wandruszka, Österreichs Politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: Heinrich Benedikt (Hrsg.), Geschichte der Republik Österreich (Wien 1954) S. 289.

37 Beispielsweise seien beachtliche Teile der steirischen und kärntnerischen Bauernschaft erwähnt, die dem christlichsozialen Lager nicht angehörten, sowie ein Großteil der Vorarlberger Arbeiterschaft, die nicht in der Sozialdemokratie organisiert war. Das je nach ökonomischer Situation, Religionsbekenntnis, Beruf oder Wohnort differenzierte Bürgertum suchte sich einerseits von der Aristokratie, andererseits von der sich formierenden Arbeiterklasse abzugrenzen.

durch eine ausgefeilte Lagerrhetorik, die auf emotional aufgeladenen Fahnenwörtern wie „Vaterland", „Kampf", „Revolution" beruhte und den Menschen ein Set von lagerorientierten Codes bot. Liest man die politische Berichterstattung und Wahlpropaganda dieser Zeit, gewinnt man leicht den Eindruck, dass diese Fahnenwörter eine ungeheure Relevanz erlangten. Ihre politischen Botschaften dienten anscheinend nicht nur der „militärischen Abgrenzung" von Freund und Feind, sondern sie wurden gleichsam zu Glaubensidealen erhoben.[38] Ernst Hanisch bezeichnet die politischen Lager als „Totalentwürfe" der Gesellschaft und des Lebens, weil sie ein für beinahe alle Bereiche des Lebens umspannendes Netzwerk boten; sie begleiteten die Menschen gewissermaßen von der Wiege bis zur Bahre. Das Lager wird als eine mehrere Parteien umfassende politische Gruppierung wie etwa konservativ-christlichsozial, sozialistisch-kommunistisch, liberal-deutschnational definiert.[39] Die politischen Lager erreichten in den 1920er und frühen 1930er Jahren ihren funktionellen Höhepunkt, denn in dieser Phase war die österreichische Gesellschaft am schärfsten fragmentiert. Als es den Nationalsozialisten gelang, ab etwa 1931/1932, massiv in die traditionellen Lager einzubrechen, kam es zu einer fortschreitenden „Erosion" der Lager, am raschesten bei Deutschnationalen, Landbündlern und Heimatschützlern, dann bei den Christlichsozialen, schließlich auch bei den Sozialdemokraten.[40]

Wie konnte es zu diesem ausgeprägten „Lagerdenken" in Österreich kommen? Folgt man dem Grundmodell des norwegischen Sozialwissenschafters Stein Rokkan, formierten sich politische Parteien entlang von vier Konfliktfurchen, die sich tief im Gesellschaftsgefüge des ausgehenden 19. Jahrhunderts eingegraben hatten. Laut diesem Modell gelangten die Konfliktfelder Besitz-Arbeit, Staat-Kirche, Stadt-Land sowie die ethnisch-linguistische Spaltung zu herausragender Bedeutung. In seiner Analyse der Parteienlandschaft in Österreich wendet Ernst Hanisch dieses Erklärungsmodell an, ortet jedoch ein weiteres Konfliktfeld entlang der Linie „Industrie-Gewerbe".

1.5.2 Das sozialistisch-kommunistische Lager

Die österreichische Sozialdemokratie formierte sich hauptsächlich entlang der Konfliktlinie Besitz-Arbeit. Ihr war es gelungen, den Großteil der Arbeiterschaft zu mobilisieren und sich damit als Klassenpartei zu etablieren. Im Bestreben das von den Liberalen aufgegebene „Projekt der Demokratie" wiederaufzunehmen, stießen die Sozialdemokraten bald auf ein weiteres Konfliktfeld vor, als sie mit der aufstrebenden Bewegung des politischen Katholizismus den Kampf aufnahmen. Dieser Kampf

---

38 Kriechbaumer, Politische Kultur, S. 26–29.

39 Hanisch, Schatten, S. 117. Der Lagerbegriff lässt aber auch andere Klassifizierungen zu: In der Wahlkampf-Berichterstattung des Jahres 1930 ist zuweilen auch vom „antimarxistischen Lager" beziehungsweise „bürgerlichen Lager" die Rede. Im bürgerlichen, antimarxistischen Lager sammelten sich jene Kräfte des politischen Spektrums, die den „Marxismus" und den „Klassenkampf" ablehnten: Obersteirerblatt (15.10.1930) S. 1; Obersteirerblatt (25.10.1930) S. 1.

40 Ernst Bruckmüller, Sozialgeschichte Österreichs, 2. Aufl. (Wien 2001) S. 412.

hatte aber einen Haken: Je wütender der Antiklerikalismus der Sozialdemokratie wurde, desto weniger konnte sie die Stimmen der noch religiös-gebundenen Schichten, besonders der ländlichen Bevölkerung, für sich gewinnen. Die christlichsoziale Partei, die nach dem Zusammenbruch der Allianz von Kirche und Thron als politischer Arm der römisch-katholischen Kirche fungierte, vertrat die Überzeugung, dass nur die Grundsätze des Christentums förderlich und harmonisierend auf das gesellschaftliche und staatliche Leben wirken könnten. Hauptangriffspunkt der Sozialdemokratie war das Beharren der Kirche auf dem Recht, auf die schulische Erziehung der Kinder und Jugendlichen maßgeblichen Einfluss zu nehmen, sowie auf einem Beibehalten des kirchlichen Eherechtes. In ihrem politischen Programm von 1926 bekannte sich die Sozialdemokratie zur Religion als Privatsache und stellte sich gegen den „Klerikalismus, der die Religion zur Parteisache macht". Sie forderte die grundsätzliche Trennung von Staat und Kirche, eine Regelung des rechtlichen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche also, welche die religiösen Gemeinschaften als Körperschaften privaten Rechts definiert und nicht zulässt, dass „der Staat die Staatsbürger zu wirtschaftlichen Leistungen an die Kirche, zur Teilnahme am kirchlichen Religionsunterricht und Kulthandlungen zwingt".[41] In ihrem Buhlen um die Stimmen der ländlichen Bevölkerung betrat die Sozialdemokratie auch das Konfliktfeld Stadt-Land. Die von ihr ausgehende Propaganda versuchte unter anderem einen Keil zwischen den „Herrenbauern" und den „Arbeitsbauern" zu treiben. Der von den Sozialdemokraten geführte „Kampf um das Dorf" entpuppte sich als Kampf um das Gesinde der alpinen und voralpinen Regionen, sowie um jene Lohnarbeiter in der Land- und Forstwirtschaft, die weder in einer engen hauswirtschaftlichen Bindung noch unter der Sozialkontrolle eines bäuerlichen Hausvaters standen. Aber auch das kommunistische „Reichsaktionskomitee der werktätigen Bauern" versuchte ganz gezielt, allerdings mit geringerem Erfolg, unter der Parole „Für Boden und Freiheit" unzufriedene Kleinbauern und Kleinpächter anzusprechen.[42]

1.5.3 Das christlichsoziale-konservative Lager

Die komplexe Entwicklung der christlichsozialen Partei soll hier als Beispiel einer sozialreformerischen, klassenübergreifenden Bewegung vereinfacht dargestellt werden. In der Frühphase formierte sich die Partei zunächst auf dem Konfliktfeld Gewerbe-Industrie sowie auf dem Feld der ethnischen Spaltung, des „integralen Rassenantisemitismus", bildete sich etwas später über den Konflikt zwischen politischem Katholizismus und Antiklerikalismus um, bis sie ab der Mitte der 1890er Jahre unter dem Druck der Klassenbildung der Arbeiterschaft einen weiteren Entwicklungsschub entlang der Konfliktlinie Besitz-Arbeit machte. Mit der 1892 erfolgten Gründung des „Christlichsozialen Arbeitervereines für Niederösterreich", auch eine Folge der Ende

41 Klaus Berchtold (Hrsg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966 (München 1967), Kurzzitat: Berchtold, Parteiprogramme, S. 259.
42 StLA BH Leoben Gr.14: K.58 (1932): Heft „Aktionskomitee der Werktätigen Bauern Österreichs".

1891 erschienenen päpstlichen Enzyklika „Rerum novarum“, wurden jene Arbeiter und Arbeiterinnen in die Bewegung integriert, die vom Klassenbildungsprozess noch wenig berührt waren und religiös an die katholische Kirche gebunden blieben. Die Partei wurde aber auch vom Spannungsfeld Stadt-Land stark geprägt, als sich die Bauern unter der Führung des niederen Klerus von der Bevormundung durch die großagrarisch-aristokratische Führung zu lösen begannen, die sich hauptsächlich in und um Wien beziehungsweise im angrenzenden Niederösterreich gruppierte.[43] Die Christlichsozialen ergriffen die Gelegenheit, ein Netzwerk von bäuerlichen Organisationen und Interessensvertretungen aufzubauen, die ihnen bis 1907 enorme Popularität und Schlagkraft auf dem Land verleihen sollte. Nach der Wahlniederlage der rivalisierenden Konservativen 1907 vereinigten sich diese mit den Christlichsozialen, außer in Tirol, zur Christlichsozialen Reichspartei. Die christlichsoziale Bewegung verlor dadurch ihre ursprüngliche sozialpolitische Dynamik und entwickelte sich zu einer konservativen Partei, einer „Partei der Reichen“, der die Arbeiterschaft zusehends aus dem Blickfeld schwand.[44] Als der charismatische Führer der Partei und Bürgermeister von Wien, Karl Lueger, 1910 starb und die Partei im Jahr darauf eine empfindliche Wahlniederlage erlitt, stürzte sie in eine schwere Krise. Es kam zu einer Schwerpunktverlagerung der Partei von der Stadt auf das Land, wo sie auch nach 1918 die meisten Wähler und Wählerinnen rekrutierte. Das Wien Luegers wurde nach dessen Tod zu einer Hochburg der Sozialdemokratie, und nach der Ausrufung der Republik zu einem Zentrum der sozialdemokratischen Gegenkultur. Diese Kultur sollte den Typus des aufgeklärten „modernen“ Menschen hervorbringen, ihn vom Ballast jener traditionellen fortschrittsfeindlichen Strukturen, Institutionen und Denkweisen befreien.[45]

1.5.4 Das national-freiheitliche Lager

Der Werdegang des national-liberalen Lagers kann als ein Erosionsprozess altliberaler, rationaler Überzeugungen zugunsten eines zunehmend scharf deutschnationalen, antiklerikalen und antisemitischen Kurses charakterisiert werden. Wie die beiden anderen politischen „Lager“, setzte sich das liberal-nationale Lager anfänglich mit den durch den Liberalismus hervorgerufenen politischen und gesellschaftlichen Folgen auseinander. Mit dem Ausscheiden Österreichs aus dem Deutschen Bund nach der verlorenen Schlacht bei Königgrätz (Hradce Králové) 1866 und der Realisierung der so genannten kleindeutschen Lösung wurden die Hoffnungen auf eine Wiederherstellung des Alten Reiches jäh zerstört. Allmählich bildeten sich zwei Hauptströmungen im liberal-nationalen Lager aus. Die zunächst im Vordergrund stehende Zielvorstellung eines Zusammenschlusses mit dem Deutschen Reich wurde um 1870 fallengelassen, jedoch ab 1873 von Georg von Schönerer erneut aufgegriffen

43 Hanisch, Schatten, S. 118f.

44 Hermann J.W. Kuprian, An der Schwelle zum 20. Jahrhundert – Staat und Gesellschaft vor dem ersten Weltkrieg. In: Steininger/Gehler, Österreich im 20. Jahrhundert Bd.1, S. 30–31.

45 Kriechbaumer, Politische Kultur 90–97.

und vehement propagiert. Die gemäßigte breitere Fraktion suchte die privilegierte Stellung der Deutschen in Österreich, den „deutschen Besitzstand", gegen die Slawen zu verteidigen.[46] In der formalen Gleichstellung der verschiedenen Nationalitäten Cisleithaniens in den Staatsgrundgesetzen von 1867 steckte die Keimzelle des Konflikts um die Behauptung der bisher innegehabten Hegemonie der Deutschösterreicher. Je mehr die Vertreter der übrigen Nationalitäten auf die Schaffung konkreter Durchführungsbestimmungen pochten, um ihr verbrieftes Recht auf sprachliche Gleichstellung in Amt und Schule zu realisieren, desto hartnäckiger fiel die Abwehrreaktion der Vertreter der deutschen Minderheit in der österreichischen Reichshälfte aus. Die 1897 erlassenen Sprachenverordnungen des Ministerpräsidenten Badeni lösten einen vorläufigen Höhepunkt der Empörung aus. Mit der Politisierung des ethnischen Konfliktes ging das liberale Element dieses Lagers weitgehend verloren; der scharfe Antisemitismus stieß gegen die Ideen der Aufklärung. Schönerers radikale „Los von Rom" – Bewegung richtete sich grundsätzlich gegen die Verquickung vom Kaiserthron/Staat und der „Fremdherrschaft" Roms, dahinter steckte freilich der Wunsch, den habsburgischen Staat zu zertrümmern. Immerhin konnte Schönerer bei einem Großteil der Studentenschaft punkten, die für den intellektuellen Nachschub in diesem Lager sorgte. Betrachtet man das Spannungsfeld Zentrum-Peripherie, so ergibt sich folgendes vereinfachtes Bild: In Wien wurden die Deutschnationalen großteils von den Christlichsozialen aufgesaugt, in der Provinz hingegen stand das deutschnational überformte Bildungsbürgertum den katholischen christlichsozialen Bauern gegenüber.[47] Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die ideologische Entwicklung dieses Lagers vom Liberalismus zum Nationalismus in den 1880er Jahren vollzog, dass sich das Lager in seinen vielen Gruppierungen jedoch erst spät zu einer Partei vereinte. Am 7. und 8. August 1920 schlossen sich insgesamt 17 verschiedene Parteien und Gruppen zur Gründung der „Großdeutschen Volkspartei" (GDV) zusammen. Die neue Partei stellte sich bei den kurz darauf folgenden Nationalratswahlen im Oktober 1920 den Wählern und errang auf Anhieb mit rund 16 Prozent Stimmenanteil einen Achtungserfolg. Zum „nationalen Lager" zählte auch der aus der „Deutschen Agrarpartei" hervorgegangene Landbund, der sich erstmals im Herbst 1923 als gesamtösterreichische Partei den Wahlen stellte, jedoch erst 1927 als Koalitionspartner in die Regierung Seipel eintrat. Das Dilemma, in dem sich die Großdeutsche Volkspartei fortan befand, kann man als ein Lavieren zwischen dem prinzipiellen Festhalten am Anschlussgedanken und dem „Verrat" desselben während ihrer Regierungsbeteiligung bezeichnen. In den frühen 1930er Jahren gerieten die Großdeutschen zunehmend unter Druck von rechts: Es gelang den Nationalsozialisten, einen Großteil deren Anhängerschaft, vor allem die Jüngeren, für sich zu gewinnen, was bei den Landtags- und Gemeindewahlen im April 1932 deutlich sichtbar wurde.[48]

---

46 Berchtold, Parteiprogramme, S. 70–74.

47 Hanisch, Schatten, S. 121–122.

48 Adam Wandruszka, Das „nationale Lager". In: Weinzierl/Skalnik, Erste Republik Bd.1, S. 293–295; Günther R. Burkert, Der Landbund für Österreich. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs u.a. (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933 (Wien

1.6 Politische und wirtschaftliche Entwicklungen in der Zwischenkriegszeit bis 1934[49]

In der folgenden kurzen Zusammenfassung werden jene politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge aufgezeigt, die zur Destabilisierung Österreichs in der Zeit bis etwa 1934 maßgeblich beitrugen. In dieser Zeit beherrschte der Kampf zwischen den Wirtschaftssystemen Kapitalismus und Sozialismus beinahe jede parteipolitische Diskussion, ob das Thema nun Mieterschutz, Steuer- oder Sozialpolitik hieß. Stets ging es dabei um die Verteilung von Ressourcen.[50] Nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung verlief die Zusammenarbeit der Großparteien zwar nicht reibungslos, doch sorgte sie zunächst für eine Beruhigung der äußerst prekären innenpolitischen Situation in Österreich. Die Parteien selbst hatten widersprüchliche Vorstellungen von der Gestaltung des neuen Staates. Die Sozialdemokraten wollten einerseits die demokratische Republik als Garant der für die Arbeiterschaft erkämpften Errungenschaften zwar mit allen Mitteln verteidigen, befürworteten andererseits vehement den Anschluss an die sozialistische Weimarer Republik.[51] Dabei sahen sie sich vor das grundsätzliche Problem der Zusammenarbeit mit dem Klassengegner gestellt. Viktor Adler, der große alte Gründer der Partei, machte dies schon in der ersten Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung am 21. Oktober 1918 deutlich: *Wir wollen mit Ihnen, unserem Klassengegner, keine Parteigemeinschaft bilden, kein Bündnis, keinen Burgfrieden schließen, wir bleiben Gegner, wie wir immer Gegner waren. Wir kommen hierher, um auf dem Boden dieses Parlaments unseren Kampf für das Proletariat, für die Demokratie, für den Sozialismus zu führen.*[52]

1995), Kurzzitat: Tálos/Dachs, P.S. Ö, S. 210: Am 15. Mai 1933 trat die Großdeutsche Partei einem Kampfbündnis mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bei, was ihr formelles Ende bedeutete. Auch die Tage des Landbundes waren gezählt: Der letzte Landbundminister und Vizekanzler Winkler wurde im September 1933 aus der Regierung Dollfuß ausgeschieden. Am 18. Mai 1934 löste sich der Landbund selbst auf. Siehe auch: Alexander Haas, Die vergessene Bauernpartei. Der Steirische Landbund und sein Einfluß auf die österreichische Politik 1918–1934 (Graz 2000).

49 Grundlegend zum Thema Politik und Wirtschaft: Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (=Österreichische Geschichte, Wien 1995); Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert (Wien 1985); Dieter Stiefel, Die grosse Krise in einem kleinen Land. Österreichische Finanz- und Wirtschaftspolitik 1929–1938 (=Studien zu Politik und Verwaltung 26, Wien/Köln/Graz 1988); Karl Ausch, Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption (Wien 1968).

50 Peter Rosner, Die ewige Krise. In: Politische Ökonomie und Wirtschaftspolitik im Austromarxismus (=Quellen und Studien zur österreichischen Geistesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert 6, Wien 1987), Kurzzitat: Rosner, Die ewige Krise, 294f; Zum Thema „Sozialdemokratie als Partei des wirtschaftlichen Wachstums" und zur Notwendigkeit der kapitalistischen Entwicklung vor der sozialen Umgestaltung, siehe im selben Band auch: Georg Fischer und Peter Rosner, Fortschritt und Aufbau 425–430.

51 Rolf Steininger, Stationen auf dem Weg zum „Anschluß". In: Steininger/Gehler, Österreich im 20. Jahrhundert Bd.1, S. 102.

52 Berchtold, Parteiprogramme, S. 32: Für diese Einstellung schuf Otto Bauer die theoretischen Grundlagen: *Ist keine Klasse mehr imstande, die andere niederzuwerfen und niederzuhalten, dann hört die Staatsgewalt auf, ein Herrschaftsinstrument einer Klasse zur Beherrschung einer anderen Klasse zu sein.* In Bauers Vorstellung erscheint die Zusammenarbeit mit dem Klassengegner

Die Christlichsozialen hatten ein eher ambivalentes Verhältnis zum neuen Staat: In ihrem ersten Parteiprogramm bekannten sie sich zwar ausdrücklich zur Republik,[53] gleichzeitig gab es Politiker in ihren Reihen, die in erster Linie für die Interessen ihrer Heimatländer, der nunmehrigen Bundesländer, und nicht für den Kleinstaat, vor allem nicht für das „verhasste" Wien, eintreten wollten.[54] Sie vertraten die Idee eines eigenständigen Bundesstaates, teils weil sie sich dem ehemaligen Herrscherhaus verbunden fühlten, teils weil sie die Übermacht eines „roten" Deutschlands und den Verlust der Vormachtstellung der römisch-katholischen Kirche befürchteten. Unter Punkt VI. des Aktionsprogramms der Christlichsozialen Vereinigung von 1919 wurde jedoch festgelegt, dass „die Verhandlungen über den Zeitpunkt und die Vorbedingungen für die Verwirklichung des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland (…) ohne Verzug einzuleiten (sind)".[55] In seiner Rede vor dem 1. Parteitag der Christlichsozialen Partei charakterisierte Vizekanzler Jodok Fink die Regierungskoalition als ein notwendiges Übel, denn *die Parteien können in einer solchen nicht ihre grundsätzliche Politik ausüben, sondern nur verwaschene Kompromisspolitik.*[56]

Für die weitere politische Entwicklung in Österreich kann der Bruch der Regierungskoalition der Sozialdemokraten und Christlichsozialen im Juni 1920, die seit den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919 bestanden hatte, als entscheidender Wendepunkt auf Regierungsebene und im Verhältnis der Parteien zueinander gewertet werden. In der historischen Forschung ist es umstritten, ob ab diesem Zeitpunkt das spätere Unheil in der politischen Entwicklung und im gesellschaftlichen Umfeld gleichsam „vorprogrammiert" war, denn obwohl sich die zwei Großparteien in ideologischer Hinsicht frontal gegenüberstanden und die Sozialdemokraten fortan auf der Oppositionsbank blieben, konnten sie sich in einigen wichtigen staatspolitischen Anliegen, wie der Genfer Sanierung 1922, der Verfassungsreform 1929 oder der Sanierungsgesetzgebung nach dem Zusammenbruch der Creditanstalt 1931 verständigen und Kompromisse schließen.[57] Die Auflösung

lediglich als ein Provisorium, bis eine Klasse die Herrschaft über die andere erkämpft hat. In seiner Eigenschaft als „Linker" forderte er seine Partei jedoch zur Besonnenheit auf, mahnte die Massen, Disziplin und Ordnung zu bewahren. Der Parteitag der SDAP fand am 31.10. und 1.11.1918 in Wien statt (Karl R. Stadler, Die Gründung der Republik. In: Weinzierl/Skalnik, Erste Republik Bd.1, S. 70.).

53 Berchtold, Parteiprogramme, S. 356.

54 Walter Goldinger, Dieter A.Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918–1938 (Wien 1992), Kurzzitat: Goldinger/Binder, Österreich, S. 77.

55 Berchtold, Parteiprogramme, S. 361.

56 Robert Kriechbaumer (Hrsg.), „Dieses Österreich retten…" Die Protokolle der Parteitage der christlichsozialen Partei in der Ersten Republik (=Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.- Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 17, Wien/Köln/Weimar 2006), Kurzzitat: Kriechbaumer, „Dieses Österreich retten…", S. 86–87.

57 Jacques Hannak, Im Sturm eines Jahrhunderts. Volkstümliche Geschichte der Sozialistischen Partei Österreichs (Wien 1952) S. 115; zitiert bei Berchtold, Parteiprogramme, S33: Hannak sieht die Zusammensetzung der ersten Koalitionsregierungen folgendermaßen: *War also die erste Koalition eine Regierung Renner-Fink, eine Kooperation der städtischen Arbeiter und der demokratischen Bauern gewesen, so war die zweite Koalitionsregierung eine Regierung Renner-Seipel, ein Antagonismus zwischen Proletariat und dem sich allmählich bahnschaffenden Bürgerblock.*

der Koalition führte zu einer Spaltung der Sozialdemokraten in Anhänger und Gegner des Koalitionskurses. Das war die Ursache jener schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen, die nach dem Justizpalastbrand im Juli 1927 und besonders ab März 1933 lähmend wirkten, als es galt, die Parteianhänger und den Schutzbund gegen die Demontage der demokratischen Einrichtungen durch die Regierung Dollfuß zu mobilisieren.[58] Nach dem Bruch mit den Sozialdemokraten bildete die Christlichsoziale Partei Regierungsmehrheiten mit Hilfe der anderen bürgerlichen Parteien, lange Zeit mit den Großdeutschen, später mit dem Landbund. Als diese Mehrheit brüchig zu werden begann und das Angebot seitens der Christlichsozialen zur Zusammenarbeit von den Sozialdemokraten zurückgewiesen wurde, wandten sie sich an jene politischen Kräfte, die durch ihre antidemokratischen und staatsfeindlichen Tendenzen den weiteren Verlauf der Innenpolitik gravierend beeinflussten.[59]

Ein erster Blick auf die politische und wirtschaftliche Situation Österreichs nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zeigt, dass zwei wesentliche Faktoren für seine weitere Entwicklung bestimmend waren. Erstens war das Land durch den materiellen und menschlichen Verschleiß des Krieges schwer geschädigt worden und befand sich, zumal in den südlichen Grenzregionen, in einem Zustand extremer Unsicherheit, der nicht einmal durch die definitive Festsetzung der staatlichen Grenzen im Friedensvertrag von St. Germain beseitigt werden konnte. Wie prekär die Lage an Österreichs Grenzen nach der Ratifizierung des Vertrages am 17. Oktober 1919 noch immer war, illustrieren die Vorkommnisse in Kärnten sowie die Abtretung des Burgenlandes an Österreich, die auf den erbitterten Widerstand Ungarns stieß und erst mit großer Verspätung im November 1921 erfolgte. Im Jahr 1919 wurde die Krisenstimmung im Land durch zwei kommunistische Putschversuche in Wien sowie schwere Ausschreitungen in Graz, die blutig niedergeschlagen wurden, zusätzlich angefacht.[60] Das Nachkriegselend in den Ballungszentren – Hunger, Kälte, Krankheiten wie Tuberkulose und Grippe, die erhöhte Säuglingssterblichkeit – wurde durch den Zuzug Zehntausender Flüchtlinge weiter verschärft. Zweitens hatte der Zusammenbruch der Doppelmonarchie zur Abtrennung Österreichs von seinem einstigen wirtschaftlichen Großraum geführt. Ohne auf die kontroverse Frage der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit des Staates detailliert einzugehen, soll an dieser Stelle lediglich auf die Wirkung dieses Bruches hingewiesen werden, die viele Politiker und Wirtschaftsexperten zu meist pessimistischen Zukunftsprognosen, wenn auch aus taktischen Gründen den Siegermächten gegenüber, veranlassten. In einer neueren empirischen Studie wurde die konkrete marktwirtschaftliche Situation Österreichs in der Zwischenkriegszeit anhand einer Reihe namhafter Industrieunternehmen untersucht. Datenmaterial und

58 Berchtold, Parteiprogramme, S. 33–36. Maßgeblich: Anson Rabinbach, Vom Roten Wien zum Bürgerkrieg (=Sozialistische Bibliothek Abt. 1: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 2, Wien 1989).

59 Grundsätzliches zum Thema Parlamentarismus bei: Dieter A. Binder, Parlamentarismus zwischen Lagerpatriotismus und Lösungskompetenz. Österreich 1920–1933. In: Ernst Bruckmüller (Hrsg.), Parlamentarismus in Österreich (=Schriften des Instituts für Österreichkunde 64, Wien 2001) 130–144.

60 Goldinger/Binder, Österreich, S. 31–37.

Geschäftsunterlagen zeigen überraschende Ergebnisse. Demnach sollen einige Teile der österreichischen Industrie die veränderte Lage nach dem Zusammenbruch des vormaligen Staates relativ bald verkraftet beziehungsweise „umgangen" haben.[61]

Doch schon bald sollte sich der Artikel 197 des St. Germainer Vertrages, der bestimmte, dass Österreich mit seinem gesamten Besitz und allen Einnahmequellen für die Bezahlung der Reparationskosten an die Alliierten haften sollte, als größter formaler Hemmschuh für die alliierte Kreditgewährung an Österreich entpuppen.[62] In der Zeit zwischen Dezember 1919 und September 1922 stieg der Index der Lebenshaltungskosten auf das 450-fache an. Damit begann die Periode der rasanten Inflation in Österreich, in der viele Menschen ihre gesamten Ersparnisse verloren, während einige Großspekulanten unerhört reich wurden. In demselben Zeitraum profitierte auch die Wirtschaft von den inflationären Verzerrungen und es herrschte bis 1922 praktisch Vollbeschäftigung. Die von Bundeskanzler Seipel angestrebte und am 4. Oktober 1922 vom Völkerbund übernommene Garantie[63] für eine Anleihe in der Höhe von 650 Millionen Goldkronen konnte den drohenden Staatsbankrott zwar vorerst verhindern, doch musste sich Österreich verpflichten, die Aktiva aus seinen Staatsdomänen, wie der Forstwirtschaft, den Zöllen und dem Salz- und Tabakmonopol im Rahmen eines vom Völkerbund verordneten Finanzplanes zu verpfänden.[64] Mit der am 20. Dezember 1924 beschlossenen Einführung des Schillings, der im Verhältnis 1 zu 10.000 Kronen eingetauscht wurde, ging die Periode der Hyperinflation offiziell zu Ende.[65]

Die Politik der Währungsstabilisierung hatte jedoch eine Reihe schwerwiegender Probleme zur Folge: Die nächsten zehn Jahre waren von wirtschaftlicher Instabilität und handfesten Krisen gekennzeichnet. Der Schuldenstand der österreichischen Landwirtschaft, der bis 1922 weitgehend von der Inflation „getilgt" worden war, stieg erneut an und erreichte Ende der 1920er Jahre die beachtliche Höhe von 900 Millionen Schilling. Eine neue Anleihe, das so genannte Protokoll von Lausanne, wurde zur

61 Jens-Wilhelm Wessels, Economic Policy and Microeconomic Performance in Inter-War Europe. The Case of Austria, 1918–1938 (=Beiträge zur Unternehmensgeschichte 25, Stuttgart 2007), Kurzzitat: Wessels, Economic Policy, S. 24–32; es wurden u.a. die Konzerne ÖAMG, Schoeller-Bleckmann, Hutter & Schranz, Leykam-Josefsthaler, Elin, Siemens, AEG, Steyr-Daimler-Puch und Semperit für die Studie herangezogen. Siehe auch: Herbert Matis, Von der frühen Industrialisierung zum Computerzeitalter. Wirtschaftshistorische Wegmarkierungen (Wien/Köln/Weimar 2006) S. 102: Das Pro-Kopf-Einkommen Österreichs im Vergleich zu seinen Nachbarn (in Kronen): Österreich = 694; Tschechoslowakei = 593; Ungarn = 450.

62 Ladner, Staatskrise, S. 12–15. Der Vertrag von St. Germain-en-Laye trat am 16. Juli 1920 in Kraft. Der Wortlaut des Vertrages: http://www.versailler-vertrag.de/svsg/svsg-i.htm, 14.10.2009.

63 Die drei Genfer Protokolle wurden schließlich mit den Stimmen der Christlichsozialen und den Großdeutschen (103 gegen 68 Stimmen) am 24. November 1922 genehmigt; drei Tage später wurde das Wiederaufbaugesetz im Nationalrat beschlossen, das zahlreiche rigorose Sparmaßnahmen, wie den Abbau eines Drittels der Beamtenschaft und die Einführung einer Warenumsatzsteuer, vorsah: Nationalrat.124.Sitzung v. 24. November. In: Wiener Zeitung (25.11.1922) S. 3–4; Nationalrat.150.Sitzung v. 25. November. In: Wiener Zeitung (27.11.1922) S. 1–5.

64 Ladner, Staatskrise, S. 135f.; 140–142; Siehe dazu auch: Rosner, Die ewige Krise, 288–290.

65 Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (=Österreichische Geschichte, Wien 1995), Kurzzitat: Sandgruber, Ökonomie und Politik, S. 354–362.

Deckung der Schulden beantragt und im Juli 1932 von Bundeskanzler Dollfuß unterzeichnet. Da die Anleihe erneut mit einem Anschlussverbot gekoppelt war, kündigten die Großdeutschen die Regierungsarbeit mit den Christlichsozialen auf. Dollfuß, der seit seinem Amtsantritt im Mai 1932 nur mit der hauchdünnen Mehrheit von einer Stimme im Parlament rechnen konnte, suchte daher zunehmend nach autoritären Alternativen, um seine schwankende Regierungsmacht zu erhalten und die von der Opposition verlangten Neuwahlen zu verhindern. Die Landtags- und Gemeindewahlen im April 1932 hatten deutlich gezeigt, dass die NSDAP auf ihrem Weg von einer Kleinpartei zu einer mächtigen Bewegung die politische Gewichtung in Österreich gehörig verschoben hatte.[66] Die Schulden wuchsen bis 1933 auf rund 1,2 Milliarden Schilling (13,5 Prozent des Sozialproduktes) weiter an. Zur Schuldenlast kamen der Preisverfall, die Absatzkrise und die vorgeschriebenen Beiträge zur Landwirtschaftskrankenkasse. Exekutionen und Zwangsversteigerung standen bald auf der Tagesordnung.[67] Viele kleinere Bauern verarmten, manche verloren ihr gesamtes Hab und Gut. Auch für die Industrie war die Zeit zwischen 1923 und 1929 zu kurz, um bestehende Strukturmängel nachhaltig auszugleichen; die Eisen- und Stahlproduktion sank von 1928 bis 1933 auf ein Siebentel. Das Heer der Arbeitslosen wuchs stetig an und erreichte 1933 einen Spitzenwert von beinahe 600.000 (= 27,2 Prozent der Erwerbstätigen), die Dunkelziffer derjenigen, die keinen Anspruch auf Unterstützung hatten, sowie die Ausgesteuerten nicht mitgezählt.[68] Immerhin kam es von Seiten der Sozialdemokratie zu interessanten Denkmodellen: Mit dem Dokument „Arbeit für 200.000“ wurde im Sommer 1933 ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgestellt, das zusätzliche Arbeitsplätze durch eine Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 40 Stunden schaffen und mit Mitteln aus der Lausanner Anleihe finanziert werden sollte.[69] Die von der Regierung ab 1934 initiierten Arbeitsbeschaffungsprogramme verursachten zwar erkleckliche Budgetdefizite, dafür fanden bis zu 10 Prozent der Arbeitslosen eine wenigstens vorübergehende Beschäftigung.[70] Diese scheinbare Hinwendung zu arbeitspolitischen Maßnahmen diente aber in erster Linie dazu, der nationalsozialistischen Propaganda, die in schärfster Weise „das System“ bekämpfte, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Angesichts des expansiven Wirtschaftskurses in Hitler-Deutschland gilt die Unfähigkeit des autoritären Regimes mit den Konjunktur- und Beschäftigungsproblemen fertigzuwerden als eine der wesentlichen Ursachen für dessen relativ geringe Popularität in Österreich.[71]

---

66 Goldinger/Binder, Österreich, S. 195–198.

67 Sandgruber, Ökonomie und Politik, S. 367–370. Laut Butschek habe die Landwirtschaft ihre Wertschöpfung bis 1929 gegenüber 1913 sogar um 10 Prozent steigern können, dabei soll es allerdings durch Überschüsse auf dem Weltmarkt zu einem Preisverfall gekommen sein. Um den inländischen Agrarmarkt vor der Krise zu schützen, verfolgten die Regierungen fortan einen so genannten „Agrarkurs“, eine Politik der Schutzzölle und Subventionierung der heimischen Bauern [Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert (Wien 1985) S. 52–53].

68 Goldinger/Binder, Österreich, S. 129ff; Butschek, Arbeiterkammer S. 41.

69 Sandgruber, Ökonomie und Politik, S. 388–393; Rosner, Die ewige Krise, 292, 364–372.

70 Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert (Wien 1985), Kurzzitat: Butschek, Wirtschaft, S. 56.

71 Fritz Weber, Staatliche Wirtschaftspolitik in der Zwischenkriegszeit. Zum Investitionsverhalten der öffentlichen Hand 1918–1938. In: Tálos/Dachs, P.S. Ö S. 548–549.

Rückblickend kann festgestellt werden, dass die gesamte österreichische Wirtschaftspolitik durch die Bestimmungen des Völkerbundes in den so genannten Genfer Protokollen auf Jahre hinaus in relativ restriktive finanzpolitische Bahnen gelenkt wurde, die wenig Freiraum für Investitionsprogramme erlaubten und einen rigorosen Sparkurs zugunsten der Währungsstabilität zur Folge hatten. Nur ein verschwindend geringer Teil des Budgets wurde für arbeitspolitische Maßnahmen eingeplant.[72] Die Sozialdemokraten befürchteten einen Abbau der Sozialgesetzgebung durch die bürgerlichen Regierungen, was zu einer Verschärfung des politischen Klimas führte. Eine Reihe von Bankeninsolvenzen und Zusammenlegungen ab 1924, die im Zusammenbruch der Creditanstalt im Mai 1931 gipfelte, tat das Ihrige dazu. Der Untergang der Creditanstalt, die rund 42 Prozent des Aktienkapitals aller österreichischen Industrieunternehmungen verwaltete, riss nicht nur die österreichische Wirtschaft sondern auch die sorgsam kultivierte Währungsstabilität in die Tiefe.[73] Als infolge der Wirtschaftskrise Industriegemeinden, wie Steyr, Donawitz und Bruck an der Mur, in finanzielle Schwierigkeiten gerieten, traf es die Armen, die auf Unterstützungen der Gemeinde angewiesen waren, am meisten.[74] Neue Geldquellen, wie die Trefferanleihe 1933, mussten erschlossen werden, um die leeren Staatskassen zu füllen.[75]

1.6.1 Steiermark

Nach der Bewältigung der unmittelbaren Kriegsfolgen kam es im Zuge der Inflation zur Übernahme einer Reihe prominenter steirischer Industrieunternehmen wie der ÖAMG, der Puchwerke, Leykam-Josefsthaler und der Veitscher Magnesitwerke durch ausländische Käufer, die sich nun verstärkt auf dem Weltmarkt zu behaupten versuchten. Die vor dem finanziellen Ruin stehende Fürstenfelder Tabakregie war im Rahmen der Genfer Sanierung gepfändet worden und hunderte Mitarbeiter waren entlassen worden. Nach der Inflationsperiode führten längst notwendige Aufbauarbeiten, die zum Teil aus Mitteln der Genfer Anleihe, zum Teil aus einer Dollaranleihe vom Jahr 1926 finanziert wurden, vor allem im Bereich der Wasserkraft, der Infrastruktur und des Tourismus, zu einer starken Belebung der steirischen Wirtschaft.

72 Butschek, Wirtschaft, S. 217.

73 Karl Ausch, Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption (Wien 1968), Kurzzitat: Ausch, Banken, S. 322f.

74 Donawitz musste auf Grund stark sinkender Steuereinnahmen und des rasant steigenden Bedarfes an Mittel für die Armenfürsorge im Jahr 1934 Konkurs anmelden. Die Gemeindekasse wies bis Mai 1933 einen Gesamtschuldenstand von rund S 86.000 auf. In einem Schreiben an die Steiermärkische Landesregierung Anfang 1934 richtete die Bezirksvertretung Leoben einen dringenden Appell an die Bundesregierung, eine sofortige Umschuldungsaktion der Gemeinden „als Keimzellen des Staates“ einzuleiten. Siehe: StLA BV Leoben K:97; Konkurs über Donawitz. Der Leidensweg einer Industriegemeinde. In: Österreichische Gemeinde-Zeitung. Offizielle Zeitschrift des „Deutschösterreichischen Städtebundes (1.6.1933), Kurzzitat: ÖGZ, S. 2–4; Der erfolglose Kampf der Gemeindeverwaltung von Steyr. In: Ebda (15.11.1932) S. 12–14.

75 Dieter Stiefel, Die grosse Krise in einem kleinen Land. Österreichische Finanz- und Wirtschaftspolitik 1929–1938 (=Studien zu Politik und Verwaltung 26, Wien/Köln/Graz 1988) S. 104–119.

Mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ging es jedoch erneut steil bergab. Nicht nur, dass die privaten Sparer und Investoren um ihre Einlagen bangten, auch das Land Steiermark stand trotz aller Einsparungsmaßnahmen in der Verwaltung und der Streichung öffentlicher Investitionen 1932 vor der Zahlungsunfähigkeit. Tausende Arbeitslose und Ausgesteuerte [Menschen, die keine Versicherungsleistungen mehr erhielten, Anm.], aber auch Bauern und Landarbeiter gingen auf die Straße, um auf ihre Notlage aufmerksam zu machen. Hitlers Tausend-Mark-Sperre schädigte den steirischen Fremdenverkehr zusätzlich schwer. Die Hilfsmaßnahmen des Landes, wie die Winterhilfe, waren kaum geeignet, die Not wirksam zu beseitigen. Der Rückgang in allen Wirtschaftssparten, die Verschuldung der Landwirtschaft und die Massenarbeitslosigkeit brachten Elend und Hoffnungslosigkeit in viele Familien.[76] Vor dieser trostlosen Kulisse versprachen die Nationalsozialisten mit ihren plakativen Forderungen nach Freiheit, Arbeit und Brot eine „bessere“ Zukunft. Sie führten den Menschen, insbesondere der Jugend, das Ideal einer alle deutschen Volksgenossen umfassenden und verbindenden „Volksgemeinschaft“ unentwegt vor Augen, ein Ziel, für das es zu kämpfen galt, oder unterzugehen.[77]

„Tango Korrupti“: Die Steirerbank-Affäre

Der steirische Landeshauptmann Anton Rintelen, Präsident der Steirerbank seit ihrer Gründung 1920, geriet 1926 ebenfalls in die Schlagzeilen, als die Centralbank der deutschen Sparkassen zusammenkrachte. Die Steirerbank war eine jener maroden Institute, die von der Centralbank „geschluckt“ wurden, um deren Finanzmisere zu vertuschen. Rintelen wurde vorgeworfen, seine persönliche Machtstellung im Zusammenhang mit dubiosen Finanztransaktionen sowie mit dem Handel mit Steweag[78]-Aktien missbraucht zu haben; die von der Opposition geforderte parlamentarische Untersuchungskommission konnte ihm jedoch keine persönliche Schuld nachweisen. Die sozialdemokratische Zeitung „Arbeiterwille“ vom 22. September 1926 charakterisierte Rintelen als „der gute Onkel der Partei“, der die „Geschäfte“ besorgt hatte, „an den sich jeder wendete, der in Bedrängnis geraten war“.[79] Landeshauptmann Rintelen, der als enorm ehrgeizig, clever und undurchschaubar galt, erwarb sich große Verdienste um das Rundfunkwesen und um die Energieversorgung der Steiermark. In seiner Autobiografie gibt er nicht ohne Stolz zu, die Heimwehr und die ihr nahestehende Unabhängige Gewerkschaft auf nicht ganz legale Art (*praeter legem*) unterstützt zu haben.[80] Es ist ziemlich unwahrscheinlich,

76 Stefan KARNER, Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur (Graz 2005), Kurzzitat: KARNER, Steiermark, S. 176–193.

77 NS-Lehrerversammlung in Leoben. In: Der Kampf (16.07.32) S. 8.

78 Steirische Wasserkraft- und Elektrizitäts-AG.

79 Peter GORKE, Anton Rintelen (1876–1946). Eine polarisierende Persönlichkeit. Versuch einer politischen Biographie (Diss., Graz 2002) S. 88–91.

80 Anton RINTELEN, Erinnerungen an Österreichs Weg. Versailles-Berchtesgaden-Grossdeutschland, 2. Aufl. (München 1941) S. 158–162.

dass sich Rintelen persönlich bereichert hat; eher wollte er ein Netzwerk aufbauen, indem er Schlüsselpositionen mit einflussreicher Klientel besetzte, die er in seine Abhängigkeit gebracht hatte. Mit juristischen Kniffen verstand er es immer wieder, sich geschickt aus „unangenehmen" Situationen herauszuwinden. Wenn Karl Ausch Rintelen vielleicht etwas überspitzt als den obersten Totengräber der Ersten Republik bezeichnet,[81] so bezieht er sich auch auf die lasche Handhabung der Finanzgeschäfte durch die höchsten Kontrollinstanzen der Republik, sowie auf die Korrumpierung einiger maßgeblicher Politiker, die an Schlüsselstellen im Finanzministerium und in den Landesverwaltungen saßen. Riesige Summen gingen durch Fehlspekulationen verloren oder verschwanden in geheimnisvollen Kanälen. In der Öffentlichkeit wirbelten diese Skandale viel Staub auf. Ebenso riefen die Machenschaften eines gewissen Entrepreneurs und Spekulanten, Siegmund Bosel, und des zuständigen christlichsozialen Finanzministers Ahrer, eines Intimus Rintelens, eine Welle der Empörung hervor. Im Zuge von „Aktienverschiebungen" erlitt die Postsparkasse einen Schaden von mehr als einer Milliarde Schilling. Als die verbrecherischen Transaktionen, die von Ahrer teils eingefädelt, teils gedeckt worden waren, aufflogen und durch eine parlamentarische Untersuchung geklärt werden sollten, war er längst nach Kuba geflohen. Siegmund Bosel aber, der einen Teil seines Vermögens vermutlich ins Ausland verschoben hatte, konnte den durch ihn entstandenen Schaden nicht wiedergutmachen.[82]

81 Ausch, Banken, S. 227.

82 Ausch, Banken, S. 258–281; Der christlichsozial-großdeutsche Bankenskandal. Eine Billion Steuergelder verschleudert! (Wien 1927) S. 45. Laut diesem Bericht soll die Steirerbank sogar 21 Milliarden Verlust gemacht haben.

2. Die innenpolitische Radikalisierung 1927–1934

2.1 Die Heimwehren als Schrittmacher der Innenpolitik

Die so genannten Selbstschutzverbände, die in der historischen Literatur oft als Privatarmeen, paramilitärische Verbände und Ähnliches bezeichnet werden, fungierten als bewaffneter Arm des jeweiligen politischen „Lagers“ oder der Partei und hatten unter anderem die Aufgabe, in sonntäglichen Aufmärschen und Versammlungen für ständige Präsenz auf der Straße und in der Öffentlichkeit zu sorgen. Zu den größten Verbänden in Österreich zählten die je nach Bundesland zunächst autonom entstandenen Heimwehren; der 1923 vom früheren sozialdemokratischen Staatssekretär für Heereswesen Julius Deutsch ins Leben gerufene und straff organisierte Republikanische Schutzbund[83], der „Frontkämpferbund Deutschösterreichs“ sowie die Ordnertruppe der NSDAP, die Sturmabteilung (SA). Schon die in der historischen Literatur üblich verwendete Bezeichnung „Heimwehr“ für die militärähnlich organisierten Verbände, die zunächst teils von Bayern aus[84], teils von dem österreichischen Industriellenverband materielle Unterstützung erhielten, ist irreführend. Zu heterogen waren deren soziale Zusammensetzung, Ziele, regionale Ausrichtung und Führungskräfte, als dass man von einer einheitlichen Heimwehr sprechen könnte. Den Katholizismus hat man zu bestimmten Anlässen, beispielsweise bei Feldmessen anlässlich sonntäglicher Versammlungen und Fahnenweihen, zur Schau getragen, sich angesichts der liberal-nationalen Elemente jedoch nie auf den Katholizismus festgelegt. Obwohl Bauern unter den Mitgliedern sehr zahlreich waren, gab es ebenfalls keine definitiv agrarische Ausrichtung. Genauso fanden sich Monarchisten in ihren Reihen wieder. Insgesamt fehlte der Heimwehrorganisation eine klare positive Programmatik; einzig zu der Beseitigung des klassenkämpferischen Marxismus, dem liberalistischen Wirtschaftssystem und der parlamentarischen Demokratie hat man sich in radikalen Parolen, die am 18. Mai 1930 im „Korneuburger Eid“ festgehalten wurden, bekannt.[85]

83 Der Republikanische Schutzbund, der „unter dem Eindruck des Faschismus“ am 12. April 1923 gegründet wurde, konnte auf die seit 1921 formierten und gut organisierten und ausgestatteten Arbeiterwehren der Partei zurückgreifen. In der Steiermark wurde der Rep. Schutzbund am 5. Juni 1923 von Landesrat Ludwig Oberzaucher und Kurt Sonnhammer behördlich angezeigt, siehe: Robert Hinteregger, Karin Schmidlechner, Eduard Staudinger, Für Freiheit, Arbeit und Recht. Die Steirische Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Faschismus (1918–1938). Katalog zur Wanderausstellung vom 13. Jänner bis 30. November 1984 in allen steirischen Bezirken (Graz 1984), Kurzzitat: Hinteregger, Arbeiterbewegung, S. 42.

84 Siehe dazu: Ludger Rape, Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1920–1923 (Wien 1977).

85 Walter Wiltscheggs gesamtösterreichische Darstellung enthält interessante Einblicke und wertvolle Details zu den handelnden Personen: Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? (=Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 7, Wien 1985), Kurzzitat: Wiltschegg, Volksbewegung, S. 14–15; 34–36.

Nach dem Justizpalastbrand am 15. Juli 1927 und der Niederschlagung der sozialdemokratischen Streikbewegung gewannen die Heimwehren in Österreich die Oberhand und erhielten immer stärkeren Zulauf. In der Steiermark gelang es dem Judenburger Rechtsanwalt Walter Pfrimer[86] die sozialdemokratischen Streikführer durch Androhung von Brachialgewalt einzuschüchtern. Nun wurde er von seiner Gefolgschaft als der Held gefeiert, der dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, Koloman Wallisch[87], Paroli geboten hatte. Als es der Heimwehrführung im Jahr 1929 trotz der Unterstützung in- und ausländischer Geldgeber weder gelang, die Regierung zu stürzen, noch ihre lautstarken Forderungen nach einer autoritären Verfassung durchzusetzen und Mussolini ungeduldig auf den von ihm vorfinanzierten Staatsstreich pochte, drohte sie offen mit einem „Marsch auf Wien". Die Durchführung der „entscheidenden Aktion zur Änderung der österreichischen Staatsverfassung", die von der Heimwehrführung spätestens zwischen Februar und März 1930 versprochen worden war, kam jedoch nicht zustande.[88] Auch ein für den Herbst 1930 von Pfrimer geplanter Putsch wurde im Ansatz erstickt.[89] Nach dem bescheidenen Wahlerfolg des Heimatblocks bei den Nationalratswahlen 1930 und dem gescheiterten Staatsstreich Pfrimers im September 1931 ging es mit der Heimwehr bergab. Außen- und innenpolitischer Druck sowie Uneinigkeit auf der Führungsebene spalteten die Bewegung. Walter Pfrimer, der freiwillig aus dem von ihm aufgebauten Steirischen Heimatschutz im Mai 1932 ausschied und sich Adolf Hitler unterstellte, wurde von manch empörtem Kameraden mit einer Ratte verglichen, die das sinkende Schiff verlässt.[90] Im April 1933 schließlich schloss der Steirische Heimatschutz unter der Führung Konstantin Kammerhofers ein Kampfbündnis mit der NSDAP und wurde bald darauf, am 19. Juni 1933, zusammen mit der NSDAP verboten. Die übrigen Heimwehren wurden als „Österreichischer Heimatschutz" unter Ernst Rüdiger Starhemberg zusammengefasst und am 10. Oktober 1936 endgültig aufgelöst.[91] Die Privatarmeen sind nicht nur als Auswüchse einer zutiefst gespaltenen Gesellschaft zu begreifen, sondern auch als Schwäche der staatlichen Souveränität zu sehen, die Österreich mit der Limitierung der Heeresstärke durch den Staatsvertrag von St. Germain in die Wiege gelegt wurde.

86 Dr. Walter Pfrimer: geboren 1881 als Sohn eines Weinhändlers in Marburg an der Drau (Maribor); gestorben 1968 in Judenburg.

87 Koloman Wallisch: geboren 1889 in Lugosch (Lugoj); am 19.2.1934 in Leoben hingerichtet.

88 Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr (Wien 1966), Kurzzitat: Kerekes, Abenddämmerung, S. 41.

89 Franz Winkler, Die Diktatur in Österreich (=Weltmachtprobleme 6, Zürich 1935), Kurzzitat: Winkler, Diktatur, S. 33.

90 StLA ZGS (BKA) K.79/6: LGK E. Nr.216 res.ad. (9.6.1932) „Bericht über die politische Lage im Lande Steiermark". Hier heißt es wörtlich: (…) (Im Inspizierungsbereich Bezirke Liezen und Gröbming) (…) (bröckelt) *der Heimatschutz, der in den beiden Bezirken eine grosse Rolle spielte, allmählich ab. Ein Grossteil ist bereits zu den Nationalsozialisten übergegangen, der Rest scheint in der ganzen Bewegung irre geworden zu sein. Der Schritt Pfrimers wird als Verrat empfunden und schärfstens missbilligt. Man vergleicht ihn mit der Ratte, die das sinkende Schiff verliess.*

91 Wiltschegg, Volksbewegung, S. 97–98.

2.2 Ereignisse und Auswirkungen des 15. Juli 1927

Die Vorgeschichte und die tragischen Folgen des so genannten Schattendorfer Prozesses sind in der historischen Literatur detailliert aufgearbeitet worden, so dass an dieser Stelle auf eine eingehende Darstellung verzichtet werden kann.[92] Am 30. Jänner 1927 war der kleine burgenländische Ort Schattendorf zum Schauplatz von gewalttätigen Ereignissen zwischen Mitgliedern der „Frontkämpfervereinigung Deutschösterreichs" und des sozialdemokratischen Schutzbundes geworden. Drei Frontkämpfer hatten auf vorbeiziehende „Schutzbündler" geschossen und dabei einen Kriegsinvaliden und ein Kind getötet. Am 14. Juli endete der Geschworenenprozess mit einem Freispruch für die Angeklagten, obwohl der Staatsanwalt auf schuldig wegen boshafter Gefährdung einer Menschenmenge plädiert hatte. Am nächsten Morgen erschien ein aufwühlender Leitartikel in der „Arbeiter-Zeitung", der den Freispruch der „Arbeitermörder von Schattendorf" leidenschaftlich anprangerte und vor dem daraus entstehenden Unheil warnte.[93] Um acht Uhr strömten bereits tausende Demonstranten aus den Vorstädten in die Wiener Innenstadt, um ihre Empörung kundzutun. Als der Justizpalast, eine Polizeiwache und die Redaktionszentrale des christlichsozialen Presseorgans „Reichspost" bereits brannten und die Gewalt der Demonstranten nicht eingedämmt werden konnte, schritt die Polizei auf Befehl des Polizeipräsidenten Schober mit Waffengewalt ein. Die traurige Bilanz: mehr als 90 Tote und hunderte Verletzte. Als Zeichen des Protestes rief die sozialistische Partei den Generalstreik aus. Jene Ausschreitungen des Juli 1927 können als Reaktion auf eine Reihe politischer Urteile gesehen werden, die von der Arbeiterschaft als „Klassenjustiz", als bewusstes Unrecht der herrschenden Klassen gegen das Proletariat, gebrandmarkt wurde.[94] Der 15. Juli 1927 wurde zu einer der schwersten Prüfungen in der Geschichte der Ersten Republik. In der historischen Literatur wird diesem Tag ungeheure Bedeutung in seiner politischen und gesellschaftlichen Dimension beigemessen. Zum einen schien der Bestand Österreichs selbst gefährdet:

---

92 Eine Auswahl: Norbert Leser, Paul Sailer-Wlasits (Hrsg.), 1927 als die Republik brannte. Von Schattendorf bis Wien (Wien/Klosterneuburg 2001); Ludwig Jedlicka, Rudolf Neck (Hrsg.), Vom Justizpalast zum Heldenplatz (Festgabe der Wissenschaftlichen Kommission des Theodor Körner.-Stiftungsfonds und des Leopold Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, Wien 1975); Anson Rabinbach, Vom Roten Wien zum Bürgerkrieg (Wien 1989); Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstösse, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934 (München 1976); Heinrich Drimmel, Vom Justizpalastbrand zum Februaraufstand. Österreich 1927–1934 (Wien/München 1986); Winfried Garscha, Barry McLoughlin, Wien 1927. Menetekel für die Republik (Berlin 1987).

93 Die Mörder von Schattendorf freigesprochen. In: Arbeiter-Zeitung (15.07.1927) S. 1–2. Die Geschworenen werden als „ehrlose Gesetzesbrecher" verdammt, die für ihren „schamlosen Freispruch" der „die ganze Rechtsprechung schändet", den „Haß und Verachtung aller rechtlich denkenden Menschen" verdient hätten. Denn mit diesem Freispruch seien Arbeiter quasi zum Freiwild der „Hakenkreuzler" und „Frontkämpfer" erklärt worden.

94 Hans Hautmann, Klassenjustiz in der Ersten Republik. Referat auf der Veranstaltung der Alfred Klahr Gesellschaft 15. Juli 1927. „Das Polizeimassaker vor dem Justizpalast" am 14. Juni 2007 im Café Rathaus, http://www.klahrgesellschaft.at/Referate/Hautmann_Klassenjustiz.html, 14.10.2009; Winfried Garscha, Barry McLoughlin, Wien 1927. Menetekel für die Republik (Berlin 1987) S. 86–108.

Die Auslandspresse sprach von einem gerade noch durch die Person des Kanzlers Seipel verhinderten Bürgerkrieg, der von Kommunisten angezettelt worden war. Im Falle eines solchen Krieges schien sogar eine Intervention der Nachbarstaaten Österreichs möglich, um die Entstehung einer „roten Diktatur“ zu unterbinden.[95] Die Zeitungen berichten von den Polizisten Schobers, die wie im Blutrausch wahllos in die Menge schossen und dabei auch Unbeteiligte töteten; andere Meldungen sprechen von misshandelten und hingemetzelten Polizisten, die mit ausgestochenen Augen in ihrem Blut lagen. Viele Menschen waren jahrelang im Zeichen des Klassenkampfes systematisch gegeneinander aufgehetzt worden: Die Arbeiterklasse gegen die faktische Herrschaft der „Besitzenden“, der Bürger und Bauern; jene wiederum gegen den Anspruch der Proletarier, die von ihnen angestrebte klassenlose, aus der Sicht der Gläubigen auch gottlose, Gesellschaftsordnung zu errichten. Am 15. Juli 1927 waren die Dämme geborsten und die aufgestauten Emotionen überfluteten die Straßen von Wien. Aber die wahre Tragödie dieser Tage war die fehlende Bereitschaft der Vertreter beider „Lager“, jenseits von ideologischer Verblendung aus der Katastrophe die richtigen Lehren zu ziehen und einen *modus vivendi* für die Zukunft zu suchen. In diesem Sinne findet der Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ in seinem Nachruf für die „Gefallenen“ der Juli-Tage Worte voll Trauer und Wut, Worte, die nach Begleichung einer offenen Rechnung schreien:

> (…) *Versöhnung? Es gibt keine Versöhnung, nichts ist uns allen in unserer Trauer um die gefallenen Brüder und Schwestern ferner als der Gedanke an Versöhnung.* (…). *Was wir am Grabe der Toten geloben werden, ist nicht Versöhnung, sondern leidenschaftlicher Kampf gegen die bürgerlich-kapitalistische Welt, in der man Arbeiter niederknallt wie Tiere* (…). *Ihr Blut wird gesühnt sein, wenn der Sozialismus siegt.*[96]

Die Vorkommnisse in Wien sowie der von der Heimwehr erzwungene Streikabbruch fügten der Sozialdemokratie in der Steiermark, wo sich die Machtverhältnisse zugunsten des rechten politischen Spektrums verschoben, aber auch ganz allgemein, fühlbaren Schaden zu. Der rechte und linke Flügel der Partei gerieten hierbei in einen Gegensatz über die Zukunft der proletarischen Bewegung in Österreich. Der steirische Landesrat Reinhard Machold beklagte, der Verkehrsstreik in der Steiermark habe *zugrunde gegangene politische Bankrotteure, alle die monarchistischen Offiziere, alle die hakenkreuzlerischen Provinzadvokaten auf den Plan gerufen und einen stillen Faschismus erzeugt, der das Land mit Heimwehrformationen durchsetzte.*[97] Die Ergebnisse der Nationalratswahl 1930 schienen diesen Befund, zumindest was das Gesamtergebnis betrifft, zu widerlegen: Die SDAPÖ errang rund 41 Prozent der Stimmen und wurde sogar mandats- und stimmenstärkste Partei, obwohl sie etwas mehr als 1 Prozent an Stimmen gegenüber 1927 verloren hatte. Auf Landesebene

95 Ausländische Pressestimmen zitiert in der „Arbeiter-Zeitung“ (19.07.1927) S. 4.
96 Das Vermächtnis der Toten. In: „Arbeiter-Zeitung“ (20.07.1927) S. 1.
97 Hinteregger, Arbeiterbewegung, S. 53.

hingegen sah das Ergebnis weniger gut aus: Bei den Landtagswahlen verlor die SDAPÖ gegenüber 1927 beinahe 7000 Stimmen [rund vier Prozent, Anm.].[98] Auch in den wichtigen regionalen Zentren der obersteirischen Industrieregion verloren die Sozialdemokraten. In ihrer Hochburg Bruck an der Mur, wo die Verluste vergleichsweise gering waren, fiel ihr Stimmenanteil gegenüber 1927 um 4 Prozent, bei einem reellen Zuwachs der gültigen Stimmen um beinahe 5 Prozent. Geradezu katastrophal war der Rückgang der sozialdemokratischen Wählerschaft in Donawitz, wo ihr Stimmenanteil zwischen 1927 und 1930 um mehr als 17 Prozent zugunsten des Heimatblocks dahin schmolz. Allerdings übertrafen die Stimmenverluste der Christlichsozialen jene der Sozialdemokraten insgesamt bei weitem.[99]

2.3 Wichtige Entwicklungen von 1928 bis 1930

Die Heimwehren liefen im darauf folgenden Jahr 1928 zur Hochform auf. Die Ungeduld Mussolinis und des Industriellen Verbandes, der finanziellen Förderer der Heimwehren, führte zu wiederholten Vorstößen ihrer Führer, endlich das erstrebte Ziel einer Verfassungsreform zu erzwingen. Diese sollte die Grundlage der bei dem Wiener Universitätsprofessor Othmar Spann rezipierten „organischen und ständischen" Staatsidee bilden, in der die „Parteienherrschaft" zugunsten eines starken Führers abgeschafft werden sollte. Laut offiziösen Angaben sollte der Sturz der Regierung Streeruwitz, die von Mai bis September 1929 amtierte, „herbeigeführt" werden.[100] Zu diesem Plan gehörte vermutlich auch der Zusammenstoß von St. Lorenzen im Mürztal am 18. August 1929. Nach dem Rücktritt des Kabinetts Streeruwitz erwies sich der neue Kanzler und Wunschkandidat der Heimwehren, Johann Schober, als williger, aber keineswegs willfähriger Verhandlungspartner im Poker um die „Macht im Staate". Anstatt der angestrebten „ständischen" Verfassungsänderung wurden Reformen zugunsten einer Stärkung der Stellung des Bundespräsidenten im Dezember 1929 beschlossen. Die Enttäuschungen, bloß halbe Sachen bei der Verfassungsreform erreicht zu haben, führten zu einer Verschärfung der antiparlamentarischen Stimmung und der Gegensätze innerhalb der Heimwehr. Schließlich wurde ein faschistisches Grundsatzprogramm ausgearbeitet, das von Walter Heinrich, einem Mitglied des Spann-Kreises, entworfen wurde. Die im „Korneuburger Eid" enthaltenen radikalen antidemokratischen Forderungen nach einer ständestaatlichen Ordnung sollten den verschiedenen Strömungen in der Heimwehr Rechnung tragen.[101] Da das Grundsatzprogramm jedoch nicht überall günstig auf-

98 Karner, Steiermark, S. 599.

99 Details zu den Nationalratswahlen 1927 und 1930 auf: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1927.pdf, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1930.pdf, 18.12.2009.

100 Österreichisches Heimatschutz Jahrbuch 1933. Für Heimat, Volk und Vaterland! hrsg. von der Landesleitung des Heimatschutzverbandes Steiermark, 1.Jg. 1. Aufl. (Graz 1932), Kurzzitat: ÖHJ 1933, S. 66–69.

101 Laut der „Reichspost" verkündete Bundesführer Dr. Steidle, es sei egal, ob sich der eine oder der andere Führer dieser oder jener Partei zugewendet habe, die Heimwehr müsse danach trachten,

genommen, ja sogar mit harscher Kritik bedacht wurde, kam es zu keiner Einigung der Heimwehren, sondern zu einer weiteren Verhärtung der Fronten zwischen dem radikal nationalen und dem christlichsozialen Lager.[102] Nach dem Sturz Schobers im September 1930 nahmen die Vertreter der Heimwehr, Starhemberg und Hueber, das Angebot einer Regierungsbeteiligung im Kabinett des christlichsozialen Kanzlers, Carl Vaugoin, in der Hoffnung an, einen autoritären Kurs einzuführen. Um ihre Position zu stärken, beschloss die Heimwehr als „Heimatblock" bei den Nationalratswahlen am 9. November 1930, den letzten in der Ersten Republik, zu kandidieren. Das bescheidene Gesamtergebnis der viel beschworenen Volksbewegung resultierte im Großen und Ganzen aus einer Umschichtung der Wählerstimmen im bürgerlichen Lager, nämlich zu Lasten der CSP, sieht man von den Einbrüchen in einigen sozialdemokratischen Hochburgen in der Obersteiermark ab. In der Steiermark gewann der Heimatblock mit rund 12 Prozent der Stimmen sechs Mandate und stellte mit August Meyszner einen Landesrat; ein achtbares Resultat, das die Popularität des Steirischen Heimatschutzes im eigenen Land widerspiegelte.[103]

Nach dem Rücktritt des Bundeskanzlers Ender im Mai 1931 scheiterte auch Seipel daran, führende Sozialdemokraten für eine Koalitionsregierung zu gewinnen. Schließlich gelang es dem Niederösterreicher Karl Buresch, die bürgerlichen Parteien auf ein gemeinsames Programm zu einigen.[104] Die katastrophalen Folgen der Wirtschaftskrise sowie der kolportierte Finanzskandal der Creditanstalt brachten schließlich das Fass zum Überlaufen. Der nach dem zwischenzeitlichen Rücktritt Starhembergs erneut zum Führer avancierte Walter Pfrimer fackelte nicht lange. Die Creditanstalt-Affäre bot ihm und seiner Parlamentsfraktion einen großartigen Propagandaschlager: Eine populistische Unterschriftenaktion der Heimwehr, die eine Untersuchung gegen die Direktoren der Bank, die Rückerstattung all ihrer Spitzengehälter und die Haftung der Abgeordneten für das Zweite Creditanstaltsgesetz mit ihrem ganzen Vermögen verlangte, wurde initiiert. Aber das Zeichen des „Volkszornes" – immerhin wurde die Petition von etwa 620.000 Menschen unterschrieben – wurde von der Regierung Buresch schlichtweg ignoriert. Als signifikant für das Herannahen eines Putschversuches kann auch die Furcht sowohl Pfrimers als auch der Vertreter der Industrie vor einer „rot-schwarzen" Koalition gesehen werden, die eventuell eine Entwaffnung und Auflösung der Heimwehren zur Folge gehabt

möglichst viele Träger von Mandaten zu haben: *Wir haben bisher nur ein Ziel gehabt: dem Marxismus die Stirne zu bieten, ihm die Arbeiterschaft zu entreißen* (…). *Das war am Anfang, aber es genügt uns nicht, daß wir bloß diese Aufgabe zu erfüllen haben.* (…) (Aus fanatischer Liebe zur Erneuerung der Heimat wollen wir) *einen neuen, einen besseren Staat* (errichten). Ing. Raab zum Landesführer wiedergewählt. Delegiertenversammlung der niederösterreichischen Heimwehr in Korneuburg. – Bundesführer Dr. Steidle über die ferneren Ziele. In: Reichspost (19.05.1930) S. 2.

102 Bruce F. Pauley, Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918–1934 (Wien 1972), Kurzzitat: Pauley, Hahnenschwanz, S. 72–77.

103 Gernot D. Hasiba, Die Steiermark und der Gesamtstaat ab 1918. In: 800 Jahre Steiermark und Österreich 1192–1992. Der Beitrag der Steiermark zu Österreichs Größe (= Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark 35, Graz 1992) 487–488.

104 Goldinger/Binder, Österreich, S. 184–185.

hätte. Obwohl die Politik des Heimatblocks den Ärger der industriellen Geldgeber erregt hatte, kam ein „Abdrehen des Geldhahnes" 1931 (noch) nicht in Frage. Hierzu gibt es konkrete Hinweise im Schriftverkehr zwischen der steirischen Sektion des Hauptverbandes der Industrie Österreichs und der obersten Leitung der ÖAMG in Wien.[105] Ferner hoffte Pfrimer, durch die Realisierung des lang gehegten Putschplanes die Heimatschutzbewegung aus ihrem lethargischen Zustand zu befreien.[106]

2.4 Der „Pfrimer-Putsch"

Über den fehlgeschlagenen Putsch, der in der Nacht vom 12. zum 13. September 1931 eingeleitet wurde, gibt es mehrere zum Teil voneinander abweichende Berichte, am ausführlichsten wird er bei Hofmann und Pauley behandelt.[107] Außerhalb der Steiermark und eines Teiles von Oberösterreich kam er jedoch nicht zum Ausbruch, hauptsächlich deshalb, weil die anderen Landesführer nicht bereit waren, Pfrimer Gefolgschaft zu leisten. Die politischen Hintergründe liegen noch im Dunkeln; sowohl Machenschaften der Nazis, deren möglicher Mittelsmann Graf Karl Othmar Lamberg maßgeblich involviert war, als auch von anderer Seite („dunkle Kräfte") kommen in Frage. Die Motivation verschiedener Interessengruppen kann nur vermutet werden. Lamberg, der Berater Pfrimers, aber auch Landeshauptmann Rintelen spielten in dieser Verschwörung dubiose Rollen. Von dem Scheitern des Putsches und der Desavouierung des Heimatschutzes scheinen jedoch hauptsächlich die Nationalsozialisten profitiert zu haben, war der Putsch doch in erster Linie gegen die christlichsoziale Regierung Buresch, die einen Arbeitskonsens mit den Sozialdemokraten gefunden hatte, gerichtet.

In den ersten Wochen nach dem Zusammenbruch des Putsches wurden zahlreiche Heimatschutzführer verhaftet und die Beamten und Lehrer, die mitgemacht hatten, vom Dienst suspendiert. Dies brachte die Bevölkerung ganzer Ortschaften auf; die Behörden wurden mit Petitionen um die Freilassung ihrer Mitbürger regelrecht überhäuft.[108] Pfrimer, der über die Staatsgrenze nach Jugoslawien in seine Geburtsstadt Marburg an der Drau (Maribor) entflohen war und später in München Zuflucht fand, wurde in einem Aufsehen erregenden Prozess im Dezember 1931 mitsamt den anderen Rädelsführern freigesprochen.[109] Nach den blutigen Revolten vom 15.

105 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (GZ.221.233 GD.1/31), Gegenstand: Dr. Paul Weitzer, Geschäftsführer des Verbandes der Obersteirischen Eisen- und Stahlwerke; Rückstellung von beschlagnahmten Schriftstücken. In dieser Korrespondenz werden den Führern des Steir. Heimatschutzes, Pfrimer und Rauter, aber auch Starhemberg, schwere Vorwürfe bezüglich deren Handhabung bzw. Beeinflussung des Heimatblockes gemacht. Diese hätten die Absicht, den Heimatblock vom legalen Kurs abzubringen und in die politische Isolierung führen zu wollen.

106 Sten. Prot. der 47. Sitzung des Nationalrates (1.10.1931). In: Sten. Prot. über die Sitzungen des Nationalrates (IV. Gesetzgebungsperiode) der Republik Österreich 1931 bis 1932 II. Bd. (Wien 1932) S. 1222–1223.

107 Pauley, Hahnenschwanz; Hofmann, Pfrimer-Putsch.

108 ÖHJ 1933, S. 85–86.

109 Pauley, Hahnenschwanz, S. 112–126.

Juli 1927 und 18. August 1929 hatte Österreich viel an Ansehen und Kreditwürdigkeit im Ausland eingebüßt. Nun, nach dem Putschversuch, schien seine staatliche Autorität schwer in Frage gestellt, zumal das Gerichtsurteil die Gewalt gegen den Staat gleichsam legitimiert hatte. Was auf der einen Seite für einen Skandal sorgte, nämlich dass jene politischen Abenteurer, die versucht hatten, die gültige Verfassung zu beseitigen, glimpflich davonkamen und dass der Großteil ihrer Waffen in die Verstecke zurückwanderte, schien auf der anderen Seite nur recht und billig, ging es doch darum, das militärische Potenzial ihres „Lagers“ aufrechtzuerhalten. In einer dringlichen Anfrage geißelte der sozialdemokratische Nationalratsabgeordnete Eisler den Landeshauptmann Rintelen, unter dessen Patronanz der Putsch jahrelang „gezüchtet“ worden war: *Der steirische Putsch war ein notwendiges Glied in einer Kette von Vorbereitungen, die unter dem Schutze der maßgebenden Funktionäre des Landes Steiermark sich vollzogen haben.*[110]

2.5 Der „Staatsstreich auf Raten“

Als am 4. März 1933 alle drei Nationalratspräsidenten nach einer erregten Debatte im Parlament zurücktraten – es ging um eine Diskrepanz bei der Abstimmung in der Frage der Behandlung eines von den Eisenbahnern durchgeführten Proteststreiks[111] – kam es zu einer einmaligen Krisensituation, die in der Geschäftsordnung des Parlaments nicht vorgesehen war. Der „vorsitzlose“ Nationalrat war plötzlich handlungsunfähig geworden. Die Ereignisse überschlugen sich: Am nächsten Tag, den 5. März, errangen die Nationalsozialisten rund fünf Wochen nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler die relative Mehrheit bei den Reichstagswahlen in Deutschland. Es war zu erwarten, dass die österreichischen Nationalsozialisten, die seit ihren bedeutenden Wahlgewinnen 1932/1933 vehement nach Neuwahlen riefen, starken Rückenwind bekommen würden. Dollfuß stand vor der Alternative, entweder den Nationalrat vorübergehend oder dauerhaft auszuschalten, um eine Veränderung der politischen Verhältnisse im Sinne seiner Regierung irgendwie herbeizuführen, oder sich und seiner Partei der Gefahr von Neuwahlen auszusetzen,

110 Sten. Prot. der 47. Sitzung des Nationalrates (1.10.1931). In: Sten. Prot. über die Sitzungen des Nationalrates (IV. Gesetzgebungsperiode) der Republik Österreich 1931 bis 1932 II. Bd. (Wien 1932) S. 1211.

111 Bei diesem Streik vom 1. März 1933 handelte es sich vordergründig um eine Protestmaßnahme der Eisenbahnergewerkschaft wegen der von der Regierung, offiziell aus Geldmangel, geplanten Teilauszahlungen der Eisenbahnergehälter. Heeresminister Vaugoin (CSP) bezifferte den dadurch entstandenen Schaden auf rund drei Millionen Schilling. Der Zentralsekretär der Eisenbahnergewerkschaft, Berthold König (SDAPÖ), behauptete, die Regierung habe bewusst einen Anschlag auf die Eisenbahner vorbereitet, weil der Ausbruch des Streiks mit Waffengewalt hätte verhindert werden sollen. Leopold Kunschak (CSP), Gründer und Obmann der CS-Arbeiterbewegung, führte in seiner Rede vor dem Parlament aus, der Eisenbahnerstreik sei von der „Nationalen Gewerkschaft“, die längst eine Nazigewerkschaft geworden sei, angezettelt worden. Er vermutete, der Streik sei nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen erfolgt (Heeresminister Vaugoin über den Streik bei den Bundesbahnen; Nationalrat. 125. Sitzung v. 4. März. In: Wiener Zeitung (5.3.1933) S. 3–5; Nationalrat. Wiener Zeitung (7.3.1933) S. 1–2).



Abbildung 1: Nazipropaganda 1933.

was höchstwahrscheinlich zu neuerlichen Stimmenverlusten und zu seinem Sturz geführt hätte. In seiner Villacher Rede anlässlich einer Tagung des christlichen Bauernbundes am Vormittag des 5. März kritisierte Dollfuß den Rücktritt des Ersten Nationalratspräsidenten Renner, der eine von der Regierung weder gesuchte noch gewünschte „kritische Situation“ für das Parlament geschaffen habe.[112] Trotz seines öffentlichen Bekenntnisses, auf dem Boden des Parlamentarismus zu stehen, entschied sich Dollfuß, die Regierungsgeschäfte ohne Parlament fortzuführen und einen autoritären Kurs einzuschlagen. Neben innenpolitischen Überlegungen könnten auch außenpolitische Momente, wie die Verhandlungen zwischen Dollfuß und dem Ministerpräsidenten Ungarns, Gömbös, und dem Staatschef Italiens, Mussolini, zeigen, eine wesentliche Rolle in den Plänen des ehrgeizigen Kanzlers gespielt haben.[113]

Dollfuß dürfte sich zunächst selbst nicht im Klaren gewesen sein, wie die zukünftige Regierungsform der Republik im Detail ausgestaltet werden sollte, tendierte aber eindeutig in Richtung einer „Verfassungsreform“ auf ständischer Grundlage. Wie schon am 9. März in der Klubsitzung der CSP festgelegt, kündigte der Kanzler auf dem christlichsozialen Bundesparteitag vom 6. Mai 1933 in Salzburg die Schaffung einer „berufsständischen Körperschaft“ an, die in die Verfassung „eingebaut“ werden

112 Bundeskanzler Dr. Dollfuß über den Eisenbahnerstreik und die parlamentarische Situation. In: Wiener Zeitung (7.3.1933) S. 6–7.

113 Ludwig Jedlicka, Die Außenpolitik der Ersten Republik. In: Ludwig Jedlicka, Rudolf Neck (Hrsg.), Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927–1938 (Wien 1975), Kurzzitat: Jedlicka/Neck, Justizpalast, S. 108–109.

soll.[114] Die vagen Verhandlungsangebote des Kanzlers an die Sozialdemokratische Partei dienten offensichtlich zu deren Beschwichtigung, denn die maßgeblichen Männer in der CSP waren seit dem Beginn des Notverordnungskurses am 7. März entschlossen, ihre Machtposition auszubauen, um die Sozialdemokraten zu zwingen, eine Verfassungsreform zu akzeptieren.[115] Aus der Sicht des Ministers für Heereswesen und Obmannes der CSP, Carl Vaugoin, sollte sowohl der Nationalsozialismus als auch der Sozialismus auf Grund ihrer verschleierten beziehungsweise offenen kirchenfeindlichen Ideologie bekämpft werden. Auch prangerte er die „landesverräterische Haltung" der Sozialdemokraten in der so genannten Hirtenberger Affäre an.[116] Die Versuche des Kanzlers, mit dem Landesinspekteur der österreichischen NSDAP, Theo Habicht, über eine nationalsozialistische Teilhabe an einer antimarxistischen Regierung zu verhandeln, scheiterten hauptsächlich auf Grund der Forderung der NDSAP nach Neuwahlen. Faktum ist, dass die verfassungsmäßigen Möglichkeiten, das Parlament zu reaktivieren, nicht zustande kamen und die vom Dritten Nationalratspräsidenten, dem Großdeutschen Sepp Straffner, am 15. März einberufene Sitzung des Nationalrates von der Regierung durch eine Polizeisperre ebenfalls verhindert wurde.[117] In der Folge regierte Dollfuß durch Notverordnungen basierend auf dem Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz (KWEG) vom 24. Juli 1917 und schränkte Schritt für Schritt die demokratischen Freiheiten und Grundrechte der Staatsbürger ein.[118] Bevor sich das Verfassungsgericht mit der vom Wiener Stadtsenat eingebrachten Beschwerde gegen die Notverordnungen befassen konnte, wurde auch diese durch den „Rücktritt" der regierungsnahen Verfassungsrichter funktionsunfähig gemacht.[119] Obwohl die Stimmung am linken Flügel gärte, riefen die sozialdemokratischen Führer weder einen Generalstreik aus, noch kamen eventuell vorhandene Aufstandspläne zur Ausführung. Otto Bauer, der große Theoretiker der Sozialdemokratischen Partei, schreckte vor „dem ganz blutigen Ernst" eines Waffengangs, wie er später schrieb, wegen der übermächtigen Nachbarstaaten

---

114 Kriechbaumer, „Dieses Österreich retten…", S. 449; Leopold Kunschak, Österreich 1918–1934 (Wien 1934) S. 183–184.

115 Anton Staudinger, Christlichsoziale Partei und Errichtung des „Autoritären Ständestaates" in Österreich. In: Jedlicka/Neck, Justizpalast, S. 73.

116 Kriechbaumer, „Dieses Österreich retten…" S. 437; 441. Gemeint sind jene von den Sozialdemokraten aufgedeckten illegalen Waffentransporte, die Anfang Jänner 1933 von Italien nach Ungarn über österreichisches Gebiet per Bahn geschleust wurden. In seiner Untersuchung [Dieter A Binder, Der Skandal zur „rechten" Zeit. Die Hirtenberger Waffenaffäre 1933 an der Nahtstelle zwischen Innen- und Außenpolitik. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hrsg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Thaur/Wien/München 1995) S. 278–292] kommt der Grazer Historiker Dieter A. Binder zu dem Schluss, die Sozialdemokraten hätten die Veröffentlichung der Informationen instrumentalisiert, um die Demission Dollfuß' durch außenpolitischen Druck zu erzwingen.

117 Werner Anzenberger, Martin Polaschek, Widerstand für eine Demokratie (Graz 2004), Kurzzitat: Anzenberger/Polaschek, Widerstand, S. 116–119.

118 Goldinger/Binder, Österreich, S. 202–203.

119 Anton Staudinger, Christlichsoziale Partei und Errichtung des „Autoritären Ständestaates" in Österreich. In: Jedlicka/Neck, Justizpalast, S. 71.

sowie vor einem Streik angesichts der hohen Arbeitslosigkeit zurück.[120] Ende März wurde der bewaffnete Arm der Sozialdemokratie, der Republikanische Schutzbund, von der Regierung aufgelöst. Im Mai bildete Dollfuß seine Regierung im Sinne einer Verstärkung des autoritären Charakters um; wenige Tage später wurde die Vaterländische Front, eine Sammelbewegung für „alle Parteiformationen, alle Verbände und Vereine, die dem Vaterland dienen wollen", proklamiert.[121] Es folgte das Verbot der KPÖ am 26. Mai und, nach einer Reihe von blutigen Sprengstoffanschlägen, der NSDAP und des mit ihr verbündeten Steirischen Heimatschutzes am 19. Juni 1933.

All diese Bewegungen wurden in die Illegalität verbannt, wo sie eine ziemlich rege Tätigkeit entfalteten. Die NSDAP erhielt personelle Verbindungen durch ein unsichtbares Netzwerk, aber auch durch deutschnationale Vereine aufrecht; der Schutzbund existierte unter einem anderen Namen im Untergrund weiter. In ihrem „Zweifrontenkrieg" hatte die Regierung Dollfuß zwar alles in ihrer Macht Stehende getan, die oppositionellen Bewegungen auszulöschen und illegale Aktivitäten durch drakonische Maßnahmen wie die Errichtung von Anhaltelagern und die Wiedereinführung der Todesstrafe im Standgerichtsverfahren im November 1933 im Keim zu ersticken, doch gelang es ihr letztendlich weder Terror und Gewalt einzudämmen noch deren Untergrundaktivitäten zu stoppen. Die von Otto Bauer im Herbst 1933 gemachten Zugeständnisse zugunsten eines unter bestimmten Voraussetzungen zu akzeptierenden Ständestaates kamen zu spät. Der Mann, der das Linzer Programm der Sozialdemokratie einst entworfen hatte, konnte sich letzten Endes nicht entschließen, jene radikalen Phrasen in die Tat umzusetzen. Dadurch brachte er die innerparteiliche Opposition gegen sich auf, die darauf drängte, endlich offensiv gegen die Regierung vorzugehen. Dieser Konflikt kam Dollfuß entgegen, der hoffte, die SDAP durch seine unnachgiebige Haltung „auszuhungern" und deren Spaltung herbeizuführen.[122]

2.6 Das Krisenjahr 1934

Die zwei Revolten des Jahres 1934, der so genannte Aufstand des Republikanischen Schutzbundes im Februar und der Juliputsch der Nationalsozialisten, sind Gegenstand vieler eingehender Publikationen und Dokumentationen, die bis in die Gegenwart für Diskussionsstoff sorgen.[123] Insbesondere wird des Februars 1934 im Andenken an die Opfer der Kampfhandlungen und der vollstreckten Todesurteile nach wie vor in verschiedenen Ausstellungen und Jubiläumsfeiern gedacht.

---

120 Everhard Holtmann, Sozialdemokratische Defensivpolitik vor dem 12. Februar 1934. In: Jedlicka/Neck, Justizpalast, S. 115.

121 Hinein in die vaterländische Front! In: Wiener Zeitung (21.5.1933) S. 3.

122 Anson Rabinbach, Vom Roten Wien zum Bürgerkrieg (Wien 1989), Kurzzitat: Rabinbach, Bürgerkrieg, S. 133–138.

123 Heimo Halbrainer, Martin F. Polaschek (Hrsg.), Aufstand, Putsch und Diktatur. Das Jahr 1934 in der Steiermark. Tagung am 18. Mai 2004 im Steiermärkischen Landesarchiv, Graz (=Styriaca 6, Graz 2007).

Die Erhebung des Republikanischen Schutzbundes ist unbedingt vor dem Hintergrund des immer enger werdenden Handlungsspielraumes für die Sozialdemokratie zu sehen. Nachdem sich Dollfuß seit seinem Treffen mit Mussolini im August 1933 im Klaren sein musste, dass die zugesagte militärische Hilfe Italiens mit der Forderung nach einer autoritären Umgestaltung Österreichs verknüpft war, proklamierte der Kanzler sein Programm zum Neubau des Staates auf berufsständischer Grundlage in der so genannten Wiener Trabrennplatzrede am 11. September 1933. Dollfuß stand sowohl unter dem inneren Druck der Heimwehren als auch dem äußeren Druck der wirtschaftlichen Sanktionen Hitlers sowie des Propagandakrieges der deutschen NSDAP, die mit dem Einmarsch der aus geflüchteten österreichischen Nazis gebildeten, an der bayrischen-österreichischen Grenze stationierten „Österreichischen Legion" drohte.[124] Mitte Jänner 1934 spitzte sich die Lage zu, als sich Dollfuß unter dem Eindruck der italienischen Forderungen entschloss, Vizekanzler Emil Fey mit dem Ressort für Sicherheit zu betrauen. Am 7. Februar ließ dieser das freiwillige Schutzkorps bestehend aus 6000 Hilfspolizisten mobilisieren; außerdem richtete er ein dringendes Ansuchen an den ungarischen Generalstab, moderne Waffen[125] für die Heimwehr zu liefern. Am Sonntag den 11. Februar 1934 hielt Fey vor versammelten Heimatschützern in Maria-Enzersdorf seine berüchtigte Rede, die in der historischen Literatur vielfach als Auftakt zur Zerschlagung der Sozialdemokratie dargestellt wird.[126] Als sich der Linzer Schutzbund am 12. Februar 1934 gegen die Durchsuchung des sozialdemokratischen Parteiheimes im „Hotel Schiff" gewaltsam zur Wehr setzte – auch eine Reaktion der Aktionisten auf die Paralyse der sozialdemokratischen Führung – wurde ein blutiger Bürgerkrieg ausgelöst. Ohne die Mitwirkung der Eisenbahner war der vom Parteivorstand ausgerufene Generalstreik zum Scheitern verurteilt, der Kampf des Schutzbundes gegen die Regierungstruppen letztlich aussichtslos.[127] Die Kampfhandlungen forderten auf beiden Seiten schwere Opfer: Die Exekutive hatte 124 Tote und 486 Verwundete, die Aufständischen und die Zivilbevölkerung 250 bis 270 Tote und mindestens 319 Verwundete zu verzeichnen.[128] Auf lange Sicht machten die brutalen Repressalien der Regierung viele Sozialdemokraten zu deren unversöhnlichen Feinden und trieben manche in das Lager der Nationalsozialisten.

Da Dollfuß für seinen neu zu errichtenden Staat eine Basisakzeptanz auch in ihm ferner stehenden bürgerlichen Kreisen erreichen wollte, warb er erneut um Nationalliberale wie auch national gesinnte Katholiken. Seine früheren Versuche, die Frage der Befriedung des nationalen Lagers in einem selbstständigen Österreich

124 Goldinger/Binder, Österreich, S. 201–210.

125 Es könnte sich um jene 400 Maschinengewehre handeln, die, aus Ungarn kommend, am 13./14. Februar auf dem Grazer Ostbahnhof eintrafen. StLA MF Akten des Dt. Konsulats P.7/Bd.37/C1/Pol.III (17.2.1934).

126 „Ganze Arbeit für unser Vaterland". In: Reichspost (12.2.1934) S. 2: *Wir werden morgen an die Arbeit gehen und wir werden ganze Arbeit leisten für unser Vaterland, das nur uns Österreichern gehört, das wir uns von niemandem nehmen lassen und für das wir kämpfen wie jene Helden, die wir grüßen mit dem Rufe: Heil Österreich!*

127 Rabinbach, Bürgerkrieg, S. 200–208.

128 Goldinger/Binder, Österreich, S. 220.

durch geheime Verhandlungen mit der österreichischen Landesleitung der NSDAP in München zu klären, waren aus verschiedenen Gründen gescheitert.[129] Am 1. Mai wurde die neue Verfassung des Bundesstaates Österreich verkündet und von einem Rumpfparlament, das nicht die benötigte Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten repräsentierte, bestätigt. Obwohl Hitler bereits seit März 1934 wegen seiner an Italien orientierten Außenpolitik beschlossen hatte, feindselige Propaganda gegen Österreichs Regierung einzustellen und dem Landesleiter, Theo Habicht, Redeverbot zu erteilen, kam es – im April/Mai 1934 – laut Gendarmerieberichten zumindest in der Steiermark – zu einer Intensivierung des nationalsozialistischen Terrors. Laut behördlichen Berichten waren die Exekutivkräfte, bestehend aus Gendarmeriebeamten und dem als Assistenzkörper aufgestellten Schutzkorps, praktisch Tag und Nacht im Einsatz, um die sprunghaft angestiegenen Sprengstoffverbrechen aufzuklären. Es wurde vermutet, dass weite Kreise der Bevölkerung mit den Nationalsozialisten sympathisierten oder sich passiv verhielten, weil sie sich vor Racheakten fürchteten.[130] Gleichzeitig stießen willkürliche Maßnahmen der Regierung wie die „Vorschreibung zur Ersatzleistung von Schäden durch Terrorakte" in bestimmten Bevölkerungskreisen auf immer größere Ablehnung.[131]

Als am 25. Juli 1934 die Putschisten der SS-Standarte 89 in Wien das RAVAG-Gebäude besetzten und das Bundeskanzleramt erstürmten, wobei Dollfuß durch zwei Schüsse getötet wurde, lösten sie das Signal für weitere Aktionen in ganz Österreich aus.[132] Noch am selben Tag kam es in der Steiermark zu blutigen Kämpfen zwischen Nationalsozialisten und der Exekutive, die erst nach Tagen durch den Einsatz des Bundesheeres beendet wurden. Etwa 4000 Steirer, darunter ehemalige Heimatschützer, hatten sich am Putsch beteiligt und große Teile des Landes in ihre Gewalt gebracht. Die Kämpfe forderten auf Regierungsseite 107 Tote; bei den Aufständischen starben 153 Menschen, einschließlich der Hingerichteten.[133] Nach der Niederschlagung des Putsches in der Steiermark rollte eine massive Verhaftungswelle an. Allein im Juli und August wurden mehr als 16.000 „verdächtige" oder „mitschuldige" Personen verhaftet. Trotz aller Disziplinarmaßnahmen der Staatsgewalt sei von einer Gesinnungsänderung, konstatiert der Berichterstatter, nicht viel zu bemerken. Vielmehr war es von Jugoslawien aus zur Organisierung neuer Gewaltakte gegen

---

129 Goldinger/Binder, Österreich, S. 211–212; Gerhard Jagschitz, Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich (Graz/Wien/Köln 1976) S. 55–64: Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP waren bereits im Mai 1933 auf Grund deren Neuwahlforderung gescheitert. Ein zwischen Habicht und Dollfuß für den 8. Jänner 1934 geplantes Treffen war auf heftige Ablehnung der Heimwehr gestoßen und musste im letzten Moment abgesagt werden. Ende Jänner 1934 hatte Starhemberg dann selbst mit Habicht verhandelt und ihm sogar den Posten des Bundeskanzlers angeboten.

130 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1654–1661): NS-Bewegung im Mai 1934 (21.6.1934).

131 StLA ZGS (BKA) K.88/15; Anton Riedler, Die Ausnahmegesetzgebung in Österreich 1933–1936 (Berlin 1936) S. 57–59.

132 Hintergrundinformationen bietet: Hans Schafranek, Sommerfest mit Preisschiessen. Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934 (Wien 2006), Kurzzitat: Schafranek, Sommerfest; S. auch Kurt Bauer, Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934 (Wien 2003), Kurzzitat: Bauer, Elementarereignis.

133 Karner, Steiermark, S. 158–160.

Österreich gekommen, von wo aus Personen, die bei der Niederschlagung des Putsches mitgeholfen hatten, Drohbriefe erhielten.[134]

134 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1685–1689): NS-Bewegung im Juli/August 1934 und NS-Bewegung im September 1934 (Fol.1692–1695).

3. Die Region

3.1 Regionale Zeitgeschichte in Österreich

Die neuere Regionalgeschichte nach 1945 entwickelte sich im Zusammenhang mit dem kritischen Ansatz, der nicht nur gegen die traditionelle Geschichte der politischen Eliten und Entscheidungsträger gerichtet war, sondern auch die nationale Geschichtsschreibung in Frage stellte. Der Trend, bislang weitgehend aus der Historiografie ausgeklammerte soziale Schichten sowie die Geschichte kleinerer überschaubarer Lebensräume durch Befragungen (*oral history*) zu untersuchen und zu dokumentieren, kam erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus dem angloamerikanischen Raum nach Europa. Eine rühmliche Ausnahme[135], die auch im Rahmen dieses Buches angesprochen werden wird, stellt die bereits in den 1930er Jahren verfasste Studie der Forschungsgruppe um Marie Jahoda über die Arbeitslosen von Marienthal dar. Sowohl die Studie als auch das Dorf „Marienthal" selbst sind Thema einer umfassenden Arbeit des Grazer Soziologen Reinhard Müller.[136] In seinem 1979 erschienenen Aufsatz zum Thema „regionale Zeitgeschichte" setzt sich der Salzburger Historiker Ernst Hanisch mit dem Stand der Entwicklung der zeitgeschichtlichen Historiografie in Österreich kritisch auseinander. Er erwähnt einige damals neue zeitgeschichtliche Forschungsansätze in Österreich, unter denen er die von Gerhard Botz herausgegebenen „Studien über die Arbeiterbewegung" und die mehrbändige Arbeit Harry Slapnickas über Oberösterreich hervorhebt.[137] In einem weiteren, 1984 publizierten Aufsatz zieht Hanisch abermals Bilanz und stellt diesmal einen etwas erfreulicheren Befund der österreichischen regionalen Geschichtsschreibung fest. Trotz aller zwischenzeitlich gemachten Fortschritte bemängelt Hanisch jedoch ein gewisses Festhalten an Überkommenem, das „Kleben" am Quellenmaterial ohne ausreichende Interpretation, sowie eine noch vorhandene Scheu vor theoretischen Ansätzen.[138]

Seither hat sich auf dem Gebiet der regionalen Zeitgeschichte in Österreich, vor allem was die Geschichte der Bundesländer betrifft, Einiges getan. Um nur einige der wichtigsten Beiträge zur steirischen Geschichte zu nennen: Die Geschichte der

---

135 In der Zwischenkriegszeit war die französische Annales-Schule führend auf dem Gebiet der Forschung von kleinräumigen Gebieten.

136 Marie Jahoda, Paul F. Lazarsfeld, Hans Zeisel, Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie. 1. Aufl. (Frankfurt am Main 1975). Zum Thema „Marienthal": Reinhard Müller, Marienthal. Das Dorf – die Arbeitslosen – die Studie (Innsbruck 2008).

137 Ernst Hanisch, Regionale Zeitgeschichte. Einige theoretische und methodologische Überlegungen. In: Zeitgeschichte 7 (1979) 39–60: Gerhard Botz u. a (Hrsg.), Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. 10 Jahre Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Wien/München/Zürich 1978); Harry Slapnicka, Von Hauser bis Eigruber. Eine Zeitgeschichte Oberösterreichs, 4 Bde. (Linz 1974–1978).

138 Ernst Hanisch, Neuere Literatur zur regionalen Zeitgeschichte in Österreich.In: Zeitgeschichte 11 (1984) 277–284.

Steiermark im 20. Jahrhundert und als Reichsgau während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft wurde von Stefan Karner aufgearbeitet.[139] Die Entwicklung der Steiermark nach 1945 ist das Thema einer Publikation aus der Reihe „Die Geschichte der Bundesländer seit 1945"; „Die Steiermark vom Bundesland zur europäischen Region" ist der Titel eines Sammelbandes, der Teil einer Publikationsreihe über die Geschichte der Steiermark ist.[140] Im Jubiläumsjahr 1995 erschien ein Sammelband über die Steiermark unter britischer Verwaltung von 1945 bis 1955, der auch interessante Beiträge von Zeitzeugen enthält.[141] Auf der regionalen Ebene innerhalb der Steiermark sind vor allem jene Beiträge über einige Teile der obersteirischen Industrieregion zu nennen, die insbesondere die soziale und politische Situation der ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen ausgeleuchtet haben.[142] Die Zerstörung der Demokratie und der Februaraufstand 1934, aber auch die Rolle der Österreichischen Alpine-Montan AG in der Industrieregion sind Gegenstand einiger Publikationen.[143] Das Thema „Erz und Eisen" als wirtschaftlichen Faktor in der Steiermark hat Paul Roth (†) im Rahmen der steirischen Landesausstellung detailliert dargestellt.[144] Mit seiner Untersuchung über die illegale Tätigkeit der NSDAP in der Obersteiermark hat Kurt Bauer Pionierarbeit zur sozialen Herkunft deren Anhänger geleistet.[145] Darüber hinaus erscheinen laufend Diplomarbeiten und Dissertationen, die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklungen in der Steiermark thematisieren.

Obwohl der regionale Blickwinkel kaum geeignet ist, größere historische Zusammenhänge zu erklären, kann die Entwicklung basispolitischer Prozesse ungleich detaillierter aufgerollt und analysiert werden. Regionale Studien zum Phänomen

---

139 Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945 (Graz/Wien 1986); Ders., Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur (Graz 2005).

140 Alfred Ableitinger, Dieter A. Binder (Hrsg.), Steiermark. Die Überwindung der Peripherie (= Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr. Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 6/7, Wien/Köln/Weimar 2002); Joseph F. Desput (Hrsg.), Vom Bundesland zur europäischen Region. Die Steiermark von 1945 bis heute (=Geschichte der Steiermark 10, Graz 2004).

141 Siegfried Beer (Hrsg.), Die „britische" Steiermark 1945–1955 (=Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark 38, Graz 1994).

142 Peter Wilding, „…für Arbeit und Brot". Arbeitslose in Bewegung. Arbeitslosenpolitik und Arbeitslosenbewegung in der Zwischenkriegszeit in Österreich (mit dem regionalgeschichtlichen Schwerpunkt Steiermark) (Wien 1990); Karl Stocker, Geschichtswerkstatt Leoben. Leben und Arbeiten im Bezirk Leoben (Wien/Köln 1989).

143 Werner Anzenberger, Martin Polaschek, Widerstand für eine Demokratie (Graz 2004); Günter Köck, Der 12. Februar in der Steiermark (Diss., Graz 1985); Otto Hwaletz, Helmut Lackner u.a., Bergmann oder Werkssoldat. Eisenerz als Fallbeispiel industrieller Politik. Dokumente und Analysen über die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft in der Zwischenkriegszeit (Graz 1984); Otto Hwaletz, Die österreichische Montanindustrie im 19. und 20. Jahrhundert (=Studien zur Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftspolitik 6, Wien/Köln/Weimar 2001); Barbara Schleicher, Heisses Eisen. Zur Unternehmenspolitik der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft in den Jahren 1918–1933 (Frankfurt am Main 1999), Kurzzitat: Schleicher, Heisses Eisen.

144 Paul W. Roth (Hrsg.), Erz und Eisen in der Grünen Mark. Beiträge zum steirischen Eisenwesen. Beitragsband zur steirischen Landesausstellung „Erz und Eisen in der Grünen Mark", Kurzzitat: Roth, Erz und Eisen, (Graz 1984).

145 Kurt Bauer, Struktur und Dynamik des illegalen Nationalsozialismus in der obersteirischen Industrieregion 1933/1934 (Dipl. Arb., Wien 1998).

radikalisierter politischer Gruppen und deren Interaktion in diesem Zeitraum sind jedoch dünn gesät.[146] Der deutsche Historiker Dirk Schumann hat beispielsweise den Versuch unternommen, die Wurzeln der politischen Gewalt in der Weimarer Republik anhand der preußischen Provinz Sachsen aufzuspüren. Obgleich das Land Sachsen in seiner damaligen Ausdehnung auf Grund der viel dichteren Besiedlung, des höheren Urbanisierungsgrades und seiner wirtschaftlichen Entwicklung keinen adäquaten Vergleich zu einer alpenländischen Region ermöglicht, schloss es, ähnlich der obersteirischen Industrieregion, diverse von Industrie, Bergbau, Handel und Landwirtschaft geprägte soziale und politische Milieus mit ein.[147] Im Mittelpunkt einer weiteren komparativen Studie stehen die Praktiken der extremen Linken und Rechten in Paris und Berlin zwischen 1918 und 1939. Dabei soll der auf ähnlich gelagerte großstädtische Milieus gerichtete Fokus einen direkten Vergleich zwischen einer totalitären Ideologie verhafteten politischen Kräften jener Nachbarländer ermöglichen. In seiner umfangreichen Arbeit geht der deutsche Historiker Andreas Wirsching der interessanten Frage nach, ob und inwieweit jene radikalen Tendenzen aus den als Folge des Ersten Weltkrieges beziehungsweise der später einsetzenden Rezession grassierenden sozioökonomischen Spannungen oder aus dem jeweiligen kollektiven Nationalbewusstsein und Eigenart resultierten.[148] Die von den oben genannten Autoren verwendeten Schlüsselbegriffe „Kampf um die Straße“ und „Furcht vor dem Bürgerkrieg“ spiegeln auch die seinerzeitige Stimmung in weiten Teilen Österreichs wider. Vor allem weisen Art und Ablauf der politischen Zusammenstöße in Sachsen eine frappante Ähnlichkeit mit jenen in der obersteirischen Industrieregion auf.

Der Innsbrucker Historiker Michael Gehler greift die Problematik der zeitgeschichtlichen Historiografie in einer im Jahr 2001 herausgegebenen Publikation auf.[149] Er geht der zentralen Frage nach, welche Rolle die Zeitgeschichte in der aktuellen europäischen Dimension in einer Zeit der wachsenden Globalisierung nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems nach 1989 spielen kann und soll.[150] Gehler sieht die Historiografie vor neue Aufgaben und Herausforderungen

---

146 Zur regionalen Entwicklung der NSDAP in Österreich: Gerhard Botz, Nationalsozialismus in Wien (Wien 2008); Gerald Wolf, Die NSDAP im Bezirk Deutschlandsberg von ihren Anfängen bis zum gescheiterten Juliputsch 1934 (Dipl. Arb., Graz 2001); Harry Slapnicka, Hitlers Partei in Oberösterreich (ca. 2001); Kurt Bauer, Struktur und Dynamik des illegalen Nationalsozialismus in der obersteirischen Industrieregion 1933/1934 (Dipl. Arb., Wien 1998); Ingrid E. Thaler, Der Nationalsozialismus in Wolfsberg (Dipl. Arb., Klagenfurt 1994).

147 Dirk Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg (=Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen 17, Essen 2001) S. 233–269.

148 Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/1939. Berlin und Paris im Vergleich (=Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 40, München 1999) S. 611–622.

149 Michael Gehler, Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem. Zwischen Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung (=Herausforderungen. Historisch-politische Analysen 12, Bochum 2001) Kurzzitat: Gehler, Zeitgeschichte.

150 Siehe dazu: Klaus Koziol, Globalisierung oder die Renaissance der Region. In: Identität und politische Kultur hg. Andreas Dornheim, Sylvia Greiffenhagen (Stuttgart 2003).

gestellt. Etwa, ob Zeitgeschichtsschreibung in Zukunft mehr international oder weiterhin national orientiert sein oder ob sie überhaupt mehrere räumliche Dimensionen einbeziehen sollte. Versucht man die historische Disziplin Zeitgeschichte zu analysieren, stößt man einerseits bald auf den einen oder anderen Problembereich, wie zum Beispiel die längst fällige Definition eines aktualisierten zeitlichen Rahmens. Die Beschäftigung mit regionaler Geschichte bietet andererseits die Möglichkeit, die Gesellschaftsstrukturen auf lokaler Ebene zu untersuchen. Der Kommunikationswissenschafter Peter Malina kommt zu dem Schluss, dass das Einlassen auf die Lebenswirklichkeit regionaler politisch-kultureller und sozialer Milieus auch die Berücksichtigung des gesamten regional wie überregional bezogenen politisch-gesellschaftlichen Kontextes erfordere, wobei die Veränderung der interessen-politischen wie auch der parteipolitischen „Atmosphäre“ einbezogen werden müssten. Er vertritt unter anderem die Ansicht, dass politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse vor allem im kommunalen Bereich auftreten und dass gerade die Bedeutung lokaler Aktivitäten oftmals auf überregionale Entwicklungen hinweisen.[151]

3.1.1 Die Region als variable Größe

Den Begriff der Region bezeichnet Gehler als ein „schillerndes Konstrukt“, weil eine Region eine variable Größe ist, die weder an innerstaatliche Verwaltungsgrenzen noch an Staats- oder Sprachgrenzen gebunden sein muss. Regionen können sowohl kleinere oder größere, nationale oder auch internationale, an einem wirtschaftlichen oder kulturellen Thema orientierte Gebiete sein, wie zum Beispiel Weinbaugebiete, Thermenregionen oder der „Alpe-Adria“- Raum. „Region“ ist jedenfalls ein bestimmtes Territorium oder eine Landschaft, die sinnstiftende kulturelle wie wirtschaftliche Gemeinsamkeiten aufweisen soll, um den dort lebenden Menschen ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl zu vermitteln. Die so genannte Regionalisierung wird auch als Gegenstrategie zur Globalisierung, Zentralisierung und Vereinheitlichung der Kultur eingesetzt; es sollen Räume entstehen, in denen lokale Traditionen gepflegt und „Heimat“ im besten integrativen Sinn konstruiert werden soll.[152]

3.1.2 Warum Regionalgeschichte?

Als „Oppositionswissenschaft“ zur eher traditionellen Heimatkunde hat sich die regionale Geschichtsschreibung als „geschichtstheoretisches Entwicklungslabor“ und „methodisches Experimentierfeld“ etabliert. In ihrer Eigenschaft als „Aufdecker“ von Unbequemem steht sie im Gegensatz zu der Propagierung einer „heilen“ Welt. „Regionalgeschichte“ habe sich im programmatischen Sinne durch

151 Peter Malina, Lokalkommunikation und Regionalgeschichte. Zur Annäherung an die Geschichte lokaler Räume und ihrer Kommunikationsstrukturen. In: Zeitgeschichte 14 (1987) 69–88.

152 Gehler, Zeitgeschichte, S. 26ff.

Hinterfragung von Autoritäten als Emanzipation von althergebrachter Sicht und daraus resultierenden konventionellen Denk- und Arbeitsweisen konstituiert, so Gehler.[153] Es wäre jedoch verfehlt, neben der notwendigen Spezialisierung und der Verbreiterung der Themenfelder den Blick für das Wesentliche zu verlieren. Im Gegenteil: Gesamtdarstellungen sind notwendig und wichtig. Aus diesem Grund sind Synthesen erforderlich, die erst eine sinnvolle komparative Forschung ermöglichen.[154] Die komparative Geschichte ist primär an Gründen, Motiven, Absichten und Kausalitäten, Folgen und Wirkungen im historischen und politischen Prozess interessiert. Die vergleichende Methode ist nicht nur für „regionale Zeitgeschichte", sondern auch für die nationale, übernationale und interkulturelle Perspektive von großer Bedeutung. Im Kontext der EU-Erweiterung und des gleichzeitigen Abbaues historischer Grenzen könnte die regionale Geschichtsschreibung künftig an Bedeutung gewinnen, wenn das „alte" Europa der Nationalstaaten und Grenzräume nicht in Vergessenheit geraten soll. Wie das Beispiel der ehemaligen Untersteiermark (spodnja Štajerska) zeigt,[155] böte die Erforschung des speziellen interkulturellen Gefüges von Grenzregionen Geschichts- und Kulturwissenschaftern ein überaus reiches interdisziplinäres Betätigungsfeld. Ob es sich jedoch um regionale Geschichte oder die Geschichte einer Region handelt – der historiografische Zusammenhang sollte auf jeden Fall in einem größeren Bezugsrahmen eines „Mehrebenensystems" hergestellt werden.

In der Gesamtbetrachtung über den Stellenwert von Regionalgeschichte ragt neben der Abbild- und der Additionstheorie die so genannte Interdependenztheorie, welche für die hier vorliegende Untersuchung Bedeutung hat, heraus. Diese Theorie besagt, dass ein kleineres territoriales Gebilde in einen größeren Zusammenhang eingebettet ist und zu einer übergeordneten Ebene in einer wechselseitigen Beziehung steht. Das heißt, dass lokale oder regionale Ereignisse nicht nur als das Ergebnis intermediärer oder nationaler politischer Prozesse entstehen können, sondern umgekehrt Impulse von einer Region ausgehen können, die überregionale Bedeutung erlangen.[156] Die Ereignisse vom 18. August 1929 beispielsweise, als es in St. Lorenzen im Mürztal zu schweren Zusammenstößen zwischen den verfeindeten Wehrformationen Schutzbund und steirischem Heimatschutz kam, sollen den entscheidenden Anstoß zur Verfassungsreform von 1929 gegeben haben.[157] Auch der Putschversuch des Judenburger Heimatschutzführers Walter Pfrimer vom 13. September 1931 blieb nicht ohne Folgen für die Republik. Der Skandal um den Freispruch der Heimatschutzführer sorgte für eine deutliche Verschlechterung des ohnehin gespannten Verhältnisses zwischen den politischen „Lagern", aber auch innerhalb der Heimwehrbewegung

153 Gehler, Zeitgeschichte, S. 17.
154 Gehler, Zeitgeschichte, S. 204f.
155 Harald Heppner (Hrsg.), Slowenen und Deutsche im gemeinsamen Raum. Neue Forschungen zu einem komplexen Thema (=Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission 38, München 2002).
156 Gehler, Zeitgeschichte, S. 24.
157 Gernot D. Hasiba, Die Ereignisse von St. Lorenzen im Mürztal als auslösendes Element der Verfassungsreform von 1929 (= kleine Arbeitsreihe zur europäischen und vergleichenden Rechtsgeschichte 11, Graz 1978).

selbst.[158] Langfristig kann der Pfrimer-Putsch als Auftakt zu einer weiteren Radikalisierung des politischen Klimas, zu einer Unterhöhlung der staatlichen Ordnung[159] bis hin zum endgültigen Verlust der Demokratie in Österreich gewertet werden. Als bestimmender Machtfaktor in der obersteirischen Industrieregion gilt die Österreichische Alpine-Montan AG, das größte inländische Industrieunternehmen in der Ersten Republik, das seine Fäden ausgehend von den Schaltstellen des Konzerns im In- und Ausland bis in die feinsten Äderchen des Unterbaues spann. In ihrer aufwändig recherchierten Forschungsarbeit „Heisses Eisen" zeigt Barbara Schleicher auf, wie der Industrieriese die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Region und darüber hinaus beeinflusste.[160]

3.2 Die obersteirische Industrieregion

3.2.1 Topographie der Region – ein Überblick

Die Steiermark, mit einer Fläche von rund 16.300 Quadratkilometern das zweitgrößte Bundesland Österreichs, lässt sich grob in zwei ungleich große Teile gliedern: das südöstliche Alpenvorland (Ost-, West-, Südsteiermark und Grazer Becken samt Umland) mit rund 3800 Quadratkilometern sowie die flächenmäßig wesentlich größere Gebirgszone im Norden und Nordwesten des Landes, die „Alpine Steiermark", auch Obersteiermark genannt. Der obersteirische Raum besteht großteils aus Gebirgslandschaften mit Flusstälern, Gräben und Passhöhen. Die obersteirische Industrieregion umfasst im Wesentlichen die zwei großen Flusstäler entlang der alten Verkehrslinie Wien-Venedig, die so genannte Mur-Mürz-Furche.[161] Das Mürztal verläuft in nordost-südwestlicher Richtung von Mürzzuschlag bis Kapfenberg und Bruck an der Mur; das obere Murtal erstreckt sich etwa in nordwest-südöstlicher Richtung von der salzburgischen Grenze über Murau, Judenburg, Leoben bis Bruck

158 Dazu trugen die Printmedien kräftig bei: Das zusammengebrochene faschistische Abenteuer. In: Arbeiterwille (15.9.1931) S. 2: *Pfrimer ist zum Teufel gejagt, der Spuk ist aus. Aber* (…) *die Ausgabe meldet die Ermordung eines Arbeiters. Wieder ein Opfer der faschistischen Bluthunde. Wieder musste ein braver Arbeiter sein Leben lassen, feige gemordet von den Söldnern des Kapitals;* Auswirkungen des 13. September. Aufregung über die fortgesetzten Verhaftungen. In: Obersteirerblatt (19.9.1931) S. 5: *Die andauernden Verhaftungen von Heimatschützern haben in der nichtmarxistischen Bevölkerung große Erregung ausgelöst: Man zieht einen Vergleich mit dem Vorgehen der Behörden nach dem 15. Juli 1927 und dem jetzigen und man kommt zu dem Ergebnisse, daß mit zweierlei Maß gemessen wird.*

159 Pfrimer wurde von einem Geschworenengericht vom Vorwurf des Hochverrates freigesprochen, obwohl er zum Sturz der Regierung und zur gewaltsamen Umänderung der Bundesverfassung aufgerufen hatte und damit einen Bürgerkrieg ausgelöst hätte, wobei die für den Angeklagten günstige Zeugenaussage des Landeshauptmannes Rintelen eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben dürfte. Siehe: Josef Hofmann, Der Pfrimer-Putsch. Der steirische Heimwehrprozeß des Jahres 1931 (Wien/Graz 1965) S. 84–90.

160 Schleicher, Heisses Eisen.

161 Wilhelm Leitner, Die Steiermark – eine Regionalgeographie. In: Österreich in Geschichte und Literatur (ÖGL) 19 (1975) 234–236; siehe auch: Herbert Paschinger, Die Steiermark. Lebens- und Wirtschaftsräume im Strukturwandel. In: ÖGL 30 (1986) 150–162.

an der Mur, wo die Mürz in die Mur mündet. Diese Flusstäler durchqueren sechs politische Bezirke: die Bezirke Mürzzuschlag, Bruck an der Mur, Leoben, Knittelfeld, Judenburg und Murau, wobei letzterer nicht zur Industrieregion gezählt wird. Der Bezirk Liezen, der flächenmäßig größte Bezirk im Nordwesten der Steiermark, wird vom Ennstal durchschnitten. Die höchsten Berge der Industrieregion, das Gößeck, der Hochschwab und der Eisenerzer Reichenstein, alle über 2000 Meter hoch, sind Teil dreier gewaltiger Gebirgsstöcke, die sich nördlich der Mur-Mürzfurche erheben: die Eisenerzer Alpen, der Hochschwab und die Veitschalpe. Südlich von Judenburg befindet sich der 2396 Meter hohe Zirbitzkogel, ein Teil der Seetaler Alpen.

Die Bezirkshauptstadt Leoben[162] ist mit rund 25.000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt der Steiermark und hat als Montanuniversitätsstadt, Schul- und Forschungszentrum sowie als Sitz eines Justizzentrums überregionale kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung. Von Leoben aus erreicht man die so genannte Eisenstraße, die über Trofaiach und Vordernberg auf den etwa 1200 Meter hohen Präbichlpass nach Eisenerz und zum Erzberg führt. Die meisten Industrieorte der Mur-Mürzfurche befinden sich in relativ engen Tallagen bei etwa 400 bis 700 Meter Seehöhe umgeben von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen; einzig das Knittelfelder Becken weist eine großzügigere Ausdehnung von etwa neun Kilometer Breite auf. Das Liesingtal, Teil der ehemaligen „Gastarbeiterroute“, führt von St. Michael ob Leoben über Mautern nach Wald am Schoberpass, wo der Bezirk Leoben an den Bezirk Liezen grenzt. Südlich der Mur-Mürzfurche bilden das Glein- und Hochalpenmassiv sowie die Fischbacheralpen eine natürliche Grenze. Die obersteirische Industrieregion setzt sich also aus jenen Teilen der Bezirke Judenburg, Knittelfeld, Leoben, Bruck an der Mur und Mürzzuschlag zusammen, wo sich Industrieunternehmen, hauptsächlich Metall verarbeitende Betriebe und Papierfabriken, angesiedelt haben oder Bergbau (Eisenerz, Kohle und Magnesit) betrieben wird oder wurde. Dazu zählen noch die nördlichen Teile des Bezirkes Leoben, das Vordernbergertal, der Präbichlpass, Eisenerz mit dem Erzberg und Hieflau, weiters die Magnesitwerke in Breitenau bei Mixnitz östlich von Bruck an der Mur und in der Veitsch. Die wichtigsten Industriezentren im Bezirk Judenburg und Knittelfeld sind Pöls, Zeltweg, Fohnsdorf, Spielberg und Knittelfeld, im Bezirk Leoben: Leoben-Donawitz, Leoben-Leitendorf und Leoben-Göß, Erzberg und Niklasdorf, im Bezirk Bruck an der Mur: Kapfenberg, Deuchendorf, Thörl und die Stadt Bruck an der Mur, sowie im Bezirk Mürzzuschlag: Kindberg, Mitterdorf, Krieglach und Wartberg. Ab Bruck an der Mur fließt die Mur in südlicher Richtung nach Graz und weiter nach Bad Radkersburg, wo sie die Staatsgrenze zu Slowenien bildet.[163] Das Mürztal etwa nördlich von St. Lorenzen im Mürztal bis Mürzzuschlag wurde aus thematischen und arbeitsökonomischen Erwägungen nicht in diese Studie

162 Nach der Arbeit Maja Loehrs aus dem Jahr 1934 erschien nun eine längst fällige Studie zur Bauentwicklung der Stadt Leoben: Alfred Joham, Leoben. Bauentwicklung und Stadtbefestigung. Eine stadtmorphologische Studie zur Leobener Innenstadt (=Schriftenreihe des Instituts für Geschichte 17, Graz 2009).

163 Für nähere Details zur gesamten Region siehe: Rauminformationssystem Steiermark. Regionsprofil Östliche Obersteiermark sowie Regionsprofil Westliche Obersteiermark, hrsg. Abt. 16 des Landes Steiermark, http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/14475904/DE/18.12.2009

miteinbezogen, außer wenn es für die Ergänzung von relevanten Ereignissen sinnvoll erschien. Das vorhandene Archivmaterial beziehungsweise Zeitungen betreffend Judenburg, Fohnsdorf und Knittelfeld wurden im Zusammenhang mit bedeutsamen Ereignissen ausgewertet; zum Beispiel bilden der Pfrimer-Putsch, die Erhebungen des Schutzbundes und der NSDAP im Jahr 1934 sowie die Regionalwahlen in diesem Raum einen zweiten Schwerpunkt neben jenem im Raum Leoben und Bruck an der Mur.

3.2.2 Zur Problematik der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der obersteirischen Industrieregion

Wie bereits dargelegt, entspricht eine Region im seltensten Fall einer Verwaltungseinheit wie etwa einem politischen Bezirk oder einem Bundesland, sondern sie stellt eine Landschaft oder eine territoriale, möglicherweise grenzüberschreitende Einheit dar, die von gemeinsamen Elementen oder Interessen wirtschaftlicher und/oder kultureller Natur getragen wird. Wenn von der obersteirischen Industrieregion die Rede ist, dominieren oftmals Bilder vom steirischen Erzberg, Donawitz und den Böhlerwerken in Kapfenberg. Es sind Vorstellungen einer tristen, von zahlreichen rauchenden Schlöten, Hochöfen und düsteren Fabrikhallen geprägten Landschaft, die vor dem geistigen Auge entstehen. Oder rußgeschwärzte Gesichter von Bergarbeitern, die nach Erz oder Kohle schürfen, tauchen erschöpft aus der Tiefe eines Schachtes auf. In der Gluthitze bedienen vermummte Männer riesige Behälter mit flüssigem Stahl, aus dem funkensprühende Schienen gegossen werden. Häufig werden jene klischeehaften „Außenansichten“ von Medien vermittelt, wenn es darum geht, ein Bergwerksunglück, einen Betriebsunfall oder Konjunkturdaten der Schwerindustrie zu dokumentieren. Tatsächlich spielten und spielen die industriellen Zentren eine Hauptrolle im wirtschaftlichen Leben dieses Raumes, wer jedoch einen Blick hinter die Industriekulissen wirft, wird von einer Vielfalt an Naturlandschaften, Sehenswürdigkeiten, kulturellen Events und wirtschaftlichen Initiativen überrascht.

Seit dem Niedergang der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie ab der Mitte der 1970er Jahre hat ein gewaltiger demografischer Schrumpfungsprozess in der Region eingesetzt. Durch Abwanderung und eine seit Jahren anhaltende negative Geburtenbilanz ist es zu einem dramatischen Rückgang der jüngeren Bevölkerungsgruppen in der obersteirischen Industrieregion gekommen, ein Trend, der sich laut neuesten Hochrechnungen weiter fortsetzen wird. Die Auswirkungen dieser Entwicklung haben sich vor Ort längst bemerkbar gemacht: Weniger junge Leute, die weniger Kinder bekommen, brauchen auf lange Sicht weniger Schulen und Kindergärten, eine Entwicklung, die letztendlich zu einem Rückgang des Konsums und zu einer negativen Wirtschaftsbilanz in der Region führt. Der Wegzug von Menschen aus dezentralen Siedlungsräumen und landwirtschaftlichen Ungunstlagen hat eine Ausdünnung von notwendigen Infrastrukturen in wirtschaftlichen Randgebieten, bedingt durch Sparmaßnahmen (öffentlicher Verkehr, Postämter, Polizeidienststellen) und Rentabilitätsprobleme (Lebensmittelhandel, Arztpraxen), zur Folge und

birgt obendrein die Gefahr einer fortschreitenden Verödung der Kulturlandschaft in sich.[164]

Tabelle 1 zeigt, dass die Wohnbevölkerung in allen Bezirken der Region, nimmt man die Zahlen von 1934 als Ausgangsbasis, bis 1971 mit bis zu 43 Prozent relativ stark angewachsen war, anschließend im Zeitraum von 1971 bis 2005 durch Rückgänge von bis zu 23 Prozent deutlich abnahm. Die Wohnbevölkerung der gesamten obersteirischen Industrieregion ist zwischen 1971 und 2009 von 291.128 auf 243.267 Einwohnern geschrumpft, was einem Rückgang von rund 16,5 Prozent entspricht.

Pol. Bezirk	**Judenburg**	**Knittelfeld**	**Leoben**	**Bruck/Mur**	**Mürzzuschlag**
1934[165]	44.974	26.883	67.179	51.208	41.533
	(71.857)[166]			*(92.741)*[167]	
1961	52.831	28.278	85.200	69.238	47.333
1971[168]	54.085	29.415	85.959	73.257	48.412
2001[169]	48.218	29.661	67.767	64.991	42.943
2005	47.192	29.525	66.176	64.146	41.945
2009[170]	45.681	29.333	64.253	63.145	40.855

Tabelle 1: Quantitativer Vergleich der Wohnbevölkerung in der obersteirischen Industrieregion zwischen 1934 und 2009.

- Bis 1971 war der Zuwachs in den politischen Bezirken Bruck an der Mur mit rund 43 Prozent und Bezirk Leoben mit 28 Prozent am stärksten, im politischen Bezirk Knittelfeld mit etwa 9 Prozent am schwächsten. Die politischen Bezirke Mürzzuschlag und Judenburg hatten Zuwachsraten von jeweils 16 und 20 Prozent zu verzeichnen.
- Gemessen an der Zahl der Wohnbevölkerung von 1971 erlitt der Bezirk Leoben bis 2001 mit einem Minus von rund 21 Prozent den stärksten Verlust

164 Siehe dazu: Entwicklungsszenario Obersteiermark Ost 2020 (Vorstufe zum regionalen Verkehrsplan) Bericht Juli 2005, erstellt von der Arbeitsgemeinschaft DI Max Pumpernig, DI Daniel Kampus, Graz, im Auftrag des Regionalmanagements Obersteiermark Ost, S. 39–40 http://www.obersteiermark.at/pdf/Endbericht_18072005.pdf, 18.12.2009.

165 Die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934, bearb. v. Bundesamt für Statistik, H.7 Steiermark (Wien 1935).

166 Diese Zahl ergibt sich aus der Summe der Wohnbevölkerung des pol. Bezirkes Judenburg (44.974) und des damals dazugehörigen Gerichtsbezirkes Knittelfeld (26.883).

167 Diese Zahl ergibt sich aus der Summe der Wohnbevölkerung des pol. Bezirkes Bruck an der Mur (51.208) und der damals dazugehörigen Gerichtsbezirke Kindberg und Mürzzuschlag (41.533).

168 Vorläufige Ergebnisse der Volkszählung 1971 nach Gemeinden, bearb. u. hrsg. vom Österreichischen Statistischen Zentralamt (Wien 1971); die Ergebnisse von 1961 werden hier ebenfalls zitiert.

169 Die Daten für 2001 und 2005 wurden dem Gemeindeverzeichnis Stand 1.1.2005, hrsg. Statistik Austria (Wien 2005) entnommen.

170 Die Daten für 2009 wurden der folgenden Websites entnommen: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/regionales/regionale_gliederungen/PolitischeBezirke/index.html; http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10004611_97710/115a1df3/Wbinsgesamt-09.pdf, 18.12.2009.

an Wohnbevölkerung. In Vordernberg etwa, der Gemeinde mit der stärksten Abwanderung, und in der Stadt Eisenerz konnte die Lage noch immer nicht stabilisiert werden, hingegen konnten günstiger gelegene Siedlungsräume, wie etwa das Trofaiacher Becken, durch Zuwanderung sogar profitieren. Die Bezirke Bruck an der Mur und Mürzzuschlag hatten einen Rückgang von rund 12 Prozent und Judenburg einen solchen von etwa 11 Prozent aufzuweisen.

- Der Bezirk Knittelfeld hatte bis 2001 sogar einen leichten Zuwachs von etwa 0,8 Prozent zu verzeichnen, bis 2005 nur noch 0,4 Prozent.
- Von 2001 bis 2005 sank die Zahl der Wohnbevölkerung nochmals mit Werten zwischen 0,5 bis 2,4 Prozent, wobei der Bezirk Leoben die höchsten, der Bezirk Knittelfeld die geringsten Verluste aufzuweisen hatte.
- Die Wohnbevölkerung der Bezirke Leoben und nun auch Mürzzuschlag liegt unter der Marke von 1934.
- Die Zunahme an ausländischer Wohnbevölkerung hat dieser Entwicklung in allen drei Bezirken entgegengesteuert und verhindert, dass die Verluste noch höher ausgefallen sind.[171]

Rückblickend auf das Jahr 1934 präsentiert sich die obersteirische Industrieregion im Sinne der Wirtschaftssektorentheorie als wirtschaftliche „Übergangsregion“ mit einem kleineren Agrarsektor (Rohstofferzeugung), einem dominanten sekundären Produktionssektor und einem weniger gut entwickelten tertiären Dienstleistungssektor. Im Jahr 1934 war der industriell-gewerbliche Sektor noch stärker als gegenwärtig ausgeprägt, während der Dienstleistungssektor je nach Region mehr oder weniger deutlich dahinter rangierte.[172] Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Trend zur Abwanderung aus der wirtschaftlichen Peripherie in Ballungsräume nicht nur Problemregionen wie die obersteirische Industrieregion betrifft, sondern ein europaweites Phänomen ist. Außerhalb der großen Ballungszentren und deren unmittelbaren Umgebung kämpfen Gemeinden mit Abwanderung, niedrigen Geburtsraten, Überalterung und einer immer dünner werdenden sozialen Infrastruktur. Charakteristisch für die demografische Lage der Steiermark ist die Abwanderung aus den alpinen Gebieten zugunsten von verkehrsmäßig gut erschlossenen Zentralregionen wie beispielsweise dem Bezirk Graz-Umgebung, einem der wenigen Bezirke mit einem überdurchschnittlichen Zuwanderungsplus von mehr als 11 Prozent zwischen 1991 und 2001.[173]

---

171 Entwicklungsszenario Obersteiermark Ost 2020 (Vorstufe zum regionalen Verkehrsplan) Bericht Juli 2005, erstellt von der Arbeitsgemeinschaft DI Max Pumpernig, DI Daniel Kampus, Graz, im Auftrag des Regionalmanagements Obersteiermark Ost, S. 11–13, http://www.obersteiermark.at/pdf/Endbericht_18072005.pdf, 18.12.2009.

172 Kurt Bauer, Struktur und Dynamik des illegalen Nationalsozialismus in der obersteirischen Industrieregion 1933/1934 (Dipl. Arb., Wien 1998) S. 17.

173 Statistische Details sind der Publikation des Landes Steiermark entnommen: Regionale Bevölkerungsprognosen Steiermark: Gemeindeprognose 2007, ÖRÖK Bezirksprognose 2006 (Graz 2007) S. 65–68: http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10004611_97710/5c8995e7/Publikation%2011-2007.pdf, 18.12.2009.

3.2.3 Politische Entwicklungen in der obersteirischen Industrieregion

Die obersteirische Industrieregion ist, bedingt durch die von der Sozialdemokratie dominierte Arbeiterbewegung, traditionell sozialdemokratisch geprägt. In der Ersten Republik existierte neben dem „marxistischen" Lager (SDAPÖ und KPÖ) ein starkes „antimarxistisches" Lager, bestehend aus Christlichsozialen/Katholisch-konservativen und Deutschnationalen, die bei Gemeinderatswahlen oft vereint als „Wirtschaftspartei" oder „Gemeindepartei" auftraten. Obwohl die NSDAP, die als „deutsche National-Sozialisten" bereits 1919 bei Regionalwahlen kandidierte,[174] die „Marxisten" in schärfster Form bekämpfte, ließ sie sich nicht auf eine Wahlgemeinschaft mit den anderen antimarxistischen Parteien ein. In überwiegend agrarischen Gegenden konnten die Bauernvertretungen der katholisch-konservativen sowie der freiheitlich-nationalen Richtung die meisten Anhänger für ihre jeweiligen politischen Parteien mobilisieren [CSP beziehungsweise Landbund, Anm.], während die städtischen Zentren mehrheitlich „rot" waren (siehe *Tabelle 2*).

Nach 1945 setzte sich dieses politische Konstellationsmuster bis etwa 2006 weitgehend fort: In den traditionellen Arbeiterhochburgen der obersteirischen Industrieregion erreichte die SPÖ nach wie vor relativ stabile Mehrheiten, während die Wähleranteile der freiheitlichen Parteien des rechten Spektrums (FPÖ, BZÖ), und, hauptsächlich in agrarischen Gegenden, der ÖVP zwischen 1999 und 2006 stark schwankten (siehe Auswertung, *Tabelle 3*). Eine deutliche Parallele ist bei den Nationalratswahlen von 1930 und 1999 zu erkennen, als die CSP/ÖVP massive Stimmenverluste zugunsten des Heimatblocks/der FPÖ erlitt. Die Grünen konnten in urbanen Wahlsprengeln einen Wähleranteil von rund 4 bis 7 Prozent erreichen; die höchsten Stimmengewinne der KPÖ lagen zwischen 1 und 3 Prozent. Bei den Nationalratswahlen 2008 setzte sich der Trend nach rechts fort: Die FPÖ und das BZÖ konnten ihren Stimmenanteil nicht nur in der Region, sondern steiermarkweit von rund 13 auf 30 Prozent stark vergrößern.

Zahl der gültigen Stimmen in der Gemeinde		**SDAPÖ**	**CSP (1927 als Einheitsliste CSP, GDV u.a.)**	**GDV; Landbund (1930 als „Schober-block")**	**Heimat-block 1930**	**NSDAP (Hitler-Bewegung)**	**KPÖ**
Leoben							
24.4.1927	6300	47,68	39,41	2,76			1,03
9.11.1930	6794	42,94	13,26	5,72	26,61	10,61	0,70
Donawitz							
24.4.1927	9311	72,41	18,11	2,18			3,59
9.11.1930	9542	55,25	6,63	2,66	29,06	4,73	1,37

174 Die National-Sozialisten und die Gemeindewahlen. In: Obersteirische Volkszeitung (16.7.1919) S. 5.

Zahl der gültigen Stimmen in der Gemeinde		SDAPÖ	CSP (1927 als Einheitsliste CSP, GDV u.a.)	GDV; Landbund (1930 als „Schober-block“)	Heimat-block 1930	NSDAP (Hitler-Bewegung)	KPÖ
Eisenerz							
24.4.1927	4265	63,18	30,05	1,82			1,99
9.11.1930	4466	52,12	13,07	3,58	23,64	6,13	1,29
Trofaiach							
24.4.1927	1203	43,55	28,09	9,89			3,99
9.11.1930	1302	41,85	10,75	6,45	19,35	19,43	1,45
Mautern/U							
24.4.1927	1256	37,42	44,50	15,60			
9.11.1930	1232	31,33	30,03	16,47	11,85	9,09	0,89
Judenbg.							
24.4.1927	3503	61,31	27,20	4,28			0,11
9.11.1930	3612	56,17	11,04	5,45	13,95	11,93	1,16
Knittelfeld							
24.4.1927	7282	64,51	28,71	2,12			1,82
9.11.1930	7384	61,84	15,05	2,83	10,15	8,51	1,50

Tabelle 2: Die prozentuellen Stimmenanteile der wichtigsten Parteien in ausgewählten Gemeinden der obersteirischen Industrieregion bei den NR-Wahlen 1927 und 1930.[175]

Bezirk/Stadt	SPÖ			ÖVP			FPÖ (+BZÖ 2006/08)		
	1999	2002	2006 2008	1999	2002	2006 2008	1999	2002	2006 2008
Leoben	48,78	55,14	54,43 43,64	15,20	28,91	22,84 15,47	27,68	8,97	12,09 30,24
Leoben (Stadt)	46,83	55,41	53,48 42,87	12,49	26,67	19,95 12,87	30,55	9,71	14,13 32,52
Bruck a. d. Mur	48,80	55,51	53,99 43,37	15,96	29,26	24,33 16,33	26,76	8,30	12,77 29,68
Judenburg	42,10	47,33	48,24 39,39	21,36	36,94	31,50 21,31	28,62	9,85	11,79 30,28
Knittelfeld	41,86	47,74	47,99 39,40	23,62	37,94	31,80 22,40	26,26	8,31	12,05 28,41

Tabelle 3: Prozentuelle Wählerstimmenanteile bei den Nationalratswahlen 1999, 2002, 2006 und 2008.[176]

175 Details zu den Nationalratswahlen 1927 und 1930 auf: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1927.pdf, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1930.pdf, 18.12.2009. Splitterparteien wie der Udeverband oder der völkisch-soziale Block wurden nicht berücksichtigt, daher liegt die Summe aller Ergebnisse stets unter 100 Prozent.

176 Die prozentuellen Zahlen wurden der Website des Landes Steiermark entnommen: http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/4515066/DE/, 24.11.2009.

3.3 Die Entwicklung des Bergbaues und der Eisenindustrie in der obersteirischen Industrieregion

Die Erzeugung und Verarbeitung von Eisen und Stahl hat in der Region neben dem Kohlebergbau eine lange Tradition. Im Mittelpunkt des ältesten Erzabbaues steht der steirische Erzberg. Bereits im Mittelalter und in der frühen Neuzeit war die Stadt Leoben Umschlag- und Handelsplatz für Roheisen, eine direkte Folge des Verbotes des Landesfürsten Herzog Friedrich I. vom 12. März 1314 an die Rad- und Hammergewerke von Trofaiach und Vordernberg, ihr selbst produziertes Roheisen unter Umgehung von Leoben an andere Orte zu bringen. Die Bürger Leobens, die durch dieses Niederlagsrecht zu Verlegern des Vordernberger Eisens wurden, verkauften das Roheisen an die Hammergewerke weiter, die daraus Finalprodukte erzeugten. Eine Art früher Kapitalgesellschaft wurde gegründet, in der jeder Leobener Bürger sein Privatvermögen bis zu einer gewissen Obergrenze gewinnbringend anlegen konnte. In den 1560er Jahren setzte ein Niedergang des Eisenhandels ein, der etwa zwei Jahrhunderte andauerte.[177] Als im Zuge der Napoleonischen Kriege militärische Schläge den obersteirischen, insbesondere den Leobener Raum, direkt trafen, stellte sich wieder eine Krise des Eisenwesens ein, der bis in den Vormärz hineindauerte.[178] Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Auflassung der Roheisenerzeugung mit Holzkohle im Jahr 1922 erfuhr das gesamte Eisenhüttenwesen in der Steiermark nachhaltige technische und wirtschaftliche Veränderungen. Entscheidend für den Aufschwung in der Branche waren eine Reihe von Stilllegungen von unrentabel gewordenen Standorten, der Bau leistungsfähiger Öfen in Donawitz und Eisenerz und die Einführung der neuartigen Flussstahlverfahren (Bessemer-, Siemens-Martin- und Elektrostahlverfahren). Aber auch der weitere Ausbau des Eisenbahnnetzes trug zur besseren Erschließung von Industriestandorten und zum rascheren Gütertransport bei. Nach 1866 erlebte die österreichische Eisenindustrie einen allmählichen Aufschwung, der als Folge erster Modernisierungsbestrebungen einsetzte. Im Rahmen von Gesellschaftsgründungen fand auch in der Steiermark eine „Umstrukturierung" statt, die mit der Gründung der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft im Juli 1881 ihren vorläufigen Endpunkt erreichte. Der Zusammenschluss der verschiedenen Bergbau- und Industrieunternehmen in Ober- und Niederösterreich, Kärnten und der Steiermark (in der Obersteiermark und Weststeiermark) war nach dem Bankenkrach von 1873 aus finanziellen Gründen zwingend notwendig geworden. Mit der Gründung der ÖAMG sollte auch ein Gegengewicht zur aufstrebenden ausländischen Konkurrenz geschaffen werden. Auf dem Gebiet der heutigen obersteirischen Industrieregion übernahm die ÖAMG folgende Gesellschaften:

1. die k.k. private Aktiengesellschaft der Innerberger Hauptgewerkschaft
2. die k.k. private Neuberg-Mariazeller Gewerkschaft

---

177 Günther Jontes, Leoben. Die alte Bergstadt. Geschichte, Kunst, Gegenwart, 2. Aufl. (Spielberg 1995), Kurzzitat: Jontes, Bergstadt, S. 13.

178 Jontes, Bergstadt, S. 14.

3. die Vordernberg-Köflacher Montanindustriegesellschaft
4. die Steirische Eisenindustriegesellschaft mit dem Kohlenbergbau Fohnsdorf und dem Hüttenwerk Zeltweg (ehemals Henckel von Donnersmarck'scher Besitz), wo der erste Kokshochofen der Steiermark 1874 in Betrieb genommen wurde
5. und die St. Egydi- und Kindberger Eisen- und Stahl-Industrie-Gesellschaft.

Zusätzlich zu den oben genannten Gesellschaften übernahm die ÖAMG den Franz Ritter von Friedau'schen Forst und Montanbesitz, der den Kohlenbau Münzenberg bei Leoben, das Radwerk VII bei Vordernberg und das Stahl- und Walzwerk in Donawitz umfasste.[179] Das Krieglacher Eisen- und Stahlwerk [ehemals im Besitz der Familie Seßler-Herzinger, Anm.] ging 1882 in den Besitz der ÖAMG über, wurde jedoch 1899 von dieser an den Großindustriellen Cosak verkauft. Zwischen 1921 und 1937 avancierte das Krieglacher Werk zum größten Fein-und Mittelblech-Walzwerk Österreichs.[180] Außer den Hütten der ÖAMG bestanden Mitte der 1880er Jahre in der obersteirischen Industrieregion noch folgende Eisenwerke:

- Die Radmeistercommunität in Vordernberg: Radwerk I (Peintinger), IV (Fürst J.N. zu Schwarzenberg), X (Leobener Wirtschaftsverein), XI (Mitsch), XII (Fürst A.J. zu Schwarzenberg) und XIV (Mayr von Melnhof)
- Der A.J. Schwarzenberg'sche Hochofen in Trofaiach
- Eisen- und Blechfabriksgesellschaft „Union“ in Allerheiligen bei Pöls
- Blech- und Eisenwerk „Styria“ Löwenthal, Schmid & Co: Stahl- und Walzwerk in Wasendorf und Hetzendorf bei Judenburg
- F.B. Andrieus's Söhne: Stahl- und Walzwerk in Diemlach, Drahterzeugung in Bruck an der Mur
- Ignaz Fürst: Stahl- und Walzwerk sowie Drahterzeugung in Thörl
- Johann Pengg Edler von Auheim: Stahl-, Walz- und Hammerwerke bei und in Thörl
- Vogel & Noot: Stahl-, Walz- und Hammerwerk in Wartberg im Mürztal
- Stahlwerke Johann E. Bleckmann in Mürzzuschlag und Hönigsberg
- Um das Finanzvolumen des Investitionsprogramms zu sichern, verkaufte die ÖAMG das Gussstahlwerk Kapfenberg 1894 an die Stahlhandelsfirma Gebrüder Böhler.

Weitere einschneidende Veränderungen setzte Karl Wittgenstein, der 1897 die Aktienmehrheit der ÖAMG an sich gebracht hatte. Er räumte im Konzernriesen radikal auf, legte unrentabel gewordene Betriebe still, stieß andere wie jene in

179 Hans Jörg Köstler, Das steirische Eisenhüttenwesen von den Anfängen des Floßofenbetriebes im 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart. In: Roth, Erz und Eisen, S. 122–126.

180 Othmar Pickl, Josef Seßler und die Anfänge der Mürztaler Eisenindustrie. In: Steirische Unternehmer des 19. und des 20. Jahrhunderts. Eine Sammlung von Lebensbildern, hrsg. Ferdinand Tremel (= Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark [ZdHVSt], Sonderband 9, Graz 1965) 31.

Kärnten, außer Hüttenberg, ab und baute dafür die Werke in der Obersteiermark aus. Im Rahmen der so genannten Wittgenstein'schen Konzentration wurde die großzügige Erweiterung beziehungsweise Umstrukturierung der Standorte Donawitz, Eisenerz, Kindberg und Zeltweg bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg betrieben.[181] Im Ersten Weltkrieg wurde die gesamte obersteirische Industrieregion nicht nur zu einem der wichtigsten Zentren der Eisen- und Stahlindustrie in der Monarchie, sondern wurde als Teil der Rüstungsproduktion zu deren Lebensnerv.[182]

Nach dem Ersten Weltkrieg geriet die Mehrheit der ÖAMG-Aktien zunächst in den Besitz der italienischen Fiat-Gruppe, die auf Grund der mangelnden Brennstoffversorgung für den Betrieb bereits 1921 einen Teil der Aktien an die Siemens-Rheinelbe-Schuckert-Union des deutschen Industriellen Hugo Stinnes abstieß. 1924 verkaufte Camillo Castiglioni, der italienische Exponent der Alpine-Aktien, seinen gesamten Anteil dem Rheinelbe-Konzern. Nach dem Zusammenbruch der Stinnes-Gruppe 1925 kamen deren Aktien an die Vereinigte Stahlwerke AG, die schließlich rund 56 Prozent des Aktienkapitals auf sich vereinigen konnte. Die Übernahme durch den deutschen Großkonzern beeinflusste die Geschicke der ÖAMG in zweierlei Hinsicht ganz erheblich. Erstens wurde der Betrieb in Österreich auf die Bedürfnisse der deutschen Verhältnisse abgestimmt, also auf die Gewinnung und Lieferung von bestimmten für die Fertigung im Ruhrgebiet vorgesehenen Rohstoffen, hauptsächlich Roheisen und Gusseisen, umgestellt. Zweitens wurde das DINTA-System (Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung) auch in der ÖAMG eingeführt, um auf diese Weise die gesamte Belegschaft einer Politik der aggressiven Effizienzsteigerung zu unterwerfen.[183] In weiterer Folge wurden die Betriebe der ÖAMG, und das waren der Großteil der Eisen verarbeitenden Industriebetriebe in der obersteirischen Industrieregion, zu Bollwerken gegen den „marxistischen Terror" ausgebaut. Viele leitende Angestellte und Werkstättenmeister, die zugleich als Heimatschutzführer eine politische Machtstellung in der näheren Umgebung besaßen, übten direkten und indirekten Druck auf ihre Untergebenen aus.

181 Hans Jörg Köstler, Das steirische Eisenhüttenwesen von den Anfängen des Floßofenbetriebes im 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart. In: Roth, Erz und Eisen, S. 127.

182 Stefan Karner, Steirisches Eisen zwischen Wirtschaftskrise und Kriegskonjunktur (1914–1945). In: Roth, Erz und Eisen, S. 367–368.

183 Schleicher, Heisses Eisen, S. 15ff; P.G. Fischer, The Österreichisch-Alpine Montangesellschaft, 1918–38. In: International Business and Central Europe 1918–1939 (Leicester 1983) S. 253–255; Ewald Weinhandel, Der Kampf um die Unternehmerkontrolle in der Zwischenkriegszeit am Beispiel der Werksgemeinschaftsideologie, des DINTA-Systems und der Betriebspolitik der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft (Dipl. Arb., Graz 1990) S. 67ff.

3.3.1 Die Entwicklung der Industrie im Leobener Raum[184]

Die Voraussetzungen für eine günstige Entwicklung des Eisenwesens im Bezirk Leoben waren durch das Vorhandensein reicher Vorkommen wichtiger Rohstoffe wie Erz und Kohle, eines Straßennetzes und der für den Erzabbau und -vertrieb notwendigen Strukturen seit dem Mittelalter gegeben. Kohlevorkommen befanden sich nördlich der Stadt Leoben in Münzenberg, der ältesten Abbaustätte, sowie im nahe gelegenen Seegraben, wo der Schutzengelbau 1811 und der Draschebau 1836 den Betrieb aufnahmen.

Die Anfänge des heutigen Donawitzer Werkes „VOEST-Alpine Stahl Donawitz" reichen bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Dort errichtete der Hammergewerke Franz Mayr der Ältere 1834 bis 1837 das erste Stahl- und Puddlingswerk der Steiermark, die „Franzenshütte", wo Spateisenstein vom steirischen Erzberg verhüttet wurde. Gleichzeitig setzte der Niedergang des Ortes Vordernberg ein, der bis dahin das Monopol auf die Erzeugung von Roheisen südlich des Erzberges gehabt hatte. Mayrs Sohn Franz der Jüngere setzte mit der 1845 bis 1853 durchgeführten Erweiterung des Betriebes das Werk seines Vaters fort; 1872 kam der gesamte Betrieb an die Innerberger Hauptgewerkschaft, welche 1881 wiederum der ÖAMG beitrat. Bald fasste die ÖAMG den Entschluss, die Erzeugung und Verhüttung von Roheisen in Donawitz und Eisenerz zu konzentrieren. Der Donawitzer Kokshochofen, der 1891 angeblasen wurde, war der erste von vier Kokshochöfen, die ihren Betrieb bis 1907 aufnahmen. Um den reibungslosen Transport des Roherzes vom Erzberg über Vordernberg nach Donawitz zu bewerkstelligen, initiierte die ÖAMG den Bau einer über den Präbichlpass nach Vordernberg führenden Zahnradbahn, die im August 1891 ihrer Bestimmung übergeben wurde. Auch in Eisenerz wurde die Errichtung von zwei leistungsfähigen Kokshochöfen geplant, welche in den Jahren 1901 und 1913 angeblasen wurden. Infolge der mangelnden Verkokbarkeit von Kohlen in der Nähe der Erzlagerstätten hatte sich die Verhüttung von Eisenerz mit Koks (anstatt Holzkohle) im Alpenraum verzögert. So musste der für die Feuerung der neuen Kokshochöfen benötigte Brennstoff aus relativ weit entfernten Revieren wie Mährisch Ostrau (Moravská Ostrava) herangeschafft werden.

184 In der von mir gestalteten kurzen Rückschau wurde bewusst auf Anmerkungen verzichtet. Die Informationen wurden folgender Literatur entnommen: Jens-Wilhelm Wessels, Economic Policy and Microeconomic Performance in Inter-War Europe. The Case of Austria, 1918–1938 (=Beiträge zur Unternehmensgeschichte 25, Stuttgart 2007) S. 34–174; Hans Jörg Köstler, Das steirische Eisenhüttenwesen von den Anfängen des Floßofenbetriebes im 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart. In: Paul W. Roth (Hrsg.), Erz und Eisen in der Grünen Mark. Beiträge zum steirischen Eisenwesen (Graz 1984) S. 128–146; Stefan Karner, Steirisches Eisen zwischen Wirtschaftskrise und Kriegskonjunktur (1914–1945). In: Paul W. Roth (Hrsg.), Erz und Eisen in der Grünen Mark. Beiträge zum steirischen Eisenwesen (Graz 1984) S. 367–374; Günther Jontes, Leoben. Die alte Bergstadt. Geschichte, Kunst, Gegenwart, 2. Aufl. (Spielberg 1995) S. 28–30; Josef Freudenthaler, „Eisen auf immerdar!" Geschichte der Stadt und des Kreises Leoben, 2. Aufl. (Leoben 1940), Kurzzitat: Freudenthaler, „Eisen auf immerdar!", S. 288–312; Ferdinand Tremel (Hrsg.), Steirische Unternehmer des 19. und 20. Jahrhunderts. Eine Sammlung von Lebensbildern. In: ZdHVSt Sonderband 9 (Graz 1965).

Nach Inbetriebnahme der leistungsstarken Hochöfen in Donawitz und Eisenerz, welche die Roheisenverschmelzung der alten Holzkohlenöfen um ein Vielfaches übertrafen, waren die Tage der Vordernberger Öfen gezählt. Die ÖAMG stellte ihr letztes Radwerk, das Dreierwerk, 1921 ein. Mit dem Niederblasen des zum Betrieb der Gebrüder Böhler & Co. AG gehörenden Radwerkes XIV ging 1922 die Geschichte der Erschmelzung von Holzkohlenroheisen nicht nur in Vordernberg, sondern in ganz Steiermark zu Ende. Auf dem Erzberg wurde der Etagenbau rasch vorwärts getrieben: Die Einführung der Pressluftbohrung und des Baggerbetriebes zwischen 1908 und 1912 steigerte die Erzerzeugung von 1901 bis 1913 von etwa zwei auf vier Millionen Tonnen jährlich. Das Donawitzer SM-Stahlwerk, das bis 1912 vierzehn Öfen unter einem Dach vereinte, galt vor dem Ersten Weltkrieg als größte einheitliche Anlage auf dem Kontinent. Eine weitere Modernisierung in der Stahlerzeugung stellte die Verwendung von elektrischem Strom dar. In den Jahren 1907 und 1908 nahmen die ersten Elektrostahlöfen, die nach dem Erfinder benannten Héroult-Öfen, ihren Betrieb in Judenburg und Kapfenberg auf. Mitte der 1920er Jahre stellte der Lichtbogenofen das wichtigste Aggregat zur Herstellung legierten Edelstahles dar; dieses Verfahren wurde 1928 von der Hütte Donawitz zur Herstellung von Elektrostahl eingesetzt.

Der Zeitraum von etwa 1870 bis zum Ersten Weltkrieg war einerseits von einem Schrumpfungsprozess, der vor allem veraltete Anlagen betraf, andererseits von einem ungeheuren Aufschwung und raschem Wachstum des steirischen Eisenwesens gekennzeichnet. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden zwei weitere Großbetriebe errichtet, die wirtschaftliche Bedeutung in der Region und darüber hinaus erlangten. Die im Jahr 1860 von Max Kober gegründete Brauerei Göß wurde zur größten Brauerei im steirischen Oberland. Durch den Ankauf und die Stilllegung anderer kleiner, in der Steiermark, in Kärnten und im Lungau gelegenen Brauereien wuchs das Unternehmen zu einem Großbetrieb heran und erzeugte im Jahr 1913 300.000 Hektoliter Bier. Auch die Papierindustrie fasste zwischen Bruck an der Mur und Leoben Fuß: In Niklasdorf erwarben Brigl & Bergmeister aus Bozen die gesamten Eisenwerksanlagen der Vordernberger Radmeistercommunität und errichteten dort eine gut gehende Zellstofffabrik. Während des Ersten Weltkrieges wurde die massenhafte Produktion von Rüstungsmaterial aller Gattungen forciert. Die ÖAMG versorgte die Produktionsstätten mit dem benötigten Stahl und war selbst ein Hauptproduzent für Geschütze, Munition, U-Boot- und Flugzeugbestandteile. Mit einer Jahresleistung von zwischen 400.000 und 600.000 Tonnen, rund ein Drittel der gesamten Produktion der österreichischen Reichshälfte, war die Roheisenerzeugung der ÖAMG in Donawitz und Eisenerz die größte aller österreichischen Stahlwerke. Auch die Böhlerwerke in Kapfenberg lieferten Fertigwaren wie Feldkanonen und -haubitzen, Minenwerfer und Stahlhelme und produzierten zusätzlich etwa 8000 bis 14.000 Tonnen Roheisen jährlich.

Nach dem Ersten Weltkrieg erlitt die Eisenindustrie im neu geschaffenen österreichischen Staat einen schweren Rückschlag: Die Roheisenerzeugung der steirischen Hochofenwerke ging auf einen Bruchteil der Vorkriegs- und Kriegsproduktion zurück. Nach dem Rekordjahr 1916, in dem die Roheisenerzeugung einen Höchststand von rund 660.000 Tonnen erreicht hatte, fiel sie 1919 auf etwa ein Zehntel



Abbildung 2: Donawitz in den 1920er Jahren mit den Hochöfen im Hintergrund vor der prächtigen Kulisse des Eisenerzer Reichensteins.

dieses Wertes. In den ersten Nachkriegsjahren geriet die ÖAMG wegen des Mangels an Brenn- und Rohstoffen in enorme Schwierigkeiten und musste den Grundstoff Kohle teilweise aus der nunmehrigen Tschechoslowakei teuer importieren. Um die Kohlen- und Koksversorgung zu sichern, kaufte das Management Beteiligungen am polnischen Bergbaurevier; nach 1921 wurde die ÖAMG vom Stinnes-Konzern mit Koks versorgt, was eine Steigerung der Roheisenproduktion zur Folge hatte. Im Jahr 1928 erreichte die Roheisenproduktion mit rund 450.000 Tonnen einen vorläufigen Höhepunkt vor der ab 1930 beginnenden Wirtschaftsflaute. Anfang der 1930er Jahre sah sich die ÖAMG gezwungen, vier ihrer insgesamt fünf betriebsfähigen Hochöfen niederzublasen oder zu dämmen. 1933 sank die Roheisenproduktion auf einen neuerlichen Tiefstand von nur rund 87.000 Tonnen. In Eisenerz, wo einer der Hochöfen bereits 1928 niedergeblasen worden war, ruhte der gesamte Hochofenbetrieb bis 1937. Wie aus einem im Juni 1932 verfassten Behördenbericht hervorgeht, waren die Folgen in der ganzen Region verheerend:

> *Durch die Stillegung bezw. Einschränkung der grossen industriellen Betriebe* (leiden) *die meisten Arbeitslosen und Ausgesteuerten, unter denen tatsächlich stellenweise eine solche Not herrscht, dass Hunde und Katzen häufig verspeist werden. Die Massen der Ausgesteuerten und Arbeitslosen sind natürlich mangels irgendwelcher Beschäftigung leicht zur Teilnahme an Versammlungen, Aufzügen*

und Demonstrationen zu bewegen und ist es gewissenlosen Hetzern in dieser Atmosphäre von Hunger und Not ein Leichtes, die Massen aufzupeitschen und zu Gewalttaten zu verleiten.[185]

3.4 Der Bezirk Leoben in der Zwischenkriegszeit. Einige Daten[186]

Politischer Bezirk Leoben (Stand 1934):
22 Gemeinden (siehe unten) mit einer Gesamtfläche von 1100 km²

Anwesende und Wohnbevölkerung:	67.316 Personen
Zahl der Häuser:	5992
Zahl der Wohnparteien:	17.615

Bezirkshauptmänner 1918–1938[187]*:*

ab 20. April 1914:	Dr. Nikolaus Freiherr von Pfusterschmid-Hardtenstein
ab 27. Februar 1924:	Dr. Theodor Hoffer
ab 8. März 1932:	Dr. Rudolf Urbanek
ab 1. November 1936:	Dr. Karl Angerer

Von den 22 Ortsgemeinden des Bezirkes hatten 13 Gemeinden weniger als 2000 Einwohner, neun Gemeinden 2000 und mehr Einwohner. Von diesen neun Gemeinden hatten sechs 2000 bis 5000 Einwohner, eine Gemeinde (Eisenerz) zwischen 5000 und 10.000 und zwei Gemeinden (Leoben und Donawitz) zwischen 10.000 und 20.000 Einwohnern. Graz war die einzige Stadt in der Steiermark (Wohnbevölkerung 1,015.106) mit mehr als 100.000 Einwohnern, nämlich rund 153.000. Die 22 Ortsgemeinden waren in folgende Gerichtsbezirke gegliedert:

- *Gerichtsbezirk Eisenerz:* Eisenerz; Hieflau, Radmer
- *Gerichtsbezirk Leoben:* Donawitz; Gai; Göß; Hafning; Kalwang[188]; Kammern; Kraubath; Stadt Leoben; Mautern (Marktgemeinde); Mautern Umgebung; Niklasdorf; Proleb; St. Michael in der Obersteiermark; St. Peter-Freienstein; St. Stefan; Traboch; Trofaiach; Vordernberg; Wald am Schoberpass

185 StLA ZGS (BKA) K.79/6: LGK E. Nr.216 res.ad. (9.6.1932) „Bericht über die politische Lage im Lande Steiermark".

186 Die Daten, wenn nicht anders angegeben, wurden der Volkszählung 1934 entnommen: Die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934, bearb. v. Bundesamt für Statistik, H. 7 Steiermark (Wien 1935). Demografische Schwankungen sind hier nicht genau dokumentiert: Tatsächlich erfuhr der Bezirk Leoben durch die Expansion der Eisen- und Stahlindustrie ab 1890 einen Bevölkerungszuwachs. Zwischen 1923 und 1934 nahm die Einwohnerzahl jedoch wieder ab (siehe *Tabelle 5*).

187 Gerhard Pferschy, Die steirischen Bezirkshauptleute seit 1868. In: Mitteilungen des Steiermärkischen Landesarchivs 18 (1968) 124.

188 In den von mir gesichteten Archivalien und gedruckten Quellen schrieb man stets „Kallwang".

- *Stadt Leoben:* Vor 1939 gehörte die Vorstadt Waasen und die Ortsgemeinde Mühltal mit Nennersdorf und Waltenbach zum Stadtgebiet. Am 1. Oktober 1939 wurde Leoben mit der Stadt Donawitz (Stadterhebung 1929), mit den Katastralgemeinden Donawitz, Judendorf und Leitendorf, sowie der Gemeinde Göß, mit den Katastralgemeinden Gößgraben, Prettach und Schladnitzgraben, zu „Groß-Leoben" vereinigt.

Die Bürgermeister der Stadt Leoben von 1922 bis 1935:
1922–1931: Max Enserer (Gemeindewirtschaftspartei)
1931–1933: Dr. Josef Gogg (national)
1933/1934–1935: Dr. Eugen Ritter von Netoliczka-Baldershofen

	pol. Bezirk Leoben	Stadt Leoben	Donawitz
Land- und Forstwirtschaft	10.421	241	243
Industrie und Gewerbe	30.569	4546	11.351
Handel und Verkehr	8410	2273	1539
Geldwesen und Versicherung	191	115	32
Öffentlicher Dienst	1440	725	213
Freie Berufe	1642	818	242
Häusliche Dienste	768	188	263
ohne Beruf	11.707	2212	2408
Wohnbevölkerung insgesamt	67.179	11.438	16.687

Tabelle 4: Wirtschaftliche Zugehörigkeit der Wohnbevölkerung 1934 in absoluten Zahlen.[189]

Bevölkerung „Einwohnerzahlen"	1869	1890	1900	1910	1923[190]	1934	Gesamtzuwachs bis 1923
Politischer Bezirk Leoben	35.643	47.570	58.083	64.709	69.484	67.316	94,9%
Stadt Leoben	4529	6513	10.124	11.459	11.890	11.795	162,5%
Donawitz	4018	8038	13.137	15.649	18.121	16.616	350,9%

Tabelle 5: Bevölkerungsentwicklung in absoluten Zahlen zwischen 1869 und 1934.[191]

Der politische Bezirk Leoben wurde, neben den Gerichtsbezirken, in drei weitere Verwaltungseinheiten gegliedert: die Bezirksvertretungen Leoben, Mautern und Eisenerz. Nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie blieben die Bezirksvertretungen in der Steiermark als einzigem Bundesland bestehen. Die Mitglieder der

189 Die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934, bearbeitet vom Bundesamt für Statistik, H. 7 Steiermark (Wien 1935).
190 Für 1923 und 1934 ist die Zahl der „anwesenden Bevölkerung" angegeben.
191 Die Zahlen („Einwohnerzahlen") für 1869 bis 1910 sind folgender Arbeit entnommen: Sonja Karel, Arbeiterschaft und Bevölkerungsentwicklung im Leobner Raum (Dipl. Arb., Graz 1999) S. 26–35; die Zahlen von 1923 und 1934 entstammen der Volkszählung 1934.

quasi-demokratischen Bezirksvertretungen, die Aufgaben wie Straßen-, Brückenerhaltung und Armenfürsorge wahrzunehmen hatten, wurden paritätisch von den jeweiligen bei den letzten Landtagswahlen gewählten politischen Parteien nominiert und von der steiermärkischen Landesregierung für die Dauer der Landtagsperioden ernannt.[192]

Bezirksvertretung Leoben:
14 Gemeinden: Donawitz, Gai, Göß, Hafning, Kraubath, Stadt Leoben, Niklasdorf, Proleb,
St. Michael, St. Peter-Freienstein, St. Stefan ob Leoben, Traboch, Trofaiach, Vordernberg
Einwohner und Einwohnerinnen: 51.275
Fläche: 520,89 Quadratkilometer

Bezirksvertretung Mautern:
5 Gemeinden: Kammern im Liesingtal, Mautern Markt, Mautern Umgebung, Kalwang,
Wald am Schoberpass
Einwohner und Einwohnerinnen: 6.764
Fläche: 325,22 Quadratkilometer

Bezirksvertretung Eisenerz:
3 Gemeinden: Eisenerz, Hieflau, Radmer
Einwohner und Einwohnerinnen: 9.277
Fläche: 253,90 Quadratkilometer

Bezirksobmänner der Bezirksvertretung Leoben 1919–1938:

1919–1920:	Dr. Albert Leuthner (Finanzrat)
1920–1933:	Johann Kutschera (Bahnbeamter)
1933–1934:	Raimund Bachmann (Buchhalter)
1934–1938:	Regierungskommissär Josef Weiß (Kaufmann)

192 Martin Polaschek, Die Bezirksvertretungen in der Steiermark zwischen 1918 und 1938. Demokratische Selbstverwaltung oder überflüssige Behörde? (=Veröffentlichungen des steiermärkischen Landesarchives 22, Graz 1997) S. 224ff.



Abbildungen 3a+b: Der Leobener Hauptplatz um 1930; die Stadt Leoben (unten um 1912) wurde im 13. Jahrhundert in einer Schleife der Mur angelegt.



4. Wichtige politische Parteien und Bewegungen in der Steiermark von 1927 bis 1934 und deren Beitrag zur Radikalisierung in und um den Bezirk Leoben

Im folgenden Abschnitt wird die Entwicklung der maßgeblichen politischen Parteien und Bewegungen in der Steiermark und im Bezirk anhand exemplarischer Vereinsakten, amtlicher Berichte und Pressemeldungen beleuchtet, wobei auf eine lückenlose Rekonstruktion von Organisationen und Aktivitäten einerseits mit Rücksicht auf den begrenzten Umfang der hier vorliegenden Studie, andererseits auf Grund mangelnder Quellen verzichtet werden muss. Die untersuchten Aktenbestände und Zeitungen ermöglichen dennoch einen aufschlussreichen Einblick in spezifische politische Agitationsfelder und werfen interessante Schlaglichter auf führende Persönlichkeiten aller politischen Gruppierungen. Folgende Parteien und Bewegungen werden vorgestellt: die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP); die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ); die Christlichsoziale Partei (CSP); der Steirische (deutschösterreichische) Heimatschutz (HS) und sein parlamentarischer Arm, der Heimatblock (HB), sowie die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP). Die Großdeutsche Volkspartei und der Landbund finden hauptsächlich als national-liberale „antimarxistische Verbündete" des bürgerlich-bäuerlichen Lagers Erwähnung.

Als spezifische Tendenz dieser Zeit können die radikalen Forderungen von Parteienvertretern gelten, die vermeinten, Probleme wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Natur mit dem jeweiligen programmatischen und ideologischen Denken entsprungenen „Patentrezepten" zu lösen. Naturgemäß kam es in Vorwahlzeiten zu einer ausgedehnten Behandlung der jeweiligen Tagespolitik sowie zu einer geradezu fanatischen Beschäftigung mit der eigenen Parteiprogrammatik und mit jener des oder der politischen Gegner. Propagandistische Effekte fanden vielfach im öffentlichen Raum statt, wo es zu einer hektischen und lautstarken Werbetätigkeit bei Versammlungen und Aufmärschen, Fahnenweihen und Heldenehrungen kam. Auf dieser durchaus emotionalen Ebene hoffte man möglichst breite Bevölkerungskreise in Stadt und Land anzusprechen, um politische Botschaften an den Mann und die Frau zu bringen. Vermutlich entfalteten Tageszeitungen, die für viele ärmere Leute jedoch unerschwinglich waren, eine ähnliche propagandistische Wirkung.

4.1 Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAPÖ)[193]

Als zentral organisierte Klassenpartei, die eine beinahe alle Lebensbereiche umfassende Vereinsstruktur aufwies, bot die Sozialdemokratie eine Art geistige und emotionale Heimat für viele Arbeiter und Angestellte, die großteils in Wien, aber auch außerhalb der Hauptstadt in den Industriegebieten Ober- und Niederösterreichs, der Steiermark und Kärntens lebten und arbeiteten. Als größte geschlossene Anhängerschaft konnte die Partei viele öffentliche Bedienstete und Beamte, die bei der staatlichen Eisenbahn und in Dienstleistungsbetrieben und Behörden von sozialdemokratisch regierten Gemeinden beschäftigt waren, auf sich vereinigen.[194] Seit ihrer Gründung auf dem Hainfelder Einigungsparteitag zur Jahreswende 1888/1889 beruhten die Forderungen der österreichischen Sozialdemokratie auf dem Anspruch, durch die Ergreifung und Umverteilung der vorhandenen Produktionsmittel gerechtere und humanere Lebensbedingungen nicht nur für Lohnarbeiter und -arbeiterinnen, sondern auch „für das gesamte Volk" zu schaffen. Ihr erklärtes Endziel war die Realisierung einer sozialistischen klassenlosen Gesellschaft durch die „Befreiung der Arbeiterklasse" aus der ökonomischen Abhängigkeit der „Kapitalistenklasse".[195] Dem revolutionären Gestus folgend, enthielten ihre Programme auch eine Reihe sozialpolitischer und kultureller Forderungen zum Thema Gleichstellung der Frau, Eherecht, Schule und Religion, die sie in einen schroffen Gegensatz zu Teilen der politischen Gegnerschaft brachten. Im November 1926 brachten die Sozialdemokraten ein neues Programm heraus, in dem der eschatologische Kampf zwischen Bürgertum und Proletariat in erschreckender Deutlichkeit zum Vorschein kam, obwohl Otto Bauer die „Gewalttheorie" ausdrücklich verworfen und den evolutionären Weg der Machtergreifung vorgegeben hatte. In den Augen vieler Bürger und Bauern galten die „Roten" als klassenkämpferisch und kirchenfeindlich, als fanatisierte Exponenten einer „Diktatur des Proletariats". Ihr bewaffneter Arm, der Republikanische Schutzbund, hatte die Verteidigung der Republik und somit der sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse auf seine Fahnen geschrieben. Der kämpferische Stil, die verbalen Drohgebärden der Partei entsprangen allerdings einem Kompromiss, der

---

193 Grundlegendes zum Thema Sozialdemokratie in Österreich: Helene Maimann (Hrsg.), Die ersten 100 Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888–1988 (Wien 1988); Everhard Holtmann, Zwischen Unterdrückung und Befriedung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933–1938 (= Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 1, Wien 1978); Anson Rabinbach, Vom Roten Wien zum Bürgerkrieg (Wien 1989); Manfred Marschalek (Hrsg.), Untergrund und Exil. Österreichs Sozialisten zwischen 1934 und 1945 (=Sozialistische Bibliothek, Abt. 1: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 3, Wien 1990); Robert Hinteregger, Karl Müller, Eduard Staudinger (Hrsg.), Auf dem Weg in die Freiheit (Graz 1984), Kurzzitat: Hinteregger/Müller/Staudinger, Freiheit; Werner Anzenberger, Martin Polaschek, Widerstand für eine Demokratie (Graz 2004).

194 Ernst Glaser, Über die Organisationsstrukturen im sozialdemokratischen Lager. In: Erich Fröschl, Maria Mesner, Helge Zoitl (Hrsg.), Die Bewegung. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich (Wien 1990) S. 395.

195 Prinzipienerklärung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs. In: http://www.marxismus.at/Assets/pdf/hainfeld.pdf, 18.12.2009.

ursprünglich die widerstrebenden Vertreter der radikalen revolutionären und der gemäßigten reformerischen Richtung einigen,[196] gleichzeitig aber den Traum vom „gelobten Land" einer freien klassenlosen Gesellschaft in ihren Anhängern wach halten sollte. Sozialdemokraten grüßten sich gegenseitig stets mit dem Wort „Freundschaft". Das von der Parteiführung offiziell propagierte Image der disziplinierten und vom Idealismus geleiteten Arbeitermassen fiel jedoch am 15. Juli 1927 wie ein Kartenhaus in sich zusammen, als es weder den höchsten Parteiführern noch dem Schutzbund gelungen war, die Tumulte in Wien unter Kontrolle zu bringen. Die politischen Gegner sahen sich in ihren Befürchtungen bestätigt, die Sozialdemokratie züchte in Wahrheit revolutionäre Massen heran, um den Bauern und Bürgern Freiheit, Recht und Eigentum zu rauben.[197]

4.1.1 Die Landesorganisation Steiermark

Die Landesorganisation der Sozialdemokratischen Partei in der Steiermark verfügte über zwölf Bezirksorganisationen, die sich teils nach politischen Bezirken, teils nach Gerichtsbezirken gliederten, sowie über 179 Lokalorganisationen. Das Landesparteisekretariat in Graz beherbergte die Landesbildungsstelle, die Landesstelle für sozialdemokratische Gemeindepolitik, die Landesjugendstelle, das Landessekretariat der freien Arbeitsbauern und das der Sozialistischen Arbeiterjugend. In der obersteirischen Industrieregion befanden sich Bezirkssekretariate in Bruck an der Mur, Eisenerz, Knittelfeld, Leoben und in Mürzzuschlag. In Fohnsdorf, Judenburg und Kapfenberg gab es zusätzliche Lokalsekretariate. Neben den Orts- und Bezirksorganisationen zählten der Republikanische Schutzbund, die Genossenschaftsbewegung, die Frauenbewegung, die sozialistische Arbeiterjugend (Jugendliche von 14 bis 20 Jahren) und der Verein „Freie Schule-Kinderfreunde" (Kinder bis 14 Jahren) zu den Stützpunkten der Partei. Kleinere Vereine wie der Verband der freien Arbeitsbauern und der Verband der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden und Kaufleute zeugen von einem Versuch, in arbeiterfernen Kreisen Fuß zu fassen. Im Jahr 1932 erfolgte auch die Gründung der „Jungfront", eine Zusammenfassung der jungen

196 Bei diesem bereits vor dem Hainfelder Parteitag erzielten Kompromiss ging es um die Einbeziehung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes in das sozialdemokratische Programm, eine Forderung der Gemäßigten, die von den Radikalen, für die der Parlamentarismus eine Form der Klassenherrschaft war, stets abgelehnt worden war. Dementsprechend lautet die Formulierung der Prinzipienerklärung: *Ohne sich über den Wert des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie* [die SDAP, Anm.] *das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.* In: Peter Schöffer, Der Wahlrechtskampf der Österreichischen Sozialdemokratie 1888/1889–1897. Vom Hainfelder Einigungsparteitag bis zur Wahlreform Badenis und zum Einzug der ersten Sozialdemokraten in den Reichsrat (= Studien zur modernen Geschichte 34, Stuttgart 1968) 77–80.

197 Im Kommunistischen Manifest von Marx und Engels hieß es wörtlich: *Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums.* In: http://www.vulture-bookz.de/marx/archive/volltext/Marx-Engels_1848--90~Das_Kommunistische_Manifest.html, 18.12.2009.

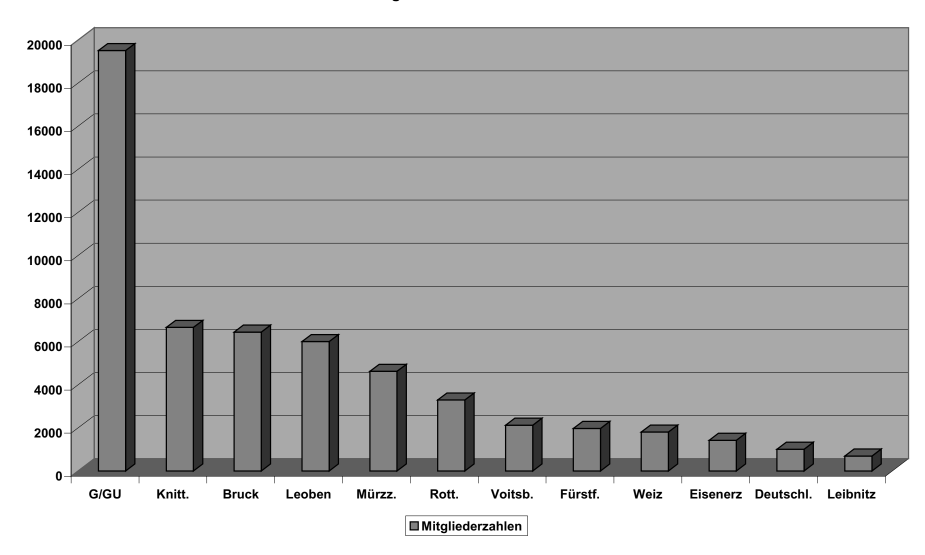


Abbildung 4: Mitglieder der SDAP in der Steiermark 1932.

Parteimitglieder von 20 bis 30 Jahren, der „im vollen Einvernehmen" mit den Lokalorganisationen, die Aufgabe zufiel, „Jungwähler für die Partei zu gewinnen". Mit keinem Wort werden die weiter unten erwähnten Spannungen zwischen der Jugend und den älteren Parteiführern erwähnt. Lediglich von „Kinderkrankheiten", die „überstanden werden müssen", ist hier die Rede.[198] Das folgende Diagramm zeigt die Mitgliederzahl der Bezirksorganisationen im Jahr 1932 und verdeutlicht neben Graz und Umgebung einen zweiten Schwerpunkt in der obersteirischen Industrieregion.

In Leoben wurde die Bildung des „Sozialdemokratischen Vereins für Leoben und Umgebung" am 2. November 1911 von der k.k. Steiermärkischen Statthalterei gemäß §32 des Vereinsgesetzes vom 15. November 1867, RGBl. Nr.134 genehmigt („nicht untersagt"), nachdem die Proponenten, Hans Primus, Rudolf Schlager und Johann Zwanzger, die Statuten des Vereins zusammen mit dem Antrag am 3. Oktober 1911 eingereicht hatten. Die von der Behörde als „politisch" eingestuften Vereine waren verpflichtet, der Behörde ihre Mitglieder anzuzeigen. Der oben genannte Verein mit Sitz in Leoben zählte zur Zeit ihrer Gründung ungefähr 6000 Mitglieder. Seine Auflösung erfolgte per Verordnung BGBl. Nr.78 vom 12. Februar 1934, die jede Betätigung für die Sozialdemokratische Partei untersagte.[199] Im Bezirk Leoben wurden insgesamt 105 sozialdemokratische Vereine aufgelöst. Die Partei hatte in den rund fünfundvierzig Jahren ihres Bestehens getreu dem Motto „von der Wiege bis zur Bahre" ein Netzwerk von Vereinen, Genossenschaften und Gewerkschaften aufgebaut, in

198 Alle Informationen aus: Bericht des Landesparteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Steiermarks an den Landesparteitag für das Jahr 1932 (Graz 1933).

199 StLA L.Reg. Gr.206: Le – 076 (1933).

welchem die sozialdemokratische Arbeiterschaft in allen Lebensbereichen organisiert werden sollte.[200] Gleichsam als Gegenentwurf zu einer vom Kapitalismus beherrschten Gesellschaft, allerdings von einem durchaus bürgerlichen Bildungsideal getragen, entstanden zahlreiche Theater- und Gesangsrunden, Turnvereine, Radfahrer- und Jugendgruppen, Fischerei- und Kleintiervereine in den Bereichen Politik und Wirtschaft, Familie und Freizeit sowie Sport und Volkskultur.[201] Viele Arbeiterfamilien, auch jene, die abseits der größeren Industriezentren in kleineren Orten wie St. Michael, Vordernberg, St. Peter-Freienstein und Niklasdorf lebten, hatten sich von der gemeinschaftlichen und ganzheitlichen Idee des Sozialismus begeistern lassen. Nun verloren sie ihre geistige Heimat; für viele brach damit eine Welt zusammen.

4.1.2 Sozialdemokratische Tätigkeit in der Steiermark bis 1934

Nach dem Ersten Weltkrieg hatten Vertreter der Sozialdemokratie entscheidenden Anteil am Wiederaufbau der Landesverwaltung und der Organisation des parteipolitischen Lebens in der Steiermark. Am 6. November 1918 bestellte die provisorische Landesversammlung den Sozialdemokraten Josef Pongratz neben Anton Rintelen (CSP) zum Landeshauptmannstellvertreter der provisorischen Landesregierung unter Landeshauptmann Wilhelm von Kaan. Als Wirtschaftskommissar fungierte der Sozialdemokrat Arnold Eisler neben Viktor Wutte (CSP) und dem Bauernvertreter Franz Hagenhofer. Hans Resel, gebürtiger Niederösterreicher und Begründer des „Arbeiterwillen“ in Graz, war erster Obmann der Sozialdemokratischen Partei der Steiermark. In den Umsturztagen 1918 gestaltete Resel als Vorstand des Wohlfahrtsausschusses und, gemeinsam mit August Einspinner und Franz Huber, als Militärbevollmächtigter die Geschicke des Landes. Ab 1925 folgte ihm Reinhard Machold als Landesparteiobmann nach. Machold prägte den besonnenen Führungsstil der Partei bis zu ihrem Verbot im Februar 1934 und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg im Mai 1945 zum provisorischen Landeshauptmann der Steiermark bestellt.[202] Nach den Landtagswahlen am 11. Mai 1919 endete die provisorische Zusammenarbeit der drei politischen „Lager“ und unter dem neuen Landeshauptmann Anton Rintelen wurde Josef Pongratz neben Viktor Wutte abermals Landeshauptmannstellvertreter. Pongratz, der gleichzeitig Landesparteivorsitzender der SDAP in der Steiermark war, behielt dieses Amt bis zu seinem Ausscheiden aus der Landesregierung im Jahr 1930.[203] In der III. Landtagsperiode von 1927 bis 1930 stellten die Sozialdemokraten

200 Kriechbaumer, Politische Kultur S. 368: Der Autor zitiert Otto Bauer: *Der Arbeiter wird mit seinem ganzen Sein, keineswegs nur mit seinem politischen und wirtschaftlichen Interesse, von unserer Bewegung erfasst; (…) auch seine Klassenideologie und jede Stufe ihrer Entwicklung muß in der lebendigen Wirklichkeit unserer Bewegung ihren Ausdruck finden.*

201 MC/AL Gemeindearchiv Donawitz, Sch.10, Akten Nr.127–137 (Zl.14so15/2).

202 Heinz Mang, Steiermarks Sozialdemokraten im Sturm der Zeit (Graz 1988), Kurzzitat: Mang, Sturm der Zeit, S. 228–233; 142–147.

203 Mang, Sturm der Zeit, S. 209

21 Abgeordnete zum Landtag, einen Landeshauptmannstellvertreter (Pongratz) und die Landesräte Machold, Oberzaucher und Resel, danach Regner; in der IV. Landtagsperiode von 1930 bis 1934 stellte die SDAP 17 Abgeordnete zum Landtag, Landeshauptmannstellvertreter Machold und die Landesräte Leichin, Oberzaucher und Regner.[204] Auch in Leoben spielten Sozialdemokraten ab der ersten Stunde sowohl im Bezirkswohlfahrtsausschuss als auch in der ersten Stadtregierung eine führende Rolle. Bei den Gemeindewahlen im Juli 1919 errang die SDAP fünfzehn von dreißig Mandaten und stellte mit Bezirkssekretär Hans Primus den Bürgermeister der Stadt Leoben.[205] Auch in den übrigen Industriegemeinden des Bezirkes, wie Donawitz, Niklasdorf, Vordernberg, Eisenerz, Hieflau und St. Michael, errangen die Sozialdemokraten die Mehrheit und stellten den Bürgermeister.[206]

In diese frühe Phase der politischen Kooperation mischten sich jedoch Vorboten kommender Antagonismen: Aus der Sicht der steirischen Christlichsozialen waren die Sozialdemokraten die Urheber des erneut einsetzenden Kulturkampfes. Bereits im Dezember 1918 zitiert das christlichsoziale „Grazer Volksblatt" ein aktuell herausgegebenes Korrespondenzblatt der sozialdemokratischen Parteiorganisation der Steiermark, in dem der offene Kampf um die Trennung von Kirche und Staat als vorrangiges Anliegen bezeichnet wurde, um die „Masse derer, die noch unter dem Einflusse der Pfaffen stehen" für die sozialistische Idee zu gewinnen. Nicht die „heutige demokratische Republik" sei das Endziel, sondern die Errichtung einer sozialistischen Republik.[207] Im Verlauf des Jahres 1919 gewann die Sozialisierungsfrage, eine zentrale Forderung der Sozialdemokratie, an Bedeutung. Auch die Christlichsozialen befürworteten eine Sozialisierung im Sinne des Wirkens des einstigen Wiener Bürgermeisters Karl Lueger, stellten sich jedoch gegen eine „wilde" Übernahme von allen möglichen Betrieben.[208] Als im April 1919 Arbeiter in Donawitz und Seegraben vollendete Tatsachen schufen und sich an den Leiter der Sozialisierungskommission in Wien, Otto Bauer, um die Formalisierung der „Expropriation" wendeten, musste dieser die Aktion auf Grund wirtschaftlicher und politischer Notwendigkeiten abblasen.[209] Als Konsequenz dieser Absage entstand ein erheblicher Vertrauensverlust an der sozialdemokratischen Basis; die misslungene Aktion der obersteirischen Arbeiterschaft rief aber auch Walter Pfrimer, den Begründer der überparteilichen Volksratsbewegung, auf den Plan. Neben anderen steirischen Heimwehrführern schuf er einen antimarxistischen Heimwehrverband gegen die vermeintliche Gefährdung des Gemeinwohls durch die obersteirischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Diese nationalen Verbände sollen bis Juli 1920 eine Stärke von mehr als 21.000 Freiwilligen erreicht haben.[210] Im November 1922 kam Pfrimers Heimwehr im oberen Murtal

---

204 Josef Lipp, Der steiermärkische Landtag. Die Landtagswahlordnungen und die Landtagswahlergebnisse der Steiermark in der 1. Republik (Dipl. Arb., Graz 1991) App. XV–XVII.

205 Die Gemeindewahlen in Leoben. In: Obersteirische Volkszeitung (30.07.1919) S. 2; Rudolf List, Das Leobner Taschenbuch (Leoben/Trofaiach 1963) S. 220.

206 Freudenthaler, „Eisen auf immerdar!", S. 386.

207 Was die steirischen Sozialdemokraten wollen? In: Grazer Volksblatt (1.12.1918) S. 1.

208 Die christlichsoziale Partei und die Sozialisierung. In: Grazer Volksblatt (12.04.1919) S. 1.

209 Pferschy, Steiermark, S. 948; Hinteregger, Arbeiterbewegung, S. 35.

210 Pferschy, Steiermark, S. 949.

zum Einsatz, als anlässlich einer von Arbeitern durchgeführten Waffensuche bei einigen Bauern in Waltersdorf bei Judenburg Unruhen befürchtet wurden.[211] Als Antwort auf die erstarkende Heimwehrbewegung sowie auf die „Entpolitisierung" des Bundesheeres durch Heeresminister Carl Vaugoin (CSP) wurde im April 1923 der Republikanische Schutzbund gegründet; in der Steiermark erfolgte die behördliche Genehmigung der Landesorganisation im Juni desselben Jahres.[212]

4.1.3 Exkurs: Eine explosive Mischung: Rintelen, Pfrimer und Wallisch

Ein weiterer ständiger Streitpunkt im Verhältnis zwischen der christlichsozialen und der sozialdemokratischen Fraktion im Landtag blieb die Person des Landeshauptmannes Anton Rintelen. Eine Reihe undurchsichtiger Machenschaften, wie die „Wetzelsdorfer Banknotenfälschungs"-[213] und die „Steirerbank"-affäre, brachten die Gemüter gegen ihn auf. Schließlich verhinderten die Sozialdemokraten Rintelens Wiederwahl im Oktober 1926 mit den Mitteln der „lärmenden Obstruktion".[214] Ein Dorn im Auge der Sozialisten war Rintelens Rolle als „Schutzpatron" und Förderer der christlichsozialen Heimwehren der mittleren Steiermark, die er unter seinen Adlatus, den späteren Finanzminister Jakob Ahrer, stellte.[215] Möglicherweise hatte Rintelen auch persönliche Gründe für seine betont „antimarxistische" Haltung: Der Landeshauptmann hatte im Mai 1921 die entfesselte Gewalt einer Gruppe von obersteirischen Arbeitern, angeblich Kommunisten, am eigenen Leib zu spüren bekommen, als er bei einer christlichsozialen Tagung in St. Lorenzen im Mürztal aus dem Fenster gestürzt und danach schwer misshandelt wurde.[216] Auf Landesebene bestanden die meisten Konfliktpunkte zwischen den so genannten bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten als Vertreter der Arbeiterschaft, abgesehen von massiven Korruptionsvorwürfen gegen das „System" Rintelens, auf der Ebene des von den Sozialdemokraten propagierten Klassenkampfes. Im Zentrum des sozialde-

---

211 Chronik des BGK Judenburg, Bd.1/1922. Als im November 1922 ernste Unruhen in Waltersdorf bei Judenburg ausbrachen – eine Folge der Verhaftung der Rädelsführer von etwa 200 bewaffneten Arbeitern, die einige Strettweger Bauern bei einer Waffensuche überfallen hatten – wurde der freiwillige „Selbstschutz" des oberen Murtales unter dem Kommando des Barons Prankh als Gendarmerieassistenz eingesetzt.

212 Pferschy, Steiermark, S. 950.

213 Rintelen stand im Verdacht, eine im Jahr 1921 in Wetzelsdorf bei Graz eingerichtete Geldfälschungszentrale gedeckt zu haben, die mit der Finanzierung der ungarischen monarchistischen Bewegung in Verbindung gestanden haben soll. Siehe dazu: StLA Sten. Ber.Stmk.Landtag 1923–1927, 1–73 (41./42.Sitzung 12.2./19.2.1926) S. 989–996;1003–1007.

214 StLA Sten. Ber.Stmk.Landtag 1923–1927, 1–73 (57.Sitzung 15.10.1926) S. 1301: Die Abgeordneten sangen: *Buama seid lustig, die Musik ist schön, wenns noch eine Weile fortgeht, muß der Rintelen gehen. Den Prisching und Ahrer, die sind wir schon los, nur der Rintelen Anton ist noch dubios! (verstärkt durch Sirenen).*

215 Gerhard Pferschy, Über Kräfte und Ideen im politischen Leben der Steiermark während der Ersten Republik. In: Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark (ZdHVSt) 80 (1989), 249.

216 Eine Gewalttat in St. Lorenzen. In: Obersteirische Volkszeitung (10.05.1921) S. 1.

mokratischen Landtagswahlkampfes 1927 standen unter anderem der Mieterschutz, die Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter und die Schul- und Bildungspolitik.[217] Für die Verschärfung des Klassenkampfes machten die Sozialdemokraten die Heimwehrführer, die Hetzarbeit von einigen „Hasardeuren" und „abgetackelten monarchistischen Offizieren", verantwortlich.[218] Machold wörtlich: *Man hat dadurch den kleinen Mann in der Stadt und auf dem Lande das Gruseln beibringen, man hat ihnen einreden wollen, wenn die Sozialdemokraten ans Ruder kommen, dass sie dann mit Gewalt die Macht im Staate erringen werden und deshalb rüsten sie diesen so sagenhaften republikanischen Schutzbund aus.*[219]

Nach dem Juli 1927, als Wallischs „Rätediktatur" und der von der Sozialdemokratie proklamierte Generalstreik durch das ultimative Auftreten Pfrimers beendet wurde, ging es den Vertretern der Sozialdemokratie vor allem darum, den entstandenen politischen Schaden zu begrenzen. Die Republikfeier am 12. November 1927 in Leoben sollte zu einer Demonstration sozialdemokratischer Macht werden. An diesem Tag marschierten etwa 1500 Männer, Frauen und Kinder aus Leoben und Umgebung zur öffentlichen Versammlung auf dem Leobener Hauptplatz, wo sie von weiteren rund 1500 Schaulustigen erwartet wurden. Einleitend hielt Nationalrat Domes eine kämpferische Ansprache von der Republik der Arbeiter, vor der sich das Bürgertum allen Grund habe zu fürchten. Anschließend meldete sich Arbeitersekretär Bleimauer zu Wort: Er gedachte des vor 14 Tagen auf demselben Platz abgehaltenen Heimwehraufmarsches, einer „Provokation des hiesigen Proletariats", und stieß Drohungen in Richtung der Heimwehr-Doppelführung Pfrimer und Steidle aus, die den „Marsch auf Wien" angekündigt hatten.[220] Die großen Töne konnten jedoch kaum über die aktuelle Situation hinwegtäuschen. Realiter gelang es den steirischen Sozialdemokraten weder die gerichtliche Auslieferung Wallischs zu verhindern, noch dem „Ruck nach Rechts" Einhalt zu gebieten. Auf der Erfolgswelle schwimmend, gründeten heimwehrnahe Donawitzer Betriebsangestellte die „Unabhängige Gewerkschaft" im Jänner 1928. Offiziell hieß es, die UG sei ins Leben gerufen worden, um jene Arbeiter, die dem „Rufe des Heimatschutzes" gefolgt seien, vor dem „marxistischen Klassenkampf" zu schützen. Aber in Wirklichkeit ging es darum, die Macht der Sozialistischen Freien Gewerkschaften – und im geringeren Maß auch der Christlichsozialen Gewerkschaft – zu brechen.[221] In der Folge ging die Zahl der Stimmen für die freigewerkschaftliche Liste, beispielsweise bei den Betriebsratswahlen des steirischen Erzberges und des Donawitzer Hüttenwerkes, ab 1929 kontinuierlich zurück, bis schließlich im Mai 1931 keine freigewerkschaftliche Liste mehr kandidieren konnte.[222] Verschärfend auf die

217 StLA Sten. Ber. Stmk.Landtag 1927–1930, 1–61 (1. Sitzung 21.5.1927) S. 2–7.
218 StLA Sten. Ber. Stmk.Landtag 1927–1930, 1–61 (9. Sitzung 17./18.11.1927) S. 173.
219 StLA Sten. Ber. Stmk.Landtag 1927–1930, 1–61 (1. Sitzung 21.5.1927) S. 2–7.
220 StLA BH Leoben Gr.14: K.16 (LGK E.Nr.4229 „Republikfeier in Leoben", 12.11.1927).
221 Die Entwicklung der Unabhängigen Gewerkschaft. In: Heimatschutz in Österreich (Wien 1934) S. 299–306; ÖHJ 1933, S. 66 (gibt die Gründung der UG in Leoben mit 21. Mai 1928 an); StLA L.Reg. Gr.206: Le-152 (1935) „Unabhängige Gewerkschaft": Laut Aktenstück 143449-9 wurde die Bildung des Vereins „Unabhängige Gewerkschaft" mit Sitz in Leoben erst am 19. Juli 1928 per Erlass des BKA genehmigt. Siehe auch Anm. 388.
222 Hinteregger, Arbeiterbewegung, S. 60.

innerparteilichen Gegensätze wirkte das im April 1930 vom Nationalrat beschlossene „Anti-Terror-Gesetz" („zum Schutz der Arbeits- und Versammlungsfreiheit"), das gegen den von den freien Gewerkschaften angeblich ausgeübten Beitrittszwang gerichtet war.[223] Nach den Landtagswahlen im November 1930 hielten zwei neue Fraktionen Einzug in den Landtag: Der „Schoberblock" (Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund) und der Heimatblock mit 8 beziehungsweise 6 Mandaten. Bereits im Sommer 1930 hatte die Intervention Rintelens auf Bundesebene zugunsten des aus Österreich ausgewiesenen „spiritus rector" der Heimwehr, Major Waldemar Pabst, eine Welle der Empörung seitens der Sozialdemokraten ausgelöst.

Ab 1931 begann eine Phase der scharfen Auseinandersetzungen zwischen sozialdemokratischen Abgeordneten und jenen, die auf Seite der Wirtschaftstreibenden standen. Bei diesen Konflikten handelte es sich zumeist um die wirtschaftliche Not der Arbeiterschaft, die nach Meinung der Sozialdemokraten durch die „Beschäftigungspolitik" der ÖAMG (Österreichisch-Alpine Montangesellschaft), des größten steirischen Arbeitgebers, unendlich verschärft worden war. Ihr Resolutionsantrag auf Unterstützung eines Bundesgesetzes, wonach eine Betriebsschließung oder -stilllegung behördlich genehmigt werden müsse, um so die Massenarbeitslosigkeit hintanzuhalten, wurde von den Heimatblockabgeordneten als „sozialdemokratische Demagogie" gebrandmarkt und mehrheitlich abgelehnt.[224] In der akuten Phase der Wirtschaftskrise begann sich die grassierende Arbeitslosigkeit auch in den Reihen der sozialdemokratischen Partei konkret auszuwirken. Gegenüber 1931 war trotz allen Bemühens engagierter Parteifunktionäre ein Verlust von rund 900 Mitgliedern zu verzeichnen. Der weiter oben zitierte Bericht[225] über das Arbeitsjahr 1932 beklagt einleitend die furchtbare Geißel der Arbeitslosigkeit und die unbeschreibliche Not der Betroffenen. In vielen, vor allem sozialdemokratischen Gemeinden sei es trotz der tristen Finanzlage gelungen, durch Fürsorgeeinrichtungen und Ausspeisungen die Not ein wenig zu lindern. Auch die politische Situation sei schwieriger geworden, wobei die reaktionäre Gefahr der faschistischen Heimwehrformationen durch die „braune Pest" noch vergrößert werde. Im Interesse des ideologischen Kampfes lag der Parteiführung die Sicherung des Bestandes und Verbreitung der Zeitung besonders am Herzen: Viele Parteigenossen konnten sich den „Arbeiterwillen", der als wichtigste propagandistische Waffe der Arbeiterklasse galt, nicht mehr leisten. Vor allem die Jugend hatte unter der Wirtschaftskrise schwer zu leiden: Laut diesem Bericht waren in fast allen steirischen Ortsgruppen 80 bis 90 Prozent der Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend bereits arbeitslos. Selbst aus der allgemeinen Empörung über den versuchten Staatsstreich Pfrimers vom 13. September 1931 konnten die Sozialdemokraten nur kurzfristig politisches Kleingeld gewinnen. In

223 Karl Stubenvoll, Zur Genesis und Funktion des „Antiterrorgesetzes" vom 5. April 1930. In: Helmut Konrad, Wolfgang Maderthaner (Hrsg.), Neuere Studien zur Arbeitergeschichte. Zum 25-jährigen Bestehen des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung Bd.1 (=Materialien zur Arbeiterbewegung 35, Wien 1984) 238.

224 StLA Sten. Ber. Stmk.Landtag 1931–1934, 1–65 (5.Sitzung 03.01.1931) S. 86–93.

225 Bericht des Landesparteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Steiermarks an den Landesparteitag für das Jahr 1932 (Graz 1933).

der Steiermark jedenfalls schien der Steirische Heimatschutz die besseren Karten zu haben: Bald schlug den Heimwehrführern vielerorts eine Welle der Sympathie entgegen und die aus der Haft Entlassenen wurden in ihren Heimatgemeinden mit „großem Bahnhof" empfangen.[226]

Im Jahr 1932 erreichten die finanziellen Schwierigkeiten des Landes trotz verschiedener Sparmaßnahmen im Verwaltungsbereich einen neuen Tiefpunkt. Die Sozialdemokraten stellten sich gegen das Ansinnen des „bürgerlichen Referenten", die Mietparteien durch neue Steuern zu belasten. Stattdessen forderten sie die Streichung oder die Herabsetzung des „Hausherrengroschens", was freilich am Widerstand der bürgerlichen Vertreter scheiterte. Schließlich wurde ein Budgetprovisorium erstellt, da nach mehrwöchigen zähen Verhandlungen keine Einigung im Finanzausschuss erzielt werden konnte. Als Hilfsmaßnahme für Notleidende wurde die von der Regierung ins Leben gerufene Aktion „Winterhilfe" von der sozialdemokratischen Fraktion zwar grundsätzlich begrüßt, ihre Wirkung jedoch als unzulänglich und einseitig kritisiert: Dank der unzureichenden Subventionen des Bundes sei die Winterhilfe eine unzumutbare Last für die ohnehin „ausgebluteten" Gemeinden geworden. Um dem Grundübel der Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen, schlugen die sozialdemokratischen Abgeordneten eine Reihe von Maßnahmen vor: Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Körperschaften, vor allem durch Unterstützung der Bundesregierung; eine Verlängerung der Schulzeit bis zum vollendeten 15. Lebensjahr sowie die Einführung von Werkskursen für arbeitslose Jugendliche. Diese Maßnahmen waren jedoch nach Monaten noch immer nicht realisiert worden. Die sozialdemokratische Fraktion sei immer bestrebt, soziale Politik zu betreiben, heißt es im Parteibericht, doch sie könne sich kaum gegen die gegnerische Mehrheit im Landtag durchsetzen. Überhaupt erschwere die gespannte politische Lage jegliche gedeihliche Zusammenarbeit in beiden Gremien, resümiert der Verfasser; schuld daran sei die Landesverwaltung, die sich „zu wiederholten Malen in Widerspruch zu Gesetz und Verfassung gestellt hat". Gemeint ist unter anderem das „Kuriosum", dass Landeshauptmann Rintelen nach seiner Ernennung zum Unterrichtsminister alle seine Landesfunktionen beibehalten durfte und somit eine doppelte Machtposition innehatte.[227]

4.1.4 Der Republikanische Schutzbund in den Bezirken Bruck an der Mur und Leoben

Doch nicht nur auf Landesebene, sondern auch parteiintern zogen dunkle Wolken auf. Laut einem Bericht des Landesgendarmeriekommandos (LGK) war es bereits

226 Beispielsweise in Judenburg. Dort wurde der aus der Haft entlassene Apotheker Dr. Friedrich Odelga am 17.Oktober 1931 von Sympathisanten feierlich empfangen, von der „anwesenden Jugend" allerdings mit „Pfui"-Rufen geschmäht. Der Gemeinderat hatte zuvor den Putsch scharf verurteilt: StLA ZGS (BKA) K.77/4 BGK Judenburg/E.Nr.701 (19.10.1931).

227 Bericht des Landesparteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Steiermarks an den Landesparteitag für das Jahr 1932 (Graz 1933) S. 16–20.

im Frühjahr 1932 zu erheblichen Spannungen innerhalb der Partei gekommen: Die Jungsozialisten und der Republikanische Schutzbund („Resch“) in Leoben machten maßgebliche Vertreter der Partei, Nationalrat Hartmann und den Leobener Arbeitersekretär Schlager, für die „Wahlschlappe“ der SDAP bei den Gemeinderatswahlen im April 1932 verantwortlich.[228] Sie seien „zu gemäßigt“ und „in jeder Hinsicht Bremser“ der revolutionären Bestrebungen. Die radikalen Wortführer verlangten die Absetzung der genannten Arbeitervertreter und ihre Unterstellung unter Koloman Wallisch. Doch auch dieser blieb nicht von scharfer Kritik verschont. Bei einer Mitgliederbesprechung des Schutzbundes soll Wallisch von Unzufriedenen, die sich nicht länger „an der Nase herumführen“ lassen wollten, ausgepfiffen und zum Auszug gezwungen worden sein. Dies sei das Ergebnis einer Intrige des Brucker Arbeitersekretärs und Schutzbundkommandanten Hermann Lackner, so der Konfident, der auch unter der Jugend „Propaganda“ gegen Wallisch mache, um ihn zu „verdrängen“ und sich selbst an seine Stelle als Bezirkssekretär zu setzen. Um den Konflikt zu beenden, habe die Parteileitung Wallisch die Stelle als Landesparteisekretär in Aussicht gestellt, und dieser sei nicht abgeneigt, hieß es, die Berufung nach Graz anzunehmen.[229] In den Erinnerungen Lackners ist jedoch nirgends von irgendwelchen Reibereien mit Wallisch, sondern lediglich von den positiven Aspekten der Zusammenarbeit die Rede. Fest steht, dass Lackner das ab November 1933 vakant gewordene Brucker Bezirkssekretariat von seinem vermeintlichen Kontrahenten Wallisch übernahm.[230]

In ihren in den Jahren 1932 und 1933 gemachten „Wahrnehmungen“ berichtet die steiermärkische Landesbehörde laufend von massiven Aufrüstungen des Republikanischen Schutzbundes, dessen Organisation und Ausstattung der aktuellen Situation angepasst werden sollten. Nach dem gescheiterten Heimatschutz-Putsch vom September 1931 bereitete sich der „Resch“ auf die akute Gefahr eines neuerlichen gegnerischen Schlages vor.[231] Das aus Wien gelieferte und von der

228 Bericht des Landesparteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Steiermarks an den Landesparteitag für das Jahr 1932 (Graz 1933) S. 13–14: Von 5144 Mandaten in 470 Gemeinden (in den übrigen 548 wurde ein gemeinsamer Wahlvorschlag überreicht) gewann die SDAP 1348, d. i. ein Verlust von 58 Mandaten gegenüber 1928. Hingegen konnte die SDAP die von ihr besetzten Bürgermeisterposten von 72 auf 74 erhöhen. Die Sozialdemokraten beschuldigten die Kommunisten, ihre 21 Mandate auf Kosten der Arbeiterklasse, als „Helfershelfer der Bürgerlichen“, gewonnen zu haben.

229 StLA L.Reg. Gr.384: Schu 2 (1932).

230 Koloman Wallisch, 50 Jahre „12. Februar 1934“. Zur Erinnerung an die Ereignisse des Februar 1934 im Bezirk Bruck/Mur, hrsg. SPÖ Bezirksorganisation Bruck/Mur (Bruck/Mur 1984) S. 20–22; 70–73.

231 Bei einem Treffen der Heimatschutzführer in Leoben sollen bereits im Oktober 1931 konkrete Pläne für einen zweiten Putsch geschmiedet worden sein. Ende November ließ Bundesführer Starhemberg privat durchblicken, „er bereite mit einigen Bundesheergenerälen einen neuen Putsch vor, um eine reine Heimwehrregierung zu etablieren“; siehe: Pauley, Hahnenschwanz, S. 132; 135. Anfang April 1933 behauptete ein Vertrauensmann der Gendarmerie aus Leoben, der Schutzbund habe konkrete Nachricht erhalten, dass Starhemberg einen Plan habe, Wien und die Provinz gleichzeitig zu erobern. Mit seinem Angriff würde Starhemberg der Bundesleitung des „Resch“ den größten Gefallen tun, denn sie sei fest davon überzeugt, dass Starhemberg in Wien scheitern und somit seinen Untergang selbst herbeiführen werde: StLA L.Reg. Gr.384: Schu 2 (1932).



Abbildung 5: Koloman Wallisch (Mitte in heller Jacke) und Funktionäre des 1923 gegründeten Republikanischen Schutzbundes Bruck an der Mur.

Arbeiterkammer vorfinanzierte Ausrüstungsmaterial war in größeren Depots in Graz, Bruck, Leoben und Knittelfeld gebracht worden. Spezielle Stoßtruppen, so genannte Alarmzüge und -kompanien, sollten für den Ernstfall flächendeckend aufgestellt und, zusätzlich zu den üblichen Schusswaffen, mit Flammenwerfern und Handgranaten ausgerüstet werden. Auch die Werbeaktionen trugen bald Früchte: In Leoben und Umgebung konnte der neu aufgestellte „Jugendschutzbund“ innerhalb kurzer Zeit 400 Mann rekrutieren. Beinahe alle Ortsgruppen des „Resch“ im Bezirk verzeichneten starke Zuwächse. Steiermarkweit rechnete man mit der Mobilisierung von etwa 15.000 Mann und 5000 zusätzlichen Arbeitslosen. Zur Verstärkung des Landesaufgebots war die Entsendung von 10.000 Mann aus Wien vorgesehen. In Bruck an der Mur wurde ein „Führerkurs“ für Ordner des „Resch“ auch aus dem Gebiet um Leoben und Donawitz eingerichtet, während Frauen für Hilfs- und Sanitätsdienste ausgebildet werden sollten, um die Kampffront des „Resch“ freizuhalten. Mit dem Erstarken des Republikanischen Schutzbundes konnten Umstrukturierungen vorgenommen werden. Die Kreisführung des „Resch“, die dem militärischen Kommando des Kreisleiters Dr. Köhler in Leoben unterstand, ordnete eine entsprechende Änderung der bisher bestehenden taktischen Defensiv- und Offensivmaßnahmen an. Im Mittelpunkt der Alarmpläne stand die Verstärkung des Einsatzgebietes in der Umgebung von Leoben durch den Eisenerzer Schutzbund, der nun über mehr als 500 Mann verfügte. Durch

den Anschluss von Kommunisten und Arbeitslosen erwartete man einen Gesamtstand von etwa 1500 Mann. Die Eisenerzer Ortsgruppe sollte also künftig nicht nach Norden in Richtung Selzthal abgehen, sondern nach Leoben vorstoßen, während im Raum von St. Michael Einsatzkräfte für die Industriezentren im oberen Murtal zur Verfügung standen. Ziel dieses neuen Masterplans war es, vermehrte Kräfte ins Kerngebiet der Industrieregion zu schleusen, um nicht nur Bruck an der Mur, sondern auch die Stadt Leoben zu halten. Diese fieberhaften Aktivitäten des Schutzbundes richteten sich bekanntlich gegen einen neuerlichen Putsch des Steirischen Heimatschutzes.

Nach dem Austritt Walter Pfrimers aus dem Heimatschutz Anfang Mai 1932 und dem Führungswirrwarr auf oberster Heimwehr-Ebene ergab sich jedoch eine völlig andere Lage. Auch der Vormarsch der NSDAP bei den Gemeinderatswahlen im April hatte die politische Landschaft der Obersteiermark verändert. Angeblich forderten die Sozialisten sofortige Neuwahlen, um nicht weitere Wählerstimmen zugunsten der NSDAP zu verlieren. Nun wurden die Nationalsozialisten, nicht der durch Führerstreitigkeiten und Geldmangel geschwächte Heimatschutz, von den Sozialisten als politischer Hauptgegner betrachtet. Zu dieser Zeit drohte seitens der NSDAP weniger die Gefahr eines Putsches, sondern vielmehr eine Erstarkung der antimarxistischen Kräfte in Österreich, wobei vor allem der gewagte Aktionismus und das forsche Auftreten der Nationalsozialisten einen ungeheuren Reiz auf immer mehr Jugendliche ausübten. Wenige Monate später, im Herbst 1932, gab es bereits deutliche Indizien dafür, dass sich die radikalen Mitglieder der „Jungfront" von der älteren disziplinierten Garde trennen und die Führung des Schutzbundes an sich reißen wollten. Von einem lokalen Zusammengehen mit den Kommunisten war bald die Rede. Ende Dezember wurde eine erweiterte Kreisleitungssitzung des „Resch" in Bruck an der Mur abgehalten. Themenschwerpunkt war die Vorgehensweise des Schutzbundes im Fall eines Putsches oder einer „gewaltsamen Ergreifung der Diktatur" durch das Bürgertum. Für die Verteidigung Wiens standen angeblich 40.000 bestens ausgebildete und ausgerüstete Männer sowie ein geschätztes Viertel der Bundespolizei zur Verfügung. In der Steiermark, so der Informant, hätte der „Resch" die geringste Zahl von Anhängern bei der gesamten Exekutive zu verzeichnen. Zur obersten Priorität des steirischen „Resch" war die sofortige Sicherung der im Hochschwabgebiet befindlichen Hochquellen, die Wien mit Wasser versorgten, erklärt worden. Nach der raschen Eroberung Wiens beabsichtigte man freigewordene Kräfte zur endgültigen Übernahme der „Provinz" zu verwenden Die Behörden berichten von einem österreichweiten Mannschaftsstand von mehr als 78.000 Mann des Republikanischen Schutzbundes gegenüber 32.000 Exekutivkräften des Bundes. Der „Resch" traf offenbar nicht nur vorbeugende Maßnahmen gegen einen vom Bundesführer Starhemberg angedrohten Heimwehr-Putsches, sondern plante im Anlassfall selbst in die Offensive zu gehen. Doch selbst nach dem 15. März, als der Nationalrat von der Regierung Dollfuß am Zusammentreten gehindert worden war, geschah nichts dergleichen. Lediglich in den Bezirken Bruck an der Mur und Leoben war es zu einer „lebhafteren Tätigkeit" gekommen. In Leoben

hatten sich die Jungsozialisten über die Führer des „Resch“ empört und sogar zum „Losschlagen“ gedrängt.[232]

Schon gegen Ende 1932 hatte man Wind vom bevorstehenden Ende des Schutzbundes bekommen: Staatssekretär Emil Fey soll bereits Weisungen für die Auflösung der Formation vorbereitet haben. Einige Tage vor der tatsächlichen Auflösung des Republikanischen Schutzbundes, die am 31. März 1933 erfolgte, sollen die Ortsgruppen die Order erhalten haben, Schriftenmaterial zu verbrennen, Waffenbestände zu verbergen und Parteigelder abzuführen. Letztere, hieß es, hatte man rechtzeitig auf Konten in der Schweiz deponiert; für beschlagnahmte Bewaffnung kam „stets reichlicher Ersatz“ aus der Tschechoslowakei herein. Nach der Auflösung des „Resch“ fanden einige als Mitgliederversammlungen getarnte Besprechungen noch im Kinderheim Tollinggraben und im „Alten Bahnhof“ in Donawitz statt. Die Leobener Arbeiterkammer, wo man das größte Waffendepot des Schutzbundes vermutete, hatte ihre Ausrüstungsbestände bereits vor den groß angelegten Waffensuchen der Behörde im März 1933 an dezentralisierte Stützpunkte wie die Judendorfer Arbeiterbäckerei, den Leobener Kinderfreundesaal und die Donawitzer Hauptschule verteilt. Auch in einigen Gasthäusern und Wirtschaftsgebäuden in der Umgebung von Leoben und Göss befanden sich Geheimdepots. Maschinengewehre wurden beispielsweise in ihre Einzelteile verlegt und von den zuständigen Männern außer Haus versteckt.[233] Anfang April 1933 berichtete das LGK rückblickend, dass der „Resch“ auf Grund der Maßnahmen Adolf Hitlers gegen die Bruderpartei und des „Reichsbanners“ in Deutschland vielfach „deprimiert“ und „tief bestürzt“ sei. Letztlich sei die Auflösung des Schutzbundes nirgends auf ernsthaften Widerstand[234] gestoßen, heißt es im Bericht lapidar. Die „Bremser“ in der Wiener Führung behielten nach wie vor die Oberhand. Ihr sehnlichster Wunsch war es, einen Putsch der bürgerlichen Opposition niederzuschlagen, um selbst die Staatsmacht zu ergreifen.[235]

Die Behörden ließen sich freilich nicht von dem ruhigen Verhalten des verbotenen Republikanischen Schutzbundes täuschen: Sie wussten, dass der „Resch“ noch voll einsatzfähig war und einen Großteil der Waffen an ausgesuchten Stellen versteckt hielt, um damit zum gegebenen Zeitpunkt zuzuschlagen. Im September 1933 berichtete das LGK von einer intensiven „Wühltätigkeit“ der Sozialdemokratie und einer unerlaubten Fortsetzung des verbotenen Schutzbundes, dessen Aktivitäten hauptsächlich in Eggenberg bei Graz von Brigadehauptmann Alois Rosenwirth sowie in

232 StLA ZGS (BKA) K.80/7: LGK E.Nr.67 res (10.4.1933) „Bericht über die Tätigkeit des Resch im März 1933“.

233 StLA L.Reg. Gr.384: Schu 2 (1932).

234 In Knittelfeld kam es am 2. April 1933 doch zu Ausschreitungen. Laut Bericht des LGK versammelte sich eine etwa 1000-köpfige Menschenmenge, darunter etwa 250 mit Uniformblusen bekleidete „Schutzbündler“, auf dem Viktor-Adler-Platz. Der Bezirkshauptmann von Judenburg, Dr. Michl, forderte vorbeugend eine Halbkompanie des Bundesheeres an, die letztendlich auch eingesetzt wurde, weil die Menschen trotz mehrmaliger Aufforderung des Bezirkshauptmannes den Platz nicht verließen und weiterdemonstrierten: StLA ZGS (BKA) K.80/7: GPK Knittelfeld E.Nr.3041 (2.4.1933).

235 StLA ZGS (BKA)K.80/7: LGK E.Nr.67 res (10.4.1933) „Bericht über die Tätigkeit des Resch im März 1933“.

der Umgebung von Bruck und Leoben von Koloman Wallisch „geschürt und geleitet" wurden. Bei Hausdurchsuchungen in Eggenberg fielen aufschlussreiche Informationen über die Untergrundtätigkeit des Schutzbundes in die Hand der Behörde. Demnach war es sofort nach Auflösung des „Resch" zu einer Neuordnung, zunächst als Parteiordner, dann als „P.A." (Propagandaabteilung) gekommen. Die Zugehörigkeit der „alten" Mitglieder zur neuen Organisation wurde durch ein ausgeklügeltes Abonnentensystem für das Parteiblatt „Der Pfeil" aufrechterhalten.[236] Im Jänner 1934 meldete das Gendarmeriepostenkommando Bruck an der Mur dem Sicherheitsdirektor, dass die radikalen Sozialisten den Entschluss zum baldigen „Umsturz" gefasst haben sollen. Die von ihnen „hinter dem Rücken ihrer Führer" ausgearbeiteten Pläne seien so gut wie fertig. Ausgangspunkt des Aufstandes sollte die Brucker Gendarmeriekaserne sein, die „in die Luft gesprengt" werden sollte, um die darin befindlichen Gendarmen „unschädlich zu machen". Mit den eigenen Leuten wollte man ebenso wenig zimperlich umgehen:

> *Alle dem Arbeiterstande angehörigen wehrfähigen Männer werden von den Terrorgruppen, die dazu bestimmt sind, aus ihren Wohnungen geholt, um am Umsturze mitzuwirken. Der sich aber weigern sollte, ist sogleich zu erschiessen. Die Arbeiterschaft sei bereit, jeden Moment loszuschlagen. Nur werde noch das Ergebnis der gegenwärtig geführten Verhandlungen abgewartet und wenn dies wiederum ergebnislos sein wird, dann wird losgeschlagen werden.*[237]

4.1.5 Das Verbot der Partei und dessen unmittelbare Folgen

Die durch die Regierung Dollfuß ab März 1933 betriebene Demontage der demokratischen Einrichtungen auf Bundesebene hatte keine sofortigen Auswirkungen auf die Landesparlamente und -regierungen. Auch in der Steiermark arbeiteten Landtag und Landesregierung weiter bis zum Tag des Erlasses der neuen, ständischen Landesverfassung am 31. Oktober 1934.[238] Zuvor war der Landtag jedoch bereits in einem Zeitraum von etwa neun Monaten, zwischen Mai 1933 und Februar 1934, praktisch „ausgehungert" worden. In dieser Zeit fielen die KPÖ, die NSDAP und der mit ihr verbündete Steirische Heimatschutz sowie die SDAPÖ dem jeweiligen Verbot der Regierung zum Opfer. Sämtliche Mandate der verbotenen KPÖ[239] und NSDAP, sowie jene des Heimatblocks wurden im Landtag, auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten, am 29. Juli 1933 per Verfassungsgesetz ruhend gestellt. Ein Abgeordneter

---

236 StLA ZGS (BKA)K.81/8 (Fol.603–612): Bericht d. LGK v.19.9.1933.

237 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1222–1253): Lagebericht V/Jänner 1934.

238 Karner, Steiermark, S. 156.

239 Im Unterschied zu der NSDAP und zum Heimatschutz, denen sowohl politische Betätigung als auch Bildung von Parteiorganisation verboten waren, wurde der KPÖ lediglich „jede Betätigung" untersagt: BGBl 200/1933/63/526 (30.5.1933) http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?aid=bgb&datum=19330004&seite=00000526, 18.12.2009; BGBl 240/1933/74/569 (20.6.1933) http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?aid=bgb&datum=19330004&seite=00000569, 18.12.2009.

meinte, es ginge der Todesengel in den Reihen des „sterbenden" Landtages um.[240] Dieses Gesetz schloss sämtliche den verbotenen Parteien zugehörigen Vertreter aus anderen Vertretungskörpern, Behörden und Körperschaften, wie dem Bundesrat, Gemeindevertretungen und Schulräten, ebenfalls aus.[241] In weiterer Folge wurde ein Antrag des Landbundes angenommen, wonach der Landeshauptmann beauftragt werden sollte, in jenen Gemeinden, in denen die Mehrheitsverhältnisse durch das Verbot grundlegend verschoben wurden, die Gemeindevertretungen aufzulösen und Regierungskommissäre einzusetzen.[242] Dies geschah dann auch in Leoben am 11. August 1933: An diesem Tag übernahm Dr. Eugen Netoliczka-Baldershofen, dem 5 Beiräte beigegeben wurden, als Regierungskommissär die Gemeindegeschäfte. Nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei am 12. Februar 1934 schieden die beiden sozialdemokratischen Beiräte aus.[243]

Nach seinem Besuch bei Mussolini im August 1933 ging Dollfuß daran, den vom italienischen Duce geforderten antidemokratischen Weg konsequent zu verwirklichen. Im September rief Dollfuß den kommenden Ständestaat aus und bildete die Regierung durch einen radikalen Austausch der Parteienvertreter um. Mit dem Ausbau der bereits im Mai erschaffenen Vaterländischen Front sollten alle politischen Parteien bald der Vergangenheit angehören.[244] Aus diesem Anlass beriefen die sozialdemokratischen Bezirksfunktionäre und die Eisenbahnervertreter von Bruck an der Mur eine Reihe von Versammlungen unter der Leitung Wallischs ein, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Prominentester Gast des Brucker Abgeordneten war Dr. Karl Renner, der in einem Referat über die politische Lage Österreichs die steirischen Sozialdemokraten mahnte, „die Gewehre zu schultern".[245] Bei einer Konferenz Anfang Oktober fassten die sozialdemokratischen Eisenbahner den Beschluss, den Erlass Vaugoins, der Vaterländischen Front geschlossen beizutreten, zu boykottieren. Ferner wurde zum aktiven Widerstand gegen eventuelle Disziplinarmaßnahmen der Eisenbahnverwaltung aufgerufen; zumindest in Bruck an der Mur sollte gestreikt werden. Laut Konfidentenbericht rechneten die sozialdemokratischen Vertrauensleute mit der Solidarität von etwa 75 Prozent der Brucker Bevölkerung sowie mit zusätzlicher Unterstützung von den Eisenbahnern der verbotenen NSDAP und des Steirischen Heimatschutzes, die wohl beschlossen hatten, die Beitrittslisten zu unterfertigen, aber drohten, sich an der Regierung „bitter (zu) rächen". So kam es zu einem Schulterschluss zwischen dem Leiter der obersteirischen sozialdemokratischen Eisenbahner und den Leitern der nationalsozialistischen Eisenbahner und des Steirischen Heimatschutzes, die sich „für den Fall, dass die Regierung Maßnahmen trifft"

240 StLA Sten. Ber.Stmk.Landtag 1931–1934, 1–65 (57.Sitzung 26.2.1934) S. 960.
241 Karner, Steiermark S. 149; S. 156.
242 StLA Sten. Ber.Stmk.Landtag 1931–1934, 1–65 (50.Sitzung 29./30.7.1933) S. 874–875.
243 Freudenthaler, „Eisen auf immerdar!" S. 396.
244 Goldinger/Binder, Österreich S. 208–210.
245 StLA ZGS (BKA) K.82/9 (Fol.1215–1219). Gerade Renner wollte aber einen Kampf verhindern. Seine Worte waren bloße Lippenbekenntnisse, um die aufgebrachte Arbeiterschaft zu beruhigen: Zu diesem Zeitpunkt stand er bereits in Verhandlungen mit den Vertretern der demokratischgesinnten Christlichsozialen Niederösterreichs, um eine Beilegung der Krise herbeizuführen: Kriechbaumer, Politische Kultur, S. 367–377.

auf ein gemeinsames Vorgehen im obersteirischen Industriegebiet und im weststeirischen Kohlenrevier einigten. Die Annahme des Gewährsmannes der Gendarmerie, die Aktion sei von Verbindungsleuten des Heimatschutzes – von Sprechern der Industrie der Obersteiermark – eingefädelt worden, scheint die Rolle der ÖAMG als verlängerter Arm der Interessen Nazi-Deutschlands zu bestätigen.[246] Die gemeinsame Abwehrfront scheint jedoch keine unmittelbaren Konsequenzen gezeitigt zu haben. Die Organisation der VF war im Herbst 1933 zu wenig ausgereift, die Führung noch zu schwach, um den politischen Willen des Kanzlers bei diversen widerstrebenden Gruppen, nicht nur den sozialdemokratischen Eisenbahnern, durchzusetzen. Erst nach dem Verbot der sozialdemokratischen Partei gelang es dem neuen Führer der VF, Karl Maria Stepan, Beamte des öffentlichen Dienstes in der „Zivilfront" der VF einheitlich zu organisieren.[247]

Die Niederschlagung des Schutzbundaufstandes im Februar 1934, die Hinrichtung von Stanek und Wallisch sowie die Zerschlagung der Organisation versetzte die Sozialdemokratie zunächst in einen Schockzustand. Es folgten zahlreiche Verhaftungen und Hausdurchsuchungen. Das LGK berichtet von 150 Festnahmen allein im März und 106 Überstellungen in das Anhaltelager Messendorf bei Graz. Auch die hohen Parteifunktionäre Reinhard Machold, Engelbert Rückl und Ludwig Oberzaucher wurden verhaftet, jedoch wegen Mangels an Beweisen, an der „Empörung" aktiv teilgenommen zu haben, schließlich freigesprochen. Mancherorts wurden die Verhaftungen nicht widerstandslos hingenommen: Vor dem Knittelfelder Bezirksgericht beispielsweise, wo 70 „Schutzbündler" in Haft saßen, marschierten etwa hundert Frauen aus der Umgebung auf und verlangten schreiend die Freilassung der Männer. Die Exekutive räumte anschließend den Platz und verhaftete einige „Unfolgsame", die in das Gebäude eingedrungen waren. Rasche Hilfe erfuhren die Familien der Verhafteten und Getöteten durch Helfer und Helferinnen der Organisation der englischen Quäker („Society of Friends"), die Geld- und Lebensmittelspenden direkt vor Ort verteilten. Inzwischen war das Grab Wallischs am Leobener Zentralfriedhof zu einer regelrechten Pilgerstätte geworden. Die Exekutivorgane hatten alle Mühe, täglich die nächtens gebrachten Blumen, Kerzen und Botschaften zu entfernen. Zu Ostern musste sogar der Friedhof abgeriegelt werden, da eine Demonstration der Arbeiterschaft befürchtet wurde.

Auch im Untergrund ging der Kampf gegen die Regierung Dollfuß weiter: Bereits im April und Mai 1934 meldete das LGK eine „regere Bewegung" unter den radikalen obersteirischen Sozialdemokraten, die eine „gemeinsame Kampffront" mit den Kommunisten vorbereiteten. Man schätzte, ein kleinerer Teil der Arbeiterschaft sei zur NSDAP übergegangen, während der Großteil noch fest zur verbotenen Partei halte, in der Hoffnung, sie werde wieder aufleben. In der Industrieregion wurden vielerorts rote Fahnen gehisst, das Dreipfeile-Symbol aufgemalt und „gehässige" Propaganda gegen die Regierung verbreitet. Ein Flugblatt der „Revolutionären Sozialisten" mahnte zum Gedenken an die toten Genossen und rief das Proletariat zum unversöhnlichen Kampf gegen die

246 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol. 654–655).
247 Kriechbaumer, Politische Kultur, S. 612–616.

„christlichfaschistische“ Regierung auf.[248] In einem Interview bestätigte der Leobener Sozialdemokrat und damalige Schutzbündler, Fritz Inkret, den Befund der Behörden:

Wir waren ja dann die „Revolutionären Sozialisten“. Aus Brünn haben wir die „Arbeiter Zeitung“ hereingeschmuggelt bekommen und die haben wir dann in Leoben vertrieben. (…) *Außerdem haben wir uns regelmäßig im Gasthof „Töllerlhammer“ getroffen und Sitzungen abgehalten.* (…) *wir haben dann auch immer ein paar Packerln Karten dabei gehabt und wenn wer gekommen ist, dann haben wir schnell Karten gespielt.* (…).

Einige jener „verbitterten“ Donawitzer Schutzbündler, erzählte Inkret, hätten dann auch beim „Juli-Putsch“ der Nazis mitgemacht: *Uns Sozialdemokraten hat der Dollfuß jedenfalls nicht leid getan.*[249]

4.2 Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)

Die Kommunistische Partei Deutsch-Österreichs wurde am 3. November 1918 als eine der ersten kommunistischen Parteien außerhalb Russlands in Wien-Favoriten gegründet. Anfänglich bestand sie aus einigen Dutzend Oppositionellen, die sich von der sozialdemokratischen Bewegung abgespalten hatten. Aufgrund der Uneinigkeit ihrer Führungsriege stand die junge Partei von Anfang an auf schwachen Beinen und schloss sich 1919 der Kommunistischen Internationalen an. Dieser Schritt führte einerseits zu einer Aufwertung ihrer parteipolitischen Bedeutung, andererseits zu einer ideologischen „Fernlenkung“ der Partei. Die Parteiführung verstrickte sich in Fraktionskämpfen und Meinungsverschiedenheiten bei wichtigen Themen wie der Wahlbeteiligung, der Anschlussfrage und der Errichtung einer Räterepublik. Nach dem revolutionären Aufschwung der KPÖ im Jahr 1919 – im Juni desselben Jahres erreichte ihre Mitgliederzahl die 40.000-Marke – verebbte der Zulauf rasch. Von 1922 bis 1933 hielten der Partei nur noch etwa 5000 Mitglieder die Treue, davon rund 10 Prozent Frauen. Die SDAP entpuppte sich als Auffangbecken für die Abtrünnigen: Während die im In- und Ausland aufgeflackerten revolutionären Bewegungen blutig niedergeschlagen wurden, nutzten die österreichischen Sozialdemokraten die Gunst der Stunde, um bei den bürgerlichen Koalitionspartnern Sozialreformen durchzusetzen. Erst als die KPÖ 1924 auf eine moskautreue Linie eingeschworen und gewissermaßen zum Befehlsempfänger der KPdSU wurde, kam es zu einer „Beruhigung“ der inneren Kämpfe.[250] Laut dem 1927 angenommenen Organisati-

---

248 StLA ZGS (BKA) K.86/13 II (Fol.79–89; 91–97; 107; 110–118;122–129): Bericht des LGK über die Tätigkeit der soz.dem.Partei März–Juli 1934; ZGS (BKA) K: 90/17 (Fol.15–25): Strafsache Machold und Genossen.

249 Thomas Leitner, Die Ära Dollfuß in Leoben (Fachbereichsarbeit aus Geschichte und Sozialkunde am BG/BRG Leoben I, 2004) S. 28,36.

250 Josef Ehmer, Die Kommunistische Partei Österreichs. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs u.a. (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933 (Wien 1995), Kurzzitat: Ehmer, KPÖ, S. 220.

onsstatut sollte der Aufbau der KPÖ nach jenen von der KPdSU vorgeschriebenen Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ erfolgen. Theoretisch hieß dies, dass die Parteiorgane durch Vollversammlungen, Konferenzen und Parteitage von unten nach oben gewählt wurden und jenen Gremien voll verantwortlich waren. In der Praxis liefen die Beschlüsse der Parteiorgane jedoch von oben nach unten, waren bindend und schnellstens durchzuführen. Zudem waren die Beschlüsse des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationalen allen anderen übergeordnet.[251] Nachdem eine weitgehende innerparteiliche Einigung erzielt worden war, konnte die KPÖ mit ihrer kleinen, aber engagierten Mannschaft einige Erfolge bei Kommunal- und Betriebsratswahlen erreichen. Bei Landtagswahlen in der Steiermark konnte die KPÖ jedoch nie ein Mandat erreichen. Um für den Kampf gegen den aufkommenden Faschismus besser gerüstet zu sein, rief die Kommunistische Internationale 1922 zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten auf. Doch lagen die Kommunisten mit den Sozialdemokraten jahrelang im Clinch: Die KPÖ betrachtete sie, zusammen mit den anderen demokratischen Parteien, als Teil eines einheitlichen reaktionären Blocks, den es zu zerschlagen galt. Ab 1929, als die KPÖ auf den Tiefpunkt ihres politischen Einflusses gelangt war, verschärften sich die Gegensätze zwischen den verfeindeten Parteien. Gemäß der von der Komintern entwickelten „Sozialfaschismus-Theorie“ wurden die Sozialisten von der KPÖ als „Sozialfaschisten“ geschmäht und entsprechend heftig attackiert.[252] Erste echte „Annäherungsversuche“ erfolgten, als die jungen Sozialisten nicht länger bereit waren, die Hinhaltetaktik der sozialdemokratischen Parteileitung zu dulden. Der Landesparteitag in der Steiermark wählte Johann Koplenig 1923 zum Landessekretär. Dieser wurde 1924 in die neue Parteileitung nach Wien berufen. Im Jahr darauf hatte die KPÖ rund 5500 Mitglieder österreichweit, davon 2200 in etwa 50 Betriebszellen organisiert.[253] Die Partei forderte die Arbeiter zum Streik auf, um gegen die Auswirkungen der „Seipel-Sanierung“[254] in den Kampf zu treten. Der Streik sollte aber auch als Druckmittel gegen die „Willkür“ des kapitalistischen Systems eingesetzt werden: Nach Massenentlassungen beispielsweise wurde die Arbeiterschaft aufgefordert, die Weiterführung des Betriebes durch Betriebsbesetzungen zu erzwingen. Endziel sollte die Errichtung der proletarischen Herrschaft in Österreich sein.[255]

Die fortgesetzten Fraktionskämpfe innerhalb der KPÖ fanden ihren Widerhall bei einer Bezirksdelegiertenkonferenz in Graz, die im Jänner 1927 stattfand, als die steirischen Vertreter der so genannten Oppositionspartei, Pfneisl, Koch und Wagner wegen ihrer Kritik an dem Zentralkomitee aus der KPÖ ausgeschlossen wurden. Dem

251 Ehmer, KPÖ, S. 224–227.

252 Ehmer, KPÖ, S. 222–229.

253 Herbert Steiner, Die Kommunistische Partei. In: Weinzierl/Skalnik, Erste Republik Bd.1, S. 317–321.

254 Unter „Seipel-Sanierung“ versteht man die Bemühungen des damaligen Bundeskanzlers Seipel, eine Stabilisierung der Währung und des Staatshaushaltes durch eine vom Völkerbund garantierte Anleihe herbeizuführen.

255 Herbert Steiner, Die Kommunistische Partei Österreichs von 1918–1933. Bibliographische Bemerkungen (=Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft 11, Meisenheim am Glan 1968), Kurzzitat: Steiner, KPÖ, S. 41;49–65.

Polizeibericht zufolge umfasste ihre Gruppe rund 300 Anhänger, zumeist Arbeitslose; die der gegnerischen „Moskauer Gruppe“ hingegen nur etwa 100 Anhänger. Nach dem Ausschluss der „Fraktionisten“ wurden einige Mitglieder der „Moskauer Gruppe“ in die Parteileitung gewählt. Mit dieser Säuberungsaktion („Reinigung“) sollte der Spaltung der KPÖ und der „Verwässerung“ des revolutionären Kampfes ein Ende bereitet werden. Laut polizeilichen Vermutungen hatten die ausgeschlossenen Kommunisten engere Kontakte zu den Sozialdemokraten unterhalten; ihre Führer sollen neben dem KPÖ-Abzeichen auch das sozialdemokratische Abzeichen getragen haben.[256] Als das politische Gewicht der Nationalsozialisten zunächst in Deutschland, dann ab etwa 1932 auch in Österreich immer stärker wurde, änderte die KPÖ ihre bisherige Taktik des Verweigerns jeglicher Zusammenarbeit in den Gemeindestuben. Nach den Gemeinderatswahlen im April 1932 wurden die neuen kommunistischen Gemeinderäte hingegen aufgefordert „sich an die Spitze aller proletarischen Forderungen“ zu stellen und „gegen jedes weitere Eindringen der Nazis in die Reihen der Arbeiterklasse“ zu wirken. Im August 1932 rief Koplenig zum Kampf gegen den Faschismus auf, der als „die brutalste, rücksichtsloseste Form der bürgerlichen Diktatur“ charakterisiert wurde. Nach dem Verbot der Partei am 26. Mai 1933 setzte die KPÖ ihren Kampf gegen den Faschismus in der Illegalität fort.[257] Vom Februar bis Oktober 1934 stieg die Mitgliederzahl der KPÖ von 3000 auf 16.000 an. Laut dem Zeitgenossen und aktiven Sozialdemokraten Karl Schiffer waren viele „linken“ Sozialdemokraten, aus der Steiermark beinahe alle leitenden Funktionäre der „Jungfront“, zur illegalen KPÖ übergetreten.[258]

4.2.1 Die KPÖ in der Leobener Industrieregion: Organisation und Aktivitäten

In der obersteirischen Industrieregion bildeten die Kommunisten eine verhältnismäßig kleine, jedoch äußerst aktive Organisation mit Agitationszentren in den Industrieorten und den Betrieben, besonders der ÖAMG. Die KPÖ unterhielt Parteisekretariate in Bruck an der Mur und Leoben, und es ist sicher anzunehmen, dass Ansprechpersonen in jedem Hauptort und in größeren Betrieben, wie in Donawitz, als Vertrauensmänner zur Verfügung standen. Abgesehen von der Betriebsorganisation, gab es zumindest in Leoben die Lokalorganisation[259], eine Frauenbewegung und eine Jugendorganisation.[260] Ende 1931 berichtet die Behörde von einer geplanten Verstärkung kommunistischer Agitation in der obersteirischen Industrieregion.

256 StLA L.Reg. K.213: Gr.384 (1926): Pol.Dion.Graz Zl.2451/68PI, 22.2.1927.

257 Steiner, KPÖ, S. 84–88.

258 Karl Schiffer, Die Linke in der steirischen Sozialdemokratie während der Ersten Republik. Ein autographischer Bericht. In: Hinteregger/Müller/Staudinger, Freiheit, S. 283.

259 Steiner, KPÖ, S. 69: Parteisekretär Gustav Wegerer konnte von „Erfolgen“ im Jänner 1929 berichten: 120 Parteimitglieder in Seegraben, 130 in Donawitz, 10 Prozent kommunistische Stimmen bei Arbeiterkammerwahlen. 1931 berichtet die Behörde von kommunistischen Ortsgruppen in Leoben-Donawitz (193 Mitglieder), Eisenerz, St. Michael, Trofaiach und Vordernberg.

260 StLA BH Leoben Gr.14: K.58 (Zl.386/II Po 2/6-1932, Paul Polansky, Abschaffung).

Erklärtes Ziel der KPÖ war es, Propaganda „von der kleinsten Werkstätte in der Stadt bis auf das flache Land" zu verbreiten. Als Organisationsleiter für Steiermark sollte Friedrich Lauscher „alle erreichbaren Elemente" für die kommunistische Bewegung erfassen und die Arbeiterwehr ausbauen. Dem Bericht zufolge waren die Länder in Kreise eingeteilt, die wiederum in Ortsgruppen und Zellen unterteilt wurden. In der Steiermark existierten zwei Kreisleitungen: eine in Graz für das Unterland und eine in Bruck an der Mur, die für das Gebiet des ganzen Mur- und Mürztales sowie das Ennstal zuständig war. Künftig sollten zusätzliche Kreisleitungen im Ennstal und in Leoben die Brucker Kreisleitung entlasten und unterstützen. Die Kreisleitung in Bruck bestand aus einer politischen Abteilung, die unter der Leitung von Franz Fuchs und Alois Golle stand, sowie einer technischen, in welcher die Arbeiterwehr von Karl Kornberger und Johann Korar aus Leoben militärisch betreut wurde. Den Kern der Arbeiterwehr bildeten 58 namentlich aufgezählte Männer, die in und um Bruck, Kapfenberg und Diemlach wohnten. Zusätzliche Mitglieder erhoffte sich der militärische Leiter durch den erhofften Zuerwerb der Anhängerschaft Franz Pangerls, eines Brucker Kommunistenführers. Angeblich sollte Pangerl im Verweigerungsfalle „irgendwie abgesägt" werden, um seine Anhängerschaft führerlos zu machen. Die Brucker Arbeiterwehr verfügte zwar über einen eigenen Übungsplatz, ihre Aufrüstung sei jedoch derzeit schwierig, weil die „Geldzuschüsse aus Wien" laut Bericht fast vollkommen versiegt waren.[261]

Das Parteisekretariat in Leoben wurde vom Bezirkssekretär Gustav Wegerer bereits vor 1927 geleitet.[262] In einem Polizeibericht aus dem Jahr 1926 trat er auch als „kommunistischer Arbeiterkammerrat"[263] bei einer Versammlung in den Grazer Annensälen auf. Anlässlich der Versammlung protestierten die Kommunisten gegen die Wiederwahl Rintelens zum Landeshauptmann wegen seiner mutmaßlichen Verwicklung in verschiedene Finanzskandale. Rintelen und Konsorten wurden als Räuber, Gauner und Haderlumpen bezeichnet, die „schon längst auf den Galgen" gehörten, andernfalls müsse man „diese Faloten einfach vom Fenster herunterwerfen".[264] Ebenfalls im Oktober 1926 berief Wegerer eine Versammlung in Leoben ein, diesmal zum Thema des Bergarbeiterstreiks in England, dessen Ausgang als Kriterium für die Arbeitsbedingungen anderer Bergarbeiter mit Spannung erwartet wurde.[265] Beim 9. Parteitag der KPÖ im Juni 1927 wurde Wegerer zusammen mit Koplenig ins Zentralkomitee gewählt und tauchte noch einmal beim Wiener Parteitag im Jänner 1929 als Referent auf.[266] Nach dem Ausscheiden Wegerers übernahm vermutlich Josef Leeb die Leitung des Leobener Sekretariats; er scheint jedenfalls in einem Bericht

261 StLA ZGS (BKA) K.78/5 (Fol.117–119): GPK Bruck and LGK Steiermark am 14.12.1931.

262 StLA ZGS (BKA) K.74/1 (Fol.385): Im Dezember 1926 war Wegerer (geb.1897 in Köflach) Sekretär der KPÖ in Leoben und in Donawitz wohnhaft.

263 Laut Polizeibericht erreichten die Kommunisten bei den letzten steirischen Kammerwahlen die Wahl dreier Vertreter in die Kammer für Arbeiter und Angestellte auf Grund des Zuzugs „unzufriedener und radikaler Sozialdemokraten": StLA L.Reg. K.213: Gr.384 (1926): Pol.Dion.Graz Zl.2451/53 PI26, 3.12.1926.

264 StLA L.Reg. K.213: Gr.384 (1926): Pol.Dion.Graz Zl.2451/49PI, 7.10.1926.

265 StLA L.Reg. K.213: Gr.384 (1926): LGK Abt.Leoben E.Nr.4008, 28.10.1926.

266 Steiner, KPÖ, S. 62;70.

der Grazer Polizeidirektion vom August 1931 als „bekannter Führer der kommunistischen Organisation des Industriegebietes Leoben-Donawitz-Leitendorf-Niklasdorf" auf, das einen geschätzten Mitgliederstand von etwa 500 Personen aufwies und zusammen mit Fohnsdorf das stärkste Zentrum der KPÖ in der Mur-Mürz-Furche bildete. Leeb wird als gewissenloser Agitator bezeichnet, der zuvor nicht gewaltbereite Kommunisten aus Fohnsdorf und Judenburg „zu Ausschreitungen gegen die Ordnungsmacht" verhetzte.[267] Laut einer Mitteilung der Gendarmerie Ende 1931 war Friedrich Lauscher ausersehen worden, das Leobener Parteisekretariat „vorläufig" von Leeb zu übernehmen.[268] Kurz nach Amtsantritt wurde Lauscher jedoch verhaftet und in das Kreisgericht Leoben überstellt.[269] Wann Karl Durstmüller[270] das Sekretariat von Lauscher übernommen hat und ob er es bis zu seiner Schließung Anfang Mai 1933 weiterführte, geht aus den Quellen nicht eindeutig hervor, ist jedoch wahrscheinlich. Nach den Gemeinderatswahlen im April 1932 zog Durstmüller als einziger Kommunist in den Leobener Gemeinderat, wurde jedoch im September desselben Jahres bereits von seinem Ersatzmann Preßl vertreten.[271] Laut Wahrnehmungsbericht des LGK für Oktober 1933 wurde bei Durstmüller, der als „kommunistischer Sekretär" bezeichnet wird, verdächtiges Material gefunden und beschlagnahmt.[272] Durstmüller sollte zusammen mit Johann Mastnak[273] in das Anhaltelager Wöllersdorf gebracht werden. In einem Flugzettel der KPÖ wird seine Freilassung gefordert: „*Bildet die rote Einheitsfront! Fordert die sofortige Freilassung der Genossen Mastnak und Durstmüller und aller eingekerkerten Antifaschisten.*"[274] Im Februar 1934 war Durstmüller sicher (wieder) auf freiem Fuß: Er wurde verdächtigt, den „Massenbesuch" des Grabes von Koloman Wallisch organisiert zu haben und das Grab mit Schleifen mit Aufschriften wie „Dein Weg war falsch, aber Dein Blut rächen wir" geschmückt zu haben.[275] Andere prominente Kommunisten im Bezirk, wie die Genossen Lauscher, Vasold, Mastnak, Pichler, Ranner und Polanski[276] betätigten sich vorwiegend als Redner bei Aufmärschen und Versammlungen und

267 StLA ZGS (BKA) K.77/4 (Fol.48–51).

268 StLA ZGS (BKA) K.78/5 (Fol.119) GPK Bruck and LGK Steiermark am 14.12.1931.

269 Chronik des BGK Leoben, 19.1.1932.

270 Karl Durstmüller (laut Strafakt): geb. 22.1.1889 in Linz, verheiratet, konfessionslos, Volks- und Bürgerschulbildung, Zimmermann, 21mal vorbestraft: Reinhard Gruber, „Strafprozesse am Kreisgericht Leoben von 1933 bis 1938" (Diss., Graz 2002) S. 196.

271 Wahlergebnisse im Bezirk Leoben. In: Obersteirische Volkszeitung (26.4.1932) S. 2; Sitzung des Leobener Gemeinderates. In: Leobener Zeitung (2.10.1932) S. 3.

272 StLA ZGS (BKA) K.83/10 (Fol.865–867).

273 Reinhard Gruber, „Strafprozesse am Kreisgericht Leoben von 1933 bis 1938" (Diss., Graz 2002) S. 160: Laut Strafsache (8 Vr 641/33) des Kreisgerichtes Leoben war der in Cilli (Celje) am 12.12.1904 geborene Mastnak ledig, konfessionslos, arbeitslos und vorbestraft. Im Jahr 1933 erschienen einige Ausgaben der Zeitschrift „Der Scheinwerfer" in Leoben. Mastnak wurde beschuldigt, Artikel in der Aprilnummer abgedruckt zu haben, die unwahre Äußerungen, Schmähungen und Herabwürdigungen der Regierung enthielten.

274 StLA ZGS (BKA) K.83/10 (Fol.1242).

275 StLA ZGS (BKA) K.89/16 (Fol.1724–1728).

276 Ing. Polanski hatte als Redakteur und Agitator für die KPÖ in Leoben gearbeitet. Er galt bei der Behörde als „gewissenloser und von der russischen Staatsbank gut bezahlter Agitator". Anlässlich einer in seiner Wohnung und im Parteisekretariat am 28.5.1932 durchgeführten Razzia, fielen den

halfen im Parteisekretariat bei der Herstellung und Verteilung von Druckwerk in den angrenzenden Ortschaften und Betrieben. Lauscher wird vom Leobener Postenkommandanten im Jänner und Mai 1932 als „Sekretär der kommunistischen Gruppe Leoben" in Verbindung mit der „Aufhetzung" von Arbeitslosen bezeichnet.[277]

	Unterorganisationen	**OG-Führung**	**Geschätzte Mitgliederzahl**
Bruck a.d. Mur/Kapfenberg	Rote Hilfe RGO Sowjetfreunde Arbeiterwehr	Franz Pangerl Wilhelm Kanz	50 50
Leoben-Donawitz-Leitendorf-Niklasdorf	Rote Hilfe RGO Sowjetfreunde Arbeiterwehr	Josef Leeb Karl Durstmüller Johann Rupert Engelbert Buxbaumer	500
Knittelfeld		Franz Ramsmeyer Augustin Gölz	k.A.
Fohnsdorf	Jungkommunisten	Ferd. Heinrich Eduard Schropper	400
Judenburg		Friedrich Lanegger Andreas Petermann Otto Wandl	100

Tabelle 6: Ortsgruppen der KPÖ in der obersteirischen Industrieregion 1931.[278]

Im zweiten Halbjahr 1931 registrierte die KPÖ zahlreiche Übertritte von Schutzbündlern und Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). Die Zahl der Parteimitglieder und Betriebszellen verdoppelte sich und auch bei den Wahlen 1932 konnte die KPÖ insgesamt, besonders aber in der obersteirischen Industrieregion, ansehnliche Gewinne verzeichnen.[279] Im Mai 1931 meldete Polanski, der Ortsgruppe Leoben-Donawitz gehörten 193 Personen an.[280] Trotzdem ist die Zahl der Wähler relativ gering geblieben. Bei den Gemeinderatswahlen 1932 beispielsweise wählten von rund 9700 wahlberechtigten Donawitzern 527 Personen, etwas mehr als 5 Prozent, die KPÖ. Im Bezirk Leoben gewannen die Kommunisten jeweils ein Mandat in Leoben [Karl Durstmüller, Anm.] Donawitz, Eisenerz und St. Michael.[281] Laut einer Meldung des LGK vom 14. Juni 1933 erfolgte die Schließung der Parteilokale und Verhaftung von insgesamt 85 kommunistischer Führer bereits in der Zeit vom 5. bis 7. Mai. Die Parteimitglieder, heißt es, seien teils zur SDAP, teils zur NSDAP übergegangen. In Bruck an der Mur hingegen habe sich der Großteil der Kommunisten dem

Behörden belastende Schriftstücke in die Hände, welche im Abschaffungsverfahren Polanskis eine entscheidende Rolle spielten.

277 StLA L.Reg. K.678: Gr.384 (E.Nr.3751 19.5.1932); Chronik des LGK Leoben 1932.

278 Laut behördlichen Schätzungen. Die von der Behörde angegebenen Zahlen beruhen auf Schätzungen der „aktiv tätigen Kommunisten", Stand August 1931: StLA ZGS (BKA) K.77/4 (Fol. 48–51).

279 Steiner, KPÖ S. 81. Die von Steiner genannten Zahlen stimmen mit jenen von der Verfasserin recherchierten nicht überein.

280 StLA BH Leoben Gr.14: K.58 (Zl.386/II Po 2/6-1932, 11.3.1933).

281 Wahlergebnisse im Bezirk Leoben. In: Obersteirische Volkszeitung (26.4.1932) S. 2

„Starhemberg-Heimatschutz" wegen erhoffter materieller Unterstützung, Aufnahme in einen staatlichen Betrieb oder in einen Assistenzkörper angeschlossen.[282]

Die Aktivitäten der obersteirischen Kommunisten wurden von der Exekutive, auch mit Hilfe von Spitzeln, laufend beobachtet und registriert. Im Oktober 1926 beispielsweise ordnete das Bundeskanzleramt die Untersuchung einer mutmaßlichen kommunistischen Agitationszentrale im Raum Leoben an, die als Drehscheibe für die Aufnahme und Ausbildung von aus Ungarn geflohenen Anarchisten fungieren sollte. Die aus Ungarn stammenden Informationen wurden anlässlich der Verhaftung eines ungarischen Anarchisten in Budapest an die österreichischen Behörden weitergeleitet. Dieser soll während seiner Beschäftigung im Kohlenrevier Seegraben in den Jahren 1922–1923 ein Attentat auf den ungarischen Reichsverweser Horthy geplant haben. Als Kopf dieser Emigrantenorganisation galt der in Leitendorf bei Donawitz wohnhafte Franz Bandl, der im Verdacht stand, während der ungarischen Räteherrschaft Gräueltaten begangen zu haben. Die Erhebungen des LGK ergaben jedoch, dass keinerlei Organisation dieser Art in Leoben jemals existiert hatte. Bandl fungierte zwar als Ratgeber der ungarischen Emigranten in Leoben, war jedoch politisch nicht in Erscheinung getreten. Einige der ungarischen Emigranten wanderten 1926 nach Frankreich aus, die übrigen aus dem Burgenland stammenden Bergleute, die in den Kohlenrevieren Münzenberg und Seegraben arbeiteten, waren teils kommunistisch organisiert. In Donawitz hatten die Kommunisten nahezu die Hälfte der Mandate bei den Betriebsratswahlen[283] erlangt, heißt es hier im Bericht. Dies sei jedoch nicht so zu deuten, als ob es in Donawitz so viele Anhänger der kommunistischen Partei gäbe, sondern der Großteil der kommunistischen Stimmen stamme vielmehr von „unzufriedenen" Sozialdemokraten.[284]

In erster Linie wurden Versammlungen einberufen, um Delegierte für Schulungen in Russland zu begeistern. Bei diesen Gelegenheiten riefen Durstmüller und Leeb zum Widerstand gegen die „Anschläge des faschistischen Staates auf die gesamte Sozialversicherung" sowie zur Solidarität mit den Entlassenen und Delogierten, den vermeintlichen Opfern der Politik der ÖAMG, auf. Im Mittelpunkt harschester Kritik standen naturgemäß die „Alpine-Heimwehrbonzen", welche keine Gelegenheit ausließen, die Arbeiter in die Reihen der Heimwehr zu zwingen und ihnen bei Verweigerung mit Drohungen zu traktieren. Die als vorbildlich betrachtete planwirtschaftliche Tätigkeit der Sowjetunion wurde als Alternative zum „verfaulten" kapitalistischen System des „Westens" gepriesen. Immer wieder kam es zu heftigen verbalen Auseinandersetzungen mit den „sozialistischen Verrätern", die nach Meinung der KPÖ wegen „Packelns" mit dem bürgerlichen Gegner mitschuldig an der Misere der Arbeiterschaft waren.

---

282 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.73–74).

283 Bei den Betriebsratswahlen 1926 in Donawitz erreichte die KPÖ 7 von 19 Mandaten (SDAP 10, CSP 2), bis 1930 sank die Mandatszahl der KPÖ auf 0. Im Kohlenrevier Seegraben errang die KPÖ im Jahr 1926 sogar 7 von 15 Mandaten (SDAP 8), bis 1930 sank die Mandatszahl der KPÖ auf 1; siehe dazu Karl Stocker, Akkumulationszwang und Arbeiterinteresse. Beiträge über die Umsetzung von Verwertungsinteressen in soziale Tatsachen am Beispiel der ÖAMG. In: Hinteregger/Müller/Staudinger, Freiheit, S. 259.

284 StLA L.Reg. K.213: Gr.384 (1926): BKA 167179-8/25.10.26; Zl.2451/3 PI/19.4.26; LGK ENr.46res/14.12.26.

4.2.2 Der Agitator Paul Polanski

Als der Kommunist Paul Polanski im Mai 1932[285] festgenommen wurde, fielen den Exekutivbeamten zahlreiche brisante, Polanski belastende Schriftstücke in die Hände, die sowohl in der Unterkunft des Verhafteten als auch im Leobener Parteisekretariat gefunden wurden. Jene Zeugnisse gewähren einen recht guten Einblick in die Tätigkeit der Leobener KPÖ zwischen 1931 und 1932. Aus der Abschaffungsakte geht hervor, dass der 1895 in Hołowećko (Головецько) in Galizien[286] geborene Bergingenieur erst während des Ersten Weltkrieges mit seiner Familie nach Wien gekommen war. Polanski gab an, sein Vater, ein griechisch-katholischer Geistlicher, sei im Interniertenlager Thalerhof bei Graz gestorben, während seine Mutter Aufnahme bei Verwandten in Polen gefunden habe. Er selbst habe sein Studium in Leoben seit 1918 mittels Nachhilfeunterricht finanziert. Die Beteuerungen Polanskis, niemals für die KPÖ tätig gewesen zu sein, schienen unglaubwürdig. Polanski war wiederholt von Konfidenten beobachtet worden, wie er sich zwar nicht direkt beteiligt, aber doch aus dem Hinterhalt, vor allem als Redakteur von „Hetzschriften" agitiert hatte.[287] Außerdem waren äußerst brisante Schriftstücke im Zusammenhang mit dem Bau von Sprengmittelsätzen bei Polanski gefunden worden. Aus der Sicht der Behörde war der Mann zum Sicherheitsrisiko für den Staat geworden. Bereits am 13. Juli 1932 stellte die Bezirkshauptmannschaft Leoben eine so genannte Abschaffungserkenntnis aus mit der Begründung, Polanskis Aufenthalt sei „aus Rücksichten der öffentlichen Ordnung und Sicherheit" unzulässig und er sei daher aus „dem Gebiete der Republik Österreich" abzuschaffen. Da Polanski alle möglichen Rechtsmittel ausschöpfte und auch ein Gnadengesuch an den Bundespräsidenten stellte, das abgewiesen wurde, kam es erst am 14. August 1935 zu der endgültigen Abschiebung in seine Heimatgemeinde.[288]

Polanski schrieb nicht nur für die Zeitschrift „Der Alpine Sklave", sondern er organisierte auch zahlreiche politische Veranstaltungen für die Leobener KPÖ. Ab 1931 setzte eine intensivierte Werbung um die Stimmen der Arbeitslosen ein. Am 25. Februar 1931, dem „Internationalen Kampftag", berichtet Polanski von rund tausend Arbeitern und Arbeitslosen, die bei einer „machtvolle(n) Demonstration trotz Verbot, Bajonettangriffen und Säbelattacken" zum Leobener Hauptplatz marschierten. Bei dem Tumult, der während der von der Exekutive durchgeführten

285 Polanski wurde am 28.Juni 1932 enthaftet: StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.208–209).

286 Laut Wikipedia ist Hołowećko eine Gemeinde im Bezirk Stary Sambor, der bis 1918 zu Österreich-Ungarn, ab 1919 zu Polen gehörte und 1939 Teil von West Ukraine wurde: http://en.wikipedia.org/wiki/Starosambirskyi_Raion, 18.12.2009.

287 Laut einem von Polanski im Juli 1929 an das ZK gerichteten Beschwerdebrief war derselbe bereits seit 1920 aktives Mitglieder der KPÖ und erhielt einzig von seinem in der Ukraine lebenden Bruder finanzielle Unterstützung. Polanski gibt an, sich um eine Ingenieursstelle in der Sowjetunion bemüht zu haben, er sei jedoch aus unerfindlichen Gründen abgewiesen worden. Seine Situation als aktiver Kommunist sei denkbar schlecht, weil er keine Arbeit bekomme und als Redakteur des „Alpinen Sklaven" von der Behörde verfolgt werde. Die Behörde behauptet hingegen, Polanski sei ein von der russischen Staatsbank gut bezahlter Agitator: StLA BH Leoben Gr.14: K.58 (Zl.386/II Po 2/6-1932, 11.3.1933).

288 StLA BH Leoben Gr.14: K.16 (GPKLe E.Nr.3981/Abschaffungsantrag 28.5.1932);K.58 (BHLe Zl.14 Po 14/6, 13.7.1932).

Räumung des Platzes entstand, so Polanski, wurden ein Polizeibeamter in ein Schaufenster geschleudert und einige Demonstranten, Männer und Frauen, verhaftet. Hierbei sollen die Kommunisten von dem „sozialdemokratischen Bonzen" (Nationalrat) Hartmann verhöhnt worden sein. Auch in Eisenerz, Fohnsdorf und Judenburg, der Hochburg Pfrimers, soll es zu Demonstrationen gekommen sein, bei denen Plakate mit der Aufschrift „Arbeit und Brot, sonst schlagen wir Euch tot" affichiert wurden. Weitere Schwerpunktaktionen der KPÖ in Leoben lassen sich anhand des „Arbeitsplans" Polanskis für das Frühjahr 1931 rekonstruieren, wobei die Maifeier und das Pfingsttreffen eine herausragende Stellung einnahmen. Beginnend mit einer am 3. April in der Leobener Sängerhalle stattfindenden Versammlung sollten die bereits gewählten Delegierten des Bezirks bestätigt und am 22. April bei einer Kundgebung am Leobener Bahnhof verabschiedet werden. Am 15. April war eine öffentliche Kundgebung auf dem Leobener Hauptplatz mit einer anschließenden Demonstration vorgesehen. Für den Vorabend des 1. Mai plante Polanski einen Fackelzug von Judendorf durch Leoben nach Donawitz durchzuführen. Am „Tag der Arbeit" sollte ein Marsch mit musikalischer Begleitung von Donawitz nach Leoben stattfinden, wo eine Kundgebung mit anschließender Demonstration auf dem Hauptplatz abgehalten werden sollte. Für den Demonstrationszug waren sogar Propaganda-Autos organisiert worden, auf dem Mitarbeiter der „Roten Hilfe", der „Arbeiterhilfe" sowie Kinder mitfahren und Sprechchöre skandieren sollten. Als Krönung des Festtages waren ein Konzert mit Rezitationen und Ansprachen geplant. Entsprechende Flugblätter und Plakate wurden von Polanski in Wien bestellt und eine Extra-Ausgabe des „Roten Alpinen Arbeiters" vorbereitet. Auch schlug er vor, das Pfingsttreffen der KPÖ Steiermark, wie schon im Jahr 1928, wieder in Leoben zu veranstalten.[289] Neben der Ankündigung seiner zahlreichen Redeauftritte bat Polanski die Zentrale um eine milde Gabe: „Schickt mir auch sofort Geld, damit ich nicht hungern muss." Auch im August 1931 kam es zu einer Großdemonstration am Leobener Hauptplatz und vor der Arbeiterkammer. Die Stürmung des Kammergebäudes durch wütende Arbeiter konnte angeblich nur durch den beherzten Eingriff der Exekutive gestoppt werden. *Bis in die Nacht hinein*, berichtet Polanski, *beherrschten die Arbeiter die Strasse. Provozierende Nazis wurden energisch zurecht gewiesen, und zeigten sich nach der Kundgebung nicht mehr.*[290]

289 Am 27. Mai 1928 fand ein kommunistisches Pfingsttreffen in Leoben und Donawitz statt. Das GPK Donawitz berichtet von einem Umzug, bestehend aus 54 Personen, die Fahnen und Wimpel trugen und während des Marsches durch Donawitz revolutionäre Lieder sangen. Gustav Wegerer hielt anschließend einen Vortrag vor der auf etwa 150 Personen angewachsenen Menge, in dem er unter anderem feststellte, dass die Arbeiter bereit seien, für bessere Lebensbedingungen zu kämpfen, „doch werden sie von den Führern der Sozialdemokraten verraten und verkauft". Das Heil der Arbeiterschaft, resümierte Wegerer, liege einzig und allein im Kommunismus: StLA L.Reg. K.213: Gr.384 (1926): GPK Donawitz E.Nr.2616 „Kommunistenbewegung Pfingsttreffen 1928", 15.6.1928).

290 StLA BH Leoben Gr.14: K.58 (Zl.386/II Po 2/6-1932, 11.3.1933).

4.2.3 Radikalisierung und Verbot

Am Sonntag den 6. März 1932 planten die Kommunisten einen „Großkampftag" in Graz sowie in den größeren Industrieorten der Ober- und Weststeiermark zu veranstalten; im Mittelpunkt der Kundgebung standen die von der KPÖ gestellten Forderungen zur Verbesserung der nationalen und internationalen Situation der Arbeiterschaft. Für das gesamte Wochenende hatte die Behörde eine Verstärkung der Exekutivkräfte wohlweislich angeordnet, obwohl sämtliche Veranstaltungen „unter freiem Himmel" aus Gründen des „öffentlichen Wohles" im Vorfeld untersagt worden waren. In Judenburg und Knittelfeld etwa war es trotz Verbotes zu Aufläufen und Scharmützeln zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gekommen, die glücklicherweise glimpflich verliefen. Auch in Bruck an der Mur sollte es heiß hergehen. Am Morgen des 6. März marschierten die örtlichen Kommunisten unter ihrem Führer Franz Pangerl zum Brucker Hauptplatz, wo Pangerl lautstark einen „Hungermarsch" ankündigte und die dort Anwesenden aufforderte, sich der Demonstration anzuschließen. Als sich die Menge, laut Gendarmeriebericht auf etwa 300 Personen angewachsen, johlend und schreiend in Bewegung setzte, schwärmten die vor dem Kornmesserhaus wartenden Gendarmeriebeamten aus, um eine Straßensperre zu errichten. Auf dem Minoritenplatz angekommen, entstand zwischen den Kommunisten und den dort in Bereitschaft stehenden Heimatschützern ein wüstes Handgemenge, das mit der Verhaftung einiger Kommunisten endete, darunter auch Pangerl, der wegen Übertretung des Versammlungsverbotes angezeigt wurde.[291] Schon im April befand sich Franz Pangerl wieder auf freiem Fuß und schwang erneut radikale Reden, rief zur gewaltsamen Beseitigung des „Systems" und zum gezielten Vorgehen gegen einzelne Exekutivbeamte auf. Gepredigt wurde der Kampf gegen den politischen Gegner ohne Rücksicht auf Verluste: Blut sollte für das Heil Moskaus fließen, Kerkerhaft im Namen der Gerechtigkeit verbüßt werden.[292]

Ein weiteres Betätigungsfeld der Kommunisten war die Arbeitslosenszene. Im Krisenjahr 1932 war die wirtschaftliche Not der Arbeiterschaft durch Massenentlassungen und die fortschreitende Verarmung der Industriegemeinden zusätzlich verschärft worden. Die Kommunisten des Bezirkes versuchten die Unzufriedenheit der Arbeitslosen mittels radikaler Parolen zu schüren, hatten trotz behördlichen Verbotes wiederholt Demonstrationen abgehalten und Krawalle angezettelt; die Führer der KPÖ gaben sich die allergrößte Mühe, ihre Anhängerschaft auf Kosten der Sozialisten zu erweitern. Die Behörde sprach von fortgesetzten Hetzereien der Kommunisten, besonders in Leoben, das als Zentrale der KPÖ in der Obersteiermark galt.[293]

Im Verlauf des Jahres 1932 war es zu einer Reihe von Betriebsstilllegungen in Donawitz, Fohnsdorf und am Erzberg gekommen, die ein weiteres Anwachsen der

291 StLA ZGS (BKA) K.78/5 (Fol.460–465): GPK Bruck Nr.1758 „Kommunistendemonstration" 6.3.1932.
292 StLA ZGS (BKA) K.78/5 (Fol.720–728): LGK E.Nr.11.700/1932adj. 18.5.1932.
293 StLA L.Reg. K.678: Gr.384 (GPK E.Nr.3751, 19.5.1932).

Zahl der Arbeitslosen und Ausgesteuerten nach sich zog. Um die Mitte des Jahres registrierte die Behörde eine Zunahme der Verelendung der Bevölkerung, die besonders in der Gegend von Donawitz, Leoben und Bruck horrende Ausmaße erreichte. Ein Ende dieser schrecklichen Zustände war nicht in Sicht. Die örtlichen Kommunistenführer nutzten diese Situation aus, um speziell die jugendlichen Arbeitslosen zu gewalttätigen Demonstrationen aufzustacheln. Als besonders neuralgischer Punkt galt das Arbeitsamt Leoben, das auch für Donawitz, wo sich die meisten Arbeitslosen befanden, zuständig war. An den wöchentlich stattfindenden „Stempeltagen“[294] strömten Arbeitslose aus der ganzen Umgebung, zeitweise bis zu 3000 Menschen, zum Arbeitsamt in Leoben. An jenen Tagen mussten die örtlichen Sicherheitskräfte besondere Vorkehrungen treffen, da es immer wieder zu blutigen Zusammenstößen zwischen arbeitslosen Gesinnungsgegnern kam. Am 22. August 1932 beispielsweise erschienen mehr als 2000 Personen zum Abstempeln ihrer Arbeitslosenkarten und weitere etwa 200 Menschen, die sich für die Unterstützung anmelden wollten. Im Verlauf der üblichen Tumulte war es zu einer regelrechten Verfolgungsjagd gekommen. Etwa 50 Arbeitslose verfolgten einen Heimatschützer, der in seiner Not mit einer Pistole auf seine Verfolger zielte. Schließlich gelang es dem Verfolgten, in die Gendarmeriekaserne zu flüchten.[295] In jener aufgeladenen Atmosphäre kam es oft zu Aktionen wie diese gegen arbeitslose Heimatschützer. Angeblich hatten sich die einstigen Günstlinge der ÖAMG als Betriebsräte mit Äußerungen wie „die Arbeitslosen sollen keine Unterstützung bekommen, sondern Gras fressen“ bei der übrigen Arbeiterschaft verhasst gemacht.[296] Der arbeitslose Tischlergeselle Franz Schick, damals etwa 19 Jahre alt, beschrieb die Not vieler Menschen in Leoben und Umgebung folgendermaßen:

> *Leoben war bevölkert von Arbeitslosen und viele davon waren schon ausgesteuert.* (…) *Ihr müßt euch vorstellen, daß man kein Geld gehabt hat. Man mußte ja fast betteln gehen hier.* (…). *Wir Jungen, kaum ausgelernt, standen vor dem Nichts. So gingen wir auf die Walz* (…). *So zogen wir von Dorf zu Dorf* (…) *um Geld zu erbetteln.* (…). *Es war bitter besonders für uns junge Menschen ohne Zukunft, ohne Bleibe und ohne Hoffnung – nur mit einem Gedanken: den Hunger zu stillen.* (…). *In dieser Zeit kommt es in Leoben zu den ersten Hungerdemonstrationen,* (…) *die* (…) *immer von den Kommunisten angeführt* (wurden).

Nach der erlebten Enttäuschung der Februar-Ereignisse wandte sich Franz Schick der KPÖ zu. Ein weiterer „Walzbruder“, Sepp Filz, war bereits Jahre zuvor der KPÖ beigetreten und engagierte sich später im aktiven Widerstand gegen das

294 Jeden Freitag und Samstag. Der Leobener Bezirkshauptmann regte die Errichtung einer Expositur in Donawitz an, um den „unliebsamen Zuzug“ der Donawitzer Arbeitslosen nach Leoben zu vermeiden: StLA L.Reg. K.678: Gr.384 (Do 2/3 1932).
295 StLA L.Reg. K.678: Gr.384 (GPK E.Nr.5752, 22.8.1932).
296 StLA L.Reg. K.678: Gr.384 (GPK E.Nr.3751, 19.5.1932).

NS-Regime.[297] Neben der agitatorischen Tätigkeit auf offener Straße verfolgten die Kommunisten auch das Ziel der politischen Bildung ihrer Gefolgschaft. Ende 1932 registrierten die Behörden die Rückkehr des Ehepaares Wegerer von einem Schulungsaufenthalt in Russland in der Erwartung, die kommunistische Bewegung in Leoben werde nun eine weitere „Belebung" erfahren. Auch Frau Wegerer, hieß es, sei geschult worden und halte der Jungfront Vorträge über Russland.[298] Zu einem tragikomischen Zwischenfall kam es laut Behördenbericht im Februar 1933, als zwei Arbeitslose aus Donawitz und Leoben im Rahmen einer von Karl Durstmüller einberufenen Versammlung von ihren Erlebnissen in Russland erzählen sollten. Die beiden Männer schilderten ihre Wahrnehmungen jedoch nicht im Sinne Durstmüllers und der KPÖ, sondern berichteten im Gegenteil von den „fürchterlichen Terrorzuständen", die dort herrschten, wo sich keiner „auch nur im geringsten gegen das bestehende System muksen" dürfe, sonst „verschwindet er auf unerklärliche Weise". Auch die Wohnungs-, Kleider- und Lebensverhältnisse seien unbeschreiblich, behaupteten sie. Schließlich erklärten die Beiden, es gehe einem arbeitslosen Österreicher, der im Bezug der staatlichen Unterstützung stehe, viel besser als dem vollbeschäftigten Arbeiter in Russland. Die Versuche Durstmüllers das Dargelegte zu relativieren mit dem Hinweis, Russland sei eben ein großes Land und in anderen Gegenden wäre die Situation glänzend, schlugen fehl. Er vermochte nicht das eben Gehörte zu übertünchen; so gingen die Versammelten in gedrückter Stimmung auseinander.[299]

Nach dem Wahlsieg Hitlers am 5. März 1933 verstärkte die KPÖ ihre Agitation in der gesamten Industrieregion: In Leoben etwa wurde wiederholt gegen den Nationalsozialismus demonstriert, wobei sich insbesondere Durstmüller mit Parolen wie „Hitler verrecke" hervortat. Die Behörde überlegte sogar, Durstmüller wegen Beleidigung eines ausländischen Regierungsmitgliedes festzunehmen, ließ dann doch davon ab, da die „Reziprozität mit Bezug auf Deutschland bisher nicht festgestellt werden konnte". Dass sich erbitterte Gegner im Angesicht eines gemeinsamen „Feindes" gegebenenfalls zusammenfinden, sollte sich bald bewahrheiten. Am 15. März hielten Leobener Kommunisten und Nationalsozialisten gemeinsam eine Kundgebung gegen die Regierung Dollfuß ab, gerieten jedoch bald in Streit. Auch am 25. und am 28. März kam es zu neuerlichen „gemeinsamen" Versammlungen der gegnerischen Parteien vor der Montanistischen Hochschule, wobei die Nazis gegen Dollfuß, die Kommunisten gegen Hitler demonstrierten. Als neuerliche Tumulte befürchtet wurden, schritt abermals die Gendarmerie mit gefälltem Bajonett ein und „säuberte" die Straßen. Und auch in Bruck an der Mur überstürzten sich die Ereignisse: Dort rief die örtliche KPÖ zum Widerstand gegen den autoritären Kurs der Regierung Dollfuß und die von ihr geplanten Beschnei-

297 Karl Stocker (Hrsg.), Geschichtswerkstatt Leoben, Leben und Arbeiten im Bezirk Leoben (Wien/Köln 1989) S. 17–23; siehe auch die Lebenserinnerungen von Franz Schick: Gestohlene Jugend. Die Tagebücher und Aufzeichnungen des Franz Schick 1930 bis 1933, bearbeitet und mit einem Nachwort versehen (=Schriftenreihe des Instituts für Geschichte 4, Graz 1991).

298 StLA L.Reg. K.678: Gr.384 (Schu2/1932 „Schutzbund Republikanischer, Wahrnehmungen").

299 StLA ZGS (BKA) K.80/7 (LGK E.Nr.96 res. 16.3.1933 „komm. Bewegung im Feber 1933").

dungen der Eisenbahner-Privilegien auf. Als die beiden kommunistischen Führer und Herausgeber der Zeitung „Das Rote Echo", Pangerl und Raber[300], Mitte März wegen Hochverrates verhaftet wurden, erstürmten einige arbeitslose Kommunisten die Bezirkshauptmannschaft, „bedrängten den Bezirkshauptmann" und warfen Akten und Möbel aus dem Fenster. Bei der am 13. April im Brucker Parteisekretariat durchgeführten Razzia wurden Bürobedarf und Propagandamaterial von der Polizei beschlagnahmt.[301]

Nach dem Verbot der KPÖ Ende Mai 1933 wurde die Aktivität der Kommunisten in der obersteirischen Industrieregion vorübergehend eingebremst. Laut behördlicher Einschätzung schlossen sich ein Großteil der kommunistischen Gefolgschaft anderen Parteien oder Bewegungen an, in der Hoffnung, irgendeine Unterstützung oder Arbeit zu erhalten. Konkrete Vermutungen gingen in die Richtung, einige fanatische Einzelgänger unter den Kommunisten wollten in Wahrheit regierungsnahe Organisationen wie den Schutzkorps oder den Österreichischen Heimatschutz unterwandern, um deren Mitglieder politisch zu beeinflussen. Die örtliche Exekutive erhielt daher die Order, die jeweiligen Kommandanten und Ortsgruppenleiter dahingehend zu orientieren.[302] Nach dem Schutzbundaufstand im Februar 1934 intensivierte die verbotene Organisation ihre Bemühungen um die „herrenlose" Arbeiterschaft. Mit einer gewissen Genugtuung verwiesen die Kommunisten auf den selbst verursachten Untergang der meistgehassten Bruderpartei und priesen sich selbst als Allheilmittel des Proletariats an. In Leoben wusste die Gendarmerie von einer „besonders lebhaften" Tätigkeit der Kommunisten zu berichten, die „fieberhaft" an dem Ausbau der Partei arbeiteten und viele Anhänger der verbotenen SDAP abgeworben hätten. Sowohl das Leobener als auch das Brucker Postenkommando meldeten ein Gerücht, wonach die Kommunisten mit einem neuerlichen „marxistischen Putsch" im Herbst rechneten. Noch im August 1934 hielt die emsige Arbeit der KPÖ in Bruck an, wo sie hoffte, eine Einigung mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu erreichen.

4.2.4 Undercover-Ermittlungen 1934

Um etwas mehr über die illegale Organisation der Kommunisten in Leoben und Umgebung zu erfahren, wurde im Juli 1934 ein verdeckter Ermittler der Gendarmerie in das Netz der KPÖ eingeschleust. Probegendarm Rudolf Bahr war dazu ausersehen worden, weil er über ausgezeichnete Kenntnisse des Eggenberger Arbeitermilieus verfügte. Als „Führer der SAJ" (Sozialistische Arbeiter-Jugend) in Eggenberg erschlich er sich zunächst das Vertrauen der Mutter eines der illegalen

300 Pangerl und Raber wurden bei der Schwurgerichtsverhandlung in Leoben am 4. Mai 1933 freigesprochen: StLA L.Reg. K.688: Gr.384, Ko 2/131 („komm. Tätigkeit im April 1933").

301 StLA ZGS (BKA) K.80/7 (LGK „komm. Bewegungen im März 1933"; GPK Bruck an BKA, 14.4.1933; LaD an BKA, 31.3.1933).

302 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.73–74).

Organisation verdächtigten Leobeners, dem er bei einem arrangierten Treffen vorgab, eine Verbindung mit den obersteirischen SAJ-Gruppen herstellen zu wollen. Auch dieser fasste zu Bahr rasch Vertrauen, nachdem er sich von der Richtigkeit der Angaben Bahrs zu den Eggenberger Verhältnissen überzeugt hatte. Alsbald wurde der Gendarm als „Neukommunist" in den engeren Führungskreis der Leobener Kommunisten eingeweiht und konnte so seinen Vorgesetzten wertvolle Informationen zur illegalen Organisation und deren nächsten Vorhaben liefern. Der Informant Bahrs, seines Zeichens Organisationsleiter in Leoben, gab Folgendes an:

- Im Juli 1934 verfügte die Leobener Organisation über einen „wehrfähigen Stand" von 500 Kommunisten und umfasste den Wirkungskreis: Leoben und Umgebungsorte, Murtal aufwärts bis Murau und über Eisenerz bis Hieflau. Die KP in Leoben stand in direkter Verbindung mit dem Zentralkomitee in Wien, das Weisungen unter einer Deckadresse erteilte.
- Die Aktivisten bildeten so genannte Fünferzellen. Die Mitglieder einer solchen Zelle kannten sich untereinander nicht, sondern unterstanden einem sechsten Mann, den sie angeblich auch nicht kannten. Fünf dieser Fünferzellen bildeten wiederum eine Einheit, deren Führer sich nicht kannten und ihrerseits einem Zellenleiterkommandanten unterstanden. Diese seltsame Hierarchie sollte die Gesamtorganisation bei Auffliegen einer einzelnen Zelle, was sich in Leoben tatsächlich ereignet hatte, vor der Preisgabe schützen.
- Die oberste Leitung bestand aus einem Organisationsleiter, dem Propagandaleiter und dem politischen Leiter mit ihren Stäben (technische Truppe, Journalisten, illegale Verbindungsmänner)
- Hauptaugenmerk der KP-Führer in der Industrieregion war die politische Vereinnahmung der Eisenbahner, der Arbeiterschaft in den Betrieben der ÖAMG und des Schutzbundes
- Der Organisationsleiter behauptete, über große Mengen Sprengstoff und Waffen zu verfügen. Nach der Februar-Niederlage waren die Schutzbundwaffen großteils erhalten geblieben und lagerten in ihren früheren Verstecken. Im Jahr 1935 sollte die Revolution kommen. Es existierte eine „schwarze Liste" mit Namen von Gesinnungsgegnern, die ermordet werden sollten.

Ob jene Information, die man Bahr zukommen ließ, vollinhaltlich stimmte, kann nicht mehr nachgeprüft werden. Fest steht, dass der eifrige Spion kurze Zeit später von einem Kommunisten aus nächster Nähe angeschossen und schwer verletzt wurde. Vermutlich wollte man sich an dem so smarten Gendarmen rächen.[303]

303 StLA ZGS (BKA) K.89/16 (Fol.810–816); K.86/13 (Fol.39–42).

4.2.5 Die Bauernorganisation

Nach behördlicher Einschätzung schienen die Kommunisten des Bezirkes, zumindest im ersten Quartal 1933, bei den Arbeitslosen und Ausgesteuerten Anklang gefunden zu haben. Bei der geschulten Arbeiterschaft, hieß es, kämen sie weniger gut an. Das LGK berichtet von einer „bedeutenden Vermehrung“ der kommunistischen Zellen auf dem flachen Land, wo sich Teile der Landbevölkerung, Klein- und Bergbauern, Bauernknechte und Mägde als „weniger widerstandsfähig gegen die Lockungen“ der kommunistischen Agitatoren erwiesen.[304] Von besonderem Interesse sind daher die Bestrebungen der KPÖ, im ländlichen Raum Fuß zu fassen. Das „Reichsaktionskomitee der werktätigen Bauern Österreichs“ wurde vermutlich 1931 ins Leben gerufen. Unter dem Motto „Schluß mit der Vernachlässigung unserer Arbeit im Dorfe!“ rief das Wiener Sekretariat im Oktober 1931 alle Provinzorganisationen auf, eine verstärkte Kampagne auf dem Land zu organisieren, Bauernversammlungen einzuberufen und mit besonderem Nachdruck „bäuerliche Aktionen“, wie Steuerverweigerungen und Widerstand gegen Zwangsversteigerungen, auszulösen. Ziel dieser Aktion war die „Eroberung des Dorfes“ und die Heranbildung einer revolutionären Bauernschaft.[305] Den Kommunisten war klar, dass die Errichtung der von ihnen angestrebten sozialistischen Gesellschaft ohne die Mitwirkung einer Mehrheit der „werktätigen“ Bauernschaft ziemlich aussichtslos war. Nun sahen sie ihre Stunde gekommen. Immer mehr Kleinbauern waren durch erhöhte Belastungen und schwindende Einnahmen in die Schuldenfalle geraten und standen vor dem Ende ihrer Existenz. Dieses Potenzial hoffte die KPÖ für ihre politischen Ziele nutzen zu können. Im Sommer 1931 berichtet die Zeitschrift „Der arbeitende Bauer“ voller Optimismus von den Fortschritten in der Entwicklung der revolutionären Bauernbewegung in der Steiermark, wo es auch gelungen sei, ein „Landesaktionskomitee der werktätigen Bauern“ zu bilden. Das Komitee beabsichtige in allernächster Zeit, ein zentrales Landessekretariat in Graz einzurichten.[306] Zu diesem Zweck versandte die Wiener Zentrale Drucksorten, Propagandamaterial und Anmeldungsformulare an jene Funktionäre, welche die sicherlich nicht leichte Aufgabe übernommen hatten, eine Bauernorganisation aus dem Boden zu stampfen. In der Steiermark gingen die Vorbereitungen nur schleppend voran. Trotzdem gelang es einigen engagierten Funktionären, Versammlungen zu organisieren und Delegierte unter der Bauernschaft für den ersten Reichskongress, der im Mai 1932 geplant war, aufzustellen. Die Wahl der obersteirischen Delegierten war bei der Bezirkskonferenz, die am 10. April in Bruck an der Mur stattfinden sollte, vorgesehen. Bald machte sich jedoch Missstimmung breit. Obwohl die Wiener Zentrale die Organisation der Bauern zur „Sache der Gesamtpartei“ erhoben hatte, stellte sie einen Versammlungsplan auf mit der Aufforderung, die Basis solle sich nun intensiv um dessen Verwirklichung kümmern. Als es dann um die Rückvergütung der Auslagen der von ihr verlangten

304 StLA ZGS (BKA) K.80/7 (LGK E.Nr.96 res., 16.3.1933 „komm. Bewegung im Feber 1933“).
305 StLA L.Reg.K.688: Gr.384, Ko 2/44 (1932) „An alle Provinzorganisationen“.
306 StLA L.Reg.K.678: Gr.384, Ba 1 (1932) „Reichskomitee werktätiger Bauern Österreichs, Wahrnehmungen“.

Aktivitäten ging, erklärte sich die Partei wegen Geldmangels außerstande, die für Versammlungen, Säle oder Redner anfallenden Spesen begleichen zu können. Die Funktionäre hatten selbst das Geld durch Spenden, Sammlungen von Naturalien oder Verkauf von Zeitungen aufzubringen.[307] Im Bezirk Judenburg beispielsweise hatte der zuständige Funktionär Othmar Schauser[308] eine Reihe von Versammlungen vergeblich organisiert, weil der von der Zentrale versprochene Redner nicht erschienen war. Viele Bauern hatten dafür einen weiten Weg in Kauf nehmen müssen und fühlten sich gefrotzelt. Nun reichte es Schauser. In einem bitterbösen Schreiben an die Wiener Zentrale macht er seinem Ärger Luft:

> *Eine grenzenlose Verantwortungslosigkeit!! Ihr schreibt Versammlungen aus. Wir müssen uns* (darauf) *vorbereiten* (…) *und Ihr findet es nicht einmal der Mühe wert einen Referenten zu schicken. Was glaubt Ihr eigentlich?!! Weder die Bauern noch wir lassen uns zum Narren halten.* (…) *Ich bin derart empört darob, dass ich Euch alle erdenklichen Namen ins Gesicht schleudern möchte.* (…). *Und wenn Ihr wieder eine Bauernversammlung haben wollt, so kommt 5 Tage vorher und organisiert sie alle selber.*[309]

Im Bauernhilfsprogramm der KPÖ des Jahres 1932 wurden folgende Forderungen erstmals aufgestellt: Steuerbefreiung für Klein- und Mittelbauern, Einstellung der Subventionen für Großgrundbesitzer, Aufhebung der Pachtschulden, entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und dessen Übergabe an Landarbeiter, Pächter und kleine Bauern sowie Alters- und Krankenfürsorge für werktätige Bauern.[310] Gerade letztgenannter Punkt kann als Zankapfel der Bauernpolitik gesehen werden: Die von der landwirtschaftlichen Krankenkasse vorgeschriebenen Krankenversicherungsbeiträge für Landarbeiter wurden angesichts der Wirtschaftsflaute von den Bauern als untragbare Belastung („Zwangsversicherung") vehement bekämpft. Stattdessen forderten sie eine freiwillige Versicherungsleistung und eine Altersfürsorge, die von den Gemeinden finanziert werden sollte.[311]

Bauernfunktionär Felix Rasswalder

Zuständig für die Organisation in Leoben war neben Fritz Lauscher der bereits erwähnte Felix Rasswalder. Im April 1932 teilte er seinem Vorgesetzten Gregor Kersche in Wien mit, dass lediglich sieben von den vorgesehenen 42 Bauern zur Bezirkskonferenz erschienen waren. Dies sei jedoch nicht auf die Organisierung

307 StLA BH Leoben Gr.14: K.58 (Aktionskomitee der Werktätigen Bauern Österreichs).

308 Es könnte sich hierbei um Othmar Schrauser (geb. 26.10.1903 in Feldbach) handeln, der laut Strafakt verheirateter, konfessionsloser und unbescholtener Hauptschullehrer war: Reinhard Gruber, „Strafprozesse am Kreisgericht Leoben von 1933 bis 1938" (Diss., Graz 2002) S. 199.

309 StLA BH Leoben Gr.14: K.58 (Aktionskomitee der Werktätigen Bauern Österreichs).

310 Steiner, KPÖ, S. 82–83.

311 Eine stürmische Bauerndemonstration in Vorau. In: Arbeiterwille (3.01.1933) S. 1.

zurückzuführen, sondern „die (fehlende) Geldmöglichkeit ist das schwerste was ist". Außer zum Reichskongress sollten Bauerndelegierte für einen Russlandbesuch nominiert werden. Jene Auserwählten wurden von der Partei verpflichtet, nach ihrer Rückkehr in öffentlichen Versammlungen „wahrheitsgetreu" von ihren in Russland gemachten Erfahrungen zu berichten. Rasswalder musste sich erst mit den Ortsgruppen in ganz Obersteiermark in Verbindung setzen, um Delegierte für den nun im August geplanten obersteirischen Kongress in Leoben aufzutreiben. Er hoffte 200 Delegierte nach Leoben zu bringen, „dann werden wir erst richtig durchdringen in Obersteiermark". Dieses Vorhaben konnte auf Grund der relativ begrenzten finanziellen Mittel der KPÖ letztendlich kaum realisiert werden. Der erste Reichsbauernkongress der KPÖ fand später als ursprünglich geplant im November 1932 statt. Von den 74 Delegierten aus ganz Österreich wurde das Reichsbauernkomitee, bestehend aus 17 Mitgliedern, gewählt.[312] Felix Rasswalder[313], der von der Behörde als „äußerst radikales Individuum" eingestuft wurde, sollte im Jahr 1932 in seine Kärntner Heimatgemeinde abgeschoben werden. Der wegen unbefugten Waffentragens zweimal Vorbestrafte hatte sich an einem Überfall auf Leobener Polizeibeamte beteiligt, wurde jedoch freigesprochen. Dem Bericht der Bezirkshauptmannschaft Leoben zufolge wurde Rasswalder im August 1932 zwar nach Kärnten abgeschafft, war jedoch offensichtlich zwischenzeitlich nach Leoben zurückgekehrt – immerhin war er im Juli 1933 von einem Leobener Geschworenengericht wegen eines anderen Deliktes freigesprochen worden. Im Mai 1934 wurde Rasswalder wegen seines „regen Umgang(es) mit prominenten und radikalen Anhängern der kommunistischen Partei" im Anhaltelager Wöllersdorf interniert. Als Rasswalder von seiner bevorstehenden „für immerwährende Zeiten" dauernden Ausweisung aus dem Bezirk Leoben erfuhr, berief er, allerdings erfolglos, gegen den Bescheid. Kurz vor Weihnachten 1934 versuchte er den steirischen Sicherheitsdirektor Koschatzky in einer selbst verfassten Petition von seiner Unschuld zu überzeugen. Rasswalders Gesuch war vergebens. Auf Anfrage des Sicherheitsdirektors unterstrich der Leobener Gendarmeriepostenkommandant die Notwendigkeit der vorbeugenden Internierung und Abschaffung des Kommunisten aus Gründen der „öffentlichen Ruhe und Ordnung".[314] Rasswalders Verbrechen hatte darin bestanden, „die einheimische Bauernschaft dem Bolschewismus zuzuführen", wie es in trockenem Amtsdeutsch hieß.[315] Im Großen und Ganzen können die Bemühungen der KPÖ, die ländliche Bevölkerung für ihre Ideen zu gewinnen, als gescheitert betrachtet werden. Immerhin gelang es den Kommunisten, kleinere Stützpunkte auf dem Land aufzubauen, von wo aus Aktivitäten wie beispielsweise Verhinderungen von Delogierungen und Versteigerungen organisiert wurden. Ob jene Unzufriedenen den mit ihnen solidarisierenden Kommunisten

---

312 Steiner, KPÖ, S. 86.

313 1903 in Dresden geboren, zuständig nach Weitensfeld (Kärnten).

314 Der Postenkommandant gab an, Rasswalder habe *auch nach dem Verbote der KPÖ noch immer einen regen Umgang mit prominenten und radikalen Anhängern der K.P. gepflogen. Es besteht daher der dringende Verdacht, dass sich Rasswalder auch derzeit im Geheimen noch sehr intensiv für die KP betätigt, aus welchem Grunde er auch in das Anhaltelager abgegeben wurde.*

315 StLA BH Leoben Gr.14: K.16 (GPK E.Nr.4920/Abschaffungsantrag 12.7.1932).

jedoch ihre Stimme bei Wahlen gegeben hätten, bleibt im Dunkeln. Die Aufarbeitung der Tätigkeit der KPÖ im ländlichen Raum in der Steiermark während der Zwischenkriegszeit ist bisher noch nicht in Angriff genommen worden.

4.2.6 Kommunistische Betriebszeitungen

Das offizielle Organ der KPÖ bis 1933 war die in Wien herausgegebene „Rote Fahne". Ab etwa 1927 wurden in den Alpine-Betrieben die hektographierten Betriebszeitungen „Der Alpine Sklave" sowie „Der rote Alpine Arbeiter" vom Leobener Parteisekretariat zusätzlich herausgegeben.

- Einem vertraulich durchgeführten Erhebungsbericht des Bezirksgendarmeriekommandos (BGK) vom August 1927 zufolge wurde der „Alpine Sklave, Betriebszeitung der Alpinearbeiter" vom Leobener Parteisekretär Gustav Wegerer hergestellt. Späteren Erkundigungen zufolge war Wegerer irgendwann im Jahr 1928 von Leoben weggezogen und hatte sich eine Zeit lang unangemeldet in Wien aufgehalten. Bekanntlich fuhr Wegerer mit seiner Frau anschließend nach Russland, von wo er vermutlich im Spätherbst 1932 nach Österreich zurückgekehrt war. Das Blatt wurde nach wie vor im Leobener Parteisekretariat unter Wegerers Schriftleitung hergestellt. Ab Jänner 1929 zeichnete der in Leoben wohnhafte Hilfsarbeiter Alois Vasold für das Blatt verantwortlich. Ob Wegerer zu diesem Zeitpunkt noch Leobener Parteisekretär war, geht aus dem Schriftverkehr nicht hervor. Laut einer späteren behördlichen Untersuchung aus dem Jahr 1932 war Wegerer jedenfalls nach Knittelfeld gezogen und Karl Durstmüller gab das Parteisekretariat als Wohnadresse an.[316] Die Vorsicht der kommunistischen Funktionäre im Umgang mit den Behörden hatte handfeste Gründe. Im November 1927 wurde Wegerer als Herausgeber und Redakteur des „Alpinen Sklaven" zu eineinhalb Monaten Arrest verurteilt. Laut einer Mitteilung der Zeitschrift vom November 1927 war dies schon das zweite Mal. Als Anlass werden drei Anklagen des Staatsanwalts genannt. Der Redakteur meint trotzig: *Wenn der Staatsanwalt glaubt, uns mit seinen lächerlichen Anzeigen mürbe zu machen, oder das Erscheinen unserer Betriebszeitung zu verhindern, dann irrt er sich gewaltig. Wir werden erscheinen unter allen Umständen und zu jeder Zeit.*
- Die Betriebszeitung des Donawitzer Hüttenwerkes „Der rote Alpine Arbeiter" [sämtliche Ausgaben ohne Datum und Jahresangabe, Anm.] wurde zunächst von Karl Durstmüller und dann von Josef Leeb herausgegeben. Nach den thematischen Inhalten zu urteilen, dürfte die Zeitung ab 1929 erschienen sein und ist möglicherweise der Nachfolger des „Alpinen Sklaven". Es werden beispielsweise die Verluste der Kommunisten bei den Betriebsratswahlen am 9. März 1929 beklagt. Schuld an der Misere sei mangelndes Profil, so das Blatt; der

316 StLA BH Leoben Gr.14: K.16 (K9/2; Zl.14a 103/1; 14a/144/4; 14a 3/10); StLA BH Leoben Gr.14: K.58 (Zl.386/II Po 2/6-1932, Paul Polansky, Abschaffung).

Kommunismus müsse künftig eine schärfere Grenze zur sozialdemokratischen Politik ziehen und sich auf seine programmatischen Ziele besinnen.[317]

- Beide Zeitungen ähneln sich inhaltlich stark. Politische Hauptthemen sind unter anderem die Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit des kapitalistischen Systems, die Verbundenheit mit Sowjetrussland, die Notwendigkeit des Klassenkampfes für die Arbeiterschaft und deren Beitritt zur KPÖ. Die Berichterstattung greift Themen rund um das Leben im Betrieb auf: Ausbeutung der Arbeiter durch die „Alpine-Bonzen", Entlassungen, Betriebssicherheit/Arbeitsunfälle, Lohnerhöhungen, „Verrat" der sozialdemokratischen Betriebsräte, etc. Der Redakteur nimmt sich kein Blatt vor den Mund, wenn es darum geht, Missstände in den Betrieben aufzuzeigen und Betriebschefs, Werksangehörige oder Menschen anderer Gesinnung namentlich an den Pranger zu stellen. In einer Ausgabe des „Alpinen Sklaven" werden tödliche Betriebsunfälle als Teil eines perfiden Systems geortet, in dem das Leben eines Arbeiters billiger sei als die Anschaffung einer Schutzvorrichtung. Schlussendlich sollten diese „Rationalisierungsmaßnahmen" genauso wie seinerzeit das Verheizen der Soldaten in den Schützengräben den Dividenden der Kapitalisten dienen: *Wurden die Soldaten in den Tod fürs Vaterland gejagt durch Zwang, Gewalt* (…), *so werden die alpinen Sklaven in den Tod gejagt mit der Akkordpeitsche, der Hungerpeitsche, durch die Furcht vor der Arbeitslosigkeit.* Am schlimmsten sei es, resümiert das Blatt, dass dieselbe Alpine, die bei Sicherheitsmaßnahmen und Lohnkosten knausere, großzügige Summen für die „Erziehung der Arbeiter im werksgemeinschaftlichen Geist"[318] ausgebe,

317 Der auf Microfiches kopierte Bestand kann in der Mediathek der Grazer Karl-Franzens-Universität gesichtet werden.

318 Die DINTA –Unternehmensphilosophie (=Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung) basierte auf einer Mischung aus Leistungsdruck, Manipulation und Fürsorge. In speziellen Werkschulen wurden Arbeiter sowohl fachlich geschult als auch im Sinne der Werksgemeinschaft systematisch „erzogen". Die Ausgabe von Werkszeitungen sollte ebenfalls propagandistisch auf die Belegschaft einwirken. Den Industriearbeiter plante man aus seiner isolierten Teilfunktion in den gesamten Arbeitsprozess wiedereinzuführen und in seiner Gesamtpersönlichkeit zu erfassen. Gleichzeitig sollte die entstandene Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Einsicht der Notwendigkeit einer betrieblichen Gemeinschaft zum Wohl aller Beteiligten überwunden werden. Diese „Erziehung" erstreckte sich ebenso auf das Freizeitverhalten, auf die körperliche Ertüchtigung der Arbeiter und die häusliche Ordnung unter Einbeziehung der Frau und Mutter sowie auf die Erziehung der Kinder zum Gemeinschaftsgedanken. Das 1927 in „Österreichischer Verein für technische Arbeitsschulung" unbenannte Institut betreute die steirischen Werkschulen der Alpine in Fohnsdorf, Zeltweg, Donawitz, Eisenerz, Köflach, Mürzuschlag und Kapfenberg sowie die Kindergärten in Fohnsdorf, Donawitz, Seegraben, Eisenerz und Hönigsberg. Siehe: Otto Hwaletz, Helmut Lackner, Josef Mayer u.a., Bergmann oder Werkssoldat. Eisenerz als Fallbeispiel industrieller Politik. Dokumente und Analysen über die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft in der Zwischenkriegszeit (Graz 1984), Kurzzitat: Hwaletz, Bergmann, S. 18–40; Ewald Weinhandel, Der Kampf um die Unternehmerkontrolle in der Zwischenkriegszeit am Beispiel der Werksgemeinschaftsideologie, des DINTA-Systems und der Betriebspolitik der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft (Dipl. Arb., Graz 1990); Christian Novak, Rationalisierung und Arbeiterschaft in Österreich von 1918 bis 1934 (Der Kapitalismus als Strategie) (Dipl. Arb., Graz 1985) S. 60–69; sehr ausführlich: Schleicher, Heisses Eisen S. 197–313; zur offiziösen Darstellung der ÖAMG: Fritz Erben, Die fachliche Ausbildung der Arbeiter. In: Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft 1881–1931 (Wien 1931) S. 195–209.

um „mit Peitsche und Zuckerbrot“ die Arbeiterschaft dem Konzern willfährig zu machen. Auch habe die Alpine dem Industriellen-Verband jährlich rund 600 Millionen Schilling zur Unterstützung des „Heimwehr-Faschismus“, zur Unterminierung des Klassenbewusstseins der Arbeiter, zur Verfügung gestellt.[319]

- Als Reaktion auf die offizielle von der ÖAMG ab 1926 herausgegebene Werkszeitung, aber auch auf das kommunistische Blatt „Der Alpine Sklave“ brachten die Sozialdemokraten Ende 1928 die Betriebszeitung „Alpinepost“ heraus. Ihr Widerstand richtete sich hauptsächlich gegen die Agitation der Heimwehrbewegung und der UG in den Betrieben der ÖAMG, deren Vertreter mit beißendem Spott übergossen wurden. Die „Alpinepost“ fungierte nicht nur als „Aufdeckerin“ betrieblicher Missstände, sondern unterhielt ihre Leserschaft mit politischen Reportagen und meist pathetischen Kurzgeschichten. Für die Kolporteure geriet die Verteilung der von der Betriebsleitung verhassten Zeitungen zum regelrechten Spießrutenlauf. Auf frischer Tat ertappt zu werden bedeutete die fristlose Entlassung wegen „Aufhetzung“ der Arbeiterschaft gegen die Betriebsleitung. Die Zeitung wurde letztendlich auf Grund der Niederlage der freien Gewerkschaft bei den Betriebsratswahlen 1930 eingestellt.[320]

Der obersteirische Industriebezirk mit seinem starken Bevölkerungsanteil an Industriearbeiterschaft bot einen scheinbar idealen Boden für die revolutionären Bestrebungen der KPÖ. Aber der Schein trog. Die Wahlergebnisse beweisen, dass es der SDAPÖ großteils gelungen war, das politische Potenzial der Arbeiterschaft langfristig zu binden. Dennoch deuten die späteren Erfolge, wenn auch in bescheidenem Rahmen, darauf hin, dass die Agitation der obersteirischen Kommunisten mancherorts auf fruchtbaren Boden gefallen war. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass der scharfe Generationsbruch innerhalb der steirischen SDAP zu einem Abdriften der radikaleren Anhänger zugunsten der KPÖ geführt hat. Zu einer Zusammenarbeit der beiden Parteien war es auf Grund der radikalen Forderungen der KPÖ dann doch nicht gekommen.[321]

4.3 Die Christlichsoziale Partei (CSP)

Die Wurzeln der Christlichsozialen Bewegung reichen bis in die 1880er Jahre zurück, als der Versuch unternommen wurde, den vom Großkapital bedrohten kleineren Gewerbetreibenden und Kaufleuten in Wien eine politische Stimme zu verleihen. Nach dem Börsenkrach 1873 ging die Ära des Liberalismus in Österreich allmählich zu Ende. Die ab 1876 in der österreichischen Reichshälfte (Cisleithanien) beschlossenen Wahlreformen dehnten das Wahlrecht auf immer breitere Bevölkerungskreise aus; dadurch wurde die Stimme des „kleinen Mannes“ zum entscheidenden Faktor

319 StLA BH Leoben Gr.14: K.16 (Der Alpine Sklave/Nr.2 Febr.1928): Die genannte Summe dürfte zu hoch gegriffen sein.
320 Hwaletz, Bergmann, S. 41–44.
321 Steiner, KPÖ, S. 81–85.

in der Verteilung der politischen Macht. In Wien stieg der Stern der späteren Galionsfigur der Christlichsozialen, Dr. Karl Lueger, der als Bürgermeister der Reichshauptstadt von 1897 bis 1910 eine moderne Kommunalpolitik betrieb, auf. Seine Reden gegen die vermeintlichen mächtigen Vertreter des Liberalismus, das Wiener Judentum, ließ ihn zum Volkshelden werden. Der politische Katholizismus, eine weitere wichtige Wurzel des 1887 gegründeten und in den 1890er Jahren zur Massenpartei anwachsenden „Christlichsozialen Vereins", war von dem katholischen Sozialreformer, Karl von Vogelsang, bereits in den 1870er Jahren entwickelt worden. Die im Jahr 1891 veröffentlichte päpstliche Sozialenzyklika „Rerum novarum" griff den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit für Lohnabhängige auf, welchen der zur Partei mutierte Christlichsoziale Verein zu einem der brennenden gesellschaftlichen Probleme des ausgehenden 19. Jahrhunderts erhob. Der im darauf folgenden Jahr von Leopold Kunschak gegründete „Christlichsoziale Arbeiterverein" spielte sowohl parteiintern als auch in der Gesamtarbeiterschaft jedoch stets eine untergeordnete Rolle. Entscheidend für die Geschicke der jungen Partei wurde die katholische Bauernschaft, die sich länderweise in Bauernvereinen organisierte und die Bewegung außerhalb Wiens auf eine breite Basis stellte. In der Verbreitung des politischen Katholizismus hatte der niedere Klerus eine Schlüsselrolle gespielt, zunächst von Wien ausgehend nach dem angrenzenden Niederösterreich, dann in die anderen Kronländer. Als die Christlichsoziale Partei mit der Katholisch-Konservativen Volkspartei im Jahr 1907 fusionierte und damit zur stärksten Fraktion im Reichsrat avancierte, war die organisatorische Entwicklung zur Reichspartei praktisch abgeschlossen. Die hauptsächlich von Großgrundbesitzern und Großagrariern getragene katholisch-konservative Richtung wirkte sich jedoch auf die ursprünglich sozialreformatorische Bewegung nachteilig aus. Speziell die Industriearbeiter fühlten sich eher von der Idee der Sozialdemokratie angezogen, die ihnen bessere Lebensbedingungen versprach und eine „diesseitige" Heimat bot. Als im Jahr 1910 der populäre Kommunalpolitiker Lueger starb, erlitt die Christlichsoziale Partei einen ersten schweren Schlag, von dem sie sich in Wien nicht mehr erholen sollte. Bei den Reichsratswahlen 1911 verlor die CSP Wählerstimmen und fiel in Wien erstmals hinter die Sozialdemokratie zurück.[322]

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie 1918 und dem Verlust jener Parteiorganisationen, die nun außerhalb des neuen Staatsgebietes lagen, musste die Reichspartei in eine (deutsch)österreichische Partei umgestaltet werden. In dieser Übergangsphase konnte auf jene Volksvertreter zurückgegriffen werden, die vor 1918 in den Länderparlamenten und im Reichsrat politisch tätig waren. An der Spitze der Partei standen zwei Prälaten, der oberösterreichische Landeshauptmann Johann Nepomuk Hauser (1866–1927) und der Universitätsprofessor für Moraltheologie Ignaz Seipel (1876–1932), die sich um die Einheit der Partei und um deren politische Akkordierung mit der römisch-katholischen Kirche bemühten. Auch das im Jahr 1894 gegründete Parteiorgan „Die Reichspost" sollte sein Scherflein zur Belebung der Bewegung beitragen. Mit dem Aufbau einer schlagkräftigen Organisation hoffte

322 Kriechbaumer, Politische Kultur, S. 243–252.

man, die durch die Wahlschlappe von 1911 und durch den kriegsbedingten Stillstand verursachten Mangelerscheinungen bald auszugleichen.[323]

4.3.1 Die Organisation der CSP

Eine einheitliche zentrale Parteiorganisation der CSP bestand nicht, sondern sie war eine indirekt organisierte Wählerpartei mit stark akzentuiertem föderalistischem Gepräge und traditionell engen Verbindungen zur römisch-katholischen Kirche und deren Verbänden. Ihr Wählerpotenzial beruhte auf verschiedenen Vereinen, die vor allem im kirchlichen und bäuerlichen Bereich entstanden waren. Die Bemühungen der Partei gingen aber auch in Richtung einer Erfassung anderer Berufsgruppen. Außer dem bereits erwähnten christlichsozialen Arbeiterverein wurde ein Gewerbebund und im Mai 1919 der „Deutschösterreichische Reichsverein der christlichsozialen Beamten, Lehrer und Angestellten im öffentlichen Dienste“ gegründet. Bereits im März 1919 wurde ein Ausschuss vom Christlichsozialen Nationalratsklub unter dem Vorsitz von Ignaz Seipel mit den Problemen der berufsständischen Interessen befasst, der eine Reihe von programmatischen Forderungen aufstellte. Das Wiener Parteisekretariat knüpfte Kontakte sowohl zu den Landesparteileitungen als auch zu den der CSP nahe stehenden Organisationen, der christlichen Frauen- und Jugendbewegung, der christlichsozialen Arbeiterschaft und zum katholischen Vereinswesen. Auf der ersten christlichsozialen Länderkonferenz, die im November 1919 stattfand, entschieden die Ländervertreter, Ende Februar 1920 einen Parteitag einzuberufen, auf welchem die Geschäftsordnung und Statuten für eine Gesamtparteiorganisation beschlossen wurden.[324] Bereits anlässlich des ersten Parteitages im März 1919 hatten die steirischen Christlichsozialen die Schaffung einer Gesamtparteivertretung angeregt, die mit der Ausarbeitung eines demokratischen Organisationsstatutes und der Einberufung eines Gesamtparteirates betraut werden sollte.[325]

4.3.2 Der Neustart der Christlichsozialen Partei in der Steiermark nach dem Ersten Weltkrieg

In der Steiermark fand anlässlich der öffentlichen Präsentation der Landesparteileitung am 5. November 1918 eine der ersten Zusammenkünfte der Vertreter der ehemaligen Reichspartei zu Ende des Ersten Weltkrieges statt. Dem Obmann der Landespartei, Dr. Anton Rintelen, stand Franz Hagenhofer, Gründer des katholisch-konservativen Bauernvereins für Mittel- und Obersteiermark, als Stellvertreter zur Seite.[326] Am 6. November 1918 fand die Konstituierung des christlichsozialen Klubs in Graz statt. An diesem denkwürdigen Tag beschlossen die Abgeordneten der

323 Kriechbaumer, Politische Kultur, S. 254–255.
324 Kriechbaumer, „Dieses Österreich retten …“, S. 82–85.
325 Christlichsozialer Landesparteitag. In: Grazer Volksblatt (28.3.1919) S. 3.
326 Franz Thaller, Steirischer Bauernkalender 1949, S. 62.

provisorischen Landesversammlung den Beitritt des „Landes Steiermark“ als einer eigenberechtigten Provinz zu dem neuen Staat Deutschösterreich, der als oberste Gewalt anerkannt wurde. Ebenso wurde die neue Landesverfassung verabschiedet und eine Landesregierung gewählt, der aus je einem Vertreter der drei großen Parteien gebildet wurde: der Deutschnationalen, der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten. Zum Landeshauptmann wurde Dr. Wilhelm von Kaan (deutschnational), zu dessen Stellvertretern Dr. Anton Rintelen (christlichsozial) und Josef Pongratz (sozialdemokratisch) bestellt. Der provisorische Landtag bestand aus 60 Abgeordneten, aus je 20 der eben genannten Parteien, der einen Landesausschuss, bestehend aus 12 Abgeordneten (4 je Partei), wählte. Nach der Sitzung wählten die Abgeordneten des CS-Klubs Anton Rintelen zum Obmann und Dr. Jakob Ahrer zum Schriftführer.[327]

Knapp einen Monat später, am 5. Dezember 1918, veröffentlichte die Landesparteileitung der steirischen Christlichsozialen ihr Wahlprogramm, das nicht nur außen- und innenpolitische Leitlinien definierte, sondern auch wirtschaftliche, soziale und kulturpolitische Forderungen enthielt. Die Partei erklärte „die Grundsätze des Christentums“ zum Leitstern bei der Erkämpfung „eines neuen glücklichen Vaterlandes“, sowie ihre Entschlossenheit, mit allen anderen Parteien zusammen zu arbeiten, um eine „friedliche Entwicklung (…) der jungen Republik Deutschösterreich (…) zu ermöglichen“. Im Zentrum des frühen Programms stand das volle Bekenntnis zum freien demokratischen Staat, zum Privateigentum als Basis der Selbstverantwortung, jedoch zur Enteignung des „volkswirtschaftlichschädlichen Großgrundbesitzes“ und zu dessen Verteilung an „strebsame landwirtschaftliche Dienstboten“ sowie an andere gemeinnützige Projekte. Als deutsche Partei erklärten sich die Christlichsozialen solidarisch mit den Forderungen jener Volksgenossen, „die unter fremder Herrschaft schmachten“; als selbst deklarierte antisemitische Partei wollte sie den „Anteil der Juden am öffentlichen Leben“ gemäß „dem Prozentsatze ihrer Bevölkerungsanzahl“ anpassen. Kulturpolitische Forderungen, wie die Religionsfreiheit für alle Konfessionen, Wahrung der Rechte der religiösen Gemeinschaften, die religiös-sittliche Erziehung in der Schule und Schutz der Familie und der Ehe fanden bloß in einem kurzen Absatz Erwähnung.[328]

Der angekündigte Frieden währte jedoch nicht lange. Im Hinblick auf die kommenden Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung im Februar 1919 klangen bereits Ende November 1918 jene kulturkämpferischen Töne an, die das Verhältnis speziell zwischen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten in der Ersten Republik in so verhängnisvoller Weise prägen sollten. In einem Leitartikel wird die Notwendigkeit der christlichen Weltanschauung für Staat und Gesellschaft dargelegt. Das Gesetz des sittlichen Handelns sei jedoch nicht als eine „technische Anleitung zur Staatskunst“, sondern als eine moralische Verpflichtung zu verstehen, die in alle Lebensbereiche, auch in das öffentliche Leben, eindringe. Nur wer die letzte

327 Der neue Landtag. In: Grazer Volksblatt (7.11.1918) S. 4–5.

328 Christliche deutsche Männer und Frauen des Landes Steiermark! In: Grazer Volksblatt (5.12.1918) S. 1.

Verantwortung vor Gott kenne, könne ein Staatswesen zum Wohl aller Staatsbürger leiten. Darum hieß es, gegen den drohenden Bolschewismus, den atheistischen „Gesinnungsmaterialismus" anzukämpfen. Schuld an dieser Entwicklung seien die Sozialdemokraten, die nach „äußeren Gütern" strebten, den „Trieb der Selbstsucht" züchteten und die Religion als ein „unwissenschaftliches Hirngespinst" abtaten. Aber auch viele Bürgerliche ähnlicher Gesinnung wären längst in das rote Lager übergelaufen, „wenn sie nicht Angst um ihre Geldschränke" hätten. Umso wichtiger sei es, gerade jetzt als christliche Partei kämpferisch aufzutreten, wo die Sozialdemokraten im Begriff seien, Herrschaft über Gesetz und Verwaltung zu ergreifen, lautet das Fazit des Redakteurs.[329] Das im christlichsozial gesinnten Blatt angeprangerte Treiben der Sozialdemokraten schien seine Bestätigung in der Umgebung von Leoben zu finden. Ein paar Tage später wurde berichtet, die katholische Bevölkerung von Judendorf-Seegraben beschwere sich darüber, dass sozialdemokratische Agitatoren von Haus zu Haus gingen, um die Bewohner zum Beitritt zu ihrer Partei zu zwingen. Bei Weigerung soll der Verlust des Arbeitsplatzes angedroht worden sein. Ähnliche terroristische Taten seien auch von anderen Industrieorten gemeldet worden. Das Blatt fragt: *Ist das die sozialdemokratische Freiheit? Will man mit solchen Mitteln der Gewalt den sozialistischen Staat aufbauen? Wie wird sich die sozialdemokratische Freiheit erst bei den Wahlen austoben?*[330]

4.3.3 Exkurs: Das „Superwahljahr" 1919

Im Jahr 1919 fanden drei Wahlgänge statt: die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar, die Landtagswahlen am 11. Mai und die Gemeinderatswahlen am 27. Juli. Um im Wahlkreis Obersteier für den Wahlkampf zu rüsten, trafen sich Vertreter der bürgerlichen Parteien bei einer Versammlung des von Walter Pfrimer gegründeten deutschen Volksrates kurz vor Weihnachten 1918 in Leoben. Zweck dieser Zusammenkunft war es, die Möglichkeit einer gemeinsamen Liste zwischen den Vertretern der Deutschdemokraten, Deutschsozialen, Christlichsozialen und des Deutschen Bauernbundes zu besprechen. Der Vertreter der Christlichsozialen, Abgeordneter Dechant Franz Prisching, begrüßte das Ansinnen, eine solidarische Front gegen „die heranstürmende rote Sintflut" zu bilden, stellte dem „antiklerikalen" liberalen Lager jedoch unannehmbare Bedingungen, die entrüstet zurückgewiesen wurden. Schließlich fand man einen Kompromiss. Statt einer gemeinsamen Liste wurde eine Listenkoppelung vereinbart, die jeder Partei erlaubte, ihre eigene Identität zu wahren und selbstständig um Wählerstimmen zu werben.[331] In diesem Sinne arbeitete auch der Christlichsoziale Wahlausschuss für Obersteiermark in Leoben, wo ein Parteisekretariat, zuständig für die ganze Obersteiermark, bereits existierte. Am 17. Jänner 1919 präsentierte die CSP die Liste ihrer Wahlwerber

329 Warum christlichsozial? In: Grazer Volksblatt (24.11.1918) S. 1.
330 Sozialdemokratischer Terrorismus. In: Grazer Volksblatt (26.11.1918) S. 1.
331 Zur Wahlbewegung in Obersteiermark. In: Grazer Volksblatt (24.12.1918) S. 1.

für die Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung: Im Wahlkreis IV Obersteier nahm Michael Schoiswohl[332] den ersten Listenplatz ein. Der aus Gusswerk bei Mariazell gebürtige Obersteirer war bereits seit 1907 Mitglied des Abgeordnetenhauses im Reichsrat gewesen und blieb bis Juli 1923 Vertreter der obersteirischen Christlichsozialen im Parlament. Die abschließende Devise der Landesparteileitung lautete: *Es gilt noch tausende Unentschiedene für unsere Partei zu gewinnen! Kein Tag bis zum 16. Februar darf unbenutzt vorübergehen! Mit dem christlichen Volke, für das christliche Volk! Das soll unsere Losung sein!*[333] Spätestens seit dem Wahlgang zur Konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919[334] war den Christlichsozialen klar geworden, dass das neue Zeitalter der Demokratie ganz andere politische Organisationsformen als bisher erforderte. Sie begriffen, dass es nicht genügte, bloß „blinde Mitläufer" bei den Wahlen anzusprechen, sondern dass es galt, das politische Interesse der Menschen für die christliche Weltanschauung zu wecken. Die Politisierung der so genannten Volksmassen hieß, die Wähler und Wählerinnen in feste Organisationsstrukturen einzubinden. Die parteipolitischen Gegensätze zwischen „rot" und „schwarz" schienen überdies unüberwindlich geworden zu sein: *Die letzten Kämpfe haben zur Genüge gezeigt, dass der politische Kampf vorzüglich, wenn nicht in erster Linie, Weltanschauungskampf ist, der seine Wogen in alle Kreise* (und) *Stände hineinschlägt.*[335]

Um auf die kommenden Landtagswahlen vorbereitet zu sein, beriefen die steirischen Christlichsozialen ihren ersten Parteitag im März 1919 ein, bei dem sie ihr neues Organisationskonzept vorstellten. Nicht als „Bauernpartei", sondern als Volkspartei sollte für alle Stände und für die politischen Organisationen in Stadt und Land ein gemeinsamer Oberbau in der Form der Partei und Parteileitung geschaffen werden. Mit einiger Sorge blickte man auf die landwirtschaftlichen Dienstboten, die „vielfach gewillt sind, zu den Sozialdemokraten überzugehen". Es war deshalb geplant, jenen eine eigene Organisationsform zu ermöglichen, ohne den „Frieden des Bauernhauses" zu stören. Grundsätzlich war vorgesehen, die landwirtschaftliche Bevölkerung pfarrweise im Bauernverein, die nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung in Ortsgruppen des Christlichsozialen Vereins zu organisieren und in jedem politischen Bezirk ein Sekretariat einzurichten. Zusätzlich sollte eine politische Abteilung in der katholischen Frauenorganisation eingerichtet werden, um den Bedürfnissen der Wählerinnen besser zu entsprechen. Zwecks der richtigen ideologischen „Aufklärung" hatten außerdem alle politischen Funktionäre dem Katholischen Volksbund beizutreten.[336] In einem Aufruf der christlichsozialen Parteileitung vom April 1919 baten Rintelen und Ahrer um reichliche Spenden für den Wahlfonds: *Was die Flügel für den Adler sind, das ist der Wahlfonds für die Partei.* (…). *Am 11. Mai sind die*

332 http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_01765/ah_01765.shtml 18.12.2009.
333 An die christlichen deutschen Männer und Frauen des Landes Steiermark! In: Grazer Volksblatt (17.1.1919) S. 1.
334 Die CSP wurde mit 69 Mandaten hinter der Sozialdemokratie mit 72 Mandaten zur zweitstärksten Fraktion in der Konstituierenden Nationalversammlung.
335 Die Organisation der Christlichsozialen. In: Grazer Volksblatt (19.3.1919) S. 1.
336 Die Organisation der Christlichsozialen. In: Grazer Volksblatt (19.3.1919) S. 1.

Wahlen, daher, wer schnell gibt, der gibt doppelt. Die hier getätigte Aussage, die Partei habe und wolle „keine Stützen im Großkapital", sondern sei auf die „Opferwilligkeit ihrer Gesinnungsgenossen" angewiesen, kann als Antwort der Christlichsozialen auf die „Verleumdungen" der Sozialdemokraten gewertet werden, die CSP sei in Wirklichkeit eine bestochene Marionette des Großkapitals.[337]

	WKNV 1919	LTW 1919
CSP/Obersteiermark	29.481	29.800
CSP/Steiermark	170.429	167.545
SDAP/Obersteiermark	73.133	64.142
SDAP/Steiermark	148.730	122.493

Tabelle 7: Vergleich der Wahlergebnisse der beiden Großparteien in der Steiermark 1919.[338]

Dass die obersteirischen Christlichsozialen von Anfang an einen schweren Stand hatten, zeigt eine Gegenüberstellung der Ergebnisse der ersten beiden Wahlgänge im Jahr 1919 in der Steiermark sowie im Wahlkreis Obersteier, wo die SDAP trotz der bei den Landtagswahlen erlittenen Einbußen noch immer eine überwältigende Mehrheit hatte (*Tabelle 7*). Im Jahr 1921 war die Organisationsform der Partei ziemlich weit gediehen und gefestigt. Beim 2. Parteitag im Februar desselben Jahres stand fest, dass die Christlichsoziale Partei kräftige Zuwächse in der Steiermark dank der eifrigen Organisationstätigkeit in Stadt und Land zu verzeichnen hatte. Die Mitgliederzahl des Katholischen Bauernvereins war innerhalb eines Jahres von etwa 30.000 auf über 55.000 geklettert; die Frauenorganisation konnte sogar auf einen Mitgliederstand von mehr als 60.000 verweisen. Den katholischen Arbeitervereinen war es „trotz des sozialdemokratischen Terrors" gelungen, ihre Mitglieder seit Kriegsende mehr als zu verdoppeln, freilich bloß auf bescheidene 4700 Seelen. In der christlichen Gewerkschaft waren rund 7000 Arbeitnehmer organisiert. Schließlich zählte der Christlichsoziale Verein etwas mehr als 8000 Mitglieder. Im Jahr 1921 umfasste die steirische CSP folgende Organisationen:

- Katholischer Bauernverein
- Landarbeiterbund
- Arbeiterverein
- Kath. Frauenorganisation
- Christlichsozialer Verein

337 StLA ZGS K.368: Verschiedenes (1865–):„Christlichsoziale Parteileitung, Brief, 1919. Die Christlichsoziale Partei". Die Christlichsozialen beschwerten sich über unlautere Wahlkampfmethoden („Lügen") der Sozialdemokraten, die behaupteten, die Christlichsozialen seien die Urheber des Krieges, Feinde der Republik und vom Großkapital und Großagrariern bestochen worden. In: An die christlichen deutschen Männer und Frauen des Landes Steiermark! In: Grazer Volksblatt (17.1.1919) S. 1.

338 Das endgültige Wahlresultat in Steiermark. In: Grazer Volksblatt (18.2.1919) S. 1; Die Stärke der Parteien in Steiermark. In: Ebda (18.5.1919) S. 1.

- div. Berufsvereinigungen (z.B. Handels- und Gewerbebund; Lehrerverband; öffentliche Angestellte und Privatangestellte)[339]

4.3.4 Die Rolle der Christlichsozialen in der Landesregierung und im Landtag

Auf Grund der Ergebnisse der Landtagswahlen 1919 entfiel exakt die Hälfte der 70 Abgeordnetensitze auf die CSP, die zur stärksten Fraktion im Landtag wurde. Diese relative Mehrheit konnte die CSP bis 1930 halten. Unter den 35 Abgeordneten erhielt die Schriftstellerin Olga Rudel-Zeynek[340] als einzige weibliche Abgeordnete einen Sitz. Fünf Abgeordnete vertraten den Wahlkreis Obersteier: Georg Gaß aus Liezen, Peter Krenn aus Eisenerz, Dechant Franz Prisching aus Krieglach, Alois Riegler aus St. Georgen bei Neumarkt und Franz Ritter aus Mariazell. Wie bereits erwähnt, wurde Anton Rintelen zum Landeshauptmann und Jakob Ahrer neben dem Sozialdemokraten Pongratz zu seinem Stellvertreter gewählt. Die Landesräte Franz Hagenhofer [ersetzt durch Riegler, Anm.], Franz Prisching, Josef Steinberger und Franz Tauschmann vertraten die CSP in der Landesregierung; somit entfielen 6 der 12 Regierungssitze auf die CSP. Die nächsten Landtagswahlen im Oktober 1920 brachten einige Veränderungen: Die Christlichsozialen mussten Einbußen zugunsten der Großdeutschen Volkspartei hinnehmen, die 7 Sitze errang, und erhielten nur noch 31 der 70 Landesparlamentssitze; davon entfielen fünf auf den Wahlkreis Obersteier. Neben Rintelen und Ahrer regierten wiederum 4 christlichsoziale Landesräte: Georg Gaß, Hans Paul, Franz Prisching und Alois Riegler. Für die CSP saßen drei weibliche Abgeordnete im Plenum: Marianne Kaufmann und Friederike Mikola aus Graz, sowie Maria Rieger. Bei den Wahlen im Jahr 1923 gewann die CSP 3 Mandate zu Lasten der Großdeutschen und erhielt 34 Abgeordnetensitze. Drei davon gingen an die weiblichen Abgeordneten Marie Lang aus Leoben, Mikola und Kaufmann; insgesamt sieben Sitze erhielt der Wahlkreis Obersteier. Zwischen 1926 und 1927 gab es einen dreimaligen Wechsel an der Spitze der Regierung, als es den Sozialdemokraten im Wege der Obstruktion gelang, die Wiederwahl Rintelens zu verhindern und zunächst Dechant Prisching, dann Dr. Alfred Gürtler (beide CSP) Landeshauptmann wurden. Von 1919 bis 1927 behaupteten die Sozialdemokraten eine konstante Zahl von 24 Abgeordnetensitzen. Nach einer durch die Landesverfassung bestimmte Herabsetzung der Abgeordnetensitze standen in der III. Landtagsperiode von 1927 bis 1930 nur noch 56 Abgeordneten- und 9 Regierungssitze zur Verfügung, wovon auf die Einheitsliste (CSP und GDV) 24 Sitze, 21 auf die SDAP, 9 auf den Landbund und 2 auf den erstmals kandidierenden Udeverband entfielen. Für die CSP saßen drei

339 Der zweite christlichsoziale Landesparteitag. In: Grazer Volksblatt (27.2.1921) S. 1.

340 Olga Rudel-Zeynek (1871–1948), geb. in Olmütz (Olomouc), gest. in Graz, war Schriftstellerin und Journalistin, führendes Mitglied in der kath. Frauenorganisation und Mitglied der Bundesparteileitung der CSP. Von 1920 bis 1927 war sie Nationalratsabgeordnete, danach Mitglied und erste weibliche Vorsitzende des Bundesrates. Für weiterführende biografische Details siehe: http://www.parlinkom.at/SK/VLESESAAL/PARL/show.psp?P_INF2=500001 18.12.2009.

Frauen im Landtag: Johanna Auer, Frieda Mikola und Marianne Millwisch, alle aus Graz. Im Mai 1927 löste Ing. Hans Paul (CSP) Alfred Gürtler als Landeshauptmann ab und blieb bis Rintelens Wiederwahl im April 1928 im Amt.

Für die Wahl im November 1930 wurde die Abgeordnetenzahl abermals auf 48 reduziert; nun hielten sich Christlichsoziale und Sozialdemokraten mit jeweils 17 Mandaten die Waage, der Schoberblock erhielt 8 Sitze und der Heimatblock 6 Sitze. Auf der Regierungsbank saßen für die CSP außer Landeshauptmann Rintelen (bis 13.11.1933) sein Stellvertreter Professor Josef Pichler aus Bruck an der Mur und Pfarrer Leopold Zenz. Im November 1933 folgte Dr. Alois Dienstleder Rintelen als Landeshauptmann, Nationalrat Josef Hollersbacher löste Pfarrer Zenz als Landesrat ab.[341] In den Jahren 1933 und 1934 schieden sowohl die Abgeordneten des Heimatblocks als auch die Sozialdemokraten aus dem Parlament und der Regierung des Landes aus; nun verfügten die Vaterländische Front, der „Österreichische Heimatschutz“, die Ostmärkischen Sturmscharen und die Christlichsozialen über die gesamte politische Staatsmacht. Zu Stellvertretern Dienstleders wurden die Landesräte Hollersbacher (CSP) und Egon Berger-Waldenegg (ÖHS) ernannt; weitere Landesräte waren Viktor Kollars (OSS), Peter Krenn (CSP/VF) und Anton Höpfl (Landbund). Mit dem Erlass der ständischen Landesverfassung am 31. Oktober 1934 endete die Tätigkeit des Landtages und der Landesregierung.[342]

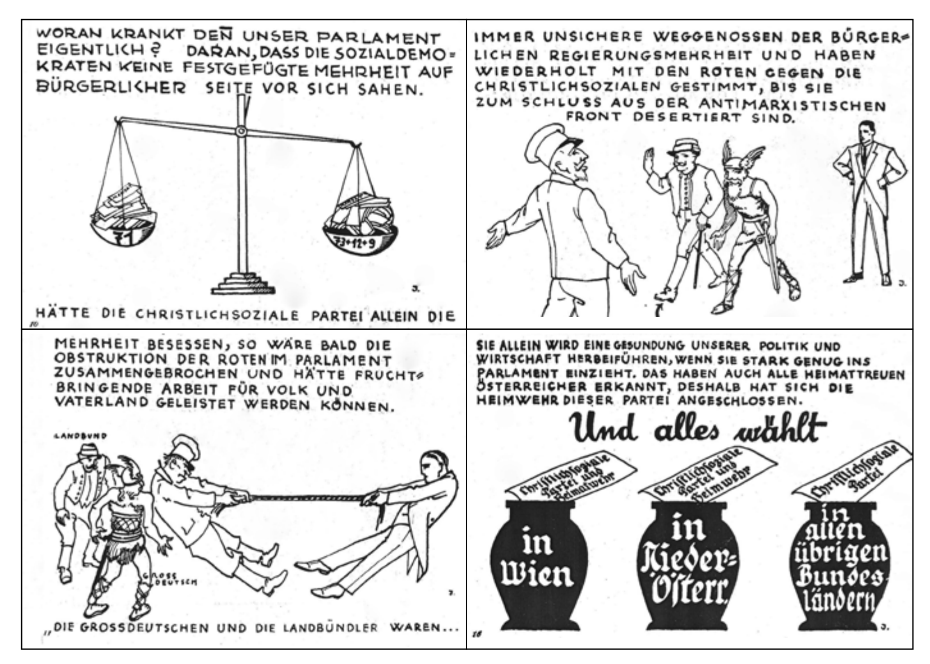


Abbildung 6: Wahlpropaganda der CSP 1930.

341 Josef Lipp, Der steiermärkische Landtag. Die Landtagswahlordnungen und die Landtagswahlergebnisse der Steiermark in der 1. Republik (Dipl. Arb., Graz 1991) App. XVI–XXVIII.

342 Karner, Steiermark, S. 156.

4.3.5 Beispiele von christlichsozialen Vereinen

4.3.5.1 Der Christlichsoziale Verein für Steiermark

Die Bildung des Christlichsozialen Vereins für Steiermark wurde von der k.k. Statthalterei in Graz am 20. Mai 1917 bewilligt. Sein erster Vereinsobmann war Christian Fischer[343], Redakteur des „Grazer Volksblattes" und Grazer Kommunalpolitiker. Laut Satzungen war der Sitz des Vereins in Graz und erstreckte seine Tätigkeit auf die „Städte, Märkte und Industrieorte der deutschen Steiermark". Dem Verein durften nur großjährige männliche Staatsbürger beitreten, die einen Jahresbeitrag entrichten mussten. Zweck des Vereins war die politische Aufklärung und Schulung seiner Mitglieder und die Interessen der Partei bei Wahlen zu wahren. Der Verein wurde im März 1935 aus dem Vereinskataster gelöscht mit dem Hinweis, dass er seit 1925 keine Tätigkeit mehr entfaltet hatte und auch über keine Mitglieder verfügte.[344]

4.3.5.2 Der Christlichsoziale Verein für Leoben und Umgebung

Der Christlichsoziale Verein für Leoben und Umgebung wurde im September 1924 vom Gemeinderat Walter Sechterberger gegründet. Zweck des Vereins war die Organisation der christlichsozialen Bevölkerung und die Vertretung ihrer Standesinteressen in „politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht" und der Zusammenschluss aller Gleichgesinnten in Leoben und Umgebung zur Schaffung gemeinnütziger Einrichtungen und Unternehmungen sowie zur Errichtung einer eigenen Geschäftsstelle in Leoben. Dort sollten Vereinsmitglieder Rechtsauskünfte, Beratung und Information erhalten können. Der Verein wurde schließlich im Juni 1936 aus dem Kataster gelöscht mit der Begründung, der Verein hätte unter seinem letzten Obmann, Dr. Ludwig Bernhart[345] seit der Errichtung des Ständestaates im Mai 1934 „keine Tätigkeit mehr entfaltet".[346]

---

343 Christian Fischer, geb. 1879 in Linz, gest. 1934 in Graz. Der Sohn eines Fabrikanten wuchs in Eggenberg bei Graz auf, arbeitete als Schlosser bei Lapp & Cie in Graz, dann als Journalist und Chefredakteur des „Grazer Volksblattes". Fischer engagierte sich früh für soziale Belange und trat dem Grazer Katholischen Arbeiterverein 1901 bei. Er war 1908–1914 im Handelsministerium tätig, 1917 Gemeinde- und Stadtrat in Graz, 1919–1933 zuerst Abgeordneter zum Nationalrat, dann zum Bundesrat. In: Rudolf List, 75 Jahre christliche Arbeiterbewegung in Obersteiermark (Donawitz 1962) S. 21–22.

344 StLA L.Reg. Gr.206: C-012 (1935):„Christlichsozialer Verein für Steiermark".

345 Dr. Ludwig Bernhart war Rechtsanwalt und christlichsozialer Gemeindepolitiker in Leoben. Von 1928 bis 1932 Bürgermeisterstellvertreter; nach der Auflösung des Gemeinderates am 11. August 1933 als einer von fünf Beiräten unter Regierungskommissär Dr. Eugen Ritter von Netoliczka-Baldershofen eingesetzt; ab 31.5.1935 im Gemeindetag als Gemeinderat tätig. In: Freudenthaler, „Eisen auf immerdar!", S. 392–397.

346 StLA L.Reg. Gr.206: Le 62 (1936): „Christlichsozialer Verein für Leoben und Umgebung"; laut Mitteilung des Dechanten Peter Gruber hatte sich der Verein seit der Errichtung des Ständestaates aufgelöst.

4.3.5.3 Der Christlichsoziale Angestelltenbund für Steiermark

Möglicherweise steht der frühe „Untergang" des Christlichsozialen Vereins für Steiermark im ursächlichen Zusammenhang mit der Gründung des Christlichsozialen Angestelltenbundes für Steiermark, der, nach dem Datum der Statuten zu urteilen, im März 1925 gegründet wurde. Die Organisation des Angestelltenbundes, dem alle christlichsozialen Angestellten beitreten konnten, umfasste vier Sektionen:

- öffentlich-rechtliche Angestellte (Bundes-, Landes- und Gemeindeangestellte)
- Verkehrsangestellte (Post-, Eisenbahn und Straßenbahnangestellte)
- Privatangestellte
- Angestellte in der Provinz (mit Wohnsitz und Dienstort außerhalb von Graz)

In Leoben wurde eine Ortsgruppe des Christlichsozialen Angestelltenbundes für Steiermark erst viel später, im Juni 1933, ins Leben gerufen. Ob die Ortsgruppe, die für den ganzen Bezirk zuständig war, noch eine rege Tätigkeit entfalten konnte, geht aus dem Akt nicht hervor.[347]

4.3.5.4 Der Christliche Arbeiterverein für Obersteiermark

Der Arbeiterverein mit Sitz in Leoben wurde zum Jahreswechsel 1925/1926 von den Grazer Proponenten Peter Krenn, Christian Fischer und Adolf Schönauer gegründet. Der Tätigkeitsbereich des Vereins sollte sich über die ganze Obersteiermark erstrecken mit dem Zweck, „das geistige und materielle Wohl der Arbeiter und Angestellten auf Grundlage der christlichen Weltanschauung zu fördern". Nicht nur fachliche Fortbildungen, Kurse und Vortragsabende standen auf dem Programm, auch für Unterhaltung und Geselligkeit wollte der Verein sorgen. Dem sozialen Gedanken sollte durch eine Art Unterstützungsfonds für Not leidende Mitglieder Rechnung getragen werden. Die Statuten bestimmten, dass neben dem Obmann, Schriftführer und Kassier auch ein katholischer Priester als geistlicher Berater des bischöflichen Ordinariates den Verein zu leiten hatte.[348] Neben dem Christlichen Arbeiterverein gab es den Katholischen Arbeiterverein, dessen Vereinshaus am 16. Oktober 1895 in Donawitz eingeweiht wurde. In der Folge entstanden weitere christliche Arbeitervereine in einer Reihe von benachbarten Gemeinden der Mur-Mürzfurche, beispielsweise in Bruck an der Mur, Kapfenberg, Fohnsdorf, Mürzzuschlag, Krieglach, Vordernberg, Trofaiach und Mautern. In Leoben entstand ein katholischer Bergarbeiterverein. Am 20. Februar 1927 feierte der Donawitzer Arbeiterverein unter seinem Obmann Adolf Leskovar[349] die Neugründung des Katholischen Gesellenvereins

347 StLA L.Reg. Gr.206: Le-079 (1933):„Christlichsozialer Angestelltenbund für Steiermark, Ortsgruppe Leoben".

348 StLA L.Reg. Gr.206: 1-001 (1926):„Christlicher Arbeiterverein für Obersteiermark".

349 Geb. 1891 in Donawitz, gest. 1975 in Graz. Leskovar wuchs als Sohn des Mitbegründers des Arbeitervereins in Donawitz auf, wo er im Hüttenwerk arbeitete und 1919 zum Betriebsrat der

Donawitz, des Ursprungs der katholischen Arbeiterbewegung.[350] Zwei Jahre später konnte Leskovar hohen Besuch in Donawitz begrüßen. Anlässlich des Landesverbandstages der katholischen Arbeitervereine der Steiermark am 5. Mai 1929 besuchte der Begründer des Christlichsozialen Vereins in Wien, Leopold Kunschak, die vom Donawitzer Arbeiterverein veranstaltete Festversammlung. Kunschak sprach über die Bedeutung der Demokratie und von den „Diktaturgelüsten“ der Sozialdemokraten und der Heimwehr. „Aufmarschieren und alles zusammenschlagen ist keine Aufbauarbeit“, erklärte Kunschak, der vor den Gefahren eines Bürgerkrieges und der drohenden Aufteilung Österreichs unter den ausländischen Mächten warnte.[351]

4.3.5.5 Die christlichen Gewerkschaften in der Obersteiermark

Die Ergebnisse der Arbeiterbetriebsratswahlen einiger Betriebe der ÖAMG zeigen, dass sich die Christliche Gewerkschaft lediglich auf eine kleine Schar von christlichsozial gesinnten Arbeitern stützte. In der Donawitzer Hütte beispielsweise schrumpfte die christlichsoziale Wählerschaft zwischen 1926 und 1930 von 400 auf 174, während die Zahl der sozialdemokratischen Wähler im selben Zeitraum von 1669 sogar zwischenzeitlich auf 2404 anstieg, dann allerdings auf 1183 absank. Den Löwenanteil der Stimmen konnte die so genannte Unabhängige Gewerkschaft für sich verbuchen, die ab 1928, dem Gründungsjahr, bis 1932 alle Donawitzer Arbeiter zwangsorganisierte. 1933 traten 424 Menschen der Christlichen Gewerkschaft wieder bei. Am Erzberg blieben bis 1932 100 Menschen [1 Mandat von insgesamt 14, Anm.] der Christlichen Gewerkschaft treu; im Kohlenrevier Fohnsdorf konnte die Christliche Gewerkschaft ebenfalls ein Mandat von insgesamt 14 behaupten.[352] Obwohl zwischen der „roten“ Freien Gewerkschaft und der „schwarzen“ Christlichen Gewerkschaft grundsätzliche ideologische Differenzen bestanden, waren sich beide in der Frage der „schädlichen“ Wirkung der UG einig. Bereits im April 1928 beklagte sich der Landessekretär der christlichen Gewerkschaften, Hans Müller, über die „terroristischen“ Methoden der Heimwehr in der Obersteiermark, die sich auch gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung richteten:

> *Wir haben aber schon im August des vorigen Jahres davor gewarnt, dem Heimatschutz Aufgabengebiete zuzuteilen, die ihm nicht zustehen.* (…). *In obersteirischen*

---

christlichen Arbeiterschaft gewählt wurde. Leskovar war auch Gemeinderat in Donawitz von 1919 bis 1929. In der christlichen Arbeiterbewegung wurde er Obmann des Verbandes der Katholischen Arbeitervereine Steiermarks und der Landeskommission der Christlichen Gewerkschaften. Leskovar vertrat die CSP im Nationalrat von 1927 bis 1934. In: http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_00865/pad_00865.shtml, 27.08.08; siehe auch: Rudolf List, 75 Jahre christliche Arbeiterbewegung in Obersteiermark (Donawitz 1962) S. 23–24.

350 Rudolf List, 75 Jahre christliche Arbeiterbewegung in Obersteiermark (Donawitz 1962) S. 14–25.

351 Abg. Kunschak in Donawitz. In: Leobener Zeitung (8.5.1929) S. 1.

352 Karl Stocker, Akkumulationszwang und Arbeiterinteresse. Beiträge über die Umsetzung von Verwertungsinteressen in soziale Tatsachen am Beispiel der ÖAMG. In: Hinteregger/Müller/Staudinger, Freiheit, S. 259.

Industrieorten ist es bereits Tatsache geworden, daß unsere Organisation keine Arbeiter mehr unterzubringen vermag, wenn sie nicht der Heimwehr angehören. (…) Das Bestreben ist offensichtlich, die christlichen Arbeiterorganisationen genau so umzubringen, wie man es bei den Sozialdemokraten versucht.[353]

Ende Oktober 1929 fand unter dem Vorsitz des Bezirkssekretärs Leskovar im Vereinshaus in Donawitz eine Bezirksobmannkonferenz der christlichen Gewerkschaften statt. In der dort gefassten Resolution wurde die den Staat bejahende Einstellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung einhellig betont und eine Verfassungsreform zur Stärkung des Bundespräsidenten beziehungsweise zur Unterstützung eines ruhigen Verlaufes der Gesetzgebung nur unter der Bedingung akzeptiert, dass „an den demokratischen Grundfesten unserer Republik" nicht gerüttelt werde. Um die dringendsten sozialen Forderungen durchzusetzen, sei es unabdingbar, dass die christlich gesinnte Arbeiterschaft sich in der christlichen Gewerkschaftsbewegung organisiere und auf die „neuzeitliche Schlagwortpolitik", komme sie von links oder rechts, nicht zu achten: *Die neue Gefahr der Gelben*[354] *ist bei uns bereits zur Hemmung auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete geworden. Die Fragen der Arbeiterschaft werden nicht mit Schlagwortpolitik, sie können nur mit reinster sachlicher Arbeit gelöst werden*, lautete der Tenor der Resolution.[355] Trotz der abwehrenden Haltung der christlichen Gewerkschafter erschien es da und dort dennoch opportun, die „antimarxistische" Konkurrenz zu unterstützen, um die erdrückende Mehrheit der sozialistischen freien Gewerkschaften zu brechen. Nach einem Streit zwischen Vertretern der „verbündeten" Gewerkschaften im Kohlenrevier Seegraben bei Leoben eskalierten die Feindseligkeiten im Februar 1930, als die christlichen Bergarbeitergewerkschafter die Exekutive zum Schutz ihrer Versammlung wegen einer von der UG angedrohten massiven Störung herbeirufen mussten. Mit Genugtuung vermerkte die „Alpinepost", selbst den CS-Gewerkschaftern, die nun die Zeche für ihre anfängliche gegen die freie Gewerkschaft gerichtete Packelei mit der UG bezahlen müssten, „ekele" es vor den Machenschaften der Vertreter der UG in Seegraben.[356]

4.3.6 Milieugeschichtliches im Leobener Industriegebiet

Wie obige Zahlen beweisen, hatte die CSP eine Minderheit an Anhängerschaft im Bezirk, die sie gegen die übermächtige Stellung der SDAP kaum ausbauen konnte. In Gemeinden mit starker sozialdemokratischer Fraktion wie in Leoben gelang es der

353 Christliche Gewerkschaften, Heimatschutz und Mietenfrage. In: Leobener Zeitung (12.4.1928) S. 1.

354 Die so genannten unternehmergelenkten Gewerkschaften, wie die im Bereich der ÖAMG gegründete Unabhängige Gewerkschaft.

355 Bezirks-Vertrauensmännerkonferenz der christlichen Gewerkschaften in Donawitz. In: Leobener Zeitung (10.11.1929) S. 6.

356 Eine christlichsoz. Bergarbeiterversammlung unter Gendarmeriedeckung. In: Die neue freie Alpinepost (21.2.1930) S. 11.

CSP durch verschiedene Wahlbündnisse mit anderen bürgerlichen Parteien – in der Leobener Gemeindewirtschaftspartei, später Deutschen Gemeindepartei waren GDV und CSP vertreten – ein gewisses Mitspracherecht zu behaupten. Obmann der Stadtparteileitung Leoben war der bereits erwähnte Rechtsanwalt Ludwig Bernhart.[357] Das Zusammenwirken mehrerer Ortsgruppen wurde durch die Bildung christlichsozialer Arbeitsgemeinschaften gefördert wie im Fall der AG Leoben-Donawitz-Judendorf-Göß, die Ludwig Bernhart als Obmann neben seinem Stellvertreter, dem Leobener Gemeinderat Walter Sechterberger, betreute.[358] Als Gemeinderat zählte Stadtpfarrer Prälat Dr. Thir zu einem der eifrigsten Förderer und Funktionäre der Leobener Ortsbewegung. Im März 1930 übersiedelte er nach Bruck an der Mur, wo er die Stadtpfarrprobstei übernahm.[359] Ein weiterer Leobener Geistlicher, Stadtdechant Monsignore Peter Gruber, vertrat die CSP als Bezirksrat in der Bezirksvertretung Leoben.[360] Außer der katholischen Bauernschaft zählten auch verschiedene durchaus urbane katholische Bewegungen zu den Stützen der CSP im Bezirk. Eine Ortsgruppe der Katholischen Frauenorganisation (KFO) gab es ebenso in Leoben und Donawitz wie eine Ortsgruppe der christlichen Jugendbewegung für Leoben und Umgebung. Der christlich-deutsche Elternverein „Frohe Kindheit" für Leoben und Waasen errichtete ein Jugendheim auf den so genannten Massenberggründen, wo unter der Mitwirkung der örtlichen Pfadfindergruppe und der Donawitzer Jungmannschaft „Edelweiß" Sommerfeste und Vereinsabende veranstaltet wurden.[361] Im Juni 1928 feierte der christlich-deutsche Turnverein Leoben sein fünfjähriges Bestehen mit einem zweitägigen Fest, das unter anderem vom Bezirkshauptmann Urbanek und Landeshauptmann Rintelen samt Ehefrau, die als Fahnenpatin fungierte, besucht wurde.[362] Der Obmann der Leobener christlichsozialen Handels- und Gewerbetreibenden, Gemeinderat Fuhrmann, organisierte eine Reihe von Sprechabenden, bei denen direkte Gespräche und Beratungen mit prominenten christlichsozialen Politikern ermöglicht wurden.[363] Bei der Jahreshauptversammlung im Juli 1932 wurde das langjährige Präsidialmitglied der Landesorganisation Dr. Udo Illig zum Ehrenmitglied der Ortsgruppe Leoben ernannt. Weitere Beispiele für christlichsoziale Organisationen in Leoben waren der Hausbesorgerverein und der Gastwirteverband.[364]

In Donawitz stand Stadtpfarrer Weinhandl neben Arbeitervereinsobmann Sormann und Nationalrat Leskovar im Zentrum der verschiedensten Aktivitäten christlicher Vereine, deren Zusammenkünfte im Katholischen Vereinshaus Donawitz stattfanden. Der katholische Volks- und Arbeiterbildungsverein für Donawitz und

357 Dr. Strafella in Leoben. In: Leobener Zeitung (27.4.1929) S. 1.
358 Christlichsoziale Arbeitsgemeinschaft. In: Leobener Zeitung (30.7.1927) S. 2.
359 Zum Abschied des Prälaten Dr. Anton Thir. In: Leobener Zeitung (30.3.1930) S. 1.
360 StLA BV Leoben K.94 (Verhandlungsschrift der Bezirksausschuss-Sitzung vom 15. November 1929).
361 Leobener Nachrichten. In: Leobener Zeitung (16.7.1927) S. 4.
362 Zur Fahnenweihe und dem fünfjährigen Bestande des christlich-deutschen Turnvereines Leoben. In: Leobener Zeitung (30.6.1928) S. 3.
363 Christlichsoziale Sprechabende. In: Leobener Zeitung (10.11.1928) S. 4.
364 Hauptversammlung des christlichsozialen Handels- und Gewerbebundes, Ortsgruppe Leoben. Ehrenabend für Dr. Udo Illig. In: Leobener Zeitung (3.7.1932) S. 2.

Umgebung sorgte nicht nur für die Unterhaltung und Weiterbildung ihrer Mitglieder durch Theater- und Musikabende, Gesangsunterricht, Kurse sowie die Anschaffung und ständige Erweiterung einer Bibliothek, sondern zahlte auch Unterstützungen an bedürftige und kranke Arbeiter aus.[365] Zu den Sorgen um die materielle Not der Donawitzer Bevölkerung gesellte sich plötzlich eine neue seelische „Gefahr“: Im Jahr 1932 musste die Katholische Aktion Donawitz verstärktes Augenmerk auf die „gegen die katholische Kirche“ gerichtete, von „Bibelforschern“ ins Leobener Gebiet getragene Missionarstätigkeit lenken.[366]

Trotz des Engagements und Optimismus blieb der prozentuelle Wählerstimmenanteil der CSP in den bevölkerungsreichsten Zentren des Bezirkes jedoch unter 15 Prozent: In der Stadt Leoben entfielen bei den Nationalratswahlen 1930 901 der 6794 gültigen Stimmen auf die CSP (13%); im Vergleich dazu wählten 2918 Menschen die SDAP (43%). In Donawitz entfielen von 9542 gültigen Stimmen 633 auf die CSP (7%) und 5272 auf die SDAP (55%). Sogar in der ländlichen Marktgemeinde Mautern und Umgebung blieb die CSP hinter der SDAP zurück und konnte lediglich 370 der 1232 Stimmen (30%) erobern (SDAP 386). In diesem Zusammenhang ist freilich auf die Konkurrenz des erstmals kandidierenden Heimatblocks hinzuweisen, der vermutlich einen nicht geringen Anteil der christlichsozialen Wähler und Wählerinnen „wegschnappte“. Ein genauer Vergleich zu den Nationalratswahlen 1927 ist wegen der damaligen Zugehörigkeit der CSP zur „Einheitsliste“, in der auch die Großdeutsche Volkspartei vertreten war, kaum möglich. In der Stadt Leoben spielte die nationale Fraktion (GDV und NSDAP) stets eine bedeutende Rolle innerhalb des bürgerlichen Lagers. Mit Max Enserer konnten die Nationalen von 1922 bis 1931 den Bürgermeisterposten wie auch knapp die Hälfte der von der Gemeindepartei errungenen Mandate beanspruchen. Die Nationalsozialisten (Hitlerbewegung) feierten ihren größten Zuwachs bei den Gemeinderatswahlen 1932, zogen mit 6 Vertretern in den Gemeinderat ein und stellten mit Karl Cerha den zweiten Vizebürgermeister.[367]

In den sozialdemokratischen Hochburgen Bruck an der Mur und Kapfenberg stützte sich die CSP auf eine ähnlich schmale Basis.[368] Die kleine christlichsoziale Fraktion, die gemeinsam mit den Großdeutschen in der „Wirtschaftspartei“ das Forum der Bürgerlichen bildete, konnte sich kaum gegen die Übermacht der Sozialdemokraten behaupten.[369] Trotzdem oder gerade deswegen ließ sich die Brucker Ortsgruppe von ihren zahlreichen Aktivitäten nicht abbringen. Der

365 StLA BV Leoben K.95 (Kath. Volks & Arbeiterbildungsverein für Donawitz und Umgebung. Beilage zum Subventionsansuchen an den Bezirksausschuss Leoben, 21.4.1930).

366 Tagesnachrichten. In: Leobener Zeitung (6.3.1932) S. 12.

367 Wahlergebnisse im Bezirk Leoben. In: Obersteirische Volkszeitung (26.4.1932) S. 2; Freudenthaler, „Eisen auf immerdar!“, S. 389–395.

368 Bei den NRW am 9.11.1930 in der Stadt Bruck entfielen 867 von 6778 gültigen Stimmen auf die CSP (rund 13%) und 3685 auf die SDAP (54%).

369 Bei den Gemeinderatswahlen 1928 errangen die Christlichsozialen 7 der 11 Mandate der mit den Großdeutschen gemeinsam gebildeten Brucker Wirtschaftspartei; die Sozialdemokraten gewannen 18 Mandate, die NSDAP 1 Mandat. [Die Ergebnisse der Brucker Gemeinderatswahl: In. Leobener Zeitung (6.3.1928) S. 1].

CS-Parteisekretär Dr. Pachler, der über ein Sekretariat in Bruck verfügte, organisierte nicht nur das Programm der Stadtpartei, sondern bot Auskunftstage im ganzen Bezirk an.[370] In Bruck gab es auch eine Ortsgruppe des katholischen Volksbundes, die beispielsweise ein Komitee für die Beschaffung der Kirchenglocken und einen Presse- und Bildungsausschuss, der Vortragsreihen hielt, ins Leben rief, sowie eine Ortsgruppe des Elternvereins „Frohe Kindheit", die sonntägliche Zusammenkünfte und Ausflüge für Kinder organisierte. Dahinter steckte freilich die Absicht, auf die Eltern in der heftig umkämpften „Schulfrage"[371] im Sinne der Kirche einzuwirken.[372] Bei einer Versammlung der christlichsozialen Vereinigung im April 1930 wurde eine neue Ortsgruppenleitung gewählt; als Gastreferenten erschienen Bundesrätin Olga Rudel-Zeynek und der Generalsekretär der christlichsozialen Landesparteileitung, Dr. Karl Pregel. Der CS-Arbeitsgemeinschaft in Bruck an der Mur gehörten zahlreiche Persönlichkeiten beiderlei Geschlechtes an, unter denen Lehrer, Lehrerinnen und Geistliche, Gemeinderäte und -rätinnen einen Schwerpunkt bildeten. Als Obmann der Gemeinschaft wurde Landtagsabgeordneter Josef Pichler wiedergewählt. Außer dem Vorstand wurden Vertreter und Vertreterinnen folgender Gruppen für die Dauer von drei Jahren neu gewählt: Frauenorganisation; öffentliche Körperschaften (Gemeinde und Bezirksvertretung); Orts- und Bezirksschulrat; Standesorganisationen: Arbeiterverein; katholischer Bauernbund; Handels- und Gewerbetreibende; Lehrerverband; Öffentliche und Privatangestellte.[373]

4.3.7 Zusammenfassung

Die Tätigkeiten der verschiedenen christlichsozialen und katholischen Vereine im Bezirk finden entsprechende Erwähnung in den christlich-orientierten Medien im Bezirk und Land wie z.B. im „Grazer Volksblatt", einem Produkt des Grazer „Styria"-Verlages, sowie ab 1924 in der „Leobener Zeitung" [ab September 1929 „Leobener Sonntagspost", Anm.], der Ende 1932 als „Obersteirische Volkspresse" geführten Zeitung der Druckerei Horst in Leoben.[374] In behördlichen Quellen fin-

370 Brucker Nachrichten. Auskunftstage des christlichsozialen Parteisekretariates. In: Leobener Zeitung (30.7.1927) S. 4.

371 Hierbei ging es um die von den Sozialdemokraten verlangte Trennung von Kirche und Schule, also die Freistellung des Religionsunterrichts. Das bürgerliche Lager befürchtete jedoch eine viel weitergehende „marxistische Umerziehung" der Kinder.

372 Jahreshauptversammlung des Kath. Volksbundes Bruck an der Mur. In: Leobener Zeitung (11.4.1925) S. 1.

373 Jahres-Hauptversammlung der christlichsoz. Parteiorganisation von Bruck a. d. M. In: Leobener Sonntagspost (27.4.1930) S. 3.

374 Die Kunstdruckerei Horst wurde nach dem 1. Weltkrieg in Leoben gegründet und 1924 von dem Katholischen Preßverein der Diözese Seckau als obersteirische Filiale der „Styria"-Universitätsbuchdruckerei übernommen; 1932 erwarb der langjährige Chefredakteur der LZ/LSP, Josef Herzog, die Kunstdruckerei Horst. Für diesen Hinweis danke ich Herrn Mag. Roland Steiner sehr herzlich: Roland Steiner, Die „Obersteirische Volkspresse" (1924–1938). Ein Beispiel publizistischer und personeller Diskontinuität im österreichischen Journalismus 1938–1945 (Seminararbeit,

den sich nur spärliche Hinweise, vorwiegend in Verbindung mit Anschlägen der NSDAP und/oder anderer politischer Gegner auf katholische Vereinsheime und Einrichtungen der Kirche.[375] In einem von einer sozialdemokratischen Industriearbeiterschaft dominierten Umfeld war die Gefolgschaft der CSP häufig stark exponiert, weil sie durch ihr öffentliches Bekenntnis zum Katholizismus gegen den weltanschaulichen Strom schwamm und dabei in einen scharfen ideologischen Gegensatz zur Sozialdemokratie geriet. Und auch demokratiepolitisch steuerten die obersteirischen Christlichsozialen einen bedenklichen Kurs, als sie die Ausschaltung des Parlaments am 15. März 1933 als „eine große nationale Tat" begrüßten und die Regierung Dollfuß „im Namen der gesamten Bevölkerung von Leoben-Donawitz" in einer Resolution bat, den „eingeschlagenen Weg" fortzusetzen.[376] Zusätzlich trug die Unterstützung der Heimwehrbewegung durch prominente christlichsoziale Politiker wie Seipel und Rintelen zur Polarisierung der klerikalen und antiklerikalen Parteien bei. Von Anfang an spielten römisch-katholische Priester eine zweifelhafte Rolle bei der Legitimierung kultischer Handlungen im Rahmen von Heimwehrfeiern: Die religiöse Verbrämung von Wimpelweihen und Heldenehrungen verwischte die Grenzen zwischen christlichsozialer, nationaler und faschistischer Gesinnung: Der sonntägliche Aufmarsch der Antimarxisten geriet so zum Kreuzzug gegen die „Antichristen". Mit dem Erstarken der Heimwehren nach dem Justizpalastbrand im Juli 1927 zerbröckelte das einst so stolze Gebäude der „Lueger-Partei" innerlich. Das Ende der Christlichsozialen Partei wurde de facto durch die Schaffung der VF im Mai 1933 sowie durch den Rückzug der Kirche aus der Politik, der einen personellen Aderlass zur Folge hatte, eingeläutet. Der christlichsoziale Kanzler Dollfuß hatte seine eigene Partei auf dem Altar einer „höheren Staatsidee", des Ständestaates, geopfert. Am 14. Mai 1934 verkündete die CSP ihre Selbstauflösung und Überführung in die VF. Ihr Ende wurde am 28. September 1934 offiziell besiegelt, als die Bundesparteileitung bekannt gab, die CSP sei angesichts der grundlegenden Veränderungen nicht mehr in der Lage in das politische Geschehen einzugreifen. Nun beende sie ihre Tätigkeit in dem Bewusstsein, eine historische Aufgabe erfüllt zu haben.[377]

Wien 2008) S. 29–40: http://textfeld.ac.at/text/1355/, 18.12.2009. Grundlegend zur steirischen Presse: Nora Aschacher, Die Presse der Steiermark von 1918 bis 31. Juli 1955 (Diss., Wien 1972), Kurzzitat: Aschacher, Presse.

375 Beispielsweise in Eisenerz und Kapfenberg, wo katholische Vereinsheime im Dezember 1933 durch Explosions- und Brandattentate schwer beschädigt wurden (StLA ZGS (BKA) K.83/10 (Fol.909; 1182–1183).

376 Eine große nationale Tat. In: Obersteirische Volkspresse (26.3.1933) S. 1: In der am 17.3.1933 gefassten, an BM und LH Rintelen gerichteten Entschließung erklärte die Christlichsozialen Arbeitsgemeinschaft Leoben, sie begrüße es einhellig, *dass die Regierung nach Selbstausschaltung des ohnehin seit langem schon durch das demagogische Verhalten der Marxisten und ihrer Helfershelfer kaum mehr arbeitsfähigen Parlaments mit fester Hand längst erwartete Reformen zugunsten von Volk, Staat und Wirtschaft durchführt.*

377 Kriechbaumer, „Dieses Österreich retten …", S. 465–478.

4.4 Die Heimwehrbewegung in der Steiermark[378]

Neben den offiziellen Orts- und Sicherheitswehren[379], die in den ersten Nachkriegstagen unter Hans Resel, einem der Militärbevollmächtigten des Landes, gebildet wurden, formierten sich so genannte Bauernwehren in der südöstlichen Steiermark, die bald dem „Untersteirischen Bauernkommando" Dr. Willibald Brodmanns unterstanden. Diese fungierten teils als zivile Schutz- und Abwehreinheiten gegen Plünderungen und Requirierungen, teils als Grenzschutzformationen im südlichen Grenzgebiet zum SHS-Staat. Gleichzeitig wurden sozialdemokratisch dominierte Arbeiterwehren als Betriebsschutz in Donawitz, Leoben, Bruck und Graz aufgestellt. In den Betrieben der Mur-Mürz-Furche, wo es im Jänner 1918 zu kriegsbedingten Streiks gekommen war, war es der Sozialdemokratie zwar gelungen, die Streikbewegung unter Kontrolle zu halten; allerdings brachte ihr die Taktik der radikalen Agitation den Ruf eines Wegbereiters „russischer Zustände" ein.[380] Für die Industriegebiete der Obersteiermark war die Gründung des „Deutschen Volksrates" durch den deutschnational gesinnten Rechtsanwalt Walter Pfrimer in Judenburg von weitreichender Bedeutung. Pfrimer definierte seine Wehrformation als „überparteiliche Volksbewegung", die nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern gegen den Klassenkampf gerichtet war. Ab 1927 dominierten der Steirische Heimatschutz und der Republikanische Schutzbund nicht nur den Alltag in der obersteirischen Industrieregion, sondern übten einen verhängnisvollen Einfluss auf die österreichische Innenpolitik aus.[381]

4.4.1 Der Aufstieg der Heimwehrbewegung[382]

In der ersten Woche nach dem Waffenstillstand im November 1918 herrschte auch in Leoben das Chaos: Trotz aller „vorbeugenden Maßnahmen", so ein Zeitungsbericht,

378 Nach wie vor maßgeblich zum Thema Steirischer Heimatschutz: Bruce F. Pauley, Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918–1934 (Wien 1972); Wiltscheggs gesamtösterreichische Darstellung enthält sehr interessante Einblicke und wertvolle Details zu den handelnden Personen: Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? (=Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 7, Wien 1985); eine informative Quelle ist das Heimatschutzjahrbuch 1933: Österreichisches Heimatschutz Jahrbuch 1933. Für Heimat, Volk und Vaterland! hrsg. von der Landesleitung des Heimatschutzverbandes Steiermark, 1.Jg. 1. Aufl. (Graz 1932).

379 Zeitungsmeldungen zufolge lauteten die korrekten Bezeichnungen der von den steirischen Militärbevollmächtigten dekretierten Wehren wie folgt: Die von den Gemeinden aufgestellten und verpflegten „Heimwehren"; die von gedienten Soldaten zusammengesetzten „Sicherheitswehren des Landes" (Landesschützen), welche zusammen mit der aus aktiven Soldaten gebildeten „Volkswehr" vom Staat verpflegt und entlohnt wurden. Unabhängig davon entstanden in Graz eine „Bürgerwehr", ein „Arbeiterhilfskorps", sowie die „Studentenwehr", die den Grazer Hauptbahnhof in den kritischen Tagen des Umsturzes bewachte. In: Grazer Volksblatt (5.11.1918) S. 1; (18.11.1918) S. 4.

380 Gerhard Pferschy, Über Kräfte und Ideen im politischen Leben der Steiermark während der Ersten Republik. In: ZdHVSt 80 (1989) 247–250.

381 Karner, Steiermark, S. 135.

382 Walter Wiltscheggs gesamtösterreichische Darstellung enthält interessante Einblicke und wertvolle Details zu den handelnden Personen: Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwidersteh-

seien durchfahrende Lastkraftwagen sowie Fuhrwerke geplündert worden und auf dem Kasernenhof, „wo es mitunter recht lebhaft zugeht", suchten viele Leute, „etwas von den umherliegenden Requisitionsgegenständen zu erhaschen". Selbst die Wehrmänner, heißt es hier, hätten es mit der Ehrlichkeit nicht so genaugenommen. An der Finanzierung der Leobener Ortswehr beteiligten sich ein Großgrundbesitzer und einige Geschäftsleute: Baron Franz Mayr-Melnhof mit 5000 Kronen, Georg Perz mit 200 Kronen, Baumeister Lindner mit 150 Kronen sowie Alfred Riedl mit 100 Kronen.[383] Auch in Judendorf bei Leoben bildete sich eine Ortswehr unter der Leitung von Sägewerksbesitzer Kuschinsky.[384]

Einige Wochen nach der Entstehung des so genannten Deutschen Volksrates in der Untersteiermark gründete Pfrimer im Frühjahr 1918 einen Volksrat in seinem Wohnort Judenburg. Bald wurde dieser zu einer Unterabteilung der steirischen Heimwehr, an deren Spitze Pfrimer als obersteirischer Bezirksführer stand. Nicht außer Acht gelassen werden sollten die Grazer und Leobener Studentenbataillone, die sich der Bewegung damals anschlossen und bald den Ruf einer radikalen nationalen Kerntruppe erlangten. Die meisten dieser Studenten waren erfahrene Soldaten, die sich sowohl in der Verteidigung der kärntnerisch-steirischen Grenzregionen als auch in der Niederschlagung der kommunistischen Aufstände des Jahres 1919 hervortaten. Um diese Truppen an sich zu binden, machte Pfrimer deren Führer, Hans Albin Rauter, zu seinem Stabschef.[385] Bald nach dem Umsturz stellte Landeshauptmann Rintelen die steirischen Heimwehrgruppen unter die Leitung eines Gremiums führender steirischer Politiker aller Parteien, allen voran des christlichsozialen Landeshauptmannstellvertreters Ahrer. Das obersteirische Bauernkommando Pfrimers sowie das untersteirische Bauernkommando Brodmanns, die als eine „überparteilich" ja sogar als antiparteiliche Kampfgemeinschaft auftraten, behielten als solche eine gewisse Selbständigkeit bei. Als Antwort auf die offizielle Auflösung der steirischen Heimwehren im Frühjahr 1922 wurde die überparteiliche Bewegung „Selbstschutzverband Steiermark" in Leoben gegründet. Nach dem frühen Tod Brodmanns im Mai 1922 entstand eine nationale Kernbewegung, deren Führung Walter Pfrimer im Herbst 1923 von dem Grazer Universitätsprofessor Hertle übernahm. Am 1. Jänner 1924 wurde der Selbstschutzverband in „Heimatschutzverband Steiermark" umbenannt. Pfrimer machte von Anfang an klar, dass seine Bewegung keinesfalls Befehlsempfänger irgendwelcher Parteien sei, sondern eine eigenständige deutschnationale antimarxistische Kraft in der Steiermark darstellte. Bekanntlich schlug die Stunde der Bewegung im November 1922 in Waltersdorf bei Judenburg[386] und

liche Volksbewegung? (=Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 7, Wien 1985), Kurzzitat: Wiltschegg, Volksbewegung, S. 14–15; 34–36.

383 In ernster Zeit. In: Obersteirische Volkszeitung (13.11.1918) S. 4.

384 In ernster Zeit. In. Obersteirische Volkszeitung (16.11.1918) S. 2.

385 Pauley, Hahnenschwanz, S. 40–42.

386 Einer im November 1971 verfassten Niederschrift des Herrn Rudolf Sperlich, Zeitzeuge und Sohn des damaligen Gendarmeriepostenkommandanten Alois Sperlich zufolge, entzündete sich jene gefährliche Situation an einer bei einigen Strettweger Bauern durchgeführten Waffensuche, die am 2. November 1922 von etwa 200 teils bewaffneten Arbeitern aus dem Fohnsdorfer Industrierevier unter dem Kommando des Arbeiterführers Josef Chaloupka überfallen und beraubt wurden. Nach

abermals im Juli 1927, als der sozialdemokratische Streik in der Steiermark durch Androhung von Gewalt beendet wurde. Zwischen diesen Ereignissen trat relative Ruhe ein, doch unter der Oberfläche schwelte die Nachkriegswunde weiter. Im April 1923 reagierte die Sozialdemokratie auf Waltersdorf mit der Gründung des Republikanischen Schutzbundes als Ersatz für die Arbeiterwehren und stattete ihn mit Waffen aus. Auch sollte ein Gegengewicht zur österreichischen Streitmacht geschaffen werden, die seit dem Bruch der Koalition 1920 nicht mehr unter der politischen Kontrolle der Sozialdemokratie stand, sondern unter dem christlichsozialen Heeresminister Carl Vaugoin zu einer „bürgerlichen" Armee umfunktioniert werden sollte. Für Spannungen sorgte das Anfang November 1926 erschienene „Linzer-Programm" der Sozialdemokratie, das von den bürgerlichen Parteien als Kampfansage aufgefasst wurde; im Jänner darauf fielen die Schüsse von Schattendorf, die den Brand des Justizpalastes im Sommer 1927 indirekt auslösten.[387]

Mit der Begründung der Unabhängigen Gewerkschaft im Frühjahr 1928 gelang es dem Steirischen Heimatschutz erheblichen Druck auf die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft in der obersteirischen Industrieregion auszuüben.[388] Ein Blick in die personelle Zusammensetzung einiger obersteirische Ortsgruppen verrät deren Verquickung mit den lokalen Betrieben der ÖAMG. Mit der Gründung der ersten Ortsgruppe in Donawitz und der planmäßigen Bildung weiterer Ortsgruppen der „Unabhängigen Gewerkschaft" verfolgten die industriellen Geldgeber eine offensive Strategie der vollständigen politischen und sozialen Kontrolle der Industriearbeiterschaft.[389]

---

der Verhaftung der Rädelsführer sammelten sich tausende großteils bewaffnete Demonstranten in Judenburg, die zunächst das Bezirksgericht, dann den Gendarmerieposten belagerten. Daraufhin alarmierte der damalige Gend. Abteilungskommandant August Meyszner den freiwilligen „Selbstschutz" des oberen Murtales, der mit 400 Mann aus Murau und Umgebung nach Grünhübl bei Judenburg einrückte. Der Konflikt wurde schließlich durch eine Vereinbarung beendet, dass beide bewaffneten Streitteile sich „unverzüglich wieder an ihre Arbeitsplätze zu begeben hätten". Doch sei es zu keiner wirklichen Befriedung gekommen, so Sperlich, denn jede Seite habe sich für eine allfällige Wiederholung gerüstet. Die „hochgezüchtete Klassenkampfideologie" habe seiner liebenswerten Heimat auf Jahre hinaus geschadet: „Hie überheblicher oft unsozialer Standesdünkel der sogenannten ‚Bürgerlichen', dort das vor Hass- und Neidparolen strotzende Proletariertum". Sperlich zufolge bestand der „Selbstschutz" aus ehemaligen Frontsoldaten, der ursprünglich als freiwillige Gendarmerieassistenz bei Unruhen eingesetzt werden sollte. Erst nach Waltersdorf habe sich der „Steirische Heimatschutz" unter Walter Pfrimer entwickelt: StLA ZGS K.262: Verschiedenes (1922–): „Der Krisenmonat November 1922 in Judenburg"; siehe auch Chronik des LGK Judenburg Bd.1.

387 Pauley, Hahnenschwanz S. 40–48; ÖHJ 1933, S. 55–63.

388 Heimatschutz in Österreich (Wien 1934) S. 300. In den Quellen werden verschiedene Gründungsdaten der UG angegeben, u.a. Jänner, Februar und Mai 1928. Eduard Staudinger nennt den 19. Mai 1928 als das in den Satzungen der UG angegebenes Datum, siehe: Eduard Staudinger, „Unabhängige Gewerkschaft" und Arbeiterschaft in der Obersteiermark 1927 bis 1933. In: Geschichte und Gegenwart 1 (1985) 54.

389 Diese Frage wird ganz ausführlich behandelt in: Otto Hwaletz, Helmut Lackner, Josef Mayer u.a., Bergmann oder Werkssoldat. Eisenerz als Fallbeispiel industrieller Politik. Dokumente und Analysen über die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft in der Zwischenkriegszeit (Graz 1984) sowie von Barbara Schleicher, Heisses Eisen. Zur Unternehmenspolitik der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft in den Jahren 1918–1933 (Frankfurt am Main 1999).

Der fulminante Aufstieg der Heimwehrbewegung, der bis etwa Mitte 1929 andauerte, muss freilich vor dem Hintergrund der in- und ausländischen Geldgeber und deren Interessen gesehen werden. Solange Ungarn und Italien hoffen durften, die Heimwehren für ihre außenpolitischen Ziele nutzbar machen zu können, sprudelten auch die Geldquellen und Sachspenden.[390] Kooperationen dieser Nachbarn mit Kanzlern wie Schober oder Dollfuß engten den Aktionsradius der Heimwehren naturgemäß ein.[391] Im Frühjahr 1928 hatten die höchsten Vertretern Ungarns, Bethlen und Gömbös, in Absprache mit Mussolini vereinbart, dass die Heimwehr mit großzügigen finanziellen Mitteln und Waffen unterstützt werden sollte. Langfristig planten sie, Österreich zu einem gegen die von Frankreich protegierten Länder der „Kleinen Entente" gerichteten faschistischen Bollwerk zwischen Italien und Ungarn auszubauen. Zu diesem Zweck sollte die Heimwehr im Zuge eines von der Gegenseite „provozierten" Staatsstreiches die Macht in Österreich übernehmen. Anlässlich eines im Oktober 1928 organisierten Massenaufmarsches beider Wehrverbände in der sozialdemokratischen Hochburg Wiener Neustadt hoffte die Heimwehrführung auf eine Gelegenheit, bei einem Zusammenstoß mit dem Schutzbund vollendete Tatsachen zu schaffen. Aufgrund von verschärften Sicherheitsmaßnahmen verlief der Tag jedoch ohne besondere Vorkommnisse. Während die Heimwehr in Wiener Neustadt aber „das Recht auf die Straße" erkämpft hatte, war der Sozialdemokratie erneut ein Schlag versetzt worden. Rückendeckung erhielt die Heimwehrorganisation vom Bundeskanzler Seipel, der mit dem Heimwehr-Trumpf im Ärmel gleichzeitig die Staatsautorität wahren und die sozialdemokratische Macht schwächen wollte. Italien und Ungarn forderten jedoch konkrete Ergebnisse und drängten auf einen gewaltsamen Heimwehrputsch und die Ausschaltung der Sozialdemokratie.[392]

Den inländischen Geldgebern[393] war die Übereinstimmung mit den antimarxistischen Parteien von primärer Bedeutung, wobei die Heimwehr als „eine große überparteiliche und eigentlich unpolitische Organisation" unterstützend zur Verfügung stehen sollte. Mit dem Eintritt der Heimwehr in die Politik ab Oktober 1930 kam es dann zu entsprechenden Spannungen.[394] Die Autorin von „Heisses Eisen", Barbara Schleicher, errechnete, dass Pfrimers Truppe ab 1929 ein monatliches Einkommen von 20.000 Schilling vom Industriellenverband erhielt, wobei die ÖAMG den Löwenanteil aufbrachte. Überdies soll die ÖAMG sämtliche Reise- und Transportkosten zu den Aufmarschorten sowie die Druckkosten für das Heimatschutzblatt „Der

390 Detailliert dargestellt von: Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr (Wien 1966), Kurzzitat: Kerekes, Abenddämmerung.

391 Reinhart Kondert, Schober und die Heimwehr. Der Niedergang des Austrofaschismus 1929–1930. In: Zeitgeschichte 3 (1975) 163–175: Kondert gibt an, sowohl Mussolini als auch der Industriellenverband hätten die Unterstützungen auf Veranlassung Schobers Ende 1929, zumindest vorübergehend, eingestellt.

392 Kerekes, Abenddämmerung, S. 9–31.

393 Peter Berger, Ökonomische Macht und Politik. In: Tálos/Dachs, P.S. Ö., S. 405: Zu den einflussreichsten Geldgebern zählten der Verband der österreichischen Banken und Bankiers und der Hauptverband der Industrie Österreichs.

394 Gerald Sturmayr, Industrielle Interessenverbände: Ringen um Einheit. In: Tálos/Dachs, P.S.Ö, S. 348–349.

Panther“ übernommen haben. In den Jahren 1928/1929 unterstützte Mussolini die österreichischen Heimwehren mit rund 1,5 Millionen Schilling.[395] Inwieweit diese Geldquellen auf Grund der hereinbrechenden Wirtschaftskrise und/oder wegen der sich verändernden innen- und außenpolitischen Bedingungen langsam versiegt sind, ist nicht genau messbar.[396] Fest steht, dass der Aufstieg der Heimwehren durch den Misserfolg in der Frage der Verfassungsreform bis Jahresende 1929 deutlich gebremst wurde. Die Erosion in den Reihen der Heimwehr begann bereits im Dezember 1929, als die steirische Sektion des Landbundes beschloss, aus Pfrimers Heimatschutz auszutreten.[397] Auch das kämpferische Bekenntnis zum Faschismus, der „Korneuburger Eid“, bewirkte keinesfalls die erhoffte Einigung unter einem programmatischen Banner, sondern führte zu einer Spaltung der Bewegung. Noch im Juli 1930 meldete der Stabsleiter des Wiener Heimatwehrverbandes, Major Thalhammer, einen stolzen Gesamtstand der österreichischen Heimwehren von 492.000 Personen, davon 403.000 „militanten“ Mitgliedern. Nach dem Erscheinen des Korneuburger Programms seien etwa 66.000 Neueintritte bei etwa 3600 Austritten zu verzeichnen gewesen.[398] Vorausgesetzt, dass die angegebenen Zahlen stimmen, sind sie nur ein weiteres Indiz für das zwiespältige Wesen der Bewegung im Hinblick auf ihren überparteilichen Status. Wie wäre es sonst zu erklären, dass die Hälfte der kolportierten Mitglieder ihre Stimme dem Heimatblock am 9. November 1930 vorenthielt? Die innere Schwäche der Bewegung wurde durch den Führerwechsel im September und den umstrittenen Wahlgang im November offensichtlich; zudem gelang es der Heimwehr auch nicht, die Forderungen Mussolinis nach einem *Marcia su Vienna* zu erfüllen. Im Jänner 1931 schieden die Heimwehrführer Fey (Wien), Stocker (Eisenbahnerwehr), Vas (Burgenland), die Vorarlberger sowie der Tiroler Steidle vorübergehend aus der Bundesführung und bildeten unter sich eine Arbeitsgemeinschaft. Der Führer der niederösterreichischen Heimwehr, Ing. Julius Raab, der bereits im Dezember 1930 abgesetzt worden war, stellte eine eigene parteigebundene Heimwehr auf.[399] Pfrimers Alleingang am 13. September 1931 offenbarte erst recht die Uneinigkeit der Bewegung. Der nächste Rückschlag sollte bald folgen. Bereits im März 1932 lösten sich maßgebliche Führer von der steirischen Landesleitung und bildeten nunmehr den Kern des „Österreichischen Heimatschutzes in der Steiermark“, der sich im März 1933 unter der Führung Starhembergs und seinem Stellvertreter Egon

395 Schleicher, Heisses Eisen, S. 319–322; Kerekes, Abenddämmerung, S. 15, 23, 36, 41, 52.

396 Winkler, Diktatur, S. 28; Kerekes, Abenddämmerung, S. 67; 90–91; 108–109: Kerekes zitiert eine Aussage des „Finanzreferenten“ der Heimwehr, Waldemar Pabst, demzufolge die Heimwehr von der Subvention der „Alpine Montangesellschaft“ gelebt habe, anstatt dem Beispiel der NSDAP folgend Mitgliedsbeiträge rigoros einzufordern. Aufgrund von Unstimmigkeiten seien die Gelder seit 1. Jänner 1931 eingestellt worden, so dass die Heimwehr nun ohne Geld dastand. Nach dem Amtsantritt Dollfuß’ im Mai 1932 versprach Mussolini dem Fürsten Starhemberg weitere Unterstützung der Heimwehren durch Waffenlieferungen. Für den Fall der Anbahnung einer rotschwarzen Koalition sollten die Heimwehrminister die Regierung zwingen, die Macht an Rintelen zu übergeben.

397 ÖHJ 1933, S. 80–81.

398 Zahlen unserer Bewegung. In: Der Panther (26.7.1930) S. 2.

399 ÖHJ 1933, S. 80–81.

Berger-Waldenegg konstituierte.[400] Aber die österreichische Heimwehrbewegung hatte ihre politische Daseinsberechtigung als antimarxistische Kraft lange vor ihrer offiziellen Auflösung im Oktober 1936 eingebüßt, nämlich spätestens ab August 1933, als die fortschreitende Verständigung zwischen Dollfuß und Mussolini in der Frage der Errichtung eines autoritären Staates zu einer Akkordierung über die Beseitigung der Sozialdemokratie führte.

Bis Ende 1927 existierten jene zuvor erwähnten rivalisierenden Heimwehrbewegungen in der Steiermark nebeneinander: die christlichsozial-landbündlerische Heimwehr unter Jakob Ahrer – nach dessen skandalumwitterter Abreise nach Kuba im Frühjahr 1926 hatten zunächst Dr. Ehler aus Laßnitzhöhe, kurz danach Baron Reinhart Bachofen-Echt die Leitung übernommen – und die deutschnationale „unabhängige" Bewegung Pfrimers, der Steirische Heimatschutz. Erst die Juli-Ereignisse brachten eine entscheidende Wende. Nachdem im Oktober 1927 der Zusammenschluss aller österreichischen Heimatwehr- und Heimatschutzverbände unter dem Namen „Bund österreichischer Selbstschutzverbände" unter der Führung des Tirolers Steidle erfolgt war, vereinigten sich auch der „Landesverband der steirischen Heimwehren" und der „Heimatschutzverband Steiermark" unter dem Namen „Heimatschutzverband Steiermark". Bei einer großen Führertagung in Graz im Dezember 1927 wurde Walter Pfrimer zum Führer des gesamten Heimatschutzverbandes Steiermarks gewählt.[401] Als Zeichen der wachsenden Bedeutung des Steirischen Heimatschutzes innerhalb der Gesamtbewegung war Pfrimer im Juli 1928 zu Steidles Co-Führer gewählt worden. Die Doppelführung erwies sich jedoch als Missgriff. Zu den Differenzen der beiden Bundesführer in der Frage der parteilichen Orientierung kam das Finanzierungsproblem, war doch Steidle als Vertreter des klerikalen Flügels zunächst Rezipient der Zuwendungen Mussolinis, während Pfrimers deutschnationaler Heimatschutz hauptsächlich von der steirischen Schwerindustrie unterstützt wurde. Pfrimer gab in einem späteren Interview an, auf dem Gipfel seiner Popularität habe der Steirische Heimatschutz rund 120.000 Mitglieder und Sympathisanten, davon 20.000 militärisch ausgebildete Männer, in der Steiermark sowie in den angrenzenden Bundesländern zu seinem Anhang gezählt. Auch wenn die angegebenen Zahlen nicht belegt werden können, gehörte der Steirische Heimatschutz zu den größten und wichtigsten Teilorganisationen innerhalb der Heimwehrbewegung.[402] Im Mai 1931 löste Pfrimer eine Krise aus, als er die Bundesführung der Heimwehren von Starhemberg übernahm und jegliche Parteizugehörigkeit als unvereinbar mit der Heimatschutzidee erklärte. In Graz, wo Pfrimer diktatorische Personalentscheidungen getroffen hatte, um einen Widersacher aus dem Weg zu räumen, traf er unerwartet auf massiven Widerstand. Es handelte sich hierbei um den populären Grazer Kreisführer Wilhelm Neuschitzer, der sich seine Absetzung durch Pfrimer nicht so ohne Weiteres gefallen lassen wollte. Demonstrativ ließ er das Stadtbüro aufbrechen und besetzen. Als

400 Wiltschegg, Volksbewegung, S. 131–132, 176–181.
401 ÖHJ 1933, S. 32–39; 52–61.
402 Pauley, Hahnenschwanz, S. 61.

Pfrimer Ende Mai 1931 ein Ehrendefilee der Heimatschutzformationen aus Graz und Umgebung am Opernring in Graz abnahm, berief Neuschitzer zur gleichen Zeit eine Versammlung ein, um eine eigene Formation, die „Heimatschutzschar“, zu gründen. Die Polizei berichtet von der Teilnahme etwa 70 Personen, „durchwegs ehemalige Mitglieder des Heimatschutzes, die mit dem Kurs des bestehenden Heimatschutzes nicht einverstanden sind.“[403] Obwohl Neuschitzers Anhängerschaft keine allzu große Bedeutung innerhalb der Gesamtbewegung beigemessen werden kann, zeigt der Vorfall doch, dass Pfrimer nicht einmal im engeren Umkreis unumschränkte Autorität besaß.

4.4.2 Zerfall der Bewegung nach dem „Pfrimer-Putsch“ im September 1931

Als Walter Pfrimer am 8. Mai 1932 alle Ehrenämter des Steirischen Heimatschutzes zurücklegte, die Führung des Deutschen Heimatschutzes, einer eben erst gegründeten der NSDAP nahe stehenden Organisation, übernahm und sich Adolf Hitler unterstellte, stürzte er den Heimatschutz in seine bislang schwerste Krise. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Fronten zwischen der Bundesführung der Heimwehr und der Landesleitung des Steirischen Heimatschutzverbandes verhärtet. Diese hatte dem Bundesführer Starhemberg das Misstrauen wegen dessen Absicht „in eine demokratische Regierung einzutreten“ ausgesprochen und spaltete sich am 19. Mai demonstrativ von der Bundesorganisation ab. In einer Aussendung an alle Ortsgruppenleiter vom 23. Mai 1932 wurde Pfrimer von der neuen Landesleitung unter der Führung Konstantin Kammerhofers scharf kritisiert, weil er sich „ohne mit irgendeinem Führer des St. Heimatschutzes Fühlung zu nehmen“ aus dem Staub gemacht hatte. Außerdem warf man Pfrimer vor, er habe sich um die ungeheuren finanziellen Lasten, die durch die Liquidierung des Strafprozesses und der Folgen des gescheiterten Putsches entstanden waren, so gut wie nicht gekümmert. Tatsächlich hatte der Putsch dem Staat die stolze Summe von rund 276.000 Schilling verursacht.[404] Kein Wunder, dass der Heimatschutz buchstäblich ums wirtschaftliche Überleben kämpfte. Was jedoch noch schwerer in den Augen der neuen Führung

403 StLA L.Reg.384: He 2 (1932): Zl.197/539 Pos. (HSV Kreisleitung Graz, Personalveränderungen, 5.5.1931).

404 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (GZ.229.050 GD.1/31), Gegenstand: Strafsache Dr. Walter Pfrimer und Genossen; Anschluss des österr. Bundesschatzes als Privatbeteiligter an das Strafverfahren.
„Uebersicht über die durch die Aufbietung der Sicherheitsexekutive aus Anlass des Heimwehrputsches dem Bunde verursachten Kosten.

1.)	Bundesheer	80.000	S
2.)	Bundesgendarmerie (Reiseauslagen und Bereitschafts-Gebühren sowie Ausgaben für Post, Telegraph und Telephon und sonstige Auslagen)	65.231,28	S
3.)	Bundespolizeibehörden (inklusive Wien)	130.807	S
	zusammen	276.038,28	S“

wog, war Pfrimers ideologische Kehrtwendung, sein Bruch mit dem revolutionären Grundsatz der Bewegung:

> *Dr. Pfrimer war stets der radikalste Verfechter des illegalen revolutionären Heimatschutzes. Durch die Unterstellung unter Adolf Hitler bekennt sich Dr. Pfrimer zur Legalitätsformel und ist nunmehr der Meinung, mit dem Stimmzettel die Macht im Staate zu erobern.* (…) *Kein steirischer Heimatschützer wird verstehen, wenn Dr. Pfrimer trotz des Austrittes aus dem St. Heimatschutz nunmehr die Feile an den St. Heimatschutz setzt.* (…) *Die NSDAP ihrerseits provoziert mit Dr. Pfrimers Austritt in schwerer Weise den Heimatschutz, was besonders in Graz zu schweren, tätlichen Auseinandersetzungen geführt hat.*[405]

Was kann Pfrimer bewogen haben, sein Lebenswerk durch einen solchen radikalen Schritt zu zerstören? Dem Rundschreiben zufolge hatte der Ehrenführer trotz wiederholter Einladung keine Landesleiterversammlung mehr besucht. Das ist ein Hinweis darauf, dass Pfrimers Entschluss schon lange feststand. Es liegt auf der Hand, dass Resignation, Erbitterung und auch gekränkte Eitelkeit Pfrimers Überlegungen beherrscht haben, zumal sein großes Vorhaben, in Österreich die Macht zu ergreifen, mehrmals gescheitert war. Seit dem missglückten Putsch hatte er das Heft an andere abgeben müssen, was einer persönlichen Niederlage gleichkam. Zur politischen Ohnmacht verurteilt vermeinte der einst mächtige Führer und Schrittmacher der österreichischen Innenpolitik sein Heil nun bei Adolf Hitler zu finden. Pfrimer war von der Idee des einigen deutschen Volkstums geradezu beseelt und ein überzeugter Vertreter des „Anschlusses". Möglicherweise zweifelte er auch an die Lebensfähigkeit der nun bankrotten Organisation, so dass der Vergleich mit der Ratte, die das sinkende Schiff verlässt, nicht unbegründet erscheint. Pfrimer selbst gab als Begründung an, sich „am Verrat der Heimatschutzidee nicht mitschuldig" machen zu wollen; der einst so mächtige Kampftrupp stehe auf Grund einer „schwankenden und ziellosen" Führung seit September 1931 vor dem „inneren und äußeren Zerfall".[406]

Einem Bericht der Grazer Bundespolizeidirektion zufolge war Pfrimer mit Hitler und dessen Stabschef Ernst Röhm gegen Ende Mai 1932 zusammengetroffen um Einzelheiten der neuen Organisation zu besprechen. Anfang Juni wurden die Verhandlungen mit dem Abgesandten Hitlers, Gruppenführer General von Hörauf, in Judenburg fortgesetzt. Am 9. Juni sollte Hörauf gemeinsam mit dem Landesgeschäftsführer der NSDAP, Theo Habicht, in München über den Deutschen Heimatschutzverband berichten. Pfrimer erklärte, er sei optimistisch, bald über eine entsprechende Anhängerschaft und große Geldmittel verfügen zu können. Laut Polizeibericht hatten sich Teile der Aristokratie ihm bereits unterstellt, „soweit sie nicht schon Anhänger der NSDAP geworden sind". In einer Pressemitteilung erklärte Pfrimer dazu:

---

405 StLA ZGS K.208 Heimwehr 1918–1935 „Rundschreiben Nr.1/32 d. Heimatschutzverbandes Steiermark".

406 Dr. Pfrimer aus dem Heimatschutz ausgetreten. In: Obersteirerblatt (18.05.1932) S. 1.

Kameraden, deutsche Frauen und Männer!
Die Erkenntnis, dass die nationale Linie von der Bundesführung des Österr. Heimatschutzverbandes nicht eingehalten wurde, die widerliche Packelei um Ministersessel, der Eintritt in die Regierung, sowie die dadurch erfolgte Durchbrechung des Korneuburger Programmes haben mich dazu veranlasst, die Schaffung der nationalen Front zu versuchen. (…) *Bevor ich mich zur Übernahme der Bundesführung des deutschen Heimatschutzes entschlossen habe, wollte und musste ich alle Voraussetzungen für eine nationale Einheitsfront in Österreich schaffen und deswegen habe ich mich dem Führer der grossen nationalen Erneuerungsbewegung Deutschlands Adolf Hitler unterstellt und mit ihm ein Abkommen getroffen.*(…) *Der Weg für eine nationale Einheitsfront in Österreich ist frei.*[407]

4.4.3 Vom „Liezener Abkommen" zum Juli-Putsch 1934

Der Zerfall des Steirischen Heimatschutzes wurde durch den Aufstieg der NSDAP beschleunigt, zumal zwischen den zwei Bewegungen, abgesehen von der Legalitätsformel, kaum programmatische Unterschiede bestanden. Seit den frühen Kontakten des Steirischen Heimatschutzes zu Adolf Hitler in den Jahren 1926 und 1927 war es zu einer Reihe von Annäherungen aber auch zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Organisationen gekommen. Im Wahlkampf 1930 scheiterten Verhandlungen über eine gemeinsame Liste an der Frage der Mandatsverteilung und Führung; ab 1931 folgten weitere Abkommen, die aufgrund von Auffassungsdifferenzen über das Wesen der angestrebten Partnerschaft platzten. Im „Liezener Abkommen", einer Kampfgemeinschaft, das zwischen Vertretern der Landesleitung der NSDAP Österreich und dem Deutschösterreichischen (Steirischen) Heimatschutz am 22. April 1933 schließlich besiegelt wurde, fand man eine Kompromissformel. Der Heimatschutz erklärte, dass er sich unter voller Wahrung seiner organisatorischen Selbständigkeit zu Adolf Hitler als dem Führer der deutschen Nation bekenne; als äußeres Zeichen der Verbundenheit wurde das Hakenkreuz dem Abzeichen wieder angefügt.[408] Der Heimatschutz war durch den Wahlsieg Adolf Hitlers in Deutschland sowie die stetig wachsenden Wahlerfolge der NDSAP in Österreich in Zugzwang geraten: Je erfolgreicher die NSDAP agierte, desto schwächer wurde die Verhandlungsposition des Heimatschutzes.[409] Nach einer Periode der intensivierten Krawalle und Terroranschläge in der ersten Juni-Hälfte 1933 reagierte die Regierung mit der Verhaftung von NSDAP-Funktionären. Gleichzeitig mit dem am 19. Juni 1933 erlassenen Verbot der NSDAP untersagte die Regierung auch dem Steirischen Hei-

407 StLA ZGS (BKA) K.79/6 (Fol. 978–982).

408 Abkommen zwischen der NSDAP (Hitlerbewegung) Österreichs und dem Deutschösterreichischen (Steirischen) Heimatschutz. In: Obersteirerblatt (26.4.1933) S. 1.

409 Bei den Innsbrucker Kommunalwahlen am 23. April 1933 errang die NSDAP rund 41 Prozent der Stimmen, Pauley, Hahnenschwanz, S. 162–165.

matschutz jede Betätigung.[410] Einem Bericht des deutschen Konsuls in Graz zufolge verfügte der illegale Steirische Heimatschutz im März 1934 noch über 12.000 Mann allein in der Steiermark und stand mit der NSDAP „in engen Beziehungen".[411] Diese Angaben decken sich mit jenen des LGK im Mai 1933, wonach der Steirische Heimatschutz über mehr als 15.000 Mitgliedern in insgesamt 186 Ortsgruppen verfügt haben soll. Seit dem Abkommen mit der NSDAP, hieß es, seien rund 3000 Mitglieder „abgefallen", wovon sich der Großteil dem Starhemberg'schen (Österreichischen) Heimatschutz angeschlossen habe. [412]

Die Frage der Wiederverwertung der Putschpläne 1931 bei dem Naziputsch im Juli 1934 in der Steiermark taucht immer wieder in der historischen Forschung auf, kann jedoch nicht eindeutig beantwortet werden. In seiner ausführlichen Studie kommt Kurt Bauer zu dem Schluss, dass auffallende Ähnlichkeiten in den Operationsplänen der beiden Putschversuche auf eine solche Möglichkeit hinweisen, zumal die ehemaligen Heimatschutzführer Konstantin Kammerhofer – dieser hatte den Steirischen Heimatschutz im April 1933 ins nationalsozialistische Lager geführt – und August Meyszner als SA-Brigadeführer maßgebliche militärische Kompetenzen besaßen. In seiner neuesten Analyse stellt Staudinger fest, dass das angestrebte Bündnis zwischen dem Steirischen Heimatschutz und der NSDAP letztlich zu einer personellen und militärischen Verschmelzung der beiden Organisationen führte. Im Rahmen der Venediger Absprache vom 23. November 1933 wurde das bereits im Liezener Abkommen vereinbarte wechselseitige Entsenden von Führungspersonal in die jeweiligen Stabsstellen der bewaffneten Formationen ausgebaut und abgeschlossen. Die Stäbe von SA und Heimatschutz wurden zusammengeführt und die in militärischer Hinsicht überlegenen Heimatschutz-Formationen geschlossen in die SA eingegliedert.[413] In einer späteren Aussage behauptete der Führer der SA-Standarte 5, Berndt von Gregory, die „alten Richtlinien" des seinerzeitigen Aufstandes seien mit einigen Ausnahmen für den NS-Putsch wiederverwertet worden.[414] Was jedoch den Putschisten 1931 nach den Kampfhandlungen gegönnt war, nämlich sich in Ruhe zurückzuziehen sowie ihre Waffen in Sicherheit zu bringen, blieb den Juli-Putschisten auf Grund des raschen Einsatzes aller Regierungskräfte verwehrt. Die Heftigkeit des Juliputsches in Teilen der Steiermark kann vor allem auch auf die starke Präsenz der ehemaligen Heimatschützer und deren Führer in den Reihen der Nationalsozialisten zurückgeführt werden. Besonders

---

410 http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=bgb&datum=19330004&seite=00000569&zoom=2, 14.10.2009.

411 StLA MF Akten des Dt. Konsulats P7/Bd.37/C1/Pol.III-1935 („kleine Meldungen Nr.3", 3.3.1934): Demgegenüber steht die von den Nationalsozialisten im Jänner 1934 angegebene Zahl von 2200 Heimatschützern, welche allerdings vom steirischen Sicherheitsdirektor als „zu niedrig" eingeschätzt wird (Bauer, Elementarereignis S. 37–38).

412 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.166–176).

413 Eduard G. Staudinger, Pfrimer-Putsch 1931 und NS-Putsch 1934. Aspekte einer Beziehungsgeschichte. In: Margit Franz, Heimo Halbrainer, Gerald Lamprecht u.a. (Hrsg.), Mapping Contemporary History. Zeitgeschichten im Diskurs (Wien/Köln/Weimar 2008) S. 311–319.

414 Schafranek, Sommerfest, S. 15, 26: Berndt von Gregory (geb.1904 in Trebus, Oberlausitz) verfasste die obige Darstellung nach seiner Flucht ins Flüchtlingslager Varaždin.

hervorzuheben ist hierbei die Rolle der ÖAMG, deren Betriebsführung spätestens ab dem Frühjahr 1933 ins nationalsozialistische Lager übergegangen war. Die NSDAP konnte von Anfang an auf die gut ausgebaute Infrastruktur des Steirischen Heimatschutzes verfügen.[415]

4.4.4 Einige Aspekte der Entwicklung des Steirischen Heimatschutzes in der Region

In der obersteirischen Industrieregion kann die vermehrte Bildung von Heimatschutz-Ortsgruppen bereits ab November 1926, also nach der Veröffentlichung des sozialdemokratischen Programms und noch vor dem 15. Juli 1927 im Vereinsregister des steiermärkischen Landesarchivs festgestellt werden.[416] Von April bis Juni 1927 setzte eine erste Welle von Ortsgruppen-Neugründungen wie beispielsweise in Bruck an der Mur, Kapfenberg, Kalwang, Krieglach, Mürzzuschlag, St. Michael i. O., Mautern, Kraubath und Trofaiach, ein. Nach dem 15. Juli 1927 erhielt die Bewegung ungeheuren Zulauf, was sich in der Zahl der Neugründungen widerspiegelt. Von Ende Juli 1927 bis Jahresende wurden in allen größeren Ortschaften der obersteirischen Industriebezirke neue Ortsgruppen gebildet: Leoben[417], Donawitz, Eisenerz, Fohnsdorf, Göß, Hieflau, Judenburg, Knittelfeld, Kammern, Proleb-Niklasdorf, Seegraben, Vordernberg und Wald am Schoberpass sind unter anderem zu nennen. Parallel dazu wurden ab dem zweiten Halbjahr 1928 unzählige Ortsgruppen der heimwehrnahen Unabhängigen Gewerkschaft gegründet. Auf diese Weise gelang es Pfrimer in relativ kurzer Zeit von April 1927 bis Ende 1928, seinen Einfluss nicht nur in der Steiermark enorm auszubauen, sondern in die benachbarten Bezirke Oberösterreichs, Niederösterreichs und Burgenlands bis vor Wien auszudehnen.[418] Nach der Proklamierung des Korneuburger Eides im Juni 1930 versammelten sich die Ortsgruppen des Gaues Leoben, Leoben I (Stadt), Leoben II (Waasen und Hinterberg), Seegraben, Göß, Hinterberg, Leoben I/II Jugendgruppe und des Studentenbataillons auf der Jahnwiese des Leobener Stadtparks, insgesamt etwa 1000 Mann, um ihr Gelöbnis abzulegen. Nach der Verlesung des Programms befahl Gauleiter Ing. Löffler, ein

415 Bauer, Elementarereignis, S. 42–43, 205–206; Schleicher, Heisses Eisen, S. 453–454; siehe auch Schafranek, Sommerfest S. 125–155; Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung (Graz/Wien 1986), Kurzzitat: Karner, Steiermark im 3. Reich, S. 31; StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.166–177): Laut amtlichem Bericht verfügte der „Kammerhofer-Flügel" Ende Mai 1933 über 186 Ortsgruppen mit 15.207 Mitgliedern, davon im Bezirk Leoben über 14 Ortsgruppen mit 2640 Mitgliedern. In den obersteirischen Industriebezirken Leoben, Bruck und Judenburg verfügte der Steirische Heimatschutz insgesamt über 7894 Mitglieder, also gut 50% des Gesamtstandes

416 StLA L.Reg. Gr.206 Index (1926–1928).

417 StLA BH Leoben Gr.14: K.16 (Zl.14 H68/3, 19.10.1927): Die Ortsgruppenleitung bestand aus Dr. Siegfried Stern (RA), seinem Stellvertreter Dr. Heinrich Wirgler (Arzt), dem Geschäftsführer Fritz Posch und dem Kassier Anton Wolfbauer, Lederhändler und späterer nationalsozialistischer Bürgermeister von Leoben.

418 Pauley, Hahnenschwanz, S. 53; ÖHJ 1933, S. 64: Dadurch geriet Pfrimer in einen scharfen Gegensatz zum Führer der CS-orientierten NÖ-Heimwehr, Ing. Julius Raab.

leitender Angestellter der ÖAMG, den Versammelten, den Eid vor den aufgestellten Standarten, Fahnen und Wimpeln abzulegen. Der Aufforderung des Gauleiters, wer nicht schwören wolle, solle nun gehen, leistete verständlicherweise niemand Folge. Die Alpine hatte ihre „Schützlinge" scheinbar fest im Griff.[419]

4.4.4.1 Die Vereinsstruktur des Steirischen Heimatschutzes

Der Heimatschutz war ein bei der Landesbehörde (Abteilung 8 der Steiermärkischen Landesregierung) gemeldeter Verein. Wie an folgenden Beispielen zu sehen ist, blieben die in den Statuten definierten Ziele des Steirischen Heimatschutzes vom Oktober 1927 bis Ende Februar 1933 unverändert, obwohl im Mai 1930 und 1932 bedeutsame programmatische Bekenntnisse fixiert wurden. Die wichtigste Vorgabe stellten die von dem Nationalökonomen und Soziologen Walter Heinrich[420] ersonnenen Prinzipien des „Korneuburger Eides" dar. Dieses Programm, das als „Gesetz der Bewegung" bezeichnet wurde, forderte offensiv die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und die Aufrichtung eines „Volksstaates der Heimatwehren", in dem die „Selbstverwaltung der Stände" verwirklicht werden würde.[421] Zu einer in einigen Punkten definitiven Verschärfung jener programmatischen Ziele kam es am 27. Mai 1932, als Konstantin Kammerhofer seine zwölf Grundsätze auf Basis des Korneuburger Gelöbnisses der erweiterten Landesleitung vorlegte.[422] Wie schon Pauley dargelegt hat, näherte sich Kammerhofers Programm der nationalsozialistischen Ideologie stark an, insbesondere im Hinblick auf den „Arierparagraphen".[423] Aus den Statuten der im Oktober 1927 von dem Betriebsleiter des Donawitzer Hochofenbetriebes und Mitbegründer der UG, Ing. Josef Oberegger[424], gegründeten Ortsgruppe der „deutschen Studentenschaft an der montanistischen Hochschule Leoben" des Heimatschutzverbandes Steiermark kann man ersehen, dass die Organisation, zumindest formal, auf demokratischen Strukturen basierte.

- Die Funktionäre der Landesleitung, bestehend aus dem Landesleiter, dem Geschäftsführer, dem Schatzmeister und fünf bis zehn weiteren Mitgliedern, wurden von der Hauptversammlung aller Ortsgruppen und Körperschaften durch Mehrheitsbeschluss in die Landesleitung abgeordnet.
- Die Ortsgruppenfunktionäre wurden allesamt von den Mitgliedern der Ortsgruppe gewählt; zusätzlich besaß jedes Mitglied das aktive und passive Wahlrecht.

419 Gau Leoben gelobt. In: Der Panther (28.6.1930) S. 10.
420 Für biografische Daten zu Walter Heinrich (1902–1984): http://www-classic.uni-graz.at/sozwww/agsoe/docs/quer.pdf, 18.12.2009, sowie Wiltschegg, Volksbewegung, S. 348.
421 Richtung und Gesetz der Heimatwehren. Das Bekenntnis von Korneuburg. In: Der Panther (24.5.1930) S. 1.
422 StLA ZGS K.208: Heimwehr (1918–1935): „Rundschreiben Nr.1/32 d. Heimatschutzverbandes Steiermark".
423 Pauley, Hahnenschwanz, S. 147–149.
424 Für Details zu Oberegger (1896–1969): http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_01065/pad_01065.shtml, 18.12.2009, sowie Wiltschegg, Volksbewegung, S. 357.

Bewerbende konnten von einem Ausschuss angenommen oder abgelehnt werden. Als Grundvoraussetzung für eine Aufnahme in den Verband musste man eine „gut beleumundete Person deutscher Volkszugehörigkeit“ sein.
- Bei einer jährlichen Hauptversammlung entschied die einfache Mehrheit entweder durch Handheben oder schriftlich über sämtliche Beschlüsse.

Die Ziele des Heimatschutzverbandes Steiermark können unter folgenden Gesichtspunkten zusammengefasst werden:

- *Deutschnational*: Zusammenfassung der „heimattreuen“ Bevölkerung zu einem „kraftvollen nationalen Willen“. Vertiefung der Heimatliebe und „Hebung des deutschen Volksbewußtseins“. Das „Alpenvolk“ kann nur durch den *Zusammenschluß aller deutschen Stämme zu einem großen deutschen Vaterland seinen nationalen Besitz verteidigen*.
- *Überparteilich-völkisch*: Der Verband ist eine „unabhängige private, nicht militärische Einrichtung zum Wohle des Volksganzen“. Er besteht auf die „Einhaltung eines überparteilichen Standpunktes“ und vereint die ganze Bevölkerung „ohne Unterschied der Klassen und Parteien“.
- *Für Recht und Ordnung*: Sicherung der gesetzlich festgelegten Staatsform und Unterstützung der Behörden und deren Organe durch Hilfeleistung bei Gefahren für Sicherheit und Ordnung und vor ungesetzlichen Eingriffen gegen Personen, Arbeit und Eigentum.
- *Autorität*: Unterstützung bei der Schaffung einer „starken und unparteiischen Staatsgewalt“.
- *Antimarxistisch*: Kampf gegen die „Vorherrschaft einer Klasse“.
- *Gemeinnützig*: Hilfeleistung bei Elementarereignissen. Pflege des kameradschaftlichen Geistes.

Ein Vergleich dieser frühen Satzungen mit den am 27. Februar 1933 eingereichten und am 1. März 1933 behördlich genehmigten Satzungen ergibt eine deutliche Abkehr von demokratischen Formen zugunsten des Führerprinzips und die erstmalige Verankerung des Antisemitismus gemäß den Forderungen des Korneuburger Programms und der Kammerhofer'schen Grundsätze. Als Beispiele dienen die Judenburger Ortsgruppe des Heimatschutzverbandes Steiermark, die im August 1927 gegründet und im April 1933 um eine Vereinsumbildung bei der Behörde ansuchte, sowie der „Heimatschutzverband Steiermark Kreis-Leoben“, der von dem Betriebsleiter des Schutzengel-Schachtes im Kohlerevier Seegraben, Ing. Löffler, im April 1933 gegründet wurde.[425] Jene Ansuchen wurden noch vor dem am 22. April 1933 zwischen dem Steirischen Heimatschutz und der NSDAP vereinbarten „Liezener Abkommen“ gestellt. Die geltende Wahlordnung wurde verworfen und durch eine scheindemokratische ersetzt. Das Wahlrecht der Mitglieder sollte sich nunmehr auf

425 StLA L.Reg. Gr.206: J-044 (1933):„HSV Judenburg“); StLA L.Reg.Gr.206: Le-066 (1933): „HSV Kreis-Leoben“.

die Wahl von Ausschüssen beschränken, die einem übergeordneten Gremium (dem Landesführer) einen Zweiervorschlag zwecks Ernennung des Ortsgruppenführers zu erstatten hatten. Der Landesführer ernannte dann den Ortsgruppenführer, der seine Stellvertreter und Mitarbeiter wiederum selbst bestimmte. Jene Personen hatten selbstverständlich langjährige Mitglieder und loyale Diener der Bewegung zu sein. Der Ortsgruppenführung wurde eine bloß beratende Funktion zugebilligt; in allen Fällen hatte der Ortsgruppenführer zu entscheiden. Auch die Gau- und Kreisführer sollten aus einem Zweiervorschlag vom Landesführer erwählt werden und waren ihm allein verantwortlich. Allerdings wurde auf höchster Ebene eine Sicherung gegen die Allmacht des Landesführers eingebaut. Die Kreisführer konnten den Landesführer gegebenenfalls stürzen, wenn ihm die Mehrheit das Vertrauen entzog.

Die Statuten von 1933 ergänzen jene, die außer Kraft traten, in folgenden Punkten:

- *Führerprinzip als Ergänzung zur deutschnational-völkischen Bekenntnis*: *Der Verband ist eine freiwillige, unabhängige und gemeinnützige Einrichtung, der auf dem Führergedanken aufgebaut ist und für das Wohl des Volksganzen eintritt.* Eine weitere Forderung war die „körperliche und geistige" Erziehung der Jugend „zur Volksgemeinschaft".
- *Ablehnung der parlamentarischen Demokratie*: Der Verband *vertritt in seiner Organisation strengstens die Auffassung, das Parteiensystem abzulehnen* (…).
- *Bekenntnis zum Ständestaat*: Der Passus betreffend die Sicherung der gesetzlich festgelegten Staatsform wurde gestrichen und stattdessen die *Förderung aller jener Bestrebungen, die auf die Wahrnehmungen der Lebensinteressen der einzelnen Stände, den Ausgleich ständischer Gegensätze und auf den ständischen Aufbau unseres Staatswesens hinzielen* als Ziel genannt.
- *Bekenntnis zum Christentum und „arischer Abstammung"*: *Der Verband steht auf dem Standpunkte des Christentums und bekämpft die Gottlosigkeit.* Aufgenommen wurden nur Mitglieder der „deutschen Volkszugehörigkeit arischer Abstammung".
- *Wahrung der Verbandsunabhängigkeit*: Bereits in den „alten" Statuten wurde bestimmt, dass ein Verbandsverhältnis mit einer ähnlichen Organisation erfolgen dürfe; neu hinzugefügt wurde der Passus: *wobei jedoch die Unabhängigkeit des Verbandes nicht aufgegeben werden darf.*

In der Absicht der NSDAP den Wind aus den Segeln zu nehmen, passte sich der Steirische Heimatschutz immer enger an die ideologischen Inhalte der Nazi-Partei, in einer Art Konkurrenz-Faschismus, an. Was am Ende des Tages vom originären Wesen des Steirischen Heimatschutzes übrig blieb, war zweifelsohne sein Bekenntnis zum „revolutionären Weg" einer gewaltsamen Machtergreifung.

4.4.4.2 *Zur personellen Verflechtung der ÖAMG mit dem Heimatschutz und der Unabhängigen Gewerkschaft*[426]

Mit der Übernahme von 56 Prozent der Aktien des größten österreichischen Arbeitgebers durch die Düsseldorfer Vereinigten Stahlwerke im Jahr 1926 war die Österreichische Alpine Montangesellschaft zu einem der Hauptlieferanten von Roh- und Gusseisen des deutschen Mutterkonzerns geworden. Mit Dr. Anton Apold (1877–1950) stand der Generaldirektion in Wien von 1922 bis 1935 ein Mann vor, welcher der österreichischen Sozial- und Wirtschaftspolitik, besonders den Auslandsanleihen, sehr kritisch gegenüberstand. Ihm schwebte vielmehr ein wirtschaftlicher Anschluss Österreichs an Deutschland vor; im Idealfall sollte die ÖAMG als Flaggschiff des deutschen Stahlriesen den Ausbau einer „Großraumwirtschaft" im Mittel- und Südosteuropa vorantreiben.[427] Mit ihren Produktionsstätten in der Steiermark und Kärnten stellte die ÖAMG den einzigen Großkonzern europäischer Dimension dar. Die Größe ihrer Belegschaft war für Österreichs eher klein strukturierte gewerblich-industrielle Landschaft untypisch. In der Zwischenkriegszeit beschäftigte die Alpine je nach konjunktureller Lage 7000 (1932/1933) bis 19.000 (1922) Personen.[428] 1930 verfügte die ÖAMG über größere Betriebe in folgenden obersteirischen Industrieorten: Braunkohlenbergbaue in Seegraben und Fohnsdorf; Erzbergbaue am Erzberg und in der Radmer; Magnesitbergbau in Wald am Schoberpass und Quarzbergbau in Krieglach; Röstöfen und Hochöfen in und um Eisenerz; das Hüttenwerk in Donawitz (Hochöfen, Stahlwerk, Grob- und Feinwalzwerk); eine Großwerkstätte für die Erzeugung von Fertigwaren in Zeltweg sowie ein Walzwerk in Aumühl-Kindberg.[429]

Innerbetriebliche Anpassungen an die Vereinigten Stahlwerke wurden in der Übernahme des Konzepts der „wissenschaftlichen Betriebsführung" verwirklicht, die eine rigorose Überwachung und Entpolitisierung der Belegschaft im Sinne der Produktionsankurbelung des Gesamtkonzerns zum Ziel hatte. Das DINTA[430]-Konzept basierte auf der Annahme, dass nachhaltige Leistungssteigerung und Gewinnmaximierung am effizientesten durch die geistige und materielle Bindung des einzelnen Arbeiters an den Betrieb erzielt werden könne. Eine gründliche fachliche Schulung in einer der Werksschulen sollte dem jungen Arbeiter nicht nur das nötige Geschick vermitteln, sondern auch Arbeitsunfälle, neben Streiks eine der häufigsten Produktionsausfallsursachen am Arbeitsplatz, eindämmen. Doch nicht aus reiner Menschenliebe

---

426 Grundlegend: Eduard G. Staudinger, „Unabhängige Gewerkschaft" und Arbeiterschaft in der Obersteiermark 1927–1933. In: Geschichte und Gegenwart 1 (1985) 54–81.

427 Dr. Apold über die österreichische Wirtschaftspolitik. Neue Freie Presse (26.5.1930) S. 2; Schleicher, Heisses Eisen, S. 15–20.

428 Peter Berger, Ökonomische Macht und Politik. In: Tálos/Dachs, P.S. Ö., S. 402.

429 August Zahlbruckner, Die technische Entwicklung. In: Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft 1881–1931 (Wien 1931) S. 82–102.

430 Hwaletz, Bergmann, S. 18–20: Das „Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung" wurde 1925 mit dem Ziel gegründet, die „Menschen für die Wirtschaft" zu erziehen. Das vorläufige Arbeitsprogramm zur „Durchführung von Menschenökonomie" umfasste die Ausbildung von leitenden Angestellten und Vorarbeitern, die Einrichtung von Lehrwerkstätten und die Verbreitung von Propaganda in Wort und Schrift.

spann man ein Geflecht aus Werksschulen, Werkswohnungen, Werksfürsorge und Werksgesundheitswesen, Werkskindergärten und Werksvereinen, sondern um den „Faktor Mensch“ materiell abhängig von dem Moloch Betrieb zu machen. In Leoben ging der „Österreichische Verein für Technische Arbeitsschulung“ aus dem im Mai 1926 gegründeten „Verein für Fortbildungsunterricht“ hervor. Dem Verein schlossen sich bald andere große Industriebetriebe außerhalb der ÖAMG an, so dass im Jahr 1930 bereits 25 Industrieunternehmen mit zehn Werksschulen dem DINTA angehörten. Die ersten Werksschulen in der obersteirischen Industrieregion wurden im Oktober 1926 in Zeltweg und Fohnsdorf eröffnet.[431] Für die entsprechende geistige „Harmonisierung“ in den Betrieben der ÖAMG sollte die kostenlose Werkszeitung sorgen. Das Zauberwort hieß nun „Integration“ statt „Klassenkampf“. Unter diesem Aspekt wurden auch die freien sowie christlichen Gewerkschaften Schritt für Schritt zugunsten der „Unabhängigen“ ausgeschaltet. Der von der Generaldirektion der ÖAMG aus Düsseldorf importierte Gedanke der „Werksgemeinschaft“ wurde mit Gewalt durchgesetzt. Ab 1928 gingen die Heimwehraktivisten und Gewerkschaftsbosse Josef Oberegger, Josef Lengauer und Fritz Lichtenegger systematisch ans Werk, wie der Sozialbeauftragte der ÖAMG, Felix Busson, rückblickend feststellte: *Aus der Heimatschutzgruppe selbst bildete sich zur Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter die ‚Unabhängige Gewerkschaft‘ (UG).*[432]

Die Hierarchie des Betriebes spiegelte sich in den Ortsgruppen des Heimatschutzes wider, wo ausschließlich leitende Angestellte führende Positionen bekleideten, während die Arbeiterschaft bloß das Fußvolk stellte.[433] Paradebeispiel für eine solche Machtakkumulation von Heimatschutz-, Gewerkschafts- und Betriebsfunktionen ist Ing. Josef Oberegger, welcher zugleich Betriebsleiter der Donawitzer Hütte, Vertrauensmann, Gewerkschaftsfunktionär und Heimatschutzführer in Donawitz war. Im Betriebsratswahljahr 1929 stellt die „Alpinepost“, sozialdemokratisches Sprachrohr und Pendant zur offiziellen Betriebszeitung, dem als „Oberegger Peperl“ oder „Heckerl“ verhöhnten Multifunktionär ein düsteres Zeugnis aus. Unter „Die neue heilige Dreifaltigkeit“ prangert der Redakteur den mächtigen Betriebskaiser an: *Drei Seelen wohnen in* (seiner) *Brust.* (…) *Wie solche Leute die Interessen der Arbeiter vertreten werden, kann man sich vorstellen.*[434] Ein weiteres Beispiel für die Verzahnung von Heimatschutz und Betrieb ist die Ortsgruppe Seegraben, deren Obmann, Berginspektor des Kohlenbergbaues Seegraben Trojan, genannt „Triangl“, samt seinem Chauffeur Ostermann, der auch im Donawitzer Gemeinderat saß, immer wieder für negative Schlagzeilen in der „Alpinepost“ sorgte. Auch der Obmann der Eisenerzer Ortsgruppe des Heimatschutzes, Lorenz, war Angestellter der ÖAMG. Die Gründer und leitenden Funktionäre der Unabhängigen Gewerkschaft waren wiederholt bevorzugtes Ziel von Spott und Hohn, wobei man peinlichst darauf achtete, antisemitische Anwürfe hinsichtlich der

431 Fritz Erben, Die fachliche Ausbildung der Arbeiter. In: Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft 1881–1931 (Wien 1931) S. 198.
432 Felix Busson, Die sozialpolitische Entwicklung. In: Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft 1881–1931 (Wien 1931) S. 188.
433 Schleicher, Heißes Eisen, S. 325f.
434 Die neue heilige Dreifaltigkeit. In: „Alpinepost“ (8.2.1929) S. 1.

„jüdischen Sozialdemokratie" gezielt zu parieren. Auf der Unternehmerseite waren es „die Juden vom Schwarzenbergplatz", womit jene jüdischen Großindustriellen des Wiener Hauptverbandes, denen die Finanzierung von Heimatschutz und UG angelastet wurde, gemeint waren: *Ing. Oberegger, Sepp Gstrein, Lengauer und Lichtenegger, Männer die sich vor den Alpinejuden gebeugt haben und von deren Schillingen zehren. Diese Herren arbeiten Tag und Nacht um euch zu hintergehen und euch eurer Rechte zu berauben.* Die „Alpinepost" sparte auch nicht mit persönlichen Beleidigungen: Oberegger wurde wegen seiner Allmacht angegriffen; Gstrein, Proponent und Sekretär der UG Donawitz, als „abgetackelter Studiosus mit zerhacktem Profil und großem Maul" abqualifiziert, Lengauer als korrupter Streikbrecher und Lichtenegger als Speichellecker dargestellt.[435] Das von den „Heimatschützlern" aufgerichtete Betriebsregime wurde von der „Alpinepost" immer wieder mit dem der kaiserlichen Armee gleichgesetzt: Der Heimatschutzkommandant und Betriebsleiter verkörperte den Typus des kaiserlichen Offiziers, der seine Untergebenen mit Vergnügen traktierte. Das Bild des gepeinigten Rekruten, der zur Strafe stundenlang „aufgehängt" wurde, sollte den Arbeitern die wahren Intentionen der Befehlshaber von einst und jetzt vor Augen führen.[436]

Trotz aller Aufklärungskampagnen und Solidaritätsbekundungen wurde bald klar, dass die Unternehmer und Arbeitgeber auf dem längeren Ast saßen. Die Klagen mehrten sich, dass sozialdemokratische Parteigänger, die den von ihren Vorgesetzten „nahegelegten" Beitritt zum Heimatschutz abgelehnt hatten, unter irgendeinem Vorwand entlassen und durch ortsfremde Heimwehrleute oder arbeitslose Soldaten ersetzt wurden. Bei Arbeitsniederlegungen wurden diese als „verlässlich" eingestuften Arbeitskräfte als Streikbrecher eingesetzt, um Kampfmaßnahmen zu unterhöhlen und die Streikenden zu demoralisieren. War die Entlassung mit dem Verlust der Werkswohnung verbunden, standen die Unglücklichen samt ihren Familien auf der Straße. Seitens der Betriebe wurde nichts unversucht lassen, die organisierte Arbeiterschaft zu zerschlagen. Die „Alpinepost" berichtet von einem ausgeklügelten Spitzelwesen und empfiehlt ihren Anhängern, sich ja nicht in scheinbar harmlose politische Gespräche verwickeln zu lassen.[437] Jene Arbeiter, die trotz des „gelben" Terrors ihrer „roten" Überzeugung treu geblieben waren, nannte man „Blutorangen".[438] Mit zunehmender Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage gelang es dem Unternehmen, einen Großteil der organisierten Arbeiterschaft in die Reihen des Heimatschutzes und der UG zu zwingen. Bereits in der ersten Ausgabe des Vorläufers der „Alpinepost" im Dezember 1928 wurde vor dieser Entwicklung gewarnt: *Von*

---

435 Was ist die Unabhängige Gewerkschaft und wer sind ihre Führer? In:„Alpinepost" (1.3.1929) S. 12–14.

436 Im Krieg quälten und drangsalierten die k. u. k. Offiziere die Arbeiter – jetzt sollen das die Heimwehrmacher besorgen. In: Betriebszeitung für die Hütte Donawitz (1.12.1928) S. 1; siehe auch: ANONYM, Nicht vergessen! Immer daran denken! In: Stefan RIESENFELLNER (Hrsg.), Zeitgeschichten. Autobiographien zur Alltags- und Sozialgeschichte Österreichs 1914–1938, Arbeiterleben Bd.2 (Graz 1992) S. 9–11.

437 Achtung auf Provokateure und Spitzel! In: Alpinepost (22.3.1929) S. 12; Donawitzer Arbeiter! In: Alpinepost (8.3.1929) S. 9; Dieb und Heimatschützler aber Alpineliebling. In: Die Neue Alpinepost (19.4.1929) S. 16.; HWALETZ, Bergmann, S. 21–45.

438 Der Brief einer Blutorange. In: „Alpinepost" (17.1.1930) S. 7.

Tag zu Tag wird es offenkundiger, daß die Alpine den Heimatschutz vorschiebt, um eine brutale und rücksichtslose Unternehmerdiktatur aufrichten zu können. (…) *Der Heimatschutz hat die Arbeiterschaft zersplittert und sie wehrlos dem Diktat der Werkdirektoren ausgeliefert.*[439] Es ist evident, dass die Industriebosse am Wiener Schwarzenbergplatz den Steirischen Heimatschutz finanziell unterstützten, weil sie ihn als antimarxistische Kraft zur Verteidigung ihrer Betriebsanlagen in der Obersteiermark brauchten. Der Alptraum einer „wilden" Sozialisierung sollte in Österreich nicht wieder vorkommen.[440] Tatsächlich spielten der „Verband österreichischer Banken und Bankiers" und der „Hauptverband der Industrie Österreichs" die bedeutendste Rolle bei der Umsetzung kapitalistischer Ziele in staatliche Politik. Die Förderung „gelber" Gewerkschaften beispielsweise gehörte zu den wirksamsten der gegen die Sozialdemokratie gerichteten repressiven Maßnahmen des Industriellenverbandes.[441]

4.4.4.3 Der Heimatblock und seine Geldgeber

Der „parlamentarische Arm" der Heimwehr kandidierte erstmals bei den Nationalratswahlen im November 1930, als nach dem überraschenden Sturz der Regierung Schober Ende September die Bundesführung der Heimwehr zur Beteiligung an einem Interimskabinett eingeladen wurde. Der mit der Kabinettsbildung beauftragte Carl Vaugoin rechnete mit einem Erdrutschsieg der mit der Heimwehr verbündeten CSP bei den kommenden Wahlen. Vaugoin sollte sich jedoch schwer täuschen. Einer offiziellen Quelle zufolge wurde der Heimatblock als „parlamentarische Kampftruppe des Heimatschutzes" am 1. Oktober 1930 aufgestellt mit der Aufgabe, „der Sozialdemokratie möglichst viele Stimmen abzunehmen *und* die bürgerlichen Parteien zu unterhöhlen". In einem „Rednerbehelf für den Wahlkampf" hieß es: *Wir sind Feinde des demokratisch-parlamentarischen Systems, wir bedienen uns seiner Mittel nicht um es zu stützen, sondern um es zu überwinden.*[442] Der Heimatblock forderte das Innenministerium für sich, um den Republikanischen Schutzbund handstreichartig zu entwaffnen. Nachdem einige Bedingungen der Heimwehrvertreter erfüllt schienen, übernahmen Starhemberg das Innenministerium und der Landesleiter der Salzburger Heimatwehr, Hueber, das Justizministerium. Aufgrund seiner dezentralen Struktur und zerstrittenen Führungsriege trat der Heimatblock nicht im gesamten Bundesgebiet einheitlich auf, sondern er warb beispielsweise in Wien, Niederösterreich und Burgenland als „Christlichsoziale Partei und Heim(at) wehr". In allen übrigen Ländern stellte der Heimatblock eine eigenständige Liste

439 Eine Bilanz, mit der die Alpine zufrieden sein kann. Anderthalb Jahre Heimatschutz in Donawitz. In: Betriebszeitung für die Hütte Donawitz (1.12.1928) S. 2.

440 Schleicher, Heisses Eisen, S. 44f: Im April 1919 war es in Donawitz und Seegraben zu einem spektakulären aber kurzlebigen Sozialisierungsversuch gekommen, als aufgebrachte Arbeiter die Werksdirektionen wegen Verpflegungsprobleme gewaltsam besetzten und eigene Direktionsräte installierten.

441 Peter Berger, Ökonomische Macht und Politik. In: Tálos/Dachs, P.S. Ö., S. 404–406.

442 StLA ZGS K.48: Heimwehr (1927–1935).

auf, die nach „heftigen Kämpfen“ in den drei zuvor erwähnten Bundesländern als zusätzliche Option kandidierte.[443]

Bei den letzten Nationalratswahlen der Ersten Republik am 9. November 1930 stimmte zwar nur die Hälfte der offiziellen angegebenen Mitglieder der Heim(at)wehren für den Heimatblock, dennoch erreichte er mit rund 230.000 Stimmen – bedenkt man die allgemeine Verwirrung um die Listen und die Kürze des Wahlkampfes – ein beachtliches Ergebnis. Mit dem Einzug der acht Heimatblockabgeordneten in das Wiener Parlament kam für die Industriellen jedoch die große Ernüchterung. Der Heimatblock stieg von einem Fettnäpfchen ins andere. Einmal unterstützten sechs der acht Heimatblockabgeordneten, allen voran die steirischen Gewerkschafter Lengauer und Lichtenegger, die Sozialdemokraten in der Frage der staatlichen Sanktionierung bei Betriebsschließungen, ein andermal stimmten sie gegen die Gesetze zur Rettung der Creditanstalt. Anstatt die bürgerliche Fraktion zu stärken, geschah das Gegenteil. Dr. Pfrimer initiierte eine Volksabstimmung und machte sich die populistische Stimmung gegen die Banken und deren Manager zunutze – die Herren am Schwarzenbergplatz kochten.[444] In einem Briefwechsel aus dem Jahr 1931 zwischen einem der Direktoren der ÖAMG in Wien, Dr. Felix Busson, und dem Sekretär der steirischen Sektion des Stahlwerksverbandes, Dr. Paul Weitzer, wird deutlich, dass die ursprüngliche Idee der Unterstützung des Heimatblocks zur Stärkung der parlamentarischen Bürgerblocks zunehmend zu einem politischen Fiasko ausgeartet war, das zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Steiermark und Wien führte. Gemäß dem Beschluss des Stahlwerkverbandes bevorschusste die ÖAMG die monatlichen Beiträge des Stahlwerkverbandes zur Finanzierung der Heimatblock-Parlamentskanzlei. Weitzer wollte die bereits beschlossenen Zahlungen vorzeitig terminieren, während Busson auf die Erfüllung der steirischen Verpflichtungen pochte mit dem Hinweis, in der Provinz sei man über die „Wiener Verhältnisse“ mangelhaft aufgeklärt. Der Heimatblock müsse unbedingt verhindern helfen, dass der linke Flügel der CSP mit den Sozialisten gemeinsame Sache mache. Bussons Ausführungen zufolge trugen neben Starhemberg hauptsächlich Pfrimer und Rauter die Schuld an der krisenhaften Entwicklung des Heimatblockes. Der Eigenwille dieser Führer habe die ganze Bewegung „auf den Hund“ und den Heimatblock in eine „unmögliche Lage“ gebracht:

> *Es unterliegt gar keinem Zweifel, dass sich der Heimatblock als parlamentarisch unfähig erwiesen hat und es ist daher begreiflich, dass die meisten Industriellen auf ihn sehr schlecht zu sprechen sind und die sz. Idee, den Heimatblock zu gründen, als verfehlt bezeichnen, bezw. das Verschwinden dieses Gebildes je eher je lieber sehen.*

Der Heimatblock kranke daran, dass er zum Großteil aus „unfähigen und sehr heterogen zusammengesetzten Leuten“ bestehe, außerdem unterwerfe er sich dem Kommando des Heimatschutzes. Gerade dieser letztere Umstand habe ihm unendlich

443 ÖHJ 1933, S. 37; 78–79.
444 C. Earl Edmondson, The Heimwehr and Austrian Politics 1918–1936 (Athens 1978) S. 123–124.

geschadet, so Busson. Im Juni 1931 soll Rauter im Auftrag Pfrimers den Heimatblockabgeordneten befohlen haben, einer Berufung des designierten Bundeskanzlers Seipel nicht zu folgen, sondern sich durch den Klubsekretär verleugnen zu lassen. *Dieses skandalöse Vorgehen*, resümierte Busson, *habe dem Heimatblock den Rest an Ansehen genommen; denn wenn in so kritischen Zeiten, wie bei der Bildung dieser neuen Regierung, niemand der Abgeordneten des Heimatblocks in Wien anwesend sein darf, dann kann er auch als Partei nicht mehr gewertet werden.* Busson wollte den Heimatblock dennoch nicht fallen lassen, weil er ihn für die „antimarxistische Front" brauchte. In einer Denkschrift schlug Busson vor, die Führung des Heimatblocks dem Großdeutschen Dr. Iring Grailer[445] zu übertragen, der insbesondere „das Vertrauen der Industrie" genieße und ein Garant des nationalen Kurses sei. Nach Bussons Meinung sollte das für den Herbst befürchtete Zustandekommen einer rot-schwarzen Koalition durch den Heimatblock und die Großdeutschen verhindert werden: *Es ist sicher, dass die erste Massnahme einer solchen Koalition die Auflösung und Entwaffnung der Selbstschutzformationen und einen Niederbruch der Heimatschutzbewegung im Gefolge hätte.* So beschlossen die Mitglieder des Exekutivkomitees des Stahlwerkverbandes Apold, Knaur, Friedländer, Bleckmann und Schöller, dem Heimatblock vier weitere monatliche Subventionen in der Höhe von S 1000,– zu gewähren.[446] Walter Pfrimer war jedoch nicht gewillt, den Industriellen zuliebe die Zügel aus der Hand zu geben. Stattdessen trat er die Flucht nach vorne an, in der Hoffnung, die drohenden Ereignisse mit einem *fait accompli* abzuwenden.

Bei einer am 22. September 1931 durchgeführten polizeilichen Durchsuchung der Kanzlei und der privaten Räumlichkeiten des Sekretärs der obersteirischen Eisen- und Stahlwerke Dr. Paul Weitzer in Bruck an der Mur wurde eine Reihe kompromittierender Schriftstücke betreffend der Finanzierung der Heimatschutzbewegung beschlagnahmt. Nach dem fehlgeschlagenen Staatsstreich Pfrimers waren Gerüchte in der Bevölkerung laut geworden, dass die obersteirische Sektion des Stahlwerksverbandes ihre Finger im Spiel bei der Finanzierung des Putsches gehabt hatte. In einer von einem Beamten des Innenministeriums durchgeführten Befragung gab Weitzer zwar zu, gemeinsam mit den anderen Sektionen des Hauptverbandes der Industrie Österreichs eine im Interesse der Industrie und der Wirtschaft agierende Bewegung unterstützt zu haben, bestritt jedoch, sich an dem Pfrimer-Putsch finanziell beteiligt zu haben. Laut Weitzers Aussage war der Industriellenverband, dessen Zentrale in Wien lag, nicht an der „revolutionären" Bewegung der Führung Pfrimer/Rauter, sondern vielmehr an der parlamentarischen Partizipation des Heimatblocks interessiert:

> *Als im Jahre 1926 und später dann nach den Ereignissen 1927 die Heimatschutzbewegung eine ungeahnte Ausdehnung gewann und als Abwehrbewegung auch die Unterstützung der damaligen Staatsmänner Seipel und Dr. Schober in Anspruch nehmen konnte, wurde zum Teile sogar über Veranlassung führender*

445 Iring Grailer war von 1923 bis 1930 Nationalratsabgeordneter der Großdeutschen Volkspartei: http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_00458/pad_00458.shtml, 18.12.2009.

446 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (GZ.221.233 GD.1/31, 20.11.1931) Busson an Weitzer, 22.6.1931.

Politiker Subventionen erteilt. Diese wurden zum Teile mittelbar durch die Sektionen zum Teile unmittelbar durch den Hauptverband gegeben und beruhen auf durchaus legalen Erwägungen. Durch die Spaltung in der Heimatschutzbewegung wurde auch das materielle Interesse an derselben vermindert. Wiederholt wurde mit der Einstellung der Subventionen gedroht. Noch im Juni 1931 fand eine Besprechung der maßgebenden Persönlichkeiten der Industrie mit den Führern der Heimatschutzbewegung Dr. Pfrimer und Rauter statt, bei welcher die Zahlungen mit September limitiert wurden, wenn bis dahin nicht eine Abkehr von der bezogenen Stellung eintrete, d.h. von der radikalen Richtung. Die letzten außerordentlichen Zahlungen erhielt der Heimatblock zur Deckung von Schulden, die ihm aus der Führung der Parlamentskanzlei entstanden waren (…) *welche vom Verband refundiert wurden.* (…) *Das waren die im Sommer 1931 zuletzt gemachten Aufwendungen auf industriepolitischem Gebiete.* (…) *Die Annahme der Bevölkerung in Bruck a. d. Mur, daß etwa von Seite des Verbandes der obersteirischen Eisen- und Stahlwerke für die Durchführung der Aktion am 12. und 13. September 1931 besondere Geldmittel zur Verfügung gestellt worden seien, erweist sich unbegründet und entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage.*[447]

Soviel also zu den Angaben Weitzers. In einem früheren mit 9. Juli 1931 datierten Brief stellte er sich sogar entschieden gegen eine „Machtergreifung" durch die Heimatschutzbewegung, könne diese auf Grund der wirtschaftlichen Macht der „Umgebungs- und Siegerstaaten", die Österreich als Kolonialstaat betrachteten, weder eigene Wege gehen, noch von ihren Waffen länger als 24 Stunden Gebrauch machen.[448] Weitzer war davon überzeugt, dass der Verfall der Bewegung nicht mehr aufzuhalten sei, solange unverantwortliche Führer darauf beharrten, die „Waffen sprechen zu lassen". Allein der „Eintritt in die Reihen der verantwortlichen Parteien" biete die Aussicht, gesellschaftspolitische „Verbesserungen" zu erreichen; daher solle der Heimatschutz „vor aller Öffentlichkeit und in Berührung mit seinen Partnern, den legalen, der gegebenen Gesellschaftsordnung und der herrschenden Rechtsanschauung entsprechenden Weg" gehen, so Weitzer[449] Doch am 9. Mai 1931 hatte Pfrimer eine Parteimitgliedschaft seiner Anhänger als unvereinbar mit den revolutionären Zielen seiner Bewegung erklärt und den Heimatblock als einen parlamentarischen Kampftrupp und Stützpunkt der Heimwehr bezeichnet: *Wir lehnen die sogenannte evolutionäre Entwicklung ab.* (…) *Wenn wir trotzdem eine eigene parlamentarische Front geschaffen haben, so nicht deshalb, um eine Partei zu schaffen, sondern um einen Stützpunkt zu erobern*, erklärte Pfrimer. Aufmarsch- oder Uniformverbote

447 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (GZ.221.233 GD.1/31, 20.11.1931) Gegenstand: Dr. Paul Weitzer, Geschäftsführer des Verbandes der Obersteirischen Eisen- und Stahlwerke; Rückstellung von beschlagnahmten Schriftstücken.

448 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (GZ.221.233 GD.1/31, 20.11.1931) Weitzer an Busson, 9.7.1931.

449 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (GZ.221.233 GD.1/31, 20.11.1931) Gegenstand: Dr. Paul Weitzer, Geschäftsführer des Verbandes der Obersteirischen Eisen- und Stahlwerke; Rückstellung von beschlagnahmten Schriftstücken.

könnten den „Verein" als solchen lahmlegen, niemals jedoch die „staatspolitische Erneuerungsbewegung" auflösen.[450]

4.4.5 Der Heimatblock in der Steiermark

Mit rund 64.000 (13 Prozent) Stimmen, und speziell im Wahlkreis Obersteiermark mit mehr als 28.000 Stimmen (rund 17 Prozent), erzielte der Heimatblock in der Steiermark ein relativ gutes Ergebnis. Das obersteirische Grundmandat machte den Einzug der „parlamentarischen Kampftruppe" in den Nationalrat erst möglich. Aus dem Wahlkreis Obersteiermark wurden zwei Männer in den Nationalrat entsandt: Betriebsratsobmann Josef Lengauer aus Donawitz und Landwirt Sepp Hainzl aus Oberkurzheim. Fünf Heimatblockmandatare zogen in den steiermärkischen Landtag ein, Franz Kammerhofer, Viktor Hornik, Ludwig Schrantz, Franz Rottenmanner und Hans Ritter, während Gendarmerie-Oberinspektor August Meyszner, der in den Genuss eines Reststimmenmandates gekommen war, als Landesrat an der Regierung teilnahm. Ing. Johann Tanzmeister wurde in den Bundesrat entsandt.[451] Triumphierend berichtet der „Panther" von den Wahlverlusten der Sozialdemokraten in der Steiermark, die im Vergleich zu 1927 mehr als 7000 Stimmen eingebüßt hatten. Mit einem Vorsprung von etwa 10.000 Stimmen auf die Christlichsozialen wurden sie dennoch stimmenstärkste Kraft in der Steiermark und erhielten, gleich der CSP, 17 Mandate im steiermärkischen Landtag.[452] Vergleicht man das Gesamtergebnis der Einheitsliste der CSP/GDV und des Landbundes von 1927 (288.446) mit jenem der CSP und dem Schoberblock (Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund) von 1930 (249.768) in der Steiermark, so ergibt dies einen Stimmenrückgang des so genannten Bürgerblocks von 38.786 oder rund 13,5 Prozent. Im Wahlkreis Obersteier gewannen die Parteien des radikalen rechten Flügels, die NSDAP (9725) und der Heimatblock (28.398), gemeinsam sogar um rund 4000 Stimmen mehr als die CSP.[453] Bei den Gemeinderatswahlen im April 1932 warb der Heimatblock in einigen wenigen Ortschaften der obersteirischen Industrieregion als selbständige Liste, nämlich in Eisenerz und Fohnsdorf sowie als „Ständeliste des Heimatschutzes" in Bruck an der Mur. In allen drei Ortschaften erreichte die Liste je sechs Mandate von insgesamt 30. In einigen anderen Gemeinden kandidierten Heimatblockfunktionäre – beispielsweise in Donawitz – auf der Liste der unter verschiedensten Bezeichnungen aufgestellten Wirtschaftsparteien.

Die Aktivitäten der Heimatblockabgeordneten im steiermärkischen Landtag waren im Wesentlichen mit der Politik der ÖAMG verknüpft, was zu Konfrontationen mit dem politischen Gegner auf dem Feld der Arbeits- und Sozialpolitik führte. Überhaupt wehte ein schärferer Wind seit dem Einzug des Heimatblocks in die

450 Abwehr oder Erneuerungsbewegung. In: Der Panther (9.5.1931) S. 1.
451 Wiltschegg, Volksbewegung, S. 177f.
452 Das Wahlergebnis in Zahlen. In: Der Panther (15.11.1930) S. 3.
453 Details zu den Nationalratswahlen 1927 und 1930 auf: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1927.pdf, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1930.pdf, 18.12.2009.

Landstube. Kaum war die Regierung in ihr Amt eingesetzt, kam es Anfang Jänner 1931 zu ersten Reibereien. Als die Nationalratsabgeordneten des Heimatblocks – unter Missachtung ihrer industriellen Geldgeber – für die staatliche Kontrolle von Betriebsschließungen stimmten, weigerten sich ihre steirischen Landtagskollegen, eine ähnliche Resolution der steirischen Sozialdemokraten zu unterstützen. Dafür mussten sie sich den Vorwurf gefallen lassen, jetzt, wo die Wiener Kollegen den Missfallen der Industriebosse erregt hatten, zeige sich das wahre Gesicht des steirischen Heimatblocks. In einer kritischen Zeit versage er der heimischen Arbeiterschaft Schutzmaßnahmen gegen die drohende Arbeitslosigkeit. Das Konzept sei ihnen vom Generaldirektor Busson „aufgesetzt" worden. Die Heimatblockabgeordneten erwiderten, sie hätten eben keine Lust, der Demagogie der Sozialdemokraten Vorschub zu leisten. Landeshauptmann Rintelen und die christlichsoziale Fraktion stimmten ebenfalls gegen die Resolution mit der Begründung, man könne es sich nicht leisten, ausländische Kreditoren durch unrentable Betriebsfortführungen abzuschrecken.[454]

Im Verlauf der erregten Herbstdebatte über die Umstände des Pfrimer-Putsches kam es im Landtag zu wüsten verbalen Gefechten zwischen dem Heimatblock und den Christlichsozialen auf der einen Seite und den Sozialdemokraten auf der anderen Seite. Landeshauptmann Rintelen wurde vorgeworfen, gegen die Aufständischen viel zu lasch und zögerlich vorgegangen zu sein. In seiner Erwiderung verteidigte sich Rintelen mit dem Argument, er habe ein defensives Vorgehen gewählt, um Blutvergießen zu vermeiden. Seinen Stellvertreter Machold beschuldigte er, dieser habe bei Ausbruch des Putsches ihm, dem Landeshauptmann, zugeschrien, die Exekutive solle auf die Aufständischen schießen, was Machold als eine infame Lüge bezeichnete. Während der sozialdemokratische Abgeordnete Leichin die bangen Stunden seiner Gefangennahme und Internierung durch Organe des Heimatschutzes schilderte, bedauerte Landesrat Meyszner, die Sozialdemokraten nicht „abgestaubt" zu haben. Im selben Ton ging es weiter. Die Entgleisungen reichten von „Betrüger", „Haderlump", „Gurgelhupfer" bis hin zu „gemeiner Bluthund".[455] Im Dezember desselben Jahres beantragte das Landesgericht Graz die Auslieferung des am Pfrimer-Putsch beteiligten Abgeordneten Kammerhofer und des Abgeordneten zum Bundesrat Tanzmeister. Die Sozialdemokraten wurden in der Frage der Immunitätsaufhebung von den bürgerlichen Parteien mit der Begründung überstimmt, jene Taten seien als „politisches Delikt" zu bewerten. Der Sozialdemokrat Gföller ließ seiner Empörung darüber freien Lauf:

> *Tanzmeister und Kammerhofer haben nicht nur den Hochverrat propagiert, sondern beide haben aktive Tathandlungen vollbracht, um zu erreichen, daß diese Körperschaften, denen sie angehören, hinweggefegt werden sollen. (…) Jene Leute, die am 13. September Hochverrat begangen haben, werden nicht ausgeliefert, werden dem Gerichte entzogen und der Hochverrat wird legalisiert.*[456]

454 StLA Sten.Ber. Stmk.Landtag 1931–1934, 1–65 (5.Sitzung 3.1.1931) S. 88–93.
455 StLA Sten.Ber. Stmk.Landtag 1931–1934, 1–65 (16. Sitzung 20.11.1931) S. 302–315.
456 StLA Sten.Ber. Stmk.Landtag 1931–1934, 1–65 (20. Sitzung 22.12.1931) S. 405–408.

Eine wahre Groteske bot die steirische Heimatblockfraktion im April 1933, als sie eine dringliche Anfrage an Landeshauptmann Rintelen stellte, sich für „die sofortige Verhinderung der Judeninvasion nach Österreich" bei der Bundesregierung einzusetzen. Durch die überproportionale Einbürgerung von Juden, wetterte Meyszner, habe der Wiener Bürgermeister Seitz zu einer Vermehrung des „rassenfremden" Elements in Österreich beigetragen, das außerdem der „bodenständigen" Bevölkerung Wiens die Schulen und Arbeitsplätze bald streitig machen werde. Meyszner prangerte die jüdischen Führer der Sozialdemokraten an, jene „geistigen Kapazitäten, die unser Volk verseuchen", mit der Aufforderung dem Zuzug „dieser Asiaten" endlich einen Riegel vorzuschieben. In seiner Gegenrede stellte der Sozialdemokrat Gföller klar, wenn man sich schon in solcherart „kulturlose Komödien" einließe, dann müsste auch auf jene jüdischen Geldgeber hingewiesen werden – er nannte den italienischen Finanzminister Guido Jung sowie den österreichischen Waffenfabrikanten Mandl – die bei der Finanzierung der Heimwehrbewegung stets eine große Rolle gespielt hätten. Der Antrag wurde trotz aller Einwände der Sozialdemokraten mit der erforderlichen Mehrheit schließlich angenommen.[457] Nach dem Verbot des Steirischen Heimatschutzes am 19. Juni 1933 wurden die Mandate des Heimatblocks durch eine Zweidrittelmehrheit des Landtages am 30. Juli 1933 ruhend gestellt.[458] In einer dem Beschluss vorangegangenen Debatte wurde über den Heimatblock der Stab gebrochen: Ihm wurde die „Kampfgemeinschaft" mit der NSDAP von allen anderen Landtagsparteien zur Last gelegt. Rückblickend fasste der Landbündler Hartleb das politische Wirken des Heimatblockes so zusammen:

> *Der Heimatblock hat im Jahre 1930 kandidiert als eine bürgerliche Partei, als eine radikale bürgerliche Partei. Wir alle anderen bürgerlichen Führer waren ihnen viel zu wenig radikal.*(…) *Nach den Wahlen* (sind) *die Mitglieder des Heimatblocks in diesen Saal einmarschiert, mit dem Hut auf dem Kopfe und mit grobgenagelten Schuhen* (…), *wie Kondottieri, um zu zeigen: von nun an wird nicht das Recht, sondern die Gewalt und die Fäuste in diesem Saale regieren.* (…) *Und geradeso, wie sie damals mit den aufgestellten Hahnenschwänzen stolz hereinmarschiert sind, so werden sie heute mit hängenden Köpfen den Saal verlassen.*[459]

4.5 Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)

Mit Rücksicht auf die bereits vorhandene Literatur zu den Ursprüngen und der Entwicklung des Nationalsozialismus kann weitgehend auf eine detaillierte Aufarbeitung der diversen nationalsozialistischen Parteien in Österreich-Ungarn und in

457 StLA Sten.Ber. Stmk.Landtag 1931–1934, 1–65 (43. Sitzung 7.4.1933) S. 769–773.
458 StLA Sten.Ber. Stmk.Landtag 1931–1934, 1–65 (50. Sitzung 29./30.7.1933) S. 874.
459 StLA Sten.Ber. Stmk.Landtag 1931–1934, 1–65 (50. Sitzung 29./30.7.1933) S. 846.

Deutschland im Rahmen der vorliegenden Arbeit verzichtet werden. Auf regionaler Ebene haben mehrere Studien zur Erhellung der Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung, insbesondere in der Steiermark, in Graz und in der obersteirischen Industrieregion, beigetragen.[460] In seiner profunden Darstellung weist der amerikanische Historiker Pauley darauf hin, dass weder der nationale Sozialismus noch der deutsche Nationalsozialismus Erfindungen der Zeit nach 1918 waren, sondern dass jene Bewegungen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wurzeln und in einer organisatorischen sowie personellen Kontinuität zu sehen sind. Die frühen nationalsozialistischen Gruppierungen fanden in breiten Bevölkerungsschichten zunächst wenig Anklang und blieben jahrelang stets Minderheitenparteien. Auch die radikal antisemitische Alldeutschen-Bewegung des Georg Schönerer, die den Keim des späteren Unheils in sich trug, konnte lediglich in bestimmten extremen deutschnationalen Milieus reüssieren. Die 1903 in der nordböhmischen Stadt Aussig an der Elbe (Ústí nad Labem) gegründete Deutsche Arbeiterpartei (DAP) gilt als eigentlicher Anfang und Vorläufer der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich.[461] In Abgrenzung zum Internationalismus der Sozialdemokratie verstand sich die „vorfaschistische" DAP als eine betont deutschnationale Arbeiterpartei, die sich für die arbeitsrechtlichen Interessen der deutschsprachigen Arbeiter in jenen Bezirken einsetzte, wo die von den „deutschvölkischen" Gewerkschaften erkämpften Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen durch die Billigarbeit tschechischer Zuwanderer in Frage gestellt wurden. Dementsprechend lagen die Schwerpunkte der DAP in einigen deutschsprachigen Wahlbezirken Nordböhmens, Schlesiens und Mährens, die eine erhöhte Zahl an tschechischen Einwanderern aufzuweisen hatten, aber auch in bestimmten Bezirken der Steiermark.[462] Erst vor dem Hintergrund der militärischen Niederlage des Ersten Weltkrieges, der vermeintlichen Bevormundung durch die Siegermächte, mangelnder demokratischer Tradition und schließlich der Auswirkungen der Wirtschaftskrise konnte die von Adolf Hitler geführte NSDAP in den 1930er Jahren in Österreich festen Fuß fassen.[463] In diesem Unterabschnitt soll auf die regionale Entwicklung des Nationalsozialismus, insbesondere der Ortsgruppen und deren Funktionäre sowie der Wahlbewegung eingegangen werden. Die Recherche zweier Parteizeitungen, die jeweils in den früheren 1920er Jahren und Anfang der 1930er Jahre erschienen, ermöglichte die Ermittlung eines reprä-

460 Exemplarisch: Bruce Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich (Wien 1988), Kurzzitat: Pauley, Weg; Francis L. Carsten, Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler (München 1977), Kurzzitat: Carsten, Faschismus; Rudolf Brandstötter, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich (Diss., Wien 1969); Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung (Graz/Wien 1986); Kurt Bauer, Struktur und Dynamik des illegalen Nationalsozialismus in der obersteirischen Industrieregion 1933/1934 (Dipl. Arb., Wien 1998); Eduard G. Staudinger, Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938. In: Friedrich Bouvier u.a. (Red.), Graz 1938 (=Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 18/19, Graz 1987), Kurzzitat: Staudinger, Entwicklung, 31–74.

461 Pauley, Weg, S. 18–43.

462 Staudinger, Entwicklung, S. 31–33.

463 Pauley, Weg, S. 18–43.

sentativen Querschnittes nationalsozialistischer Keimzellen in der obersteirischen Industrieregion, sowie ein anschauliches Bild ihrer Agitationsmethoden.

4.5.1 Entwicklung der österreichischen nationalsozialistischen Bewegung nach 1918

Ausgehend von der Vorkriegsentwicklung der DAP, die bei den Reichsratswahlen 1911 im Grazer Wahlbezirk 3 und im obersteirischen Wahlbezirk 7 rund 5,5 Prozent Stimmenanteil errang, hoffte die Kleinpartei nach dem Ersten Weltkrieg erneut an deutschnationale Milieus anknüpfen zu können. Treibende Kraft war der Wiener Geschäftsführer Dr. Walter Riehl, der bereits 1913 ein neues erweitertes Programm ausgearbeitet und die Partei im Mai 1918 in „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei" (DNSAP) umbenannt hatte. Laut Selbstdefinition vertrat die „freiheitliche und streng völkische" Partei „die Belange aller ehrlich schaffenden Arbeiter", bekämpfte alle „rückschrittlichen" Bestrebungen, „kapitalistischen Vorrechte" und die „überwuchernde Macht des jüdisch-händlerischen Geistes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens". Als nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie die DNSAP in drei Sektionen zerfiel, kam Riehls Wiener Zentrale die Funktion einer „zwischenstaatlichen Kanzlei" zu, welche die auf drei verschiedene Staaten aufgeteilten Gruppen zusammenhalten sollte. Er nahm ebenfalls zu der im Jahr 1919 neu gegründeten NSDAP in München Kontakt auf und intensivierte die Beziehungen zwischen München und Wien etwa bis 1922.[464] Als es dann im Jahr 1923 wegen der Wahlbeteiligung der DNSAP zu parteiinternen Meinungsverschiedenheiten kam, trat Obmann Walter Riehl jedoch zurück und wurde im Frühjahr 1924 von der österreichischen Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen, weil er seine abweichenden Ansichten in der „jüdischen" Presse veröffentlichen ließ.[465] Nach Riehls Rücktritt übernahm Karl Schulz die Geschicke der österreichischen Partei und versicherte Adolf Hitler, der wegen des gescheiterten „Bürgerbräuputsches" vom 9. November 1923 zu Festungshaft verurteilt worden war, seiner unverbrüchlichen Treue.[466] Auch die Landesparteileitung Steiermark erklärte ihre Solidarität mit dem „meuchlings" von seinen politischen Feinden „überfallenen" Führer und rief die „deutschen Arbeiter" trotz des Münchner Debakels zur „nationalen Revolution" auf:

> *Der sogenannte christlichsoziale und der jüdische Sozialismus haben sich für das deutsche Volk als wesensfremd erwiesen. Nur ein Sozialismus, der unserem Wesen entspricht, ein nationaler Sozialismus, kann uns vom jetzigen Elend befreien.* (…) *Hiezu ist eine alle arbeitenden Volksschichten einigende nationale Revolution unumgängliche Vorbedingung.* (…) *Wer sich zum deutschen Volk bekennt, wer gerecht, das heißt sozialistisch denkt, wer dieses Bettlerdasein satt*

464 Staudinger, Entwicklung, S. 36–38.

465 Zum Ausschluß Dr. Riehls aus der Partei. In: Die Sturmfahne. Nationalsozialistisches Kampfblatt für Steiermark (10.5.1924) S. 4.

466 Pauley, Weg, S. 45–47.

hat, wer kein Monarchist ist, den fordern wir auf, ehestens in unsere Reihen, insbesondere in unsere Kampftruppe (S. A.) einzutreten. Nicht mit Wahlzettel, Protesten und Phrasen wollen wir unser Heil erreichen, sondern wir wollen die Tat, die zu unserem Endziel führt, das ist das soziale Alldeutschland.[467]

Das Parteiprogramm der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei aus dem Jahr 1920 umfasste 25 Punkte, welche auf die Definition, Rechte und Pflichten des Staatsbürgers und die Gestaltung des zukünftigen Staates in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht Bezug nahmen. An erster Stelle standen Forderungen nach einem Zusammenschluss aller Deutschen zu einem Großdeutschland, der Annullierung der Verträge von Versailles und Saint-Germain und der später von Hitler wiederholt propagierten Eroberung von Land und Boden, hier wurde zusätzlich der Begriff „Kolonien" verwendet, zur Ernährung und Ansiedlung des „Bevölkerungsüberschusses". Der ominöse vierte Punkt betraf den Staatsbürger, der ein „Volksgenosse deutschen Blutes" zu sein hatte. Ein Jude, wurde dekretiert, konnte daher kein Volksgenosse sein. Der Staat sollte verpflichtet sein, für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen; Fremde, die der Gemeinschaft zur Last fallen, sollten abgeschoben werden. Im Gegenzug sollte der Staatsbürger für die Volksgemeinschaft „geistig oder körperlich schaffen". Das Volk sollte „genesen", deshalb hatte der Staat gegen alle „krankmachenden" Elemente, wie den „jüdisch-materialistischen Geist" oder jene „volksfremde" und „Lügen verbreitende" Presse, vorzugehen. Die Partei plädierte für eine starke Zentralgewalt und rief zum Opfergang der Volksgenossen auf: Gemeinnutz sollte vor Eigennutz gehen und eine starke Gemeinschaft schmieden helfen.[468]

Nach der Entlassung Hitlers aus der Festungshaft im Dezember 1924 und der Konsolidierung der NSDAP in Deutschland unter seiner Führung stellte sich ein Teil der österreichischen Nationalsozialisten bei einer Tagung in Passau im August 1926 unter die Oberherrschaft Adolf Hitlers.[469] Dadurch wurde die parteiinterne Kluft, die sich unter den österreichischen Nationalsozialisten aufgetan hatte, nur noch vergrößert. Karl Schulz und Walter Gattermayer, die Hitler zuvor ihrer Treue versichert hatten, verweigerten nun eine Unterstellung ihrer Gruppe unter Hitler mit der Begründung, sie seien mit der Taktik der Hitler-NSDAP nicht einverstanden. So standen die Anhänger der Schulz-Partei und der Gruppe um Walter Riehl, die gemäß den ursprünglichen Zielen der DNSAP zu einer gewerkschaftlich-sozialen Orientierung neigten, beziehungsweise an demokratischen innerparteilichen Strukturen festhielten, dem antidemokratischen Teil der Nationalsozialisten innerhalb der

467 Deutsche Arbeiter des Geistes und der Hand! In: Die Sturmfahne. Nationalsozialistisches Kampfblatt für Steiermark (17.11.1923) S. 1.

468 25-Punkte-Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (24.02.1920). In: documentArchiv.de (Hrsg.), http://www.documentArchiv.de/wr/1920/nsdap-programm.html, 18.12.2009.

469 Laut einer halb-offiziellen Darstellung fand die Gründungsversammlung des „Nat.Soz. Deutschen Arbeitervereines (Hitler-Bewegung)" in Österreich am 4. Mai 1926 statt: Raimund Haintz, Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. In: Karl Wache (Hrsg.), Deutscher Geist in Oesterreich. Ein Handbuch des völkischen Lebens der Ostmark (Dornbirn 1933), Kurzzitat: Wache, Deutscher Geist, S. 253–255.

NSDAP (Hitler-Bewegung) unter Professor Suchenwirth gegenüber.[470] Während sich die Erstgenannten bei den Nationalratswahlen 1927 der christlichsozialen/großdeutschen Einheitsliste anschlossen, hielt sich die Hitler-Bewegung von einer Koalition mit anderen Parteien fern.[471] Im Jahr 1928 hatte die Schulz-Gruppe (6274) immerhin noch mehr zahlende Mitglieder aufzuweisen als die Hitler-Bewegung (4466); zusammengerechnet waren die Nationalsozialisten jedoch im Vergleich zur mächtigen Heimwehr-Bewegung noch eine unbedeutende Minderheit.[472] Ende September 1929 schien die Spaltung der österreichischen Nationalsozialisten überwunden. Einer Zeitungsmeldung zufolge wurde die Einigung der beiden rivalisierenden Gruppen bei einem Treffen zwischen Karl Schulz und dem neuen Landesleiter Hans Krebs einstimmig beschlossen.[473] Doch die Aktion Krebs' war zum Scheitern verurteilt. Bereits im Vorfeld erntete er scharfe Kritik von einigen Gauleitern, die eine Einigung mit der demokratischen Schulz-Partei „um jeden Preis" ablehnten. De facto hatten jene Männer keine Lust, ihre Gauleitersessel zugunsten der Schulz-Leute zu räumen. Hans Krebs trat als österreichischer Landesleiter Anfang 1930 zurück.[474] Anlässlich der Reichskonferenz der österreichischen Nationalsozialisten, die am 2. März 1930 stattfand, erklärte Karl Schulz, die „langwierigen Einigungsverhandlungen" zwischen seiner Gruppe und der Hitlerbewegung seien auf Grund der ablehnenden Haltung Letzterer gescheitert. Die Delegierten beschlossen einmütig, die Arbeit „mit erneuter Kraft im Dienste des Nationalsozialismus" fortzusetzen.[475] Es war vor allem das verlangte Prinzip des blinden Gehorsams, resümiert Carsten, das eine Wiedervereinigung der Hitlerbewegung mit den „unbelehrbaren Demokraten" der Schulz-Gruppe verhinderte. Eher konnte letztere eine gemeinsame Basis mit anderen völkischen Gruppen wie Riehls Deutschsozialem Verein und dem Deutschen Turnverein als mit der Hitlerbewegung herstellen. Diese litt selbst unter den ständigen internen Machtkämpfen einzelner Gauleiter mit dem jeweiligen Landesleiter.[476] Die Teilung der österreichischen Nationalsozialisten blieb bis zur Auflösung der Schulz-Gruppe im Jahr 1934 aufrecht.[477]

4.5.2 Die NSDAP in der Steiermark

Auch wenn die Hitler-Bewegung in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre lediglich eine marginale Rolle in Österreich spielte, wirkte sich die Führung Adolf Hitlers

---

470 Carsten, Faschismus, S. 136–141.

471 Laut Haintz (=Wache, Deutscher Geist, S. 261–262) soll sich die Hitler-Bewegung dem völkischen „Bund der Freien" angeschlossen haben, der jedoch in der offiziellen Statistik nicht aufscheint. Laut Endbericht der NRW 1927 erzielte die NSDAP 705 gültige Stimmen im Wahlkreis 11 (Korneuburg): http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1927.pdf, 18.12.2009.

472 Carsten, Faschismus, S. 144.

473 Einigung der Nationalsozialisten. In: Obersteirerblatt (2.10.1929) S. 3.

474 Carsten, Faschismus, S. 147–149.

475 Die Einigungsverhandlungen der NSDAP gescheitert. In: Obersteirerblatt (5.3.1930) S. 2.

476 Carsten, Faschismus, S. 154.

477 Pauley, Weg, S. 55.

in der Organisation der Struktur, die nach deutschem Muster erfolgte, aus. Nach parteiinternen Querelen um die von Hitler eingesetzten Landesführer Jankovic und Krebs wurde die österreichische Partei der Münchner Reichsleitung direkt unterstellt. Erst nach dem Aufschwung der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1930 schien die Zeit für entscheidende Veränderungen in Österreich gekommen zu sein. Im Jahr 1931 ernannte Hitler den Linzer Gemeinderat Alfred Proksch zum politischen Landesleiter Österreichs und stellte ihm den Wiesbadener Theo Habicht als Landesgeschäftsführer zur Seite. Gegen Ende 1928 wurde der gebürtige Südtiroler Walther Oberhaidacher[478], der bereits über organisatorische Erfahrung in der Grazer Ortsgruppe verfügte, als Gauleiter der Steiermark eingesetzt.[479] Im Juni 1928 hatte die steirische NSDAP nur rund 900 Mitglieder zu verzeichnen; unter Oberhaidachers Leitung wuchs die steirische NSDAP (5453/rund 13 Prozent) nach Wien (28.708) und Kärnten (6592) bis Anfang 1933 immerhin zur drittgrößten Teilorganisation in Österreich (43.129).[480] Mit der Erstausgabe seiner Zeitung „Der Kampf" am 7. März 1931, welche der unverhohlenen Verherrlichung der Partei diente, rührte Oberhaidacher auch kräftig die Propagandatrommel. Die Berichterstattung fiel je nach politischem Thema entsprechend euphorisch oder sarkastisch aus. Die öffentliche Wirkung der NSDAP (Hitlerbewegung) war Ende der 1920er Jahre dennoch relativ gering und die Partei profitierte zunächst kaum vom Aufschwung der NSDAP in Deutschland. In seiner Studie über die Entwicklung der Nationalsozialisten in Graz konnte Staudinger auf Grund von Wahlresultaten der einzelnen Grazer Bezirke aus dem Jahr 1929 nachweisen, dass die als „Arbeiterpartei" definierte Bewegung in den klassischen Arbeiterbezirken Gries und Lend über den geringsten Rückhalt verfügte. Ihre eigentliche soziale Basis bestand aus verschiedenen Beamten und Privatangestellten sowie Selbständigen aus dem städtischen „Mittelstand", während jene „deutsch-völkisch" gewerkschaftlich orientierten Arbeitnehmer der alten DNSAP nicht gewonnen werden konnten.[481]

Bei den letzten Nationalratswahlen der Ersten Republik am 9. November 1930 konnte die NSDAP österreichweit mit rund 111.000 (rund 3 Prozent) Stimmen einen nicht annähernd so großen Erfolg wie die deutsche Bruderpartei bei den

478 Laut dem vom Deutschen Reichstag im Juni 1938 herausgegebenen Handbuch wurde Walther Oberhaidacher 1896 in Bozen geboren, besuchte die Realschule ebendort und studierte Maschinenbau in Graz. 1915 rückte er zum 4. Regiment der Tiroler Kaiserjäger ein und kämpfte in den Isonzo-Schlachten. Mitglied der „alten NSDAP. Österreichs" seit 1. April 1924 war Oberhaidacher Geschäftsführer und Zahlmeister der Ortsgruppe Graz und trat der Hitler-Bewegung an dem Tag ihrer Gründung, dem 10. September 1926, bei. Ab 1. Mai 1928 fungierte er zunächst als stellvertretender Gauleiter und Gaupropagandaleiter, ab 25. November 1928 als Gauleiter der Steiermark. Ab März 1931 gab er die Zeitung „Der Kampf" heraus, die legal bis Juli 1933 erschien. Nach seiner zweimaligen Verhaftung hielt er sich seit Ende Juni 1933 in München auf und wurde nach der „versuchten Erhebung" im Juli 1934 als Gauleiter beurlaubt. Mitglied des Reichstages seit der 3. Periode 1936 für den Wahlkreis 30 (Chemnitz-Zwickau): Der Großdeutsche Reichstag IV. Periode (Berlin 1938) S. 330, http://mdz1.bib-bvb.de/~db/bsb00000146/images/index.html?nativeno=330, 18.12.2009.

479 Staudinger, Entwicklung, S. 48–49.

480 Karner, Steiermark im 3. Reich, S. 37; Carsten, Faschismus, S. 144.

481 Staudinger, Entwicklungen, S. 47.

Reichstagswahlen im September 1930 (rund 18 Prozent) erringen, doch immerhin ging es spürbar vorwärts. Im Wahlkreis Obersteiermark erreichte die NSDAP sogar einen Stimmenanteil von etwa 5,5 Prozent.[482] Der Steirische Heimatschutz schien der Schlüssel zur Zukunft der NSDAP zu sein. Die Parteistrategen erkannten das deutschnational-völkische Reservoir des Steirischen Heimatschutzes und gedachten es für ihre Zwecke „anzuzapfen". Einem Wahrnehmungsbericht der Grazer Polizeidirektion vom August 1931 zufolge soll die Tätigkeit der Heimatschutzbewegung in der Obersteiermark, vermutlich auch wegen des im Mai desselben Jahres verfügten Aufmarschverbotes, zum Stillstand gekommen sein. Hinter Pfrimer stünden hauptsächlich noch die „nationalen Elemente des Bürgertums und die Bauern", während sich die Anhänger und Sympathisanten der christlichsozialen Partei sowie Befürworter des nationalsozialistischen Programms abgesplittert und Letztere eben zur NSDAP abgewandert seien.[483] Konnten die beiden politischen Bewegungen vorerst noch zu keiner Einigung finden, fiel der Steirische Heimatschutz nach dem missglückten Pfrimer-Putsch im September 1931 und der dadurch ausgelösten internen Destabilisierung wie eine reife Frucht in den Schoß der NSDAP. Bei einer großen Führertagung des Heimatschutzverbandes, der am 30. November 1931 im Grazer Hotel Wiesler stattfand, soll Bundesführer Starhemberg erklärt haben, der „Verbrüderung" der NSDAP mit einem selbständig geführten Heimatschutz in einer Kampfgemeinschaft stehe „nichts im Wege".[484] Der „Durchbruch" der Nationalsozialisten bei den Gemeinderatswahlen in der Steiermark im April 1932, als sie ihre Mandatszahl auf lokaler Ebene verzehnfachen konnten, bestätigte diesen Trend eindrucksvoll. Besonders in der Obersteiermark, wo der Kammerhofer-Flügel des Steirischen Heimatschutzes verankert war, kam es bereits im Jahr 1932, noch vor der im April 1933 zwischen der NSDAP und dem Steirischen Heimatschutz geschlossenen „Kampfgemeinschaft", zu Solidaritätserklärungen der Liezener und Rottenmanner Gruppen des Heimatschutzes mit den Zielen der NSDAP.[485]

Neben der Bildung von Orts-, Frauen- und Jugendgruppen wurde möglichst früh mit der Anwerbung örtlicher SA-Einheiten begonnen.[486] In den „Gaunachrichten" erschien 1931 ein Aufruf zur Verstärkung von SA- und SS-Reserven: *Kein strammer gesunder Pg. bleibe ferne! Mit Seicherln wird das 3. Reich nicht erkämpft!*[487] Die Stärke der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA) in der Steiermark schätzte die Polizeidirektion Graz in einem Bericht vom März 1932 auf insgesamt 2500 Mann. Laut einem „Gau-SA-Befehl" vom 6. Jänner 1932 betreffs der Neuorganisation der SA-Steiermark wurde Standartenführer Friedrich Fenz zum Gau-SA-Führer bestellt. Zwei neue Standarten, Nr. 3 und 27, die aus jeweils drei Sturmbannen bestanden,

482 Der antimarxistische Wahlsieg in Obersteier. In: Obersteirerblatt (15.11.1930) S. 2.
483 StLA ZGS (BKA) K.77/4 (Fol.52–53).
484 StLA ZGS (BKA) K.77/4 (Fol.789–793).
485 Karner, Steiermark im 3. Reich, S. 31.
486 Details zum Aufbau der Parteiorganisation bei: Heinz Cohrs, Das innere Gefüge der NSDAP Oesterreichs. In: Wache, Deutscher Geist, S. 287–305. Die Ortsgruppe unterteilte sich wiederum in Sprengel und Zellen. Alle Unterorganisationen der NSDAP waren streng der Landesleitung und folglich der Reichsleitung untergeordnet.
487 Steirische Gaunachrichten der NSDAP (7.11.1931).

sowie ein selbständiger Sturmbann IX für das Ennstal, wurden aufgestellt. Karl Reschmann wurde mit der Führung des Sturmbannes I (Graz und Umgebung) und Professor Paul Geissler mit der Führung der Sturmbanne II und III (Mittel- und Südsteiermark) beauftragt. Die Stärke der Standarte 27 wurde von der Behörde auf etwa 1000 Mann geschätzt. Die Standarte 3, deren Stärke nicht bekannt war, umfasste den Sturmbann Leoben und Umgebung, der von Franz Kollenz aus Mautern geführt wurde, sowie die Sturmbanne Mürztal, oberes Murtal und den Lungau.[488] Bei dem NS-Putsch im Juli 1934 spielte der Führer der Standarte 5 mit Sitz in Judenburg, Berndt von Gregory, eine Schlüsselrolle in der Steiermark.[489] Einen weiteren wichtigen Teil der Gesamtbewegung stellte die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) dar, die jeden erwerbstätigen und arbeitslosen Parteigenossen, „der dem Arbeitnehmerstande angehört", erfassen sollte. Die NSBO hatte keine gewerkschaftlichen Funktionen wahrzunehmen, sondern verstand sich als eine reine antimarxistische Kampforganisation.[490] Mitglieder der Betriebszellenorganisation hatten aber die Möglichkeit, von der angebotenen kostenlosen Arbeitsstellenvermittlung und der Rechtsberatung Gebrauch zu machen. Bei Betriebsratswahlen durften nationalsozialistische Betriebsräte nur in jenen Betrieben aufgestellt werden, wo eine Betriebszelle bereits existierte.[491] Im Juni 1933 frohlockte die nationalsozialistische Presse über die „großen Siege unserer Bewegung" in der obersteirischen Industrieregion. Der Liste der „Nationalen Sozialisten" war es beispielsweise gelungen, bei den Arbeiterbetriebsratswahlen in Donawitz 11 von 15 Mandaten zu gewinnen; die restlichen 4 Mandate fielen der christlichen Gewerkschaft zu.[492]

4.5.3 Die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung in Leoben und Umgebung

Wahlergebnisse der Nationalsozialisten in der Stadt Leoben von 1919 bis 1932

Bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919 erreichte die DNSAP in einem ihrer Kerngebiete, dem Wahlkreis Obersteiermark, mit 4394 Stimmen einen Anteil von rund 3,5 Prozent. Von diesen Stimmen entfielen 60 Prozent auf die politischen Bezirke Bruck (1587) und Leoben (1090), davon wiederum 461 Stimmen auf die Stadt Leoben.[493] Bei den Gemeinderatswahlen im Juli

488 StLA ZGS (BKA) K.78/5 (Fol.435–436); StLA ZGS K.201: (Verschiedenes 1924 –).
489 Schafranek, Sommerfest, S. 131–136.
490 Der Dachverband der völkischen Gewerkschaften „Deutscher Gewerkschaftsbund für Österreich" (DGB) wurde 1923 neu aufgestellt und umfasste 1931 rund 50.000 Mitglieder, davon in der Steiermark 5872 in 51 Ortsgruppen. Bei: Leo Haubenberger, Völkisches Gewerkschaftsleben. In: Wache, Deutscher Geist, S. 322–324.
491 Steirische Gaunachrichten der NSDAP (16.3.1932).
492 Rund um die Arbeitsstätten. In: Der Kampf (17.6.1933) S. 4.
493 Das Wahlergebnis der Länder. In: Reichspost (18.2.1919) S. 3; Das endgültige Wahlresultat in Steiermark. In: Grazer Volksblatt (Morgenblatt 18.2.1919) S. 1. Zum Vergleich: Bei den NRW 1930 erhielt die NSDAP 9223 Stimmen im Wahlkreis Obersteiermark (5,5 Prozent) und erreichte im

1919 stellten sich die Leobener „Nationalen-Sozialisten“ als Vertreter der „deutschgesinnten Arbeitnehmer, der Festbesoldeten und der kleinen Leute unseres Volkes“ vor und sahen ihre Tätigkeit hauptsächlich in der Durchsetzung einer „kräftigen Vertretung der wirtschaftlichen Belange dieser Stände“, ohne dabei deren politische Interessen zu vernachlässigen, „die voneinander nicht zu trennen sind“. Unter den 15 Kandidaten [12 Männer und 3 Frauen, Anm.] der ersten Stunde scheint auch der Eisenbahner [„Südbahnadjunkt“, Anm.] Karl Cerha auf, der im November 1918 zu einem der zwei Schriftführer im Leobener Bezirkswohlfahrtsausschuss[494] bestimmt wurde, fortan als Gemeinderat eine aktive kommunalpolitische Rolle spielte und 1932 Vizebürgermeister der Stadt Leoben wurde. Dabei fällt auf, dass weder Arbeiter noch Arbeiterinnen, sondern ausschließlich öffentliche und private Bedienstete sowie Gewerbetreibende unter den Wahlwerbern zu finden sind.[495] Die Leobener Nationalsozialisten gewannen 352 Stimmen und zwei Mandate, die an Karl Cerha und den Gewerbeinspektor Ing. Stefan Zdeborsky vergeben wurden.[496] Bei den Gemeinderatswahlen im Mai 1924 meldete das Parteiblatt „Sturmfahne“, der nationale Sozialismus habe in der grünen Steiermark mit ungefähr 12.000 für die Partei abgegebenen Stimmen „seinen ersten Triumph“ gefeiert. In 31 von den 37 beworbenen steirischen Gemeinden wurden 56 Mandate an nationalsozialistische Kandidaten vergeben. In der obersteirischen Industrieregion zogen nationale Sozialisten in die Gemeindestuben folgender Orte ein: Leoben (4); Donawitz und Eisenerz (je 1); Trofaiach (3); Mautern (2); St. Michael (2); Bruck an der Mur (3); Kapfenberg (4); Mürzzuschlag (2); Veitsch (1); Judenburg (3); Fohnsdorf (1); Knittelfeld 3 und Rannach bei Knittelfeld (1). In Leoben konnten die Nationalsozialisten nicht nur ihren Stimmenanteil (773) gegenüber 1919 mehr als verdoppeln, sondern auch ihren Mitgliederstand gegenüber 1922 verdreifachen.[497] Dementsprechend euphorisch fiel das Fazit des Blattes aus:

> *Es wirkt für die Idee des nationalen Sozialismus verheißungsvoll, wenn man wahrnimmt, daß gerade in den größten Industrieorten Steiermarks sich eine starke Wandlung zeigt, die sich in dem Übergang der Arbeiterschaft vom Marxismus zum nationalen Sozialismus auswirkt; in diesen Orten haben die Sozialisten ihre größten Verluste, die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei*

Gerichtsbezirk Leoben mit immerhin 2386 Stimmen nur 12 Stimmen weniger als der Schoberblock.

494 Gründung eines Wohlfahrtsausschusses für den Bezirk Leoben. In: Obersteirische Volkszeitung (13.11.1918) S. 3–4.

495 Die National-Sozialisten und die Gemeindewahlen. In: Obersteirische Volkszeitung (16.7.1919) S. 5.

496 Die Gemeindewahlen in Leoben. In: Obersteirische Volkszeitung (30.7.1919) S. 2; Josef Freudenthaler, „Eisen auf immerdar!“ Geschichte der Stadt und des Bezirkes Leoben Bd.2 (Leoben 1938), Kurzzitat: Freudenthaler, „Eisen auf immerdar!“ Bd.2, S. 11: Freudenthaler gibt Ing. Stefan Folkhard oder Folkhart als zweiten Mandatar an. Folkhard scheint überhaupt nicht auf der veröffentlichten Liste der Wahlwerbenden auf, sondern Ing. Stefan Zdeborsky ist an zweiter Stelle gereiht (siehe: Obersteirische Volkszeitung (16.7.1919) S. 5. Möglicherweise ließ Zdeborsky seinen Namen später germanisieren.

497 Angegeben in der Rubrik „Ortsgruppennachrichten“. In: Die Sturmfahne (7.2.1924) S. 4.

ihren Aufstieg. Mögen die Gegner noch so wüten und fletschen, die Tatsache, daß im Lande Steiermark ***56 nationalsozialistische Gemeinderäte*** [Fettdruck im Original, Anm.] *in den verschiedenen Gemeinden mitarbeiten werden, ist nun einmal nicht mehr von der Hand zu weisen* (…).[498]

Bei den Gemeinderatswahlen im Mai 1928 allerdings schien die „Götterdämmerung" über die nationalsozialistische Bewegung hereinzubrechen. Die Hitler-Partei konnte offensichtlich an die Erfolge der alten DNSAP nicht anknüpfen und musste gegenüber 1924 herbe Verluste einstecken. In Leoben beispielsweise wurde Ortsobmann Dr. Leo Pach-Haussenheimb[499] als einziger Nationalsozialist in den Gemeinderat gewählt. In Trofaiach verlor die NSDAP ein Mandat von bisher drei; in St. Michael und in Mautern führte der Stimmenrückgang zu Verlusten von jeweils zwei Mandaten sowie in Eisenerz einem Mandat, so dass die Nationalsozialisten in diesen Gemeinden überhaupt leer ausgingen. Einer der Hauptgründe für die Wahlschlappe der NSDAP war der Aufstieg des von der ÖAMG finanzierten und forcierten Steirischen Heimatschutzes, dessen politische Vertreter in den zahlreichen Wirtschafts- oder Gemeindeparteien saßen. Das großdeutsche Blatt „Obersteirische Volkszeitung" zog entsprechend Bilanz. Überall dort, wo die antimarxistischen Parteien eine gemeinsame Front gebildet hatten, wie beispielsweise in Göß und Hieflau, war es zu Stimmen- und Mandatsverlusten der „Marxisten" gekommen. Doch ausgerechnet in Leoben waren die Nationalsozialisten mit ihren „Sonderbestrebungen" schuld daran, dass die sozialdemokratische Liste gestärkt wurde: *Der Verlust von über 400 Stimmen und die Einbusse von drei Mandaten möge den Hitlerleuten eine Lehre für die Zukunft sein. Dr. Pach und seine Anhänger* (…) *dürfen den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, den Sozialisten in Leoben zu einem weiteren Mandat verholfen zu haben.*[500]

Bei den letzten Gemeinderatswahlen in der Steiermark der Ersten Republik im April 1932 sang das Blatt angesichts der Mandatsgewinne der NSDAP ein ganz anderes Lied:

Die nationale Wählerschaft Leobens hat alle Ursache, mit dem Ergebnis der Gemeinderatswahlen vollauf zufrieden zu sein. (…) *Wie überall, so haben auch hier die Nationalsozialisten einen bedeutenden Gewinn aufzuweisen, der auch auf Kosten der Sozialdemokraten erzielt worden ist. So verloren die Sozialdemokraten in Eisenerz 6, in Donawitz 4, in Leoben 3, in Zeltweg, Judenburg, Mürzzuschlag, St. Marein i. M., Kapfenberg, Knittelfeld, St. Lorenzen, Kallwang, Langenwang und Trofaiach je 2* (Mandate)*, in Mautern, Rottenmann, Kraubath und Neuberg je 1 Mandat.*[501]

498 Am Tage des Gerichtes. In: Die Sturmfahne (31.5.1924) S. 1.
499 Dr. Pach-Haussenheimb wurde im Rahmen einer Jahreshauptversammlung am 27. Jänner 1924 zum neuen Ortsobmann gewählt.
500 Die Gemeinderatswahlen. In: Obersteirische Volkszeitung (3.5.1928) S. 4.
501 Die sonntägigen Wahlen. In: Obersteirische Volkszeitung (26.4.1932) S. 1.

Mit 1296 Stimmen konnten die Leobener Nationalsozialisten das Ergebnis von 1928 (368 Stimmen) mehr als verdreifachen und Karl Cerha, Franz Spätauf, Hans Nabl, Emil Skerbisch, Johann Jäger und Ing. Stefan Folkhart in den Leobener Gemeinderat entsenden. Laut dem nationalsozialistischen Parteiorgan „Der Kampf" „eroberte" die NSDAP weitere Mandate in folgenden Ortsgemeinden des Bezirkes Leoben: Donawitz (2), Eisenerz (3), Gai (1), Göß (1), Hafning (4), Hieflau (1), Kalwang (3), Kraubath (1), Mautern-Markt (3), Mautern-Umgebung (1), Niklasdorf (1), St. Michael (2), St. Stefan ob Leoben (4), Trofaiach (3), Vordernberg (1) und Wald am Schoberpass (1). Damit war es der NSDAP gelungen, ihr Gesamtergebnis im politischen Bezirk Leoben von 2668 Stimmen (NRW 1930) auf 4617 Stimmen beinahe zu verdoppeln. Außerdem konnte sie ihren Stimmenanteil in allen anderen politischen Bezirken des Wahlkreises Obersteiermark gegenüber 1930 deutlich oder sogar mehrfach erhöhen: Bruck an der Mur 2110 (1094), Gröbming 2414 (1169), Judenburg 3192 (1966), Liezen 939 (333), Mürzzuschlag 2194 (1094), Murau 631 (279).[502] Wenn auch das Gesamtergebnis in der Steiermark gegenüber 1930 kaum verbessert werden konnte, im Wahlkreis Obersteiermark schienen die Uhren anders zu laufen.[503]

Eine Gegenüberstellung der Wahlergebnisse des linken und rechten Spektrums in einigen Gemeinden der obersteirischen Industrieregion

Tabelle 8 stellt die Wahlergebnisse der in Leoben werbenden Parteien bei den Gemeinderatswahlen von 1919 bis 1932 dar. Deutlich ersichtlich in *Tabelle 9* ist die stetige Aufwärtsentwicklung der „antimarxistischen" Parteien, die im selben Zeitraum einen Stimmengewinn von beinahe 100 Prozent verzeichnen konnten. Parallel dazu stagnierte die Anhängerschaft der „marxistischen" Parteien, die nach einigem Auf und Ab lediglich ihren Anfangsstand bei einem Plus von rund 40 Prozent der Wählerschaft halten konnten. Im Gegensatz zur SDAPÖ konnte die KPÖ zuletzt jedoch einen kleinen Gewinn verbuchen.

502 Wir fassen Fuß in den steirischen Gemeindestuben. In: Der Kampf (30.4.1932) S. 4–6.
503 Karner, Steiermark im 3. Reich, S. 28.

Wahlen Leoben (Stadt)	Stimmen (Mandate) SDAPÖ	Stimmen (Mandate) Wirtschaftspartei	Stimmen (Mandate) NSDAP	Stimmen (Mandate) KPÖ
GRW 1919	2357 (15)	2137[504] (13)	352 (2)	
GRW 1924	2701 (14)	2516 (13)	773 (4)	
GRW 1928	3002 (14)	3379[505] (15)	368 (1)	
GRW 1932	2537 (11)	2740 (12)	1296 (6)	305 (1)

Tabelle 8: Die Parteien im Spiegel der Gemeinderatswahlen in der Stadt Leoben zwischen 1919 und 1932 in absoluten Zahlen.

Wahlen in Leoben (Stadt)	„Marxisten" SDAPÖ; KPÖ	„Antimarxisten" Wirtschaftspartei (CSP/GDV); NSDAP	Stimmen insg.	Stimmen +/- in %
WKNV 1919	2840 100	2038 100	4878	100
GRW 1919	2357 82,9	2489 122,1	4846	-0,7
GRW 1924	2701 95,1	3289 161,4	5990	+22,8
NRW 1927	3069 108,1	2657 130,4	5726	+17,4
GRW 1928	3002 105,7	3747 183,9	6749	+38,4
NRW 1930	2966 104,4	3819 187,4	6785	+39,1
GRW 1932	2842 100,1	4036 198,0	6878	+41,0

Tabelle 9: Entwicklung der Leobener Wahlergebnisse. Eine Gegenüberstellung „marxistischer" und „antimarxistischer" Parteien in absoluten Zahlen und Prozenten.

Ort/Stadt	gültige Stimmen[506]	NSDAP	KPÖ	Stimmenanteil %
Leoben[507]	6878	1296	305	NSDAP 18,8 KPÖ 4,4
Donawitz	9505	772	527	NSDAP 8,1 KPÖ 5,5

504 Programm der Deutschen Wirtschaftspartei. In: Obersteirische Volkszeitung (5.7.1919) S. 1: Die „Deutsche Wirtschaftspartei in Leoben" definierte sich als bürgerliche Einheitspartei der Deutschdemokraten und Christlichsozialen, die sich nicht um „Parteiinteressen", sondern in erster Linie um die drängenden wirtschaftlichen Belange des „deutschen Bürgertums" der Stadt kümmern wollte. Auf ihrer Kandidatenliste befanden sich sowohl Vertreter der Christlichsozialen wie Kaplan Peter Gruber, Stadtpfarrer Dr. Anton Thir oder Marie Lang wie auch der deutschdemokratische Leobener Bürgermeister Max Enserer und die späteren Nationalsozialisten Rechtsanwalt Dr. Julius Kaspar, Oberbürgermeister der Stadt Graz 1938–1945, sowie der Leobener Lederhändler Anton Wolfbauer, Bürgermeister der Stadt Leoben 1939–1945.

505 Deutsche Gemeindepartei.

506 Die „gültigen Stimmen" sind die Summe der für alle Parteien abgegebenen Wählerstimmen.

507 Ergebnisse für Leoben, Donawitz und Trofaiach: Wahlergebnisse im Bezirk Leoben. In: Obersteirische Volkszeitung (26.4.1932) S. 2.

Ort/Stadt	gültige Stimmen	NSDAP	KPÖ	Stimmenanteil %	
Trofaiach	1284	314	51	NSDAP 24,5	KPÖ 4,0
Bruck/Mur[508]	6963	692	219	NSDAP 9,9	KPÖ 3,1
Judenburg	3770	840	177	NSDAP 22,3	KPÖ 4,7
Knittelfeld	7374	1021	229	NSDAP 13,8	KPÖ 3,1

Tabelle 10: Prozentueller Vergleich der Wahlergebnisse für NSDAP und KPÖ bei den Gemeinderatswahlen 1932 in einigen Gemeinden der obersteirischen Industrieregion.

NSDAP-Wählerschaft %		KPÖ-Wählerschaft %	
Trofaiach	24,5%	**Donawitz**	5,5%
Judenburg	22,3%	**Judenburg**	4,7%
Leoben	18,7%	**Leoben**	4,4%
Knittelfeld	13,8%	**Trofaiach**	4,0%
Bruck/Mur	9,9%	**Bruck/Mur**	3,1%
Donawitz	8,1%	**Knittelfeld**	3,1%

Tabelle 11: Prozentueller Vergleich der Wählerschaft der NSDAP und KPÖ.

4.5.4 Nationalsozialistische Ortsgruppen im obersteirischen Industriegebiet

Bei diesem Unterabschnitt handelt es sich um einen Versuch, die Entstehung sowie die personelle Zusammensetzung einiger Ortsgruppen anhand von Zeitungsmeldungen und Archivmaterial zu rekonstruieren. Eine lückenlose Darstellung ist schon deswegen nicht möglich, weil bei weitem nicht alle Ortsgruppen in den Zeitungen erwähnt werden, von denen man auf Grund von Wahlergebnissen annehmen kann, dass sie bereits existierten. Erst ab etwa 1930, als die Hitlerbewegung einen merklichen Aufschwung verzeichnen konnte, kann man davon ausgehen, dass in jenen Ortsgemeinden, wo sich eine nationalsozialistische Liste der Wahl stellte, auch eine Ortsgruppe oder ein „Stützpunkt" [ein von einem lokalen Vertrauensmann organisierter kleinerer Kreis, Anm.] bestand. Laut den parteiinternen „Gaunachrichten", die erstmals am 1. Jänner 1931 erschienen, war die Mitgliederzahl der NSDAP im Gau Steiermark im Jahr 1930 um 140% angewachsen.

Nach Bezirken gegliedert wiesen der Bezirk Liezen mit 980 Prozent den höchsten und Leibnitz mit 34 Prozent den geringsten Zuwachs vor dem an vorletzter Stelle gereihten Bezirk Leoben mit 61 Prozent auf. Nach Mitgliederzahlen gewertet rangierte Leoben gleich nach Graz an zweiter Stelle noch vor den Ortsgruppen Trofaiach und Knittelfeld. Dabei fällt auf, dass jene Ortsgruppen, die ganz vorne gereiht sind, durchaus zu den älteren Gründungen zu zählen sind. Von den insgesamt 23

508 Ergebnisse für Bruck/Mur, Judenburg und Knittelfeld: Gemeindewahlergebnisse in Steiermark und Kärnten. In: Reichspost (25.4.1932) S. 4.

gewerteten Ortsgruppen befanden sich 14 in der obersteirischen Industrieregion, von denen gleich acht die vorderen Plätze belegten. Nach Angaben des Blattes erforderte der „starke Aufschwung“ der Bewegung erstmals eine Unterteilung des Gaues in Gerichtsbezirke, für deren organisatorische und propagandistische Betreuung die ihnen zugeteilten Bezirksleiter, die den Ortsgruppenleitern vorgesetzt waren, verantwortlich zeichneten. Im Jänner 1933 wurde der Leobener Vizebürgermeister Karl Cerha, der 1926 die Leitung des neugebildeten Kreises Leoben übernommen hatte, zum Bezirksleiter der NSDAP ernannt.[509] Gemäß einem Landesgesetz aus dem Jahr 1924 stand der Partei in den Bezirksvertretungen Leoben, Judenburg, Knittelfeld und Schladming je ein Vertreter zu. Anfang 1931 wurde Gemeinderat Karl Scharitzer aus Trofaiach in die Bezirksvertretung Leoben entsendet.[510] Dieser wurde im Juni 1932 aufgrund seines politischen „Aufstieges“ zum Gauleiter von Salzburg durch den Obmann der Ortsgruppe Leoben-Donawitz, Hans Rindler, ersetzt.[511]

Obwohl die Bildung von einigen wenigen Organisationen der NSDAP amtlich nachweisbar ist,[512] geht aus einem 1931 herausgegebenen „Leitfaden zur Gründung neuer Ortsgruppen“ der NSDAP Hitlerbewegung Gau Steiermark hervor, dass die Gründung einer Ortsgruppe nicht behördlich gemeldet werden müsse, weil eine Ortsgruppe kein Verein sei. Demnach bestand eine Ortsgruppe aus dem Ortsgruppenleiter, dem Kassen-, Propaganda- und dem Schriftwart. Dazu kamen „Vertrauensmänner“ aus jenen Orten, die noch über keine eigene Ortsgruppe verfügten. Im Leitfaden wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Funktionäre nicht gewählt, sondern vom Ortsgruppenleiter ernannt und vom Bezirksleiter bestätigt werden mussten. Eine Ortsgruppe konnte gegründet werden, sobald sich etwa 15 „Parteigenossen“ in einem Ort zusammenfanden. Oberste Bedingung dafür war das Vorhandensein eines „zur Führung geeigneten Parteigenossen“, der für die Weiterentwicklung der Ortsgruppe zu sorgen hatte. Eine weitere wichtige Voraussetzung war die finanzielle Selbsterhaltung der Organisation. Für die Gründung einer Ortsgruppe galt daher das eherne Prinzip: Keine Ortsgruppengründung ohne Aufbringung entsprechender finanzieller Mittel. Ebenso musste jede Ortsgruppe für Propagandamaßnahmen selbst aufkommen, denn die Parteizentrale sprang nur in äußersten Ausnahmefällen in die Bresche. Geldmittel flossen in Form einer einmaligen Aufnahmegebühr (S 1.50) plus Werbebeitrag (S 0.50) pro Person sowie der monatlichen Mitgliedsbeiträge (S 1.30 für Erwerbstätige und S 0.70 für Erwerbslose) in die Kasse der Landesleitung ein, die davon monatlich S 0.93 pro Kopf und Nase, ob erwerbstätig oder nicht, kassierte. Die Ortsgruppen selbst durften von den Mitgliedsbeiträgen nur den Rest einbehalten, der je nach Zahl der arbeitslosen Partei-

509 Steirische Gaunachrichten der NSDAP (31.1.1933) S. 4; Freudenthaler, „Eisen auf immerdar!“ Bd.2, S. 12.

510 Steirische Gaunachrichten der NSDAP (23.1.1931) S. 2–5.

511 Steirische Gaunachrichten der NSDAP (17.6.1932) S. 3; StLA BV Leoben K.96.

512 StLA L.Reg. Gr.206 Index (1926–1928; 1929–1931): wie beispielsweise der „Verband der Nationalsozialistischen Lehrerschaft in Steiermark“ in Bruck an der Mur im Juni 1930, die Trofaiacher OG der „Vereinigung der nationalsozialistischen Jugend Österreichs“ im August 1926 sowie der OG Donawitz in 1927.

mitglieder mehr oder weniger erklecklich ausfiel. Zum Ausgleich empfahl die Partei den Ortsgruppenfunktionären, besser situierte Mitglieder um Mehrleistungen zu bitten, welche bei der jeweiligen Ortsgruppe verbleiben durften. Untergliederungen der Partei hatten kein Recht, in Geldbeschaffungssachen selbständig zu handeln. Eine dahingehende Verfügung der Landesleitung betraf Geld- und sonstige Sammlungen innerhalb eines Verwaltungsbereichs [Gau, Ortsgruppe, Anm.], die nur mit ausdrücklicher Genehmigung des betreffenden politischen Leiters vorgenommen werden durften. Strengstens geahndet wurde Säumigkeit bei der Einsendung der von der Landesleitung verlangten Mitgliederlisten sowie der monatlichen Berichte. Die angedrohten Konsequenzen [„rücksichtloses Durchgreifen", Anm.] richteten sich vor allem gegen den jeweiligen Ortsgruppenleiter, dem in einem solchen Fall „Unbrauchbarkeit" attestiert wurde.[513] Auch das Dienstbuch der NSDAP, das beim Partei-Verlag in Linz um wohlfeile 4,50 Schilling erhältlich war, gehörte zur Grundausstattung einer jeden Ortsgruppe.[514]

Es ist fraglich, ob in allen jenen kleineren Gemeinden, in denen Stimmen für die „nationalen Sozialisten" abgegeben wurden, bereits ab 1919 Ortsgruppen existierten. Aufgrund der Wahlergebnisse kann jedoch angenommen werden, dass städtische Siedlungen wie Leoben, Bruck an der Mur, Kapfenberg, Judenburg und Knittelfeld, die zu den ältesten nationalsozialistischen Zentren in der obersteirischen Industrieregion zählen, über diverse Parteiorganisationen verfügten. Einer Zeitungsmeldung aus dem Jahr 1929 ist zu entnehmen, dass eine Ortsgruppe Leoben-Donawitz bereits 1919 gegründet wurde [siehe *Tabelle 12*, Anm.].

Ortsgruppe NSDAP	**Ortsgruppenleiter**	**wann erwähnt**
Donawitz (Gründung)[515]	?	Februar 1927
Eisenerz[516] (Gründung) **SA**	Pg. Karl Langer Pg. Schiestl[517] Ortsführer Franz Wasner[518]	11. November 1923 Mai 1933 Juni 1933
Gai (Gründung)	Pg. Adalbert Walter[519]	12. Oktober 1932
„Geschäftsstelle" (Gründung)[520] **Göß** (Gründung) **SA**	? Pg. Alfred Prybil[521] Ortsführer Herbert Gaubichler	2. Juli 1924 28. Mai 1932 detto
Kalwang	Pg. Gutmann OGL Josef Scheuchl[522]	März 1931 Mai 1931

513 Verlautbarungen der Landesleitung. In: Der Kampf (15.8.1931) S. 7.
514 StLA ZGS K.204: Verschiedenes (1932 – Hitlerbewegung NSDAP).
515 StLA L.Reg. Gr.206 Index (1926–1928).
516 Ortsgruppen-Nachrichten. In: Die Sturmfahne (24.11.1923) S. 4.
517 StLA ZGS K.48: Heimwehr (1927–1935).
518 StLA L.Reg. Gr.384: Na14 (1933).
519 Neue Ortsgruppe der NSDAP. In: Der Kampf (22.10.1932) S. 4.
520 Ortsgruppen-Nachrichten. In: Die Sturmfahne (19.7.1924) S. 4
521 Ortsgruppengründung in Göß. In: Der Kampf (18.6.1932) S. 10.
522 Versammlung in Kallwang. In: Der Kampf (11.4.1931), (6.6.1931) S. 7.

Ortsgruppe NSDAP	Ortsgruppenleiter	wann erwähnt
Kammern (Gründung)[523]	OGL Johann Gasteiner Propagandaleiter Karl Kaml	März 1932
Leoben **Leoben-Donawitz**[524] gegr. 1919 **Organisationsleiter** **NS-Ortsfrauenschaft Leoben** (Gründung)[525]	Pg. Dr. Pach-Haussenheimb[526] OGL Glas[527] Obmann Franz Spätauf Pg. Stefan Gritscher[528] Pg. Hans Rindler[529] OGL Vbgm. Karl Cerha[530] Johann Reiter Pgn. Fanny Eisner Pgn. Ottilie Skerbisch	Jänner 1924 1930 Jänner 1929 März 1931 Mai 1931 Juli 1932 17.6.1933[531] 1. Oktober 1932 Dezember 1932
Mautern[532] **Sturmabteilung** (SA)	? Standartenführer Franz Kollenz[533] Sturmführer Fritz Lackner	Juni 1924 März 1931[534] Juli 1933
Radmer[535]	?	August 1932
St. Michael[536]	Pg. Moretti	18. März 1925
St. Peter/Freienstein	?	August 1932
St. Stefan ob Leoben	Pg. Egger[537]	Mai 1931
Trofaiach[538] gegr. am 6. Juni 1923 **„Vereinigung der nationalsozialistischen Jugend Österreichs“**	**OG-Leiter** Pg. Schaar/Pg. Fritz Knaus[539] Pg. Högler Pg. Vbgm. Schöberl Pg. Ortner Pg. Karl Scharitzer Pg. Roßmann Pg. Hans Rindler Pg. Pfennicher[540]	von/bis 1923/1924 1926–1927 1927–1929; 1930–1931 1929 1931–1932 (April) April 1932–? Juni 1932 gegr. am 18. August 1926[641] Juni 1931
Wald am Schoberpass[542]	?	12. März 1932

Tabelle 12: Versuchte Lokalisierung von Ortsgruppen der NSDAP im Bezirk Leoben.

523 StLA BH Leoben Gr.14: K.77 (Abschaffungsantrag Kaml,16.6.1933).
524 Ein deutscher Abend der Nationalsozialisten. In: Obersteirische Volkszeitung (10.01.1929) S. 3: An diesem Abend wurde das 10-jährige Bestehen der Ortsgruppe Leoben-Donawitz gefeiert.
525 Gründung von NS-Frauenschaften. In: Der Kampf (15.10.1932) S. 6; Kinderjulfeier der Ortsgruppe Leoben-Donawitz. In: Ebda (24.12.1932) S. 6.
526 Ortsgruppennachrichten. In: Die Sturmfahne (7.2.1924) S. 4; StLA ZGS (BKA) K.77/4 (Fol.62–63): Pach-Haussenheimb war bis August 1931 Gaupropagandaleiter.
527 Freudenthaler, „Eisen auf immerdar!“ Bd.2, S. 12.
528 Deutscher Abend in Leoben. In: Der Kampf (28.3.1931) S. 7.
529 Steirische Gaunachrichten der NSDAP (22.5.1931) S. 4.
530 Versammlung in Leoben. In: Der Kampf (16.7.1932) S. 9.
531 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.307).
532 Ortsgruppen-Nachrichten. In: Die Sturmfahne (19.7.1924) S. 4.
533 StLA L.Reg. Gr.206: E 52 (1933):„Aktivitäten des deutschen Turnvereins Eisenerz“.
534 Versammlung in Kallwang. In: Der Kampf (11.4.1931).
535 Steirische Gaunachrichten der NSDAP (8.9.1932) S. 2: Ortsgruppen in Radmer und St. Peter Freienstein gegründet.

In der näheren Umgebung Leobens können auch die Ortsgemeinden St. Michael und Trofaiach als kleinere nationalsozialistische Schwerpunkte gelten. Aus einem parteiinternen Briefwechsel geht beispielsweise hervor, dass die Ortsgruppe Trofaiach erst am 6. Juni 1923 gegründet wurde und am 1. Oktober 1926 zur „Hitlerbewegung" übertrat.[543] Zu den ältesten Gründungen in der obersteirischen Industrieregion gehören auch die Ortsgruppen Eisenerz, Mautern, Zeltweg und Fohnsdorf, die in der „Sturmfahne" von 1923 bis 1924 in der Rubrik „Ortsgruppennachrichten" erwähnt werden. Die personelle Besetzung einiger Ortsgruppen im Bezirk Leoben konnte mit Hilfe verschiedener Parteizeitungen und diverser anderer Quellen zumindest teilweise rekonstruiert werden (*Tabelle 12*).

4.5.5 Propaganda der NSDAP[544]

Mit der Taktik des ständigen „Trommelns" versuchten die Nationalsozialisten, Menschen durch propagandistisch geschulte Redner aus Österreich und Deutschland zu beeinflussen. In Wahlkampfzeiten wurden öffentliche Versammlungen und Sprechabende massiv gesteigert und intensiv beworben. Für die Gemeinderatswahlen 1932 hieß die Order: *Das Strassenbild am 24. April muss den ganzen Tag über von uns beherrscht sein. Wer ein Braunhemd hat, trägt es an diesem Tage.* Parteigenossen und Funktionäre wurden aufgefordert, Plakate herumzutragen, mit der Aufforderung, die Liste der NSDAP zu wählen sowie alle „leicht beeinflussbaren Elemente" bereits auf dem Weg zum Wahllokal abzufangen und im Sinne der NSDAP zu manipulieren.[545] Die Partei forcierte ihre öffentliche Präsenz nicht nur mittels Versammlungen und Aufmärsche, so genannter „Deutscher Tage"[546], „Hitler-Heimgärten" und Presseerzeugnisse, sondern auch durch gezielte Mund-zu-Mund-Propaganda, das Streuen und Befestigen von Plakaten, Zetteln und gestanzten Hakenkreuzen sowie das Beschmieren von Gegenständen mit nationalsozialistischen Symbolen. Der Fantasie

536 Ortsgruppen-Nachrichten. In: Deutsche Volks-Zeitung (4.4.1925) S. 3.
537 Freuden des Kampfes. In: Der Kampf (9.5.1931) S. 8.
538 StLA ZGS K.204: Verschiedenes (1932 – Hitlerbewegung NSDAP).
539 Ortsgruppennachrichten. In: Die Sturmfahne (7.2.1924) S. 4.
540 Dritte Führertagung der steirischen Hitler-Jugend in Trofaiach. In: Der Kampf (13.6.1931) S. 6.
541 StLA BH Leoben Gr.14: K.8 (206 T12, 1 1926).
542 StLA Magnesitbergbau Wald K.: 11, H.: 47–51.
543 StLA ZGS K.204: Verschiedenes (1932 – Hitlerbewegung NSDAP).
544 In seiner Analyse präsentiert Kurt Bauer detaillierte Ergebnisse zur Entwicklung und Aktivität der NS-Bewegung in der Steiermark von 1932 bis 1934: Kurt Bauer, „Steiermark ist einmal gründlich verseucht". Regionale Unterschiede bei der Affinität zum Nationalsozialismus in der Phase des Durchbruchs zur Massenbewegung. Mögliche Ursachen und Erklärungsansätze. In: ÖGL 43 (1999) 295–316.
545 Steirische Gaunachrichten der NSDAP (16.4.1932).
546 „Deutsche Tage" finden statt. In: Der Kampf (13.8.1932) S. 5: „Deutsche Tage" waren Wochenendveranstaltungen mit Platzmusik, Heldenehrungen, Kundgebungen und ev. anschließendem Sommerfest.

waren offenbar keine Grenzen gesetzt.[547] Insbesondere nach dem Betätigungsverbot nahmen die nächtens von Geheimtrupps an öffentlichem Gut begangenen Schäden enorme Ausmaße an. Kaum ein Tag verging, an dem nicht irgendwo in der Steiermark Gleise gesprengt, Telefonleitungen abgezwickt oder Böller gezündet wurden. Aus platzökonomischen Gründen kann auf alle diese Erscheinungen und deren Folgen nicht im Detail eingegangen werden.

4.5.5.1 Die Presse in der Steiermark

Der medialen Verbreitung von Propaganda durch Presse, Rundfunk und Film wurde ein hoher Stellenwert beigemessen. Das offizielle nationalsozialistische Presseorgan der Steiermark, die „Sturmfahne", erschien vom 6. Oktober 1923 bis 5. Oktober 1926.[548] Das zweite Presseerzeugnis, „Der Kampf", wurde vom Gauleiter Oberhaidacher vom 7. März 1931 bis 22. Juli 1933[549] herausgegeben. Die Berichterstattung befasste sich weniger mit tages- oder kulturpolitischen Ereignissen im herkömmlichen Sinn, sondern diente rein propagandistischen Zwecken. Der nationalsozialistischen Ideologie entsprechend basierte die politische Berichterstattung auf Schuldzuweisungen und Verschwörungstheorien. Eines der meist strapazierten Themen in den frühen 1920er Jahren war die vermeintliche Abhängigkeit der „Sieger und Besiegten des Weltkrieges" von der „jüdischen Weltfinanz". Als selbst ernannte „Rächer" behaupteten die Nationalsozialisten, einen Kreuzzug gegen den „Bank- und Börsenwucher" sowie die durch die „schrankenlose Herrschaft des Großkapitals" verursachte „Zinsknechtschaft des deutschen Volkes" zu führen.[550] Innenpolitisch richteten sich die medialen Angriffe gegen die vermeintliche Unfähigkeit und Verlogenheit der jeweiligen Regierungen, deren Anleihepolitik strikt abgelehnt wurde. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise wie die Verschuldung der Gemeinden, die hohe Arbeitslosigkeit sowie Hitlers Tausend-Mark-Sperre wurden ausschließlich der Politik der Regierung Dollfuß angelastet. Die Nationalsozialisten forderten daher den Rücktritt der Regierung und die Ausschreibung von Neuwahlen. Ihre Argumentation basierte auf dem Standpunkt, dass die Herrschaft der Regierung illegal sei.[551] Der außenpolitische

547 Etwa die nächtliche Kuhbeschmierungsaktion einiger NS-Aktivisten, welche die Rinder „regierungstreuer" Besitzer in den Ställen wiederholt mit Hakenkreuzen verunzierten, entbehrt nicht einer gewissen Komik: StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1638–1643).

548 An alle Parteigenossen in der Steiermark! In: Die Sturmfahne (6.10.1923) S. 1: Nach dem Erscheinen der ersten Probenummer „Südwacht" wurde der Name des offiziellen nationalsozialistischen Presseorgans der Steiermark „auf allgemeinen Wunsch hin" in „Sturmfahne. Nationalsozialistisches Kampfblatt für Steiermark" umgeändert und ab dem 28. März 1925 in „Deutsche Volks-Zeitung. Wochenblatt für Steiermarks ehrlich schaffende Stände" unbenannt.

549 StLA ZGS K.221: „Der Kampf" (1931–1935): Am 15.7.1933 erschien die Zeitung mit einer den Pressenotverordnungen angepasster Berichterstattung unter dem Namen „Der Kampf. Deutsche Wochenzeitung für Steiermark, Südburgenland und Lungau". In den Jahren 1934 und 1935 wurde sie im verkleinerten Format (etwa F5) herausgegeben.

550 Zinsknechtschaft. In: Die Sturmfahne (8.12.1923) S. 1.

551 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.148–149) „Der Fremdenverkehr in Gefahr".

Schwerpunkt lag naturgemäß auf Entwicklungen in Deutschland beziehungsweise auf den Aktivitäten Hitlers und seiner NSDAP. Ein weiteres Schwerpunktthema beider Zeitungen war der Tätigkeit und dem Aufstieg der Partei in Österreich gewidmet. Als Messlatte des Erfolges kann der Annoncenteil in „Der Kampf" gesehen werden, der innerhalb von zwei Jahren auf drei ganze Seiten anwuchs. Mit dem Hinweis, wer beim Juden kaufe, sei ein Verräter, wurde die Leserschaft stets aufgefordert, bei „unseren Inserenten" zu kaufen.[552] Um eine möglichst breite propagandistische Wirkung zu erzielen, wurde der Vertrieb des „Kampf" durch einen Wettbewerb um neue Abonnenten angekurbelt.[553] Die hektographierten „Gaunachrichten", die vom 1. Jänner 1931 bis 30. Mai 1933 herausgegeben wurden, waren für den parteiinternen Gebrauch bestimmt. Sie enthielten Weisungen der Parteizentrale bezüglich Organisationsaufbau, Propagandamaßnahmen sowie Verhaltensmaßregeln zu aktuellen Entwicklungen. Im Hinblick auf das bevorstehende Verbot der Partei rief Gauleiter Oberhaidacher Ende Mai 1933 ein letztes Mal zur unbeugsamen Parteitreue auf.[554]

4.5.5.2 Versammlungsterror

Meint man unter dem Begriff „politischer Kultur" auch den Ton des öffentlichen Diskurses zwischen verschiedenen politischen Gruppierungen, so trug gerade dieser Austausch zur hasserfüllten Atmosphäre jener Tage bei, die in einer Verrohung des politischen Miteinanders kulminierte. Auf dieser Ebene provozierte der jeweilige politische Gegner Rededuelle und lärmende Auseinandersetzungen, um die Versammlung des Kontrahenten zu „sprengen". Der politische „Feind" sollte mit dieser Taktik mürbe gemacht und letztendlich politisch „vernichtet" werden. Kaum eine politische Kundgebung verging ohne die Inszenierung irgendwelcher Reibereien durch Gesinnungsgegner, die in Handgreiflichkeiten mit Personen- und Sachschaden endeten. So auch in der obersteirischen Industrieregion, wo radikale Tendenzen auch durch den spezifischen gesellschaftlichen Mix aus Proletariat und Bürgertum aufgeschaukelt wurden. Im November 1927 beispielsweise gerieten sich eine von Gustav Wegerer angeführte Gruppe von etwa 30 Kommunisten und geschätzte 150 aus der Umgebung zusammengekommene Nationalsozialisten bei einer von Franz Spätauf einberufenen Versammlung in der Leobener Sängerhalle kräftig in die Haare. Für gewöhnlich wurden eigene Kampftruppen als Parteiordner in und um die Versammlungsorte aufgestellt, um Störaktionen vorzubeugen. Die SA-Ordner sollten den Saal bereits vor dem Einlass besetzen und mögliche Unruhestifter stets im Visier halten, um „sofort wirksam eingreifen zu können".[555] Als nach einer Weile die kommunistischen „Gäste" die Ausführungen des Redners durch wiederholte Zwischenrufe zu

552 Der Kampf (17.6.1933) S. 6.
553 Aschacher, Presse, S. 190–196.
554 An alle NSDAP-Dienststellen im Gau Steiermark. In: Steirische Gaunachrichten der NSDAP (30.5.1933) S. 1.
555 Versammlungsschutz. In: Steirische Gaunachrichten der NSDAP (16.11.1931).

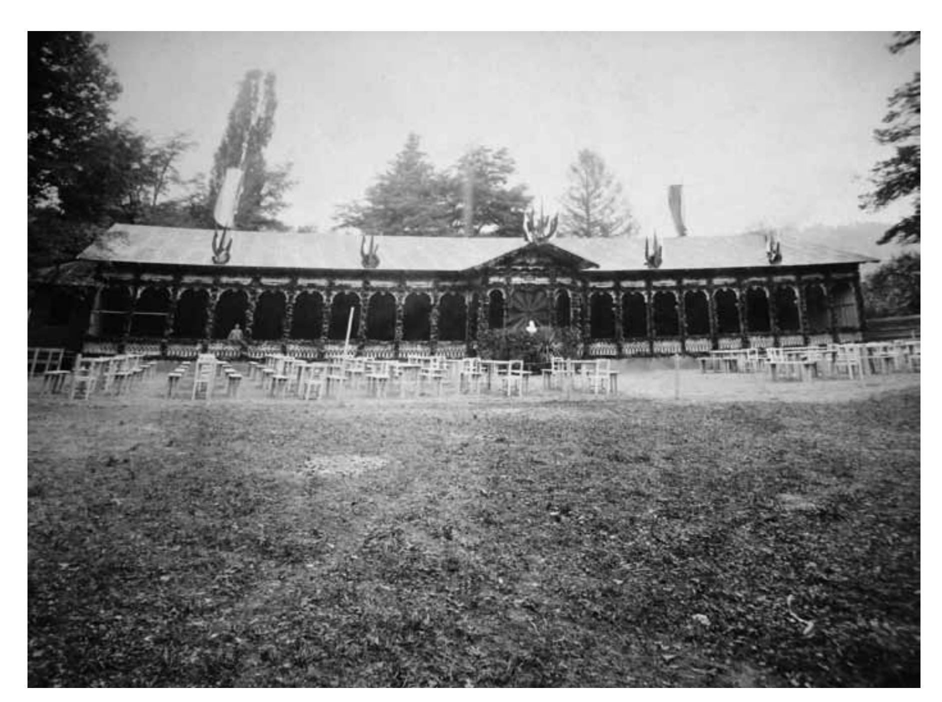


Abbildung 7: Diese um 1890 gemachte Aufnahme zeigt die vom Leobener Männergesangsverein im Park in der Au errichtete Sängerhalle.

unterbrechen begannen, kam es schließlich zu einer wüsten Schlägerei, in deren Folge einige Kommunisten verletzt wurden. Letztlich konnte die Behörde die Schuldfrage nicht klären: Die beiden Parteien bezichtigten sich gegenseitig, zuerst zugeschlagen zu haben.[556]

Je erfolgreicher die NSDAP agierte, desto häufiger wurden ihre Versammlungen Ziel von Attacken. Eine weitere kommunistische „Störaktion" fand im August 1931 in der nationalsozialistischen „Hochburg" St. Michael ob Leoben statt. Als die Ortsgruppe der NSDAP eine geschlossene Mitgliederversammlung im Gasthaus Wimmer einberief, erhielt sie von etwa 40 örtlichen Kommunisten ungebetenen „Besuch". Laut dem offiziellen Bericht entstand ein Tumult, in dessen Verlauf einige mit Zaunlatten bewaffnete Kommunisten gegen die Eingangstür des Gasthauses droschen und 7 Fensterscheiben und einen Türflügel zertrümmerten.[557] Wie brutal die aufgebrachten Menschen aufeinander losgingen, zeigt ein weiterer Vorfall, der sich in Trofaiach Ende April 1931 ereignete, in dessen Folge ein „prominenter" Nationalsozialist wegen Vergehens gegen das so genannte „Anti-Terror-Gesetz" angezeigt wurde. Der Ortsgruppenleiter von Trofaiach und spätere Salzburger Gauleiter, Karl Scharitzer, hatte sich angemaßt, eine Versammlung der

556 StLA BH Leoben Gr.14: K.8 (LGK E.N.4407/21.11.1927).
557 StLA ZGS (BKA) K.77/4: GPK St. Michael Exh.Nr.2135 (28.8.1931).

Sozialdemokraten durch hartnäckige Zwischenrufe zu stören. Aus dem Bericht der Staatsanwaltschaft Leoben geht hervor, dass Scharitzer trotz Redeverbot des Veranstalters den Gastredner mit fortlaufenden Zwischenrufen unterbrach, was einige Sozialdemokraten zunehmend in Rage versetzte. Bei den darauf folgenden Handgreiflichkeiten wurden 15 Nationalsozialisten und ein Sozialdemokrat verletzt. Unter den Verletzten befand sich auch der um Vermittlung bemühte Gastwirt Ressmann, dessen Einrichtung zum Teil zertrümmert wurde. Der Staatsanwalt beantragte die Bestrafung von Scharitzer sowie drei Raufl ustigen, die ihre „Gesinnungsgegner“ mit Stahlruten, Ochsenziemern, Bierkrügen und Sesseln schwer verletzt hatten.[558]

Im Verlauf der Wahlkampagnen im April 1932 rollte eine neuerliche Welle gewalttätiger Konfrontationen zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten heran, die nur durch das energische Einschreiten der Exekutive zu bändigen waren. In Leoben wurden zwei Nationalsozialisten, einer davon auf Krücken gehend, von einigen jugendlichen Sozialdemokraten auf offener Straße niedergeschlagen. In der anschließenden Keilerei wurden mehrere Nationalsozialisten von Sozialdemokraten mit Zaunlatten und Gummiknüppeln niedergestreckt.[559] Ob es sich bei jenem Gewaltakt um Vergeltung oder blinden Hass handelte, geht aus dem amtlichen Bericht nicht hervor. Bei Zusammenstößen mit jugendlichen Sozialdemokraten im September 1932 wurde der junge Nationalsozialist Josef Laß getötet und ein anderer, Paul Helle, schwer verletzt. Zuvor soll Laß seinen Angreifer, den Jungsozialisten Franz Truppe, von hinten mit einer Stahlrute attackiert haben.[560] Das Begräbnis des „Blutzeugen“ Laß, das unter Beisein hoher NS-Funktionäre – Hitler ließ sich von Theo Habicht vertreten – stattfand, wurde zu einem dem Anlass entsprechenden Propagandaereignis hochstilisiert.[561]

4.5.6 Aktivitäten der NSDAP in Leoben. Ein Überblick

In seiner Darstellung des Werdegangs der NSDAP im „Eisenbezirk“ zeichnet der frühe Nationalsozialist Josef Freudenthaler, wie nicht anders zu erwarten, das schicksalhafte Bild einer Organisation, die, getragen von dem „stramm-völkischen“ Empfinden und heroischen Tatendrang der Menschen im „südöstlichsten Grenzgau“, quasi zwangsläufig aus der Not und dem Elend der Nachkriegszeit geboren und durch das Auftreten des „gottgesandten Führers“ zur größten Bewegung, „die es je gegeben“,

558 StLA Staatsanwaltschaft Leoben K.1 (1921–1947): „Tagebuch Scharitzer Karl & Gen., 5.7.1931“.
559 StLA ZGS (BKA) K.78/5 (Fol.659): Bericht der Landesamtsdirektion (LaD) ans BKA, 3.5.1932.
560 Parteigenossinnen und Parteigenossen von Leoben und Umgebung. In: Arbeiterwille (10.9.1932) S. 7.
561 Josef Laß d. J. letzte Fahrt! In: Obersteirische Volkszeitung (13.9.1932) S. 4; Leobner Gemeinderat. In: Ebda. (24.9.32) S. 7: Die Bluttat hatte noch ein Nachspiel in der Trauersitzung des Gemeinderates, als Karl Cerha die Sozialdemokratie als „viehische Mordorganisation“ bezeichnete. Nach einem hitzigen verbalen Schlagabtausch verließen die sozialdemokratischen Mandatare aus Protest den Sitzungssaal.

gewachsen war.[562] Dennoch stellt Freudenthalers pathetisches Elaborat eines der wenigen gedruckten Zeugnisse der damaligen Ereignisse in Leoben und Umgebung dar und soll daher mit entsprechender Vorsicht verwertet werden. Für die Zeit vor 1932 sind die Informationen jedoch nicht sehr ergiebig: Freudenthalers Bericht ist sehr knapp gehalten und enthält außer ausgesuchten Wahlergebnissen kaum konkrete Zahlen und nur vereinzelt Namen von Ortsgruppen und deren Leiter. Vielmehr betont er allgemein die wachsende Begeisterung der national-orientierten Bevölkerung Leobens für die nationalsozialistische Bewegung, die in dem Wahlergebnis des Jahres 1932 gipfelte. Die Zeit der Stagnation und Unsicherheit der Bewegung nach 1926 wird geflissentlich übergangen. Unter dem bezeichnenden Subtitel „Vor dem Sturm" setzt Freudenthaler seine Schilderung über die gewaltsamen Ereignisse in Leoben mit dem Jahr 1932 fort. Der Autor widmet den Großteil seiner Erzählung den Ereignissen nach dem Verbot der Partei bis hin zum so genannten Anschluss im März 1938. Die Sympathisanten der Bewegung in und um Leoben werden als eine festgefügte nationalsozialistische Front dargestellt, die zunächst offen dann geheim gegen das furchtbare Unrecht der „Regierung in Wien" kämpft und wiederholt unter Repression und Verfolgung zu leiden hat. Freudenthaler blendet die sozialdemokratische Mehrheit praktisch aus; sie wird nur am Rand, in Verbindung mit dem Februar-Aufstand, erwähnt. Im Hinblick auf die Opfer des Juli-Putsches heißt es in der besten Blut-und-Boden-Manier: *Wir Steirer, wir Leobner dürfen mit Stolz sagen: Bei uns war der Boden am besten bereitet für die Saat, für das Reifen. Das hat sich schon im Blutjahre 1934 gezeigt. Hier wurde der Boden mit Blut gedüngt, hier wurde kostbarstes Saatgut gesät.*

Als Mann der ersten Stunde – er war ja bereits im Leobener Wohlfahrtsausschuss aktiv – kann der Eisenbahner Karl Cerha[563] gelten. Freudenthaler nennt ihn einen „alten Kämpfer". Im Jänner 1919 berief Cerha die erste Besprechung der Leobener Nationalsozialisten nach dem Ersten Weltkrieg ein, der ab 1923 weitere regelmäßige nationalsozialistische Sprechabende folgen sollten. Im August desselben Jahres nahmen die Vertreter von Stadt und Bezirk am nationalsozialistischen Parteitag in Salzburg teil, „wo sie zum ersten Male Adolf Hitler sahen und reden hörten". Auch die nationalsozialistische Jugend hatte sich zu sammeln begonnen und war 1923, laut Freudenthaler, auf etwa 300 Mitglieder angewachsen. Ab 1930 verzeichnete die NSDAP ansehnliche Zuwächse in der obersteirischen Industrieregion und anlässlich des Gauparteitages desselben Jahres in Leoben soll Gauleiter Oberhaidacher, nebst einem Parteimann aus München, die Bergstadt mit seiner Anwesenheit „geehrt" haben. Das Jahr 1932 brachte neben den bekannten Wahlerfolgen auch eine Reihe gewaltsamer Ereignisse in und um Leoben. Freudenthaler führt dies auf die Agitation der „von Fremdstämmigen irregeleiteten obersteirischen Sozialisten" zurück, die, „gestützt auf die gegnerische Einstellung der Wiener Regierung", mit Gewalttaten gegen die Nationalsozialisten vorgingen. Insbesondere der Kommunismus, klagt

562 Freudenthaler, „Eisen auf immerdar!" Bd.2, S. 9–10.

563 StLA L.Reg. Gr.384: Na 14 (1933): Laut Behördenbericht wurde der in Leoben wohnhafte Bahnbeamte Cerha am 13. Juli 1889 in Prag geboren und hatte in Leoben das Heimatrecht.

Freudenthaler, begann sich zu rühren: Versammlungen wurden gestört und nationalsozialistische Parteigenossen auf der Straße überfallen.[564] Im Juni 1932 schätzte die Behörde die Anhängerschaft der Nationalsozialisten in Leoben, die ständigen Zulauf aus den Reihen anderer nationaler Bewegungen, aber auch aus sozialdemokratischen Beamten- und Angestelltenkreisen erhielt, auf etwa 3000 Menschen.[565]

Durch das Anwachsen der Organisation konnten die Leobener Nationalsozialisten bald ein Parteiheim in der Erzherzog-Johann-Straße neben dem Parteisekretariat am Hauptplatz einrichten.[566] Im August 1932 wurden die Wahlerfolge der NSDAP in Deutschland zu Propagandazwecken im ganzen Bezirk „ausgeschlachtet". Die von politischen Gegnern inszenierten Krawalle und Störversuche forderten die Aufmerksamkeit der Exekutive immer wieder aufs Neue heraus. In Leoben beispielsweise, wo Cerha und Oberhaidacher Anfang August vor rund 3000 Menschen auf dem Hauptplatz auftraten, mussten demonstrierende „Gesinnungsgegner" durch einen Bajonettangriff zerstreut werden.[567] Die Machtübernahme Adolf Hitlers Ende Jänner 1933, die von der Leobener Ortsgruppe mit Festkonzert und Fackelzug gebührend gefeiert wurde, bescherte der NSDAP neuerlichen Aufschwung. Zwar hemmten die nach der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 gesetzten repressiven Maßnahmen Wiens die öffentlichen Aktivitäten der Bewegung, konnten jedoch der Begeisterung ihrer Anhänger kaum etwas anhaben, so Freudenthaler. Dies zeigte sich bei einer Feier im Leobener Postsaal anlässlich Hitlers Geburtstags am 20. April 1933, als Karl Cerha unter „Jubelstürmen" und begleitet von den Fanfaren der SA-Musik unter Standartenführer Franz Kollenz die nahende Ankunft des Großdeutschen Reiches feierlich verkündete.[568] In seiner Aprilnummer berichtet „Der Kampf" von einem noch nie dagewesenen Mitgliederzuwachs in Leoben.[569] Am 24. Mai fand die erste gemeinsame Versammlung der NSDAP mit der Ortsgruppe des Steirischen Heimatschutzes in der Leobener Sängerhalle statt. Mehr als 2000 gegen die Regierung demonstrierende Anhänger sollen danach durch die Stadt gezogen sein.[570]

Mit dem Ziel, der Tätigkeit der NSDAP wirksam entgegenzutreten, verbot die Regierung Anfang Mai 1933 generell das Tragen von Uniformen oder Stücken davon, die eine „politische Einstellung" zur Schau stellten. Die Nationalsozialisten versuchten das Uniformverbot zu umgehen, indem ihre Formationen in weißen Oberhemden und schwarzen Krawatten auftraten. Doch auch dies wurde nicht toleriert. Als die Leobener SA-Kapelle in ebensolcher Aufmachung ein Platzkonzert zu Ehren des 70. Gründungsfestes des Deutschen Turnvereines Leoben veranstaltete, wurden sämtliche Musiker wegen Übertretung des Verbotes angezeigt.[571] Auch in Mautern veranstalteten lokale Nationalsozialisten eine politische Kundgebung

564 Freudenthaler, „Eisen auf immerdar!" Bd.2, S. 11–32.
565 StLA ZGS (BKA) K.79/6 E.Nr.216 res.ad (9.6.1932).
566 StLA L.Reg. Gr.384: Na14 (1933).
567 StLA ZGS (BKA) K.79/6 E.Nr.14.588 (19.9.1932).
568 Freudenthaler, „Eisen auf immerdar!" Bd.2, S. 11–32.
569 Wir steigen trotz Haß und Verbot! In: Der Kampf (15.4.1933) S. 4.
570 Massenversammlung in Leoben. In: Der Kampf (3.6.1933) S. 5.
571 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.307): LGK an BKA 14.7.1933.

gegen das Uniformverbot. Die Teilnehmer zogen in kurzen Hosen, weißen Hemden mit schwarzen Krawatten und Hakenkreuzabzeichen durch die Straßen auf den Hauptplatz, sangen Spottlieder und skandierten Sprüche wie: „Österreich erwache!", „Trotz Verbot nicht tot", „Dollfuss er wachse!" und „Heil Hitler!".[572] Anlässlich der vorübergehenden Verhaftung nationalsozialistischer Führer, auch Karl Cerha wurde aus dem Bett geholt und in das Kreisgericht eingeliefert, und der Durchsuchung der Parteiheime am 13. Juni 1933 kam es in Leoben zu wiederholten Demonstrationen von Sympathisanten. Am Abend entstand ein Wirbel am Bahnhofvorplatz, als verhaftete Nationalsozialisten aus dem ganzen Kreisgerichtssprengel Leoben per Bahn ankamen. Aus Protest schrien die etwa 250 Versammelten Parolen wie „Heil Hitler!", „Deutschland erwache!", „Österreich erwache!" und „Dollfuß verrecke!" und sangen lauthals das „Horst-Wessel-Lied". Zur gleichen Zeit versammelten sich an die 700 Anhänger auf dem Leobener Hauptplatz, die schließlich durch einen Bajonettangriff der Gendarmerie vertrieben werden mussten.[573] Nationalsozialistische Studenten versuchten mehrmals, eine Hakenkreuzflagge vor der Montanuniversität zu hissen, was der Rektor noch verhindern konnte. In jenen Tagen vor dem Verbot der NSDAP hatte die Gendarmerie im ganzen Bezirk alle Hände voll zu tun. Fernsprechleitungen wurden abgezwickt, Erdkabel gesprengt, Häuser, Zäune und Straßen mit „regierungsfeindlichen" Parolen beschmiert und beklebt. In Mautern, wo die Nationalsozialisten als radikal galten, hagelte es gegen 100 Anzeigen wegen Beleidigung von Regierungsmitgliedern, Störung der öffentlichen Ordnung, Übertretung des Aufmarschverbotes und anderer Gesetze. Nach dem Verbot ihrer Partei am 19. Juni 1933 nahmen die Nationalsozialisten an den Feierlichkeiten legaler nationaler Vereine, wie den deutsch-völkischen Turnvereinen und dem deutschen Schulverein „Südmark" teil, wo sie ihre Werbetätigkeit fortsetzten. In Mautern wurde der Deutsche Turnverein wegen „derartiger Umtriebe" bald darauf, am 22. Juli 1933, verboten.[574] Bei Leoben, Mautern und Vordernberg versuchten Nationalsozialisten Hakenkreuzfeuer abzubrennen, was von der Gendarmerie verhindert werden konnte. Die Institution Kirche geriet ebenfalls in die Schusslinie der Nazis: Das katholische Vereinsheim Eisenerz wurde mehrmals Ziel mutwilliger Zerstörung; in Göss wurde die Stiftskirche mit Plakaten beklebt und der Kaplan von Trofaiach von aufgebrachten Nationalsozialisten misshandelt.[575] In seiner Apologie wertet Freudenthaler die Sprengstoffanschläge, die sich nach dem Verbot der NSDAP häuften, als „Ausbruch der Verzweiflung" im Angesicht der Gewaltherrschaft des „Systems". Offiziell wegen Hörermangels, doch eher um das „nationale Leoben" empfindlich zu treffen, sollte die montanistische Hochschule sogar geschlossen werden. Im „Blutjahr" 1934 habe die Bewegung trotz heldenhaften Widerstandes den Kampf gegen die Übermacht der Regierung verloren, doch lebte sie, so Freudenthaler, in den Herzen der Menschen weiter:

572 StLA L.Reg. Gr.384: U 8/4 (1933).
573 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.76–77): GPK Leoben an BKA 14.6.1933; Mit dem „Horst-Wessel-Lied" ins Gefängnis. In: Der Kampf (17.6.1933) S. 5.
574 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.409–412; 423): LGK an BKA 14.8.1933.
575 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.306–308).



Abbildung 8: Das im Jahr 1910 bezogene Gebäude der „Montanistischen Hochschule".

> *Der Opfertod hat auch in unserer Bergstadt Leoben reiche Saat gehalten. Aber aus den Gräbern floß Kraft und Mut und Zähigkeit, ergriff und ließ nicht locker und schmiedete und formte die Männer der ständig anwachsenden Bewegung zu den eisernsten Streitern der Steiermark, die nichts anderes kannten als kämpfen für Deutschland und seinen Führer Adolf Hitler bis zum Sieg!*[576]

576 Freudenthaler, „Eisen auf immerdar!" Bd.2, S. 47.

5. Die Radikalisierung des politischen Klimas in der obersteirischen Industrieregion

Wie bereits im einleitenden Kapitel dargelegt, hatte die Eskalation der Gewalt in jener unruhigen Zeit nicht nur politische, sondern vor allem in die Vergangenheit zurückreichende gesellschaftliche Ursachen. Hinzu kommen noch andere von Soziologen und Historikern vermutete Beweggründe wie subjektiv empfundene Benachteiligung, Hass, Neid und Existenzangst.[577] Als die Demokratie in Österreich noch in den Kinderschuhen steckte und zunehmend ins Kreuzfeuer der Kritik geriet, riefen Extremisten nach radikalen politischen Lösungen. Bei aller Gegensätzlichkeit von totalitären Ideologien wie dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus kann das dualistische Prinzip als verbindendes Merkmal geortet werden. Nicht nur das Freund-Feind-Schema, sondern auch das Entweder-Oder bestimmten die Auseinandersetzungen jener Tage, sei es im Ringen um die ausschließliche ideologische Wahrheit, die man jeweils für sich beanspruchte, oder im Kampf gegen das korrupte „System"/den Bolschewismus/den Kapitalismus/den Imperialismus, den man, wenn notwendig, „bis zum letzten Blutstropfen" auszufechten bereit war.[578] Zum totalitären Sprachgebrauch gehörte auch die Beschwörung des Allheilmittels der jeweils eigenen Herrschaft. Andersdenkende hätten sich dieser entweder zu unterwerfen oder würden vernichtet. In simplen Erklärungsmustern mutierten der Staat und das Staatsvolk zu einem kranken Organismus, der von einem beispielsweise als „Krebsgeschwür" bezeichneten Missstand oder von unerwünschten „Parasiten" radikal befreit werden müsste. Wer Hass sät, erntet bekanntlich Gewalt, und die Unversöhnlichkeit der weltanschaulichen Gegner wurde nicht nur durch Gewaltpropaganda in Wort und Schrift genährt, sondern buchstäblich nach Art eines Existenzkampfes in einem *circulosus vitiosus* gesteigert. Die grundsätzliche Frage, mit welchen Mitteln denn die Demokratie vor antidemokratischen Mächten verteidigt werden könne, stellt sich hier nicht.[579] Mit der Unterstützung Mussolinis vermeinte Dollfuß demokratische Strukturen schrittweise eliminieren zu müssen, um Österreich als Staat zu erhalten. Mit seiner Entscheidung den Nationalrat im März 1933 auszuschalten und autoritär weiterzuregieren, goss Dollfuß jedenfalls zusätzliches Öl ins innenpolitische Feuer. Hitlers auf legalem Weg erfolgte Machtergreifung in Deutschland mag ihn maßgeb-

577 Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstösse, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934 (München 1976), Kurzzitat: Botz, Gewalt, S. 13–23.

578 Erich Strassner, Ideologie – Sprache – Politik. Grundfragen ihres Zusammenhangs (Tübingen 1987) S. 42–48.

579 Vgl. Horst Möller, Gefährdungen der Demokratie. Aktuelle Probleme in historischer Sicht. In: Viertelsjahrshefte für Zeitgeschichte 55 Jg. (2007) 379–392.

lich zu diesem Schritt bewogen haben.[580] Die ab dem 7. März 1933 sukzessiv erlassenen Verordnungen schränkten die von der Verfassung garantierten bürgerlichen Grundrechte wie Presse- und Versammlungsfreiheiten wesentlich ein.[581] In erster Linie sollten jene Parteien aufgerieben werden, die als regierungsfeindlich galten: Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten; de facto schuf Dollfuß damit eine weitere Frontstellung, indem er große Teile der Bevölkerung gegen sich und seine Regierung aufbrachte.

Anknüpfend an die im vorangegangenen Abschnitt dargestellte parteipolitische Konstellation wird nun das Phänomen der Polarisierung der Bevölkerung dieser Region, das als Gradmesser für die Radikalisierung der politischen Kultur gelten kann, beleuchtet. Zur Palette der exemplarisch dargestellten politisch motivierten Zusammenstöße gehören Gewalttaten, die bei Versammlungen, Aufmärschen und an anderen öffentlichen Orten von Gruppen oder Einzelpersonen verübt wurden, aber auch bestimmte Ereignisse um den so genannten Pfrimer-Putsch und die Aufstandsbewegungen des Jahres 1934. Jene Fallbeispiele können stellvertretend für die Summe der Brutalität gesehen werden, die das Land Steiermark und darüber hinaus ganz Österreich in Angst und Schrecken versetzte.[582] Die Radikalisierung des politischen Klimas zwischen 1927 und 1934 in der obersteirischen Industrieregion lässt sich anhand von Behörden-, Zeitungsberichten und anderen Quellen[583] in mehreren Phasen festmachen:

- *Die Eskalation der Gewalt im „Kampf um die Straße“*: In einer ersten Phase kommt es bereits vor den Wiener Unruhen im Juli 1927 zu einem Aufschwung in der Entwicklung des Steirischen Heimatschutzes, die spätestens nach Aufhebung des von der Regierung verhängten Aufmarschverbotes Ende September 1927 eine wesentliche Dynamisierung erfährt. Der Steirische Heimatschutz tritt mit dem Anspruch auf, die von der Sozialdemokratie bisher behauptete Suprematie der Straße brechen zu wollen, was zu einer Aufheizung der ohnehin vorhandenen Ressentiments führt. Als zusätzliche Provokation wird der im Herbst 1928 veranstaltete Aufmarsch der Heimwehr in der sozialdemokratischen Hochburg Wiener Neustadt empfunden. Gleichzeitig erhöht die ÖAMG Druck auf die organisierte Arbeiterschaft mit Hilfe des von ihr subventionierten militarisierten Verbandes und dessen neu gegründeten Gewerkschaft, was eine ungeheure Verschärfung

580 Roman Sandgruber, Ökonomische Krise und Delegitimierung der Demokratie. In: Günther Schefbeck (Hrsg.), Österreich 1934. Vorgeschichte – Ereignisse – Wirkungen (Wien 2004), Kurzzitat: Schefbeck, Österreich 1934, S. 52–59.

581 Wolfgang Duchkowitsch, Umgang mit „Schädlingen“ und „schädlichen Auswüchsen“. Zur Auslöschung der freien Medienstruktur im „Ständestaat“. In: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Austrofaschismus. Politik-Ökonomie-Kultur 1933–1938 (=Politik und Zeitgeschichte 1, Wien 2005) S. 358–364; Emmerich Tálos, Walter Manoschek, Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus. In: Ebda, S. 6–25.

582 Botz, Gewalt, S. 253: Für den Zeitraum 1918 bis 1934 errechnete Botz eine Gesamtzahl von 217 Toten und 642 schwerverletzten Opfern innerpolitischer Gewaltanwendung in Österreich.

583 Darunter sind die Chroniken der Bezirksgendarmeriekommanden (BGK), Aussagen von Zeitzeugen und die Korrespondenz des deutschen Konsuls in Graz zu nennen.

des Konfliktes nach sich zieht. Im Jahr 1930 registriert die Exekutive verstärkte Aktivitäten seitens der Wehrverbände im Bezirk Leoben. Das ganze Jahr hindurch finden beinahe jeden Sonntag Aufmärsche oder Übungen sowie zahlreiche Wahlversammlungen im Vorfeld der Novemberwahlen statt. Für zusätzlichen Unmut im linken Lager sorgt die Interimsregierung Vaugoin, als sie Anfang November eine Suchaktion nach Waffenlagern des republikanischen Schutzbundes anordnet.[584]

- *Wer vor dem Nichts steht, hat nichts zu verlieren*: Ab etwa 1930 beginnt sich die Wirtschaftskrise verhängnisvoll auf die gespannte innenpolitische und gesellschaftliche Lage auszuwirken. Konjunkturbedingte Betriebsschließungen führen zu einem raschen Anwachsen der Arbeitslosigkeit, was wiederum die Kommunisten auf den Plan ruft. In der Folge organisieren lokale Kommunistenführer Demonstrationen, Versammlungen und „Hungermärsche", in deren Verlauf eine nicht näher definierbare Zahl von Arbeitslosen gewalttätig auftritt. In ursächlichem Zusammenhang mit der Rezession jener Jahre steht die Verelendung großer Teile der Bevölkerung. Zeitzeugen wie Franz Schick sprechen vom unsteten Leben auf der Walz, von Bettelei, Hunger und Kälte. Durch sinkende Kaufkraft und schrumpfende Steuereinnahmen werden auch manche Industriegemeinden wie Donawitz, die sich um eine stets wachsende Zahl von Fürsorgefällen zu kümmern haben, in den finanziellen Ruin getrieben. Für böses Blut in Stadt und Land sorgen Delogierungen und Versteigerungen, die mit Unterstützung verschiedener politischer Gruppierungen immer öfter vereitelt werden.

- *„Die Fahne hoch …"*: In dieser Phase tritt die NSDAP mit beispielloser Rigorosität und immer neuen propagandistischen Einfällen mit dem Anspruch auf, nicht nur den im Verfall begriffenen Steirischen Heimatschutz zu „beerben", sondern sowohl die ländliche Bevölkerung als auch die Arbeiterschaft der Industrieregion für die Idee der Volksgemeinschaft zu begeistern. Offiziell fordert die NSDAP strengste Disziplin von ihren Anhängern. In der Praxis jedoch führt der von ihr propagierte Rassenantisemitismus zu einer Reihe von Anschlägen auf jüdische Geschäfte in Leoben. Das radikale Vorgehen der Nationalsozialisten mündet in zahlreiche blutige Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner. Zu Not und Leid der Bevölkerung gesellen sich jetzt Angst und Unsicherheit. Zahlreiche Sprengsätze machen Straßen und Plätze zu gefährlichen Aufenthaltsorten. Nach dem Verbot der Partei setzt sich der Terror, der enormen materiellen Schaden stiftet und die Exekutive Tag und Nacht in Atem hält, in verstärktem Maße fort.[585] Auf einer zweiten Schiene richtet sich der nationalsozialistische Terror gegen die Regierung Dollfuß. Die Existenzberechtigung des österreichischen Staates, der wirtschaftlich und moralisch in die Knie gezwungen werden soll, wird in Frage gestellt. Die verstärkte Unterwanderung von Polizei, Gendarmerie

584 Chronik des BGK Leoben, 1930.
585 Chronik des BGK Leoben, 1934.

und Bundesheer durch Nationalsozialisten soll am Tag X für eine reibungslose Übernahme der Staatsgewalt sorgen.[586]

- *Der Kampf um die „Macht im Staate“*: Die Aufstandsbewegungen von 1931 und 1934 können gleichsam als Kulminationspunkte in einem krisenhaften gesellschaftspolitischen Kontext betrachtet werden. Bedenkt man, dass das bereits seit der Geburtsstunde der Ersten Republik durch Militarismus, gesellschaftliche Destabilisierung und wachsende Unzufriedenheit latent vorhandene Konfliktpotenzial von innen- und außenpolitische Kräften gezielt geschürt wird, so passen jene geplanten Aktionen wie Teile eines Puzzles in das Gesamtbild. Während jedoch Walter Pfrimer nach der „Macht im Staate“ greifen will, ist die Mobilisierung des Schutzbundes als ein letztes Aufbäumen vor dem Untergang der Sozialdemokratischen Partei zu begreifen. Im Gegensatz dazu kann der Juli-Putsch der NSDAP als gezielter Akt der Aggression Nazi-Deutschlands gegen Österreich gewertet werden.

5.1 Die Eskalation der Gewalt im Kampf um die Straße: „Wir werden nicht schweigen. Früher patscht es!“[587]

5.1.1 Am Anfang war die Not

In dem von Gerhard Botz als „Revolutionsperiode“ bezeichneten Zeitraum, der in Österreich vom Kriegsende bis etwa Ende 1920 andauerte, herrschten in den Städten und größeren Ortschaften, aber auch in ländlichen Gebieten Hunger, materielle Not und Krankheit; die chaotischen Verhältnisse machten das Land zu einer potenziellen Brutstätte des politischen Radikalismus. Bereits vor dem Zusammenbruch hatte das von Heimkehrern aus Russland mitgebrachte revolutionäre Gedankengut eine explosive Stimmung bei den in Judenburg stationierten Soldaten und Teilen der Fohnsdorfer Arbeiterschaft erzeugt.[588] Sowohl die von Kommunisten organisierten Unruhen in Wien und Graz im Jahr 1919 wie auch jene Zusammenstöße zwischen der Ordnungsmacht und der hungernden Bevölkerung endeten blutig. Erst als die von der Regierung Seipel gesetzten Maßnahmen zur Sanierung der Währung ab etwa 1924 zu greifen begannen, stabilisierte sich allmählich die innenpolitische Lage.[589] Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen politischen Gruppierungen in der Steiermark zeichneten sich bereits in den frühen 1920er Jahren ab, als ein Machtkampf zwischen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und Andersgesinnten entbrannte.

586 Wolfgang Neugebauer, Die Anfänge des NS-Terrorismus in Österreich – Wurzeln, Motive, politische Hintergründe. In: Schefbeck, Österreich 1934, S. 73–77.

587 Ausspruch eines „Heimatschützlers“ anlässlich einer Konfrontation mit einem „Schutzbündler“ in Deuchendorf bei Kapfenberg am 15. Sept.1929 (StLA ZGS (BKA) K.76/3 Fol.496).

588 Chronik des BGK Judenburg, Bd.1/1914–1924.; Felix Busson, Die sozialpolitische Entwicklung. In: Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft 1881–1931 (Wien 1931) S. 160–161.

589 Botz, Gewalt, S. 23–86.

Den Auftakt dazu bildete ein Zusammenstoß bei der Fahnenweihe des christlichsozialen Arbeitervereines in Zeltweg im Mai 1922, als demonstrierende Sozialdemokraten den Festzug unterbrachen und zahlreiche Fahnen beschädigten. Im November desselben Jahres trug eine nächtliche Waffensuche, die von Arbeitern bei einigen Bauern in Waltersdorf bei Judenburg überfallsartig vorgenommen wurde, zu einer weiteren Belastung der Beziehungen bei.[590] Wie aufgeladen das politische Klima war, zeigt der bereits ein Jahr zuvor auf Landeshauptmann Rintelen verübte spektakuläre Überfall, als er bei einer christlichsozialen Versammlung in St. Lorenzen im Mürztal von wütenden Arbeitern attackiert und aus dem Fenster gestürzt wurde. Rintelen wurde für die im Juni 1920 beim Grazer „Kirschenrummel" getöteten Menschen verantwortlich gemacht.[591]

Neben den Kommunisten bildeten die Nationalsozialisten mit ihrem militanten Antisemitismus einen weiteren Unruheherd. Im Mai 1923 berichtete die Polizei von Reibereien zwischen „Arbeitern" und Anhängern der DNSAP. Nach einer Versammlung der Grazer „National-Sozialen" im Gasthof „zu den Dreihacken" wurde die Ordnertruppe der „Hakenkreuzler", die in bewusst provokanter Aufmachung durch das Arbeiterviertel Lend marschiert war, von etwa 20 Arbeitern verfolgt. Anschließend zwangen sie einen der Nationalsozialisten, die Parteifahne in die Mur zu werfen. Aus der Sicht des „Arbeiterwillen" stellten die Nationalsozialisten bewaffnete Banditen dar, die auf Arbeiter schießen durften: *Die Mörder eines Liebknecht* (…) *wurden als Befreier des Volkes von den jüdischen Schweinen und der jüdischen Pest gefeiert.* Als der Redner in jener Grazer Versammlung schließlich erklärte, man werde sich des Genossen Deutsch bemächtigen, um ihn als Geisel festzuhalten, applaudierten die Anwesenden stürmisch und forderten: *Aufhängen, kastrieren, abschlachten, Judenschwein*. Bei einer nationalsozialistischen Versammlung im weststeirischen Voitsberg im November desselben Jahres konnte die Feuerwehr einen Zusammenstoß nur durch den Einsatz eines Wasserwerfers verhindern. Nach der anschließenden Erstürmung des Lokals nahm die Gendarmerie den Versammelten ungefähr 40 Waffen ab.[592] Die nationalsozialistische Presse wertete diesen Vorfall als „Vergewaltigung" ihrer Versammlung durch die von einer sozialdemokratischen Gemeinde gelenkte Feuerwehr. Solche Vergewaltigungen durch die Sozialdemokraten seien nicht selten, klagte das Blatt, wie jüngst in Fürstenfeld, als der Auftritt des Parteigenossen Suchenwirth durch die Besetzung des Saales und den „wüsten verleumderischen Redeschwall" der Sozialdemokraten vereitelt worden war.[593] Selbst während der darauffolgenden relativ ruhigen Phase bis 1926 sorgten die Versammlungen und Aufmärsche der Nationalsozialisten, die nicht selten durch einen Einsatz der Exekutive beendet wurden, immer wieder für Aufsehen.[594]

590 Chronik des BGK Judenburg, Bd.1/1922.
591 StLA ZGS (BKA) K.74/1 (Fol.288–294); Botz, Gewalt, S. 83–84.
592 StLA ZGS K.197: Pol.Dion. Graz NSDAP (1923–1934).
593 Sozialdemokratische Kampfesweise. In: Die Sturmfahne (1.12.1923) S. 3.
594 StLA L.Reg. K.213: Gr.384 (Z.24/17 P I, 2.3.1926): Aus Anlass der Aufführung des Theaterstückes „Die Makkabäer" im Frühjahr 1926 wurden protestierende „Arier" von der Polizei verhaftet;

5.1.2 Ruhe vor dem Sturm?

Zwischen 1924 und 1926 bewirkte die innenpolitische und ökonomische Stabilisierung eine vorübergehende Abkühlung des heißen Pflasters, sieht man von vereinzelten Streiks und dem noch schwelenden Kulturkampf ab, der in Vorwahlzeiten in verbaler und gedruckter Form beredt zum Ausdruck gebracht wurde. Obwohl die in der zweiten Hälfte des Jahres 1924 stagnierende Auftragslage im Stahlsektor zu Stilllegungen bei einigen Betrieben der ÖAMG führte und eine Teuerung der Lebenshaltung für Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft sorgte, kam es kaum zu größeren Auseinandersetzungen zwischen Betriebsleitung und Belegschaft.[595] Doch dürfte dies eher auf die repressiven Maßnahmen seitens jener Industriekonzerne zurückzuführen sein, die an einem Abbau der für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen erkämpften Errungenschaften interessiert waren. Die Folge war ein Vertrauensverlust der Arbeiterschaft in die Sozialdemokratie. Erst im August 1925 riefen Arbeitervertreter aller Richtungen in der Hütte Donawitz zum Streik auf, als die Werksleitung ihre Forderung nach einer generellen Lohnerhöhung strikt ablehnte. Von der gewaltigen Streikaktion blieb am Ende nicht viel übrig; lediglich eine geringfügige Lohnerhöhung für die Ärmsten konnte der Konzernleitung abgerungen werden.[596] Umso höher schlugen die Wellen der Empörung, als im darauf folgenden Jahr die Finanzskandale um die „Steirerbank“ und die „Steweag“-Aktien, bei denen ranghohe christlichsoziale Politiker und Beamte des Landes ihre Finger im Spiel hatten, publik wurden.[597] Verständlicherweise ließ die sozialdemokratische Opposition kein gutes Haar an Landeshauptmann Rintelen, der im Verdacht stand, Hauptdrahtzieher und Mitwisser der dunklen Geschäfte zu sein, und verhinderte seine Wiederwahl zum Landeshauptmann im Oktober 1926 durch Obstruktion.[598] In den Augen des politischen Gegners wurden Rintelen und die CSP zum Inbegriff der Korruption und Lasterhaftigkeit. Als Landeshauptmann wurde ihm Amtsmissbrauch („Verquickung von Politik und Geschäft“) vorgeworfen; als Unterrichtsminister hatte er in die von der Sozialdemokratie geforderte Freiheit in der Frage der „religiös-sittlichen Erziehung“ eingegriffen.[599] Im Gegenzug wirkte das von der Sozialdemokratie im November 1926 verabschiedete Parteiprogramm wie eine Kampfansage an das bürgerliche Lager. Vor diesem Hintergrund des sozialen Unfriedens kann es daher wenig wundern, dass sich jene Spannungen bald zu handfesten Auseinandersetzungen entwickelten.

---

bei einer NS-Versammlung in Graz im Oktober desselben Jahres verhinderte die Polizei gröbere Raufereien zwischen „Jugendsozialisten“ und Nationalsozialisten.

595 Felix Busson, Die sozialpolitische Entwicklung. In: Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft 1881–1931 (Wien 1931) S. 182–183.

596 Hinteregger, Arbeiterbewegung, S. 44–46.

597 Der christlichsozial-großdeutsche Bankenskandal. Eine Billion Steuergelder verschleudert! (Wien 1927) S. 32–44.

598 StLA Sten. Ber.Stmk.Landtag 1923–1927, 1–73 (41./42.Sitzung 12.2./19.2.1926) S. 989–996; 1003–1007.

599 StLA L.Reg. K.213: Gr.384 (Zl.2026/59 PI, 15.9.1926).

5.1.3 Auftakt zum Bürgerkrieg

Als anlässlich der Wiener Unruhen im Juli 1927 der Parteisekretär und Obmann der sozialdemokratischen Gemeindefraktion in Bruck an der Mur, Koloman Wallisch[600], den Ausnahmezustand in der Stadt ausrief, um laut eigenen Angaben die erregte Arbeiterschaft zu beruhigen und ein Blutvergießen zu vermeiden, eskalierte der politische Kleinkrieg in der obersteirischen Industrieregion. Nun glaubten die dort lebenden Bürgerlichen, einen Vorgeschmack dessen bekommen zu haben, was ihnen im Fall einer „Diktatur des Proletariats" blühen würde. Als Gegenmaßnahme hatte der Führer des Steirischen Heimatschutzes, Walter Pfrimer, im ganzen oberen Murtal rasch Heimwehrtruppen aufgeboten und sie vermutlich mit Hilfe des mit der Heimwehr sympathisierenden Gendarmerie-Oberinspektors August Meyszner bewaffnet. Die Führer dieser Mannschaften hatten sich ebenfalls angemaßt, im ganzen oberen Murtal Kontrollfunktionen und Ordnerdienste auszuüben. Bei Verhandlungen mit der Streikleitung in Judenburg und in Graz war Pfrimer energisch aufgetreten und hatte die sofortige Beendigung des Streiks gefordert. Angesichts seines angedrohten „Marsch auf den Semmering" hatten die sozialdemokratischen Führer schließlich kapituliert.[601]

In einer dringlichen Anfrage der Landtagsabgeordneten der bürgerlichen Einheitsliste an Landeshauptmann Paul wurde das Vorgehen der Sozialdemokraten als ein Akt öffentlicher Gewalttätigkeit bezeichnet, da während des Ausnahmezustandes in Bruck an der Mur unter anderem das Gericht und die gesetzlichen Sicherheitsorgane an ihrer Tätigkeit gehindert worden seien. Die Bevölkerung in den Industriegebieten der Obersteiermark sei Opfer einer „systematischen Verhetzung", die von „gewissen Elementen" seit Jahren betrieben werde: *Wir sind der Überzeugung, daß es den persönlichen Machtgelüsten, wenn nicht anderen niedrigen Motiven, entspringt, in Obersteiermark im Industriegebiete zwischen der Arbeiterschaft und der übrigen Bevölkerung eine Hetze zu inszenieren, die schließlich und endlich zu solchen traurigen Vorfällen führen muß, wie wir sie in Wien erlebt haben*, mahnte der Brucker Kaufmann und Landtagsabgeordnete Viktor Hornik. Wallisch, dem die Opposition Aufwiegelei und Verfassungsbruch vorwarf, behauptete in einer schriftlichen Stellungnahme an den Landtag, die Vertreter der bürgerlichen Vereinigungen der Stadt Bruck hätten sich mit seinen Forderungen einverstanden erklärt. Es sei weder zu einer Behinderung des Ortspolizeidienstes gekommen, noch habe er eine „Diktatur des Proletariates" ausgerufen. Bei der Versammlung auf dem Hauptplatz seien wohl „scharfe Worte" gefallen, aber nur „um die Massen in der Hand zu behalten".

---

600 Nach einem Intermezzo als sozialdemokratischer Funktionär in der kurzlebigen Budapester Räteregierung Bela Kuns im Jahr 1919 war Wallisch nach Marburg an der Drau (Maribor) und anschließend nach Österreich gezogen, wo er ab Ende Juni 1920 als Bezirkssekretär der SDAPÖ in Fürstenfeld wirkend im Februar 1921 nach Bruck an der Mur berufen wurde. Koloman Wallisch, 50 Jahre „12. Februar 1934". Zur Erinnerung an die Ereignisse des Februar 1934 im Bezirk Bruck/Mur hrsg. SPÖ Bezirksorganisation Bruck/Mur (Bruck/Mur 1984) S. 20; Paula Wallisch, Ein Held stirbt (Graz 1978) S. 147–163.

601 StLA Sten. Ber. Stmk. Landtag 1927–1930, 1–61 (25.7.1927) S. 51–66; Pauley, Hahnenschwanz, S. 48–51; ÖHJ 1933, S. 62–63.

Die Erklärung Wallischs wurde von der bürgerlichen Opposition als „Lüge“ und „Verdrehung“ des wahren Sachverhaltes abgetan. Von Verhandlungen könne keine Rede sein, erklärte Hornik. Der Kommandant des Republikanischen Schutzbundes Neubauer habe die bürgerliche Partei ultimativ zum Einlenken aufgefordert. Wallisch soll außerdem gedroht haben, für den Fall eines Heimwehreinsatzes gegen die Sozialdemokratie in Wien einige ausgesuchte Persönlichkeiten von Bruck an der Mur in Geiselhaft zu nehmen. Nachdem am 18. Juli der Brucker Bürgermeister Gruber das Ende der ungesetzlichen Vorgänge verkünden ließ, habe Wallisch selbst nach den Konsequenzen seines verfassungswidrigen Vorgehens gefragt.[602] Hingegen wurde die Gegenoffensive des Steirischen Heimatschutzes von der bürgerlichen Einheitsliste vom Tisch gewischt mit dem Argument, die Empörung sei nicht vom Bürgertum, sondern von den Sozialdemokraten ausgegangen.[603] Aus bürgerlicher Sicht war nach der Beendigung des „Kriegszustandes“ lediglich ein „Waffenstillstand“ zwischen den „Kriegsparteien“ eingetreten. Unter dem Eindruck der außergewöhnlichen Ereignisse appellierte Dr. Paul Weitzer im Namen des Exekutivkomitees der Bürgerschaft an die Solidarität aller Bürger zum „Schutz des Eigentums“.[604] Im gleichen Zug erklärte sich das Komitee zu einer permanenten Einrichtung und kündigte die Aufstellung einer „Ordnungsmacht“ an. Als die Brucker Ortsgruppe des Heimatschutzverbandes gegründet wurde,[605] verhärteten sich die politischen Fronten zwangsläufig.[606] Der fromme Wunsch des Komitees „endlich auch unserer Heimatstadt Befriedung zu geben“ sollte auf Jahre hinaus unerfüllt bleiben.

Im Vergleich zu Bruck an der Mur und einigen Ortschaften des oberen Murtales verlief der 16. Juli in Leoben und Umgebung relativ unspektakulär. Die Leobener Arbeiterkammer war Drehscheibe und Mittelpunkt der Geschehnisse jener Tage. Hier holten sich sozialdemokratische Vertrauensmänner und Funktionäre ihre Anweisungen; von hier aus wurden Schutzbündler zur Straßensperre aufgeboten und Kontrollorgane, welche den von 6 bis 9 Uhr Vormittags in sämtlichen Betrieben durchgeführten Proteststreik überwachten, ausgesandt. Laut einer Lokalzeitung kam es trotz des von der Bezirkshauptmannschaft Leoben verhängten Alkoholverbotes zu zahlreichen Alkoholexzessen und zu einem „Stau“ im Gemeindearrest, wo „schon lange nicht mehr so viele Betrunkene“ gesessen waren. In der Stadt Leoben vereinbarten die Parteien, keine Versammlungen oder Demonstrationen durchzuführen; die Geschäfte blieben den ganzen Tag geöffnet und das Wirtschaftsleben ging seinen gewohnten Weg. In Donawitz, Seegraben, Judendorf und Göss sowie

602 Kritische Tage für Bruck. In: Obersteirerblatt (20.7.1927) S. 5.
603 StLA Sten.Ber. Stmk.Landtag 1927–1930, 1–61 (25.7.1927) S. 50–66.
604 An die Bürgerschaft der Stadt Bruck a d. Mur! In: Obersteirerblatt (20.7.1927) S. 1; Der Aufruf des Exekutivkomitees der Bürgerschaft der Stadt. In: Ebda (23.7.1927) S. 4: Unter „Bürger“ meinte das Exekutivkomitee nicht einen sich abgrenzenden Stand, sondern den Staatsbürger, also „sämtliche heimattreuen Brucker, die auf dem Boden des Gesetzmäßigkeit stehen, ganz gleich ob Arbeiter oder Industrielle, Akademiker oder Bauern, Gewerbetreibende oder Kaufleute“.
605 Die Heimatschutzbewegung in Bruck. In: Leobener Zeitung (23.7.1927) S. 3.
606 Robert Hinteregger, Karin M. Schmidlechner, Eduard Staudinger, Koloman Wallisch und die obersteirische Arbeiterbewegung. In: Hinteregger/Müller/Staudinger, Freiheit, S. 204; Die „Diktatur“ in Bruck a. Mur. In: Obersteirische Volkszeitung (21.7.1927) S. 1–2.

in anderen Ortsgemeinden des Bezirkes hielt die Arbeiterschaft Protestversammlungen ab und verfasste Resolutionen. Zu Ausschreitungen soll es jedoch nirgends gekommen sein.[607] Bald nach dem Ablauf des vom Landeshauptmann Paul verfügten Aufmarschverbotes[608] Ende September 1927 marschierten die Formationen der „marxistischen" und „antimarxistischen" Lager in der Region auf, um ihren Willen zur Macht in der Öffentlichkeit zu demonstrieren. Laut der Chronik des Bezirksgendarmeriekommandanten fand bereits am 10. Oktober eine Parade des Gaues Leoben statt, bei dem rund 3000 Heimatschützer, mit dabei der Leobener Studentenbataillon, in Leoben aufmarschierten, wo sie von der bürgerlichen Bevölkerung stürmisch begrüßt und vom Gauleiter Bundesrat Anton Höpfl angelobt wurden.[609] Der Tag der Republik wurde am 11. und 12. November von der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft von Leoben und Umgebung trotz oder gerade wegen des Aufschwunges der bürgerlichen Wehrbewegung entsprechend feierlich begangen.[610] Als Antwort auf den ersten großen Aufmarsch der uniformierten Heimatschützer in Bruck an der Mur, der, etwa 8000 Mann stark, am 27. November stattgefunden hatte, ließ die Bezirksleitung der sozialdemokratischen Partei bei einem Bezirkstreffen am 4. Dezember Arbeiterordner aus Wien, Wiener Neustadt, Graz, Leoben, Eisenerz, Judenburg, Knittelfeld und aus dem ganzen Bezirk Bruck, laut behördlicher Schätzung insgesamt mehr als 14.000 Mann, aufmarschieren. In seiner Begrüßungsansprache wies der Kommandant des Republikanischen Schutzbundes Julius Deutsch auf die Notwendigkeit hin, dem Sozialismus die Treue zu halten:

> *Wir wissen wer die Heimwehren organisiert, das sind die Abgetakelten der alten Habsburgerarmee. Wir wissen, wer das Geld für die Ausrüstung gibt und wer die politischen Führer sind.* (…). *Wir wollen niemanden bedrohen* (…). *Wir wollen aber sagen, wer uns mit Gewalt bedroht, dem werden wir mit Gewalt entgegentreten.*[611]

Deutsch reagierte damit auf den von Pfrimer geworfenen Fehdehandschuh, der anlässlich einer großen Heimwehrtagung den „roten Hunden" einen „Kampf aufs Messer" angekündigt haben soll.[612] Somit wurden die Weichen in Bruck und Umgebung auf Konfrontation gestellt: Der Juli 1927 hatte sich in die Erinnerung der Menschen „eingebrannt": Bei jedem sich bietenden Anlass zitierten Vertreter der bürgerlichen Parteien die Brucker Ereignisse als Beispiel für die Machtgelüste der „Marxisten" und ihres Führers Koloman Wallisch.[613] Als Konsequenz der

---

607 Situationsberichte. In: Obersteirische Volkszeitung (19.7.1927) S. 3.

608 StLA BH Leoben Gr.14: K.8 (Zl. 384W 9/4 1927): Landeshauptmann Paul hob das von ihm am 29.7.1927 verfügte „Verbot von Umzügen von Wehrschutzverbänden in Steiermark" am 30.9.1927 vorzeitig auf.

609 Chronik des BGK Leoben, 1927.

610 StLA BH Leoben Gr.14: K.8 (LGK E.Nr.4229, 12.11.1927).

611 StLA ZGS (BKA) K.74/1 (Fol.244–248); ÖHJ 1933, S. 36.

612 StLA BH Leoben Gr.14: K.16 (Der Alpine Sklave, November 1927).

613 Koloman Wallisch, 50 Jahre „12. Februar 1934". Zur Erinnerung an die Ereignisse des Februar 1934 im Bezirk Bruck/Mur hrsg. SPÖ Bezirksorganisation Bruck/Mur (Bruck/Mur 1984) S. 20; Paula Wallisch, Ein Held stirbt (Graz 1978) S. 147–163.

„Machtübernahme“ Wallischs in Bruck beantragte das Kreisgericht Leoben seine Auslieferung. Die Frage einer reinen Willkürmaßnahme der Justiz im Falle Wallisch erscheint im Lichte seiner späteren Verfolgung und Justifizierung im Februar 1934 berechtigt zu sein, die Bevorzugung des Heimatschutzes als „Wachhund“ und Angriffstruppe gegen den roten Schutzbund evident.

5.1.4 Der „Terror“ der Alpine

Verschärft wurde der Konflikt im Frühjahr 1928, als die Belegschaft mehrerer Betriebe der ÖAMG in den Streik trat. Begründet wurde dieser Schritt damit, dass die Konzernleitung auf die sozialdemokratischen Arbeiter „Terror“ ausübe, indem sie systematisch jene durch „nicht-marxistische“ Arbeiter ersetze. Unmittelbarer Anlass für den Aufstand soll die im Einvernehmen mit dem Einigungsamt ausgesprochene Entlassung eines Betriebsrates im Kärntner Hüttenberger Revier gewesen sein. Der sozialdemokratischen Zeitung „Arbeiterwille“ wurde von der bürgerlichen Presse vorgeworfen, die Arbeiterschaft, wie schon so oft, zum Zeitpunkt eines kleinen konjunkturellen Aufschwunges gegen die Arbeitgeber aufzuhetzen. Dies sei kein sozialer, sondern ein politischer Kampf, wurde kolportiert. Das schlimmste daran, so das bürgerliche Organ, sei die Art und Weise in welcher die sozialdemokratischen Führer die Erregung, die ohnehin unter der Arbeiterschaft herrsche, „bis zur Siedehitze“ zu entfachen verstanden.[614] Die Zeichen in der obersteirischen Industrieregion standen seit dem Aufstieg der Heimwehr auf Sturm. Mit Unbehagen mussten die um die Solidarität der Arbeiterschaft bemühten Funktionäre erkennen, dass der Arm des Sozialismus seit der Gründung der „Unabhängigen Gewerkschaft“ de facto immer kürzer wurde. Auf die sozialdemokratische Streikparole: *Alle Räder stehen still, wenn unser Arm es will!* erwiderte die Streikbrechergarde der Heimwehr: *Alle Räder rollen, wenn die Heimatschützler es wollen!*[615] Anlässlich des Landesparteitages der steirischen Sozialdemokraten im Juni 1928 brachte Wallisch seine Überzeugung von der bedingungslosen Kampfbereitschaft der obersteirischen Arbeiterschaft gegen die Heimwehr zum Ausdruck: *Die Arbeiterschaft wünscht den Kampf, und zwar auf der ganzen Linie. Wir müssen den Angriffen der Heimwehr gerüstet gegenüber stehen, bereit, ihre Machtwünsche mit Erfolg niederzuschlagen.*[616]

Kurz nach der von der Alpine erzwungenen Teilnahme der Donawitzer Heimatschützler am Wiener Neustädter Aufmarsch Anfang Oktober 1928 soll die Hüttenverwaltung zu einem neuerlichen Schlag ausgeholt haben. Der „Arbeiterwille“

614 Giftmischerei. In: Obersteirerblatt (19.5.1928) S. 1.

615 StLA L.Reg. K.213: Gr.384 (K 1/1926 O.Zl.101–179, 7.12.1928); Die Streikparole ist Teil einer Strophe aus dem „Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ von Georg Herwegh (1817–1875): *Mann der Arbeit, aufgewacht! Und erkenne Deine Macht! Alle Räder stehen still, Wenn Dein starker Arm es will!*. In: http://www.lyrikwelt.de/gedichte/herweghg1.htm 18.12.2009.

616 Der Landesparteitag der steirischen Sozialdemokraten. Debatte über den Hüttenberger Streik und die Heimwehren. In: Neue Freie Presse (6.6.1928) S. 7.

berichtete von den Plänen der ÖAMG, bis Ende Oktober 300 freigewerkschaftliche Arbeiter aus den alten Verträgen zu entlassen und zu schlechteren Bedingungen wieder aufzunehmen: *Das Bestreben der Alpine geht also dahin, bis zur Vertragserneuerung dem Heimatschutz möglichst viele Mitglieder zuzuführen, die dann automatisch in die „unpolitische" Gewerkschaft eingeschrieben werden.*[617] Um die „marxistische" Front bei den Betriebsratswahlen in den Kapfenberger Böhlerwerken am 26. Oktober 1928 zu stärken, traten Sozialdemokraten und Kommunisten sogar in einer gemeinsamen Liste auf. Wie aufgeheizt die Stimmung zwischen den weltanschaulichen Kontrahenten war, zeigte sich am Wahlabend, als es vor dem Werkshotel zu blutigen Zusammenstößen kam, an denen sich etwa 1000 Anhänger der rivalisierenden Gewerkschaften, angeblich auch viele Arbeitslose aus Bruck an der Mur, beteiligten. Trotz der verstärkten Bemühungen ging der freien Gewerkschaft ein Mandat gegenüber dem Ergebnis des Vorjahres verloren.[618]

In den Folgejahren 1930 und 1931 setzte die ÖAMG ihre Strategie der Pression gegen die freigewerkschaftliche organisierte Arbeiterschaft fort. Laut dem „Arbeiterwillen" befanden sich Dutzende Vertrauensmänner und viele Hunderte sozialdemokratisch Gesinnte unter den im Werk Eisenerz abgebauten 800 Arbeitern des Jahres 1930. Dies hatte eine Halbierung der freigewerkschaftlichen Stimmen bei den Betriebsratswahlen im Jahr 1931 zur Folge. Im Hüttenwerk Donawitz wurde überhaupt nur die Liste der UG zu den Wahlen zugelassen, nachdem jene Arbeiter, die den sozialdemokratischen Wahlvorschlag unterzeichnet hatten, unter einem Vorwand entlassen worden waren.[619] So wurde die sozialdemokratische Bewegung bereits vor 1934 durch die Wirtschaftskrise deutlich geschwächt. In emotionalen Reden, wie beispielsweise anlässlich eines im August 1928 extra nach Leoben verlegten sozialdemokratischen Jugendtreffens, wurde die Arbeiterschaft beschworen, auf den faulen Zauber der Gratis-Bier-und-Würste-Politik der Heimwehr nicht hereinzufallen. Eindringlich warnte Koloman Wallisch die versammelten Jugendlichen vor den von der Sozialdemokratie zu „Feindbildern" erklärten Institutionen wie der römisch-katholischen Kirche, vor dem „Betriebsfaschismus" der ÖAMG-Bosse, die er wegen der häufigen Betriebsunfälle als Arbeitermörder bezeichnete, sowie vor Walter Pfrimer, der anlässlich der Gründung der Leobener Heimwehr die Vernichtung der Sozialisten angekündigt haben soll.[620] Wie folgende Beispiele zeigen, sollten auf verbale Drohungen bald entsprechende Taten folgen. Aufgestachelt durch solcherlei mit der geräuschvollen Assistenz einiger Parteiorgane aufgeblähte Kampfansagen bedurfte es oftmals bloß der Wahrnehmung eines politischen Grußes oder eines anderen eindeutigen Symbols, um eine blutige Auseinandersetzung zwischen politischen Gegnern zu provozieren.

617 Die Alpine spielt mit dem Feuer. In: Arbeiterwille (14.10.1928) S. 1.
618 StLA L.Reg. K.344: Gr.384 (B61 1928).
619 Karl Stocker, Akkumulationszwang und Arbeiterinteresse. In: Hinteregger/Müller/Staudinger, Freiheit, S. 254–255.
620 StLA ZGS (BKA) K.74/1 (Fol.82–84).

5.1.5 Gezogene Schwerter

5.1.5.1 Der gewaltsame Ausgang einer nationalsozialistischen Versammlung

Von einem Beispiel des brutalen Kampfes zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten in Leoben berichtet eine bürgerliche Lokalzeitung im April 1928. Demnach soll eine Gruppe Sozialdemokraten, darunter der örtliche Parteisekretär Plaimauer, eine behördlich gemeldete Versammlung der nationalsozialistischen Ortsgruppe Leoben gestürmt und bei der anschließenden Schlägerei etliche „Hitlerleute" zusammengeschlagen haben. Schon zu Beginn der Veranstaltung sollen die dort bereits anwesenden Sozialdemokraten den Vorsitz an sich gerissen und den Ortsobmann der NSDAP Leo Pach-Haussenheimb am Sprechen gehindert haben. Als wenig später weitere „Marxisten" die Ordnerkette der Nationalsozialisten durchbrachen und in den Saal drangen, entstand ein Tumult, in dessen Verlauf die unfreiwilligen „Gastgeber" mit Schlagringen, Eisenruten und Ochsenziemern attackiert wurden. Die blutige Bilanz: Mindestens 20 schwer- und leicht verletzte Nationalsozialisten, darunter Josef Laß senior, Vater des später von einem Jungsozialisten erschossenen jungen Hitler-Anhängers, der sogar einen Stich in die Schädeldecke erhielt.[621] Ob die örtlichen Sozialdemokraten diese Gewalttat aus purem Hass auf den lästigen Konkurrenten oder aus Rache für ein ihrerseits erlittenes Unrecht verübten, geht aus dem Bericht nicht hervor. Möglicherweise entsprach der Bericht auch nicht den Tatsachen. Die Quellen vermitteln den Eindruck einer in sich gespaltenen, an einer Zeitenwende stehenden januskö pfigen Gesellschaft, die sich gewissermaßen auf Kriegskurs befand. In einer Zeit, in der sich relevante gesellschaftspolitische Milieus als Feinde wahrnahmen und das Suchen nach einer Verständigung nicht als Zeichen der Vernunft, sondern als Schwäche interpretiert wurde, folgte auf jede als Unrecht empfundene Tat zwangsläufig die Vergeltung. So konnte die Spirale der Gewalt nicht nur nicht unterbunden werden, sondern sie drehte sich mit einer ihr innewohnenden Dynamik immer weiter. Den Sozialdemokraten ging es aktuell darum, den von ihr streitig gemachten Boden in den Betrieben der ÖAMG und auf der Straße wiederzugewinnen. Als „Arbeiterpartei" stellten die Nationalsozialisten zwar einen politischen Rivalen dar, doch noch konnten sie sich nicht mit der rasch wachsenden Popularität der „volkstümlichen" Heimwehrbewegung messen.

5.1.5.2 Ein Sommerfest endet mit einer Schießerei

Im Juli 1928 kam es bei einem Sommerfest des Reichsverbandes der ehemaligen Kriegsgefangenen in Au bei Kapfenberg zu einer Auseinandersetzung zwischen drei jungen „Heimatschützlern" und einigen sozialdemokratischen Besuchern, die beinahe tragisch geendet hätte. Einer der in die Flucht geschlagenen „Hahnenschwänzler", der 22-jährige

621 Sozialdemokraten sprengen eine National-Sozialisten Versammlung. In: Leobener Zeitung (17.4.1928) S. 1.

Hilfsarbeiter Johann Roßmann, feuerte in die Menge und verletzte zwei Frauen schwer. Das Unglück nahm seinen Lauf als Roßmann mit seinen Begleitern das Festgelände betrat, ohne seinen Hut – oberstes Symbol der politischen Gesinnung – abzunehmen. Diese aufreizende Geste wurde von einigen politischen Gegnern zum Anlass genommen, insbesondere Roßmann zu bedrohen und vom Festplatz zu verjagen. Der Gendarmerie gab Roßmann später zu Protokoll, er habe in Panik von seiner Schusswaffe Gebrauch gemacht, als der Ziegelarbeiter F., der ihm schon zuvor den Hut vom Kopf heruntergeschlagen hatte, ihn auf der Flucht in die Enge getrieben und mit einem Stock traktieren wollte. Roßmanns zwei Kumpanen konnten aus dem entstandenen Gedränge entkommen. Der Schütze, der sich bis 22 Uhr in einer Holzlage versteckt hielt und anschließend selbst stellte, wurde verhaftet und in das Bezirksgericht Bruck an der Mur eingeliefert. In einer Protestversammlung beschloss die Kapfenberger Arbeiterschaft, bei Ableben einer der Frauen in den Ausstand zu treten. Ihrer Forderung den für Ende Juli in Kapfenberg geplanten Heimatschutzaufmarsch zu untersagen, wurde umgehend von der Bezirkshauptmannschaft Bruck entsprochen. Das Verbot sei wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erfolgt, hieß es in der amtlichen Begründung.[622]

In einer Gegendarstellung wies der Heimatschutzverband die Behauptung des „Arbeiterwillen“, die Veranstaltung sei „sozialdemokratisch“ gewesen, als unzutreffend zurück. Vielmehr habe sich der Verein als „unpolitisch“ deklariert und die gesamte Bevölkerung Kapfenbergs per Maueranschlag zum Fest geladen. Die drei jungen Heimatschützler hätten sich entsprechend erkundigt und den Eintritt zum Fest ordnungsgemäß gezahlt. Roßmann sei kein „Arbeitermörder“, sondern er habe als Opfer einer regelrechten „Menschenjagd“ in äußerster Notwehr gehandelt, nachdem er von einer Übermacht beschimpft, tätlich angegriffen und mit Steinen beworfen worden war:

> *Wir beklagen es, daß in Ausübung der Notwehr unbeteiligte Frauen verletzt wurden, aber wir betonen auch, daß die moralische Verantwortung für den unglücklichen Ausgang des Vorfalles jene marxistischen Hetzer trifft, welche ein Interesse daran haben, die Bevölkerung Kapfenbergs in ständiger Unruhe zu halten* (…). *Die Jagd auf unsere Mitarbeiter reiht sich würdig den vielen Gewalttaten an, die von den Roten in Kapfenberg und anderwärts verübt wurden.*[623]

Zweifellos bezog sich die Landesleitung auf einen Vorfall, der sich am Sonntag davor ereignet hatte, als drei Heimatschützler aus Kapfenberg von einer nicht näher bezeichneten „Meute“ in Peggau scheinbar grundlos überfallen und mit Zaunlatten, Stöcken und „Knickern“ blutig geschlagen wurden. Mit dem Schlachtruf „Arbeitermörder, schlagt sie tot!“ soll die Meute auf ihre politischen Gegner losgezogen sein; erst ein Bajonettangriff der Gendarmerie konnte das wüste Treiben, bei dem auch ein Wachebeamter verletzt wurde, stoppen.[624]

622 StLA ZGS (BKA) K.74/1 (Fol.132–133; 141–142).

623 Stellungnahme des Heimatschutzverbandes zum Vorfall in Kapfenberg. In: Obersteirerblatt (28.7.1928) S. 4.

624 Überfälle auf Kapfenberger Heimatschützer. In: Obersteirerblatt (25.7.1928) S. 7.

5.1.5.3 *Wegen „politischer Differenzen" wird ein Arbeiter krankenhausreif geprügelt*

Gegen Ende August 1928 ereignete sich der nächste schwere Zusammenstoß im Gasthaus Patschnig in Hinterberg bei Leoben – und wieder war ein Heimatschutz-Hut im Spiel. Laut Behördenbericht gerieten die Brüder Moser, beide Arbeiter und Angehörige des Heimatschutzes, wegen „politischer Meinungsverschiedenheiten" mit mehreren sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern in einen Streit. Als einem dort anwesenden Heimatschützer auch noch der Hut zu Boden geworfen wurde, eskalierte der Konflikt, so dass es zu einem Handgemenge kam, das vorerst glimpflich endete. Die Männer verließen das Gasthaus und setzten den Streit im Hof fort. Dabei wurde der sozialdemokratische Arbeiter Paul Katzl von den Brüdern Moser sowie von einem dritten Heimatschützler brutal überfallen und mit Holzscheiten derart schwer verletzt, dass er mit der Rettung ins Krankenhaus nach Leoben gebracht werden musste. Die Täter kümmerten sich jedoch nicht um den Verletzten, sondern traten ihren Schichtdienst in der nahen Papierfabrik in Hinterberg an, wo sie wenig später von Wachebeamten ausgeforscht und festgenommen wurden. Inzwischen hatte sich eine aufgebrachte Menge vor den Toren der Fabrik angesammelt, so dass die Gendarmeriebeamten die beiden Brüder in Schutzhaft nehmen mussten, um sie vor drohender Lynchjustiz zu bewahren. Beinahe wäre es zu einem weiteren Unglück gekommen, als die empörten Arbeiter sich daran machten, an dem dritten Täter, Karl H., der sich im so genannten Burschenhaus versteckt hielt, Rache zu üben. Schließlich gelang es der Exekutive, den Mann zu stellen und in Sicherheit zu bringen. Damit war die Krise aber noch nicht zu Ende. Die Gewalttat der drei Heimatschützler provozierte weitere Protestmaßnahmen der Hinterberger Arbeiter und ihrer Frauen. Als der Betriebsleiter die von der Belegschaft geforderte Entlassung der Verhafteten am nächsten Morgen verweigerte, wurde die Fabrik gestürmt und eine sofortige Betriebseinstellung verlangt, was auch geschah. Erst am späten Abend, als sich die Wogen einigermaßen geglättet hatten, nahmen die Arbeiter den Schichtbetrieb im Einvernehmen mit der Direktion wieder auf.[625]

5.1.5.4 *Eine Friedensbotschaft in Kapfenberg*

Etwa vierzehn Tage vor dem von der Regierung Seipel forcierten Auftritt der Heimwehren in Wiener Neustadt am 7. Oktober 1928 traf der Bundeskanzler persönlich in einer sozialdemokratischen Bastion des obersteirischen Industriegebietes ein. In der Böhlerstadt Kapfenberg feierte die dortige Ortsgruppe des Reichsbundes der katholischen Jugend ihre Fahnenweihe im Rahmen eines großangelegten Jugendtreffens, zu welcher außer dem Regierungschef auch Spitzen der Wirtschaft und Politik geladen waren. Nachdem Seipel höchstpersönlich die Weihe der Fahne vorgenommen hatte, sprach er zu den in den Räumen des Werkshotels versammelten Festgästen folgende denkwürdigen Worte:

625 StLA ZGS (BKA) K.74/1 (Fol. 107–109).

Diese Fahne ist keine Kriegsfahne, sondern eine Friedensfahne;(…); sie ist kein Trennungszeichen, sondern eine Mahnung zur Sammlung in wohlgeordneter Einheit. (…) Freilich ist es uns Menschen, solange wir hier auf Erden pilgern, nicht gegönnt, ohne jeden Kampf zu leben. (…) Ein jeder muss das, was ihm wert und heilig ist, gegen andere verteidigen, wenn diese unduldsam sind und ihn angreifen. (…) Aber nicht ein Krieg soll unter den Menschen geführt werden, der anstelle von Liebe den Haß treten ließe, sondern wir führen unseren Kampf (…) für das einzutreten, was wir zu verteidigen die Pflicht haben. (…) Die eben geweihte Fahne ist keine Kriegsfahne, aufgerichtet um andere zu reizen oder zu demütigen (…).

Das Gebet, das er eben gesprochen habe, verkündete Seipel, sollte eines um den Schutz Gottes für alle jene sein, die der Fahne folgten. Aber auch für die Feinde. Ja, hoffte er, gerade ihnen möge die Gnade Gottes nie vorenthalten werden. Seipels Friedensbotschaft mag man mit gemischten Gefühlen betrachten. Wollte er dem politischen Gegner inmitten des politischen Kampfgetümmels wirklich die Hand reichen? Aus sozialdemokratischer und kommunistischer Sicht war der „Prälat ohne Milde" spätestens seit seiner Verweigerung, Gnade bei den Sanktionen gegen die Anführer des 15. Juli 1927 walten zu lassen, personifizierter Feind der Arbeiterklasse.[626] Bedenkt man, dass der Bundeskanzler eine Strategie der Eroberung sozialdemokratischer Lebensbereiche mit Hilfe der Heimwehren verfolgte – gerade in Kapfenberg wollte er ein starkes Zeichen setzen – muss seine Botschaft wie Hohn in den Ohren des einfachen sozialdemokratischen Arbeiters geklungen haben. Für viele Katholiken hingegen war er Garant des Glaubens und der Stabilität, ein Bollwerk gegen die atheistische Ideologie des Marxismus. Selbst kirchenferne bürgerliche Kreise konnten einem schrankenlosen „marxistischen" Kurs in der Bildungs- und Erziehungspolitik wenig abgewinnen. Nach außen hin schien Seipel stark, unnahbar und berechnend. Aus seinen Tagebüchern geht jedoch hervor, dass ihm der Zwiespalt zwischen Seelsorge und Politik zu schaffen machte, dass er mit sich selbst haderte und sich stets ermahnte, aus Nächstenliebe für die „Feinde" der Kirche zu beten. Besonders litt er unter der hasserfüllten Medienkampagne, die nach dem Brand des Justizpalastes gegen seine Person einsetzte, die eine Austrittswelle aus der römisch-katholischen Kirche zur Folge hatte. Der Priester und Politiker Dr. Ignaz Seipel ist, neben Engelbert Dollfuß, eine der umstrittensten Persönlichkeiten der Ersten Republik geblieben.[627]

5.1.5.5 Der „Spuk" von Wiener Neustadt

Die angespannte Atmosphäre erfuhr eine weitere Verschärfung, als am 7. Oktober 1928 beide bewaffnete „Lager" unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen in Wiener

626 Der Giftgasprälat verherrlicht die Heimwehrfaschisten. In: Arbeiterwille (4.9.1929) S. 1.

627 Viktor Reimann, Zu groß für Österreich. Seipel und Bauer im Kampf um die Erste Republik (Wien/Frankfurt/Zürich 1968) S. 74–79; 130–135; Maximilian Liebmann, 1934: Kirche, Kultur und Arbeiterschaft. In: Hinteregger/Müller/Staudinger, Freiheit, S. 291–297.

Neustadt aufmarschierten. Mit der moralischen und finanziellen Unterstützung der Regierung Seipel konnte die Heimwehr die Herrschaft der Sozialdemokratie über Wiener Neustadt in Frage stellen, ihr im „Kampf um die Straße" eine Niederlage zufügen. Um diese „Schmach" zu tilgen, veranstaltete der obersteirische Schutzbund an demselben Tag einen Aufmarsch in Leoben, bei dem wichtige sozialdemokratische Führer wie Reinhard Machold und Koloman Wallisch versuchten, die Stimmung der „Daheimgebliebenen" zu heben. In seiner Eröffnungsansprache bezeichnete Landesrat Machold das Eindringen der bürgerlichen Wehrformationen in die sozialdemokratische Domäne als eine ungeheure Provokation, als einen „Stich in das Herz des niederösterreichischen Arbeiters". Der Aufmarsch der Heimwehr in Wiener Neustadt sei nichts anderes als eine Generalprobe für den „Marsch nach Wien". Im Gegensatz zur Heimwehr, die den „Betriebsfaschismus" aufgerichtet hatte, wollten die sozialdemokratischen Arbeiter nichts lieber als Frieden und Freiheit, versicherte Nationalrat Domes den rund 6000 versammelten Schutzbündlern. Die Heimwehr versuche die Arbeiterschaft mit „schuftigen Mitteln" zu spalten und zu schwächen; er sei jedoch zuversichtlich, dass jene abspenstig gemachten Arbeiter bald in die Reihen der Sozialdemokratie zurückkehren würden, um zum Sieg des Sozialismus beizutragen. Um dieses Ziel zu erreichen, beschwor Schutzbundführer Köhler, seien Schutzbündler und Sozialdemokraten gegebenenfalls bereit, *den Kampf bis zum letzten Blutstropfen zu führen und für ihre Ideale schließlich zu sterben*.[628]

Wie nicht anders zu erwarten, wurden die Wiener Neustädter Ereignisse von der parteigelenkten Presse verschieden dargestellt. Die christlichsoziale „Reichspost" berichtete, in Wiener Neustadt habe man keine Spur von den befürchteten Feindseligkeiten, dem „Spuk", vernommen; weder Pfiffe noch Pfui-Rufe seien zu hören gewesen. Im Gegenteil: Die Bevölkerung habe die schmucken Heimwehrformationen mit Heil-Rufen begrüßt und bei ihrem Triumphzug durch die Stadt begeistert zugejubelt. Nach der Feldmesse und den bewegenden Ansprachen ihrer Führer habe man die Männer mit herzlichen Worten verabschiedet. Dort wo Schweigen herrschte, sei der Eindruck entstanden, so mancher Anhänger habe es nicht gewagt, seine Sympathie für die Heimwehr öffentlich zu zeigen. Aus sozialdemokratischer Perspektive hingegen war der Aufmarsch des Gegners nichts anderes als eine der Mehrheitsbevölkerung aufgezwungene Farce. Durch totenstille Gassen sei der einsame Zug der „Hahnenschwänzler" marschiert. Der Hauptplatz habe zudem wegen der getroffenen Schutzmaßnahmen – Stacheldrahtverhaue und Maschinengewehre waren aufgestellt worden – einem düsteren Heerlager geglichen. Trotz der markigen Sprüche Steidles und Pfrimers war keine „rechte" Stimmung aufgekommen. Nachdem der letzte Heimwehrmann pünktlich von der Bühne der sozialdemokratischen Hochburg abgetreten war, habe die Bevölkerung die Schutzbündler stürmisch begrüßt, mit Blumen beworfen und noch rasch Häuser und Straßen mit zusätzlichen Girlanden und Flaggen geschmückt. Die Menschen in Wiener Neustadt hätten den „Faschisten" ja doch gezeigt, für welche Seite ihre Herzen schlugen.[629]

628 StLA ZGS (BKA) K.74/1 (Fol. 77–80); Aufmarsch des Republikanischen Schutzbundes. In: Leobener Zeitung (10.10.1928) S. 3.

629 Das Ergebnis des 7. Oktober. In: Reichspost (8.10.1928) S. 1–3; Ein Triumph der Freiheit. In: Das Kleine Blatt (8.10.1928) S. 1–3.

Gut is' gangen, nix is g'schehn! sagt der Volksmund: Angesichts der für die „Belagerung" der Stadt entstandenen Kosten stellt der Redakteur der „Neuen Freien Presse" im Feuilleton erleichtert fest, es sei zunächst ein Glück für alle, dass kein einziger Tropfen Blut geflossen war. Bei nüchterner Betrachtung jedoch zeige sich der Wahnsinn in seiner ganzen tragischen Dimension: *Wenn man bedenkt und überlegt, wie grotesk und phantastisch es eigentlich war und ist, daß hunderttausende Menschen, Söhne desselben Volkes, Bürger desselben Staates, von den gleichen politischen und wirtschaftlichen Nöten einer schweren und harten Zeit bedrückt, an einem Sonntag (…) nichts Besseres zu tun wissen, als gegeneinander die Fäuste zu ballen.* Der viel strapazierte Wunsch nach Frieden sei ein bloßes Lippenbekenntnis, meint Herr Kisch resignierend, wenn politische Gegner, am selben Ort versammelt, aneinander vorbei, anstatt zueinander redeten. Seine Gedanken zum Tag schließt er mit der prophetischen Befürchtung, der „Spuk" vom 7. Oktober könnte doch zur „grausen Wirklichkeit" werden.[630]

5.1.5.6 Und wieder der Hut …

Dass die Wirklichkeit längst „graus" geworden war, konnte man am politischen Stimmungsbarometer in der obersteirischen Industrieregion leicht ablesen. Nicht lange nach Wiener Neustadt spitzte sich die Lage in der Brauereigemeinde Göß zu, als sich Angehörige des Heimatschutzverbandes und nicht näher definierte „Marxisten" in die Haare gerieten. Laut Bericht des örtlichen Gendarmeriepostens hatten sich die Fälle in den Wochen zuvor gehäuft, in denen Mitglieder der Heimatschutz-Ortsgruppe Göß von sozialdemokratischen Arbeitern wegen Tragens des Heimatschutz-Hutes angepöbelt und tätlich angegriffen worden waren. Die Ortsgruppe beschloss daher, am 15. November einen Kameradschaftsabend zu veranstalten, um vor aller Augen zu demonstrieren, dass die gegnerische Taktik der Einschüchterung und Provokation auf keinen Fall mehr geduldet würde. Wie den Aufzeichnungen der Exekutive zu entnehmen ist, hatte der Kameradschaftsabend offenbar eher eine Alibifunktion, um die gegnerischen Demonstranten, die sich vor dem Eingang des Hotels „Gösserbräu" versammelt hatten, herauszufordern. Schon gegen 18 Uhr hatten „nicht-ansässige Marxisten", die sich im Ort und im Bereich der Brauerei herumtrieben, die Aufmerksamkeit der Gendarmerie erregt. Als um 20 Uhr etwa 150 Mitglieder des Leobener Heimatschutzes und kurze Zeit später jene aus Donawitz vor dem Versammlungslokal eintrafen, wurden sie von den etwa 150 bis 200 Neugierigen mit Pfiffen, „Pfui"- und „Freundschaft"-Rufen geschmäht. Im Nu flogen die Fäuste, so dass die dort anwesenden Gendarmeriebeamten energisch einschreiten mussten, um die Raufenden zu trennen. Dabei wurde ein sozialdemokratischer Gemeindearbeiter von einem Heimatschützler derart verdroschen, dass er ins Krankenhaus gebracht werden musste. Nach einer kleinen Pause versammelte sich erneut eine erregte Menge vor dem Hotel, wo sich bald mehr sensationsgierige Anhänger des Heimatschutzes

630 Momentbilder vom 7. Oktober. In: Neue Freie Presse (8.10.1928) S. 1–3.

im Eingangsbereich aufhielten, als an der Veranstaltung teilnahmen. Den Exekutivbeamten blieb nichts anderes übrig, als zwischen Hotel und Straße einen Kordon zu ziehen. Als dennoch zwischen den nun alkoholisierten Gegnern und der Exekutive eine Auseinandersetzung wegen Ehrenbeleidigung entstand – ein Heimatschützler behauptete, sie seien mit „Lausbuben" beschimpft worden – drohte die Situation abermals zu eskalieren. Eine Beruhigung trat erst ein, als der Gösser Bürgermeister Flatt und sozialdemokratische Funktionäre aus Leoben ernste Ermahnungen aussprachen. Am gefährlichsten schien die Lage, als sich die Heimatschützler anschickten, in Doppelreihen nach Hause zu marschieren; daher wurden die Zuschauer von der Gendarmerie solange zurückgehalten, bis die Heimatschutztruppen außer unmittelbarer Reichweite waren. Trotzdem gelang es etwa 50 Verfolgern, die von dannen Marschierenden einzuholen und ihnen im Flüsterton „Schweine" zuzurufen. Wieder gelang es den vor Ort anwesenden Gendarmen, die Gegner auseinanderzuhalten und eine weitere blutige Schlägerei zu vermeiden.[631]

5.1.5.7 Kapfenberg als Epizentrum der Unruhen

Im letzten Jahr vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise konnte der Heimatschutzverband – auch dank in- und ausländischer Unterstützung – seinen „Siegeszug" fortsetzen. Der Leobener Bezirksgendarmeriekommandant Johann Erhart notierte in seiner Chronik, die Ortsgruppe Donawitz habe seit ihrer Gründung im Herbst 1927 gewaltigen Zulauf verzeichnet und bereits 2600 Mitglieder, über 50 Prozent der gesamten „hiesigen Arbeiterschaft", in ihre Reihen geholt.[632] In den Jahren 1928 bis 1930 entwickelte sich jedoch nicht Leoben, sondern Kapfenberg und Umgebung zu einem Kristallisationspunkt gewalttätiger Vorfälle. In den allermeisten Fällen handelte es sich hierbei um organisierte Überfälle bei Versammlungen oder Aufmärschen (Steinwürfe, Hieb- und Stichwaffen, Faustfeuerwaffen) sowie um Provokationen einzelner oder kleinerer Gruppen auf offener Straße oder in Wirtshäusern (Raufhandel). Am emotionsgeladenen Tag der Arbeit 1929 wurde eine Autokolonne des Heimatschutzes, die von einer Störaktion in St. Marein im Mürztal heimwärts fuhr, auf dem Kapfenberger Hauptplatz von Mitgliedern des Republikanischen Schutzbundes überfallen und mit Steinen beworfen. Die „Neue Freie Presse" berichtete, die Heimatschützler waren aus den Lastautos gezerrt und geschlagen worden. Während der anschließenden etwa halbstündigen Schlägerei seien insgesamt 19 Personen verletzt worden, darunter 17 Heimatschützler. Der Überfall der Schutzbündler sei ein Racheakt gewesen, hieß es, weil die Heimatschützler versucht hatten, den Auftritt des bei der „heimattreuen" Bevölkerung verhassten Koloman Wallisch bei der Maifeier in St. Marein zu vermasseln. Die Kakophonie dreier Musikkapellen und einiger Motorräder sollte die Festrede Wallisch' übertönen. Die sozialdemokratische Korrespondenz behauptete, nicht die Heimatschützler, sondern die Schutzbündler

631 StLA ZGS (BKA) K.74/1 (Fol. 56–61).
632 Chronik des BGK Leoben, 1928.

seien überfallen worden. Dabei sei ein Arbeiter angeschossen worden, der sich in seinem Blut gewälzt habe.[633]

5.1.5.8 Der „Blutsonntag" von St. Lorenzen

An jenem verhängnisvollen 18. August 1929 machte die Heimwehr ihre Drohung wahr, an der von der sozialdemokratischen Ortsgruppe St. Lorenzen geplanten Feier aus Vergeltung „teilzunehmen".[634] Die im Vorfeld erklärte Bereitschaft der Heimwehrführer, ihre für denselben Tag behördlich bewilligte Veranstaltung andernorts zu verlegen, war nämlich vom „Arbeiterwillen" als Rückzieher verhöhnt worden.[635] Das wollte die Heimwehr nicht auf sich sitzen lassen. Am frühen Nachmittag gelangten, unbemerkt von den Sicherheitsposten, einige hunderte Heimatschützler auf Schleichwegen nach St. Lorenzen, in der angekündigten Absicht, den Sozialdemokraten und insbesondere Koloman Wallisch einen Denkzettel zu verpassen. Als Wallisch von der ursprünglich genehmigten nun von angeblich etwa 2000 Heimwehrmännern besetzten Festwiese auf den Kirchplatz auswich und seine Rede trotz behördlichen Verbotes fortsetzte, eskalierte die Situation. Plötzlich krachte ein Schuss – der Startschuss zu einer Straßenschlacht, die auf Grund der beengten örtlichen Verhältnisse mit überwiegend schweren Verletzungen auf beiden Seiten endete.

Im Rahmen einer vom Vizekanzler Schumy beauftragten Untersuchung wurden Landeshauptmann Rintelen und dem Bezirkshauptmann von Bruck an der Mur, Dr. Robert Rattek, schwere Versäumnisse vorgeworfen. Bei richtiger Einschätzung des ohnehin bekannten Konfliktpotenzials im Bezirk hätten die blutigen Ereignisse vermieden werden können, lautete die Anschuldigung. Gravierende Fehler waren nicht nur bei den Sicherheitsvorkehrungen vor Ort [Missmanagement bei der Anforderung und Zuteilung der Sicherheitskräfte, besonders im Ortskern; bei der Waffenabnahme am Bahnhof waren bloß „sichtbare" Waffen konfisziert worden, Anm.], sondern auch auf Grund mangelhafter Kommunikation passiert [zu späte und zögerliche Weisungen seitens des Bezirkshauptmannes an die zuständigen Vollzugsbeamten sowie Koordinationsmängel zwischen Rintelen und Rattek, Anm.]. Zum Vorwurf der ungenügenden Sicherheitsvorkehrungen für eine als höchst gefährlich eingestufte Veranstaltung entgegnete Rattek, er habe die Aufbietung eines Großteiles aus dem Bezirk verfügbarer Exekutivkräfte für St. Lorenzen als bedenklich erachtet,

633 Blutiger Zusammenstoß in Kapfenberg. In: Neue Freie Presse (2.5.1929) S. 4.
634 Furchtbare Bluttat in St. Lorenzen. In: AW (19.8.1929) S. 1.
635 Die Heimwehr muß auf St. Lorenzen verzichten. In: AW (17.8.1929) S. 1; Die Sonntagsschlacht von St. Lorenzen im Mürztale! In: Obersteirerblatt (21.8.1929) S. 1–4: In diesem Bericht wird behauptet, der Schutzbund sei mit Pistolen bewaffnet gewesen und habe die Schießerei angefangen. Die Untersuchung habe ergeben, dass der getötete Schutzbündler von seinen eigenen Leuten aus Versehen erschossen worden sei. Als infame Lüge wurde die Behauptung der gegnerischen Presse bezeichnet, vom Kirchturm sei mit einem MG geschossen worden. Der „Arbeiterwille" veröffentlichte im Nachhinein eine Stellungnahme des Ortspfarrers Thyr, in der er die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen eindeutig widerlegen konnte (Eine Zuschrift des Dechanten von St. Lorenzen. In: Arbeiterwille 23.8.1929, S. 2).

da an diesem Sonntag auch andere Veranstaltungsorte zu überwachen waren. Auf die Frage des untersuchenden Beamten D'Elvert, warum die in Graz bereitgestellten Assistenzeinheiten nicht schon im Vorfeld angefordert worden waren, wusste Rattek keine Antwort. Er habe sich gegenüber Landeshauptmann Rintelen „weisungsgebunden" gefühlt, dieser sei jedoch im kritischen Moment nicht erreichbar gewesen. Rintelen nahm den Bezirkshauptmann in Schutz: Rattek habe die Weisung erhalten, im Fall eines Konfliktes vermittelnd einzugreifen, was er auch versucht habe. Ihn treffe daher kein Verschulden. Überhaupt schien der Landeshauptmann die ganze Untersuchung als unerhörte Einmischung Wiens in steirische Angelegenheiten zu betrachten. D'Elvert stellte in seinem Bericht verwundert fest, dass an Vorkehrungen für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen offensichtlich nicht gedacht worden sei. Als sich die Kontrahenten schließlich Auge im Auge auf dem Kirchplatz gegenüberstanden und die Situation plötzlich außer Kontrolle geriet, waren die wenigen Gendarmeriebeamten, die in der Menge eingekeilt waren, dem Treiben hilflos ausgeliefert:

> *Dass der Bezirkshauptmann eines auch sonst so bewegten Bezirkes, dem schliesslich auch die schon seit Wochen herrschende Spannung zwischen Heimwehr und sozialdemokratische Partei bekannt sein und der daher immer mit unvorhergesehenen Zwischenfällen rechnen musste, an einem Tage zahlreicher Veranstaltungen seine Beamten nicht beisammen hält, sich in keiner Weise über die am kritischsten Orte herrschende Situation verlässlich informieren lässt, zeugt von einem bedeutenden Mangel an Voraussicht und von einer Sorglosigkeit, die auch die scheinbare Ruhe des Vormittags nicht rechtfertigt.*[636]

Nach eingehenden behördlichen Zeugeneinvernahmen beider Parteien stand schließlich Aussage gegen Aussage. Es konnte nicht zweifelsfrei erwiesen werden, wer die Schießerei ausgelöst hatte. Der von einigen Heimwehrmännern schwer belastete Kapfenberger Arbeitersekretär Ludwig Tösch wurde zwar verhaftet, kam jedoch auf Grund von Gegenaussagen seiner Parteigänger, darunter auch Wallisch, bald frei.

Auf Grund der vermuteten innen- und außenpolitischen Zusammenhänge hat die historische Forschung diesem Ereignis, das als einer der „Meilensteine" in der Radikalisierung der Region gilt, überregionale Bedeutung beigemessen. Der blutige Zusammenstoß des 18. August 1929, der einen Toten und mehr als 90 Schwer- und Leichtverletzte, darunter etwa 60 Angehörige der Heimwehr, forderte,[637] wurde einerseits als „auslösendes Moment" einer von der Heimwehr erwünschten Verfassungsreform, andererseits als Teil eines von Rom und Budapest unterstützten Putschplanes interpretiert, in dessen Rahmen das Kabinett Streeruwitz von einer heimwehrgelenkten Regierung „ersetzt" werden sollte.[638] Nach dem Blutbad von

636 StLA ZGS (BKA) K.76/3 (Fol.458–469).

637 Zahlen laut „Arbeiterwille": Die Blutopfer. In: AW (19.8.1929) S. 3.

638 Gernot D. Hasiba, Die Ereignisse von St. Lorenzen im Mürztal als auslösendes Element der Verfassungsreform von 1929 (=Kleine Arbeitsreihe zur Europäischen und vergleichenden Rechtsgeschichte 11, Graz 1978); Botz, Gewalt, S. 175–179.

St. Lorenzen fragte das bürgerliche „Obersteirerblatt“ in einem Leitartikel, ob die tragischen Ereignisse wirklich die ersten Anzeichen eines Bürgerkrieges seien, wie seitens der ausländischen Presse mit großer Sorge befürchtet werde. Angesichts der herrschenden Aufmärsche, Aufrüstung und Aufläufe könne man tatsächlich den Eindruck gewinnen, Österreich befinde sich mitten in einer Mobilisierung. Der Bürgerkrieg, so der Redakteur, sei jedoch ein von der Sozialdemokratie gerne strapazierter Begriff, um das Bürgertum einzuschüchtern: Eine geradezu lächerliche Vorstellung angesichts der Stärke der Heimwehr. Heute, befand er, gehe es vielmehr um einen erbitterten Kampf zwischen der Heimwehr und dem Marxismus um die neue Verfassung. Ohne eine grundlegende Reform, die dem hierzulande praktizierten Parlamentarismus der Parteigesinnungen Einhalt gebiete, so sein Resümee, werde es keine wirtschaftliche und politische Besserung in Österreich geben. Zu diesem Zeitpunkt konnte der Redakteur nicht wissen, dass Österreich nicht nur nicht wirtschaftlich gesunden, sondern bald an den Auswirkungen einer durch den New Yorker Börsenkrach ausgelöste Wirtschaftskrise laborieren würde. Auch die gewünschte „politische Besserung“ konnte durch die von der Heimwehr einseitig geforderten diktatorischen Bestrebungen niemals hergestellt werden. Der „Kampf“ um die Verfassung war tatsächlich ein Kampf um die „Macht im Staate“, ein Irrweg, der jenen als „lächerliche“ Vorstellung apostrophierten Bürgerkrieg gefährlich näher rücken ließ.[639]

5.1.5.9 Das Nachbeben in und um Kapfenberg

Kurze Zeit später, am Sonntag den 15. September, ereigneten sich gleich zwei Zusammenstöße zwischen Arbeitern verschiedener „Anschauungen“, die blutig endeten. Ein Vorfall in Deuchendorf bei Kapfenberg zwischen Angehörigen des Schutzbundes und des Heimatschutzes begann, wie so oft, mit gegenseitigen Sticheleien und Anrempelungen. Eine Gruppe von Heimatschützlern, die beim Betreten eines Wirtshauses die dort anwesenden Schutzbündler provokant mit „Heil“ grüßten, bekam mit „Freundschaft“ prompt die Retourkutsche. Dabei wurde der Schutzbündler Josef W. von einem der Heimatschützler angegriffen. Ein Konflikt schien vorprogrammiert: Aus einem nichtigen Anlass resultierte kurze Zeit später eine wüste Schlägerei. Laut der Gastwirtstochter Sofie N. wurden die vier Mitglieder des Heimatschutzes, die sich in ein Extrazimmer gesetzt hatten, von einem Angehörigen des Schutzbundes im Zusammenhang mit dem Vorfall angesprochen und zurechtgewiesen. Auf die Aufforderung des Schutzbündlers, der Heimatschutz habe zu schweigen, fuhr ihn der Angesprochene wutentbrannt an: *Wir werden nicht schweigen. Früher patscht es!*[640] Im Handumdrehen entstand eine Rauferei zwischen den Kontrahenten, in welche sich auch die drei anderen Schutzbündler, die mittlerweile zum Tisch der Heimatschützler

639 Bürgerkrieg. In: Obersteirerblatt (28.08.1929) S. 1.
640 Ausspruch eines „Heimatschützlers“ anlässlich einer Konfrontation mit einem „Schutzbündler“ in Deuchendorf bei Kapfenberg am 15. Sept.1929 (StLA ZGS (BKA) K.76/3 Fol.496).

geeilt waren, einmengten. Nicht nur die Fäuste flogen, sondern Gummiknüppel, Gläser, Sesseln und auch ein Messer kamen zum Einsatz. Einer der Schutzbündler erlitt schwere Stichverletzungen und musste ins Krankenhaus gebracht werden.[641]

In den Abendstunden desselben Tages kam es in einem Gasthof nächst dem Kapfenberger Südbahnhof zu einem weiteren blutigen Vorfall zwischen Heimatschützlern und deren Gegnern. Die Kellnerin Maria A. sagte aus, vor dem Gasthaus sei es plötzlich zu einem erregten Wortwechsel zwischen drei vermutlich sozialdemokratisch gesinnten Straßenbauarbeitern, den Brüdern Gruber aus Lebring, und einem Mitglied des Heimatschutzes gekommen. Der Heimatschützler habe sich aber ruhig verhalten und sich daraufhin entfernt, während sich die Brüder Gruber in den Gastgarten begaben. Nicht lange danach eilten mehrere Heimatschützler direkt in den Gastgarten, fielen über die Brüder her und hieben brutal auf sie ein. Während einer der Brüder flüchten konnte, erlitten die beiden anderen Gesichtsabschürfungen sowie schwere Kopfverletzungen. Als die Gendarmen am Tatort eintrafen, war die Rauferei zwar beendet, doch hatten sich mittlerweile andere Mitglieder der Konfliktparteien auf der Straße zusammengerottet, so dass schwerere Zusammenstöße zu befürchten waren. Die Lage drohte kritisch zu werden, als der Bürgermeister von Kapfenberg, Josef Schweighardt, von Heimatschützlern „angehalten" und in seiner „freien Bewegung gehindert" wurde. Bis in die Nacht hinein kam es immer wieder zu Ansammlungen von Arbeitern, die durch den Einsatz verstärkter Gendarmeriepatrouillen in Schach gehalten werden konnten. Die Lage blieb jedoch gespannt.

Nach der nächtlichen Sperrstunde kam es erneut zu einem Vorfall zwischen etwa zehn Heimatschützlern, darunter der örtliche Kommandant Lauda sowie Dr. Weitzer, und der Gemeindewache. Auf dem Nachhauseweg hatte sich die Gruppe noch eine Weile plaudernd auf der Straße aufgehalten, als sie von drei Wachebeamten zum Heimgehen aufgefordert wurden. Als sich die Männer nicht gleich entfernten, entstand ein Scharmützel, in dessen Verlauf einer der Wachebeamten seinen Säbel zog und Lauda damit auf die Schulter hieb, ohne ihn allerdings zu verletzen. Ruhe kehrte erst ein, als die daraufhin verständigte Gendarmerie den Tatbestand aufgenommen und die Heimatschützler nach Hause geschickt hatte.[642] Im nächsten Jahr darauf geriet der „amtsbekannte" Kapfenberger Wachmann Sch. in die Schlagzeilen, als er im betrunkenen Zustand einen unbeteiligten Heimwehr-Sympathisanten anpöbelte, niederknüppelte und schließlich, wild um sich schlagend, von der Gendarmerie unter unflätigen Beschimpfungen festgenommen werden musste.[643]

5.1.5.10 Eine erfolglose Waffensuchaktion

Es bedarf daher keiner blühenden Phantasie, um sich die Stimmung des Jahres 1930 auszumalen, die, angeheizt durch sonntägliche Ereignisse wie die oben beschriebenen,

641 StLA ZGS (BKA) K.76/3 (Fol.496–497).
642 StLA ZGS (BKA) K.76/3 (Fol.498–500).
643 Kapfenberg. Unerhörter Skandal. In: Obersteirerblatt (27.8.1930) S. 5–6.

durch eine vom Innenminister Starhemberg Anfang November in sozialdemokratischen Einrichtungen aber auch in Privatgebäuden und Wohnungen angeordnete Waffensuche zusätzlich verschärft wurde. Der offiziellen Version zufolge wurde die Schwerpunktaktion in der obersteirischen Industrieregion im Raum Bruck, Leoben und Knittelfeld und Fohnsdorf durchgeführt, um festzustellen, ob und in welchem Ausmaß der republikanische Schutzbund im „gesetzwidrigen" Besitz, das heißt entgegen den von der Behörde bewilligten Satzungen, von „Kriegswaffen"[644] sei. Obwohl die Razzien gut vorbereitet und streng geheim gehalten worden waren, blieb der erhoffte Erfolg aus. Seitens der Behörde wurde festgestellt, dass der „Resch" bereits Tage zuvor Kenntnis von der Aktion erlangt hatte, denn frische Spuren deuteten darauf hin, dass die vermuteten Waffenbestände rechtzeitig ausgelagert worden waren. Die Zahl der durch Detachements der Gendarmerie im Untersuchungsgebiet beschlagnahmten Schusswaffen samt dazugehöriger Munition sowie Hieb- und Stichwaffen[645] stand in keinem Verhältnis zu den von Polizeispitzeln gemachten Angaben. In der Leobener Arbeiterkammer, dem vermuteten Hauptdepot, fand man beispielsweise lediglich 3 Gewehre und 5 Bajonette, im Kinderheim Tollinggraben 7 Gewehre und 2 Faustfeuerwaffen sowie im Konsumverein Seegraben 2 Gewehre und 2 Säbeln. Die Bezirkshauptmannschaft Leoben musste eingestehen, dass die geringfügigen Waffenbestände noch „keine Handhabe zum Einschreiten im Sinne des (…) Erlasses" gaben.[646] Die Schutzbundführer Wallisch (Bruck) und Köhler (Leoben) gaben unisono zu Protokoll, der Schutzbund habe nie Kriegsgerät an seine Mitglieder ausgegeben; wenn solche doch zu Tage gefördert werden sollten, so seien diese dem Privatbesitz der Betroffenen zuzurechnen. Die Empörung rund um den „Überfall" der staatlichen Gewalt war unter der betroffenen Bevölkerung entsprechend groß. Es folgte eine Flut von Beschwerden über die Rücksichtslosigkeit einiger Exekutivbeamter, die bei ihrer Suchaktion nicht nur Einrichtungsgegenstände beschädigt, sondern Fußbodenbretter aufgerissen und Schlösser durch unsachgemäßes Öffnen zerstört hatten. In mindestens einem Fall hatte man behördlich genehmigte Waffen und Munition konfisziert. Weitere Klagen folgten über verschwundenes Werkzeug, fehlende Geldscheine und vieles mehr.[647] Im Endeffekt geriet die als gezielt gegen den Republikanischen Schutzbund gerichtete Maßnahme zum Schlag ins Wasser. Anstatt Brücken zu bauen, wurden Gräben aufgerissen: Die misslungene Aktion steigerte bloß den Hass der „roten" Arbeiterschaft gegen die Willkür der Regierungsparteien, allem voran den Heimatblock.

644 StLA L.Reg. K.678: Gr.384 (1932), R71/29 1930: Zur Kategorie „Kriegswaffen" wurden ausschließlich militärische Schusswaffen und Munition gezählt. „Gewöhnliche Schieß-, Stech- und Hiebwaffen wie Spaten und Beilpicken wurden nicht dazugerechnet (StLA L.Reg. K.678: Gr.384 (1932),R71/29 1930.

645 Insgesamt 4 Maschinengewehre, etwa 400 Schusswaffen, rund 270 Bajonette und Säbel, zahlreiche Gummiknüppel und Totschläger sowie geringere Mengen an Ausrüstungsgegenstände wie Stahlhelme, Spaten und Beilpickel.

646 StLA L.Reg. K.678: Gr.384 (1932), R71/28 1930.

647 StLA L.Reg. K.678: Gr.384 (1932), R66 1930.

5.2 Wer vor dem Nichts steht, hat nichts zu verlieren

5.2.1 Die „Volksseuche“ Arbeitslosigkeit

Als im Oktober 1929 der Börsenkrach an der Wall Street eine weltweite Rezession auslöste, verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage auch in Österreich sehr bald. Die seit den 1920er Jahren herrschende strukturelle Arbeitslosigkeit, die allein durch Sozialmaßnahmen wie die Arbeitslosenversicherung in einem erträglichen Rahmen gehalten werden konnte, begann bereits im Jahr 1930 beängstigende Ausmaße anzunehmen. Bezogen im Jahr 1929 „nur“ rund 160.000 Arbeitslose eine Unterstützung, schnellte diese Zahl innerhalb eines Jahres auf 208.000 und erreichte 1931 eine Höhe von über 250.000. Die Gesamtzahl von Beschäftigungslosen, das heißt jenen von der Versicherung noch nicht erfassten Jugendlichen sowie Langzeitarbeitslosen, so genannten Ausgesteuerten, die von einer kleinen Beihilfe lebten, war ungleich höher und erreichte laut Stiefel im Jahr 1933 die 550.000-Marke bei rund 328.000 Unterstützten. Dieses Elend wies naturgemäß Schwerpunkte in den industriellen Zentren und Regionen Österreichs, vor allem in Wien, Oberösterreich und der Obersteiermark, auf. Die Statistiken zeigen eine enorme Kopflastigkeit der Bundeshauptstadt, wo insgesamt rund 40 Prozent der Unterstützten gemeldet waren. Strukturell bedingte Unterschiede lassen sich an der für Österreich spezifischen berufsmäßigen Verteilung der Arbeitslosen ablesen: Demnach wiesen das Baugewerbe, die Eisen- und Metallindustrie, die Holzindustrie sowie das Textilgewerbe am meisten Arbeitslose auf. Den größten Teil der Arbeitslosen machten wiederum die Hilfsarbeiter aus, hauptsächlich jene, die in den eben genannten Branchen gearbeitet hatten.[648]

Als die Hyperinflation durch die Stabilisierung der Währung Ende 1922 gestoppt werden konnte und das Exportgeschäft der großen Konzerne wegen der gestiegenen Preise ins Stocken geriet, begann die Wirtschaft in der Steiermark ebenfalls zu kränkeln. Die Arbeitslosenzahlen der mittleren Zwanzigerjahre fluktuierten zwischen einem Niedrigststand von etwa 18.000 Ende 1925 und einem Höchststand von rund 25.500 Anfang 1927. In der Zeit vor der Wirtschaftskrise schnitt das Jahr 1928 relativ am günstigsten ab mit knapp unter 17.000 unterstützten Arbeitslosen. Gemessen an der Zahl der Wohnbevölkerung der Steiermark, die 1934 etwas mehr als eine Million Personen zählte, erscheinen diese Ziffern wenig dramatisch. Sie widerspiegeln jedoch kaum das wahre Ausmaß der Not. Rechnet man die Angehörigen jener arbeitslosen Männer und Frauen, die Familienerhalter waren, hinzu, kann die Zahl der an Hunger, Kälte und Mangelerscheinungen Leidenden um ein vielfaches nach oben korrigiert werden. Bereits im Jahr 1930 war der Jahresdurchschnitt an unterstützten Arbeitslosen auf etwa 24.600, 1931 sogar auf 32.600 angewachsen. Bei weitem übertroffen wurden diese Zahlen im März 1933, als sich mehr als 60.000 steirische

648 Dieter Stiefel, Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen – am Beispiel Österreichs 1918–1938 (=Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 31, Berlin 1979), Kurzzitat: Stiefel, Arbeitslosigkeit, S. 25–29.

Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen als Arbeit suchend vormerken ließen.[649] Heute macht man sich keine Vorstellung davon, so eine Zeitzeugin, was es heißt, als Kind ständig den Schmerz des Hungers zu spüren, weil Grundnahrungsmittel wie Brot, Milch und Fett fehlen, oder wenn man mangels Heizmaterial, warmer Kleidung und Schuhwerk Erfrierungen erleidet.[650]

Das im Jahr 1920 geschaffene österreichische Arbeitslosenversicherungsgesetz, das die bereits nach dem Krieg eingeführte Arbeitslosenversicherung regeln sollte, war eines der fortschrittlichsten Sozialgesetze Europas. Die Beiträge zur Versicherung wurden anteilsmäßig vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber eingehoben, sowie anfänglich zu einem geringeren Teil vom Staat aufgebracht. Bereits im Jahr 1920 wurde eine Erweiterung der Unterstützungsdauer von 12 auf 30 Wochen beschlossen; 1922 wurde eine außerordentliche Notstandsunterstützung für Unterstützungsbezieher nach 30 Wochen eingeführt, die in den meisten Fällen gewährt wurde. Diese Notstandsunterstützung erfuhr zwar eine zeitliche Einschränkung durch die Novelle im Jahr 1925, bei der nächsten Novelle wurde jedoch eine zeitlich unbegrenzte „außerordentliche Beihilfe“ für Langzeitarbeitslose eingeführt.[651]

In der obersteirischen Industrieregion, wo viele Menschen ihr Brot in der Eisen- und Stahlindustrie verdienten, sah die Lage entsprechend trist aus. Hatte im Jahr 1928 weitgehende Vollbeschäftigung geherrscht, kam es bald zu Betriebsschließungen, Kurzarbeit und zahlreichen Entlassungen. Aufgrund der Absatzkrise musste die ÖAMG in den Jahren 1929 bis 1933 die Produktion von Metall und Metallprodukte zwischen 60 und 80 Prozent drosseln. Der Hochofen in Eisenerz wurde bereits im Dezember 1929 niedergeblasen; die moderneren Hochofenanlagen und Walzstraßen in Donawitz, Zeltweg, Kindberg und Neuberg mussten zumindest zeitweise abgeschaltet werden.[652] In den Jahren 1930 und 1931 führte der krisenbedingte Einbruch in der Braunkohleförderung der ÖAMG auch zu Entlassungen in den obersteirischen Kohlerevieren Seegraben und Fohnsdorf.[653] In den wichtigsten Groß- und Mittelbetrieben der steirischen Eisen- und Metallindustrie, aber auch im Magnesitbergbau ging die Zahl der Vollbeschäftigten bis 1931 im Vergleich zu 1928 auf etwa die Hälfte zurück. Bis Ende 1932 schrumpften die Belegschaften sogar um Zweidrittel. In dieser Branche gingen zwischen Juni 1928 und Dezember 1932 von 18.000 insgesamt etwa 11.500 Arbeitsplätze verloren.[654] Am schwersten traf es wohl Eisenerz und Donawitz in den Jahren 1931 und 1932, als die dortigen ohnehin auf ein Minimum reduzierten Belegschaften pauschal entlassen wurden, nur um deren Wiedereinstellung zu wesentlich schlechteren Bedingungen zu erpressen. Mit dieser

649 Peter Wilding, „… für Arbeit und Brot“. Arbeitslose in Bewegung. Arbeitslosenpolitik und Arbeitslosenbewegung in der Zwischenkriegszeit in Österreich (mit dem regionalgeschichtlichen Schwerpunkt Steiermark) (=Materialien zur Arbeiterbewegung 55, Wien 1990) Kurzitat: Wilding, Arbeit und Brot, S. 306–7.

650 Laut Kindheitserinnerungen einer Zeitzeugin, Frau Maria Stanek (geb. 1922), deren Vater von 1927 bis 1934 arbeitslos war.

651 Stiefel, Arbeitslosigkeit, S. 58.

652 Schleicher, Heisses Eisen, S. 390ff.

653 Schleicher, Heisses Eisen, S. 392; StLA L.Reg. K.678: Gr.384 (1932), A 3/2 1932.

654 Wilding, Arbeit und Brot, S. 305–315.

Taktik hoffte die Betriebsleitung, das Tarifsystem der Bergarbeiter durch Einzelverträge zu unterhöhlen. Zähneknirschend mussten die Bergarbeiter auf einen Teil ihres ohnehin schwer verdienten Lohnes sowie auf Sozialleistungen wie Urlaubsanspruch und Deputatkohle verzichten.[655] Ein Aufschrei ging quer durch alle Lager. In einer Presseaussendung der christlichen Gewerkschaften beispielsweise wurden die Maßnahmen der Alpine als „brutal" und der Beschluss des Leobener Einigungsamtes, eines Schiedsgerichtes für arbeitsrechtliche Fragen, der die Vorgehensweise der ÖAMG im Nachhinein quasi sanktionierte, als „schweren Rechtsirrtum" angeprangert, dessen Spruchpraxis als „abwegig" und „kurios" verurteilt.[656] Mitte 1932 glich das größte Industrierevier der Steiermark einer Geisterstadt: Einem Behördenbericht vom 27. Mai 1932 zufolge waren im Hüttenwerk Donawitz der Hochofen sowie das Fein- und Grobwalzwerk außer Betrieb und nur noch etwa 250 Arbeiter im elektrischen Kraftwerk ständig beschäftigt (gegenüber 4.500 im Jahr 1929). Allein im Industriegebiet Leoben[657] waren mehr als 5000 Personen als beschäftigungslos gemeldet, davon mehr als 1000 Ausgesteuerte – die Hauptursache, nach Einschätzung des Gendarmeriebeamten Neubauer „für die in der Bevölkerung herrschende Erregung".[658]

Gemeinde	**A.U.**		**N.U.**		**Ausgesteuert**		**A.R./K.R.**	
	1930	**1931**	**1930**	**1931**	**1930**	**1931**	**1930**	**1931**
Gai	20	k.A.	9	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Göß	105	k.A.	39	k.A.	19	k.A.	k.A.	k.A.
Hafning	71	44	18	43	k.A.	22	7	20
Kraubath	44	58	8	k.A.	k.A.	2	k.A.	3
Leoben	410	304	188	322	93	100	k.A.	336
Donawitz	1.062	488	302	603	161	263	1	348
Niklasdorf	60	71	17	11	18	19	k.A.	25
Proleb	25	29	k.A.	10	1	1	k.A.	k.A.
St. Michael	103	129	10	30	k.A.	35	k.A.	5
St. Peter	86	68	17	98	17	20	k.A.	26
St. Stefan	86	32	9	26	k.A.	3	7	53
Traboch	k.A.	9	3	5	1	3	k.A.	8

655 Schleicher, Heisses Eisen, S. 399–400 (siehe Anm.7/S. 400): Im Hinblick auf die Wirtschaftskrise hatte die Alpine-Direktion von den Arbeitern im Juli 1931 einen Solidarbeitrag gefordert. Im Zeichen der aktuellen Wirtschaftskrise 2009 forderte der Automobilzulieferer Magna einen „freiwilligen" Gehaltsverzicht der Belegschaft. In: http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/464768/index.do, 18.12.2009.

656 Das Einigungsamt Leoben für die Alpine-Methoden – ein schwerer Rechtsirrtum. In: Leobener Sonntagspost (12.6.1932) S. 11.

657 Laut dem für den Inspizierungsbereich zuständigen Oberstleutnant Franz Neubauer erstreckte sich das Gebiet in nord-südlicher Richtung von Vordernberg bis Kraubath, in west-östlicher Richtung von St. Michael bis Niklasdorf.

658 StLA ZGS (BKA) K.79/6 (Fol.935–938).

Gemeinde	A.U.		N.U.		Ausgesteuert		A.R./K.R.	
	1930	1931	1930	1931	1930	1931	1930	1931
Trofaiach	112	153	60	188	k.A.	59	4	67
Vordernberg	106	72	29	77	k.A.	44	15	132
insgesamt	**2.290**	**1.457**	**709**	**1.413**	**310**	**571**	**34**	**1.023**

Wohnbevölkerung 1934 = 51.142[659]
Erwerbslose 1930 = 3.343 (6,5%)
Erwerbslose 1931 = 4.464 (8,7%)

A.U. = Arbeitslosenunterstützung
N.U. = Notstandsunterstützung
A.R. = AltersrentnerInnen
K.R. = KleinrentnerInnen

Tabelle 13: Erwerbslose im Bereich der Bezirksvertretung Leoben 1930[660] *und 1931*[661] *im Vergleich.*

Das Leobener Arbeiterkind Otmar Behr berichtet von der Verzweiflung seines Vaters, als dieser mit dem Entlassungsschreiben der Alpine nach Hause gekommen war, von den Entbehrungen der Hunger leidenden Geschwister und den Bemühungen der Mutter, als Wäscherin ein paar Schillinge zur kargen Unterstützung beizutragen.[662] Ein weiterer Zeitzeuge, Franz Schick, erzählt von Menschenmassen vor dem Arbeitsamt in Leoben, von armseligen Existenzen in einer „wilden" Barackensiedlung, von geselchten Hunden, Klostersuppe und Bettelei.[663] Im Jänner 1932 schrieb Schick über die Hoffnungslosigkeit der Jugend:

> *Wir stehen im Zeichen der größten Wirtschaftskrise, die je die Welt heimgesucht hat und dies im Zeichen der Jugend, der armen Nachkriegsjugend. Wie soll das enden? (…) Auf mir lastet die Krise doppelt schwer. Seit Sommer ohne jede Unterstützung, angewiesen auf Hilfe fremder Leute (…) Jeder Tag kann mich aufs Pflaster werfen, ich muß, ich bin gezwungen hinauszuwandern in die fremde Welt!*[664]

Tatsächlich beherrschte die Arbeitslosigkeit mit all ihren grauenhaften Folgen den Alltag vieler Menschen. Nicht zuletzt waren die Gemeinden den immer größer werdenden Fürsorgelasten nicht gewachsen. Vom Staat konnten diese Gemeinden nicht viel Hilfe erwarten, denn seit dem Beginn der Wirtschaftskrise hatten die

659 Die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934, bearb. v. Bundesamt für Statistik, Heft 7 Steiermark (Wien 1935).
660 StLA BV Leoben K.95.
661 StLA BV Leoben K.96 (Arbeitslosenaktion 1931/1932).
662 Otmar Behr, Als ich noch ein Arbeiterbub war… In: Stefan Riesenfellner (Hrsg.), Zeitgeschichten. Autobiographien zur Alltags- und Sozialgeschichte Österreichs 1914–1938, Arbeiterleben Bd.2 (Graz 1992) S. 134–135.
663 Stocker Karl, Geschichtswerkstatt Leoben. Leben und Arbeiten im Bezirk Leoben (Wien/Köln 1989) S. 17–22.
664 Gestohlene Jugend. Die Tagebücher und Aufzeichnungen des Franz Schick 1930 bis 1933, bearbeitet und mit einem Nachwort versehen von Karl Stocker (=Schriftenreihe des Instituts für Geschichte 4, Graz 1991) S. 65.

Regierungen den Sparstift angesetzt, um die Stabilität der Währung nicht zu gefährden. In jener Zeit vermochte die „Winterhilfe" – eine von zahlreichen öffentlichen und privaten Körperschaften betriebene Sammelaktion – lediglich die ärgste Not zu lindern. Im Mai 1932 richtete der Bürgermeister von Bruck an der Mur, Franz Gruber, einen eindringlichen Appell an Land und Bund:

> *Dem Winter 1931 und 1932 hat die ganze Bevölkerung mit größter Besorgnis entgegengesehen. Dank der Fürsorgetätigkeit der Gemeinde und* (…) *der noch leistungsfähigen Bevölkerungskreise konnte die Not der durch die Wirtschaftskrise Bedrängten während der Wintermonate gelindert werden.* (…) *Die Gemeinde, deren Einnahme durch die Wirtschaftskrise auch zurückgegangen ist, wäre nicht in der Lage, bei geringeren Einnahmen mehr Ausgaben zu leisten.* (…) *In Erkenntnis dieser Situation und der schweren sozialen Gefahren* (…) *richtet der Gemeinderat der Stadt Bruck a. d. Mur in letzter Stunde an die Bundes- und Landesregierung den Appell, sofort Vorkehrungen zu treffen, damit wenigstens die karge Unterstützung den Menschen erhalten bleibt und nicht durch „Aussteuerungen" eine Katastrophe herbeigeführt wird, in der weit mehr zu Grunde geht, als jetzt an Unterstützungen erspart wird.*[665]

5.2.2 Die Radikalisierung der Arbeitslosenszene

Zum Unterschied von der Sozialdemokratie, die das wachsende Heer der Arbeitslosen im Rahmen bereits etablierter Institutionen, vor allem in der Gewerkschaftsbewegung, „bei der Stange" der Partei zu halten suchte, richteten sich die Bemühungen der KPÖ darauf, das politische Potenzial der Arbeitslosen in revolutionäre Bahnen zu lenken.[666] Die Kommunisten hofften, die Arbeitslosen für sich zu vereinnahmen, indem sie ihnen die Überwindung der Geißel des Kapitalismus durch die Aufrichtung einer klassenlosen Gesellschaft verhießen. Das kommunistische Arbeitslosenkomitee nahm für sich in Anspruch, alle Arbeitslosen vertreten zu wollen, trat vehement gegen die Politik der Sozialdemokraten auf und warf ihnen Parteilichkeit vor. Als die Kommunisten begriffen, dass graue Theorie weder Hunger stillt noch die Stube heizt, begannen sie sich für die Anliegen der Arbeitslosen vermehrt einzusetzen. Im Jahr 1926 beispielsweise trat eine Grazer Delegation des Komitees bei den verschiedensten Institutionen in Stadt und Land mit einem konkreten Forderungspaket zur Linderung der finanziellen Not auf, erreichte jedoch nichts. Bei allem Verständnis für das Arbeitslosenproblem, wurde überall beteuert, seien die benötigten Mittel nicht aufzubringen. Um mehr Arbeitsplätze zu schaffen, forderte die Grazer Stadtpartei die Einführung des Siebenstundentages und den Abbau von Überstunden vor allem in der Obersteiermark. In Leoben und Donawitz engagierten sich lokale Kommunistenführer wie Wegerer und Pichler eher für die radikale Phrase und die Pflege von Feindbildern als für das Schicksal der

---

665 StLA L.Reg. K.678: Gr.384 (1932), A 17 1932.
666 Die Agitation der KPÖ hat Peter Wilding detailliert dargestellt: Wilding, Arbeit und Brot, S. 196ff.

Arbeitslosen: In erster Linie, meinte Wegerer, sei der Faschismus der Feind und in zweiter Linie die Sozialdemokraten, die „allen reaktionären Gesetzen zustimmen und überhaupt im Jahre 1918 nur halbe Revolution gemacht haben."[667] Die Hauptforderung der Kommunisten war nicht die „Stützung der bürgerlichen Republik der Demokratie und des Parlaments", sondern „Kampf um die Befreiung des Proletariats vom Joch des Kapitals" durch Revolution. Für die Belegschaft der Betriebe der ÖAMG setzten sie sich konkret für längst fällige Lohnerhöhungen und einen Rationalisierungsstopp ein. Berechtigten Anlass zur Empörung gaben die häufigen Betriebsunfälle, die oft tödlich endeten, sowie angebliche Verpflegungsmängel im Leobener Stefanie-Spital.[668] Mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise und dem Beginn der Massenarbeitslosigkeit wurden die vom Zentral-Arbeitslosen-Komitee in Wien (ZAK) verfassten „Richtlinien über die Neuorganisierung der Arbeitslosenbewegung", im November 1931 verlautbart. Folgende politische Aufgaben wurden als vorrangig bezeichnet:

- Organisierung und Auslösung von Aktionen gegen Aussteuerungen und Unterstützungskürzungen sowie gegen den „nationalen und humanitären Winterhilfsschwindel"
- Forderung eines allgemeinen Arbeitsbeschaffungsprogramms sowie örtlicher Arbeitsbeschaffungs- und Notstandsprogramme
- Massenmobilisierung durch Kundgebungen und Delegiertenkonferenzen sowie eine Unterschriftensammlung für die Forderungsprogramme der Arbeitslosen
- Auslösung von Kampfbewegungen bei Aussteuerungen, Delogierungen, etc. durch lokale Arbeitslosenkomitees
- Ausbau von Essensausgabestellen zu Agitationszentren
- Unterstützung der Arbeitslosen durch kommunistische Gemeindevertreter
- Organisierung von Konferenzen der revolutionären Betriebsräte und Ausarbeitung einer gemeinsamen Plattform; finanzielle Unterstützung der Arbeitslosenkomitees durch Betriebsarbeiter
- Festsetzung eines allgemeinen Kampftages gegen die Arbeitslosigkeit, um Solidarität und Kampfgeist in einer gemeinsamen Front zu demonstrieren[669]

5.2.3 „Arbeit und Brot, sonst schlagen wir euch tot". Ausschreitungen in der Region

Die Auswirkungen der Krise auf die Arbeiterschaft ließen die obersteirischen Kommunisten um Paul Polanski erneut Morgenluft wittern. Aktivitäten wie jene vom ZAK geforderten wurden von lokalen Agitatoren organisiert und von den

667 StLA L.Reg. K.213: Gr.384 (1926), Zl.2301/5 PI, 12.3.1926; GPK Leoben, E.Nr.3590, 5.8.1928).
668 StLA BH Leoben Gr.14: K.16 (1927): 1928 – Ein Jahr des Kampfes. In: Der Alpine Sklave. Betriebszeitung der Alpinearbeiter Donawitz und Seegraben (Jänner, II Jg.).
669 StLA L.Reg. K.688: Gr.384 (1932), Ko 2/44 1932; StLA ZGS (BKA) K.78/5 (Fol.227–237): Abschrift der „Beschlüsse des Plenums des Zentralkomitees am 15. und 16. November 1931 mit Arbeitsplan für Dezember und Jänner".

Behörden mit Argusaugen überwacht. Das bei Polanski sowie im Sekretariat der KPÖ in Leoben konfiszierte Material legt hierfür beredtes Zeugnis ab. Als besonders grotesk müssen die Eifersüchteleien der ideologischen Bruderparteien, der KPÖ und SDAPÖ, im Angesicht des gemeinsamen Feindes, des „Betriebsfaschismus" der ÖAMG, erscheinen. Ein Beispiel für die Agitation der KPÖ unter den Betriebsarbeitern und den Arbeitslosen gegen das „Lohndiktat" der ÖAMG bieten die Demonstrationen des Internationalen Kampftages am 25. Februar 1931, die in Leoben, Judenburg und Eisenerz veranstaltet wurden. Polanski hatte die Berichte unter dem Titel „Machtvolle Demonstrationen trotz Verbot, Bajonettangriffe und Säbelattacken. Viele Verletzte und Verhaftete" als Pressebulletins verfasst. Schon im Vorfeld hatten revolutionäre Arbeitslosenkomitees trotz des behördlichen Verbotes beschlossen, auf jeden Fall für „Arbeit und Brot" zu demonstrieren. Laut Polanski hatte die Behörde nur unter dem Druck der kommunistischen Forderungen eine allgemeine Sammlung des Arbeitslosenkomitees zugunsten Arbeitsloser und deren Kinder bewilligt. Die Gemeinde Leoben habe sich anschließend bereit erklärt, Heizmaterial und Nahrungsmittel zu spenden, sowie eine Ausspeisung für die Ausgesteuerten einzurichten, in der Hoffnung, die angekündigten Demonstrationen zu verhindern. Entsprechend triumphierend wird daher vom „wuchtigen" Demonstrationszug mehrerer tausend Arbeiter und Arbeitslose, der dem „massenhaften" Polizeiaufgebot mutig und entschlossen entgegentrat, berichtet. Mit Parolen wie „Arbeit und Brot, den Faschisten den Tod", „Nieder mit der Hungerregierung und mit den sozialdemokratischen Verrätern" waren die Demonstranten zur Arbeiterkammer marschiert, wo die Sozialdemokraten „höhnend aus den Fenstern schauten". Die Genossen Leeb und Hnup, die Ansprachen gehalten hatten und verhaftet wurden, konnten durch Androhung von Gewalt befreit werden. Am niederträchtigsten hätten sich hierbei die sozialdemokratischen Bonzen verhalten, klagt Polanski. Anstatt die Bruderhand helfend zu ergreifen, hatte Nationalrat Hartmann den Verhafteten zugerufen: *Wir werden euch Kommunisten schon noch helfen!* und der Redakteur des „Arbeiterwillen" habe sogar gesagt: *Ihr Kommunisten könnt nur die Arbeiter aufhetzen. Was habts jetzt davon.* Daraufhin hätten viele sozialdemokratische Arbeiter ihren „Arbeitervertretern" voller Abscheu den Rücken gekehrt und waren der KPÖ beigetreten.

Als es dann auf dem Leobener Hauptplatz zu einem weiteren Tumult kam, in dessen Verlauf ein Polizeibeamter in eine Auslage geschleudert wurde, schritt die Gendarmerie mit gefälltem Bajonett, die Polizei mit gezogenem Säbel gegen die Demonstranten ein. Hierbei sollen viele Arbeiter und auch Frauen verletzt worden sein. Trotz der „unerhörten Brutalität" dieser „Stützen der faschistischen Diktatur" waren die Demonstranten weiter nach Donawitz marschiert, wo sie Parolen wie „Nieder mit dem Alpine-Terror" skandierten. Die Zeit werde einmal kommen, droht Polanski, wo die Arbeiterschaft über die „Alpine-Gewaltigen", die aus Angst einen Gendarmeriekordon um das Donawitzer Werkshotel ziehen ließen, Gericht halten würde. Bis in die Abendstunden hatte die Schlacht gedauert, waren zahlreiche demonstrierende Männer und Frauen sowie KPÖ-nahe Angehörige, unter anderem auch Genossin Durstmüller, verhaftet worden. Die Arbeitslosen-Demonstration der

KPÖ habe überall einen gewaltigen Eindruck hinterlassen, resümiert Polanski. Sogar in den Alpine-Betrieben habe man von der „größten Kundgebung seit zehn Jahren" gesprochen.

Auch in Judenburg habe die KPÖ zu einer gemeinsamen Kundgebung der Fohnsdorfer und Judenburger Arbeiterschaft aufgerufen, so Polanski, um den Bürgern zu zeigen, dass sich Arbeiter und Arbeitslose nicht von einem behördlichen Verbot abschrecken ließen. Dort hatten die „sozialdemokratischen Bonzen" versucht, die Arbeiterschaft von einer Demonstration abzuhalten. Der Fohnsdorfer Bürgermeister Horvatek[670] sei sogar im Laufschritt zu einer Arbeitslosenversammlung geeilt und habe dem Genossen Leeb eine scharfe Rüge erteilt, weil dieser die Versammelten zur Teilnahme an der Demonstration der Kommunisten aufgerufen hatte. *Fremde*, soll Horvatek Leeb mitgeteilt haben, *haben hier überhaupt nichts zu reden!*. Trotz des bürgermeisterlichen Versprechens Arbeit in der Gemeinde zu beschaffen, marschierten „eine Anzahl" Fohnsdorfer Arbeitslose nach Judenburg, streng bewacht von Gendarmeriebeamten mit aufgepflanzten Bajonetten. Polanski berichtet mit Genugtuung von der Demonstration einiger hundert Arbeitslosen in Judenburg, wo alle Ämter und Behörden durch ein Massenaufgebot an Gendarmen gesichert worden waren. Nach der Kundgebung wurde eine Deputation mit einem Forderungskatalog zu dem Bezirkshauptmann Dr. Tieber geschickt, der versprach, diesen an höhere Stellen weiterzuleiten. Auch in Eisenerz fand eine Kundgebung statt, die allerdings mit Verhaftungen endete. Dort erklärte sich der sozialdemokratische Bürgermeister aus finanziellen Gründen nicht bereit, die Forderung der Arbeitslosen zu erfüllen. Die Kommunisten nützten solcherlei Absagen sozialdemokratischer Funktionäre als willkommenen Anlass, die Sozialdemokraten insgesamt als „Verräter" an der Arbeiterschaft zu brandmarken. Kaum seien jene an der Macht, hieß es dann, beriefen sie sich „wie die Faschistenregierung" auf Geldmangel.[671]

Mit der Massenmobilisierung der Arbeitslosen eng verknüpft wurde der Kampf der Betriebsarbeiter gegen Lohnabbau und Massenentlassungen, sowie die Losreißung der „werktätigen" Bauern aus der Einflusssphäre der „Bourgeoisie". Die KPÖ konstatierte eine „ständig wachsende Radikalisierung" in den Reihen der ärmeren Bauern und rief zu einer Steigerung der Agitation und Propaganda im Dorf auf. Größter Wert wurde auf die Schaffung von Aktionskomitees als Gegenbewegung zu den bestehenden Bauernorganisationen gelegt.[672] Der Aktionsplan der KPÖ zielte demnach auf die Gewinnung breiter Massen für die bolschewistische Partei; gleichzeitig befürchtete die Parteiführung, dass ihr in der NSDAP ein ernstzunehmender Konkurrent im Kampf um die Früchte des Radikalismus erwachsen war:

> *Unser Hauptkampf geht gegen die SP und Schutzbund-Bonzen* (…). *Die sozialdemokratische Front muss durchbrochen, grosse Schichten sozialdemokratischer Arbeiter durch uns erfasst werden.* (…) *Die Fahne des Kommunismus ist aber*

670 Norbert Horvatek (1888–1982) war seit 1924 Bürgermeister von Fohnsdorf.
671 StLA BH Leoben Gr.14: K.58 (1932): Zl.386/II Po 2/6–1932, 11.3.1933.
672 StLA ZGS (BKA) K.78/5 (Fol.230–233).

auch ins flache Land hinauszutragen, die Gewinnung der werktätigen Bauern und des Landproletariats mit Energie in Angriff zu nehmen. (…) *Aber wir stehen vor der ernsten Frage,* (ob) *unser Organisationsapparat imstande* (ist) *mit der Radikalisierung der Massen Schritt zu halten und unsere Aufgabe restlos zu erfüllen.*[673]

Ende 1932 meldeten die Behörden eine rege Agitationstätigkeit der Kommunisten in der Industrieregion. Hierbei ging es um die Bildung von Unterstützungskomitees, die Lebensmittel und Geld für die streikenden Bergarbeiter im Grünbacher Revier in Niederösterreich sammeln sollten. In Seegraben soll die Aktion gescheitert sein und die Kommunisten sollen von den dortigen Bergarbeitern, die mehrheitlich dem Heimatschutz angehörten, beinahe verprügelt worden sein. Auch im Kohlerevier Fohnsdorf war das vorweihnachtliche Engagement der Kommunisten auf wenig Resonanz gestoßen. Der Posten Fohnsdorf meldete, ein Streik der Fohnsdorfer Bergarbeiter sei wenig wahrscheinlich, weil sie gegenwärtig gut verdienten.[674] Doch gibt es kein Licht ohne Schatten. Zur gleichen Zeit waren in Fohnsdorf, einer Industriegemeinde mit etwa 10.000 Einwohnern, rund 700 Menschen arbeitslos, so dass die örtlichen Kommunisten, angeblich etwa 400 Personen, ein reiches Betätigungsfeld vorfanden.[675]

Ein weiterer neuralgischer Punkt in der Region war die Gegend um Bruck an der Mur und Kapfenberg. Eine von Koloman Wallisch am 30. Mai 1932 einberufene Arbeitslosenversammlung, die von etwa 1200 Personen aus Bruck und Umgebung besucht wurde, endete in einer Straßenschlacht. In seiner Ansprache stellte Wallisch die Ungerechtigkeit der „heutigen Gesellschaftsordnung“ an den Pranger, indem er der Weigerung der bürgerlichen Regierung, „in der die Heimwehrfaschisten sitzen“, die Ausgesteuerten zu unterstützen, ihre Bereitschaft „Mühlen- und Großgrundbesitzern“ ein Notopfer von 92 Millionen Schilling zukommen zu lassen, gegenüberstellte. Glaubt man dem Behördenbericht, war die Menge bereits unruhig geworden, als Wallisch wenig verantwortungsbewusst hinzufügte: *Aber wenn man uns verhungern lassen will, dann wird auch die Gendarmerie machtlos sein* (…)*, denn die Arbeiterschaft wird die geballte und geschlossene Faust zeigen.* Nun begann es zu gären. Einige radikale Elemente riefen nach Rache an der Obrigkeit, wollten die Gendarmerie und den Bezirkshauptmann „außafangen“ und *alles z'samm'hauen, damit sie sehen, daß ma do san.* Wallischs Ordnungsrufe wurden ignoriert und während er die Resolution vorlesen ließ, brüllte und tobte die Menge und im Gewühl wurden andersgesinnte Teilnehmer misshandelt. Die Situation eskalierte vollends, als sich der Demonstrationszug wenig später einem Hotel näherte, vor dem ein Zuschauer mit einem Jägerhut, ähnlich dem Heimwehr-Hut, stand. Mit wüstem Geschrei stürzten sich die Entfesselten auf den vermeintlichen „Arbeitermörder“: Ein Hausdiener, der den Mann in Sicherheit brachte, wurde mit einer Stahlrute zusammengeschlagen,

673 StLA L.Reg. K.688: Gr.384 (1932), Ko 2/44 1932.
674 StLA ZGS (BKA) K.79/6 (Fol.1562–1564).
675 StLA ZGS (BKA) K.79/6 (Fol.1610–1611).

ein Wachmann zu Boden getreten und schwer verletzt, und die bereits mit gefällten Bajonetten anrückenden Gendarmen empfingen die Demonstranten mit einem Steinhagel. Wallisch und seine Schutzbundordner versuchten währenddessen eine Menschenkette zwischen den Tobenden und der Gendarmerie zu ziehen, um Stichverletzungen zu verhindern. Nur mit vereinten Kräften des Schutzbundes und der Exekutive konnte die rasende Menge schließlich in verschiedene Richtungen zerstreut werden.[676]

Die Welle der Arbeitslosendemonstrationen und bewusst von verantwortungslosen Demagogen provozierten Ausschreitungen setzte sich bis in das Jahr 1933 fort. Die Behörde stellte jedoch fest, dass es den Kommunisten trotz größter Anstrengung kaum gelungen war, die „politisch geschulte" Arbeiterschaft für sich zu gewinnen, ihre Agitation soll lediglich unter den Arbeitslosen und Ausgesteuerten, sowie dem ärmeren Landvolk, bei Kleinbauern, Knechten und Mägden, auf fruchtbaren Boden gefallen sein. In den Bezirken Leoben, Judenburg und Mürzzuschlag hätten sich kommunistische Aktivisten bei kleineren Besitzern aufgrund ihres vehementen Auftretens bei der Vereitelung von Exekutionen (Zwangsvollstreckungen) beliebt gemacht. Radikale Tendenzen auf dem Land seien insbesondere seit den Unruhen im oststeirischen Vorau zur Jahreswende 1933 wahrnehmbar geworden.[677] Anlässlich der Zwangsvollstreckung mehrerer bei der Krankenkasse verschuldeter Besitzer hatten sich Bauern und Knechte aus der Gegend um Vorau gewalttätig erhoben. Diese Aktion war der Auftakt zu landesweiten Protesten, die sich im Kern gegen die Verordnung von Krankenkassenbeiträgen richteten, welche bei sinkenden Einnahmen als ungeheure Belastung empfunden wurde. Die Lage war derart gespannt, dass Einheiten des Bundesheeres und der Gendarmerie nach Vorau einrücken mussten.[678]

5.2.4 Donawitz in der Krise

Als sich 1932 die Krise im Eisen- und Stahlsektor weiter verschärfte und immer mehr Lohnabhängige freigesetzt oder auf Kurzarbeit umgestellt wurden, kam es an Auszahlungs- und Anmeldetagen regelmäßig zu gewalttätigen Ausschreitungen vor dem Arbeitsamt in Leoben.[679] Aufgrund bereits vollzogener und angekündigter Entlassungen sowie anlässlich der bevorstehenden Gemeinderatswahlen entpuppte sich das Frühjahr 1932 als besonders brisanter Zeitraum. Laut dem LGK war die Agitation der Kommunisten im Wahlmonat April in Industrieorten wie Judenburg, Leoben und Graz eine sehr rege gewesen, die von ihnen angekündigte Rücksichtslosigkeit jedoch weit hinter jener der NSDAP geblieben.[680] Zur Maifeier, zu den

676 StLA ZGS (BKA) K.79/6 (Fol.899–901).
677 StLA ZGS (BKA) K.80/7 (Fol.340–341).
678 Wieder ein bewegter Tag in Vorau. In: NFP (3.1.1933) S. 3–4, http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?apm=0&aid=nfp&datum=19330103&seite=3&zoom=2, 18.12.2009.
679 Auch im August ereigneten sich Zusammenstöße vor dem Arbeitsamt: StLA L.Reg. K.678: Gr.384 (Le10 1932).
680 StLA ZGS (BKA) K.78/5 (Fol.720–728).

kirchlichen Feiertagen – praktisch jedes Wochenende – zogen Kommunisten und Kommunistinnen unter der Führung von Fritz Lauscher und Karl Durstmüller nach Leoben, Donawitz und in die umliegenden Orte, wo Versammlungen stattfanden und Kundgebungen abgehalten wurden. Die Behörde berichtet von kommunistischen Hetzreden und Aufwiegelei, gefährlichen Drohungen und Schmähungen gegen die Regierung und die staatliche Ordnungsmacht. Nicht selten wurde zu einer regelrechten Hetzjagd auf arbeitslose Heimatschützer gerufen, denen man, einigen sicher nicht zu unrecht, Packelei mit den „Betriebsfaschisten" vorwarf. Erwischten die Verfolger jene Unglücklichen, setzte es meistens Prügel. Am 17. Mai soll es vor dem Arbeitsamt besonders heiß hergegangen sein. Gerade hatte die Alpine den letzten Hochofen außer Betrieb gesetzt und 400 Mann auf die Straße geschickt. Lauscher, der bei der Exekutive als radikal galt, soll wörtlich verkündet haben: *Den Spießbürgern werden wir noch zeigen, wir werden ihnen noch die Halsweite anmessen.* Dabei soll er die Geste des Aufhängens gemacht haben. Auch forderte er, dass die Gendarmerie vom Arbeitsamt abgezogen werden müsse. Bei einer Versammlung in der Leobener Sängerhalle eine Woche später riefen die kommunistischen Führer die Schaffung einer Einheitsfront aus Arbeitslosen und Ausgesteuerten aus, um eine weitere Ausspeisung in Göß und Donawitz sowie die Herabsetzung des Mietzinses zu erzwingen. Für den 23. Juni wurde ein Hungermarsch nach Graz angekündigt. Dies sei notwendig, hieß es, um eine Fortsetzung des Notstandsgeldes zu fordern; wenn dabei Blut fließe, so mache dies nichts. Die Verprügelung der Heimwehr-Denunzianten beim Arbeitsamt sei von der Gendarmerie verhindert worden, daher würden auch diese ihre Prügel noch bekommen. Zu Fronleichnam wurden Durstmüller und Dr. Benedikt aus Wien wegen Aufwiegelung verhaftet und anschließend ins Kreisgericht eingeliefert. Lauscher konnte rechtzeitig fliehen. In der letzten Maiwoche hielten örtliche Kommunistenführer Arbeitslosenversammlungen in St. Michael, Seegraben und Donawitz, wo dem Feindbild Bürgertum, dessen Bekämpfung „oberste Pflicht der Kommunisten" sei, erneut die Schuld für die herrschende Arbeitslosigkeit angelastet wurde. Laut Behördenbericht riefen die Kommunisten die Versammelten auf, bei jeder Donawitzer Gemeinderatssitzung vor dem Gemeindehaus zu demonstrieren, um dem Bürgertum Angst einzujagen und es gefügig zu machen.[681] Wenige Wochen zuvor hatte die Saat des Hasses in Donawitz eine Reihe gewaltsamer Ereignisse ausgelöst, die ein grelles Licht auf die prekäre Situation der Not leidenden Gemeinde wirft.[682]

Anlässlich der konstituierenden Sitzung des Donawitzer Gemeinderates am 12. Mai war es zu einem schweren Zusammenstoß gekommen, als die Gemeinderäte der Wirtschaftspartei und ihre Anhänger von einer aufgebrachten Menschenmenge überfallen wurden. Schon während der Sitzung hatte es vor dem Gemeindeamt Reibereien und Handgreiflichkeiten zwischen Anhängern der Heimwehr und deren Gegnern gegeben, die eine gefährliche Eskalation befürchten ließen. Da die Gemeindewache

681 StLA ZGS (BKA) K.79/6 (Fol.1030–1035): Die Erhebungen der Gendarmerie im Umfeld der Leobener KP wegen Aufwiegelung, Verdacht auf Hochverrat, Herstellung von Sprengmitteln etc. führten bekanntlich zur Verhaftung und Abschaffung des mutmaßlichen Kopfes der Agitprop, Paul Polanski.

682 Konkurs über Donawitz. Der Leidensweg einer Industriegemeinde. In: ÖGZ (1.6.1933), S. 2–4.

mit der Sicherung des Heimweges überfordert schien, baten die Heimwehr-Abgeordneten, die sich bedroht fühlten, telefonisch um Gendarmerie-Geleit. Nachdem vor dem Gemeindeamt Ruhe eingekehrt zu sein schien, machte sich die Gruppe von etwa 40 Personen unter Bedeckung der Gemeindewache auf den Weg, ohne auf die Ankunft der Gendarmerie zu warten. Als laut Behördenbericht die von der Gemeindewache flankierte Gruppe der Heimwehr-Gemeinderäte und ihrer Anhänger an der nahen Hauptschule, wo sich etwa 200 Gegner versteckt hielten, vorbeigingen, wurden sie plötzlich mit Steinen überschüttet und es krachte auch ein Schuss. In dem nun entstandenen Wirbel ergriffen die Gemeinderäte vor der rabiaten mit Stöcken und Zaunlatten bewaffneten Menge die Flucht. Als Folge dieses Zusammenstoßes richteten die jeweiligen Kontrahenten Patrouillendienste ein, angeblich zum Selbstschutz, in Wirklichkeit jedoch, um ihre Präsenz auf der Straße zu verstärken. Anstatt zu einer Beruhigung kam es daher zu einer weiteren Radikalisierung des Klimas. In der Nacht vom 19. zum 20. Mai entlud sich das dräuende Unwetter. Eine Heimatschutzpatrouille war gegen Mitternacht von etwa 4 bis 5 Personen aus dem Hinterhalt angeschossen worden, wobei Johann V. eine Schussverletzung erlitten hatte. Dieser gab später zu Protokoll, er sei schon nach der Donawitzer Gemeinderatssitzung gezielt attackiert worden. Etwa zur gleichen Zeit als diese Schüsse krachten, wurde nicht weit davon entfernt eine weitere sinnlose Gewalttat begangen. Eine zweite Gruppe von Heimatschützern überfiel den arbeitslosen Sozialdemokraten Karl K. und traktierte ihn mit Stöcken und Fußtritten. Weitere Schüsse fielen im Ortsteil Neuwerk, wo eine vor der anrückenden Gendarmerie fliehende Gruppe eine automatische Pistole zurückließ. In der gleichen Nacht wurden den arbeitslosen Richard B. und Josef J. eine geladene Waffe und ein Messer abgenommen. In einem nächtlichen Telefonat mit dem Landesgendarmeriekommando musste der Leiter der Bezirkshauptmannschaft Dr. Komoraus eine Verstärkung der Exekutive in Leoben anfordern:

> *In Leoben hat sich die Situation dadurch verschärft, daß um 1 Uhr früh in Donawitz ein Heimatschützer angeschossen wurde.* (…) *Die Situation erscheint umso kritischer, als in Donawitz auch die Betriebe auf einige Zeit stillgelegt sind und schon vor einigen Tagen bekanntlich die bürgerlichen Mitglieder des Gemeinderates in Donawitz Angriffen ausgesetzt waren* (…).

Diese Vorfälle erregten die Gemüter in höchsten Kreisen. Im Auftrag von Vizekanzler Winkler und Innenminister Bachinger verlangte Ministerialrat D'Elvert die sofortige Einstellung jedweder Patrouillentätigkeit politischer Gruppen. Die Waffen führenden Kontrahenten waren zum Sicherheitsrisiko für den Staat geworden. Der Kommandant des Gendarmeriepostens Donawitz resümierte: *Durch die geschilderten Vorfälle ist die hiesige Bevölkerung beider politischen Gruppen im hohen Grade beunruhigt. Eine Wiederholung solcher Vorfälle würde bei der herrschenden, überaus gereizten Stimmung voraussichtlich zu argen Weiterungen führen.*[683]

683 StLA L.Reg. K.678: Gr.384 (Do 2 1932); StLA L.Reg K.678: Gr.384 (Le10 1932); StLA ZGS (BKA) K.78/5 (Fol. 827–829).

5.2.5 Hilfsmaßnahmen

Die große Not jener Jahre versuchten verschiedene österreichische Institutionen, Körperschaften, Vereine, politische Parteien und karitative Einrichtungen im Rahmen von Winterhilfsaktionen, durch Verteilen von Lebensmittelpaketen, Brennstoff- und Kleiderspenden sowie Einrichten von Essensausgabestellen zu lindern. Ein Beispiel für eine ausländische Hilfsaktion liefert der Schweizer Alfred Silbernagel-Caloyanni, der ob der Not der Kinder in der obersteirischen Industrieregion erschüttert war. Seine Hilfe war der Ausspeisung bedürftiger Schulkinder, ohne Unterschied von Konfession, Nationalität und politischer Einstellung, gewidmet. Auch die Internationale Kinderhilfe in Genf schickte eine großzügige Geld- und Kleiderspende, die Kindern in Eisenerz und Donawitz zugute kam.[684] Die 10.000-Schilling-Spende des Ministeriums für Soziale Verwaltung, die auf Betreiben des Donawitzer Nationalrates Adolf Leskovar für die Armen von Donawitz erwirkt wurde, kann angesichts des endgültigen finanziellen Unterganges der Gemeinde im Jahr 1933 als ein letztes Almosen betrachtet werden.[685] Die Möglichkeit arme, mangelernährte Kinder aufzupäppeln, wurde im Rahmen der Kindererholungsaktion wahrgenommen. Während der Sommermonate wurden ausgesuchte Schulkinder in Erholungsheimen, wie jenes im Tollinggraben untergebracht, wo sie sieben unbeschwerte Wochen an der frischen Luft und bei guter Kost verleben konnten. Die Aktion wurde mittels des Unterstützungsfonds der Krankenkassen und der Bezirksvertretungen finanziert. Im Jahr 1932 wurden 163 Kinder aus dem Bezirk Leoben aufgenommen – eine erschreckend niedrige Zahl gemessen an der Einwohnerzahl des Bezirkes [1934 etwa 67.000, Anm.].[686] Ein weiteres Beispiel für eine Privatinitiative zur Unterstützung arbeitsloser und ausgesteuerter Arbeiter ist die Winterhilfe der Generaldirektion der ÖAMG. Im Rahmen jener Aktion erhielten bedürftige, ehemalige langjährige Mitarbeiter und deren Familien, ungeachtet deren politischen Einstellung wie es hieß, Lebensmittel, Kleider und Kohlenspenden.[687]

Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung oder der Gemeinden, die beispielsweise durch Straßenbau- und Flussregulierungsprojekte sowie die Elektrifizierung von Bahnstrecken möglichst vielen Arbeitslosen Beschäftigung geben sollten, konnten auf Grund der hierfür notwendigen Kredite nur zum Teil umgesetzt werden.[688] Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm im ganz großen Stil scheiterte am unbedingten Festhalten der Regierung an der Politik der Währungsstabilität aus Angst vor einer neuerlichen Inflation. Der von der Regierung Ende 1932 eingerichtete freiwillige Arbeitsdienst für arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren sah einen

684 Schweizerhilfe für die Kinder in Eisenerz und Donawitz. In: Obersteirische Volkszeitung (27.10.1932) S. 1.

685 Rettungsaktion der Regierung für Donawitz. In: Leobener Zeitung (25.9.1932) S. 1.

686 Kindererholungsaktion 1932. In: Leobener Zeitung (4.12.1932) S. 12.

687 StLA Magnesitbergbau Wald K.11 Heft 49 (Rundschreiben der ÖAMG vom 17. Dezember 1932 Betrifft: Winterhilfe, Lebensmittelgaben).

688 StLA BV Leoben K.93 („Bezirk Leoben – Durchführung von Arbeiten mit Hilfe der produktiven Arbeitslosenfürsorge"): Ende 1926 wurden die im Rahmen der produktiven Arbeitslosenfürsorge geplanten öffentlichen Arbeiten auf Grund der schlechten Finanzlage des Bezirkes abgesagt.

Arbeitstag von 6 Stunden bei freier Kost und Logis vor. Da er jungen Arbeitslosen, die keine Aussicht auf eine ordentliche Beschäftigung hatten, Arbeit und Brot versprach, war der Andrang entsprechend groß. Immerhin konnte der österreichische Arbeitsdienst bis zu einem Viertel aller arbeitslosen Jugendlichen eine zeitweilige Beschäftigung bieten.[689]

5.2.6 Delogierungen und Exekutionen

Nicht nur bei arbeitslosen und ausgesteuerten Menschen, sondern auch unter der ländlichen Bevölkerung herrschte höchste Verzweiflung, aber auch Wut auf die „Obrigkeit", insbesondere auf die „Volksvertreter". Viele kleinere Bauern wurden an den Rand ihrer Existenz getrieben, weil die Absatzkrise die Preise für landwirtschaftliche Produkte wie Milch, Vieh und Holz total entwertet hatte und die von der Regierung gesetzten Maßnahmen nicht griffen. Gleichzeitig machte die ständig steigende Steuer- und Abgabenlast jedes Weiterwirtschaften zu einem sinnlosen Unterfangen. In den Lokalblättern erschienen immer öfter Versteigerungsedikte von Wohnhäusern, Gewerbebetrieben, Gasthäusern und Bauernhöfen im Bezirk Leoben.[690] Der Bericht des GPK Bruck an der Mur gibt die Krisenstimmung wider: *Die Bauern sind der Meinung, dass es für sie keine Rettung mehr gebe.* (…) *Kein Volksvertreter kümmere sich um diese trostlose Lage der Bauernschaft weshalb sie gezwungen sind, sich selbst auf die Beine zu stellen, damit ihnen nicht die letzte Kuh im Exekutionswege aus dem Stalle getrieben wird. Und mag es dabei kommen zu was es will, es sei sowieso nichts mehr zu verlieren.* Der aktive Widerstand der obersteirischen Landbevölkerung, heißt es, habe sich anlässlich einer Versteigerung bei einem Bauern aus der Gemeinde Übelstein bei Bruck/Mur eindrucksvoll gezeigt. Als Rudolf H. wegen Krankenkassenschulden das letzte Schwein im Jänner 1933 abgenommen werden sollte, fanden sich auf dessen Hof an die 40 Personen ein, Bauern, Bauernsöhne, Knechte aber auch Arbeitslose, um die Versteigerung des Tieres zum Ausrufspreis zu verhindern. Die Krankenkasse zog die Exekution im letzten Moment zurück.[691] Ebenfalls im Jänner 1933 sollten mehrere Versteigerungen von Bauerngütern und -inventar in Kobenz bei Knittelfeld stattfinden, laut Behördenangaben waren es 17 an der Zahl, die jedoch keine Käufer fanden. In den meisten Fällen wirkte das massierte Auftreten von politischen Aktivisten verschiedener Couleurs, meist Kommunisten, Nationalsozialisten oder Heimatschützern, abschreckend auf potenzielle Käufer, die sich erst gar nicht vor Ort zu erscheinen getrauten.[692]

---

689 Ausführlich bei: Stiefel, Arbeitslosigkeit, S. 86–103; Wilding, Arbeit und Brot, S. 178–182. Laut dem KP-Flugblatt „Der Revolutionäre Arbeitsdienstler" war es im Herbst 1933 wegen schlechter Verpflegung in einigen Lagern, bspw. im Wald am Schoberpass, zu Revolten gekommen (StLA ZGS (BKA) K.83/12 (Fol.1241).

690 Beispiele für Versteigerungsedikte in der „Leobener Zeitung" vom 18.9.1932, S. 11; 11.2. u. 18.2.1934, S10.

691 StLA ZGS (BKA) K.80/7 (Fol.340–341).

692 StLA ZGS (BKA) K.80/7 (Fol.414–415).

Die Mehrzahl solcher politischer Manifestationen lief gewaltlos ab. Bei Verhandlungen mit den Behörden konnten oftmals Ratenzahlungen, Gnadenfristen oder Rückzahlungen in Naturalien erwirkt und weiteres Unglück abgewendet werden. Nicht immer jedoch konnte der „Volkszorn" gebändigt werden, besonders wenn es um Delogierungen von Familien ging, die samt dem Mobiliar auf der Straße landeten. Im Fall der Delogierung des arbeitslosen Werksarbeiters Franz G. in Donawitz kam es zu Ausschreitungen, nachdem etwa 20 Kommunisten in die Wohnung eingedrungen waren, Fenster und Türen aus den Angeln hoben und sich dort festhängten. Inzwischen hatten sich 700 bis 800 Menschen vor dem Haus versammelt. Die Gendarmerie musste erstmals Tränengas einsetzen, um die Hausbesetzer zu vertreiben. Als die Möbel weggeschafft werden sollten, erhob sich wütender Protest und bald flogen die ersten Steine. Die Beamten konnten sich schließlich nur durch das Anlegen ihrer Karabiner verteidigen. Zu guter Letzt konnte die Delogierung durch eine Geldsammlung abgewendet werden.[693]

Die Folgen der Wirtschaftskrise führten nicht nur zu Härtefällen bei Arbeitern und Bauern, sondern trafen auch die Gewerbetreibenden schwer. Auch ihnen fraßen erhöhte Steuern und Gemeindeabgaben die Erträge weg, die ohnehin durch die allgemeine Konsumflaute dahinschwanden. Bei einer lautstarken Demonstration Ende 1931 machten die Leobener Gewerbetreibenden auf ihre Notlage aufmerksam. Die Gemüter erhitzten sich um die „fortwährenden Exekutionen", bei denen die gepfändeten Waren in der öffentlichen Versteigerungshalle mangels Kaufinteressenten zu Schleuderpreisen verkauft wurden. Der Gastwirt Ludwig D. aus Leoben forderte die Gewerbetreibenden auf, solche Versteigerungen weiterhin zu vereiteln. In einer Resolution an die Steuerbehörde, die Bezirkshauptmannschaft und die Gebietskrankenkasse wurden die Stundung der Steuern und die Einstellung der Exekutionen gefordert. Eine Menschenmenge von um die tausend mit Knallfröschen und Böllern bewaffneten Demonstranten wälzte sich, begleitet von einem Hupkonzert der Taxiunternehmer, durch Leoben in Richtung Steueramt. Dort drangen mehrere Demonstranten gewaltsam ein, verprügelten einige Beamte und zerschlugen in ihrem Ungestüm eine Fensterscheibe. Bei der Gebietskrankenkasse, wo ein großer Böller zur Explosion gebracht wurde, mussten die Demonstranten durch einen Bajonettangriff der Gendarmerie zerstreut werden, nachdem es zu Zusammenstößen mit der städtischen Sicherheitswache gekommen war. Die Menschen beruhigten sich erst, als die Einstellung der Exekutionen seitens der Behörden verkündet wurde.[694] Dieser Augenblickserfolg konnte den tragischen Selbstmord des 55-jährigen Tischlermeisters und Gastwirtes Ernst U. aus Leoben, dessen Betrieb unter den Hammer kommen sollte, dennoch nicht verhindern.[695] Das Obersteirerblatt fasst die Stimmung der dunklen Tage des März 1933 so zusammen:

---

693 Schwere Ausschreitungen in Donawitz anlässlich einer Delogierung. In: Obersteirische Volkszeitung (25.6.1932) S. 1.

694 Steuerdemonstration in Leoben. In: Reichspost (17.11.1931) S. 2, http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?apm=0&aid=rpt&datum=19311117&seite=2&zoom=2, 18.12.2009; StLA ZGS (BKA) K.78/5 (Telephondepesche der LAD am 16.10.1931 um 13.30 Uhr).

695 Selbstmord während der Pfändung. In: Obersteirerblatt (16.4.1932) S. 8.

Schon seit Jahren waren die Tage von politischer Hochspannung nicht so überfüllt wie jetzt. Noch nie war die Verelendung aller schaffenden Stände des Volkes so kraß, noch niemals der Erwerb so schwer, die Lasten so groß, die Not so umfassend. Jetzt vergrößert der Konflikt zwischen Bundesregierung und Volksvertretung noch weiter die Sorgen des Volkes. Befürchtungen werden laut; man spricht von Bürgerkrieg und Gewaltmaßnahmen. Ein Gerücht jagt das andere, die Radikalisierung der Menschen, auch der sonst friedfertigen, nimmt in allen Lagern und bei allen Parteien zu.[696]

Rückblickend betrachtet scheinen politische Agitatoren in der obersteirischen Industrieregion im Gegensatz zu Marienthal[697] zumindest einen kleineren Teil der Arbeitslosen erfolgreich mobilisiert und radikalisiert zu haben. Eine diesbezügliche komparative Studie könnte mehr Licht auf Ursache und Wirkung der politischen Organisierung von Arbeitslosen in differenten Lebenswelten werfen. Die Arbeitslosenbewegung, so der Grazer Historiker Peter Wilding, die ihren Höhepunkt bereits zu Beginn der Weltwirtschaftskrise hatte, war 1933 zum Großteil in Auflösung begriffen. Er vermutet, dass dies hauptsächlich mit der Enttäuschung der Erwartungshaltung der Arbeitslosen, welche durch die sich ständig verschlechternden ökonomischen Gegebenheiten noch vergrößert wurde, im Zusammenhang steht.[698] Doch ebenso mochten andere Faktoren wie die von den Nationalsozialisten propagierte Vision der „Volksgemeinschaft" sowie der Abbau der Parteienlandschaft und der demokratischen Grundrechte zum Absterben der Bewegung beigetragen haben.

5.3 „Die Fahne hoch …". Der Weg in den Abgrund

5.3.1 Die Mobilisierungskampagne der NSDAP

Wie die exemplarisch herausgegriffenen Ereignisse im vorhergehenden Kapitel zeigen, war eine sukzessive Radikalisierung der politischen Kultur mit der Etablierung und dem Aufstieg der NSDAP (Hitlerbewegung) ab 1930 in der obersteirischen Industrieregion einhergegangen. Bereits in den Jahren vor der Wirtschaftskrise hatte sie sich mit ihrem Anspruch, eine Arbeiterpartei zu sein, auf Konfrontationskurs begeben, was sich in zunehmenden lokalen Zusammenstößen mit Kommunisten und

696 Nicht alle gegen alle! In: Obersteirerblatt (18.3.1933) S. 1.

697 Marie Jahoda, Paul F. Lazarsfeld, Hans Zeisel, Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie (Frankfurt/Main 1975) S. 59–60: Im Abschnitt „Die müde Gemeinschaft" wird das Phänomen der Politikverdrossenheit unter den ehemals politisch aktiven Bewohnern Marienthals so begründet: *Diese Tatsache, die in seltsamem Widerspruch zu allem steht, was im Augenblick im Deutschen Reich vorgeht, ist wohl darauf zurückzuführen, daß in dem kleinen Marienthal alle Menschen, ohne Rücksicht der Parteizugehörigkeit, das gleiche Schicksal zu ertragen haben* (…).

698 Wilding, Arbeit und Brot, S237–294: In seiner umfangreichen Arbeit bietet Peter Wilding eine Fülle von Details zum Thema Arbeitslosenpolitik und -protestbewegung in der Steiermark.

Sozialdemokraten niederschlug. Ab Ende 1928 war eine neue Ära in der Geschichte der NSDAP in der Steiermark angebrochen, als Gauleiter Walther Oberhaidacher die Entwicklung der Bewegung energisch vorantrieb. Der strebsame Südtiroler scheute keine Mühen, um seine ehrgeizigen Pläne, auch im Hinblick auf die eigene Karriere, in die Tat umzusetzen. Die von ihm ab März 1931 herausgegebene Zeitung „Der Kampf" gewährt einen – freilich propagandistischen – Einblick in die Mentalität der NS-Führung und deren Agitationsmethoden auf der kommunalen Ebene. Im Verein mit anderen Quellen und ergänzender Literatur gibt die Zeitung dennoch ein anschauliches Bild der Parteiarbeit in einem von starken Gegensätzen geprägten politischen Umfeld wieder. In dem Bewusstsein, aus einer unerbittlichen Auseinandersetzung mit den sicherlich nicht zimperlichen politischen Kontrahenten als Sieger hervorgehen zu müssen, versuchten die Nazis, diese unter dem Druck des ständigen Versammlungsterrors zu zermürben. Aus der offiziellen Sicht der NSDAP, deren Propagandamaschinerie Übeltaten gerne mit Euphemismen tarnte, wurde dieser als notwendige Selbstverteidigungsstrategie deklariert. Der politische Gegner freilich übte stets Terror aus.[699] Ein Beispiel für die selbstgefällige Überheblichkeit der Berichterstattung des „Kampf" bietet die Darstellung einer sozialdemokratischen Versammlung im April 1931 in Trofaiach, die wie so oft in einer blutigen Massenschlägerei endete.[700]

Dass die Entwicklung der österreichischen NSDAP (Hitlerbewegung) mit dem Schicksal der Bruderpartei in Deutschland eng verknüpft war, liegt auf der Hand. Der Aufstieg der NSDAP zur zweitstärksten Partei bei den Reichstagswahlen im September 1930 verlieh der österreichischen Partei starken Rückenwind. Ab 1931 begann in der ganzen Steiermark eine Phase der intensiven Versammlungs- und Werbetätigkeit, die einen Höhepunkt vor den Gemeinderatswahlen im April 1932 erreichte. Mit einer Bilanz von 124 Versammlungen und rund 14.500 Besuchern und Besucherinnen im Wahlmonat April überflügelte die NSDAP die zweitplatzierte KPÖ mit 54 und den drittplatzierten Steirischen Heimatschutz mit 52 Versammlungen um mehr als das

---

699 Steirische Gaunachrichten der NSDAP (18.10.1932) S. 1: *Es vergeht kein Tag, an der nicht die dicksten Lügen und Verleumdungen gegen unsere Bewegung oder deren Führer losgelassen werden. (…) Dazu kommt noch der Terror gegen unsere Mitglieder auf wirtschaftlichem Gebiete und die zahllosen Gewalttaten des roten Untermenschentums gegen unsere S. A., S. S. -Männer und Hitlerjungen.*

700 StLA ZGS K.221 (1931–1935): Mappe 1931: Vorwärts trotz Terror, Schikane, Blut und Lügen! Versammlungsschlacht in Trofaiach. In: Der Kampf (2.5.1931) S. 1: *Der große Tag kam und mit ihm der Referent, kein Berliner zwar, aber immerhin – wie denn anders? – ein* ***Jude****, Dr. Luitpold Stern, Direktor der Arbeiterhochschule in Wien. Große Kanonen also! Daß wir Nationalsozialisten da waren, ist klar, und ebenso, daß wir damit rechneten, in dieser öffentlichen Versammlung auch zu Wort zu kommen, so ein wenig nur zur Feststellung, was mehr Traum ist, unser kommendes Drittes Reich oder das Zweite, das die Roten sich 1918 gebaut haben, voll „Schönheit und Würde". (…) unserem Gegenredner wurden nur fünf Minuten zu einer Anfrage zugebilligt. Pg. Scharizer wies darauf hin, dass sie sich wohl schämen sollten, als Patentdemokraten, mit einem Referenten aus dem „auserwählten" Volk noch dazu, keine Gegenrede zu gestatten. (…). Die Antwort darauf war echt marxistisch: der tätliche Angriff auf uns mit allem Rüstzeug geistiger Abwehr, wie Bierkrügel, Sessel, Stahlruten, Gummiknüttel, ja ein solcher Patentpazifist rückte gar mit einem Dolch an. Nun, Träumer so ganz und gar, wie sie es wollen, sind wir wieder nicht, und so gab's ein nettes Saalräumen. (…) Unsere brave S. A. hat, wie bei dem unerwarteten, wohlvorbereiteten Überfall nicht anders zu erwarten, leider 14 Verletzte aufzuweisen, davon drei in ärztlicher Behandlung stehen. (…).*

Doppelte.[701] Nach dem Erdrutschsieg bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 erlitt die deutsche NSDAP einen Rückschlag bei den Wahlen im November desselben Jahres, als zwei Millionen Wählerstimmen verloren gingen und eine Regierungsbeteiligung noch immer nicht in Sicht war. Ende 1932 war die NSDAP an einem Tiefpunkt gelangt, obwohl sie die stärkste Reichstagsfraktion geblieben war. Für die NSDAP in der Steiermark war das Jahr 1932 eine Phase der intensiven Aufbauarbeit gewesen. Laut dem parteiinternen Infoblatt „Gaunachrichten" war der Mitgliederstand der NSDAP vom Jänner bis Ende September um 85 Prozent und die Zahl der Ortsgruppen um mehr als das Doppelte gewachsen.[702] Ab dem Herbst hatte die Partei Vorkehrungen für die im Frühjahr oder Herbst 1933 erwarteten Nationalratswahlen getroffen. Unermüdlich riefen die „Gaunachrichten", ihre „Ämterführer" auf, für die rechtzeitige Einrichtung und Dotierung eines Wahlfonds zu sorgen, um für einen eventuell überraschenden Wahlkampf gerüstet zu sein. Ende Dezember 1932 wurde stolz verkündet, die Hitlerjugend sei auf Grund des starken Zulaufes zur größten Jugendorganisation der Steiermark emporgestiegen. 73 Prozent der „Mädels und Jungens" kämen zudem aus der „Handarbeiterschaft". Ob Bannführer Fritz Bauer damit meinte, der NSDAP sei der Einbruch in Kernschichten der Sozialdemokratie gelungen, ist nicht ganz klar. Fest steht lediglich, dass die Parteistrategen alles daran setzten, die Jugend für die nationalsozialistische Idee zu begeistern und sich gegebenenfalls zu opfern: *Die Hitlerjugend harrt der Befehle des Führers, ist das Vorbild der Bewegung und hat den Schwur geleistet, entweder zu siegen oder zu fallen, aber niemals lebend das Hakenkreuzbanner, die Fahne der deutschen Revolution, zu verlassen*, so der steirische Bannführer.[703]

Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Jänner 1933 war der Stern der NSDAP endgültig aufgegangen. Auch in Österreich erhielt die Bewegung enormen Auftrieb. Ab diesem Zeitpunkt berichteten die Behörden von einer Ausdehnung der „äußerst lebhaften" Tätigkeit auf die agrarischen Bezirke der Ost-, West und Südsteiermark, wo die „allgemein herrschende Notlage" Unzufriedenheit auch unter der Bauernschaft hervorgerufen hatte.[704] Die Landbevölkerung, besonders die „Kleinbesitzer", hieß es, unterliege der skrupellosen Agitation der nationalsozialistischen Redner und dem Einfluss der NS-Propaganda, welche „die Verhältnisse in Deutschland seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten (…) in den schönsten Farben schilderten". Auch mit Hitler werde ein förmlicher Kult getrieben, dessen Geburtstag am 20. April in allen größeren Orten vielfach mit Freudenfeuern und Gottesdiensten gefeiert wurde. Mancherorts habe man den „Führer" sogar zum Ehrenbürger ernannt. Laut behördlicher Beobachtung strömten immer mehr Anhänger aus großdeutschen Kreisen der NSDAP zu; mit dem Heimatschutz-Abkommen gehörten der Bewegung „derzeit schon Personen an, die auf die Bevölkerung grossen Einfluss haben".[705]

701 Kurt Bauer, Struktur und Dynamik des illegalen Nationalsozialismus in der obersteirischen Industrieregion 1933/1934 (Dipl. Arb., Wien 1998), Kurzzitat: Bauer, Struktur und Dynamik, S. 141.
702 Steirische Gaunachrichten der NSDAP (18.10.1932) S. 1
703 Steirische Gaunachrichten der NSDAP (31.12.1932) S. 1.
704 Bauer, Struktur und Dynamik, S. 68.
705 StLA ZGS (BKA) K.80/7 (Fol.923–931).

Das erklärte Ziel der österreichischen NSDAP war es, die „Macht im Staate" lieber durch Wahlen als durch „Revolution" zu ergreifen.[706] Nach der endgültigen Ausschaltung des Parlaments sah sie jedoch ihre Chancen schwinden, auf legalem Weg an die Macht zu gelangen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Schaffung einer zweiten Option durch den Zusammenschluss mit dem Steirischen Heimatschutz am 22. April 1933 als logische Konsequenz. Dadurch erfuhr die österreichische NSDAP eine militärische und personelle Aufwertung, die im Hinblick auf den Juli-Putsch besonders bedeutsam werden sollte.[707] In seiner Arbeit über das Wesen der illegalen NSDAP in der obersteirischen Industrieregion hat der österreichische Historiker Kurt Bauer die Art und Häufigkeit der in den Berichten des LGK festgehaltenen möglichen NS-Aktionen zusammengefasst und untersucht. Demnach kam es zu einem Anstieg von neuartigen, teilweise gewalttätigen Aktionsformen zwischen Ende April und einer absoluten Spitze Mitte Juni 1933, die logische Antwort auf jene von der Regierung verordneten Beschränkungen wie das Aufmarsch- und Uniformverbot vom 4. Mai.[708] Als die Verhandlungen zwischen Landesinspekteur Habicht und Dollfuß im Lauf des Mai 1933 an der Wahlfrage scheiterten, waren die Weichen auf Konfrontation gestellt.[709] Die auf zwischenstaatlicher Ebene durch gegenseitige Affronts und Sanktionen ausgelöste Eiszeit tat das Ihrige dazu. Die nachfolgend praktizierte Agitation der NSDAP äußerte sich in bisher kaum gekannten Formen der Rücksichtslosigkeit und Brutalität, die in der Folge den seit März 1933 autoritär regierenden Kanzler Dollfuß veranlassten, die Partei am 19. Juni 1933 zu verbieten. Dieser hatte jedoch die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der von Deutschland aus entfachte Fanatismus der nun illegalen NSDAP kannte fortan kaum Hemmungen.

5.3.2 Inkurs: Die NSDAP im Untergrund

Dass die österreichische NSDAP das Weiterleben der Organisation im Untergrund innerhalb so kurzer Zeit bis ins kleinste Detail planen konnte, ist eher unwahrscheinlich. Vielmehr ist anzunehmen, dass die Gauleitung, die etwa seit Ende Mai 1933 von einem bevorstehenden Gegenschlag der Regierung wusste, Verhaltensmaßregeln für den vorübergehenden Fortbestand lokaler Netzwerke verordnete.[710] Seit dem Verbot der NSDAP und des mit ihr verbündeten Steirischen Heimatschutzes im Juni 1933 kämpften die Exekutivkräfte gleichsam gegen Windmühlen. In

706 Steirische Gaunachrichten der NSDAP (30.12.1932) S. 1.
707 Schafranek, Sommerfest, S. 224.
708 Kundgebungen gegen das Aufmarsch- und Uniformverbot im ganzen Bundesgebiet. In: Obersteirerblatt (10.5.1933) S. 6.
709 Koalitionsgespräche zwischen Dr. Dollfuß und den Nationalsozialisten. In: Obersteirische Volkszeitung (1.6.1933). S. 1.
710 Steirische Gaunachrichten der NSDAP (30.5.1933) S. 1. Der Aufruf der Gauleitung lautete: *Jeder Nationalsozialist halte sich verpflichtet, so zu handeln, als ob der Bestand der Bewegung von ihm allein abhinge. Die Bedrückungsmaßnahmen können und werden von keiner langen Dauer sein. Es muss daher jeder Nationalsozialist so handeln und arbeiten, dass die Organisation an dem Tage wieder schlagfertig dasteht, an dem eine neue Regierung diese Bedrückungsmaßnahmen aufhebt.*

Gegenden mit einem hohen Anteil an nationalsozialistischen Sympathisanten, bei der Behörde als „Hochburgen“[711] bekannt, waren sie beinahe Tag und Nacht mit der Terrorfahndung beschäftigt. Kaum war der eine oder andere Schaden beseitigt, die Ermittlungen noch im Laufen, ereigneten sich schon die nächsten Fälle. Die Exekutive stand vor der fast aussichtslosen Aufgabe, dem atem- und kräfteraubenden Treiben der illegalen, von Idealismus erfüllten Nationalsozialisten Einhalt zu gebieten. Zur effizienteren Koordinierung des landesweiten Sicherheitsdienstes wurden daher Sicherheitsdirektoren für jedes Bundesland mit Ausnahme von Wien bestellt.[712] In der zweiten Jahreshälfte 1933 konnte die Aktivität der illegalen NSDAP in der Steiermark jedenfalls nicht wirksam eingedämmt werden, sondern erreichte im November und Dezember neue Rekorde. Der Nationalsozialismus ähnelte einer Krankheit, der mit gewöhnlicher „Behandlung“ nicht beizukommen war. Die verbotenen Parteien entwickelten subversive Netzwerke, wussten ihre Anhängerschaft über geheime Kanäle zu organisieren und mit Propagandamaterial zu versorgen. In einem Bericht des LGK an den Sicherheitsdirektor wurde die Existenz eines geheimen Nachrichtendienstes der Nationalsozialisten vermutet, der für eine lückenlose Überwachung der diensthabenden Gendarmen und Sicherheitsorgane mittels verschiedener Signale sorgte. Durch die gegenseitige Verständigung konnten jene in verschiedenen Ortsteilen postierten Täter die Gendarmen überlisten und so ihre Agitation ungehindert fortsetzen.[713] Im Nachhinein schienen sich jene Vermutungen zu bestätigen. Im Frühjahr 1934 erlangte das Bundeskanzleramt Kenntnis von der geheimen Zusammenarbeit der steirischen Nationalsozialisten mit dem ehemaligen Steirischen Heimatschutz, der über einen „bestens organisierten politischen und militanten Funktionärsapparat“ verfügte. Laut einem Informantenbericht hatten Funktionäre der verbündeten Organisationen ein gut gehendes Netzwerk von Zentralstellen in der Steiermark (Graz, Judenburg und Schladming) und in Jugoslawien aufgebaut, von wo aus die illegale NSDAP bei ihrem Kampf gegen den österreichischen Staat unterstützt werden sollte. Hierbei soll der Bezirk Judenburg als nationalsozialistische Drehscheibe für Kontakte zwischen Steiermark und Kärnten sowie auch zu Jugoslawien fungiert haben. Zwischen Judenburg und dem knapp südlich der österreichischen Staatsgrenze liegenden Ort Unterdrauburg (Dravograd) wurde ein „ausschließlich von Slowenen“ getragener Kurierdienst eingerichtet, der die illegale NSDAP stets auf dem Laufenden hielt. Aus nationalsozialistischen Kreisen wusste der Informant zu berichten, dass ein Teil der Behörden die illegale Tätigkeit der NSDAP so gut decke, dass beteiligte Personen vor „amtlichen Maßnahmen“ immer rechtzeitig gewarnt würden. Nicht der „Terror“ sei die Hauptaufgabe der NSDAP und ihres Bündnispartners, hieß es, sondern vielmehr die „systematische Zersetzung“

711 Wie beispielsweise die Gegend um Schladming; Leoben, Stainz, Leibnitz und Trofaiach.

712 Helmut Gebhardt, Die Gendarmerie in der Steiermark von 1850 bis heute (Graz 1997), Kurzzitat: Gebhardt, Gendarmerie, S. 256–257: In der Steiermark übernahm Oberst Ferdinand Pichler von Juni bis Dezember 1933 das Amt; im Jänner 1934 folgte ihm Oberst Franz Zelburg. Dieser übernahm auch die Funktion des seit 1921 als Landesgendarmeriekommandant amtierenden Oberst Ernst Thienel.

713 StLA ZGS (BKA) K.82/9 (Fol.847–848).

der staatlichen Exekutive. Angeblich waren die jüngeren Offiziere des Bundesheeres sowie die gesamte Gendarmerie schon „stark nationalsozialistisch durchseucht“. In dem Bericht wurde außerdem behauptet, nationalsozialistische Kreise in Judenburg seien von der Idee besessen, die Regierung Dollfuß könnte von Jugoslawien aus gestürzt werden. Als Gegenleistung für die Beseitigung des Regimes in Österreich soll Belgrad ein „restloses Aufräumen“ der Habsburgerfrage „im Sinne der kleinen Entente“ gefordert haben.[714] Die Behörde vermutete auch die Existenz einer nationalsozialistischen Zentrale[715] in der untersteirischen Stadt Marburg (Maribor), von wo aus verbotenes nationalsozialistisches Propagandamaterial sowie „Stinkmasse“ über die jugoslawische Grenze geschleust wurde. Mit Duldung der jugoslawischen Behörden soll dort ein „Amt für Flüchtlingsfürsorge“ eingerichtet worden sein, wo Kontakte zu den Angehörigen nationalsozialistischer Flüchtlinge aus Österreich hergestellt werden konnten. Nach der Niederschlagung des Schutzbundaufstandes im Februar 1934 suchten die Nationalsozialisten offenbar Kontakt zu „marxistischen“ Kreisen. Um diese Entwicklung zu beschleunigen, initiierten nationalsozialistische Kreise in Belgrad die Bildung einer „Sozialrevolutionären Abwehrfront“. Diese von Nationalsozialisten und „Ex-Marxisten“ betriebene und gegen die Regierung Dollfuß gerichtete „Abwehrplattform“ soll sich von Jugoslawien ausgehend in der ganzen Steiermark ausgebreitet haben.[716]

5.3.3 Der Kampf beginnt

Im Verlauf des Monats Juli erließ die Regierung weitere Einschränkungen gegen die „regierungsfeindliche“ Propaganda. Unter anderem wurde das Tragen nationalsozialistischer „Ersatzzeichen“, wie Kornblumen und Edelweißanstecknadeln, das Leisten des „Hitler“-Grußes sowie das Absingen des Horst-Wessel-Liedes bei strengster Strafe verboten. Trotzdem wurden im Juli 1933 mehr als 80 Personen in Verbindung mit verbotener Propaganda, dem Werfen von Papierböllern und Regierungsbeleidigung verhaftet und 270 Anzeigen erstattet. Zusätzlich versuchten Nationalsozialisten im Rahmen deutschnationaler Vereine wie der „Südmark“ und dem Deutschen Turnverein Werbung zu betreiben und militärische Übungen abzuhalten; im Bezirk Leoben exerzierten Nazis in Münzenberg und auf dem Wildfeld bei Mautern.[717] Im Juni und Juli 1933 verübten unbekannte Täter eine Serie von insgesamt 15 Anschlägen auf

714 Die Möglichkeit einer Habsburger-Restauration wurde als wesentliches Hindernis einer Besserung der Beziehungen zwischen Belgrad und Wien betrachtet. Zur Frage der möglichen militärischen Intervention Jugoslawiens in Österreich und zur Habsburgerfrage siehe: Arnold Suppan, Jugoslawien und Österreich. 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld (=Veröffentlichungen des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 14, Wien 1996), Kurzzitat: Suppan, Jugoslawien, S. 455–470; 1195–1196.

715 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1638–1643).

716 StLA ZGS (BKA) K.89/16 (Fol.1490–1494): Der Bericht ist leider nicht datiert, dürfte jedoch zwischen März und Juli 1934 verfasst worden sein. Zur außenpolitischen Relevanz der Frage nationalsozialistischer Flüchtlinge in Jugoslawien siehe: Suppan, Jugoslawien, S. 421–437.

717 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol. 361–365; 409–431).

Kommunikationslinien in der Steiermark, wobei die Fernkabelleitung in Steinhaus am Semmering gesprengt, die oberirdische Telefonleitung an mehreren Stellen in der Umgebung von Graz, bei Mautern, Judenburg, Leoben, Vordernberg, Unzmarkt und jene der Böhlerwerke in Kapfenberg entweder durch Sprengung oder durch Abzwicken der Drähte beschädigt wurden.[718] Es lag die Vermutung nahe, dass hinter diesen und anderen seriellen Aktionen Methode steckte. Ein von der Polizei aufgegriffener Überläufer[719] hatte ausgesagt, dass die von der NSDAP ausgebildeten in Grenzorten stationierten Stosstrupps für ausgesuchte „Aktionsgebiete" in Österreich bestimmt seien; neben den Kremser Attentätern[720] nannte er noch drei Männer, welche für die Sprengung der Fernkabelleitung bei Bruck an der Mur[721] verantwortlich zeichneten. Die Annahme des Leobener Bezirksgendarmeriekommandanten, die Aktivisten der NSDAP würden von einer Zentrale „planmäßig" gesteuert, schien sich zu bestätigen.[722] Ende Juli begab sich Sicherheitsminister Fey demonstrativ auf eine dreitägige Inspektionsreise durch das Land, die programmgemäß und ohne größere Zwischenfälle verlief. Anschließend stellte der steirische Sicherheitsdirektor fest, dass „die steirische Exekutive (…) mit nahezu an der Grenze der physischen Leitungsfähigkeit angelangter Selbstaufopferung durch Wochen zum Wohle des Vaterlandes und als Stütze der Regierung unverdrossen und eisern ihre Pflicht erfüllt" habe.[723]

Um der Flut verbotener Propaganda entgegenzuwirken, erließ der Sicherheitsdirektor „besondere Maßnahmen gegen den Missbrauch fremden Eigentums zu politischer Propaganda" an alle Vorstände der Bezirkshauptmannschaften und politischen Expondituren der Steiermark sowie an die Grazer Bundespolizeidirektion. Hinter dieser sperrigen Formel steckte die Order zur Heranziehung von tatsächlichen oder möglichen Tätern beziehungsweise Gesinnungsgenossen zu so genannten Putzscharen zur Entfernung von Hakenkreuzschmierereien sowie plakatierten, gestreuten oder auf sonstige Weise verbreiteten Propagandamaterialien.[724] In der Nacht zum 9. November, am zehnten Jahrestag des gescheiterten Nazi-Putsches

718 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.345–348).

719 Siehe zu Karl Korn die Erläuterungen im Unterabschnitt 5.3.8.

720 Der in Krems/OÖ auf einen Zug der als Hilfspolizisten beschäftigten christlich-deutschen Turner verübte blutige Handgranatenüberfall bildete den Anlass für das Verbot der NSDAP am 19. Juni 1933.

721 Vermutlich war der Anschlag auf die Fernkabelleitung nach Linz gemeint, die in der Nacht vom 24. auf den 25. Mai 1933 auf der Murinsel bei Bruck/Mur gesprengt worden war. Hierbei hatten „unbekannte Täter" genau oberhalb des unterirdischen Kabelbündels ein tiefes Loch gebohrt, Dynamit eingeführt und mittels Zündschnur zur Explosion gebracht: StLA ZGS (BKA) K.81/8 (GPK Bruck/Mur No.3481/25.5.1933).

722 StLA L.Reg. Gr.384: Na 14/19 (18.6.1933): *All diese Umstände, die fortgesetzten Demonstrationen, auch vor der Inhaftierung der Führer, wobei sich die hsg. Hochschüler sehr rege beteiligten und ebenfalls wiederholt die Ruhe und Ordnung empfindlich gestört haben, zeigen, dass die ganzen Aktionen planmässig und wohl vorbereitet von einer Zentrale aus geleitet und dann inszeniert wurden.*

723 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.361–365).

724 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.380): Die erste Verordnung des mit 10. August 1933 datierten Runderlasses betraf „unmittelbare Täter und Anstifter", die „stets im vorgesehenen Höchstmaß" bestraft werden sollten; StLA ZGS ((BKA) K.81/8 (Fol.599); In den Wochenberichten des Sicherheitsdirektors findet sich manchmal Skurriles, wie das Beispiel des jüdischen Kaufmannes Lustig aus Kirchdorf bei Pernegg zeigt, der wegen angeblicher Leistung des Hitler-Grußes angezeigt wurde!

in München, registrierte die Behörde einen Höhepunkt an Aktivitäten der verbotenen NSDAP: Auf Anhöhen wurden Feuer in Hakenkreuzform angezündet und schwimmende Hakenkreuze auf Flüssen ausgesetzt, Hakenkreuzfahnen gehisst, bei Kriegerdenkmälern Kränze mit Hakenkreuzschleifen niedergelegt, gestanzte Hakenkreuze in den Straßen gestreut und Papierböller zur Explosion gebracht.[725] Die von der Regierung am 10. November eingeführte Todesstrafe im Standrechtsverfahren[726] beantworteten die Nationalsozialisten mit einem Flugblatt, auf dem die berühmten Worte aus dem Lukas-Evangelium wie eine Drohung klangen: „Richtet nicht, damit ihr nicht gerichtet werdet".[727] Dazu kam eine immer größer werdende Zahl an jungen Männern, die meisten davon in der Altersgruppe zwischen 18 und 33 Jahren, die aus der Steiermark nach Deutschland „auswanderten"; bis Ende November 1933 waren es beinahe 600 Personen.[728] Wie der Fall Ernst H. zeigt, wurden jene, die es wagten, Österreich den Rücken zu kehren, mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft. Kraft der Verordnung vom 16. August 1933, BGBl. Nr. 369 wurde dem 1912 in Wasendorf bei Judenburg Geborenen die Landes- und Bundesbürgerschaft wegen „unbefugten Begebens" ins Ausland *in absentia* aberkannt. Wie viele andere vor und nach ihm war auch Ernst H. ohne Bewilligung ins „Deutsche Reich" ausgereist. Allfälliges vorhandenes Vermögen der Geflohenen wurde von der Behörde per Bescheid beschlagnahmt.[729]

Auch die Sozialdemokratie geriet immer mehr unter den Druck der Regierungsparteien und musste sich von der nun illegalen KPÖ als Totengräber der Arbeiterbewegung beschimpfen lassen.[730] Im Landtag protestierte die sozialdemokratische Fraktion gegen das von der Regierung verfügte Kolportierverbot sozialdemokratischer Zeitungen, was zu einer Verzögerung der Sistierung aller politischen Mandate der verbotenen Parteien KPÖ, NSDAP und des Heimatblocks führte.[731] Im Herbst 1933 meldeten die Behörden auch eine verstärkte Verbreitung sozialdemokratischer Schmähschriften, hauptsächlich in Form von Flugzetteln, sowie das Aufmalen und Abbrennen von „Drei-Pfeile"-Zeichen in den obersteirischen Arbeiter- und Industriebezirken. Die Propaganda richtete sich gegen die Regierung und rief zum Generalstreik auf. Wie bereits im Abschnitt über die Entwicklung der Parteien in der obersteirischen Industrieregion beschrieben, war es spätestens seit dem Verbot des Schutzbundes zur Bildung eines radikalen Flügels der Jungsozialisten gekommen, der Sympathien für die Idee einer Fusion mit der KPÖ hegte und Plänen für einen Schutzbundaufstand sehr positiv gegenüber stand. Obwohl sich die KPÖ seit ihrem Verbot im Niedergang befand, gelang es kommunistischen Aktivisten hier und da,

725 StLA ZGS (BKA) K.82/9 (Fol.368); K.83/10 (1189–1196).

726 Die Todesstrafe wurde bei „Mord, Brandlegung, öffentliche Gewalttätigkeit durch boshafte Beschädigung fremden Eigentums" angedroht: http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=bgb&datum=19330004&seite=00001395, 18.12.2009.

727 StLA ZGS (BKA) K.83/10 (Fol.1190).

728 StLA ZGS (BKA) K.83/10 (Fol.811–817).

729 StLA ZGS (BKA) K.82/9 (Fol.530–531).

730 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.443–444): *Demonstriert am 1. August! KPÖ.*

731 Keine Abstimmung über den Antrag auf Aberkennung der Mandate der NSDAP., des Heimatblocks und der Kommunisten. In: Obersteirische Volkszeitung (18.7.1933) S. 1.

in Zentren des Widerstandes wie Bruck an der Mur und Knittelfeld „regierungsfeindliche“ Stimmung zu machen.[732]

5.3.4 Der explosive Alltag anhand von Beispielen

Neben der ohnehin bangen Sorge vieler Menschen um das tägliche Brot lauerte nun die Gefahr, von einem Sprengsatz oder Knallkörper im öffentlichen Raum getroffen zu werden. Auf Straßen und Brücken, in Telefonzellen, in der Nähe von kirchlichen und staatlichen Einrichtungen, öffentlichen Transport-, Kommunikations- und Stromversorgungsnetzwerken, aber auch vor oder in Privathäusern und Geschäftslokalen explodierten meist in den Abend- und Nachtstunden verschiedenste Sprengkörper oder entzündliche Stoffe, die nicht nur enorme Sachschäden, sondern auch menschliches Leid verursachten. Bei geselligen Anlässen des politischen Gegners kamen auch so genannte „Stinkphiolen“ und Tränengas als weniger gefährliche Kampfmittel häufig zum Einsatz. Die Mehrzahl solcher Aktionen konnte jedoch nie geklärt werden. Es bestand wenig Aussicht den oder die Täter zu ergreifen; die Exekutive tappte häufig im Dunkeln, schrieb die Tat jedoch auf Grund von Erfahrungswerten einem bestimmten politischen Umfeld zu. Die Ausforschung der Täter gestaltete sich deshalb so schwierig, so Landesgendarmeriekommandant Thienel, weil „die Bevölkerung vielerorts mit den Nationalsozialisten mehr oder minder sympathisiert oder sich vor ev. Terrorakten fürchtet.“[733] In den behördlichen Monats- und Wochenberichten wurde aber auch wiederholt festgestellt, dass die Kollaboration von Anhängern der verbotenen NSDAP und des Steirischen Heimatschutzes bei der geheimen Überwachung der Exekutive die Aufklärungsarbeit erheblich erschwerte.[734]

- *Trofaiach*

Sylvester 1932/1933: Plötzlich wurden Bewohner durch heftige Detonationen und berstendes Glas aufgeschreckt. Schüsse krachten. Eine Serie von fünf Explosionen, die von etwa 24 Uhr bis 5 Uhr früh Verwüstungen anrichtete, hielt den halben Ort auf Trab. Die nächtliche Bilanz: Die Fensterscheiben eines Hauses im Ortszentrum, in dem sich ein von rund 100 Gästen besuchtes Kaffeehaus befindet, sowie die des benachbarten Rathauses gingen zu Bruch. Bei einer Explosion am Rossmarktplatz wurden viele Fensterscheiben der umliegenden Häuser zertrümmert. Der letzte Sprengsatz galt der Gendarmeriekaserne, die zu dieser Zeit glücklicherweise unbesetzt war. Insgesamt wurden mehr als 100 Fensterscheiben beschädigt. Wie durch ein Wunder kamen keine Menschen zu Schaden. In Trofaiach und anderswo gingen die Wogen hoch. Wer war dafür verantwortlich? Von den verschiedenen Parteiorganen wurde ein gezielter Anschlag des jeweiligen politischen Gegners vermutet. Die „Arbeiter Zeitung“ berichtete, dass nach den ersten Explosionen Zettel im ganzen

732 StLA ZGS (BKA) K.83/10 (Fol.1198–1212; 1172–1174).
733 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.316).
734 StLA ZGS (BKA) K.82/9 (Fol.787); K.84/11 (751–753).

Ort verteilt worden seien, auf denen zu lesen stand: *Das ist der Anfang, im nächsten Jahr wird es noch toller.* Der Heimatschutz und die Nationalsozialisten, hieß es, sollen Bereitschaft gehalten haben und so genannte Fangpatrouillen in voller Uniform ausgeschickt haben, um „die erschreckten Menschen, die die ganze Nacht im Freien zubrachten, gegen die Roten scharfzumachen."[735] Die Ermittlungen der Gendarmerie ergaben jedoch, dass sich das rasch überführte Tätertrio – zwei Heimatschützer, die angeblich durch Zufall mit dem Haupttäter, einem Nationalsozialisten, zusammengetroffen waren – nur „einen schlechten Sylvesterscherz" erlaubt hatte. Tatsächlich schien die ganze Aktion von einem Dilettanten zu stammen, denn Zeugen hatten ihn und seine Kumpanen nahe den Tatorten eindeutig wiedererkannt. Weit schwerer wog die Tatsache, dass der Mann den Sprengstoff von seiner Arbeitsstätte, einem Quarzbergwerk, offenbar gestohlen hatte, in der Absicht Angst und Schrecken zu verbreiten.[736] Wie aus einem älteren Bericht des „Kampf" hervorgeht, war der Täter kein Unbekannter im Ort. Ende 1931 soll der braune Parteigenosse von „roten Untermenschen" aus dem Hinterhalt überfallen und schwer verletzt worden sein.[737] Gut möglich, dass das damalige Opfer mit dem gestohlenen Sprengstoff späte Rache üben wollte.

Jene Sylvesternacht in Trofaiach war jedenfalls Auftakt zu einer furchtbaren Terrorwelle in der obersteirischen Industrieregion, die nach den turbulenten Sommermonaten einem gewaltsamen Höhepunkt im Spätherbst und zum Jahresende 1933 zusteuerte. Neben zahllosen Hakenkreuzschmierereien, Sachbeschädigungen und der Verbreitung verschiedenartiger Schmähungen gegen die Regierung und deren betont „pro-österreichischen Kurs" ereigneten sich immer wieder Explosionen auf der Straße. Im November und Dezember 1933 richtete sich eine Reihe von Sprengstoffanschlägen gegen Einrichtungen katholischer Vereine, Amtsgebäude und führende Personen „regimefreundlicher" Parteien, wie der Fall des Vizebürgermeisters von Wartberg im Mürztal, Ludwig Haun, zeigt. Der christlichsoziale Mandatar, der erst nach der Aberkennung der nationalsozialistischen Mandate in den Gemeinderat berufen worden war, berichtete von einer tadellosen Zusammenarbeit seiner Fraktion mit der sozialdemokratischen Mehrheit. Doch als er zum zweiten Vizebürgermeister gewählt wurde, fing der Terror an. Im Dezember 1933 wurden Haun und seine Frau Opfer von zwei vermutlich von Nationalsozialisten verübten Bombenanschlägen. Zu Weihnachten war er sogar mit seiner Frau, die einem Nervenzusammenbruch nahe war, zu Verwandten nach Wien „geflohen". Das Ehepaar lebte in ständiger Angst vor einem neuerlichen Attentat. In einem Schreiben an das Bundeskanzleramt

735 Die Sylvesterbomben von Trofaiach: eine anti-marxistische Aktion der Hahnenschwänzler und Hakenkreuzler. In: Arbeiter Zeitung (3.1.1933) S. 2.

736 StLA ZGS (BKA) K.80/7 (Fol.91–96).

737 Marxisten schießen auf Nationalsozialisten. In: Der Kampf (21.11.1931) S. 1: *Die Überfälle mehren sich von Tag zu Tag. Unsere Zeitungsverkäufer werden **angepöbelt, überfallen und niedergeschlagen**. So war es auch am vergangenen Montag in Trofaiach. Als unser arbeitsloser Parteigenosse S. A.-Mann Zweimüller nachts heimkehrte, wurde er **vor der Gartentür seiner Wohnung angeschossen**. Er erhielt einen Oberschenkeldurchschuß und musste sofort ärztlicher Pflege übergeben werden. Vor einiger Zeit bereits erhielt Pg. Zweimüller einen **Drohbrief**, worin ihm als „Hakenkreuzler" das „Sterben" angedroht wurde.* [Fettdruck im Original, Anm.]

bat Haun deshalb um Polizeischutz an seinem Wohnort, nicht zuletzt wegen des merkwürdigen Desinteresses der örtlichen Gendarmerie an der Ausforschung des Täters, die, wie ihm schien, in „dieser Sache" nicht viel unternehmen wollte.[738] Es ist anzunehmen, dass Einzelpersonen in den Reihen der Exekutivkräfte entweder aus heimlicher Sympathie für den Nationalsozialismus oder aus Angst vor Racheakten bei der Entdeckung von Tatbeständen bewusst „wegschauten". Immerhin hatten einige Beamte bereits im Oktober 1933 nationalsozialistische Drohbriefe bekommen, die je nach persönlichem Verhalten zukünftige Belohnungen oder Bestrafungen versprachen. In einem im Dezember 1933 an den Posten Neumarkt im Bezirk Murau verschickten Brief, der sich an die „nationalen Beamten der Sicherheitsbehörden" richtete, wurde jenen Beamten mit Vergeltung gedroht, *die mit einem wahren Sadismus Jagd auf Nationalsozialisten machen – meist sind es Windische und Tschechen.* (…) *Die Abrechnung* (wird) *furchtbar sein. Wir werden jeden hängen, der einen von uns gemein behandelt.*[739]

- *Kapfenberg*

In der Böhler-Stadt verübten unbekannte Täter einen heimtückischen Anschlag auf das dortige katholische Vereinsheim. Sie bestrichen die Türklinke mit einer für einen Laien unsichtbaren brennbaren Substanz. Am 17. Dezember 1933 berichtete der „Arbeiterwille", ein achtjähriger Bub habe einen Schock erlitten, als er die Klinke ergriff und seine Fäustlinge plötzlich zu brennen begannen. Das Kind warf die Fäustlinge weg und konnte sich so vor Verbrennungen bewahren. Ungefähr zur gleichen Zeit entdeckte ein anderer Bub eine Fackel, die mit einer ähnlichen Substanz gefüllt war. Als er die Fackel aufhob, rann die Substanz auf seine Kleider, die sofort Feuer fingen. Auch dieses Kind konnte sich durch seine geistesgegenwärtige Reaktion vor Verbrennungen schützen. Es wälzte sich im Schnee und erstickte so die Flammen. Die Lösung war ebenfalls auf die hölzerne Kirchenbrücke aufgetragen worden, so dass ein ahnungsloser Passant, der mit seinen genagelten Schuhen Funken geschlagen hatte, die Brücke in Brand setzte. Der „Arbeiterwille" war davon überzeugt, Nationalsozialisten seien für diese „neuesten Streiche" verantwortlich, war doch das katholische Vereinsheim mit Hakenkreuzen beschmiert worden.[740] Tags darauf explodierte vor demselben Gebäude ein Papierböller, der erneut Schaden anrichtete.

- *Leoben und Donawitz*

Ebenfalls im Dezember 1933 flog eine mit Tränengas gefüllte Blechdose in das Exerzierlokal der Ortsgruppe des österreichischen Heimatschutzes in Donawitz. Die Unterkunftslokale der von den Nationalsozialisten verhassten Gendarmerie-Assistenzmannschaften[741] in Donawitz und Leoben wurden ebenso Ziel von Papierböller-

---

738 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1195–1199).

739 StLA ZGS (BKA) K.83/10 (Fol. 861–862; 1145–1147)

740 StLA ZGS (BKA) K.83/10 (Fol.1182–1183).

741 Gebhardt, Gendarmerie, S. 257–258: Die staatliche Exekutive war auf Grund der Propaganda- und Terroraktionen der verbotenen Parteien bald überfordert. Um sich die Kosten einer Personalaufstockung zu ersparen, entschied man sich für die Billigvariante eines „Freiwilligen

Explosionen. Im Hof des Leobener Kreisgerichtes verursachte ein unbekannter Täter erheblichen Sachschaden, als er einen Papierböller aus dem ersten Stock hinunterwarf und insgesamt 34 Fensterscheiben beschädigte. Kurz vor Weihnachten explodierte ein großer Sprengsatz im Hof der Bezirkshauptmannschaft Leoben, der 14 Fensterscheiben zertrümmerte.[742] Zu Weihnachten 1933 rief die Gauleitung Oberhaidacher-Knaus „die Auslese" auf, jene Kampfgenossen also, die sich in der Illegalität bewährt hatten, ihre „Tätigkeit" zu verstärken:

> *Das werden die letzten Weihnachten einer vergangenen Ära sein. Das neue Jahr muss und wird uns den Sieg bringen! Die entscheidenden Endkämpfe haben bereits begonnen. Damit der Sieg bald kommt, ist es notwendig, jetzt im Endkampf unsere Kräfte und unsere Tätigkeit auf ein Höchstmaß zu steigern. Zeigt, daß im Endkampf die Steiermark, der Lungau und das Burgenland wie immer an der Spitze marschieren!!! Sieg Heil 1934! und Heil Hitler!*[743]

Nach einer kurzen Atempause ging es nach Weihnachten in dem von Oberhaidacher geforderten Tempo weiter. Das LGK meldete:

> *Die verbotswidrige Propagandatätigkeit der Nationalsozialisten ist im Jänner 1934 gegenüber jener im Dezember 1933 um mehr als hundert Prozent angestiegen. Die Kampfesart erreichte eine besondere Gehässigkeit gegen den Bundeskanzler* (…), *gegen die Anhänger der vaterländischen Bewegung, Verbände und Formationen und auch die Methoden wurden immer radikaler, was die erhöhte Verwendung von Papierböllern und sonstigen Explosivkörpern sowie die Verübung von Terrorakten anderer Art bewies.*(…) (Diese Explosivkörper) *wurden in zahlreichen Fällen vor den Amtsgebäuden der Gerichte, Bezirkshauptmannschaften, Gendarmerieposten sowie Lokalen der vaterlandstreuen Verbände* (…) *zur Explosion gebracht.*[744]

Zu Sylvester explodierten rund 50 Böller in Leoben, Donawitz und den Umgebungsgemeinden. Mindestens zehn Personen wurden in Verbindung mit der Streuung von Propagandamaterial verhaftet und zahlreiche Putzscharen eingeteilt. Am Vormittag des Neujahrstages 1934 kam es zu einem folgenschweren Tumult auf dem Leobener Hauptplatz, als ein Nationalsozialist, der Passanten demonstrativ ein „braunes Neujahr" zugerufen hatte, von der Stadtwache festgenommen wurde. Im Verlauf der darauffolgenden Demonstration wurden ein ehemaliger Heimatschützler und ein zweiter Mann

Schutzkorps", die im Juli 1933 als Gendarmerieassistenz aufgestellt wurde. Die Schutzkorpsformationen, die sich aus „regierungsnahen" Wehrverbänden rekrutierten, wurden als Hilfsorgane eingesetzt, wenn nicht genügend Exekutivbeamte zur Verfügung standen bzw. nicht rechtzeitig herangezogen werden konnten. Sie erhielten das Waffengebrauchsrecht und hatten eigene Kommandanten, die dem Sicherheitsminister unterstellt waren.

742 StLA ZGS (BKA) K.84/11 (Fol.741–749).

743 StLA ZGS (BKA) K.84/11 (Fol.309).

744 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1620).

durch Bajonettstiche der Exekutivkräfte verletzt. Dem Bericht der Exekutive zufolge soll Ing. K., Werksangestellter der Alpine, im allgemeinen Gedränge versucht haben, einem Assistenzmann das Gewehr zu entreißen. Nachdem er der Aufforderung nicht nachgekommen war, das Gewehr loszulassen, habe ihn der diensthabende Gendarm in den Oberschenkel gestochen.[745] Ing. K. wurde anschließend in der Wachstube verbunden und wegen öffentlicher Gewalttätigkeit in das Gefangenenhaus des Kreisgerichtes eingeliefert. Auch Oberst Karl Kurz, Kreisleiter des steirischen Heimatschutzes, wurde wegen politischer Umtriebe festgenommen. Laut der „Obersteirischen Volkszeitung" löste der Vorfall am Neujahrstag einen Sturm der Entrüstung aus. Auf dem Hauptplatz demonstrierende Nationalsozialisten riefen „Heil Hitler" und stimmten das Horst-Wessel-Lied an.[746] Andersgesinnte fühlten sich bald nirgends mehr sicher. Die Omnipräsenz der illegalen NSDAP geriet zum Alpdruck für deren politische Gegner. „Regierungstreue" Gewerbetreibende in Leoben waren zum Opfer einer gegen sie gerichteten Boykottbewegung der Nationalsozialisten geworden. In einem Brief an Handelsminister Stockinger beschwerte sich der Obmann des christlichsozialen Handels- und Gewerbebundes des Kreises Obersteiermark, Hans Fuhrmann, dass die Hasspropaganda der illegalen NSDAP bereits seit geraumer Zeit zu einer Ruf- und Geschäftsschädigung „vaterlandstreuer" Kaufleute und Gewerbetreibender geführt hatte. Zum Beweis legte Fuhrmann ein Flugblatt der NSDAP bei, in dem er, Fuhrmann, als Urheber des blutigen Vorfalles zu Neujahr bezeichnet wurde.[747] In seiner Eingabe bestritt Fuhrmann die Behauptung des nationalsozialistischen Flugblattes, er habe Gendarmerierittmeister Zenz alarmiert, sondern erklärte, der Nationalsozialist habe vielmehr die Aufmerksamkeit der Exekutive provoziert, um eine nationalsozialistische Demonstration auszulösen. Er bat den Minister im Namen aller Geschäftsleute, dem ruinösen Treiben der illegalen Nationalsozialisten in Leoben, die den Hauptplatz als ihren persönlichen Tummelplatz betrachteten, durch ein viel schärferes Vorgehen Einhalt zu gebieten.[748]

- *Eisenerz: Ein Nazinest?*

Neben Leoben, Trofaiach und Mautern verfügte die NSDAP über eine besonders aktive Anhängerschaft auch in dem am steirischen Erzberg gelegenen Industriezentrum.

---

745 Die Vorfälle am Neujahrstag. In: Obersteirische Volkszeitung (2.1.1934) S. 1: Laut dem Zeitungsbericht wollte Ing. K. das Gewehr des Assistenzmannes, der ihm den Weg versperrte, nicht entwinden, sondern nur beiseite schieben.

746 Verbotene Parteipropaganda zu Sylvester und Neujahr. In: Obersteirische Volkszeitung (2.1.1934) S. 1.

747 *An die deutsche Bevölkerung von Leoben!*
Am Neujahrstage kam es in Leoben zu unerhörten Vorfällen (…). *Verschuldet hat dieses würdelose Vorgehen der Regierungsbüttel, der Kaufmann Hans Fuhrmann, der sich zuhause nur slowenisch unterhält* (…). *Ein deutscher Arbeiter rief einem Freunde einen deutschen Neujahrsgruß zu. Dies hörte Fuhrmann und liess in* (!) *durch den Gendarmerierittmeister Zenz persönlich verhaften.* (…) *Alle Geschäftsleute, die Waren von der Firma Fuhrmann, Leoben beziehen, werden von der deutschen Bevölkerung unbedingt gemieden werden. Bei Fortbezug solcher Waren werden wir dafür Sorge tragen, dass alle Volksgenossen den Einkauf bei diesen Kaufleuten unbedingt einstellen, so wie wir es auch mit den Freunden der Obersteirischen Volkspresse machen werden.* (…) *Das Jahr 1934 wird das Jahr unseres Sieges sein! Heil Hitler!* [im Original unterstrichen, Anm.].

748 StLA ZGS (BKA) K.84/11 (Fol.477–483).

Am Abend des 3. Dezember 1933 lief gerade eine Theatervorstellung im katholischen Vereinsheim Eisenerz, als zwei Papierböller das Fenster des Zuschauerraumes durchschlugen. Die Sprengsätze explodierten im Saal und die Glassplitter des geborstenen Fensters flogen in die Sitzreihen und auf die Bühne. Unter den Anwesenden brach Panik aus, doch zum Glück war niemand ernsthaft verletzt worden.[749] Das katholische Vereinsheim, das als Ausbildungsstätte des zur Bekämpfung der illegalen NSDAP ins Leben gerufenen Schutzkorps [750]in Verwendung stand, wurde seit dem Sommer 1933 Zielscheibe von insgesamt sieben nationalsozialistischen Anschlägen. Der Geschäftsführer des Vereinsheimes sah sich Anfang 1934 gezwungen, das Sicherheitsministerium um einen Beitrag zur Deckung der Auslagen zu bitten, die der Genossenschaft während der Ausbildung des Schutzkorps erwachsen war. Er begründete dies mit der Verschuldung des Heimes, welche durch die erlittenen Schäden am Gebäude und jenen aus Angst vor dem Terror verursachten Besucherschwund entstanden war.[751] Gegen Ende Jänner 1934 machten einige Personen unangenehme Bekanntschaft mit dem Bombenterror. Ein Lehrer kam mit dem Schrecken davon, als um Mitternacht ein Papierböller durch sein Schlafzimmerfenster flog und explodierte.[752] In der gleichen Nacht entkam der Regierungskommissär Franz Moser einem Attentat nur knapp, als ein mit Gas gefüllter Behälter vor seiner Wohnungstüre nur auf Grund eines Defektes nicht losging. Vermutlich sollte dem streitbaren Regierungskommissär ein Denkzettel verpasst werden, weil dieser dem Treiben der illegalen Nationalsozialisten den Kampf angesagt hatte. In einem ausführlichen Schreiben an Vizekanzler Fey hatte Moser die Missetaten der Nationalsozialisten in Eisenerz Punkt für Punkt aufgezählt und konkrete Gegenmaßnahmen vorgeschlagen. Dem örtlichen Regierungskommissär war es zu „verdanken", dass nicht nur der Krankenpfleger Anton I., sondern eine ganze Reihe anderer ortsbekannter Nationalsozialisten in ein Anhaltelager überstellt wurden. Die „staatstreue" Bevölkerung hatte sich angeblich empört, weil Anton I., der auf Grund offensichtlich vorgeschützter Bauchkrämpfe für haftunfähig erklärt wurde, gleich am nächsten Tag putzmunter zur Arbeit im Krankenhaus erschienen war. In seinem Schreiben regte Moser an, die Praktiken jener Ärzte, welche verhafteten Nationalsozialisten allzu nachsichtig gegenüber schienen, zu überprüfen. Der eifrige Regierungskommissär sorgte auch dafür, dass der Deutsche Turnverein in Eisenerz, wo lokale Nazis einen „Schlupfwinkel" gefunden hatten, kontrolliert wurde. Moser schilderte die Ohnmacht der „vaterländischen" Bevölkerung gegenüber dem Terror der in Eisenerz agierenden fanatischen Nationalsozialisten. Machtlos müsse man mit ansehen, klagte Moser,

749 StLA ZGS (BKA) K.83/10 (Fol.909).

750 Gebhardt, Gendarmerie, S. 257–258.

751 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1118). Laut dem mit 26.1.1934 datierten Schreiben belief sich der Gesamtschaden auf etwa 500 Schilling. Für Strom und Heizung wurde ein Betrag von 200 Schilling berechnet.

752 StLA ZGS (BKA) K:88/15 (Fol.64–67) Wie sich später herausstellen sollte, war diese Tat möglicherweise von Sozialdemokraten begangen worden. Im Rahmen der so genannten Ersatzleistungen für Terrorakte wurde jedenfalls der Filialleiter des örtlichen Konsums zur Kasse gebeten. In seiner Berufung gab Edmund M. an, dass eine sozialdemokratische Täterschaft nicht erwiesen sei. Er selbst stehe mit dem Anschlag in keinem Zusammenhang.

wie Kirchen, Kapellen, das katholische Vereinsheim und zahlreiche andere Einrichtungen wiederholt durch Schmieraktionen und Sprengsätze mutwillig beschädigt würden. Die Leute fühlten sich nicht sicher, denn die Gendarmen taten wohl „brav" ihren Dienst, für den Ernstfall einer bewaffneten Auseinandersetzung seien jedoch viel zu wenige und mangelhaft bewaffnete Sicherheitskräfte vor Ort. Es sei Tatsache, so Moser, dass die ÖAMG den Nationalsozialisten günstig gesinnt sei, der verbotene Heimatschutz noch ein großes Waffenarsenal versteckt halte, leider wisse er nicht wo, und auch der verbotene Schutzbund über erhebliche Waffenbestände verfüge. Moser schlug vor, die an ortsbekannte Nationalsozialisten adressierten Postsendungen zu kontrollieren, um Propagandamaterial rechtzeitig abzufangen. Das ginge, meinte er, wenn man das Postgeheimnis aus Staatsräson ein wenig „lüften" wolle. Aufgrund der von Moser gelieferten Informationen wurden sofortige Maßnahmen veranlasst. Die von ihm genannten Männer wurden observiert und festgenommen, Unterkünfte nach Waffen durchsucht, der Deutsche Turnverein aufgelöst und das Schutzkorpspersonal aufgestockt.[753] Dennoch kam es erneut zur Sabotage von Telefonleitungen und Bahnstrecken, zum Abbrennen von Hakenkreuzfeuern und immer öfter zu Fahnenhissungen auf Bäumen, Schornsteinen, Türmen und Strommasten in lebensgefährlichen Höhen und an unzugänglichen Stellen. In den allerwenigsten solcher Fälle fanden sich Wagemutige gegen Bezahlung bereit, diese Fahnen zu entfernen.[754] Die Einschätzung Mosers bezüglich der überlegenen Bewaffnung der Nationalsozialisten in Eisenerz sollte sich ein halbes Jahr später anlässlich des nationalsozialistischen Putsches am 25. Juli 1934 bewahrheiten. Im August 1934 berichtete der deutsche Konsul in Graz von der reibungslosen Machtergreifung der Nationalsozialisten in Eisenerz und über die Schreckensherrschaft der Gegenseite, als der Putsch bald darauf zusammenbrach:

> *Am Abend war wegen der Trauer um Dollfuss offizielle Fensterbeleuchtung und Glockengeläute, da wurde unter der Bevölkerung wild herumgeprügelt und die Hüte mit Gewehrkolben vom Kopf geschlagen. Eine Abordnung bat den kath. Pfarrer zu helfen, damit die Prügeleien abgestellt würden; dieser antwortete ‚das schadet nichts, die N.S. sollen nur verprügelt werden'. Auch als Hohenberg[755] von den Grazer Starhembergern abgelöst wurde, hielten die Gewalttätigkeiten an. Etwa 600 N.S. waren in die Berge geflüchtet, darunter die militärischen Führer, die sonst jedenfalls erschlagen worden wären. Der andere Teil wurde verhaftet und nach Leoben gebracht. (…) Zweierlei ist festzustellen: Trotz ihrer furchtbaren Lage sind die Gefangenen gefasst und voll Vertrauen auf ihren Führer und den baldigen Sieg ihrer Sache. Die Zahl der in Eisenerz ist gewachsen, durch die Prügelszenen hat die Hitlersache neue Werbekraft erlangt und auch die Kommunisten sind wütend über die begangenen Rohheiten.*[756]

753 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1123–1127; 1143–1146).
754 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1430–1432;1450–1451).
755 Der Großgrundbesitzer Fürst Hohenberg war ein Sohn des ermordetenThronfolgers Franz Ferdinand.
756 StLA MF Akten des Dt. Konsulats P7/Bd.36/C1/Pol.II-1934, KNr.138 (17.8.1934).

5.3.5 1934: Terror ohne Ende

Im Jänner konzentrierten sich die Bemühungen der Exekutive bei „Verdacht der unbefugten Parteitätigkeit“ auf Hausdurchsuchungen. In einer Schwerpunktaktion wurden die Unterkünfte verdächtiger Personen nach Waffen und Propagandamaterial durchstöbert. Aus diesem Grund kam es in der ganzen Industrieregion zu zahlreichen Festnahmen von Nationalsozialisten und Heimatschützern aber auch Sozialdemokraten und Kommunisten. In der Nacht vom 19. auf den 20. Jänner wurde der Landesführer des verbotenen Steirischen Heimatschutzes Konstantin Kammerhofer in seinem Heimatort St. Marein im Mürztal verhaftet und an das Landesgericht in Graz überstellt. Bei der anschließenden Demonstration in St. Marein wurden sieben Personen festgenommen. In Judenburg und Knittelfeld waren die Arrestlokale in Folge der Abstrafungen bald überfüllt. Bei zahlreichen Hausdurchsuchungen im ganzen Bezirk hatte die Exekutive Waffen gefunden und beschlagnahmt. Neben einem Knittelfelder Rechtsanwalt wurde der Kreisleiter des Steirischen Heimatschutzes, Gutsbesitzer Karl Arbesser aus Spielberg, wegen Besitzes eines schweren Maschinengewehres samt Munition angezeigt. Im Eisenerzer Werksspital der ÖAMG entdeckte die Gendarmerie nicht nur Unterlagen der Ortsgruppe der NSDAP Eisenerz, sondern auch ein regelrechtes Waffenlager, das der nationalsozialistische Krankenpfleger Anton I. in seinem Zimmer versteckt hatte.[757] Die Agitatoren der NSDAP reagierten umgehend. Am 20. und 21. Jänner erreichte der Terror einen weiteren Höhepunkt in Leoben, als unbekannte Täter insgesamt 34 Sprengsätze zündeten, die großen Sachschaden anrichteten. Vor dem Lokal der Kunstdruckerei „Horst“, dem Druckort der von den Nazis angefeindeten Lokalzeitung „Obersteirische Volkspresse“, explodierte ein größerer Sprengsatz, der die Geschäftsauslage total zerstörte. Angesichts dieser Eskalation ordnete Sicherheitsdirektor Zelburg die Anhaltung prominenter Leobener Nationalsozialisten an.[758] Am 22. Jänner wurden Rechtsanwalt Dr. Delpin, der ehemalige Vizebürgermeister Cerha und der Krankenhausverwalter Skerbisch bereits im Morgengrauen verhaftet und nach Kaisersteinbruch beziehungsweise Wöllersdorf gebracht.[759] Begründet wurde die frühmorgendliche Aktion mit einem möglichen Ausbruch von Unruhen, da an diesem Tag etwa 4500 Arbeitslose auf dem Leobener Arbeitsamt, darunter zahlreiche Nationalsozialisten, erwartet wurden.[760] Wenn der Sicherheitsdirektor gehofft hatte, durch die Anhaltung der Vorgenannten eine Beruhigung herbeizuführen, so wurde er bald eines Besseren belehrt. Am selben Abend explodierten neun Papierböller in Leoben. Ein paar Tage später, am 25. Jänner, wurde die Auslage der Geschirrhandlung des jüdischen Kaufmannes Max

757 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.931–940).

758 Gebhardt, Gendarmerie, S. 258: Per Verordnung zur Errichtung von Anhaltelagern vom 23. September 1933 wurden die Sicherheitsdirektoren und der Polizeipräsident ermächtigt, Personen, die „im begründeten Verdacht“ standen, „staatsfeindliche Handlungen“ zu begehen, vorzubereiten oder zu begünstigen, ohne richterlichen Haftbefehl auf unbefristete Zeit in Anhaltelager einzuweisen bzw. wieder freizulassen.

759 Chronik des BGK Leoben, 1934.

760 StLA ZGS (BKA) K.84/11 (Fol.780–800).

Gewing in Leoben durch einen Sprengsatz verwüstet. Der Schaden war beträchtlich. Die Spiegelscheibe der Geschäftsauslage sowie Porzellan und Geschirr wurden zertrümmert. Der Verdacht der Polizei fiel wenig später auf eine Gruppe von fünf Männern und einer Frau, welche die Tat unter der Anleitung eines Studenten der Montanistischen Hochschule begangen haben soll.[761]

Anfang Februar war es in Leoben und Donawitz zu einer neuerlichen Serie von Verwüstungen gekommen. Durch Sprengsätze, die an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet explodierten, wurden zwei Telefonzellen zerstört, das Wohnhaus des Bezirkshauptmannes Dr. Urbanek und das Gebäude der Bezirkshauptmannschaft beschädigt.[762] Nach dem Ablauf des von Landesinspekteur Habicht bis Ende Februar verlängerten „Waffenstillstandes" – aus außenpolitischen Rücksichten hatten sich die Nationalsozialisten während des Bürgerkrieges weitgehend ruhig verhalten – ging der Terror mit unverminderter Heftigkeit weiter.[763]

Der Landesgendarmeriekommandant berichtete:

> *Mit 28. Feber setzte über höhere Weisung auch prompt eine erhöhte Propagandatätigkeit ein und es wurden auch Terrorakte aller Art verübt, die wieder vielfach vor den Gendarmerieposten, Amtsgebäuden und Wohnungen von im vaterländischen Sinne tätigen Personen sowie vor Unterkunftslokalen der vaterländischen Verbände verübt wurden* (…), *so unter anderem in* (…) *Vordernberg, Seegraben, Leoben (wiederholt), Donawitz, St. Michael, Trofaiach, Judenburg.*

Zahlreiche Waffendiebstähle hätten zudem gezeigt, dass die Nationalsozialisten ständig bemüht waren, ihre Waffenlager aufzustocken.[764] Im April 1934 registrierte das LGK eine neuerliche „sehr erhebliche" Zunahme verbotener nationalsozialistischer Tätigkeit. Im Vergleich zu den Vormonaten hatten sich zahlreiche Personen aus „Intelligenzkreisen" an der Ausübung nationalsozialistischer Propagandaaktionen beteiligt. Darunter befanden sich Ingenieure, Ärzte, zwei hohe Beamte und einige Lehrpersonen aus der ganzen Steiermark.[765] Die Exekutive vermutete allerdings eine nicht geringe Beteiligung von sozialdemokratischer und kommunistischer Seite. Bezirksgendarmeriekommandant Erhart berichtet von verstärkten Aktivitäten der Nationalsozialisten und Kommunisten. In einer gemeinsamen Aktion am 30. April

761 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1567–1589).
762 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1428–1436).
763 Goldinger/Binder, Österreich, S. 228.
764 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1629–1630): Laut dem Bericht des LGK war es zu einem zahlenmäßigen Rückgang der „verbotswidrigen Propagandatätigkeit" der Nationalsozialisten von „über 100%" gekommen. Die Ursache hierfür sei jedoch nicht im Erlahmen ihres „radikalen Kampfgeists", so Neubauer, sondern vielmehr in dem Ausbruch der Revolte des republikanischen Schutzbundes zu suchen. Die Nationalsozialisten hätten es nicht gewagt, die Exekutivkräfte bei der Niederschlagung derselben durch Verübung von Terrorakten zu stören. Unter ihrem Führer Habicht seien sie gleichsam „Gewehr bei Fuß" gestanden, um jederzeit kampfbereit einzugreifen. Neubauer meinte, umso größer sei die Enttäuschung gewesen, als es der Regierung gelungen war, die Unruhen ohne nationalsozialistische Hilfe niederzuschlagen.
765 StLA ZGS (BKA) K.88/15 (Fol.469–474).

hatten sie Schuhnägel auf der Bundesstraße bei Leoben gestreut, um die Motorräder von 150 italienischen „Faschisten“ bei ihrer Durchfahrt zu sabotieren.[766] Um den österreichischen Staatshaushalt zu schädigen, forderten die Nationalsozialisten ihre Anhänger und Sympathisanten per Flugblatt auf, weder Rauchwaren zu kaufen, noch Steuern einzuzahlen und jede Art von Wohltätigkeit und Mitarbeit an der von der Regierung empfohlenen wohltätigen Unternehmungen zu unterlassen.[767] Bei der Kundgebung der Vaterländischen Front am 1. Mai 1934 in Leoben soll sich ein Teil der Schüler des öffentlichen Gymnasiums „derart skandalös“ benommen haben, unter anderem die Söhne des Direktors der ÖAMG, August Zahlbruckner, und des evangelischen Pfarrers Spannuth, dass die Gendarmerie einschreiten musste. Insgesamt fünf Gymnasiasten, die an diesem Tag ihre „regierungsfeindliche Einstellung“ offen zur Schau getragen hatten, wurden von der Schule gewiesen. Einmal mehr musste der Sicherheitsdirektor in seinem Monatsbericht feststellen, dass die Aufklärungsrate trotz aller Anstrengungen der Exekutivkräfte und der vaterländischen Verbände zu wünschen übrig lasse.[768] Aus der Perspektive der zwischen die politischen Fronten geratenen Menschen ist es jedoch allzu verständlich, dass sich viele, teils aus Angst vor der Rache illegaler Nazis, teils aus Sympathie für die NSDAP beziehungsweise aus Abneigung gegen die Regierung Dollfuß, vor einer aktiven Mithilfe scheuten.

5.3.6 Eskalation im Juni und Juli

Im Juni 1934 spitzte sich die Lage in der Steiermark erneut zu. Laut der Behörde wies zwar die reine Propagandatätigkeit der Nationalsozialisten einen leichten Rückgang auf, die Zahl der gewalttätigen Anschläge war jedoch „gefahrdrohend“ gestiegen. Waren in den vergangenen Monaten großteils relativ harmlose Papierböller geworfen worden, kamen im Juni überwiegend Sprengkörper mit verheerender Wirkung zum Einsatz. Schwere Schäden an Bahnanlagen, Wasserkraftwerken und Überlandleitungen sowie an Privateigentum waren die Folge. Die von der Behörde für Juni bezifferte Schadenssumme, die jene des Vormonats um das Zweieinhalbfache übertraf, spricht eine deutliche Sprache. Knapp vor dem geplanten Putsch sollte offensichtlich ungeheurer Druck auf die staatlichen Ordnungskräfte und somit auf die Regierung ausgeübt werden. Im Stadtgebiet von Leoben richtete eine Reihe von Sprengstoffanschlägen enorme Schäden an, darunter an dem Kaufhaus und der Wohnung des Regierungskommissärs Josef Weiss, dem Hotel Meran sowie dem Redemptoristenkloster[769]. Ende Mai hatte die Entfernung einer Hakenkreuzfahne von einer Starkstromleitung in Knittelfeld bereits ein Todesopfer gefordert: Beim Entfernen der Fahne war der Schutzkorpsmann Josef Peisser in den Stromkreis geraten. In Kapfenberg wurde der Kaplan Franz Eibel durch

766 Chronik des BGK Leoben, 1934.
767 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1646–1647).
768 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1654–1661).
769 Dominik Orieschnig (Hrsg.), „… geduldig und wahrhaft geistlich …“. Die Geschichte der Redemptoristen von Leoben (Leoben 2004) S. 73.

einen Sprengsatz getötet, der vor dem Pfarrhaus explodierte. Seinen Tod versuchten die Nationalsozialisten lokalen „Marxisten" in die Schuhe zu schieben, was jedoch laut Behörde auf wenig Glauben in der Öffentlichkeit stieß.[770] Auch der Gendarm Karl Mussger des Postens Ingering bei Judenburg musste sterben, als er bei der Verfolgung des Nationalsozialisten Johann Sch. von diesem überrascht und durch mehrere Pistolenschüsse regelrecht hingerichtet wurde. Johann Sch. und der ebenfalls bewaffnete Alois B. flüchteten daraufhin in die Berge und konnten nicht mehr gefasst werden.[771] Über den Juli 1934 notierte der Leobener Bezirksgendarmeriekommandant rückblickend:

> *Die Terrorakte der Nationalsozialisten stiegen in den letzten 2 Monaten derart an, daß man mit einer allgemeinen Erhebung förmlich rechnen konnte. Es verging kein Tag, wo nicht im Bezirke die gewaltigsten Dynamitanschläge erfolgten. Bahngeleise wurden gesprengt, ebenso Telegrafen- und Telephonmasten an der Bahnstrecke. Das Reisen wurde schon zu einem Risiko und die Bahn erlitt beträchtlichen Schaden. Die Gendarmerie stand diesem Treiben fast machtlos gegenüber. Die Gendarmen wurden im Dienste förmlich aufgerieben und standen die Erfolge in keinem Verhältnisse zur geleisteten Arbeit.*[772]

5.3.7 Exkurs: Wer soll das bezahlen? Die Vorschreibung zur „Ersatzleistung für Schäden aus Terrorakten"[773]

Die monatlichen Aufzeichnungen der Behörde für die einzelnen Bezirke zeigen, dass Leoben bei sämtlichen gegen Nationalsozialisten geführten Amtshandlungen insbesondere bei den nicht eruierten Straftaten mit wenigen Ausnahmen in Führung liegt, während Judenburg eine Mittelstellung einnimmt und Bruck an der Mur meist das Schlusslicht bildet. Nach der „Flaute" des Februars schnellte die Zahl der uneruierten Fälle in allen drei politischen Bezirken in die Höhe, was durchaus dem gesamtsteirischen Trend entsprach.

Monat/Gebiet	Anzeigen	%	Festnahmen	%	Uneruierte Fälle	%
Januar 1934						
Steiermark	599	100	552	100	1030	100
LE/JU/BM	76	13	171	31	303	29

770 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1666–1673) K.88/15 (Fol 198–203); siehe auch: Maximilian Liebmann, Kirche, Kultur und Arbeiterschaft. In: Robert Hinteregger, Reinhard Müller, Eduard Staudinger, Auf dem Weg in die Freiheit. (Anstöße zu einer steirischen Zeitgeschichte) (Graz 1984), Kurzzitat: Hinteregger/Müller/Staudinger, Freiheit, S. 302–303.

771 Chronik des BGK Judenburg, Bd.II/1934.

772 Chronik des BGK Leoben, 1934.

773 StLA ZGS (BKA) K.87/14 (Fol.910–966); zum Thema „Ausnahmegesetzgebung" und speziell „Kostenersätze" aus nationalsozialistischer Perspektive siehe: Anton Riedler, Die Ausnahmegesetzgebung in Österreich 1933–1936 (Berlin 1936) S. 57–59.

Monat/Gebiet	Anzeigen	%	Festnahmen	%	Uneruierte Fälle	%
Februar						
Steiermark	330	100	194	100	400	100
LE/JU/BM	35	11	47	24	115	29
März						
Steiermark	467	100	170	100	740	100
LE/JU/BM	51	11	23	14	246	33
April						
Steiermark	687	100	418	100	1013	100
LE/JU/BM	127	18	86	21	349	34
Mai						
Steiermark	514	100	296	100	670	100
LE/JU/BM	79	15	71	24	175	26
Juni						
Steiermark	486	100	262	100	686	100
LE/JU/BM	32	7	81	31	190	28
Juli/August						
Steiermark	2900	100	9412	100	383	100
LE/JU/BM	274	9	509	5	94	25

Tabelle 14: Prozentueller Anteil (gerundet) der Bezirke Leoben, Judenburg und Bruck/Mur an den Amtshandlungen der Exekutive gegen Nationalsozialisten in der Steiermark.

Wie aus *Tabelle 14* ersichtlich liegt der Anteil der uneruierten Fälle in den obengenannten Bezirken der obersteirischen Industrieregion insgesamt stets zwischen einem Viertel und einem Drittel des gesamtsteirischen Ergebnisses. Die relativ hohe Zahl der ungeklärten Fälle könnte mehrere Gründe haben: Der Großteil der Terrorakte war im Schutz der Dunkelheit verübt worden, der oder die Täter trotz erhöhter Aufmerksamkeit der Exekutive rasch untergetaucht. Auch das von der Exekutive angesprochene weitverbreitete „Schweigen" der Bevölkerung und ein passives Dulden in manch eigener Reihe wirkten hinderlich auf die Ermittlungen. Schließlich kann man davon ausgehen, dass die Täter Zuflucht in den Netzwerken der illegalen politischen Parteien fanden. Es ist sehr wahrscheinlich, dass ein nicht näher feststellbarer Anteil jener nicht geklärten, den Nationalsozialisten zugeordneten Straftaten von anderen politischen Gruppierungen verübt worden sind. Schmähungen gegen die Regierung und den „Galgenkanzler" Dollfuß waren an der Tagesordnung. In Leoben, wo das Grab von Koloman Wallisch trotz polizeilicher Überwachung stets liebevolle Verehrung fand, war die Verbitterung in sozialdemokratischen und

kommunistischen Kreisen am größten.[774] Anlässlich des Kanzlerbesuches bei der Kundgebung des Katholischen Bauernbundes am 15. April in Graz und zu „Führers Geburtstag" am 20. des Monats erreichte die Agitation, trotz des Dauereinsatzes der Exekutivkräfte, einen weiteren Rekordwert. Die von der Behörde beklagte Eskalation des gewaltsamen Terrors im Juni scheint in der Tabelle nicht auf. Der niedrige Prozentsatz der Festnahmen in den Monaten Juli und August im gesamtsteirischen Vergleich ist umso aussagekräftiger, als viele männliche Nationalsozialisten, aber wie das Beispiel der Wirtin Maria B. aus Trofaiach zeigt, dass auch einige Frauen nach dem Zusammenbruch des Putsches ins benachbarte Ausland geflohen sein dürften.[775]

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt betrachtet, bedarf es keiner allzu großen Vorstellungskraft, um sich die Dimension des Schadens an öffentlichem und privatem Eigentum auszumalen. Nach den Berechnungen des steirischen Sicherheitsdirektors Zelburg belief sich die Schadenssumme in der Steiermark, die sich aus den Kosten für die Behebung von „Terrorschäden" sowie für „Sicherheitsmaßnahmen" bis einschließlich September 1934 errechnete, auf rund 650.000 Schilling.[776] Ein ungefährer Vergleichswert: Für einen Schilling bekam man im Jahr 1931 etwa zweieinhalb Liter Frischmilch auf dem Markt; der heutige Preis, der in der Relation zum Produktionsaufwand seit vielen Jahren durch Agrarsubventionen auf vergleichsweise niedrigem Niveau gehalten wird, beträgt für dieselbe Menge Milch im Handel rund zwei Euro. Die Schadenssumme beliefe sich demnach auf etwa € 1,300.000. Es ist jedoch fraglich, ob eine halbwegs realistische Umrechnung auf der Basis eines beliebigen Grundnahrungsmittels erreicht werden kann, weil die damaligen Lebensmittelpreise im Vergleich zum Familieneinkommen relativ hoch waren.[777]

Nicht nur dem Staat, sondern auch privaten Eigentümern erwuchsen erhebliche Kosten durch Terror- und Propagandaschäden. Die Geschädigten hatten zwar keinen juristischen Anspruch auf Kostenersatz, doch konnten sie auf eine Teilentschädigung durch die von der Regierung am 12. Jänner 1934 erlassene Verordnung

774 StLA ZGS (BKA) K.86/13 (Fol.99; 110–118): Anlässlich des von Dollfuß ausgerufenen „Tages der Jugend" wurden bspw. Flugzettel der Sozialistischen Jugend gestreut, die sich voller „Haß und Verachtung" gegen den „Bluthund der Februartage" wandten. Laut Behördenbericht überlegte man sogar die Exhumierung und „anderweitige Bestattung" von Wallisch, um künftige Kundgebungen „unbelehrbarer Marxisten" zu verhindern. Nach seinem Tod lebte Wallisch als politischer „Märtyrer" in den Herzen seiner Anhängerschaft fort. Er wurde zum Symbol für den Widerstand gegen das herrschende Regime. Menschen, die sein Grab heimlich mit Frühlingsblumen schmückten, wurden im Amtsjargon folglich als „Täter" bezeichnet.

775 StLA BH Leoben Gr.14: K.77 (1934): Die Wirtin Maria B. wurde wegen Hochverrates angezeigt, weil sie den Putschisten ihr Lokal während des Aufstandes zur Verfügung gestellt und für deren Verpflegung gesorgt hatte. Im Nachhinein wurde ein Waffenlager in einem versperrten Herrenklosett entdeckt.

776 StLA ZGS (BKA) K.88/15 (Fol.12–15).

777 Nimmt man ein Mindesteinkommen als Berechnungsbasis, vervielfacht sich der reelle Wert dieses Betrages. Laut einer Statistik der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte betrug im Jahr 1934 das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Arbeitslosenhaushaltes S 1.631,–, das sind nur etwa 135 Schilling, also laut der Milchrechnung umgerechnet €270,– monatlich: Wilding, Arbeit und Brot, S. 151.

über die „Ersatzleistung für Schäden aus Terrorakten" hoffen.[778] Auf Grund dieser Verordnung konnte der Ersatz eines solchen Schadens „von amtswegen auch jenen Personen vorgeschrieben werden, die durch ihr Verhalten die mit Strafe bedrohte Handlung begünstigt, gefördert oder nachträglich gutgeheißen haben". Konkret handelte es sich also um eine willkürliche Geldbeschaffungsaktion. Menschen, denen keine Täterschaft nachgewiesen werden konnte, sollten auf Grund ihrer tatsächlichen oder vermuteten politischen Sympathien tief in die Tasche greifen. Diese Maßnahme war klarerweise kaum geeignet, die Popularität der Regierung Dollfuß bei jenen Betroffenen, die sich ungerecht behandelt fühlten, zu steigern. In der Steiermark traf es großteils ehemalige Anhänger der NSDAP oder des Steirischen Heimatschutzes; einige wenige Fälle zeigen jedoch, dass auch sozialdemokratische und christlichsoziale Parteigänger zum Handkuss kamen.[779] Die folgenden ausgewählten Fälle aus dem Bezirk Leoben werfen ein grelles Licht auf die Rechtspraxis jener Zeit:

a) Der jüdische Kaufmann Max Gewing hatte einen Sachschaden von rund 1000 Schilling bei einem im Jänner 1934 verübten Bombenanschlag auf sein Geschäft erlitten. Einige Leobener Nationalsozialisten, darunter drei Ladenbesitzer, ein Angestellter, ein Beamter und ein Zahnarzt, wurden zu einer Ersatzleistung von 319 Schilling an Max Gewing verurteilt. In ihren Berufungsausführungen bestritten sie jedoch die Rechtmäßigkeit des Bescheides und gaben übereinstimmend an, „mit den gegenständlichen Terroraktionen in keinem Zusammenhange zu stehen". Der Kaufmann Heinrich O. begründete seine Beschwerde wie folgt:

> *Wie aber soll ich mich wehren gegen die Behauptung, dass ich der Hintermann der Tat, ja sogar ihr geistiger Urheber gewesen sein soll, wenn mir die Einzelheiten überhaupt nicht bekannt sind? Es müssen doch zumindest zuerst Erhebungen darüber gemacht werden, wer der Täter war, ob ich jemals in Verbindung mit ihm gestanden bin, ob ich irgendwie auch nur die entfernteste Beihilfe oder eine*

---

778 Das „Ersatzleistungsgesetz" bestand aus drei aufeinander folgenden Teilen: aus der Verordnung der Bundesregierung vom 1.9.1933 BGBl. Nr.397 „zur Hereinbringung von Kostenersätzen für außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen": http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=bgb&datum=19330004&seite=00001025, 18.12.2009 und jener vom 12. Jänner 1934 BGBl. Nr.20 „über die Ersatzleistung für Schäden aus Terrorakten": http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=bgb&datum=19340004&seite=00000077, 18.12.2009 sowie dem Bundesgesetz Nr. 254/Art. II vom 24. 9.1934: http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=bgl&datum=19340004&seite=00000609&zoom=2, 18.12.2009.

779 StLA ZGS (BKA) K.88/15 (Fol.58–115): Der Fall des Grazer Kaufmannes Schönbauer ist so ein Beispiel. In seiner Berufung gibt er an, nie der NSDAP angehört zu haben, sondern seit vielen Jahren Mitglieder der CSP zu sein. Ein Wirt aus Peggau gibt in seiner Beschwerde an den Bundesgerichtshof an, dass er mit keiner der verbotenen Parteien jemals sympathisiert habe und seit 8 Jahren Mitglied des Katholischen Bauernbundes sei. Einem Baumeister aus demselben Ort ergeht es ähnlich: Er ist christlichsozialer Gewerbetreibender und Mitglied des Pfarrbauernrates, dessen Frau Mitglied des katholischen Frauenvereins. Der sozialdemokratische Filialleiter des Konsumvereins in Eisenerz wurde für einen Anschlag auf einen Lehrer, den er vermutlich nicht verübt hat, ebenfalls zur Kasse gebeten.

wie immer geartete Begünstigung oder nachträgliche Gutheissung der Tat, dem Täter habe zu teil werden lassen. Was bis jetzt vorliegt ist nur: Verantwortungslose Menschen werfen in der Waasenvorstadt von Leoben einen Sprengkörper, der bedauerlicherweise Schaden anrichtet. Ich werde zur Ersatzleistung herangezogen. Weder bin ich Angehöriger der NSDAP bis zu ihrer Auflösung gewesen, noch habe ich durch mein Verhalten die Voraussetzungen des § 1 der Verordnung geschafft. Zumindest hat die Behörde nicht die geringsten Erhebungen in dieser Hinsicht gepflogen.

b) Ebenfalls im Jänner 1934 hatten unbekannte Täter einen Bombenanschlag auf die Kunstdruckerei und Verlagsanstalt „Horst" verübt. Ein Rechtsanwalt, ein Kaufmann und eine weitere Person, die einen finanziellen Ersatz leisten sollten, beriefen ebenfalls gegen die Vorschreibung mit der Begründung, die Rechtmäßigkeit des Bescheides zu bestreiten. Sie gaben übereinstimmend an, „mit den gegenständlichen Terroraktionen in keinem wie immer gearteten Zusammenhange zu stehen".

c) In einem weiteren Fall wurden vier Werksangestellte der ÖAMG zu einer Ersatzleistung von 228 Schilling an den Katholischen Arbeitsbund in Donawitz verurteilt. In den Berufungsausführungen wurde angegeben: *Die Berufungswerber polemisieren gegen die Rechtmäßigkeit des Bescheides, stellen jedoch* ***nicht*** *in Abrede, sich im nationalsoz. Sinne betätigt zu haben.* Einer der Herangezogenen, der leitende Angestellte und gewesene Heimatschutzführer Ing. Renzenberg, sollte beim NS-Putsch in Donawitz eine führende Rolle spielen. Renzenberg war kein unbeschriebenes Blatt. Im Oktober 1933 war er bereits einmal wegen „Beteiligung an einer NS-Aktion" verhaftet worden. Damals hatte er die firmeninterne Weisung gegeben, die Arbeiter der Donawitzer Hütte zur Teilnahme an einem bewaffneten Aufstand zusammenzurufen[780]

d) Dem Bergbeamten Alfred L. aus Eisenerz wurde vorgeworfen, in der Nacht zum 29. Jänner 1934 eine Hakenkreuzfahne auf einem Baum gehisst zu haben. Er wurde zu fünf Schilling Ersatzleistung „für aufgelaufene Kosten durch politische Propaganda" an die Marktgemeinde Eisenerz verurteilt. In den „besonderen Berufungsausführungen" ist vermerkt: *Berufungsbewerber gibt an, daß er nie Mitglied der NSDAP gewesen sei. Hingegen habe er seinerzeit beim Steyrischen Heimatschutz die Stelle eines „Gauwehrkommandanten" und eines „Gauleiters" bekleidet, welche Funktionen er jedoch schon Mitte September 1932 – also lange vor dem behördlichen Auflösungsbefehle – aus privaten Gründen zurücklegte; hievon habe er auch seinerzeit die BH Leoben in Kenntnis gesetzt.*

Alle Unschuldsbeteuerungen waren umsonst. Den Berufungen der Beschwerdeführer wurde keine Folge gegeben, die erlassenen Ersatzvorschreibungen somit bestätigt.

780 StLA ZGS (BKA) K.82/9 (Fol.15–18): Laut der Behörde soll die Aktion Renzenbergs durch „Bauernunruhen" in Kärnten, die den Großteil der Exekutivkräfte im Rahmen eines geplanten Staatsstreiches „ablenken" sollten, ausgelöst worden sein.

Im November 1934 musste der Sicherheitsdirektor für Steiermark dem Bundeskanzleramt schließlich berichten, dass die Zahl der gemeldeten Schadensfälle so weit gestiegen war, dass „an eine ordnungsmässige Durchführung dieser Agenden nicht zu denken ist". Zu den Ersatzforderungen für Schäden aus Terrorakten kamen nun jene, die von den Kampfhandlungen der „Revolutionen im Februar und Juli" herrührten. Zusammen mit den Kosten für Sicherheitsmaßnahmen und Verpflegung in Wöllersdorf war ein Gesamtschaden von mehr als 900.000 Schilling entstanden. Trotz der Heranziehung „zahlungskräftiger" Personen waren die Geldquellen langsam versiegt, konnte diese Summe von der steirischen Bevölkerung nicht aufgebracht werden. Insbesondere, vermerkte der Sicherheitsdirektor, hatte die Praxis bei der Hereinbringung der „Verpflegskosten" für die Angehaltenen ergeben, dass diese oder deren Familien zu 95 Prozent zahlungsunfähig seien: (Es ist) *eine Aktenarbeit, die in keinem Zusammenhange mit dem Ergebnis gebracht werden kann. Der hiezu unbedingt aufzuwendende Apparat verteuert die Kosten neuerlich und muss als unrentabel bezeichnet werden*, so Zelburg.[781]

5.3.8 Vorbereitungen zum Staatsstreich

Als sich Karl Korn[782] am 14. August 1933 den Behörden in Bregenz stellte, hatte er eine abenteuerliche Reise hinter sich. Korn gab der Behörde zu Protokoll, er sei auf Grund einer Straftat[783] bereits Ende April von Graz aus nach München geflohen, wo er sich bei SA-Obergruppenführer Reschny[784], dem Kommandanten der im Lager Lechfeld bei Augsburg stationierten „Österreichischen Legion", im Hotel „Reichsadler" gemeldet habe. Nach einer gründlichen militärischen Ausbildung in Dachau und im Lager Lechfeld sei er von Reschny höchstpersönlich in die Stabswache mit dem Auftrag berufen worden, die Stabsleitung unter Einsatz des eigenen Lebens zu bewachen und alle verdächtigen Vorkommnisse im Lager zu melden. Korn habe bereits Ende Juni in Erfahrung gebracht, dass sich zwei der Kremser Attentäter[785], Scheibenpflug und Weichselbaum, im Lager Lechfeld aufhielten; Adolf Weichselbaum

781 StLA ZGS (BKA) K.88/15 (Fol.12–15).

782 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol. 253–271) Karl Korn [geb. 1903 in Oberlohma (Horní Lomany); Heimatrecht in Bregenz, Anm.] lieferte viel Insider-Wissen über Aufbau und Ausbildung der Organisation sowie Details über Führungspersonen und deren Eroberungspläne, das sich partiell mit den Informationen der Staatspolizei deckte und für plausibel befunden wurde. Korn, der vom Sicherheitsdirektor als „gefährliches Individuum" bezeichnet wurde, konnte für seine Behauptungen jedoch keine schriftlichen Beweise erbringen.

783 StLA L.Reg. Gr.384: Na 14 (1933): Laut einer behördlichen Mitteilung hatte sich Karl Korn als NS-Agitator und Waffenschieber im Bezirk Leibnitz betätigt; außerdem war er wegen Eigentumsdelikten mehrmals vorbestraft und sollte behördlich „abgeschafft" d.h. in seine Heimatgemeinde abgeschoben werden.

784 Hermann Reschny geb.1898 in Stammersdorf bei Wien, gest. 1971 in Graz: AEIOU Österreich-Lexikon http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.r/r524221.htm, 18.12.2009.

785 Der in Krems/OÖ auf einen Zug der als Hilfspolizisten beschäftigten christlich-deutschen Turner verübte blutige Handgranatenüberfall bildete den Anlass für das Verbot der NSDAP am 19. Juni 1933.

gehöre jener Stosstruppe an, die auf Sprengstoffanschläge in Österreich spezialisiert war. Dieser halte sich gegenwärtig in Lindau unter gefälschtem Namen auf. Auf Befehl Reschnys sollte Weichselbaum im Juli 1933 über die Grenze nach Österreich geschleust werden, um einen Sprengstoffanschlag auf die Grazer Hilfspolizeischule in der Leonhardkaserne (Reiterkaserne) zu verüben, was ihm jedoch letztlich misslungen sei. Kraft seiner Machtfülle – immerhin plante Reschny eine exterritoriale Armee von bis zu 25.000 Mann aufzubauen – scheint der SA-Führer übertriebene optimistische Vorstellungen von seinem in einem knappen Monat geplanten Überfall auf Österreich gehegt zu haben.[786] Korn behauptete, Reschny brüste sich damit, den entscheidenden Schlag gegen die Regierung Dollfuß anlässlich des im September 1933 stattfindenden Katholikentages zu führen: *Dann haben wir die ganze schwarze Brut beisammen und wir werden über Leichen gehen*, soll Reschny gedroht haben.[787] Der Auftakt hierzu war dem militärischen Leiter und Kommandanten des Steirischen Heimatschutzes, Oberst Polten, übertragen worden. Nach der „Auftaktsaktion" in Wien sollte Polten eine „Proklamation an das nationale Volk Österreichs" erlassen, worauf „die SA- und SS-Verbände Innerösterreichs" in Aktion treten sollten. *Wir*, damit meinte Reschny offenbar den Freikorps, *werden dann einmarschieren und in 48 Stunden wird Wien uns gehören*. Als erstes sollten alle ins Ausland führenden Bahnlinien zerstört sowie jene als „Bollwerk" bezeichneten Gemeindebauten Wiens „in die Luft" gesprengt werden. Reschny habe weiters erklärt, dass die Alarmstufe der Bundespolizei in Wien *in treuester Verbindung mit uns, der NSDAP, ist und auch ein Teil des Militärs und ihrer Offiziere auf unserer Seite stehen*. Im Besitz dieser Informationen, so Korn, war er zunächst zum österreichischen Generalkonsul nach München gereist, um dort die vertraulichen Mitteilungen zu deponieren. Nach einem misslungenen Versuch die verlangten Beweise zu verschaffen, floh er nach Zürich. Auf Anraten des österreichischen Konsuls fuhr er anschließend nach Bregenz, wo er am 14. August den Vorarlberger Sicherheitsdirektor aufsuchte.

In seiner Untersuchung der personellen Rivalitäten und Mehrgleisigkeiten im Hintergrund des Juli-Putsches vermutet Hans Schafranek, persönliche Antagonismen hätten zwischen Reschny und den späteren Drahtziehern des Juli-Putsches, Habicht, Rauter, Kammerhofer und Meyszner, für gespannte Beziehungen gesorgt. Jene später aus Machtstreben gebildeten Allianzen wurden schließlich entscheidend für das Scheitern des Aufstandes.[788] Glaubt man den Angaben Korns, scheint die herausragende Stellung des Obersten Polten in den Plänen Reschnys tatsächlich auf einen Bruch zwischen dem SA-Obergruppenführer und den zu SA-Führern mutierten Heimatschutzgranden hinzuweisen. Darüber hinaus behauptete Korn,

786 Laut Korns Angaben waren bis Anfang Juli 1933 6400 Mann „vollkommen militärisch" ausgebildet worden.

787 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.269).

788 Schafranek, Sommerfest, S. 224; 20–21. Dies lag möglicherweise in der von jenen Heimatschutzführern als Affront wahrgenommenen Unterordnung innerhalb der Organisation Reschnys begründet. Reschny blieben die Putschpläne seiner Kontrahenten verborgen. Er ordnete die Alarmierung seiner „Legion" erst nach dem Beginn der Kampfhandlungen am 25.7.1934 an. Zeugenaussagen zufolge kam der Befehl erst gegen 19 Uhr (S. 156–159).

über genaue Daten der illegalen Organisation der österreichischen NSDAP zu verfügen. Laut der Münchner Kartothekstatistik waren mit 5. Juli 1933 rund 22.000 Österreicher in der Partei eingeschrieben und bis 20. Juni mehr als 1000 politische Flüchtlinge registriert worden. Den Angaben Korns zufolge patrouillierten mehrere komplett ausgerüstete SS-Trupps zu je 120 Mann mit einer Gesamtstärke von 1800 Mann entlang der deutsch-österreichischen Grenze, die vor allem in Traunstein, Freilassing und Berchtesgaden stationiert waren. Korn verriet weiters, wie der zwischen Bregenz und Lindau eingerichtete Kurierdienst funktionierte. Demnach wurden die aus Österreich flüchtigen Nationalsozialisten bereits in Bregenz mit den nötigen Papieren versorgt und anschließend über die Grenze nach Lindau gebracht, wo sie im Parteiheim der NSDAP Unterschlupf fanden.[789] Der mit dem Fall Korn befasste Sicherheitsdirektor Rada vermutete, es handle sich hierbei um einen üblen Opportunisten und Kopfgeldjäger. Möglicherweise hoffte Korn, die von der Regierung für die Ergreifung Weichselbaums ausgesetzte Prämie sowie eine angemessene Entlohnung für die von ihm minutiös gesammelten Informationen zu kassieren. Korn wurde zur Verbüßung einer ausstehenden 10-tägigen Haftstrafe vom Posten Bregenz zunächst verhaftet und in die Fronfeste eingeliefert. Über das weitere Schicksal des eifrigen Informanten schweigt sich der untersuchte Quellenbestand aus.

Dass die Münchner Zentrale einen baldigen Staatsstreich in Österreich plante, beweist ein mit dem Stempel der NSDAP Gauleitung Steiermark versehenes und mit August 1933 datiertes Schriftstück, in dem alle „deutschen Österreicher" zum Durchhalten aufgerufen werden, denn „die Knechtschaft dauert nur mehr kurze Zeit!".[790] In einem ähnlichen Aufruf, der weder unterzeichnet noch gestempelt ist, behauptet die Landesleitung, der Aufbau der österreichischen NSDAP sei bereits vollzogen: *Die Organisation in ihrer neuen Form ist fertig.* (…) *Tut alles, um den Erfolg des Tages der nationalen Erhebung in Oesterreich sicherzustellen! Die Regierung muss fallen, damit das Volk in Oesterreich leben kann!*[791] Zusätzlich erfüllten jene Durchhalteparolen die wichtige Aufgabe, nicht nur die Stimmung der nun „führerlosen" österreichischen Nationalsozialisten zu heben, sondern sie auch in ständiger Bereitschaft für den Tag des Losschlagens zu halten. Im Herbst 1933 machten die Sicherheitsbehörden entsprechende Wahrnehmungen von Putschplänen der Nationalsozialisten. Anfang Oktober sollte ein SA-Putsch als Bauernaufstand in Kärnten beginnen und mit Beteiligung der Alpine in Donawitz über die Bühne gehen – der bereits erwähnte Renzenberg sollte hierbei eine Schlüsselrolle spielen. Bezeichnenderweise fiel der nächste Putschtermin auf den 9. November 1933, den zehnten Jahrestag des gescheiterten Brauhausputsches. Am 15. März 1934 sollte ein weiterer Putschplan, der angeblich bis ins kleinste Detail und unter strengster Geheimhaltung

789 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.253–271).

790 StLA ZGS (BKA) K.82/9 (Fol.253–254): Der Aufruf trägt die Namen Oberhaidacher und Knaus in Maschinenschrift sowie den gestempelten Schriftzug „Derzeit: München, Herzog Wilhelmstraße 32".

791 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.427). Das Schriftstück ist zwar undatiert, dürfte aber auf Grund seiner zeitlichen Einordnung im Quellenbestand ebenfalls mit Juli/August 1933, dem Inhalt nach auf jeden Fall mit 1933 zu datieren sein.

mit allen SA-Ortsgruppen abgesprochen war, realisiert werden. In der Folge tauchten immer wieder neue Putschgerüchte auf, die sich im Verlauf des Frühsommers 1934 verdichteten. De facto war es ein Katz-und-Maus-Spiel: Zu bestimmten bedeutsamen Terminen, wie „Führers Geburtstag“ oder dem 1. Mai, an denen ein Putsch zu befürchten war, wurden die Sicherheitskräfte in Alarmbereitschaft versetzt. Für zusätzliche Verwirrung sorgten die Nazis, als sie „beruhigende“ Nachrichten – noch kurz vor dem Putsch – durchsickern ließen, um von ihrem konkreten Vorhaben abzulenken.[792]

5.4 Der Kampf um die „Macht im Staate“ – Brennpunkte der Radikalisierung

Die Erhebungen des September 1931, des Februar und des Juli 1934 galten auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges lange als Tabuthema; die historische Aufarbeitung der traumatischen Ereignisse der Ersten Republik Österreichs hätte womöglich zu einer Belastungsprobe für die politische Partnerschaft geführt, die zur „Erfolgsstory“ der Zweiten Republik maßgeblich beigetragen hatte. Ab Ende der 1950er Jahre setzte jedoch ein Umdenken ein, das bald Früchte trug. Mit der im Jahr 1966 erfolgten Gründung des Institutes für Zeitgeschichte an der Universität Wien wurde ein großer Schritt in der österreichischen Geschichtsforschung getan. In der ersten Hälfte der 1960er Jahre erschien bereits eine Reihe von Publikationen, die sich mit verschiedenen Aspekten der österreichischen Heimwehren sowie dem Putsch des Steirischen Heimatschutzes auseinandersetzten.[793] Zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten aus dem In- und Ausland haben sich seither mit dem Heimwehr-Phänomen, dem Februaraufstand des Republikanischen Schutzbundes sowie dem nationalsozialistischen Putsch des Jahres 1934 beschäftigt. Hierbei wurden Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen dieser Aufstände nicht nur in Wien, sondern auch an wichtigen regionalen Schauplätzen unter die Lupe genommen.[794] Im Folgenden sollen nicht

792 Bauer, Elementarereignis, S. 30–33.

793 Josef Hofmann, Der Pfrimer-Putsch. Der steirische Heimwehrprozeß des Jahres 1931 (=Publikationen des Österreichischen Instituts für Zeitgeschichte 4, Graz 1965) [Diss., Wien 1962]; Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr (Wien 1966); Bruce F. Pauley, Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalismus 1918–1934 (Wien 1972); Ludger Rape, Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte, 1921–1923 (Wien 1977); Clifton Earl Edmondson, The Heimwehr and Austrian Politics 1918–1936 (Athens 1978); Wilhelm Chraska, Die Heimwehr und die Erste Republik Österreich. Überlegungen zur österreichischen Staatswerdung nach dem Zusammenbruch der Monarchie 1918 (Kiel 1981); Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? (= Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 7, Wien 1985).

794 Pionierarbeit auf dem Gebiet des NS-Putsches haben vor allem Gerhard Jagschitz, Kurt Bauer und Franz Schafranek geleistet: Gerhard Jagschitz, Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich (Graz/Wien/Köln 1976); Kurt Bauer, Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934 (Wien 2003); Hans Schafranek, Sommerfest mit Preisschiessen. Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934 (Wien 2006). Grundlegendes zum Thema Sozialdemokratie und dem Februar 1934: Helene Maimann (Hrsg.), Die ersten 100 Jahre.

die Kampfhandlungen selbst, sondern die Hintergründe und Auswirkungen der politischen Aufstände im regionalen Kontext zusammengefasst werden.

5.4.1 Der „Pfrimer-Putsch"

Der von Walter Pfrimer geplante und geleitete Aufstand basierte auf der Annahme, sein Unternehmen würde von Teilen der Bundes- und der steirischen Landesregierung sowie von Gendarmerie und Bundesheer unterstützt werden. Dass er von den anderen Heimwehrführern kaum Hilfe zu erwarten hatte, wusste Pfrimer vermutlich. Der Putsch[795] sollte bereits im Herbst 1930 stattfinden, wurde jedoch auf Betreiben des damaligen Innenministers Starhemberg im Keim erstickt. Wahrscheinlich empfand Pfrimer große Genugtuung, als sich Starhemberg im Frühjahr 1931 wegen finanzieller Probleme von der Führung des Heimatschutzes beurlauben ließ.[796] Der Plan sah zunächst vor, die in der Obersteiermark stationierten Männer auf eine Falschmeldung hin zu den Waffen zu rufen. Schwere Zusammenstöße des Republikanischen Schutzbundes mit der Gendarmerie im Ennstal sollten den Anlass für das Aufgebot des Heimatschutzes liefern. Der Aufruf befahl den Heimatschützern, mit der staatlichen Exekutive „zusammenzuwirken"; die Bevölkerung sollte Ruhe bewahren und der staatlichen Exekutive sowie den „Freiwilligen" keinen Widerstand leisten.[797] Nach der Besetzung von Gendarmerie- und Polizeidienststellen, Ämtern und Behörden sowie wichtigen Bahn- und Straßenverbindungen sollte mit dem „Marsch auf Wien" die Staatsmacht im Sinne der von Pfrimer proklamierten Verfassung handstreichartig übernommen werden. Bekanntlich ging der Putsch vom 13. September 1931 aus mehreren Gründen fehl, hauptsächlich jedoch, weil Pfrimer die Bereitwilligkeit führender Politiker und der Exekutive aktiv mitzuwirken, falsch eingeschätzt hatte. Wie bereits in einem früheren Kapitel dargelegt, stellte sich Walter Pfrimer, der Anfang Mai 1931 die Bundesführung der Heimwehren von Starhemberg übernommen hatte, zunehmend gegen die Interessen der industriellen Geldgeber, die eine Stärkung der bürgerlichen Fraktion im Parlament durch den Heimatblock wünschten. Im Frühjahr 1931 ging der Heimatblock, der unter dem direkten Einfluss

---

Österreichische Sozialdemokratie 1888–1988 (Wien 1988); Erich Fröschl, Helge Zoitl (Hrsg.), Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen (Beiträge zum wissenschaftlichen Symposion des Dr-Karl-Renner-Instituts abgehalten vom 13.–15.2.1984 in Wien); Everhard Holtmann, Zwischen Unterdrückung und Befriedung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933–1938 (= Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 1, Wien 1978); Anson Rabinbach, Vom Roten Wien zum Bürgerkrieg (Wien 1989); Manfred Marschalek (Hrsg.), Untergrund und Exil. Österreichs Sozialisten zwischen 1934 und 1945 (=Sozialistische Bibliothek Abt. I: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 3, Wien 1990); Robert Hinteregger, Karl Müller, Eduard Staudinger (Hrsg.), Auf dem Weg in die Freiheit (Graz 1984); Werner Anzenberger, Martin Polaschek, Widerstand für eine Demokratie (Graz 2004).

795 Der militärische Operationsplan stammte von General Ellison von Nidlef (1868–1947): http://www.austro-hungarian-army.co.uk/biog/ellison.html, 14.10.2009.

796 Pauley, Hahnenschwanz, S. 107–126.

797 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (GZ.131.189 GD.1/23) Gegenstand: Heimwehrputsch am 13. September 1931.

des Führungsduos Pfrimer/Rauter stand, in wichtigen parlamentarischen Fragen und Abstimmungen auf Konfrontationskurs. Anstatt das bürgerliche Lager zu stärken, schwächte er es. Die Regierungskrise begann im Mai 1931, als Bundeskanzler Ender über die umstrittene Sanierung der vom Untergang bedrohten Credit-Anstalt stolperte. Daraufhin betraute Bundespräsident Miklas Altkanzler Seipel mit der Bildung einer starken Konzentrationsregierung.[798] Als Rauter den Abgeordneten des Heimatblocks befahl, einer Berufung zum designierten Bundeskanzler Seipel nicht zu folgen, sondern sich verleugnen zu lassen, war die Blamage perfekt. Der Industriellenverband drohte, die Finanzierung der Bewegung mit September 1931 zu limitieren, wenn „bis dahin eine Abkehr von der radikalen Richtung nicht eintrete."[799] Felix Busson, einer der Direktoren der ÖAMG und Befürworter des Heimatblocks, sah die größte Gefahr für die Heimwehren und für Pfrimers Heimatschutz im Besonderen in der nun drohenden „schwarz-roten Koalition":

Bestrebt sich der Heimatblock nicht, die wankelmütigen Grossdeutschen in der Regierungskoalition zu ersetzen, so ist es sicher, dass eine schwarz-rote Koalition zustande kommt und was diese, wenn auch nur bei kurzem Bestande, für die ganze Wirtschaft und für den Heimatschutz selbst bedeutet, kann jeder vernünftig Denkende ohneweiters einsehen. Es ist sicher, dass die erste Massnahme einer solchen Koalition die Auflösung und Entwaffnung der Selbstschutzformationen und einen Niederbruch der Heimatschutzbewegung im Gefolge hätte.[800]

Nachdem das „Gespenst" einer schwarz-roten Koalition jedoch bald vom Tisch war, bildete sich schließlich eine bürgerliche Koalition „der schwachen Hand", die am 20. Juni 1931 die Regierungsgeschäfte, bezeichnenderweise ohne Mitwirkung des Heimatblocks, übernahm.

Die Regierungsverhältnisse in Österreich waren seit den Wahlen im November 1930, als der christlichsoziale Stimmenanteil auf magere 35 Prozent gesunken war, äußerst instabil. Um das Staatsschiff auf Kurs zu halten, war jede bürgerliche Koalition mehr oder weniger auf die Unterstützung einer anderen Fraktion im Nationalrat angewiesen. Walter Pfrimer hat mehrmals gedroht, den „Saustaat" und das Parlament durch einen Marsch nach Wien abzuschaffen.[801] Was oder wer den Heimatschutzführer konkret veranlasst haben mag, wirklich loszuschlagen, ist bisher nicht ganz klar. Die Motivation des streitbaren Advokaten, einen Staatstreich durchzuführen, muss jedenfalls sehr stark gewesen sein. Noch immer schwebt ein

798 Goldinger/Binder, Österreich, S. 180–185.
799 Bekanntlich war Pfrimer kein Verfechter des demokratischen Weges, sondern Vertreter einer überparteilichen Organisation. Er war von Anfang an gegen Wahlen – für ihn erfüllte der Heimatblock eine bloße Sicherungsfunktion. Im Fall eines Aufmarsch- oder Uniformverbotes der bewaffneten Verbände sollte der Heimatblock den Fortbestand der Heimatschutz-Idee im Parlament garantieren: Abwehr oder Erneuerungsbewegung. In: Der Panther (9.5.1931) S. 1.
800 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (GZ.221.233 GD.1/31, 20.11.1931) Gegenstand: Dr. Paul Weitzer, Geschäftsführer des Verbandes der Obersteirischen Eisen- und Stahlwerke; Rückstellung von beschlagnahmten Schriftstücken (Umwandlung des Heimatblocks/12.6.1931).
801 Wiltschegg, Volksbewegung, S. 194–197.

geheimnisvoller Schleier über jenem 13. September; manche Rätsel harren noch der Klärung. Widersprüchliche Zeugenaussagen zur angeblichen „Berauschung" Pfrimers lassen allerhand Spekulationen aufkommen. War Pfrimer alkoholisiert oder einfach nervlich am Ende? Sollte er unter Drogeneinfluss absichtlich „außer Gefecht" gesetzt werden?[802] Ein Mysterium bleibt auch die militärische Operation des Majors Pranckh, der mit seinen Heimwehrtruppen anstatt in Richtung Semmering in die entgegengesetzte Richtung auf das Gaberl, ein weststeirisches Grenzgebirge, marschierte. Möglicherweise sollte Pranckh von dort aus die Landeshauptstadt Graz einnehmen. Bei seiner Einvernahme brach der Bundeswehrführer Hülgerth für Pranckh eine Lanze und beschrieb ihn als „vernünftigen und besonnenen Menschen".[803]

5.4.1.1 Der Putsch als Krisensymptom

Pfrimers versuchter Staatsstreich ist als dilettantisches, beinahe lächerliches Unternehmen in die Annalen der Geschichte eingegangen – der Putsch wurde sogar als „operettenhaft" bezeichnet, obwohl sich in Kapfenberg ein Zusammenstoß mit tödlichem Ausgang ereignet hatte.[804] Die Auswirkungen der damaligen Ereignisse, die alles andere als harmlos gewesen waren, sorgten bis Jahresende 1931 für Schlagzeilen: Etwa die Reaktionen vieler damaliger Politiker, die sich beeilten, den dreisten Griff nach der „Macht im Staate" schärfstens zu verurteilen sowie die ausführlichen Presseberichte, die tage-, sogar wochenlang die Spalten füllten. Im Dezember 1931 fand die Aufregung eine Fortsetzung, als der Prozess gegen die Hauptbeteiligten mit einem Freispruch endete. Der missglückte Putsch kann als Höhepunkt einer antiparlamentarischen Bewegung begriffen werden, in der die gewaltsame Beseitigung der verhassten Staatsstrukturen zum Programm erklärt worden war. In den ersten Stunden schienen die militärischen Operationen durchaus zu greifen. Immerhin marschierten rund 14.000 Heimatschützer auf, besetzten die Amtsräume lokaler Behörden, bedrohten und verhafteten Amtspersonen, blockierten Straßenverbindungen und umzingelten die Landeshauptstadt Graz, wo 2000 Mann Bundesheertruppen stationiert waren. Aber abgesehen davon, dass es Pfrimer nicht gelang, wesentliche Unterstützung für seinen Marsch auf Wien zu gewinnen, „vergaßen" die Verantwortlichen, die Kommunikationslinien von Bahn und Post zu besetzen. Dadurch konnte die Regierung in Wien alarmiert werden, die das Bundesheer in Marsch setzte. Wie auch immer der beinahe in Vergessenheit geratene Putschversuch heute beurteilt wird, Pfrimer muss von der Notwendigkeit seiner „Mission" und dem Erfolg

802 Hofmann, Pfrimer-Putsch, S. 103–107.
803 Jedlicka, Justizpalast, S. 326.
804 Der Sonntag in Kapfenberg. In: Obersteirerblatt (16.9.1931) S. 4. In Kapfenberg, wo es an mindestens zwei Stellen zu schweren Zusammenstößen zwischen Putschisten und Arbeitern gekommen war, starben zwei Arbeiter in einem Feuergefecht, darunter ein Vater von drei Kindern, sowie ein Heimatschützer.

des militärischen Unternehmens überzeugt gewesen sein.[805] Vor dem Nationalrat sagte Innenminister Winkler aus, es seien bereits Wochen vor dem Putsch vom 13. September Gerüchte im Umlauf gewesen, die sich bei einer Bundesführersitzung der Heimwehr am 4. September 1931 im Leobener Hotel Gärner konkretisierten. Walter Pfrimer soll die warnenden Stimmen, die sich aus den eigenen Reihen erhoben, in den Wind geschlagen haben. Seine größte Sorge soll der Verhinderung einer möglichen rot-schwarzen Koalition gegolten haben, die das Ende der Heimwehr-Herrlichkeit bedeutet hätte. Zudem vermeinte der Bundesführer, den richtigen Zeitpunkt für einen Putsch gewählt zu haben. Immerhin zeigte das von ihm initiierte Volksbegehren, das rund 620.000 Unterschriften erhielt, deutlich auf, dass viele Menschen mit der aktuellen Bankensanierung, die den Staatshaushalt schwer belastete, nicht einverstanden waren. Winkler vermutete, Pfrimer sei unter dem „verhängnisvollen Einfluss" seines Generaladjutanten Karl Othmar Lamberg gestanden, der auf die Durchführung des Putsches drängte.[806] In einem späteren Interview hat Pfrimer erklärt, die „schlechte wirtschaftliche Lage" Österreichs im Herbst 1931 habe ihn veranlasst, den Putschplan in die Tat umzusetzen. Bei der oben erwähnten Führersitzung in Leoben, behauptete Pfrimer, sei es zu einem einstimmigen Beschluss gekommen, *dass ein Aufmarsch erfolgen soll, um die Regierung und das Parlament zu zwingen, entsprechende wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen und dem Elend ein Ende zu machen*. Der Zeitpunkt des Marsches sei allerdings ihm, dem Bundesführer, überlassen worden.[807] Laut den Aufzeichnungen des damaligen Innenministers Franz Winkler hatte Pfrimer die Einmütigkeit der Teilnehmer, auch Starhembergs, in der grundsätzlichen Frage der Gewaltlösung als Auftrag aufgefasst, eigenmächtige Entscheidungen hinsichtlich eines Staatsstreiches zu treffen.[808] In seinen Memoiren behauptete Starhemberg hingegen, er habe sich neben einigen anderen Führern ganz entschieden gegen die Durchführung eines Putsches ausgesprochen. Unter vier Augen habe ihm Pfrimer anschließend sein Wort gegeben, nichts ohne Starhembergs Einverständnis zu unternehmen.[809] Auch der Bundeswehrführer der Heimwehr Ludwig Hülgerth sagte aus, er habe sich vehement gegen einen Staatstreich gestellt und auch sämtliche anderen Führer hätten erklärt, bei einer Aktion gegen die staatliche

805 Das „Muß" der Machtergreifung. Beide Bundesführer sprechen in Wien. In: Der Panther (7.6.1930) S. 5: Pfrimer wird wie folgt zitiert: *Wir haben dort* [in Korneuburg, Anm.] *erklärt, daß wir die Macht in diesem Staate ergreifen wollen, ich glaube aber, man muß sagen, nicht wir wollen, sondern wir müssen die Macht in diesem Staate ergreifen, weil sonst der Bolschewismus oder der westliche Kapitalismus* (…) *unseren Staat und unser Volk in ihre Gewalt bekommen würden.* (…) ***Die Entscheidung, die fallen wird, ist nicht nur für unser Vaterland, sondern für das ganze Abendland von ausschlaggebender Bedeutung: entweder Untergang oder neuer Aufstieg.*** [Fettdruck im Original, Anm.].

806 Von langer Hand vorbereitet. In: Arbeiterwille (2.10.1931) S. 7; Sten. Prot. der 47. Sitzung (1. Oktober 1931). In: Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich (IV. Gesetzgebungsperiode) 1931 bis 1932 II. Band (Wien 1932), 1209–1241.

807 Der müde Diktator. Radiofeature von Martin Betz. Ö1, Ausstrahlung v. 20. 11. 2004, 9.05 Uhr („Hörbilder").

808 Winkler, Diktatur, S. 35–36.

809 Ernst Rüdiger Starhemberg, Memoiren – mit einer Einleitung von Heinrich Drimmel (Wien/München 1971) S. 104–106.

Exekutive nicht mitmachen zu wollen. Eine Beschlussfassung, so Hülgerth, habe nie stattgefunden. Der Generalmajor hielt eine Irreführung Pfrimers, der mit seinen Nerven am Ende schien, insbesondere durch Lamberg, für höchstwahrscheinlich.[810]

Es ist bis heute ein Rätsel geblieben, auf wessen Zusagen hin Pfrimer mit der Unterstützung von staatlichen Kräften rechnen konnte. Dass Landeshauptmann Rintelen seine Finger im Spiel hatte, kann auf Grund seiner heimwehr-freundlichen Haltung als ziemlich sicher gelten. Auch der Name Seipel soll in Verbindung mit der Proklamation Pfrimers gefallen sein.[811] Doch reichen weder die Befugnisse eines Landeshauptmannes noch eines ehemaligen Bundeskanzlers aus, um in Wien die Macht zu übernehmen. Dass Pfrimer Hilfe aus Ungarn versprochen worden war, wurde von Budapest umgehend dementiert, eher schienen die außenpolitischen Fäden in Richtung Deutschland zu verlaufen.[812] Einiges spricht dafür, dass Lamberg ein Agent der NSDAP war. Hitler konnte sich Chancen ausrechnen, sowohl von einem erfolgreichen als auch einem fehlgeschlagenen Staatsstreich zu profitieren, zumal Anbahnungen zwischen der NSDAP und dem Heimatschutz bereits stattgefunden hatten.[813] Rückblickend kann angenommen werden, dass kompromittierende Absprachen mit Teilen der Exekutive, auf deren Mitwirkung die Putschisten gebaut hatten, vertuscht und heruntergespielt wurden und dass sich einige politische Opportunisten innerhalb und außerhalb der Heimwehr, je nach Ausgang des Putsches, ein „Hintertürl" offen ließen. In einem Kommunique ließ der Gendarmerieverband verlautbaren, dass der Großteil der einfachen Gendarmeriebeamten die Treue zur Republik gehalten habe, obwohl maßgebliche Vorgesetzte, die der heimwehrorientierten „Berufsvereinigung" angehörten, indirekt zum Putsch aufgerufen hatten. Hier heißt es wörtlich:

> *In Steiermark ist es nun der Berufsvereinigung gelungen, einen großen Teil der Gendarmeriebeamten in ihre Organisation zu pressen. Die steirischen Heimwehren, darüber genauest orientiert, vermuteten daher, daß sie bei den Exekutivorganen restlose Sympathie genießen und den Putsch daher mit Duldung der Gendarmerie durchführen könne. Die Berufsvereinigung, eine Organisation der Gendarmeriebeamten, hat hiezu die Vorarbeiten geleistet* (…). *Sie scheint auch direkte Versprechungen von der Heimwehr gehabt zu haben, denn bei den Wahlen im November 1931* [recte 1930, Anm.] *hat sie für die Heimwehr agitiert* (…). *Und doch erlitten die Putschisten und die ihr ergebenen Berufsvereinigung eine schwere Niederlage!*[814]

810 Jedlicka/Neck, Justizpalast/Dokument Nr.14, S. 325–237.

811 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 Gegenstand: Heimwehrputsch in Bruck/Mur & Kapfenberg/Bruck a/d Mur und Bereich der BH Bruck a/d Mur (Protokoll Konstantin Kammerhofer).

812 Die deutsch-freundliche Richtung Pfrimers lief den Bestrebungen Budapests wie auch Roms zuwider: Kerekes, Abenddämmerung, S. 95–96.

813 Hofmann, Pfrimer-Putsch, S. 93–94.

814 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 Heft „Steiermark mit 9 Sonderbeilagen" (An die Gendarmen der Republik! hrsg. v. Österreichischer Gendarmerieverband).

Der Gendarmerieverband scheute sich offenbar davor, irgendwelche Namen zu nennen. Man kann jedoch davon ausgehen, dass der steirische Landesrat und Heimatblockabgeordnete Gendarmerie-Oberinspektor August Meyszner hierbei eine Hauptrolle spielte.[815] Die schonende Behandlung der Heimwehren durch die Exekutive und die Gerichte ist ein deutliches Indiz dafür, dass sie als Schutzwehr des bürgerlichen Lagers erhalten bleiben sollten. Demgemäß wurde die von den Sozialdemokraten geforderte einseitige Entwaffnung der Heimwehren vom Innenminister Winkler abgelehnt.[816]

5.4.1.2 Nach dem Putsch

Um die Ereignisse rund um den Putsch in der Obersteiermark aufzuklären, ordnete Innenminister Winkler die Untersuchung durch eine staatspolizeiliche Erhebungskommission an. Die Beamten sollten unter anderem feststellen, inwiefern der obersteirische Stahlwerksverband involviert war und ob und in welchem Ausmaß Gendarmerie- und Staatsbeamte mit den Putschisten kooperiert hatten.

- Die Anschuldigung der Sozialdemokraten in Bruck an der Mur, der Putsch wäre vom Verband der obersteirischen Eisen- und Stahlwerke mitfinanziert worden, konnte scheinbar entkräftet werden. Die von der Polizei konfiszierten Dokumente wiesen lediglich nach, dass der Verband regelmäßige Zahlungen für den Heimatblock geleistet hatte. Der Verbandssekretär Dr. Paul Weitzer gab Folgendes zu Protokoll:

> *Durch die Urlaube und verschiedenen Absenzen kam es seit 23. April 1931 zu keiner Exekutivkomitee-Sitzung, sodaß über die bestehenden laufenden Ausgaben hinausgehende Aufwendungen vom Büro des Verbandes gar nicht gemacht werden konnten. Die Annahme der Bevölkerung in Bruck a. d. Mur, daß etwa von Seite des Verbandes der obersteirischen Eisen- und Stahlwerke für die Durchführung der Aktion am 12. und 13. September 1931 besondere Geldmittel zur Verfügung gestellt worden seien, erweist sich unbegründet und entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage.*[817]

- Ebenfalls kam die Kommission zu dem Schluss, dass Gendarmerie-Oberinspektor Franz Neubauer in Leoben nicht, wie kolportiert worden war, freundschaftlichen Verkehr mit den Putschisten unterhalten, sondern sich korrekt „auf dem Boden des Gesetzes“ bewegt hatte. Neubauer konnte die Putschisten nicht

815 August (Edler von) Meyszner (1886–1947) wurde von einem Belgrader Gericht wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt: http://forum.axishistory.com/viewtopic.php?t=25428, 18.12.2009.

816 Winkler, Diktatur, S. 14.

817 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (GZ.221.233 GD.1/31, 20.11.1931) Gegenstand: Dr. Paul Weitzer, Geschäftsführer des Verbandes der Obersteirischen Eisen- und Stahlwerke; Rückstellung von beschlagnahmten Schriftstücken.

zurückschlagen, hieß es, weil er lediglich 10 Mann gegen 800 bis 900 Heimatschützer aufzubieten hatte.[818] Die sozialdemokratischen Emissäre Schlager und Köhler hatten Neubauer wiederholt aufgefordert, gegen die Putschisten, die seit den frühen Morgenstunden die Leobener Zufahrtsstraßen mit Maschinengewehren blockiert hatten, vorzugehen. Neubauer lehnte jedoch das Angebot des Schutzbundkommandanten Dr. Köhler, die Gendarmerie in Leoben mit starker Schutzbundassistenz zu unterstützen, verständlicherweise ab. Ein weiterer schwerwiegender Vorwurf konnte der Gendarmerie wohl kaum erspart bleiben, nämlich den Putschisten – wissentlich oder unwissentlich – geholfen zu haben, die gesamten Waffen in ihre Lager abzutransportieren. Am Nachmittag des 13. September sah sich die mittlerweile auf 30 Beamte aufgestockte Gendarmerie veranlasst, wütende Heimwehr-Gegner mit einem Bajonett-Angriff zu zerstreuen, die vor dem Grandhotel Gärner demonstrierten, wo sich einige Hundert bewaffnete Heimatschützer aus der Umgebung „verschanzt" hatten. Diesen Auflauf nützten einige Putschisten, mit den Waffen zu entkommen und sie in die Lohnzentrale der ÖAMG in Donawitz zurückzubringen.[819] Während die maßgeblichen Führer der Heimatschutz-Ortsgruppe Seegraben Ing. Max Slivka und Emil Guth verhaftet werden konnten, setzte sich Berginspektor Franz Trojan nach Italien ab. Diese Führer wurden von der Donawitzer Schutzwache bei der Staatsanwaltschaft wegen Hochverrats, Einschränkung der persönlichen Freiheit, Übertretung des Waffenpatentes und Wachebeleidigung angezeigt. In Seegraben etwa hatten sich 200 bis 300 zum Teil bewaffnete Heimatschützer in den frühen Morgenstunden des 13. September versammelt und bei den von ihnen errichteten Straßensperren Passanten und Fahrzeuge angehalten, durchsucht und sogar beraubt.[820]

- In Bruck an der Mur wurde von sozialdemokratischer Seite gegen zwei leitende Gendarmen, Rittmeister Peter Fuchs sowie den Gendarmerie-Abteilungsinspektor und Kommandanten der örtlichen Gendarmerie-Schule, Karl Ortner, Anzeige erstattet. Als am 13. September Heimatschutztruppen die Stadt bis in die frühen Morgenstunden eingeschlossen und die Bezirkshauptmannschaft besetzt hatten, reagierte Ortner erst auf eine Weisung aus Wien, gegen den Heimatschutz vorzugehen. Immer wieder wurde die Passivität der Exekutive dem

818 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (GZ.131.189 GD.1/23) Gegenstand: Heimwehrputsch am 13. September 1931.

819 MC/AL Gemeindearchiv Donawitz, Sch.10, Akten Nr.127–137 (Zl.3/516): Laut einem Bericht der Schutzwache Donawitz war der Putsch auf ganz unspektakuläre Weise beendet worden: *Um ca 15 Uhr zogen sämtliche angeführte Heimatschutz Gruppen von ihren eingenommenen Posten, welche sie durchwegs seit früh morgens bezogen hatten, ab und zogen sich vollkommen zurück. Soweit in Erfahrung gebracht werden konnte, wurden in der Lohnzentrale der Alpine Montangesellschaft Gewehre und Munition ausgefolgt und im Hause Donawitz Nr. 133 (Betriebsratszimmer und Burschenküche) abgeliefert.*

820 MC/AL Gemeindearchiv Donawitz, Sch.10, Akten Nr.127–137 (Zl.4/124 ad, 19.9.1931): Die Schutzwache Donawitz an die Staatsanwaltschaft: „Die beiden Wachebeamten versuchten nochmals ihnen das Ungesetzliche vorzuhalten, wurden aber unter Vorhalt der Gewehre und mit Schmährufen wie *verschwinds, habts nichts mehr zu reden, jetzt sind wir die Polizei, morgen seid ihr schon ganz verschwunden* abgefertigt."

Heimatschutz gegenüber mit dem Argument erklärt, die Gendarmeriebeamten seien entweder in der Minderheit gewesen oder man habe ein Blutvergießen vermeiden wollen. Aber im Gegensatz zu Leoben schien selbst den Behörden die Haltung der Gendarmerie in Bruck an der Mur „nicht verständlich" zu sein, „da dort die Gendarmerie über 60 Mann verfügte".[821] Verdachtsmomente gegen Ortner ergeben sich im Licht der Aussage des Landesleiters des Steirischen Heimatschutzes, Konstantin Kammerhofer. Dieser gab bei seiner Vernehmung an, er habe von Walter Pfrimer am Abend des 12. September den telefonischen Auftrag erhalten, erst nachdem er einen an Ortner adressierten verschlossenen Briefumschlag abgeliefert hatte, den Putsch auszulösen. Pfrimer hatte Kammerhofer zuvor versichert, Ortner werde einen besonderen Auftrag im Rahmen der „Aktion" des Heimatschutzes zu erfüllen haben.[822]

- Ausgerechnet in seiner Heimatstadt Judenburg stieß Pfrimers Unternehmen auf den entschlossensten Widerstand der Behörden. Der Bezirkshauptmann von Judenburg, Dr. Josef Tieber, ließ sich von dem Auftritt der Heimatschützer weder in der Villa Pfrimer noch in seiner Kanzlei einschüchtern und weigerte sich standhaft, die Proklamation Pfrimers anzuerkennen. Er machte den örtlichen Kommandanten Dr. Odelga auf die strafrechtlichen Konsequenzen seines Anerbietens aufmerksam. Neben Pfrimers Sohn Walter und Kreisleiter Stegmüller befand sich auch der Heimatblock-Nationalratsabgeordnete Sepp Hainzl unter den anwesenden Putschführern. Weiters ließ Tieber die in Judenburg verteilten Heimatschutz-Plakate und Flugzettel sofort entfernen. Der Bezirkshauptmann handelte wohl in dem Bewusstsein, dass ihm der stellvertretende Kommandant des in Judenburg stationierten Alpenjägerregimentes Nr. 10 seine Unterstützung nicht versagen würde. Dieser weigerte sich ebenso entschieden, den Eid auf Pfrimers Verfassung abzulegen und stellte sich vielmehr hinter den Bezirkshauptmann. In der Stadt Judenburg kam es daher zu keinerlei Ruhestörungen oder Zusammenstöße zwischen Sozialdemokraten und Heimatschützern.[823]

- Ebenfalls als Folge eines Erlasses des Innenministeriums wurde der steirische Landesrat und Sozialdemokrat Johann Leichin mit der heiklen Aufgabe betraut, Strafanzeige gegen die behördlich erfassten Insurgenten an die Staatsanwaltschaft Graz zu erstatten. Es handelte sich großteils um leitende Angestellte der Alpine-Betriebe, die sich angemaßt hatten, bewaffnete Aktionen zu leiten, unbeteiligte Passanten zu perlustrieren und zu bedrohen sowie Verhaftungen durchzuführen. Unter den Angezeigten befanden sich öffentliche Bedienstete, Lehrer, Steuer-, Post und Bahnbeamte, die als Heimatschutz-Ortsgruppenleiter militärische Aktionen

821 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (GZ 131.189 GD.1/23) Gegenstand: Heimwehrputsch am 13. September 1931; Protokoll Friedrich Krawagna, 16.9.1931.

822 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 Gegenstand: Heimwehrputsch in Bruck/Mur & Kapfenberg/Bruck a/d Mur und Bereich der BH Bruck a/d Mur (Protokoll Konstantin Kammerhofer).

823 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (Schlussbericht Pfob).

angeführt hatten, deren Namen zwecks Disziplinarmaßnahmen an die jeweils höhere Instanz weitergeleitet wurden. Leichin meldete dem Innenminister auch einige Waffendepots der Heimwehr in der Steiermark, mit der Bitte, die Aushebung derselben nachzuprüfen.[824]

- Während sich die Putschisten in ihre Heimatorte zurückzogen, wurden sie weder von der Gendarmerie noch dem Bundesheer behelligt.[825] Erst nach der Aktion fanden Waffensuchen statt. Während die Gendarmerie in einigen Bezirken neben einer relativ kleinen Anzahl an Gewehren rund 6 Maschinengewehre zutage förderten, wurden in Leoben, Donawitz, Kraubath, Göß und St. Peter-Freienstein kein einziges Maschinengewehr, sondern lediglich rund 200 leichtere Feuerwaffen wie Karabiner und Pistolen samt 10.000 Schuss Munition, rund 500 Stahlhelme und Spaten sowie eine geringe Menge an anderen Rüstsorten gefunden.[826] Auch wenn das endgültige Endergebnis etwas höher ausgefallen sein mag, ist die Zahl der beschlagnahmten Feuerwaffen gering im Vergleich zu dem Riesenaufgebot von rund 10.000 bis 12.000 Mann.[827]

- Mit der Revue „Einmal möcht' ich mit dir putschen gehen", die am 17. Jänner 1932 im Kammersaal zugunsten der Winterhilfe aufgeführt wurde, setzte der sozialdemokratische „Allgemeine Fürsorgeverein" in Graz dem Pfrimer-Putsch ein kabarettistisches Denkmal. Der Polizeibericht spricht von einer Herabwürdigung der Behörden, des Bundesheeres und der Gerichte, insbesondere sei der Landeshauptmann in seiner Rolle als „Entlastungszeuge" der Lächerlichkeit preisgegeben worden. Die Satire beginnt mit einem Teich in Judenburg, wo Heimatschutz-Frösche den Putsch auf Grund der wirtschaftlichen Not planen. Ein Industrieller, ein „Großbankier", ein Heimatschützler und ein Nazi, die am Gängelband Altkanzler Seipels hängen, werden als „Feinde" der Arbeiterschaft vorgeführt. Die Exekutive und die Gerichte, insbesondere deren „Verbündete" Meyszner und Rintelen, werden aufs Korn genommen; aber auch der gefesselte „durchlauchtigste Fürst" Starhemberg tritt als intriganter Aristokrat mit flegelhaften Manieren auf. Die Revue, die mit der „Unterwerfung" der Heimwehr und der Kirche durch die Sozialdemokratie

824 StLA ZGS K.48: Heimwehr (1927–1935).

825 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (Schlussbericht Pfob): GPK Knittelfeld, E. Nr.7153, 14.9.31: Hier heißt es beispielsweise, (der) *in Bereitschaft befindliche Heimatschutz löste sich in kurzer Zeit vollkommen auf und begaben sich die einzelnen Mitglieder ruhig und unbehelligt nach Hause.*

826 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 Heft „Steiermark mit 9 Sonderbeilagen" (GZ 196.552; GZ. 195.861); Extraheft (nicht im Ktn.4871): Zl.207.335/GD.3/31 Heimwehrputsch 1931 (Verzeichnis des BGK Leoben „über die von den Posten des Bezirkes Leoben beschlagnahmten Kriegsgeräte" 6.10.1931).

827 Allein die Brucker Ortsgruppe war mit 248 Gewehren und 4 Maschinengewehren ausgestattet: ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (GZ.131.189 GD.1/23) Gegenstand: Heimwehrputsch am 13. September 1931; Revision bei der Heimatschutzortsgruppe Bruck a. d Mur; Kerekes, Abenddämmerung S. 97: Winkler gab an, insgesamt 34 MG und 2217 Mannlichergewehre beschlagnahmt zu haben. Der ungarische Gesandte meinte, dies mache lediglich ein Fünftel des Waffenvorrates der steirischen Heimwehr aus.

endet, erntet begeisterten Zuspruch und tosenden Beifall. Der Polizeiinformant vermerkt noch, dass sich der sozialdemokratische Grazer Bürgermeister Muchitsch und sein Stellvertreter Rückl das Spektakel nicht entgehen ließen.[828]

5.4.1.3 Zusammenfassung

Obwohl die Regierung Buresch Sofortmaßnahmen zur Niederschlagung des Putsches und zur Ergreifung der Hauptverantwortlichen ankündigte, kam es zu Verzögerungen und Versäumnissen, die dazu führten, dass große Mengen an Waffen wieder in ihre Verstecke zurückwanderten und die Rädelsführer ins Ausland flüchten konnten. In der darauffolgenden Pressekampagne des politischen Gegners wurden Landeshauptmann Rintelen, Teile der Exekutive und der ÖAMG eines Komplottes gegen die Arbeiterschaft bezichtigt. Minister Winkler gab sogar zu, „nicht mit der erforderlichen Energie" vorgegangen zu sein. Dennoch wurden mehr als 100 Personen in der ersten Woche verhaftet sowie die am Putsch beteiligten Beamten und öffentlichen Bediensteten vom Dienst suspendiert.[829] Die Internierung der Insurgenten rief wiederum die Empörung des bürgerlichen Lagers hervor, das eine ungerechtfertigte Härte der Behörden gegenüber „angesehenen" Menschen ortete, verglichen mit dem Brucker Aufstand im Juli 1927, als die seinerzeitigen „Hochverräter (…) nicht einen Tag gesessen waren".[830] Ein Stimmungsumschwung setzte ein und prominente steirische Heimatschützer wie der Judenburger Apotheker Friedrich Odelga oder Graf Barthold Stürgkh aus Halbenrain wurden bald zu Justizopfern gemacht. Entsprechend triumphal wurden die aus der Haft entlassenen Männer anlässlich ihrer Rückkehr gefeiert. In Leoben beispielsweise wurden zwei Heimatschutzführer von drei Musikkapellen und bis zu 3000 Personen am Bahnhof begrüßt; abends fand in Donawitz ein Empfang zu Ehren der Enthafteten statt. Laut einer Telefondepesche der Gendarmerie gestaltete sich der Empfang *zu einer begeisterten Kundgebung für den Heimatschutz.* (…) *Im ganzen steirischen Oberland herrscht für den Heimatschutz eine ungeheure Begeisterung und wurden in den letzten Tagen über 1000 neue Mitglieder angeworben.*[831]

Starhemberg, der sich laut eigenen Angaben vom Putsch distanziert hatte, aber dennoch verhaftet wurde, war diese Entwicklung offenbar nicht entgangen. In einer Massenveranstaltung Anfang Oktober in der Grazer Industriehalle verteidigte er jedenfalls Pfrimer als „einen der schneidigsten Kämpfer gegen die Korruption" und griff den oberösterreichischen Landeshauptmann Schlegl heftig an, weil dieser „im Verein mit den Sozialdemokraten" auf die Heimatschützer „losgegangen" war. Er

828 StLA ZGS (BKA) K.78/5 (Fol.128–130).
829 Jedlicka/Neck, Justizpalast/Dokumente Nr.13 und 15, S. 323; 327–328.
830 Eine von der „Nationalen Arbeitsgemeinschaft" am 17. November 1931 verfasste Eingabe zugunsten der verhafteten Putschisten beklagte deren diskriminierende Behandlung und völlige wirtschaftliche Zerrüttung: Jedlicka/Neck, Justizpalast/Dokument Nr.17, S. 331–332.
831 ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 Heft „Steiermark mit 9 Sonderbeilagen" (GZ 198.293/Telephondepesche des LGK Graz vom 21.9.1931 um 19 Uhr 10).



Abbildung 9: Nazipropaganda: Dollfuß und Starhemberg.

prangerte die Massenverhaftungen an und fragte, *ob es überhaupt einen Hochverrat in Österreich gebe, in einem Staat, in dem nichts Hohes zu verraten sei. Was sei die Gründung der Republik anders gewesen als Hochverrat?* Mit einer verbalen Attacke gegen Innenminister Winkler, der mit seiner Parlamentsrede nur „Stunk in den Heimatschutz" hineingebracht habe, fuhr Starhemberg fort: *Wenn Sie von mir erwarten, dass ich putsche, dann erwarten Sie etwas falsches. Wir wollen unsere* (…) *Bataillone nicht zum Putsch, sondern zur Revolution führen* (…). Die schneidigen Sprüche des Bundesführers sollten auch von dem ungünstigen Eindruck ablenken, den er infolge seiner mangelnden Unterstützung für den Pfrimer'schen Putsch hinterlassen hatte.[832] Den etwa 3000 Versammelten verkündete er, die „Revolution" bis zum siegreichen

832 Laut Pauley ließ Bundesführer Starhemberg im November 1931 privat durchblicken, dass er mit einigen Bundesheergenerälen einen neuen Putsch vorbereite, um eine Heimwehrregierung zu etablieren: Pauley, Hahnenschwanz, S. 132; 135; Die NSDAP-Gaunachrichten sprechen von der Gefahr eines neuerlichen Putsches etwa Anfang Dezember 1931: Steirische Gaunachrichten der NSDAP (16.11.1931) S. 3–4. Die Lage spitzte sich aufgrund der Wahlsiege der NSDAP im April 1932 erneut zu. Um die „Gefahr" einer rot-schwarzen Koalition abzuwenden, vereinbarten Star-

Ende zu führen, denn der Heimatschutz werde „alles hinwegfegen, was im Wege" stehe.[833] Daraus wurde dann doch nichts. Als indirekte Folge des Putsches trennte sich der Steirische Heimatschutz im Mai 1932 von der Bundesführung unter Starhemberg, der auf „Regierungskurs" segelte.

Obwohl Landesleiter Konstantin Kammerhofer zunächst von einer willkommenen „Reinigung" seiner Organisation von braunen Elementen gesprochen hatte, musste er sich bald eingestehen, dass der Abgang zu einer Schwächung seiner Verhandlungsposition gegenüber der NSDAP geführt hatte. Um diese Entwicklung in geordnete Bahnen zu lenken, schloss er im Frühjahr 1933 die als „Liezener Abkommen" bekannte Kampfgemeinschaft mit der NSDAP ab. Somit kamen die noch vorhandenen obersteirischen Waffenbestände des Steirischen Heimatschutzes, der laut dem deutschen Konsul in Graz im März 1934 immer noch etwa 12.000 Mitglieder hatte, im Juli-Putsch zum Einsatz.[834]

5.4.2 Der Februar 1934 in der Steiermark

An dieser Stelle kann auf eine umfassende Darstellung jener bewegten Tage des Bürgerkrieges, die in der obersteirischen Industrieregion mit der Hinrichtung Koloman Wallischs tragisch endeten, verzichtet werden. Eine detaillierte Publikation zu diesem Thema liegt bereits vor.[835] Stattdessen sollen Ursache und Wirkung der ab etwa Ende 1931/Anfang 1932 einsetzenden Radikalisierung des Republikanischen Schutzbundes, die in einem Aufschrei gegen das Regime Dollfuß mündete, beleuchtet werden. Bereits im vorangegangenen Abschnitt über die Entwicklung der politischen Parteien in der Steiermark konnte die immer stärker werdende Auflehnung der sozialdemokratischen „Jungfront" und des radikalen Flügels des Republikanischen Schutzbundes gegen die defensive Linie der Parteiführung nachgezeichnet werden. Ab dem Frühjahr 1932 berichteten Polizeispitzel in den Bezirken Bruck an der Mur und Leoben von einer intensivierten Tätigkeit des lokalen Schutzbundes insbesondere auf dem Gebiet der Rekrutierung jüngerer Jahrgänge und der Heranbildung von militärischen Führern.[836] Die innere Krise des Republikanischen Schutzbundes wurde durch folgende Entwicklungen gefördert:

- Der Pfrimer-Putsch und die durch den Freispruch hervorgerufene Bagatellisierung des kriminellen Tatbestandes. Noch im Herbst 1931 begann der Schutzbund gegnerische Konzepte zu entwickeln, die vorerst die Überprüfung der

hemberg und Mussolini, einen Putsch im Frühherbst 1932 durchzuführen. Die Waffenlieferungen Mussolinis wurden aber Anfang 1933 aufgedeckt: Kerekes, Abenddämmerung S. 105–107.

833 StLA ZGS (BKA) K.77/4 (Fol.484–490).

834 StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol.166–167): Laut den Angaben des LGK im Mai 1933 verfügte der Steirische Heimatschutz über mehr als 15.000 Mitglieder in 186 Ortsgruppen, wovon sich ein Großteil der rund 3000 nach dem Abschluss der Kampfgemeinschaft „Abgefallenen" dem Österreichischen Heimatschutz unter Starhemberg angeschlossen haben soll.

835 Werner Anzenberger, Martin Polaschek, Widerstand für eine Demokratie (Graz 2004).

836 StLA ZGS (BKA) K.79/6 (Fol.854; 1011–1013).

Einsatzbereitschaft mittels vermehrter Probealarme und die Aufstellung neuer Alarmabteilungen regelten. Hier sollten besonders die jungen Angehörigen zusammengefasst und als mögliche Speerspitze eingesetzt werden,[837]
- Putschgerüchte um Starhemberg und Fey[838] tauchten wiederholt auf;
- Der Ausgang der Gemeinderatswahlen im April 1932 führte die Gefahr einer durch den Vormarsch der NSDAP erstarkenden anti-marxistischen Front vor Augen. Dies hatte weitere Auseinandersetzungen zwischen den „jungen radikalen und den alten gemäßigten Elementen" zur Folge;[839]
- Die Märzkrise 1933, das Verbot des Republikanischen Schutzbundes sowie der Abbau der demokratischen Ordnung beschworen eine Revolte förmlich herauf.
- Die von der sozialdemokratischen Parteiführung vertretene Defensivpolitik löste radikale Tendenzen innerhalb der Partei und des Schutzbundes aus.

5.4.2.1 Der obersteirische Schutzbund rüstet auf

Der Republikanische Schutzbund, der 1923 vom Innenministerium als „nichtmilitärische Einrichtung" zur Sicherung der republikanischen Staatsverfassung und Unterstützung der bestehenden Sicherheitskräfte genehmigt wurde, umfasste zum Jahresende 1932 rund 78.000 Mann, also beinahe das Dreifache des im Friedensvertrag von Saint Germain-en-Laye limitierten Truppenkontingentes von 30.000 Mann.[840] Der Republikanische Schutzbund war in 16 Kreisen und 289 Bataillonen organisiert, davon allein in Wien 81, in Niederösterreich 103 und in der Steiermark 29 Bataillonen. Zwischen den in zahlreichen Orten gebildeten „Arbeiter- Jagd- und Schützenvereinen" und dem Republikanischen Schutzbund wurde eine funktionale Arbeitsteilung aufgebaut, um so vielen Schutzbundangehörigen wie möglich eine regelmäßige Schießausbildung zukommen zu lassen.[841] Aus Konfidentenberichten geht hervor, dass besonders die Städte Bruck an der Mur, Leoben und Knittelfeld Agitations- und Widerstandszentren des Republikanischen Schutzbundes waren. Rund um diese Städte meldeten sich vermehrt junge unverheiratete Männer, die hervorragend ausgebildet und ausgerüstet wurden. Behördlicherseits wurde vermutet, dass die Kurse unter der Leitung von Angehörigen des Bundesheeres standen. Die

837 Otto Naderer, Der Republikanische Schutzbund und die militärische Vorbereitung auf den Bürgerkrieg. In: Österreichische Militärische Zeitschrift 4/2004: Österreichs Bundesheer, Kurzzitat: Naderer, Schutzbund, [o. Paginierung], http://www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=219, 7.11.2009.

838 Finbarr MacLoughlin, Der Republikanische Schutzbund und gewalttätige politische Auseinandersetzungen in Österreich 1923–1934 (Diss., Wien 1990) S. 367: Im Februar 1932 soll Fey der „Giornale d'Italia" gegenüber erklärt haben, dass der nächste Staatsstreich „diesmal von Wien selbst ausgehen und ein unblutiger Sieg der bewaffneten Rechten" sein werde.

839 StLA ZGS (BKA) K.79/6 (Fol.855–856).

840 StLA L.Reg. Gr.384: Schu 2 (1932); Naderer, Schutzbund Anm.31: In den Jahren 1932–1933 verfügte das Bundesheer sogar nur über 22.000 bis 26.000 Mann; Rabinbach, Bürgerkrieg S. 196–197: Ende 1933 betrug die Zahl der noch aktiven Schutzbündler nur noch 60.000, Tendenz fallend.

841 Naderer, Schutzbund.

Bundesleitung des „Resch", hieß es, gewinne immer mehr „alte" Bundesheeroffiziere für die militärische Führung. Allein im März 1932 hatte der Schutzbund einen Zuwachs von rund 800 Mann in der Steiermark zu verzeichnen. Landesgendarmeriekommandant Thienel schätzte die Kerntruppen des Republikanischen Schutzbundes in der Steiermark auf insgesamt 15.000 Mann, „welche aus dem Reservoir der Arbeitslosen leicht auf 20.000 Mann erhöht werden können."[842]

Im Aufbietungsfall sollten zusätzliche Nichtuniformierte aus den Reihen des Radfahrer- und Turnerbundes (ARBÖ bzw. ASKÖ) als Schleichpatrouillen eingesetzt werden. Durch Anlegen von Benzin- und Öldepots hatte jede Ortsgruppe für genügend Treibstoff für Kraftfahrzeuge wie auch für das Anzünden von Gebäuden zu sorgen, lautete die Devise. Aus Wien kam laufend Nachschub an Ausrüstungsmaterial in die obersteirische Industrieregion, darunter Handgranaten, MG-Munition, Flammenwerfer und Wurfpfeile, die mit Brandmasse gefüllt waren. Man zog die Lehren aus Ottakring.[843] Bei einer knapp vier Monate nach dem Pfrimer-Putsch durchgeführten Razzia im Ottakringer Arbeiterheim waren große Mengen an Waffen und Ausrüstungsmaterial beschlagnahmt worden, was einer ungeheuren Provokation der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gleichkam.[844] Thienel wusste zu berichten, dass der Schutzbund seither einen Betrag von beinahe 100.000 Schilling für den Ankauf von Ersatzmaterial aus der Tschechoslowakei gesammelt hatte. Diese Waffen wurden nunmehr auf kleinere Verstecke aufgeteilt, um die Verluste bei einer eventuellen behördlichen Suche möglichst gering zu halten.[845] Ende 1932 wurde den Vertrauensleuten des Republikanischen Schutzbundes mitgeteilt, dass sich die sozialdemokratische Partei die Erlassung von Notverordnungen „in keiner Weise gefallen lassen werde und dass im Wiederholungsfalle die Auflösung des Parlamentes erzwungen werden würde." Da die baldige Auflösung der Formation durch den Staatssekretär für das Sicherheitswesen Emil Fey befürchtet wurde, entschloss man sich, die Hälfte der Waffen an vertrauenswürdige Personen auszugeben und den Rest auf kleine Depots aufzuteilen.[846] In einer Kreisleitersitzung in Bruck an der Mur wurden Verhaltensrichtlinien für die folgenden Eventualfälle festgesetzt:

- „Bei einem Putsch von Seite der Gegner
- Bei einer gewaltsamen Ergreifung der Macht durch das Bürgertum
- Für den Fall, dass die Sozialdemokraten es für notwendig erachten, die Macht gewaltsam zu ergreifen".[847]

Eine der Hauptaufgaben des obersteirischen Schutzbundes war es, den Zuzug von Heimwehrabteilungen nach Wien zu verhindern. Wien durfte im Ernstfall nicht verloren gehen. Als absolut vorrangig galt daher der Auftrag, die lebensnotwendigen

842 StLA L.Reg. Gr.384: Schu 2 (1932).
843 StLA L.Reg. Gr.384: Schu 2/5, 2/8, 2/17 (1932).
844 Naderer, Schutzbund.
845 StLA L.Reg. Gr.384: Schu 2/8 (1932).
846 StLA L.Reg. Gr.384: Schu 2/38 (1932).
847 StLA L.Reg. Gr.384: Schu 2/40 (1933).

Quellen im Hochschwab-Gebiet, die Wien mit Wasser speisten, abzuriegeln. Die Bundeshauptstadt sollte auch nicht ausgehungert werden. In der Steiermark wurden Pläne ausgearbeitet, um sowohl Wien als auch die eigenen Leute mit Lebensmitteln zu unterstützen. Es wurde angeordnet, alle größeren Lebensmittelgeschäfte und -vorräte zu besetzen und zu plündern, alles Schlachtvieh für die Fleischversorgung sowie Autobusse und andere Kraftwagen für Transportzwecke zu beschlagnahmen. Um diese Maßnahmen erfolgreich durchzuführen, musste der Gegner ausgeschaltet werden. Die für die Obersteiermark ausgearbeiteten Eifler'schen[848] Aktionspläne, die auf Bezirksebene angelegt waren, sahen vor, wichtige Stützpunkte innerhalb eines bestimmten Territoriums zu besetzen und zu verteidigen. In der obersteirischen Industrieregion waren dies die Stadt Leoben sowie die sozialistische Hochburg Bruck an der Mur, die durch die sofortige Besetzung des strategisch wichtigen Schlossberges und der Gendarmeriekaserne unter Kontrolle zu bringen war. Das Murtal südlich von Bruck an der Mur zählte auf Grund seiner infrastrukturellen Bedeutung (Bahn- und Telegraphenlinien, Wasserkraftwerke) zu einem Hauptaufmarschgebiet des Schutzbundes. Eine Direktive befahl die Sammlung aller Kräfte aus dem Raum Knittelfeld, Leoben und Bruck in diesem Abschnitt, der „unter allen Umständen" gehalten werden musste. In der gleichen Weise wurde das Mürztal bis zum Semmering zu einer Hauptlinie erklärt, die jene Truppen nördlich von Bruck besetzen sollten[849] Die Aktionspläne wurden trotz offensichtlicher Schwachstellen im Wesentlichen beibehalten.[850] Gleichzeitig begann sich Resignation in den Reihen der alten Garde breit zu machen: *Unter den alten Mitgliedern des Resch herrscht ziemliche Müdigkeit. Es wird durchwegs die Wahrnehmung gemacht, dass die vom Resch in zahlreichen Orten abgehaltenen Probealarme sehr zu wünschen übrig lassen. So wurden in Zeltweg bei einem solchen Probealarm nach 2 Stunden nur 60 Mann* [von 240, Anm.] *festgestellt.*[851]

In den Konfidentenberichten ist vielfach die Rede von einer kämpferischen Jugend einerseits und von älteren verheirateten Männern, die „gemäßigt" waren, andererseits. Diese generationsbedingte Spaltung kann als Vorbote der kommenden Niederlage gelten. Sicher dachten viele der „alten verheirateten" Schutzbündler, die noch eine Arbeitsstelle hatten und behalten wollten, primär an die Versorgung ihrer Familien. Vielleicht hatten sie das lange Warten auf bessere Zeiten und die endlosen Reden vom endgültigen Sieg der Sozialdemokratie zermürbt. Mit den Nationalsozialisten hatte zudem ein weiterer ideologischer und schlagkräftiger Gegner die Bühne betreten.

848 Alexander Eifler, Edler von Lobenstedt (1888–1945), der einer Offiziersfamilie entstammte, wurde Stabschef des 1923 gegründeten Republikanischen Schutzbundes. Er wurde bereits vor dem Aufstand 1934 verhaftet und verurteilt, jedoch zu Weihnachten 1935 amnestiert. Im März 1938 wurde Eifler von der Gestapo verhaftet und ins KZ gebracht. Er starb in Dachau wenige Monate vor der Befreiung. In: Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie: http://www.dasrotewien.at/online/page.php?P=11444, 7.11.2009.

849 StLA L.Reg. Gr.384: Schu 2/43 (1933).

850 Rabinbach, Bürgerkrieg, S. 192–196.

851 StLA L.Reg. Gr.384: Schu 2/5, 2/7, 2/8, 2/17, 2/38 (1932/1933).

5.4.2.2 Die Lage spitzt sich zu

Nach der Ausschaltung des Parlamentes am 15. März 1933 drifteten der linke und rechte Flügel innerhalb der SDAPÖ noch weiter auseinander. Aus linken Kritikern wurden Oppositionelle, die dem Parteivorstand Versagen vorwarfen. In einer Grundsatzerklärung hieß es, die Parteiführung habe den revolutionären Sozialismus in einen „kleinbürgerlichen Reformsozialismus“ umgebogen.[852] Es wurde daher bald klar, dass sich die Jungsozialisten und jungen Schutzbündler in der obersteirischen Industrieregion diese Politik der Zurückhaltung nicht mehr gefallen lassen wollten. Anfang April 1933 gibt ein Konfidentenbericht Auskunft über die explosive Stimmung hinter der scheinbar ruhigen Fassade des nun verbotenen Republikanischen Schutzbundes in Leoben:

> *Von der roten Parteileitung ist an alle Parteiorganisationen natürlich auch an den Republikanischen Schutzbund (Resch) die Weisung ergangen, sich jetzt überall vollkommen ruhig zu verhalten, um den Schein zu erwecken, dass nichts mehr zu unternehmen geplant sei bzw. dass man sich nicht mehr getraue, etwas zu unternehmen. Dies ist aber nur eine Irreführung, denn in Wirklichkeit ist alles bis ins Detail vorbereitet und auch alles bereit, nur die obersten Führer haben sich noch mit einigem zu beschäftigen. Wir haben ganz bestimmte Nachrichten in der Hand, dass Starhemberg den Plan hat, Wien zu erobern (…). Die Bundesleitung hat die vollste Überzeugung, in Wien sehr bald der Sieger zu sein. Beim Hauptschlag in Wien leiten zwei höhere Offiziere der Wehrmacht, welche zahlreiche Anhänger unter den Unteroffizieren und der Mannschaft haben, die alle bereit sind, für die demokratische Republik einzustehen. Auch in Graz, wie in den übrigen Garnisonen besteht mit dem Bundesheer regste Verbindung, wobei auch die jetzt einberufenen alten Wehrmänner gute Dienste leisten.*[853]

Offenbar glaubte die Schutzbundführung, wie seinerzeit auch Pfrimer, dass Heeresangehörige einer jeweiligen politischen Gesinnung im Ernstfall den Gehorsam verweigern würden. Dies sollte sich rächen. Trotz des Vorhandenseins von sozialdemokratisch gesinnten Heeresangehörigen ist kein einziger Fall bekannt, dass sich ein Soldat geweigert hätte, bei einem Assistenzeinsatz gegen den Schutzbund oder bei der Durchsuchung sozialdemokratischer Einrichtungen mitzumachen. Letztendlich überwog die Verpflichtung zur Befehlstreue und zum Gehorsam gegenüber der legitimen Staatsgewalt.[854] In Leoben und Bruck soll die Stimmung in radikalen Schutzbundkreisen bereits so gereizt gewesen sein, dass einige Jungsozialisten zum Zeichen ihres Zornes schon vor dem sozialdemokratischen Nationalratsabgeordneten und Schutzbundobmann Josef Hartmann ausgespuckt hätten. Früher oder später, meinte der Informant, würde es zu einer „großen Auseinandersetzung“ kommen. Von der

852 Holtmann, Unterdrückung, S. 72–75.
853 StLA L.Reg. Gr.384: Schu 2/53 (1933).
854 Manfried Rauchensteiner, Landesverteidigung und Sicherheitspolitik 1918–1934. In: Tálos/Dachs, P.S.Ö., S. 616.

ortsansässigen jüdischen Bevölkerung habe man Spenden im „reichen Maße“, sogar ein Motorrad, bekommen. Die „hiesige Judenschaft“, hieß es, *hat sich im ganzen Bundesgebiete zusammengeschlossen und steht mit den Roten im innigsten Kontakte.* Das Vermögen des „Resch“ soll außerdem „längst“ in die Schweiz gebracht worden sein.[855] Vermutlich sollte dieses dazu dienen, den Familien von toten oder verletzten Kämpfern die versprochenen Unterstützungen für die Dauer von bis zu einem Jahr zu finanzieren.[856]

5.4.2.3 Das Pulverfass explodiert

Im Verlauf des Jahres 1933 wuchs die Erbitterung über die Beschneidung der proletarischen Errungenschaften und die scheinbare Ohnmacht der Führungsriege der SDAPÖ, die im letzten Herbst vor der Erhebung weitgehende Kompromissbereitschaft in der Frage eines Ständestaates gezeigt hatte. Etwa eine Woche nach der berüchtigten Trabrennplatzrede von Dollfuß im September 1933 boten die Sozialdemokraten eine Kooperation gegen den Nationalsozialismus an. Dies war ein Versuch, die von der Auflösung bedrohte Partei zu retten. Realiter beschleunigte die Politik der Konzessionen zugunsten eines Ständestaates jedoch ihren Untergang, weil die Spaltung der Partei nun nicht mehr aufzuhalten war. Wie ein „Kampfruf an die österreichische Arbeiterschaft“ zeigt, versuchten die Kommunisten aus der Führungsschwäche der SDAPÖ Kapital zu schlagen:

> *Im vergangenen Jahr war mehrmals die beste Gelegenheit zum Gegenangriff der Arbeiterklasse gegeben, wie z.B. am 15. März. Wir Kommunisten haben damals zum Generalstreik gerufen. Die Führung der SPOe sprach vom Kampf, vom Generalstreik um ihn zu verhindern.* (…) *Und jetzt kommt der neue Schritt: Otto Bauer ruft nach dem demokratischen Ständestaat und gliedert die SPOe damit offen in die faschistische Ständefront ein, während der Parteivorstand gleichzeitig die Parole des Generalstreiks auch als scheinlinke Phrase fallen läßt.*[857]

Und auch das „Organ der Linken in der Sozialdemokratie für Steiermark und Oberösterreich“ rief Anfang 1934 zum Kampf auf: *Genossen! Arbeiter! Setzen wir an die Stelle der Diktatur des Faschismus die Diktatur des Proletariats, die Herrschaft der Arbeiter und Bauern! Folgt den Parolen der Linken! Vorwärts! Es ist Zeit!*[858] Karl Kraus konnte nicht umhin, die reale Machtlosigkeit der sozialdemokratischen Führer um Otto Bauer sarkastisch zu kommentieren. Anlässlich des letzten Parteitages der Sozialdemokraten im Oktober 1933 meinte er, Gott habe in seinem Zorn sozialistische Intellektuelle zu Politikern der Arbeitersache erschaffen. Noch nie seien Begriffe wie

855 StLA L.Reg. Gr.384: Schu 2/54 (1933).
856 StLA L.Reg. Gr.384: Schu 2/42 (1933).
857 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1454–1455).
858 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol. 1469–1470).

„Kampf" und „Macht" so zur Schreibtischarbeit degradiert worden.[859] Aber auch auf der Länderebene trat die SDAPÖ sehr uneinheitlich auf. Die defensive Auffassung des rechten Parteiflügels, der ein gewaltsames Vorgehen unter allen Umständen verhindern wollte, fand am meisten Unterstützung in den westlichen Bundesländern. Praktiziert wurde sie vor allem von den Niederösterreichern um Oskar Helmer und Heinrich Schneidmadl.[860] Die obersteirischen Aktivisten gerieten darüber in Rage, waren sie doch im März 1933, als der Demokratie den Todesstoß versetzt worden war, von den „Bremsern" gestoppt worden. Auch Koloman Wallisch wurde angefeindet und in die Grazer Landeszentrale „abserviert". Wie in einem früheren Kapitel erwähnt, übernahm sein Gegenspieler, Hermann Lackner, das Bezirkssekretariat von Bruck an der Mur. In einer späteren Stellungnahme ortete Lackner, der zur Zeit der Revolte inhaftiert war, den Grund für den Zusammenbruch des so genannten Februar-Aufstandes in der defensiven Haltung des Wiener Schutzbundes. Auch in der Steiermark, in Knittelfeld oder in Peggau etwa, seien die befohlenen Aktionen zu zaghaft oder überhaupt nicht ausgeführt worden. In einigen Bezirken sei es bereits bei der Erstürmung der Gendarmerieposten zu Pannen gekommen, wichtige Stützpunkte seien nicht erobert, infrastrukturelle Blockaden nicht durchgeführt worden, so Lackner. Einzig im Bezirk und in der Stadt Bruck sei der Plan rasch und entschlossen ausgeführt worden; mit Ausnahme von Mariazell habe man alle Ortschaften besetzt.[861] In Bruck gelang es dem Schutzbund tatsächlich, den strategisch wichtigen Schlossberg zu erobern sowie das Werk der Firma Felten & Guilleaume, die Forstschule und die Gendarmeriekaserne einzukreisen, um die „regierungstreuen" Kräfte zu binden. Es ging jedoch auch einiges schief. Die Straßenverbindung zwischen Graz und Bruck wurde erst am späten Nachmittag verlegt, die Bahnlinie erst am Morgen des 13. Februar unterbrochen. Das vorrückende Militär konnte letztlich nicht gestoppt werden. Bei diesen Operationen wurden zahlreiche Schutzbündler, Exekutivbeamte und Hilfspolizisten getötet beziehungsweise verwundet. Die ersten Opfer fielen während der Erstürmung der Brucker Gendarmeriekaserne am frühen Nachmittag des 12. Februar 1934: der Gendarmerieaspirant Johann Gartler, der von einem Schuss durchs Fenster getroffen wurde, sowie der Anführer der etwa 20 Schutzbündler, Sepp Linhart, der in das Gegenfeuer der Gendarmen geriet.[862] Bezirksgendarmeriekommandant Ofner hielt die dramatischen Ereignisse fest:

> *Kurz nach Abmarsch der Abteilung Knauz* [zur Firma Felten, Anm.] *fielen im vorderen Kasernenhof Schüsse und schließlich MG Feuer. Anlaß hiezu war das Eindringen einer Truppe von (…) bewaffneten Schutzbündlern, die die Kaserne zu stürmen versuchten und auch den tordiensthabenden Gend. Asp. Gartler durch das Fenster des Inspektionszimmers niederschossen. Dieses Feuergefecht*

859 Rabinbach, Bürgerkrieg, S. 116–117.
860 Holtmann, Unterdrückung, S. 80–90.
861 Hermann Lackner (1900–1984), Der Brucker Schutzbund. Erzählte Geschichte: DÖW http://www.doew.at/frames.php?/service/archiv/eg/lackner1.html, 12.11.2009.
862 Siehe dazu auch: Katalin Soós, Koloman Wallisch. Eine politische Biographie (=Materialien zur Arbeiterbewegung 57, Wien/Zürich 1990) S. 180–190.

war der Auftakt des bewaffneten Aufstandes in Bruck a. M. Die in die Kaserne eingedrungenen Schutzbündler wurden von der Kasernbesatzung unter Feuer genommen und mussten den Rückzug antreten. Der Anführer Lienhard [recte Linhart, Anm.] *jedoch blieb tot am Platze liegen. Die übrigen schwer und leichtverletzten Banditen wurden von ihren Genossen in Sicherheit gebracht. Die Burgkaserne wurde von allen möglichen Seiten und Richtungen unter heftiges MG und Gewehrfeuer genommen und solcherart vollständig blockiert. Über die hintere Kasernhofmauer wurden zahlreiche Handgranaten (Schmierbüchsen) geworfen.*[863]

Auch in der benachbarten Stadt Kapfenberg war es zu heftigen Straßenkämpfen gekommen, jedoch zu keinem durchschlagenden Erfolg für den Schutzbund. Weder folgten die Belegschaften der Böhlerwerke und der meisten anderen Betriebe dem Streikaufruf, noch gelang es den Aufständischen, die örtliche Gendarmeriekaserne zu stürmen. Wie ihre Kameraden in Bruck mussten auch die Kapfenberger Schutzbündler schließlich die Waffen strecken und das Weite suchen.[864] In Leoben kam es erst gegen Abend zu ersten Feuergefechten auf der Murbrücke zwischen Leitendorf und Göß, wohin die Exekutivkräfte offenbar aus der Stadt gelockt werden sollten. Auf dem Areal des Stiftes Göß, wo sich ein Waffendepot befand, hatte der Schutzbund einen Sammelplatz eingerichtet. Der Operationsplan des Schutzbundes sah vor, die Gendarmerieposten der umliegenden Ortschaften zuerst einzunehmen, um dann vom nahegelegenen Massenberg die Stadt Leoben zu erobern. Als der Leobener Gendarmeriekommandant Pauschitz von dem Schicksal der Brucker Kollegen erfuhr, setzte er sofort alle Hebel in Bewegung, um Verstärkung herbeizuschaffen. In Kürze traf eine Schutzkorpsformation von 150 Mann in Leoben ein. Gegen Abend des 12. Februar 1934 hatte der Schutzbund die strategisch wichtigsten Punkte rund um Leoben wie den Massenberg und den Veitsberg besetzt. In den umliegenden Orten Donawitz, Niklasdorf, St. Peter und Trofaiach flammten Kämpfe auf. Es gelang den Schutzbündlern dennoch nicht, die Stadt einzunehmen, weil jene auswärtigen Gendarmeriebeamten den Befehl erhielten, ihre Posten abzuschließen und den Rückzug nach Leoben anzutreten. Bei Feuergefechten in Göß, St. Michael und St. Peter-Freienstein kamen zwei Gendarmen, sechs Schutzkorpsmänner und zwei Schutzbündler ums Leben; zahlreiche Menschen auf beiden Seiten wurden außerdem schwer verwundet.[865] Während es in der Stadt Judenburg selbst zu keinerlei Kampfhandlungen gekommen war, wurden bei Feuerüberfällen auf Gendarmerieposten und Patrouillen in Zeltweg, Fohnsdorf und Knittelfeld mehrere Menschen schwer verletzt.[866] Spätestens am 14. Februar war der Verzweiflungskampf des Schutzbundes in Österreich zu Ende. In der historischen Literatur werden das Fehlen einer „revolutionären Lage“ und die lähmende Wirkung der partiellen Nichtbefolgung des

863 Chronik des BGK Bruck an der Mur, 1934.
864 Anzenberger/Polaschek, Widerstand, S. 147–150.
865 Chronik des BGK Leoben, 1934; Anzenberger/Polaschek, Widerstand, S. 154–156; 162–166.
866 Chronik des BGK Judenburg, Bd.II/1934; Anzenberger/Polaschek, Widerstand, S. 146–147; 168–169.

Generalstreiks, besonders der Eisenbahner, als Hauptgründe für den missglückten Aufstand gesehen. Der sozialdemokratischen Zentralleitung war es in ihrer Zerrissenheit nicht gelungen, den Kampfwillen in der breiten Masse der Arbeiterschaft zu aktivieren. Zudem basierte der „Eifler-Plan“ auf militärischen Voraussetzungen, die im Februar 1934 nicht mehr oder nur partiell gegeben waren. Der Aufstand war, so Rabinbach, nicht nur ein Akt des Widerstandes gegen den Untergang der Demokratie, sondern eine Revolte gegen die Unfähigkeit der zentralen Führung, einen Ausweg aus dem tödlichen Stillstand zu finden.[867]

5.4.2.4 Zusammenfassung

Nach der Niederschlagung der Revolte wurden zahlreiche Schutzbündler und Sozialdemokraten in den Aufstandsgebieten festgenommen, verhört und zu Kerkerstrafen verurteilt.[868] An ausgesuchten Anführern wie Münichreiter, Weissel, Stanek und Wallisch wurde ein Exempel statuiert: Sie mussten am Galgen sterben. Die erhoffte Befriedung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft rückte damit in weite Ferne, die dargereichte Hand der Regierung und der Kirche wurde als Hohn empfunden. In der obersteirischen Industrieregion kamen Geld und Lebensmittelspenden aus internationalen Quellen für die an Not leidenden Familien inhaftierter Schutzbündler zur Verteilung. Dadurch, meinten die Behörden, die das Geschehen mit Argusaugen überwachten, würde die Hoffnung auf das Wiedererstehen der verbotenen Partei und eines neuerlichen Aufstandes nur genährt. Hilfsbereite Menschen, die durch Sammlungen Leid lindern wollten, wurden daher schikaniert, verhört und eingesperrt. Geradezu boshaft, ja pietätlos mutet es an, dass die Exekutive Friedhofsbesuchern in Leoben auflauerte und sie durchsuchte, wie im Fall eines Arbeiters aus Bruck, der mit einem Kranz für Wallisch im Rucksack „erwischt“ wurde. Kein Wunder also, dass viele Menschen, die alles verloren, wofür sie gelebt hatten, einen regelrechten Widerwillen, ja Hass auf das Dollfuß-Regime entwickelten. In einem Aufruf der Revolutionären Sozialisten zum 1. Mai kommt dies deutlich zum Ausdruck:

> *Wir wollen an diesem Tage unserer toten Helden gedenken, die im Kampfe für Freiheit und Recht gefallen sind. Oder den Märtyrertod durch die Henker der christlichen Regierung starben.(…) Wir vergessen es der christlichenfaschistischen Regierung nicht, dass sie mit Kanonen auf Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder geschossen hat. (…) Die österreichische Arbeiterschaft wird sich auch nicht in die ständische Gesellschaftsordnung einfügen, die alle arbeitenden Menschen zu Sklaven der Kapitalisten und der Pfaffen macht. (…) Wir wollen am 1. Mai*

867 Rabinbach, Bürgerkrieg, S. 208–211.

868 StLA ZGS (BKA) K.87/14 (Fol.866): Die Gendarmerie gab an, vor und während des Aufstandes in der Steiermark insgesamt 1686 Menschen verhaftet und 312 Anzeigen erstattet zu haben. Die 15 getöteten Gendarmen und Schutzkorpsleute wurden posthum mit der „Goldenen Medaille für Verdienste um die Republik Österreich“ ausgezeichnet.

> *schwören, (…) unversöhnlich den Kampf bis auf das Messer gegen unseren Todfeind Faschismus zu führen.*[869]

Im Frühjahr 1934 wurde aus den Bezirken Bruck an der Mur und Leoben gemeldet, dass radikale Sozialdemokraten und Kommunisten eine gemeinsame Kampffront vorbereiteten; eine geheime sozialdemokratische Organisation „kommunistischen Charakters" sei unter dem Namen „Trotzkygruppe" im Aufbau begriffen. Die Behörde schätzte den Übertritt der Arbeiterschaft zur NSDAP insgesamt als gering ein. Wenn ehemalige Funktionäre oder Betriebsarbeiter der Vaterländischen Front beigetreten waren, dann nur, um der Organisation mit einer „wohldurchdachten Zersetzungspolitik" zu schaden, oder für sich „einen persönlichen Vorteil zu erringen". Bestärkt durch die Hilfe aus dem Ausland, hieß es, sei ein Großteil der Arbeiterschaft zuversichtlich, dass die Partei „in irgendeiner Form wieder zur Geltung kommen wird."[870]

Im Herbst 1934 hatten sich laut behördlichen Recherchen folgende „Beziehungen" zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten in der Steiermark herauskristallisiert. Die Kommunisten und Sozialdemokraten sollen im Gegensatz zu jenen von Marschalek[871] geschilderten Verhältnissen eine Einheitsfront gebildet haben, die nicht nur aus der oben erwähnten „Trotzkygruppe", sondern aus sieben weiteren Gruppen bestand, deren politische Ausrichtung von „gemäßigt" bis „radikal" reichte. Während die Vertreter der radikalen Richtung einen Putsch durchführen wollten, traten die „gemäßigten" für Verhandlungen mit der Regierung ein. Seitens der Nationalsozialisten, hieß es, seien „Bestrebungen im Gange, eine Verbindung mit der Einheitsfront herzustellen", besonders im Hinblick auf einen eventuellen Putsch. Zu dieser Zeit erfährt der deutsche Konsul in Graz durch eine Vertrauensperson, dass die österreichische Zollbehörde in einer von mehreren aus der Tschechoslowakei verschickten Fettlieferungen zahlreiche Waffen und Munition entdeckt hatte, die „anscheinend für Marxisten bestimmt gewesen seien."[872] Im Vergleich zu der Zeit vor dem Februar-Aufstand herrsche in den Industrieregionen ein viel freundschaftlicheres Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Radikale, meist jugendliche Anhänger hätten sich den Kommunisten, in einzelnen Fällen den Nationalsozialisten zugewandt. Neben einigen Zentren in der Weststeiermark, so der Bericht, hatten Kommunisten und Nationalsozialisten vereinzelt auch in der obersteirischen Industrieregion während des Juli-Putsches gemeinsame Sache gemacht.

---

869 StLA ZGS (BKA) K.86/13 (Fol.107).

870 StLA ZGS (BKA) K.86/13 (Fol.72–76; 85–89; 91–97; 79–81; 110–118); K.88/15 (Fol.485–486).

871 Manfred Marschalek (Hsrg.), Untergrund und Exil. Österreichs Sozialisten zwischen 1934 und 1945 (=Sozialistische Bibliothek Abt. I: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 3, Wien 1990) S. 69–92: Marschalek beschreibt die Problematik der aus diversen Splittergruppen hervorgegangenen „Revolutionären Sozialisten", deren Zielsetzungen auf keinen gemeinsamen Nenner zu bringen waren. Hierbei soll die Mehrheit eine Zusammenarbeit mit möglichen Sympathisanten wie den Kommunisten abgelehnt haben. Im Gegensatz dazu wurden die gescheiterten Nationalsozialisten heftig umworben.

872 StLA MF Akten des Dt. Konsulats P7/Bd.36/C1/Pol.II-1934, KNr.70 (13.10.1934).

In St. Peter-Freienstein beispielsweise beteiligten sich ehemalige Schutzbündler auf Geheiß der Nazis an dem Aufstand; in Kalwang waren die Sozialdemokraten „fast restlos“ zu den Nazis, in Eisenerz und Niklasdorf teils zu den Nationalsozialisten, teils zu den Kommunisten übergelaufen. In den „roten“ Hochburgen wie Bruck und Kapfenberg war es noch zu keiner Verbindung der „Marxisten“ mit den Nazis gekommen, jedoch war beobachtet worden, dass eine „lebhafte Werbetätigkeit“ der Nationalsozialisten im Gang war. De facto war es in der Industrieregion zur subversiven Radikalisierung bestimmter extremer Gruppen gekommen – die Behörde rechnete mit einem möglichen gemeinsamen Vorgehen der Linken und Rechten, *da es ja jede auf die Vernichtung des Staates und insbesondere auf den Sturz der Regierung abgesehen hat*.[873]

5.4.3 Der Putsch der Nationalsozialisten am 25. Juli 1934

5.4.3.1 Personelle Hintergründe

Lange Zeit blieben die zeitlich unkoordiniert erscheinenden regionalen Aufstände ein Rätsel der Geschichtsforschung. Erst dem Wiener Historiker Hans Schafranek gelang es, für die vermeintlichen Diskrepanzen zwischen den Ereignissen in Wien und den Bundesländern eine plausible Erklärung zu finden. Bekanntlich überfielen die Wiener SS-Putschisten das Kanzleramt zu Mittag des 25. Juli und auch die RAVAG, von wo aus die Verlautbarung über den Rücktritt der Regierung Dollfuß als Signal für das Losschlagen in der Steiermark diente. Die vom SA-Führer Reschny gelenkte Aktion wurde erst einige Stunden später eingeleitet, als der Wiener Putsch bereits zusammengebrochen war. Schafranek ist überzeugt, dass die Gleichzeitigkeit der Ereignisse in Wien und der Steiermark auf eine verborgen gebliebene Allianz zwischen den Drahtziehern des Wiener Putsches und den ehemaligen Granden des Steirischen Heimatschutzes, Rauter, Meyszner und Kammerhofer, zurückzuführen ist. Die erst bis zu zwei Tagen später einsetzenden Erhebungen in anderen Teilen Österreichs (in Kärnten und Oberösterreich am 26. und 27. Juli sowie in Salzburg am 27. und 28. Juli) beruhen auf dem Umstand, dass der Putsch in Österreich von unterschiedlichen NS-Gruppierungen organisiert und durchgeführt wurde.[874] Ausschlaggebend dafür soll ein NS-interner Konkurrenzkampf gewesen sein. Bei den Kontrahenten handelte es sich zum einen um den offiziell von Hitler eingesetzten Landesinspekteur für Österreich Theo Habicht, um den sich die vorgenannten Heimatschutz-Häuptlinge scharten; zum anderen um den aus Stammersdorf bei Wien gebürtigen Obergruppenführer Hermann Reschny, der von München aus sowohl die österreichische SA, als auch die so genannte Österreichische Legion befehligte. Meyszner und Rauter waren auf Grund ihrer wohl erworbenen Positionen als

873 StLA ZGS (BKA) K.90/17 (Fol.541–544): Sechs der Gruppen wurden nach Renner, Seitz, Bauer, Stalin, Trotzky und Lenin benannt; zwei nannten sich „Sozialrevolutionäre Gruppe“ und „Jungfront“.

874 Schafranek, Sommerfest, S. 8–12.

langjährige Heimatschutzführer nicht bereit, sich der Führung Reschnys zu unterordnen und sich mit Brosamen abspeisen zu lassen. Stattdessen zogen sie den Kontakt zu Habicht vor, der einen vielversprechenden Anteil am Kuchen der Macht zu bieten schien. Rauter war bereits zur Zeit des Verbotes der NSDAP in Österreich nach München geflohen und wurde von Habicht sofort mit einer verantwortungsvollen Aufgabe betraut. Im Frühjahr 1934 mehrten sich jedoch die Anzeichen, dass Habicht seines Postens enthoben werden sollte. Es ist daher nicht auszuschließen, dass der bis dahin eher glücklos agierende Landesinspekteur einen Befreiungsschlag plante.[875] Reschny, der bereits im Mai von dem Putschplan Habichts Wind bekommen hatte, sollte ihn auf Wunsch Hitlers vereiteln. Ein den österreichischen Behörden zugespielter heißer Tipp fruchtete jedoch nicht. Zwar war Reschny bei zwei der im Juli 1934 angesetzten „Lagebesprechungen" Habichts anwesend, dürfte jedoch nichts Genaues über den Zeitpunkt des Staatsstreiches erfahren haben.[876] Schafraneks Recherchen ergaben, dass die neuen hochrangigen Führer der SA in der Steiermark, Meyszner und Kammerhofer, bewusst den „alten" SA-Apparat, aber auch Gauleiter Oberhaidacher auf Distanz hielten, um die mit der Landesleitung und der SS abgemachten Putschvorbereitungen nicht zu gefährden. Neben den personellen Verflechtungen mit der „alten" Heimatschutzgarde führt eine zweite Spur in die Steiermark. In einer späteren Aussage behauptete Standartenführer Berndt von Gregory[877], die „alten Richtlinien" des Heimatschutz-Putsches seien mit einigen Ausnahmen für den NS-Putsch wiederverwendet worden.[878]

5.4.3.2 Ideologische Hintergründe

- Der Boden für die Radikalisierung der Arbeiterschaft war zunächst von NS-Parteirednern sorgsam aufbereitet worden. In zahllosen Versammlungen, die unter markigen Sprüchen wie „die Bonzen im Speck, die deutschen Arbeiter im Dreck" oder „Was kümmert die Gemeinde Wien die Not des deutschen Arbeiters?" einberufen wurden, sollte die Industriearbeiterschaft über die wahren Absichten der „marxistisch-jüdischen" Führung „aufgeklärt" werden.[879] In Wirklichkeit, hieß es immer wieder, werde der Klassenkampf nur geschürt, um die Taschen der „Bonzen" zu füllen. In der nationalen und sozialen Volksgemeinschaft hingegen werde der deutsche Arbeiter den Status eines gleichwertigen Volksgenossen erhalten. Bald zeigten sich erste Ergebnisse: Bei den Betriebsratswahlen in den Kapfenberger Böhlerwerken am 22. Oktober 1931 beispielsweise errang die

875 Bauer, Elementarereignis, S. 26.
876 Bauer, Elementarereignis, S. 35–36.
877 Schafranek, Sommerfest, S. 15, 26, 149–150: Berndt von Gregory (geb.1904 in Trebus, Oberlausitz) lebte seit 1931 in Österreich. Beitritt zur NSDAP Ortsgruppe Klagenfurt im Dezember 1931; bis Oktober 1931 SA-Führer in Völkermarkt; seit November 1933 zuständig für die steirische SA-Standarte Nr. 5. Die obige Darstellung verfasste Gregory im Oktober 1934 im NS-Flüchtlingslager Varaždin.
878 Schafranek, Sommerfest, S. 52–56; 97–101.
879 Der Kampf um das rote Bruck. In: Der Kampf (16.5.1931) S. 5.

Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) ein Mandat von 15, bei den Donawitzer Betriebsratswahlen im Juni 1933 waren es bereits 11 von 15 Betriebsratsmandaten. Auch im Krieglacher Eisenwerk, einem weiteren Alpine-Betrieb, gewann die nationalsozialistische Liste zwei von sechs Mandaten.[880]

- Im Bestreben breitere Schichten, vor allem die Jugend, für sich zu mobilisieren, präsentierte sich die NSDAP als die scheinbar moderne Alternative zu den dekadenten „Systemparteien". Die große Stärke der NS-Strategen war ihr Sinn für das Populistische, Augenscheinliche, Oberflächliche. Dementsprechend versprühte das Parteiorgan „Der Kampf" so etwas wie unbekümmerten Optimismus. Zudem entbehrte der forsche Ton der Berichterstattung, die mit cleveren Wortspielen operierte, nicht eines gewissen Galgenhumors. Der „Kampf" ätzte über den politischen Gegner, pries hingegen die Vorzüge der neuen nationalen und sozialen Bewegung und malte die hoffnungsfrohe Zukunft der deutschen Volksgemeinschaft unter Adolf Hitler in den schönsten Farben aus. In welchem Maß ideologische Verwirrung gestiftet wurde, zeigt der Fall des Parteiredners Auer aus Graz, der den „parteisatten" Sozialdemokraten gegenüber behauptete, dass sich die NSDAP von selbst auflösen werde, sobald die *nationalsozialistische Idee Inbegriff aller Staatsbürger geworden ist.*[881] Die Wahlergebnisse der NSDAP bei den Gemeinderatswahlen im April 1932 ergeben dennoch ein differenziertes Bild in der obersteirischen Industrieregion. Während der Anteil der für die NSDAP abgegebenen Stimmen in den sozialistischen Hochburgen Donawitz und Bruck an der Mur nur zwischen acht und zehn Prozent der Stimmen lag, betrug er in den Gemeinden Leoben, Judenburg und Trofaiach zwischen 18 und knapp 25 Prozent.[882] Laut Hänisch bestand die stärkste parteipolitische Herkunftsgruppe der NSDAP-Wählerschaft in der Steiermark aus ehemaligen Wählern und Wählerinnen des sozialdemokratischen Lagers mit einem überraschend hohen Anteil von 35 Prozent.[883] In dem Siegestaumel nach Hitlers Machtantritt bis etwa Ende Mai 1933 soll sich die Zahl der steirischen NSDAP-Mitglieder auf knapp 10.000 beinahe verdoppelt haben, während der gesamtösterreichische Zuwachs im gleichen Zeitraum etwa 60 Prozent erreichte.[884]
- Parallel zum Aufbau eines flächendeckenden Parteiapparates in der Steiermark formierte sich die SA (Sturmabteilung) als weitaus wichtigste Kampftruppe der NSDAP, die ursprünglich als Versammlungsschutz und als Symbol der militanten Stärke diente. Wie bereits in einem früheren Abschnitt erwähnt, wurden die Strukturen der SA-Steiermark ab Jänner 1932 optimiert. Die existierenden Sturmbanne wurden in zwei Standarten eingeteilt: Standarte 27 umfasste Graz

880 Erfolg bei der Betriebsratswahl in Kapfenberg. In: Der Kampf (31.10.1931) S. 4; Rund um die Arbeitsstätten. Donawitz; Und wieder Siege! Eisenwerk Krieglach. In: Der Kampf (17.6.1933) S. 4.
881 Der Kampf um das rote Bruck. In: Der Kampf (16.5.1931) S. 5.
882 Siehe Tabellen 10 und 11 im Abschnitt 4.
883 Dirk Hänisch, Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils (=Böhlaus Zeitgeschichtliche Bibliothek 35, Wien/Köln/Weimar 1998) S. 221–224.
884 Pauley, Hahnenschwanz, S. 164.

und Umgebung, die Mittel- und Südsteiermark, Standarte 3 die Obersteiermark und den Lungau, und der selbständige Sturmbann IX das Ennstal.[885] Ab November 1933 kam es zu einer weiteren Reorganisation der steirischen SA als Folge des mit dem Steirischen Heimatschutz vereinbarten Abkommens. Zum Zeitpunkt des Juli-Putsches gab es bereits fünf steirische Standarten, 5, J9, 26, 27 und 47, mit einer geschätzten Kampfkraft von 12.000 Mann, einschließlich der Bauernwehren des Landbundes und des Donawitzer SA-Sturmes. In der Obersteiermark war der Ennstaler Sturmbann IX territorial vergrößert und zu einer Standarte ausgebaut worden (J9). Aus der „alten" Standarte 3 war unter anderem die Standarte 5 hervorgegangen, die das obere Murtal und den Lungau umfasste.[886]
- Am Beispiel der Region ist die ab 1933 einsetzende erhebliche Verschärfung der NS-Agitation deutlich zu erkennen. Der Kampf der NSDAP gegen den nun diktatorisch regierenden Dollfuß verstärkte sich im April und setzte sich bis Juni 1933 fort. Schützenhilfe erhielt die Partei stets von den Verbündeten des Steirischen Heimatschutzes. Nach der Auflösung der beiden Bewegungen im Juni 1933 nahm der Terror, der von der Parteizentrale in München gelenkt wurde, drastische Formen an. Wie aus *Tabelle 14* ersichtlich schnellte die Zahl der unaufgeklärten Terroraktionen in der Region im März und April 1934 auf eine Rekordhöhe und betrug mehr als ein Drittel der gesamten „uneruierten" Fälle in der Steiermark. In den Monaten vor dem Putsch erreichten die Sprengstoffanschläge ein bis dahin unbekanntes Ausmaß an Zerstörung.

5.4.3.3 Die ÖAMG als Radikalisierungsfaktor in der Region

Neben den Aufstandsorten im obersteirischen Ennstal und in den grenznahen Bezirken Deutschlandsberg und Radkersburg zählte der Raum um Leoben, nicht zuletzt wegen der lokalen Machtkonzentration der ÖAMG, zu den Brennpunkten der nationalsozialistischen Erhebung in der Steiermark. Maßgebend hierfür war die seit etwa 1928 von der Generaldirektion der ÖAMG geförderte und vom Steirischen Heimatschutz und der „Unabhängigen Gewerkschaft" betriebene „Umerziehung" der Arbeiterschaft im Sinn des Werksgemeinschaftsgedankens. Laut einem Behördenbericht war es nach Abschluss des „Liezener Abkommens" zwischen dem Steirischen Heimatschutz und der NSDAP im April 1933 zu einem Übertritt vor allem der jüngeren radikaleren Anhänger des Steirischen Heimatschutzes zur NSDAP im Bezirk Leoben gekommen.[887] Offenbar hatte sich das Alpine-Management ebenfalls auf die Seite der Nationalsozialisten geschlagen, denn weder der österreichische Heimatschutz noch die von Dollfuß initiierte vaterländische Bewegung konnten in den Betrieben richtig Fuß fassen. Trotz aller Wachsamkeit, hieß es behördlicherseits, war es nicht möglich, die nationalsozialistische Propaganda im Werk zu unterbinden, weil

885 StLA ZGS (BKA) K.78/5 (Fol.435–436); StLA ZGS K.201: (Verschiedenes 1924 –).
886 Schafranek, Sommerfest, S. 97.
887 StLA ZGS (BKA) K.86/13 (Fol.51–53).

diese durch das passive Verhalten der höchsten Stellen der Alpine indirekt gefördert worden war. Dass der Großteil der Alpine-Ingenieure und der ihnen unterstellten Arbeiter aktiv an dem Putsch teilgenommen hatten, wurde als Ergebnis der Beschäftigungspolitik der ÖAMG gewertet, welche „nationalsozialistische Parteigänger" zu Lasten „vaterländisch" gesinnter Arbeitssuchender bevorzugte.[888]

Einzelne Betriebe der ÖAMG wie jene in Donawitz, Eisenerz und Fohnsdorf spielten eine Schlüsselrolle im Juli-Putsch. Bereits in den Monaten zuvor waren Berichte über getarnte nationalsozialistische Agitation im Betriebsbereich bei den zuständigen Behörden eingelaufen, die sich nach einer Überprüfung als überwiegend zutreffend herausstellten. In einem Schreiben an Vizekanzler Fey Anfang Juli 1934 schilderte der ehemalige Nationalratsabgeordnete des Heimatblockes, Josef Lengauer, die unhaltbaren Zustände in der Hütte Donawitz. Den unmittelbaren Anlass hierzu bildete eine Gewalttat auf dem Werksgelände, die sich kurz zuvor ereignet hatte. Ein unbekannter Täter hatte einen österreichischen Heimatschützer mit einer Waffe des aufgelösten Deutschen Turnvereines aus kurzer Entfernung angeschossen und schwer verletzt. Befürchtungen wurden seitens der vaterländischen Arbeiterschaft laut, das Attentat sei der Auftakt zu einer Vergeltungsoffensive der Nationalsozialisten gegen Regierungstreue. Jene hatten die ständigen vom Dienstgeber geduldeten Provokationen der Nazis satt. Lengauer forderte die Entfernung des Generaldirektors Apold und des Betriebsdirektors Zahlbruckner und die Einsetzung eines Werkskommissärs.[889] Im Fohnsdorfer Bergwerk, einem weiteren Alpine-Betrieb, war es in den Monaten vor dem Putsch ebenfalls zu einer Verstärkung der Nazi-Agitation gekommen. Bereits im Juni war ein Gendarm bei der Verfolgung zweier nationalsozialistischer Bergarbeiter erschossen worden. Anfang Juli 1934 meldete die Ortsleitung der VF Fohnsdorf, die Bergdirektion würde Nationalsozialisten anerziehen, denn in einem der Schächte hätten zwei nationalsozialistisch gesinnte Arbeiter einschlägige Wandmalereien angebracht, die fotografiert und obertags verbreitet worden waren. Die dafür geopferte Arbeitszeit wäre ohne die stillschweigende Erlaubnis der Direktion kaum möglich, wurde argumentiert.[890] Dem Eisenerzer Regierungskommissär Franz Moser zufolge war die Verschränkung der ÖAMG mit dem Nationalsozialismus bereits unübersehbar geworden. Zudem verbreite der Terror der illegalen Aktivisten zunehmend Angst und Schrecken unter der „regierungstreuen" Bevölkerung. Bei einer Durchsuchung des örtlichen Werksspitals hatte die Gendarmerie ein Waffenlager sowie Propagandamaterial in der Unterkunft des nationalsozialistischen Krankenpflegers und lokalen SA-Führers Anton I. gefunden.[891]

Nach dem Putsch wurde eine Reihe leitender Angestellter der ÖAMG, unter anderem auch der Betriebsdirektor Dr. August Zahlbruckner, festgenommen und ver-

888 Der relevante Aktenbestand: StLA L.Reg. Gr.384: A 114 (1934) wurde bereits im Detail aufgearbeitet: Eduard Staudinger, Die ÖAMG im Juli 1934. In: Blätter für Heimatkunde 58 H.1 (1984) 15–25.

889 StLA ZGS (BKA) K.88/15 (Fol.733–735).

890 StLA ZGS (BKA) K.88/15 (Fol.587–588).

891 StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.1123–1125; 1143–1146); StLA ZGS (BKA) K.85/12 (Fol.934).

hört.[892] Jene Personen, die aktiv teilgenommen hatten, oder in dem Verdacht standen, den Putsch irgendwie unterstützt zu haben, wurden verhaftet und in verschiedene Anhaltelager abgeschoben. Bei ihrer Einvernahme gaben sich einige führende Mitarbeiter ahnungslos. Sie behaupteten, die NS-Propaganda wäre hauptsächlich von außen in die Firma getragen worden. Sie selbst hätten sich stets von jeglicher politischer Agitation ferngehalten. Die Generaldirektion habe die Ermahnungen und Verbote der Regierung ernst genommen und die Mitarbeiter per Rundschreiben aufgefordert, sich der Agitation für die NSDAP oder anderer verbotener Parteien zu enthalten.[893] Andere wiederum belasteten die Direktion schwer. Der Untersuchungsbericht zeigte auf, dass die nationalsozialistische Gesinnung „einzelner Ingenieure", die vor dem Verbot im braunen Hemd und mit dem Parteiabzeichen demonstrativ auftraten, allgemein bekannt war. Die Generaldirektion hatte nicht nur die Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda in einzelnen Werken geduldet, sondern auch die Werksschulen im nationalsozialistischen Sinn eingerichtet. Nach dem Verbot der NSDAP folgten lediglich halbherzige Maßnahmen. In Wirklichkeit war alles beim Alten geblieben. Zudem wurden in Donawitz ein Werksturnverein sowie eine Frauenhilfsgruppe mit Unterstützung der Generaldirektion gegründet, wo einschlägige Aktivitäten von werksbekannten Nationalsozialisten fortgesetzt wurden. Dennoch konnte eine direkte Verbindung der Werksleitung zur NSDAP in keinem einzigen Fall nachgewiesen werden.[894] Mit Genugtuung berichtet eine vaterländisch gesinnte Lokalzeitung von dem gründlichen Reinemachen der Regierung, die auch nicht vor höchsten Staatsämtern Halt mache. Bei der Alpine-Montan, wo die Nationalsozialisten ihr Unwesen am ärgsten getrieben hätten, seien vaterländisch gesinnte Arbeitnehmer in unverschämtester Weise terrorisiert worden. Nun sollte durch rücksichtslose Entlassungen und andere Maßregelungen auch den ehrlich Schaffenden endlich zu ihrem Recht verholfen werden.[895]

5.4.3.4 Die Erhebung in der obersteirischen Industrieregion

Als um etwa 14 Uhr des 25. Juli das Kommando der Brigade Steiermark Nr. 5 Alarmbereitschaft anordnete, wusste man noch nicht, wie sich die Ereignisse in Wien auf die Steiermark auswirken würden. Erst eine Stunde später wurde eine Kompanie des in Graz stationierten Alpenjägerregimentes wegen „nationalsozialistischer Unruhen", die aus Radkersburg gemeldet wurden, in Bereitschaft versetzt. Dann ging alles

892 StLA ZGS (BKA) K.89/16 (Fol.1370–1375): Im September 1934 wurden Zahlbruckner Ersatzleistungen von insgesamt 104.000 Schilling vorgeschrieben. Dieser hohe Betrag war durch „außerordentliche Sicherheitsmaßmaßnahmen", d.h. die Ausrüstung und Verpflegung der für die Niederschlagung des Putsches aufgebotenen Exekutivkräfte, entstanden. Zahlbruckner, der für die Alpine-Erhebung verantwortlich gemacht wurde, erklärte der Behörde, er wäre außerstande, diese Summe in so kurzer Zeit aufzubringen.

893 StLA L.Reg. Gr.384: A 114 (1934): Befragung Heinrich Asimus, Heinz Suppan, Ing. Schaur, 27.8.1934.

894 StLA L.Reg. Gr.384: A 114 (1934): Erhebungsbericht über die Werksbetriebe der ÖAMG.

895 Die Säuberungsaktion. In: Obersteirische Volkspresse (12.8.1934) S. 1.

Schlag auf Schlag. Um 15.20 Uhr wurden die Wachmannschaften der Anhaltelager Waltendorf und Messendorf, wo viele Nationalsozialisten interniert waren, auf Anforderung des Sicherheitsdirektors durch Züge des Bundesheeres ausgetauscht. Bald danach trafen von „allen Seiten" Nachrichten ein, dass es sich um einen Aufstand „größeren Umfanges" handelte und der Alarm für die Garnisonen in Graz, Straß und Judenburg wurde angeordnet. Das Brigadekommando stellte fest, dass ein Engpass in seinem Bereich aufgetreten war, weil Teile des Regimentes auswärtigen Dienst versahen und nicht verfügbar waren. Daher konnten Truppen erst nach 20 Uhr in die Südsteiermark ausrücken, als sich herausstellte, dass es in Graz und der Mittelsteiermark „wider Erwarten" ruhig geblieben war.[896] Diese warfen am darauffolgenden Tag die Aufstände in der Gegend um Radkersburg und Leibnitz, dann auch jene in Stainz, Deutschlandsberg, Preding und Eibiswald nieder.[897]

Zur Bekämpfung der Erhebung in der obersteirischen Industrieregion zwischen Judenburg und Leoben wurden Ersatzbataillonen aus dem Burgenland und Kärnten angefordert. Die Städte Judenburg und Leoben wurden im Lauf des 26. Juli von schwerbewaffneten Aufständischen eingekreist; im Bezirk Judenburg und auch in Knittelfeld hatten sich blutige Szenen bei der Erstürmung von Gendarmeriekasernen und bei Scharmützeln im offenen Gelände abgespielt. Auch in Fohnsdorf und Umgebung war es zu schweren Zusammenstößen gekommen. Werksbeamte der „Styria" Eisen- und Blechwerke der ÖAMG, die Urheber des örtlichen Aufstandes, hatten die Sprengung der Bahnlinie und die Zerstörung der Telefonleitungen anbefohlen sowie Betriebsfahrzeuge für Verbindungsdienste eingesetzt.[898] Ein Bataillon des Bundesheeres wurde am 26. Juli von Klagenfurt kommend zur „Säuberung" des Raumes Knittelfeld – St. Michael eingesetzt. Während die Befreiung Judenburgs durch den freiwilligen Abzug der Nationalsozialisten am Morgen des 27. Juli erreicht werden konnte,[899] erwiesen sich die Putschisten in und um Leoben als hartnäckigere Kämpfer. Freudenthaler zufolge wurden die SA-Stürme in Leoben um etwa 14.30 Uhr in Alarmbereitschaft versetzt, jedoch nach kurzer Zeit wieder nach Hause geschickt. Nachdem sich die Mannschaften um 20 Uhr neuerlich versammelt hatten, der Befehl

896 Schafranek, Sommerfest, S. 142–146: Zeugenaussagen zufolge soll der Befehl des SA-Brigadeführers Meyszner zum Losschlagen erst zwischen 20 und 22 Uhr eingelangt sein. Zwischen Meyszner und dem Führer der Standarte 27, Hans Schön, dürfte ein gestörtes Verhältnis geherrscht haben, weil Schön bei der Reorganisation der Standarte von Meyszner „umgangen" wurde. Schafranek findet keine Erklärung für das Fehlen eines gemeinsamen Vorgehens der beiden Brigadeführer Kammerhofer und Meyszner nach der Radiodurchsage. Um etwa 15 Uhr glaubte Kammerhofer Opfer einer Mystifikation geworden zu sein und machte den Aufstandsbefehl rückgängig. Das undurchsichtige Vorgehen Meyszners während der Putschtage ist im Zusammenhang mit der These der mit Wien abgesprochenen Aktion unbedingt zu hinterfragen. Ungeklärt bleiben die Motive für die offensichtliche Zurückhaltung Meyszners. Ahnte der ehemalige Gendarmerieoberst bereits die kommende Niederlage oder wollte er sein eigenes Süppchen kochen?

897 ÖStA AdR Ktn.4904/a BKA Inneres 22/gen.1934 (GZ.240.331/GD.34 St.B.) Gegenstand: Zusammenfassender Bericht des Sicherheitsdirektors für das Bundesland Steiermark.

898 ÖStA AdR Ktn.4904/a BKA Inneres 22/gen.1934 (GZ.251.345/GD.34 St.B.) Gegenstand: Nat.soz. Juliputsch, Aufruhr in Fohnsdorf und Umgebung.

899 Hierbei fungierte der ehemalige HS-Ortsgruppenführer Odelga als Parlamentär der Nationalsozialisten.

zum Losschlagen jedoch ausgeblieben war, griff die SS unter der Führung des Hochschülers Günther Fischerauer den Gendarmerieposten Donawitz um etwa 22.30 Uhr an. Hierbei erlitt Fischerauer mehrere Bauchschüsse, an deren Folgen er wenig später starb. Der Posten konnte erst nach schweren Gefechten und der erzwungenen Kapitulation der regierungstreuen Kräfte von der SA unter Sturmbannführer Graßl eingenommen werden.[900] Die „Hakenkreuzler" in Donawitz, laut einer Lokalzeitung meist Arbeitslose und junge Burschen in der Uniform des aufgelösten Steirischen Heimatschutzes und mit Hakenkreuzarmbinden ausgestattet, besetzten das Donawitzer Gebiet und die Anhöhen nächst Leoben mit MG-Abteilungen.[901] Aus der Richtung Donawitz und Seegraben marschierten die Aufständischen bis zur Vorstadt Waasen vor und hielten das am 26. Juli nach Leoben eingerückte Bataillon aus Neusiedl unter pausenlosem Gewehrfeuer:

> *Das Baon fand die innere Stadt vom Feinde frei, wurde jedoch beim Ausladen von Dachschützen beschossen. Gleichzeitig begann ein Angriff aus westlicher Richtung auf die Waasenbrücke. Nach Säuberung der Stadt setzte Oberst Kraus das Baon über die Waasenbrücke gegen Donawitz an. Es entwickelte sich ein harter verlustreicher Kampf gegen die zahlenmässig vielmals überlegenen Aufständischen. Der Angriff der Nat. Soz. konnte abgewiesen werden, sie zogen sich zurück.* (…).[902]

Gegen 17.30 Uhr, so der offizielle Bericht, ließ die bis dahin sehr rege Feuertätigkeit der Putschisten nach. Kurz Zeit später zogen die Nationalsozialisten ab, nachdem sie die von den Regierungstruppen diktierte Kapitulation angenommen hatten. Um etwa 18 Uhr waren die Kampfhandlungen in Leoben beendet, der Putsch zusammengebrochen. Sieben Nationalsozialisten und eine Frau, die sich aus dem Fenster gelehnt hatte, fanden hierbei den Tod.[903] Etwas abseits von jenem Kriegsschauplatz, in Trofaiach, wurden die Putschisten von eifrigen Ortsbewohnern unterstützt. Einem Zeitungsbericht zufolge ließen sich die Trofaiacher Geschäftsleute mit ihren Frauen und Mädchen „zu einem wahren Siegestaumel hinreißen" und griffen zu den Waffen, um noch rasch „ein günstiges Plätzchen im kommenden Dritten Reich" zu ergattern.[904] Nach einem zermürbenden Kampf gelang es den Insassen des örtlichen Soldatenerholungsheimes schließlich, den Angriff der Putschisten erfolgreich abzuwehren, welche die dort eingelagerten Waffen rauben wollten.[905] Die Heimatgemeinde des Salzburger Gauleiters Scharitzer soll bis in den Abendstunden in nationalsozialistischer Hand gewesen sein, als im ganzen Umland der Putsch bereits beendet

---

900 Freudenthaler, „Eisen auf immerdar!" Bd.2, S. 33.

901 Die blutigen Ereignisse im Leobener Gebiet. In: Obersteirische Volkspresse (29.7.1934) S. 1.

902 ÖStA AdR Ktn.4904/a BKA Inneres 22/gen.1934 (GZ.240.331/GD.34 St.B.) Gegenstand: Zusammenfassender Bericht des Sicherheitsdirektors für das Bundesland Steiermark.

903 Freudenthaler, „Eisen auf immerdar!" Bd.2, S. 35.

904 Rückblick auf die Juli-Ereignisse in Trofaiach. In: Obersteirische Volkspresse (16.9.1934) S. 3–4.

905 ÖStA AdR Ktn.4904/a BKA Inneres 22/gen.1934 (GZ.240.331/GD.34 St.B.) Gegenstand: Zusammenfassender Bericht des Sicherheitsdirektors für das Bundesland Steiermark.

war. In mehreren Orten im Bezirk gelang es den Nationalsozialisten, die Macht ohne Blutvergießen zu übernehmen, so auch in Eisenerz. In Mautern und St. Michael hingegen kam es zu Schießereien, wobei drei Menschen starben. Spätestens in der Nacht zum 27. Juli waren die Aufstände der Nationalsozialisten, welche die obersteirische Industrieregion zwischen Judenburg und Leoben vorübergehend beherrscht hatten, niedergeschlagen. Bei Feuergefechten im Bezirk Murau, im Ennstal und am Pyhrnpass wurden zahlreiche Menschen getötet und verletzt. Viele Aufständische flüchteten ins benachbarte Ausland, andere tauchten in der Heimat eine Zeitlang unter in der Hoffnung, entweder nicht verraten zu werden oder sich durch irgendwelche Ausflüchte entlasten zu können. Den maßgeblichen Rädelsführern der obersteirischen Industrieregion, Kammerhofer, Hickl, Gregory und auch Meyszner gelang die Flucht über die Grenze nach Jugoslawien.[906] Das Ausmaß an Leid, das über viele Familien hereinbrach, lässt sich aus den folgenden Zahlen nur ansatzweise ablesen. Insgesamt hat der Juliputsch rund 250 Menschenleben in ganz Österreich, inklusive der Hingerichteten, sowie zwischen 400 und 700 Verwundete auf beiden Seiten gekostet.[907] Allein im Bezirk Leoben verloren rund 170 Menschen das Heimatrecht. Die Geflohenen, großteils junge Männer zwischen 20 und 35 Jahren, darunter drei 17-jährige und zwei 18-jährige Burschen sowie drei Frauen, wurden ausgebürgert.[908]

5.4.3.5 Irrungen und Wirrungen

Zusammenfassend ist festzustellen, dass von einem konzertierten Vorgehen der steirischen SA-Brigaden in der Steiermark überhaupt keine Rede sein kann. Neben der Landeshauptstadt Graz waren das Mürztal, abgesehen von Mürzzuschlag, sowie weite Teile der nördlichen Ost- und Weststeiermark ruhig geblieben; die kleineren Aktionen der Putschisten in der Umgebung von Graz waren ohne große Wirkung verpufft. Laut den im Nachhinein verfassten Berichten von Hans Schön, Hugo Suette und Hans Seidler[909] waren die Standarten der Mittelsteiermark großteils mangelhaft ausgerüstet, deren Bewaffnung teilweise veraltet und durch die lange Lagerung unbrauchbar geworden. Im Gegensatz zu Kammerhofer hat Meyszner anfangs zugewartet und erst spätabends zwischen 20 Uhr und 21 Uhr den Aufstandsbefehl erteilt, der allerdings nach etwa einer Stunde rückgängig gemacht wurde. Der SA-Brigadeführer soll sich überhaupt bedeckt gehalten haben und nur noch „Vereinbarungen“ mit seinem Stab getroffen haben. Das Ausmaß der Verwirrung und Wut unter den Mannschaften soll entsprechend groß gewesen sein.[910] Die Niederwerfung

906 Bauer, Elementarereignis, S. 223–240; 106–110.
907 Bauer, Elementarereignis, 116–118.
908 StLA ZGS (BKA) K.90/17 (Fol.731–751).
909 Schön, der seiner geplanten Ermordung entkommen konnte, war Führer der Standarte 27 (Graz und Umgebung); Suette, Führer des Sturmbannes II/27, berichtete, dass der Brigadeführer (Meyszner), der zunächst nicht auffindbar gewesen sei, seinen Sitz „irgendwo in Gösting“ aufgeschlagen habe; Seidler war Führer des Sturmbannes III/27.
910 Schafranek, Sommerfest, S. 301–320.

der Aufstandsgebiete in der Steiermark gelang auch auf Grund von Meyszners Verhalten relativ problemlos. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch das verspätete Losschlagen in Kärnten, da von dort militärische Reserven in den Raum Judenburg – Leoben geholt werden konnten. Ein gleichzeitiges Losschlagen Kammerhofers und Meyszners zusammen mit Kärnten [SA-Gruppe „Südmark", Anm.] hätte die Regierungstruppen wahrscheinlich gehörig in Bedrängnis gebracht, da zu dieser Zeit gerade einige Truppenteile nicht verfügbar waren. Dennoch erscheint im Nachhinein ein Sieg der Putschisten über die mit viel wirksameren Waffen (Minenwerfer) ausgestatteten Soldaten des Bundesheeres eher unwahrscheinlich bis ausgeschlossen. Wie die Anführer der Aufstände im September 1931 und Februar 1934 rechneten offenbar auch die Nationalsozialisten mit der aktiven Teilnahme oder passiven Duldung von Teilen der Exekutivkräfte. Diese Annahme sollte sich erneut als trügerisch erweisen.[911]

5.4.3.6 Die Erhebung und deren Folgen aus nationalsozialistischer Perspektive

Wenn auch Behördenberichte wie die Folgenden entsprechend kritisch zu werten sind, so werfen sie dennoch ein bezeichnendes Licht auf die Radikalisierung des politischen Klimas in den letzten Jahren der Ersten Republik. Ein persönlicher Bericht über den Zusammenbruch des Aufstandes in der Steiermark und zugleich eine Art Gegendarstellung zur offiziellen Version der österreichischen Behörden und gleichgeschalteten Presse stammt aus der Feder des deutschen Konsuls in Graz.[912] Voller Erbitterung über das schmähliche Ende der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich zeichnet er ein düsteres Stimmungsbild der Putsch-Tage:

> *In der Stadt* [Graz, Anm.] *ziehen Starhemberger Heimatschützer und Ostmärkische Sturmscharen, in etwas verkommener Aufmachung umher. Polizei versieht*

911 Alfred Jansa, Aus meinem Leben. Auszug aus den Memoiren von FML Alfred Jansa (=Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Sonderband 1, Wien 2005) S. 269–272: Feldmarschallleutnant Jansa (1884–1963), dessen glänzende militärische Karriere bereits vor 1914 begann und der als überzeugter Österreicher galt, wurde mit dem Aufbau des Bundesheeres in der Ersten Republik betraut, von Dollfuß zum Militärattaché nach Berlin entsendet und zum Chef des Generalstabes unter Schuschnigg berufen.
In seinen Memoiren beschreibt Jansa seine erste persönliche Begegnung mit dem Nationalsozialismus in St. Pölten, die zum Schlüsselerlebnis wurde. Der Brigadechef wurde Zeuge einer SA-Störaktion während der Christmette des Jahres 1929. Als Jansa – nun hellhörig geworden – bei einer NS-Heeresversammlung erfuhr, dass die Soldaten zu Diensten Adolf Hitlers erzogen werden sollten, erkannte er, wie er selbst sagt, die „Gefährlichkeit dieser Bewegung". Da die politischen Rechte der Soldaten nicht angetastet werden sollten, entschloss sich Jansa, einen anderen Weg zu gehen: *Dem Nationalsozialismus, der allmählich das Offizierskorps aufzuspalten drohte, suchte ich dadurch zu begegnen, daß ich der politischen, christlichsozial ausgerichteten Soldatenvereinigung „Wehrbund" beitrat und diesen Schritt in einem Offiziersbefehl allgemein als Richtungsweisung verlautbarte.* (…) *Das Gros aller Offiziere der Brigade folgte meinem Beispiel; nur wenige schlossen sich den Nazis an. Es war in der Brigade eine wohltuende Klarheit der Haltung eingetreten.*

912 Joseph Franz Desput, Aus den Akten des Deutschen Konsulates in Graz in der Ersten Republik. In: Mitteilungen des Steiermärkischen Landesarchivs 38 (Graz 1988) 45–68.

Dienst mit Stahlhelm und aufgepflanztem Seitengewehr. Motorfahrer jagen durch die Stadt und bringen Meldungen über die Kämpfe aus der Umgebung von Graz. Rettungswagen fahren ununterbrochen und bringen schwerverletzte Kämpfer beider Parteien. Sie bringen aber auch Verletzte, die den bösartigen Mutwillen der Starhemberger und Sturmschärler zum Opfer fallen. Lastwagen sausen durch die Stadt. Sie kommen aus der Ost- und Südsteiermark. Vorn auf dem Dach des Führersitzes liegen, das Gewehr schussbereit, die Starhemberger Heimatschützer. Im Wageninnern stehen junge, aufrechte, sonnengebräunte Bauerngestalten. Ihre Hände sind auf den Rücken gefesselt. Daneben schussbereite Heimatschützer. Die Verluste sind sehr schwer. Besonders in Leoben ist der Kampf erbittert. Haus um Haus wird gekämpft. Studenten und die Donawitzer Werkarbeiter stehen Schulter an Schulter und verteidigen ihren Platz gegen das Militär.

Konsul Drubba erhebt schwerste Vorwürfe gegen die Urheber des Putsches und wirft ihnen Verantwortungslosigkeit und Leichtfertigkeit vor. Die politische Leitung sei unfähig, meint er, und müsse verschwinden, ehe sie weiteres Unheil anrichte. Er bezieht sich hierbei auf einen von der Gauleitung Steiermark herausgegebenen Flugzettel[913], der unter Vorspiegelung falscher Tatsachen den Aufstand in Graz zu einem Zeitpunkt ausgerufen hatte, als das Militär beinahe im ganzen Land die Oberhand hatte. Der Konsul scheint jedoch keine Kenntnis von einer doppelten Befehlsführung Habicht/SS/Heimatschutz kontra Reschny/SA gehabt zu haben. Er gibt sich überrascht und empört ob der Information eines Gewährsmannes, dass die politische Leitung keinerlei Einfluss auf SA und SS gehabt habe:

So erklären sich dann auch die überall in der Steiermark aufgeflackerten plan- und systemlosen Aufstandsbewegungen. (…) Man hat, als die Radio- Meldung von der Übernahme der Regierung durch Rintelen bekannt wurde, sofort losgeschlagen, ohne sich darum zu kümmern, was anderwärts geschah. Die Kämpfe haben schwere Verluste auf beiden Seiten zur Folge gehabt.

Zahlreiche junge Menschen seien angesichts der Übermacht der Regierungstruppen schlichtweg verheizt worden, so Drubba:

Von allen Personen, mit denen ich gesprochen habe, wird mir übereinstimmend versichert, dass überall in der Steiermark, namentlich bei der Jugend, eine unbeschreibliche Begeisterung geherrscht hat, als es hiess, man werde losschlagen. Es

---

913 StLA ZGS (BKA) K.89/16 (Fol.889). Der Flugzettel, der in der Nacht vom 26. zum 27. Juli verbreitet wurde, stammte, laut Drubba, tatsächlich von der Gauleitung: *Volksgenossen! Dollfuß ist erledigt. Graz ist von Militär bereits entblößt, Soldaten weigern sich auf uns zu schießen. Ganz Obersteiermark (Ennstal, Murtal und Leoben) ist in unser Hand. Straßer Garnison geht mit uns. Kärnten ist vollkommen nationalsozialistisch, alle Dienststellen von Nazis besetzt. Tirol, Salzburg, Oberösterreich melden rasches Vordringen der SA. In Niederösterreich marschieren die Bauern. Wiener-Neustadt Nazi-Hochburg. Glaubt nicht den Radiomeldungen, denkt an die Lügen in Februar. Bereitsein zum Losgehen in Graz. Gauleitung Steiermark.*

ist nur bedauerlich, dass viel gutes Blut geflossen ist. Besonders schwer sollen die Verluste unter den Leobener Studenten gewesen sein.

Der Konsul beziffert die Zahl der Aufständischen in Steiermark und Kärnten mit 7000 bis 8000 Mann, die gegen das Aufgebot der Regierung, die nebst Bundesheer und Gendarmerie über rund 7000 bis 8000 Mann Heimatschutz sowie 3000 Mann Ostmärkische Sturmscharen verfügte, auf verlorenem Posten gestanden waren.[914] Ende August 1934 verfasst Drubba einen detaillierten Lagebericht. Darin analysiert er den gescheiterten Aufstand und entwickelt seine Gedanken zur „Zukunft des Deutschtums" in Österreich. Aus seiner Sicht kommen drei gewichtige Momente für das Losschlagen der Nationalsozialisten in Frage:

- Die österreichischen Nazis hätten sich in einer „zeitlichen Zwangslage" befunden. Als Gründe werden die sich weiter verschlechternde wirtschaftliche Situation sowie der vergebliche Kampf um die „legale" Machtergreifung angeführt.
- Man wollte verhindern, dass Dollfuß bei seinem Sommeraufenthalt weitere Vereinbarungen mit Mussolini trifft.
- Mit einer gewaltsamen Aktion hofften die Nationalsozialisten, den Zulauf der Arbeiterjugend zu der KPÖ zu stoppen.

Der Putschversuch habe die Stellung der Bewegung im In- und Ausland unnötig verschlechtert, resümiert Drubba, da die Regierung nun auf das scheinbar fehlende Echo in der Bevölkerung hinweisen könne. In außenpolitischer Hinsicht habe man offenbar die Bereitschaft Mussolinis, seinen Einflussbereich in Österreich zu verteidigen, völlig übersehen. Für die Versäumnisse der Anführer hatten zahlreiche nationalsozialistisch Gesinnte in der Steiermark bitter büßen müssen. Neben den von der Exekutive durchgeführten Verhaftungen soll es laut Drubba zu brutalen Übergriffen der Regierungskräfte, unter anderem auch in Eisenerz, gekommen sein:

Ein großer Teil der Verhaftungen und Terrorakte in den dem 25. Juli unmittelbar folgenden Tagen bezw. Nächten fällt dem Heimatschutz und den Ostmärkischen Sturmscharen zu und stellt örtliche Sonderaktionen dar. Hier handelt es sich hauptsächlich um Verfolgungen, die auf persönliche Feindschaften oder Racheakte zurückzuführen sind. Die Leute wurden, so weit sie sich nicht rechtzeitig durch Flucht entziehen konnten, von richtigen Rollkommandos aus den Wohnungen etc. geholt und schwer misshandelt, so daß Hunderte in Spitäler abgegeben werden mussten. Sogar Todesfälle sind dabei zu beklagen.[915]

Drubba führt zahlreiche Fälle von Misshandlungen an, die von Wachpersonen, insbesondere von Mitgliedern der Ostmärkischen Sturmscharen (OSS), an gefangenen,

914 StLA MF Akten des Dt. Konsulats P7/Bd.37/C1/Pol.III-1935, KNr.35 („Streiflichter aus der Steiermark", 28.7.1934).

915 StLA MF Akten des Dt. Konsulats P7/Bd.36/C1/Pol.II-1934 („Zur Lage in Österreich. Ende August 1934").

zum Teil mit schweren Verletzungen darniederliegenden Nationalsozialisten begangen wurden. Viele in Graz und Leoben in Notarresten zusammengepferchte Aufständische sollen nicht nur mit Bajonettstichen, Kolbenhieben und Fußtritten traktiert worden sein, sondern litten unter durch mangelnde Versorgung hervorgerufenen Wundeiterungen.[916] Jene vom deutschen Konsul dokumentierten Untaten, die in jenen Tagen seitens der OSS und der Heimwehr an Nationalsozialisten, aber auch an Unbeteiligten, verübt wurden, kennzeichnen die Eskalation der Gewalt in einer von weltanschaulichen Gegensätzen geprägten hasserfüllten Atmosphäre.[917]

Im Bezirk Leoben schlugen die von der Regierung unterdrückten politischen Bewegungen bald zurück. Einem Bericht des örtlichen Heimatdienstes zufolge sorgten bereits im Herbst 1934 wiederaufflammende kommunistische und nationalsozialistische Umtriebe erneut für Aufregung in der Bevölkerung. Zahlreiche „vaterländische" Beamte und Parteifunktionäre, Pfarrer sowie Privatpersonen, die angesichts der Hinrichtungen von Putschisten als „schwarze Hunde" und „Henkersknechte" bezeichnet wurden, erhielten Drohbriefe oder wurden Opfer von Anschlägen. Der Heimatdienst wörtlich:

> *Aus diesen Vorkommnissen müssen wir leider schliessen, dass von neuem eine Hetzpropaganda losgeht. Es wird wohl allen bekannt sein, dass gerade in Leoben und Donawitz das Zentrum der Nazi-Brutstätte ist.* (…) *In Leoben laufen noch alle gefährlichen nationalsozialistischen Parteigänger frei herum. Die Beamten der behördlichen Stellen sind heute nach wie vor ausschliesslich Nationalsozialisten.*

Die Bevölkerung werde außerdem von „Gerüchtemachern" irregemacht, welche Geschichten von Gräueltaten gegen die internierten Nationalsozialisten verbreiteten, so der Heimatdienst. Diese Behauptungen wurden vom steirischen Sicherheitsdirektor mit dem Hinweis auf die nach dem Putsch durchgeführten Verhaftungen und „Säuberungen" des Beamtenstabes energisch dementiert: *Die Stimmung der Bevölkerung ist seit den Juliereignissen vollkommen ruhig und ist auch von einer Gerüchteverbreitung nichts bekannt.* Der Sicherheitsdirektor wies naturgemäß jene gegen die Exekutive erhobenen Anschuldigungen als „vollkommen haltlos" zurück.[918]

Im Sommer 1935 soll sich die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung weiter verschlechtert haben. Drubba spricht von schärfsten Überwachungsmaßnahmen seitens der Behörden. Anhaltungen auf der Straße, Vorladungen zur Polizei sowie Hausdurchsuchungen sollen an der Tagesordnung gewesen sein: *Niemand ist zu irgendeiner Stunde des Tages oder der Nacht sicher, auch wenn er sich gar nicht für die Partei betätigt hat.* (…) *Das Leben wird tatsächlich unerträglich, wer sich nicht „vaterländisch" gebärdet, gilt schon als verdächtig und wenn er unglücklicherweise öffentlicher Angestellter oder Beamter ist, hat er in kürzester Zeit seine Entfernung*

916 StLA MF Akten des Dt. Konsulats P7/Bd.36/C1/Pol.II-1934 („August 1934 – Brockmannschule, Kronesschule, Industriehalle, 26. Juli Leoben").
917 StLA MF Akten des Dt. Konsulats P7/Bd.36/C1/Pol.II-1934 („Auf den Erlass A2449, 7.9.1934").
918 StLA ZGS (BKA) K:89/16 (Fol.1501–1507).

aus dem Dienste zu erwarten. Dass die Netzwerke der Kommunisten und der Nationalsozialisten noch höchst lebendig waren, beweisen einige Fälle, die in den Akten der städtischen Sicherheitswache Donawitz aus dem Jahr 1935 dokumentiert sind. Es sind durchwegs junge Männer, die wegen Aufbewahrung und Verbreitung von illegalem Propagandamaterial verhaftet wurden.[919]

Diese Zustände spielten sich vor dem Hintergrund einer anhaltenden Wirtschaftskrise, gekoppelt mit hoher Arbeitslosigkeit, ab. In der Steiermark sorgten der stagnierende Fremdenverkehr und die niedrigen Preise in der Landwirtschaft für zusätzliche Katastrophenstimmung.[920] Kurzum: Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik der Regierung, die Drubba „dieses Gesindel" nennt, war im Steigen begriffen: *Das ewige Sichdrücken vor jeder freien Wahl zeigt aber deutlich dass die Regierung genau weiss, dass sie nicht die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat, wie sie immer frech behauptet.* Der Konsul ortet zudem eine wachsende Radikalisierung der „nationalen" Jugend, die eine neuerliche Welle der Gewalt zu verheißen schien: *Die Wut in den nationalen Bevölkerungskreisen, besonders in der Jugend hat einen derartigen Grad erreicht, dass besonders bei den Pfarrern, einzelnen politischen Beamten, Gendarmen und politisch hervortretenden Persönlichkeiten ein Massenmorden zu befürchten wäre, das der Bewegung nur abträglich sein kann.* Mit „Bewegung" meint Drubba den Nationalsozialismus, der zwar nicht in Erscheinung treten durfte, aber doch „in neuen Formen" bereits etabliert war.[921]

Voll Stolz erzählt der Zeitzeuge Freudenthaler von der „Wiedergeburt" der Bewegung und den riskanten Untergrundtätigkeiten der Nationalsozialisten im Bezirk Leoben, die von manchen Sicherheitsorganen, „oft selbst mit im Bunde", unterstützt wurden. In getarnten Zusammenkünften wurden Besprechungen gehalten, Spenden emsig gesammelt und Flugschriften regelmäßig gedruckt:

> *Als es im Jahre 1935 hieß, nach dem entsetzlichen Rückschlag des Unglücksjahres 1934 die Partei in ganz Österreich wieder aufzubauen, da ging dies von unserem Bezirk aus. Die entscheidende Besprechung der Brigadeführer der gesamten Ostmark wurde damals hieher, auf den Prebichl* [recte Präbichl, Anm.], *einberufen.* (…) *Der Entwurf der Satzungen aber stammte von unserem Franz Steindl, damals Standartenführer. Er wurde für die ganze österreichische Kampfbewegung als bindend angenommen und nach diesem Prebichler Plan von 1935 erfolgte mithin der Neuaufbau der Partei in allen Bundesländern. Das mag hier festgehalten werden, ebenso, daß alle unsere Kampfgliederungen die ganze Verbotszeit hindurch mit beispielgebender Festigkeit und Treue trotz schärfster*

919 MC/AL Gemeindearchiv Donawitz, Sch.10, Akten Nr.127–137 (Zl.4/48, 1.7.1935; Zl.4/83, 22.10.1935).

920 Die Lage der steirischen Bauern wird behördlicherseits ebenfalls als „desolat", die politische Tendenz im südlichen Grenzgebiet als „stark nationalsozialistisch" bezeichnet. Im September 1934 fehlten in manchen Landstrichen die männlichen Arbeitskräfte, sodass die ganze schwere Erntearbeit auf den Schultern der Frauen lastete: StLA ZGS (BKA) K.89/16 (Fol.1173–1174).

921 StLA MF Akten des Dt. Konsulats P7/Bd.37/C1/Pol.III-1935 („Bericht aus Steiermark, 4. Juli 1935").

Verfolgung der Systemgewaltigen, die hier mit Recht den gefährlichsten Feind vermuteten, zu Adolf Hitlers Fahnen hielten und oft genug Freiheit und Leben aufs Spiel setzten. (…) Wenn einmal die Geschichte der SA. und der übrigen Gliederungen für Obersteiermark geschrieben wird, dann wird sie aufzeigen, was hier Heldenhaftes geschah im Kämpfen und Aufbauen, aber auch im Leiden und Dulden![922]

922 Freudenthaler, „Eisen auf immerdar" Bd.2, S. 54–61.

6. Schlussbetrachtungen

Mit diesem Beitrag zur zeitgeschichtlichen Regionalforschung hoffe ich, einen mehrfachen Zweck erfüllt zu haben. Einerseits sollte ein möglichst objektiver Zugang zur politischen Mentalität der Ersten Republik erschlossen werden, nicht nur um einschneidende politische Entwicklungen zu rekonstruieren, sondern vor allem um die Stimmung an der „Basis“ zu verstehen. Mit dem etwas nebulosen Begriff der „Mentalität“ sind hier bestimmte Denkweisen und Einstellungen zu verstehen, die kollektiven wie auch individuellen Handlungen zu Grunde liegen. Es ist bereits angeklungen, dass ein nicht näher definierbarer Anteil der erwachsenen Bevölkerung, wahrscheinlich ein Großteil, von einer bestimmten Grundhaltung geprägt war, mit einer Weltanschauung sympathisiert oder sich am politischen Geschehen in irgendeiner Form aktiv beteiligt hat. Andererseits war es mir ein Bedürfnis, die wechselseitigen Wirkungen von politischen Abläufen auf staatlicher und regionaler Ebene aufzuzeigen. Aufgrund ihrer doppelten Bedeutung als hervorragendes Wirtschaftszentrum und als Drehscheibe der politischen Agitation besaß die obersteirische Industrieregion stets überregionale Bedeutung. Mehr als einmal war sie Schauplatz einer politischen Umsturzbewegung.

6.1 Zur Fragestellung „Radikalisierung des politischen Klimas“

Eine Radikalisierung des politischen Klimas setzt voraus, dass es ab etwa 1926 zu einer vermehrten Agitation in politischen Milieus und folglich zu einer Verhärtung der Fronten entlang der von Stein Rokkan definierten gesellschaftlichen Konfliktlinien gekommen ist.[923] In der Steiermark ist diese Entwicklung als eine Wiederbelebung der noch nicht lange zurückliegenden Konflikte zu betrachten, die im letzten Kriegsjahr sichtbar werden und bald nach dem Bruch der rot-schwarzen Regierungskoalition zu einer Verschärfung des politischen Klimas beitragen. Zu diesen gehören der „Fenstersturz“ Rintelens 1921, die Zusammenstöße zwischen Heimwehr und Arbeitern in Waltersdorf bei Judendorf 1922 sowie die frühen Auftritte der Nationalsozialisten des Jahres 1923. Tagespolitische Auseinandersetzungen um emotional besetzte ideologische und kirchenpolitische Themen wie die Trennung von Kirche und Staat sorgen zusätzlich für böses Blut und werden besonders vor Wahlen virulent.

923 Das Grundmodell des norwegischen Soziologen zur Erklärung der Lagerbildung in Österreich bei: Hanisch, Schatten, S. 118.

6.2 Die parteipolitische Ausgangsposition

6.2.1 KPÖ

Von etwa 1927 bis 1930 sind die Kommunisten in den „Kampf der Weltanschauungen“ zwar involviert, können sich jedoch gegen die viel stärkeren Sozialdemokraten kaum durchsetzen. Ein weiterer Grund könnte der ständige Geldmangel sein, unter dem die von der Wiener Zentrale abhängigen steirischen Kommunisten zu leiden haben. Im obersteirischen „Reich der Alpine“ haben sie schon eine hörbare Stimme und versuchen in der Folge nicht nur bei den Industriearbeitern, sondern vermehrt bei verarmten Kleinbauern und landwirtschaftlichen Arbeitskräften zu punkten. Sie greifen jedoch erst mit zunehmendem Erfolg ein, als sich die Folgen der Wirtschaftskrise bemerkbar machen. Obwohl die KPÖ letztlich eine Kleinpartei bleibt, wird sie in der Öffentlichkeit auf Grund ihrer zum Teil spektakulären Auftritte verstärkt wahrgenommen. Aktivisten der KPÖ versuchen auf die prekäre Situation sowie die berechtigten Forderungen sozial benachteiligter Gruppen wie der Arbeitslosen, Ausgesteuerten und Delogierten aufmerksam zu machen. Ab etwa 1931 werden Stützpunkte auf dem Land aufgebaut.

6.2.2 SDAPÖ

Die sozialdemokratische Führung vermag den Großteil der Arbeiterschaft zu organisieren und disziplinieren. Die Partei ist jedoch an ihrem linken Rand sehr instabil. Dies beruht auf einem ideologischen Bruch in der Partei – ganz links befinden sich die jungen Aktivisten, die nicht länger auf den Tag der Revolution, der in immer weitere Ferne zu rücken scheint, warten wollen. Von dort aus wächst die Unzufriedenheit mit den „Bremsern“, die mit den Bürgerlichen „packeln“, und die Bereitschaft, endlich „loszuschlagen“.

6.2.3 Die Heimwehr/Der Steirische Heimatschutz

Nach einer längeren Phase der Stagnation kommt es bereits ab Ende 1926 zu einer neuen Welle von Ortsgruppengründungen des Steirischen Heimatschutzes in der obersteirischen Industrieregion. Dies kann einerseits als Reaktion auf das als Kampfaufruf aufgefasste Programm des sozialdemokratischen Parteitages vom November 1926, andererseits als Antwort auf die Unruhen in Wien und Bruck an der Mur im Juli 1927 gesehen werden. In der Folge knüpft die Partei der „Besitzenden“ dort wieder an, wo sie bei Kriegsende aufgehört hat, als es darum ging, Haus und Hof vor Plünderungen und Übergriffe zu verteidigen. Bauern und Bürger der obersteirischen Industrieregion nehmen das Industrieproletariat der Ballungsräume als Gefahrenpotenzial erneut wahr. Die Anhänger des Heimatschutzes wollen ihr Hab und Gut vor dem Bolschewismus retten. Mit der Gründung der Unabhängigen Gewerkschaft

startet der Heimatschutz eine Offensive unter den Betriebsarbeitern der ÖAMG. Eine weitere Aufschaukelung findet 1928 in Wiener Neustadt wie auch 1929 in St. Lorenzen statt. Der Pfrimer-Putsch, der Freispruch der Täter sowie wiederholte Revolutionsdrohungen seitens Starhemberg lösen konkrete Abwehrmaßnahmen beim Schutzbund aus. Der bedeutsame Unterschied zwischen dem Heimatschutz und der NSDAP ist nicht ideologischer, sondern grundsätzlicher Natur: Die Bewegung Walter Pfrimers beruht auf dem Prinzip der „Überparteilichkeit" und verwirft das parlamentarische System. Die Führung der „Volksbewegung" will die ihr zugedachte Rolle als „Kettenhund" des bürgerlichen Lagers nicht länger spielen, sondern droht ganz offen mit der Machtergreifung. Dieses Prinzip wird erneut in Korneuburg im Mai 1930 bekräftigt. Bald darauf wird der erste Tabubruch bei den Wahlen im November 1930 begangen. Als Walter Pfrimer im Mai 1932 das sinkende Schiff verlässt und die Geier über dem bankrotten Unternehmen Heimatschutz kreisen, ist die Fusion mit der NSDAP nur noch eine Frage der Zeit.

6.2.4 NSDAP

Seit dem Aufstieg Walter Oberhaidachers zum NS-Gauleiter der Steiermark im Jahr 1928 agieren die Nazis mit wachsendem Erfolg. In wenigen Jahren gelingt es dem ehrgeizigen Südtiroler, die Mitgliederzahlen zu vervielfachen und die Organisation auf eine solide finanzielle Basis zu stellen. Mit dem Scheitern Pfrimers und dem Niedergang des Heimatschutzes geht es weiter steil aufwärts. Die NSDAP ist nicht nur die natürliche „Erbin" der nationalen Heimatschutz-Gefolgschaft, sondern will Menschen aus allen politischen Lagern für Adolf Hitler, um den ein regelrechter Kult betrieben wird, gewinnen. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen viele vom nationalsozialistischen Gedankengut beseelten Männer und Frauen ihre ganze Kraft für die Bewegung ein. In der Folge kommt es zu einer Verschärfung in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und zu blutigen Zusammenstößen bei Versammlungen und Aufmärschen.

6.3 Phasen der Radikalisierung

Die Radikalisierung des politischen Klimas in der obersteirischen Industrieregion lässt sich in mehreren Phasen feststellen:

In einer ersten Phase lebt der Kampf zwischen „Marxisten" und „Antimarxisten", vertreten durch den Heimatschutz, wieder auf. Vereinfacht gesagt handelt es sich primär um den Kampf zwischen Besitzenden und Nicht-Besitzenden um die politische Vorherrschaft. Es ist ein Ringen zwischen dem „linken" Proletariat, welches den Anspruch erhebt, die Republik für eine künftige „klassenlose Gesellschaft" erschaffen zu haben, und den Besitzenden im weitesten Sinn, die keinen „roten" Staat wollen. Diese sind vornehmlich Industrielle, Großgrundbesitzer, Bauern, liberal gesinnte Bürger, aber auch durch die Inflation verarmte Menschen, Katholiken und/oder

Monarchisten, die sich mit den Grundsätzen der Christlichsozialen Partei identifizieren. Diese gesellschaftliche Kluft wird auch durch die außenpolitischen Interessen einiger Nachbarländer noch vertieft. Österreich ist eingekeilt zwischen zwei Polen: Im Süden liegt das faschistische Italien, im Norden die demokratische Tschechoslowakei – diese Staaten „beliefern" die ihnen genehmen politischen Bewegungen mit Waffen und anderen Sachleistungen. Auch die Industriellen bauen ihre Betriebe mit Hilfe der Heimwehren zu antimarxistischen Bollwerken aus.

In einer zweiten Phase verschärft sich der innenpolitische Konflikt mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise. Die Angst um den Arbeitsplatz und die eventuell vorhandene Wohnmöglichkeit macht sozialdemokratisch und kommunistisch gesinnte Arbeitnehmer zu Opfern der Heimatschutzpolitik in den Betrieben der ÖAMG. Zu Nutznießern dieser Politik werden jene als „politisch unbedenklich" eingestuften Menschen, die bei der Vergabe von Arbeitsplätzen oftmals bevorzugt werden. Auch das ständig wachsende Heer der Arbeitslosen bildet einen Unruheherd. Bei den wöchentlichen Meldungen und Auszahlungen beim Leobener Arbeitsamt, zu dem hunderte Arbeitslose auch aus Donawitz herbeiströmen, kommt es nicht selten zu Ausschreitungen. Der Bezirkshauptmann überlegt, in Donawitz eine Außenstelle einzurichten, um den Zustrom Arbeitsloser nach Leoben einzudämmen. Als im Jahr 1932 die letzten Hochöfen niedergeblasen werden und der Gemeinde Donawitz das Geld ausgeht, bleibt den Ärmsten oft nur noch Hunde- und Katzenfleisch. Viele Arbeitslose, meist ledige Männer wie Franz Schick, treibt es fort von daheim – sie gehen auf die Walz und führen ein Vagabundenleben.

In einer dritten Phase ab etwa 1932 eskaliert die Situation, als die Nationalsozialisten immer mehr politischen und gesellschaftlichen Druck ausüben. Ihre Propagandamaschinerie läuft auch auf Grund der Mitarbeit vieler jugendlicher Idealisten wie geschmiert. Nach dem Verbot diverser politischer Organisationen 1933 nimmt der Terror überhand und der öffentliche Raum wird zum gefährlichen Aufenthaltsort. In der obersteirischen Industrieregion sind politische Gegner, besonders „regierungstreue" Amtspersonen, kirchliche Würdenträger sowie jüdische Geschäftsleute bevorzugte Opfer nicht nur der Nazis. Den Staat versuchen Aktivisten zu schädigen, indem sie öffentliche Einrichtungen wie Eisenbahnschienen, Strom- und Telefonleitungen sprengen. Gleichzeitig läuft die Verbreitung von NS-Propaganda auf Hochtouren. Konfidenten berichten von subversiven Netzwerken, die im südlichen Grenzraum Marburg (Maribor) und Unterdrauburg (Dravograd) operieren und von dort aus auch den obersteirischen Raum versorgen. Die westlichen Siegermächte schauen zwar besorgt nach Österreich und geben diplomatische Erklärungen hinsichtlich seiner Souveränität ab, beabsichtigen aber, im Ernstfall nicht einzuschreiten. Im Juli 1934 lässt Mussolini Truppen auf dem Brenner aufmarschieren, um der Welt zu zeigen, wo die Grenzen Hitler-Deutschlands liegen.[924]

924 P.A. Reynolds, British Foreign Policy in the Inter-War Years (London 1954) S. 102; 130–131.

6.4 Zur Pathologie der Radikalisierung

Der öffentliche Raum wird als politische Arena wahrgenommen, in dem es zum regelmäßigen Schlagabtausch zwischen rivalisierenden Bewegungen und Weltanschauungen kommen muss. Es gilt jedoch nicht allein, die Straßen und Plätze in diesem brisanten Umfeld zu erobern, sondern auch die jeweiligen als eigenes „Revier" deklarierten Bereiche zu verteidigen. Zu diesen zählen sowohl private Einrichtungen einer jeweiligen politischen Partei/Bewegung und der von ihr gegründeten oder nahestehenden Vereine, als auch öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Heime, die von einer politischen Partei in der von ihr mehrheitlich regierten Ortsgemeinde als „geistiges Eigentum" betrachtet werden. An diesen Orten wähnen sich die jeweiligen Parteianhänger und -anhängerinnen auf eigenem Territorium, hier werden oftmals Versammlungen abgehalten, Pläne geschmiedet und Waffen aufbewahrt. Selbst Gast- und Kaffeehäuser mutieren zu Politburgen verschiedenster Couleurs. Wer diese festgesetzten Grenzen überschreitet, provoziert einen Zusammenstoß. Zwei relevante Beispiele wären das Sägewerk der städtischen Wirtschaftsbetriebe in Bruck an der Mur, von wo aus der Schutzbund mobilisiert wurde, sowie die Lohnzentrale der ÖAMG in Donawitz, wo die Waffen des Heimatschutzes gelagert wurden. In diesem ideologisch und emotionell besetzten Lebensraum ist es kein Wunder, dass der soziale und politische Friede nicht einkehren will. Bekanntlich können Rezeption und Internalisierung bestimmter politischer Inhalte sowohl durch verschiedene unmittelbar begreifbare Handlungen und Ereignisse erfolgen als auch von subtileren Momenten abhängen, wie beispielsweise der suggestiven Wirkung propagandistischer Botschaften oder der schleichenden Indoktrinierung auf dem Arbeitsplatz. Die folgenden Faktoren spielen bei der sukzessiven Radikalisierung des politischen Klimas in der obersteirischen Industrieregion eine entscheidende Rolle:

Offene Agitation

Hetzreden und Parolen bei Versammlungen und Aufmärschen
Polemische Pressemeldungen
Störaktionen und Konfrontationen bei gegnerischen Veranstaltungen

Geheime Agitation

Entstehung und Entwicklung von subversiven Netzwerken
Verbreitung von Hassbotschaften durch Streuzettel und Pamphlete
Drohbriefe an einzelne Gendarmeriebeamte und -posten sowie Regimetreue
Anschläge mit Sprengstoff, Knallkörpern, Stinkphiolen

Wirtschaftspolitische Faktoren

Einerseits fördert die Wirtschaftskrise radikale Tendenzen in der obersteirischen Industrieregion. Agitatoren der KPÖ organisieren Widerstandsgruppen und können einen Teil der Arbeitslosen mobilisieren. Mit der Unterstützung diverser politischer Gruppen kommt es in der Folge zur Gegenwehr bei Versteigerungen und Delogierungen. Die Bauernunruhen im oststeirischen Vorau werden von den Kommunisten unterstützt und als beispielhaft propagiert. Auch die Gewerbetreibenden beginnen zu rebellieren. Steigende Auslagen und stagnierende Umsätze schüren Existenzängste. In verschuldeten Betrieben beschlagnahmte Waren werden bei Versteigerungen zu Schleuderpreisen verkauft. Andererseits bröckelt der politische Widerstand durch die prekäre Beschäftigungssituation. Die Not zwingt so manche Andersgesinnte in den „regierungstreuen" Dienst, wo sie als Hilfspolizisten oder Schutzkorpsmänner der Arbeitslosigkeit entkommen können.

Innenpolitische Faktoren

Die innenpolitischen Ereignisse des Jahres 1933 üben eine destruktive Wirkung auf substanzielle Teile der Gesellschaft aus. Die Nazis führen eine quasi-legitime Kampagne gegen die Regierung und rufen nach Wahlen. Die Ausschaltung des Parlamentes am 15. März 1933, die zur definitiven Radikalisierung von Teilen des Republikanischen Schutzbundes führt, sowie die Illegalisierung der KPÖ, der NSDAP und des Steirischen Heimatschutzes, bringen eine Verschärfung der agitatorischen Praxis mit sich. Der verbotene Schutzbund hat sich in seiner Schattenorganisation rasch wieder konstituiert und bereitet sich intensiv auf einen Einsatz vor. Von der Regierung einseitig angeordnete Maßnahmen wie Waffensuchen in Vereinsräumen und Privatquartieren von Sozialdemokraten, die Bespitzelung von Friedhofsbesuchern und anderen „Verdächtigen" wie auch die Vorschreibung von Ersatzleistungen werden als reine Willkür empfunden. In ihrer Rolle als Exekutivorgane der Staatsmacht werden Mitglieder der Gendarmerie und anderer Schutzwachen oftmals als Feinde wahrgenommen. Durch die Ereignisse des Jahres 1934 verhärten sich die Fronten zwischen dem „vaterländischen" Regime und seiner zum Teil hausgemachten Gegnerschaft. Nach dem Motto: „Jetzt erst recht!" werden subversive politische Netzwerke in der obersteirischen Industrieregion aufgebaut und auf den Tag X vorbereitet.

6.5 Ursachen

Die Frage, warum gerade die obersteirische Industrieregion einen scheinbar idealen Nährboden für den politischen Radikalismus im genannten Zeitraum bot, ist nicht einfach zu beantworten. Ohne wissenschaftliche Vergleichsmöglichkeiten mit anderen (Industrie)regionen kann das Phänomen mit dem Argument der heterogenen sozialpolitischen Zusammensetzung nicht hinreichend erklärt werden. Aufgrund

der in dieser Arbeit präsentierten Fakten erscheint es jedoch plausibel, dass das Industrieproletariat in den Ballungszentren in einen Gegensatz zu seiner mehrheitlich ländlichen Umgebung sowie dem selbstbewussten Bürgertum geriet. Auf die zentrale Rolle der ÖAMG bei dieser Entwicklung ist bereits hingewiesen worden.

Auf der Suche nach den möglichen Wurzeln des sozialen Unfriedens stößt man unweigerlich auf die als Existenz bedrohend empfundenen politischen Doktrinen des jeweiligen politischen Gegners. Hierbei spielt meines Erachtens auch die Schärfe des gesprochenen und geschriebenen Wortes eine nicht unerhebliche Rolle. In der nationalsozialistischen Wochenzeitung „Der Kampf" beispielsweise werden die politischen Gegner der NSDAP als „rote Untermenschen" beziehungsweise als „schwarz-rot-grüne Untermenschenfront" bezeichnet.[925] Auffallend ist auch der Trend, die jeweilige politische Gemeinschaft mittels stereotyper Formulierungen und apodiktischer Erklärungen noch fester zusammenzuschweißen. Maßgeblich beteiligt an der Aufwiegelung der Menschen waren unter anderem auch die Antipoden Pfrimer und Wallisch, die zum Feind des jeweiligen anderen Lagers erklärt und entsprechend dämonisiert wurden. Während dem wegen Hochverrates angeklagten Heimatschutzführer jedoch kein Haar gekrümmt wurde, musste der Sozialdemokrat Wallisch für den gleichen Tatbestand mit dem Leben bezahlen.

Eine weitere Problemstellung betrifft die zahlenmäßige Erfassung von politisch aktiven und inaktiven Menschen im weitesten Sinn. Der Vergleich der Wahlergebnisse einiger ausgesuchter Gemeinden in der Region von 1919 bis 1932 lässt einen deutlichen Rechtsruck erkennen, sagt jedoch nichts über die Folgezeit aus, vor allem nichts über ein eventuelles „Erlahmen" des politischen Widerstandswillen und einen möglichen Rückzug in die „innere Emigration". In den untersuchten Gemeinden kam es nicht nur zu einem starken Anwachsen der Wählerschaft rechtsgerichteter Parteien, sondern auch zu einem Stimmenzuwachs der KPÖ. Die Radikalisierung des politischen Klimas lässt sich in konkreten Zahlen auch deshalb nicht fassen, weil eine genaue quantitative Feststellung der zu extremem politischem Gedankengut neigenden Menschen letztlich nicht möglich ist. Behördenberichte können wohl Auskunft über amtsbekannte politische Aktivisten und politisch motivierte Straftaten geben, dennoch ist die Dunkelziffer der nicht gefassten Täter und Täterinnen kaum einzuschätzen. Mit den Folgen der wirtschaftlichen Rezession als alleinigem Radikalisierungsfaktor zu argumentieren, ist ebenfalls ein zweischneidiges Schwert.[926] Obwohl es im Gegensatz zu Marienthal zu einer partiellen Radikalisierung der Arbeitslosen im Leobener Industriegebiet kommt, könnte Langzeitarbeitslosigkeit mit Folgeerscheinungen wie Hunger und Obdachlosigkeit zu einer allfälligen

925 StLA ZGS K.221 (Mappe 1932): Gemeiner Überfall auf einen S. A.-Mann. In: Der Kampf (3.12.1932) S. 3.

926 Untersuchungen zeigen, dass gefestigte Demokratien wie Großbritannien und Frankreich, welche von den wirtschaftlichen Krisen der Zwischenkriegszeit auch nicht verschont blieben, weit widerstandsfähiger gegen radikale Tendenzen waren als Deutschland oder Österreich. Siehe dazu: Andrew Thorpe (Ed.), The Failure of Political Extremism in Inter-war Britain (=Exeter Studies in History, Exeter 1989); Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/1939. Berlin und Paris im Vergleich (=Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 40, München 1999).

Lethargie geführt haben. Laut einer späteren Aussage Marie Jahodas soll sich ein Großteil der „nicht-radikalisierten" arbeitslosen Marienthaler gerade in dieser Situation der NSDAP zugewandt haben.[927]

In seiner grundlegenden Analyse zum Scheitern der Demokratie in der Ersten Republik zählt Ernst Hanisch eine Reihe von gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Missständen auf, die zu einer Schwächung des staatlichen Gewaltmonopols und zu einer Verlagerung der Macht auf zwischenstaatliche politische Institutionen wie Parteien und bewaffnete Verbände geführt haben.[928] Es ist meines Erachtens vor allem die Schwäche des Staates und die ihm anfänglich fehlende Zustimmung, die das Aufkommen des radikalen politischen Aktionismus in Österreich gefördert haben. Dieser wiederum gedieh besonders gut auf dem Boden der in politische Lager geteilten Gesellschaft, die in der obersteirischen Industrieregion in konzentrierter Form aufeinanderprallten. Obwohl es auf verschiedenen Ebenen da und dort zu vernünftigen politischen Kooperationen kam, triumphierte in letzter Konsequenz doch der Machtkampf um politisches Sein oder Nichtsein über den Willen, einen tragbaren Kompromiss zu finden. Darin liegt die Tragik der Ersten Republik begründet.

927 Öl, Ausstrahlung v. 2. 8. 2007, 21.01 Uhr („Im Gespräch") „Heimat bist du großer Töchter". Marie Jahoda im Gespräch mit Doris Stoisser am 22.2.1996: http://oe1.orf.at/highlights/40470.html, 8.2.2010. Auf die Frage der relativ geringen Begeisterung für Hitler gerade im Arbeitslosenmilieu gab Frau Jahoda folgende Antwort: *Wissen Sie, ich bin vor zehn oder fünfzehn Jahren nach Marienthal wieder zurückgegangen und habe mit Leuten dort lange Gespräche geführt. Marienthal war ursprünglich eine sozialdemokratische Gemeinde, aber die haben mir erzählt, wie der Hitler mit Suppenküchen und Arbeitsversprechungen gekommen ist, die ganze Bevölkerung sich umgedreht hat und für den Nationalsozialismus war. Und nicht radikalisiert aber Demagogen verfallen. Sicher ein Problem für Menschen, die durch lange Entbehrung und Hoffnungslosigkeit zermürbt sind.*

928 Hanisch, Schatten, S. 285–300.

7. Anhang

I. Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Steiermärkisches Landesarchiv (StLA)

StLA ZGS (BKA) K.74/1 – K.91/18

StLA ZGS:
K.368: Verschiedenes (1865–)
K.262: Verschiedenes (1922–)
K.201: Verschiedenes (1924–)
K.189: Verschiedenes (1927–)
K.204: Verschiedenes (1932–)
K.208: Heimwehr (1918–1935)
K.48: Heimwehr (1927–1935)
K.197: Pol. Dion. Graz NSDAP (1923–1934)
K.365: Wahlergebnisse (1927–1930)

StLA BH Leoben Gr.14: (Vorfallenheitsberichte) K.8 (1926); K.16 (1927); K.24 (1928); K.30 (1929); K.35 (1930); K:43 (1931); K.58 (1932); K.77 (1934)

StLA Staatsanwaltschaft Leoben K.1 (1921–1947)

StLA L.Reg. Gr.206 (1926–1934):
Index (1926–1928, 1929–1931)
Kartothek (1932–1936)
E 52 (1933)
l – 001 (1926)
L – 065 (1927)
Bu – 023 (1923)
Bu – 062 (1933)
J – 044 (1933)
Le – 066 (1933)
Le – 079 (1933)
C – 012 (1935)
Le 62 (1936)
Le – 152 (1935)
Na – 004 (1933)
Le – 076 (1933)

StLA L.Reg. K.213: Gr.384 (Vorfallenheitsberichte 1926)
StLA L.Reg. K.344: Gr.384 (1928)
StLA L.Reg. K.678: Gr.384 (1932)
StLA L.Reg. K.688: Gr.384 (1932)
StLA L.Reg. K.755: Gr.384 (1933)
StLA L.Reg. K.800: Gr.373–384, A–O (1934)
StLA L.Reg. K.801: Gr.384, P–Z (1934)
StLA L.Reg. Gr.384: A 114 (1934)
StLA L.Reg. Gr.384: He 2 (1932)
StLA L.Reg. Gr.384: Na 14 (1933)
StLA L.Reg. Gr.384: Schu 2 (1932–1933)
StLA L.Reg. Gr.384: U 8/4 (1933)

StLA Magnesitbergbau Wald K.11, H.47–51 (1932–1933)
StLA BV Leoben K.92–97 (1925–1933); K.69 Personalangelegenheiten (1918–1937)

StLA MF Akten des Dt. Konsulats:
P7/Bd.36/C1/Pol.II-1934
P7/Bd.37/C1/Pol.III-1935

BH =Bezirkshauptmannschaft
BKA =Bundeskanzleramt
BV =Bezirksvertretung
L.Reg. =Landesregierung
ZGS =Zeitgeschichtliche Sammlung

Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (ÖStA/AdR)

ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (GZ.229.050 GD.1/31)
ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (Heimwehrputsch in Bruck/Mur & Kapfenberg/Bruck a/d Mur und Bereich der BH Bruck a/d Mur/Protokoll Konstantin Kammerhofer)
ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 Heft „Steiermark mit 9 Sonderbeilagen“ (GZ 196.552; GZ 195.861)
ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (Schlussbericht Pfob)
ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (GZ.131.189 GD.1/23)
ÖStA AdR Ktn.4871 BKA Inneres 22/gen 1932 (GZ.221.233 GD.1/31)
ÖStA AdR Extraheft [nicht im Ktn.4871]: (Zl.207.335 GD.3/31)
ÖStA AdR Ktn.4904/a BKA Inneres 22/gen.1934 (GZ 251.345 GD.34St.B.)
ÖStA AdR Ktn.4904/a BKA Inneres 22/gen.1934 (GZ.240.331 GD.34St.B.)

Museumscenter/Stadtarchiv Leoben (MC/AL)

Gemeindearchiv Donawitz, Sch.10, Akten Nr.127–137

Leitner Thomas, Die Ära Dollfuß in Leoben (Fachbereichsarbeit aus Geschichte und Sozialkunde am BG/BRG Leoben I, 2004)

Archive der Bezirksgendarmeriekommandos (BGK)

Bruck an der Mur: Chronik des BGK
Judenburg: Chronik des BGK
Leoben: Chronik des BGK

Gedruckte Quellen

Beiträge zur Vorgeschichte der Julirevolte, herausgegeben auf Grund amtlicher Quellen (Wien 1934)

Bericht des Landesparteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Steiermarks an den Landesparteitag für das Jahr 1932 (Graz 1933)

Die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934, bearb. v. Bundesamt für Statistik, H.7 Steiermark (Wien 1935)

Heimatschutz in Österreich (Wien 1934)
Heimatschutz in Österreich. Sein Werden und die Juli-Ereignisse (Wien 1935)

Maderthaner Wolfgang, Maier Michaela (Hrsg.), „Der Führer bin ich selbst". Engelbert Dollfuß – Benito Mussolini. Briefwechsel. Überarb. u. erg. Neuauflage der Broschüre „Der geheime Briefwechsel Dollfuß – Mussolini [Wien 1949] (Wien 2004)

Österreichisches Heimatschutz Jahrbuch 1933. Für Heimat, Volk und Vaterland! Hrsg. von der Landesleitung des Heimatschutzverbandes Steiermark 1. Jg. 1. Aufl. (Graz 1932) [= ÖHJ]

Stenographische Berichte des Steiermärkischen Landtages 1926–1934, 3 Bde. (1923–1927, 1–73; 1927–1930, 1–61; 1931–1934, 1–65)

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich
(IV. Gesetzgebungsperiode) 1931 bis 1932 II. Band (Wien 1932)

S. A. und S. S. In: Nationalsozialistische Monatshefte. Zentrale politische und kulturelle Zeitschrift der N.S. D.A.P., Heft 46, 5. Jg.(München 1934).

Vorläufige Ergebnisse der Volkszählung 1971 nach Gemeinden, bearb. u. hrsg. vom Österreichischen Statistischen Zentralamt (Wien 1971)

Zeitungen (untersuchter Zeitraum)
(=Mediathek/Bibliothek der Karl-Franzens Universität Graz)

Alpinepost. Nachrichtenblatt für die Arbeiter in den Werken der Alpinemontangesellschaft (14.12.1928–5.4.1929); *Erste Ausgabe*: Betriebszeitung für die Hütte Donawitz (1.12.1928); Die neue (freie) Alpinepost (19.4.1929–28.3.1930) *1928–1930*

Arbeiterzeitung (*einzelne Ausgaben*)

Arbeiterwille. Organ des arbeitenden Volkes für Steiermark (und Kärnten) *1927–1928*

Der Angriff. Kampfblatt der NSDAP für Graz und Umgebung *1934*

Der Kampf. Nationalsozialistisches Wochenblatt für Steiermark (und Burgenland) *1931–1933* (= StLA ZGS K.221, 1931–1935)

Der Panther. Steirische Heimatschutzzeitung *1930–1931*

Die Sturmfahne. Nationalsozialistisches Kampfblatt für Steiermark/Deutsche Volkszeitung *1923–1925*

Grazer Volksblatt *1918–1921*

Leobner Zeitung. Organ für das steirische Oberland; Leobner Sonntagspost (ab 7.9.1929)
Obersteirische Volkspresse (ab 4.12.1932) *1925–1934*

Obersteirerblatt *1927–1934*

Obersteirische Volkszeitung *1918–1934*

Österreichische Gemeindezeitung *1924–1932*

Zeitungen aus der Datenbank der Österreichischen Nationalbibliothek (=http://anno.onb.ac.at/)

Das Kleine Blatt (*einzelne Ausgaben*)

Neue Freie Presse (*einzelne Ausgaben*)

Reichspost (*einzelne Ausgaben*)

Wiener Zeitung (*einzelne Ausgaben*)

Hektographierte Zeitungen

Der Alpine Sklave. Betriebszeitung der Alpinearbeiter (= StLA BH Leoben Gr.14: (Vorfallenheitsberichte) K.16 [1927])

Der rote Alpine Arbeiter (= Mediathek der Karl-Franzens Universität Graz)

Steirische Gaunachrichten der NSDAP (= Mediathek der Karl-Franzens Universität Graz)

Primärliteratur

Autobiographien und Memoiren

Deutsch Julius, Ein weiter Weg. Lebenserinnerungen (Wien 1960)

Jansa Alfred, Aus meinem Leben. Auszug aus den Memoiren von FML Alfred Jansa (=Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Sonderband 1, Wien 2005)

Langoth Franz, Kampf um Österreich. Erinnerungen eines Politikers (Wels 1951)

Maleta Alfred, Bewältigte Vergangenheit. Österreich 1932–1945 (Graz/Wien/Köln 1981)

Renner Karl, Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik, Bd. 2 (Wien 1952)

Rintelen Anton, Erinnerungen an Österreichs Weg. Versailles-Berchtesgaden-Grossdeutschland, 2. Aufl. (München 1941)

Ludwig Eduard, Österreichs Sendung im Donauraum. Die letzten Dezennien österreichischer Innen- und Aussenpolitik (Wien 1954)

Starhemberg Ernst Rüdiger, Memoiren – mit einer Einleitung von Heinrich Drimmel (Wien/München 1971)

Streer von Streeruwitz Ernst Ritter von, Springflut über Österreich. Erinnerungen, Erlebnisse und Gedanken aus bewegter Zeit 1914–1929 (Wien/Leipzig 1937)

Wallisch Paula, Ein Held stirbt (Graz 1978)

Winkler Franz, Die Diktatur in Österreich (=Weltmachtprobleme 6, Zürich 1935)

Lexika, Nachschlagwerke, Bildbände

Der Duden. Rechtschreibung der deutschen Sprache, 21. Aufl. (Mannheim 1996)

Holtmann Everhard (Hg.), Politik Lexikon. 3. überarb. u. erw. Auflage (München 2000)

Leitner-Böchzelt Susanne, Leoben (=Reihe Archivbilder, Erfurt 2002)

List Rudolf, Das Leobner Taschenbuch (Leoben/Trofaiach 1963)

Mang Heinz, Steiermarks Sozialdemokraten im Sturm der Zeit (Graz 1988)

Pelinka Anton, Reinalter Helmut (Hrsg.), Österreichisches Vereins- und Parteienlexikon. Von der Aufklärung bis 1938 (Innsbruck/Wien/München/Bozen 2002)

Pickl Othmar, Österreichisches Städtebuch Bd.6/III (Wien 1990)

Thaller Franz, Steirischer Bauernkalender 1949

Zwitkovits Friedrich, Bruck an der Mur (=Reihe Archivbilder, Erfurt 1999)

Broschüren, Festschriften, historische Publikationen

Busson Felix, Die sozialpolitische Entwicklung. In: Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft 1881–1931 (Wien 1931) S. 131–193

Cohrs Heinz, Das innere Gefüge der NSDAP Oesterreichs. In: Wache, Deutscher Geist, S. 287–305

Danneberg Robert, Abrechnung mit Rothschild und Starhemberg. Rede des Abgeordneten Robert Danneberg gehalten am 27. Oktober 1931 im Nationalrat (Wien 1931)

Der christlichsozial-großdeutsche Bankenskandal. Eine Billion Steuergelder verschwendet (Wien 1927)

Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft 1881–1931, hrsg. v. d. ÖAMG (Wien 1931)

Donawitz – mehr als ein Stadtteil von Leoben, hrsg. v. Obersteirischem Kulturbund (Leoben 1994)

Erben Fritz, Die fachliche Ausbildung der Arbeiter. In: Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft 1881–1931 (Wien 1931) S. 195–209

Freudenthaler Josef, „Eisen auf immerdar!" Geschichte der Stadt und des Bezirkes Leoben Bd.2 (Leoben 1938)

Freudenthaler Josef, „Eisen auf immerdar!" Geschichte der Stadt und des Kreises Leoben, 2. Aufl. (Leoben 1940)

Haintz Raimund, Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. In: Wache, Deutscher Geist, S. 251–280

Haubenberger Leo, Völkisches Gewerkschaftsleben. In: Wache, Deutscher Geist, S. 317–338

Hitler und die katholische Kirche. Eine Studie von Dr. phil. Simon Pirchegger (Graz 1933)

Judendorf – Seegraben – Münzenberg. Als Leoben noch Bergbaustadt war, hrsg. v. Obersteirischem Kulturbund (Leoben 1996)

Koloman Wallisch, 50 Jahre „12. Februar 1934". Zur Erinnerung an die Ereignisse des Februar 1934 im Bezirk Bruck/Mur, hrsg. SPÖ Bezirksorganisation Bruck/Mur (Bruck/Mur 1984)

List Rudolf, 75 Jahre christliche Arbeiterbewegung in Obersteiermark (Donawitz 1962)

Mussolinis Gespräche mit Emil Ludwig (Berlin/Wien/Leipzig 1932)

Riedler Anton, Die Ausnahmegesetzgebung in Österreich 1933–1936 (Berlin 1936)

Unser Endziel! Eine Flugschrift für deutschen Nationalsozialismus von Dr. Walter Riehl (Leipzig/Wien 1920)

Wache Karl (Hrsg.), Deutscher Geist in Oesterreich. Ein Handbuch des völkischen Lebens der Ostmark (Dornbirn 1933)
(=Wache, Deutscher Geist)

Zahlbruckner August, Die technische Entwicklung. In: Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft 1881–1931 (Wien 1931) S. 43–102

Sekundärliteratur

Sammelbände

Ableitinger Alfred, Binder Dieter A. (Hrsg.), Steiermark. Die Überwindung der Peripherie (=Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr. Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 6/7, Wien/Köln/Weimar 2002)

Ardelt Rudolf, Hautmann Hans (Hrsg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich (= Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien/Zürich 1990)

Beer Siegfried (Hrsg.), Die „britische" Steiermark 1945–1955 (=Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark 38, Graz 1994)

Botz Gerhard u.a. (Hrsg.), Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. 10 Jahre Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Wien/München/Zürich 1978)

Desput Joseph F. (Hrsg.), Vom Bundesland zur europäischen Region. Die Steiermark von 1945 bis heute (=Geschichte der Steiermark 10, Graz 2004)

Dinges Martin (Hrsg.), Männer – Macht – Körper. Hegemoniale Männlichkeiten vom Mittelalter bis heute (= Geschichte und Geschlechter 49, Frankfurt am Main 2005)

Felson Richard B., Tedeschi James T. (Hrsg.), Aggression and Violence. Social Interactionist Perspectives (Washington DC 1993)

Fröschl Erich, Mesner Maria, Zoitl Helge (Hrsg.), Die Bewegung. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich (Wien 1990)

Heppner Harald (Hrsg.), Slowenen und Deutsche im gemeinsamen Raum. Neue Forschungen zu einem komplexen Thema (=Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission 38, München 2002)

Hinteregger Robert, Müller Reinhard, Staudinger Eduard, Auf dem Weg in die Freiheit. (Anstöße zu einer steirischen Zeitgeschichte) (Graz 1984)
(= Hinteregger/Müller/Staudinger, Freiheit)

Hwaletz Otto, Lackner Helmut u.a., Bergmann oder Werkssoldat. Eisenerz als Fallbeispiel industrieller Politik. Dokumente und Analysen über die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft in der Zwischenkriegszeit (Graz 1984)

Jedlicka Ludwig, Neck Rudolf (Hrsg.), Vom Justizpalast zum Heldenplatz (Festgabe der Wissenschaftlichen Kommission des Theodor Körner-Stiftungsfonds und des Leopold Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, Wien 1975)
(= Jedlicka/Neck, Justizpalast)

Jesse Eckhard (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, 2. erw. und akt. Auflage (Baden-Baden 1999)
(= Jesse, Totalitarismus)

Kroker Eduard (Hrsg.), Die Gewalt in Politik, Religion und Gesellschaft (Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1976)

Küchenhoff Joachim, Hügli Anton, Mäder Ueli (Hrsg.), Gewalt. Ursachen, Formen, Prävention (= Reihe Psyche und Gesellschaft, Gießen 2005)

Leser Norbert, Sailer-Wlasits Paul (Hrsg.), 1927. Als die Republik brannte. Von Schattendorf bis Wien (Wien/Klosterneuburg 2001)

Maimann Helene (Hrsg.), Die ersten 100 Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888–1988 (Wien 1988)

Nolte Ernst (Hrsg.), Theorien über den Faschismus, 6. Aufl. (Königstein/Ts. 1984)

Plasser Fritz, Ulram Peter A. (Hrsg.), Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich (Frankfurt am Main 1991)
(= Plasser/Ulram, Staatsbürger)

Riesenfellner Stefan (Hrsg.), Zeitgeschichten. Autobiographien zur Alltags- und Sozialgeschichte Österreichs 1914–1938. Arbeiterleben Bd.2 (Graz 1992)
(= Riesenfellner, Zeitgeschichten)

Roth Paul W (Hrsg.), Erz und Eisen in der Grünen Mark. Beiträge zum steirischen Eisenwesen. Beitragsband zur steirischen Landesausstellung (Graz 1984)
(= Roth, Erz und Eisen)

SCHEFBECK Günther (Hrsg.), Österreich 1934. Vorgeschichte – Ereignisse – Wirkungen (Wien 2004)
(= SCHEFBECK, Österreich)

SEGAR Kenneth, WARREN John (Eds.), Austria in the Thirties: Culture and Politics (Riverside 1991)

STEININGER Rolf, GEHLER Michael (Hrsg.), Österreich im 20. Jahrhundert, 2 Bde. (Wien/Köln/Weimar 1997)
(= STEININGER/GEHLER, Österreich im 20. Jahrhundert, Bd.1)

TÁLOS Emmerich, DACHS Herbert u.a. (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933 (Wien 1995)
(= TÁLOS/DACHS, P. S. Ö.)

TÁLOS Emmerich, NEUGEBAUER Wolfgang (Hrsg.), Austrofaschismus. Politik-Ökonomie-Kultur 1933–1938 (=Politik und Zeitgeschichte 1, Wien 2005)
(= TÁLOS/NEUGEBAUER, Austrofaschismus)

THORPE Andrew (Ed.), The Failure of Political Extremism in Inter-war Britain (=Exeter Studies in History, Exeter 1989)

WEINZIERL Erika, SKALNIK Kurt (Hrsg.), Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, 2 Bde. (Graz 1983)
(= WEINZIERL/SKALNIK, Erste Republik)

WODAK Ruth (Ed.), Language, Power and Ideology. Studies in Political Discourse (=Critical Theory. Interdisciplinary Approaches to Language, Discourse and Ideology 7, Vienna 1989)

Monographien und wissenschaftliche Studien:

ADORNO Theodor W. HORKHEIMER Max, Dialektik der Aufklärung (Frankfurt am Main 1987)

ALMOND Gabriel A., VERBA Sidney, The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations (Princeton 1963)

ANZENBERGER Werner, POLASCHEK Martin, Widerstand für eine Demokratie (Graz 2004)

ARENDT Hannah, Elemente und Ursprünge Totaler Herrschaft (New York 1955)

Aschacher Nora, Die Presse der Steiermark von 1918 bis 31. Juli 1955 (Diss., Wien 1972)

Ausch Karl, Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption (Wien 1968)

Bärnthaler Irmgard, Die Vaterländische Front. Geschichte und Organisation (Wien 1971)

Bauer Kurt, Struktur und Dynamik des illegalen Nationalsozialismus in der obersteirischen Industrieregion 1933/1934 (Dipl. Arb., Wien 1998)

Bauer Kurt, Sozialgeschichtliche Aspekte des nationalsozialistischen Juliputsches 1934 (Diss., Wien 2001)

Bauer Kurt, Elementarereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934 (Wien 2003)

Bauer Otto, Die österreichische Revolution (o.O. 1965)

Berchtold Klaus (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966 (München 1967)

Botz Gerhard, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934 (München 1976)

Botz Gerhard, Nationalsozialismus in Wien (Wien 2008)

Boyer John W., Political Radicalism in Late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement 1848–1897 (Chicago 1981)

Brandstötter Rudolf, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich (Diss., Wien 1969)

Bruckmüller Ernst, Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse, 2. erg. u. erw. Auflage (= Studien zu Politik und Verwaltung 4, Wien/Köln/Graz 1996)

Bruckmüller Ernst, Sozialgeschichte Österreichs, 2. Aufl. (Wien 2001)

Butschek Felix, Vom Konflikt zur Konsensorientierung. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte und die österreichische Wirtschaftspolitik 1920–1995 (Wien 1996)

Butschek Felix, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert (Wien 1985)

Carsten Francis L., Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler (München 1977)

Diamant Alfred, Die österreichischen Katholiken und die Erste Republik. Demokratie, Kapitalismus und soziale Ordnung 1918–1934 (Princeton 1960)

Drimmel Heinrich, Vom Justizpalastbrand zum Februaraufstand. Österreich 1927–1934 (Wien/München 1986)

Edmondson Earl C., The Heimwehr and Austrian Politics 1918–1936 (Athens 1978)

Fröschl Erich, Zoitl Helge (Hrsg.), Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen (Beiträge zum wissenschaftlichen Symposion des Dr-Karl-Renner-Instituts abgehalten vom 13.–15.2.1984 in Wien)

Funder Friedrich, Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik (Wien 1971)

Garscha Winfried, McLoughlin Barry, Wien 1927. Menetekel für die Republik (Berlin 1987)

Gebhardt Helmut, Die Gendarmerie in der Steiermark von 1850 bis heute (Graz 1997)

Gehler Michael, Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem. Zwischen Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung (=Herausforderungen. Historisch-politische Analysen 12, Bochum 2001)

Goldinger Walter, Binder Dieter A., Geschichte der Republik Österreich 1918–1938 (Wien 1992)

Gorke Peter, Anton Rintelen (1876–1946). Eine polarisierende Persönlichkeit. Versuch einer politischen Biographie (Diss., Graz 2002)

Gruber Reinhard, „Strafprozesse am Kreisgericht Leoben von 1933 bis 1938“ (Diss., Graz 2002)

Gulick Charles A., Österreich von Habsburg zu Hitler (Wien 1976)

Haas Alexander, Die vergessene Bauernpartei. Der Steirische Landbund und sein Einfluß auf die österreichische Politik 1918–1934 (Graz 2000)

Halbrainer Heimo, Sepp Filz und seine Zeit. Ein Donawitzer Arbeiter auf der Walz, im Widerstand und beim Wiederaufbau (Dipl. Arb., Graz 1993)

Halbrainer Heimo, Polaschek Martin F. (Hrsg.), Aufstand, Putsch und Diktatur. Das Jahr 1934 in der Steiermark. Tagung am 18. Mai 2004 im Steiermärkischen Landesarchiv, Graz (=Styriaca 6, Graz 2007)

Hänisch Dirk, Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils (=Böhlaus Zeitgeschichtliche Bibliothek 35, Wien/Köln/Weimar 1998)

Hanisch Ernst, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (=Österreichische Geschichte, Wien 1994)

Hannak Jacques, Im Sturm eines Jahrhunderts. Volkstümliche Geschichte der Sozialistischen Partei Österreichs (Wien 1952)

Hasiba Gernot D., Die Ereignisse von St. Lorenzen im Mürztal als auslösendes Element der Verfassungsreform von 1929 (= kleine Arbeitsreihe zur europäischen und vergleichenden Rechtsgeschichte 11, Graz 1978)

Hinteregger Robert, Schmidlechner Karin, Staudinger Eduard, Für Freiheit, Arbeit und Recht. Die Steirische Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Faschismus (1918–1938). Katalog zur Wanderausstellung vom 13. Jänner bis 30. November 1984 in allen steirischen Bezirken (Graz 1984)

Hobsbawm Eric, Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert (München 2006)

Höfelmeyer Astrid, Küster Gerd, Aggression und Gewalt. Eine Einführung in Theorien der Natur- und Gesellschaftswissenschaften (Frankfurt am Main 1976)

Hofmann Josef, Der Pfrimer-Putsch (Graz 1965)

Holtmann Everhard, Zwischen Unterdrückung und Befriedung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933–1938 (= Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 1, Wien 1978)

Hwaletz Otto, Lackner Helmut, Stocker Karl, Die allgemeine Dynamik der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung nach der Weltwirtschaftskrise und die Region Aichfeld – Murboden. Theoretische und empirische Untersuchungen zu den Determinanten regionaler Entwicklung 1929–1980 (Graz 1985)

Hwaletz Otto, Die österreichische Montanindustrie im 19. und 20. Jahrhundert (=Studien zur Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftspolitik 6, Wien/Köln/Weimar 2001)

JAGSCHITZ Gerhard, Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich (Graz/Wien/Köln 1976)

JAHODA Marie, LAZARSFELD Paul F., ZEISEL Hans, Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie. 1. Aufl. (Frankfurt am Main 1975)

JOHAM Alfred, Leoben. Bauentwicklung und Stadtbefestigung. Eine stadtmorphologische Studie zur Leobener Innenstadt (=Schriftenreihe des Instituts für Geschichte 17, Graz 2009)

JONTES Günther, Leoben. Die alte Bergstadt. Geschichte, Kunst, Gegenwart, 2. Aufl. (Spielberg 1995)

KAASE Max, Sinn oder Unsinn des Konzeptes Politische Kultur für die vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln. Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahlen 1980 (Opladen 1983)

KADLETZ Wilhelm, Leoben, eine geschichtliche Skizze (Leoben 1965)

KAREL Sonja, Arbeiterschaft und Bevölkerungsentwicklung im Leobner Raum (Dipl. Arb., Graz 1999)

KARNER Stefan, Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur (Graz 2005)

KARNER Stefan, Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945 (Graz/Wien 1986)

KEREKES Lajos, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr (Wien 1966)

KÖCK Günter, Der 12. Februar in der Steiermark (Diss., Graz 1985)

KRIECHBAUMER Robert (Hg.), „Dieses Österreich retten …“ Die Protokolle der Parteitage der christlichsozialen Partei in der Ersten Republik (=Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 17, Wien/Köln/Weimar 2006)

KRIECHBAUMER Robert, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945 (=Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 12, Wien/Köln/Weimar 2001)

Ladner Gottlieb, Seipel als Überwinder der Staatskrise vom Sommer 1922 (= Publikationen des Österreichischen Instituts für Zeitgeschichte 1, Wien 1964)

Lehner Oskar, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte mit Grundzügen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Linz 1992)

Lipp Josef, Der steiermärkische Landtag. Die Landtagswahlordnungen und die Landtagswahlergebnisse der Steiermark in der 1. Republik (Dipl. Arb., Graz 1991)

Loehr Maja, Leoben – Werden und Wesen einer Stadt (Baden 1934)

MacLoughlin Finbarr, Der Republikanische Schutzbund und gewalttätige politische Auseinandersetzungen in Österreich 1923–1934 (Diss., Wien 1990)

März Eduard, Österreichische Bankenpolitik in der Zeit der großen Wende 1913–1923 (München 1981)

Marschalek Manfred (Hrsg.), Untergrund und Exil. Österreichs Sozialisten zwischen 1934 und 1945 (= Sozialistische Bibliothek, Abt. 1: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 3, Wien 1990)

Matis Herbert, Von der frühen Industrialisierung zum Computerzeitalter. Wirtschaftshistorische Wegmarkierungen (Wien/Köln/Weimar 2006)

Müller Reinhard, Marienthal. Das Dorf – die Arbeitslosen – die Studie (Innsbruck 2008)

Novak Christian, Rationalisierung und Arbeiterschaft in Österreich von 1918–1934 (Dipl. Arb., Graz 1985)

Orieschnig Dominik (Hrsg.), „… geduldig und wahrhaft geistlich …“. Die Geschichte der Redemptoristen von Leoben (Leoben 2004)

Pauley Bruce F., Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918–1934 (Wien 1972)

Pauley Bruce F., Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich (Wien 1988)

Perger Günther, Die dienstrechtliche Entwicklung der Gendarmerie von 1918 bis 1938 (Dipl. Arb., Graz 2005)

Pickl Othmar, Josef Seßler und die Anfänge der Mürztaler Eisenindustrie. In: Tremel Ferdinand (Hrsg.), Steirische Unternehmer des 19. und des 20. Jahrhunderts.

Eine Sammlung von Lebensbildern (=Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark, Sonderband 9, Graz 1965)

Polaschek Martin, Die Bezirksvertretungen in der Steiermark zwischen 1918 und 1938. Demokratische Selbstverwaltung oder überflüssige Behörde? (=Veröffentlichungen des steiermärkischen Landesarchivs 22, Graz 1997)

Polaschek Martin, Die Rechtsentwicklung in der Ersten Republik. Die Gesetzgebung im Verfassungs- und Strafrecht von 1918–1933 (Graz 1992)

Rabinbach Anson, Vom Roten Wien zum Bürgerkrieg (=Sozialistische Bibliothek Abt. 1: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 2, Wien 1989)

Reynolds P.A., British Foreign Policy in the Inter-War Years (London 1954)

Reiter Ilse, Ausgewiesen, abgeschoben. Eine Geschichte des Ausweisungsrechts in Österreich vom ausgehenden 18. bis ins 20. Jahrhundert (= Wiener Studien zu Geschichte, Recht und Gesellschaft 2, Frankfurt am Main 2000)

Reimann Viktor, Zu groß für Österreich. Seipel und Bauer im Kampf um die Erste Republik (Wien/Frankfurt/Zürich 1968)

Rohe Karl, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert (Frankfurt am Main 1992)

Rupnik Dieter, Dollfuß im Spiegel der steirischen Presse, 20. Mai bis 11. September 1933 (Diss.masch., Graz 1970)

Sandgruber Roman, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (=Österreichische Geschichte, Wien 1995)

Schafranek Hans, Sommerfest mit Preisschiessen. Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934 (Wien 2006)

Schleicher Barbara, Heißes Eisen. Zur Unternehmenspolitik der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft in den Jahren 1918–1933 (Frankfurt am Main 1999)

Schöffer Peter, Der Wahlrechtskampf der Österreichischen Sozialdemokratie 1888/1889–1897. Vom Hainfelder Einigungsparteitag bis zur Wahlreform Badenis und zum Einzug der ersten Sozialdemokraten in den Reichsrat (= Studien zur modernen Geschichte 34, Stuttgart 1986)

Schumann Dirk, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg (=Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen 17, Schriftenreihe A: Darstellungen, Essen 2001)

Senft Gerhard, Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. Österreich 1934–1938 (=Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit 15, Wien 2002)

Silberbauer Gerhard, Österreichs Katholiken und die Arbeiterfrage (Graz/Wien/Köln 1966)

Simon Walter B., Österreich 1928–1938. Ideologien und Politik (=Böhlaus Zeitgeschichtliche Bibliothek 5, Wien/Köln/Graz 1984)

Slapnicka Harry, Von Hauser bis Eigruber. Eine Zeitgeschichte Oberösterreichs, 4 Bde. (Linz 1974 –1978)

Slapnicka Harry, Hitlers Partei in Oberösterreich (ca. 2001)

Soós Katalin, Koloman Wallisch. Eine politische Biographie (=Materialien zur Arbeiterbewegung 57, Wien/Zürich 1990)

Steiner Herbert, Die Kommunistische Partei Österreichs von 1918–1933. Bibliographische Bemerkungen (=Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft 11, Meisenheim am Glan 1968)

Steiner Roland, Die „Obersteirische Volkspresse“ (1924–1938). Ein Beispiel publizistischer und personeller Diskontinuität im österreichischen Journalismus 1938–1945 (Seminararbeit, Wien 2008)

Stiefel Dieter, Die grosse Krise in einem kleinen Land. Österreichische Finanz- und Wirtschaftspolitik 1929–1938 (=Studien zu Politik und Verwaltung 26, Wien/Köln/Graz 1988)

Stiefel Dieter, Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen – am Beispiel Österreichs 1918–1938 (=Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 31, Berlin 1979)

Stocker Karl, Gestohlene Jugend. Die Tagebücher und Aufzeichnungen des Franz Schick 1930 bis 1933, bearbeitet und mit einem Nachwort versehen (=Schriftenreihe des Instituts für Geschichte 4, Graz 1991)

Stocker Karl, Geschichtswerkstatt Leoben: Leben und Arbeiten im Bezirk Leoben (Wien/Köln 1989)

Strassner Erich, Ideologie – SPRACHE – Politik. Grundfragen ihres Zusammenhangs (Tübingen 1987)

Suppan Arnold, Jugoslawien und Österreich. 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld (=Veröffentlichungen des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 14, Wien 1996)

Thaler Ingrid E., Der Nationalsozialismus in Wolfsberg (Dipl. Arb., Klagenfurt 1994)

Thaler Peter, The Ambivalence of Identity. The Austrian Experience of Nation-Building in a Modern Society (West Lafayette 2001)

Wagener Sybil, Feindbilder. Wie kollektiver Hass entsteht (Berlin 1999)

Weilharter Wolfgang, Der sozialdemokratische Antiklerikalismus in Österreich im Zusammenhang mit den ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen am Anfang der 30er Jahre (Dipl. Arb., Graz 1993)

Weinhandel Ewald, Der Kampf um die Unternehmerkontrolle in der Zwischenkriegszeit am Beispiel der Werksgemeinschaftsideologie, des DINTA-Systems und der Betriebspolitik der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft (Dipl. Arb., Graz 1990)

Wessels Jens-Wilhelm, Economic Policy and Microeconomic Performance in Inter-War Europe. The Case of Austria, 1918–1938 (=Beiträge zur Unternehmensgeschichte 25, Stuttgart 2007)

Wilding Peter, „… für Arbeit und Brot“. Arbeitslose in Bewegung. Arbeitslosenpolitik und Arbeitslosenbewegung in der Zwischenkriegszeit in Österreich (mit dem regionalgeschichtlichen Schwerpunkt Steiermark) (Wien 1990)

Wiltschegg Walter, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? (=Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 7, Wien 1985)

Wirsching Andreas, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/1939. Berlin und Paris im Vergleich (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 40, München 1999)

Wolf Gerald, Die NSDAP im Bezirk Deutschlandsberg von ihren Anfängen bis zum gescheiterten Juliputsch 1934 (Dipl. Arb., Graz 2001)

Aufsätze in Zeitschriften und Sammelbänden

ANONYM, Nicht vergessen! Immer daran denken! In: Riesenfellner, Zeitgeschichten, S. 9–11

BAUER Kurt, „Steiermark ist einmal gründlich verseucht“. Regionale Unterschiede bei der Affinität zum Nationalsozialismus in der Phase des Durchbruchs zur Massenbewegung. Mögliche Ursachen und Erklärungsansätze. In: Österreich in Geschichte und Literatur 43 (1999) 295–316

BEHR Otmar, Als ich noch ein Arbeiterbub war … In: Riesenfellner, Zeitgeschichten, S. 234–235

BERGER Peter, Ökonomische Macht und Politik. In: Tálos/Dachs, P.S. Ö., S. 395–418

BINDER Dieter A., Der Skandal zur „rechten“ Zeit. Die Hirtenberger Waffenaffäre 1933 an der Nahtstelle zwischen Innen- und Außenpolitik. In: GEHLER Michael, SICKINGER Hubert (Hrsg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Thaur/Wien/München 1995) S. 278–292

BINDER Dieter A., Parlamentarismus zwischen Lagerpatriotismus und Lösungskompetenz. Österreich 1920–1933. In: BRUCKMÜLLER Ernst (Hrsg.), Parlamentarismus in Österreich (=Schriften des Instituts für Österreichkunde 64, Wien 2001) 130–144

BOSSLE Lothar, Soziologie und Psychologie des Radikalismusphänomens in der Politik. In: FUNKE Manfred (Hrsg.), Extremismus im demokratischen Rechtsstaat (Düsseldorf 1978) S. 62–81

BRACHER Karl Dietrich, Das 20. Jahrhundert als Zeitalter der ideologischen Auseinandersetzungen zwischen demokratischen und totalitären Systemen. In: Jesse, Totalitarismus 137–151

BRUCKMÜLLER Ernst, Sozialstruktur und Sozialpolitik. In: WEINZIERL/SKALNIK, Erste Republik Bd.1, S. 381– 436

BURKERT Günther R., Der Landbund für Österreich. In: Tálos/Dachs, P.S. Ö., S. 207–217

DESPUT Joseph Franz, Aus den Akten des Deutschen Konsulates in Graz in der Ersten Republik. In: Mitteilungen des Steiermärkischen Landesarchivs 38 (Graz 1988) 45–68

DUCHKOWITSCH Wolfgang, Umgang mit „Schädlingen“ und „schädlichen Auswüchsen“. Zur Auslöschung der freien Medienstruktur im „Ständestaat“. In: Tálos/Neugebauer, Austrofaschismus. S. 358–370

EHMER Josef, Die Kommunistische Partei Österreichs. In: Tálos/Dachs, P.S. Ö., S. 218–230

ENGLERT Ewald, Zur Sozialpsychologie der Gewalt. In: KROKER Eduard (Hg.), Die Gewalt in Politik, Religion und Gesellschaft (Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1976) S. 197–238

FISCHER P.G., The Österreichisch-Alpine Montangesellschaft, 1918–38. In: International Business and Central Europe 1918–1939 (Leicester 1983) S. 253–268

GALTUNG Johan, Gewalt, Frieden und Friedensforschung. In: SENGHAAS Dieter (Hrsg.), Kritische Friedensforschung (Frankfurt am Main 1972) S. 55–104

GLASER Ernst, Über die Organisationsstrukturen im sozialdemokratischen Lager. In: FRÖSCHL Erich, MESNER Maria, ZOITL Helge (Hrsg.), Die Bewegung. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich (Wien 1990) S. 394–410

HÄMMERLE Christa, Zur Relevanz des Connell'schen Konzepts hegemonialer Männlichkeit für „Militär und Männlichkeit/en in der Habsburgermonarchie (1886–1914/18)“. In: DINGES Martin (Hg.), Männer – Macht – Körper. Hegemoniale Männlichkeiten vom Mittelalter bis heute (= „Geschichte und Geschlechter“ 49, Frankfurt am Main 2005) S. 103–121

HANISCH Ernst, Regionale Zeitgeschichte. Einige theoretische und methodologische Überlegungen. In: Zeitgeschichte 7 (1979) 39–60

HANISCH Ernst, Neuere Literatur zur regionalen Zeitgeschichte in Österreich. In: Zeitgeschichte 11 (1984) 277–284

HASIBA Gernot D., Die Steiermark und der Gesamtstaat ab 1918. In: 800 Jahre Steiermark und Österreich 1192–1992. Der Beitrag der Steiermark zu Österreichs Größe (= Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark 35, Graz 1992) S. 471–493

HINTEREGGER Robert, SCHMIDLECHNER Karin M., STAUDINGER Eduard, Koloman Wallisch und die obersteirische Arbeiterbewegung. In: HINTEREGGER/MÜLLER/STAUDINGER, Freiheit, S. 197–216

HOFFMANN Robert, Neuere Literatur zur Geschichte Österreichs von 1927–1938. In: Zeitgeschichte 3 (1975) 378–393

Holtmann Everhard, Sozialdemokratische Defensivpolitik vor dem 12. Februar 1934. In: Justizpalast zum Heldenplatz, S. 113–120

Jedlicka Ludwig, Die Außenpolitik der Ersten Republik. In: Jedlicka/Neck, Justizpalast, S. 103–113

Jontes Günther, Leoben. Politischer Bezirk Leoben. In: Pickl Othmar (Hrsg.), Österreichisches Städtebuch Bd.6/III (Wien 1990) S. 113–146

Karner Stefan, Steirisches Eisen zwischen Wirtschaftskrise und Kriegskonjunktur (1914–1945). In: Roth, Erz und Eisen, S. 367–382

Köstler Hans Jörg, Das steirische Eisenhüttenwesen von den Anfängen des Floßofenbetriebes im 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart. In: Roth, Erz und Eisen, S. 109–156

Konrad Helmut, The Corporate State and National Socialism. In: Segar Kenneth, Warren John (Eds.), Austria in the Thirties: Culture and Politics (Riverside 1991) S. 48–66

Kondert Reinhart, Schober und die Heimwehr. Der Niedergang des Austrofaschismus 1929–1930. In: Zeitgeschichte 3 (1975) 163–175

Koziol Klaus, Globalisierung oder die Renaissance der Region. In: Dornheim Andreas, Greiffenhagen Sylvia (Hrsg.), Identität und politische Kultur (Stuttgart 2003) S. 54–63

Kuprian, Hermann J.W., An der Schwelle zum 20. Jahrhundert – Staat und Gesellschaft vor dem ersten Weltkrieg. In: Steininger/Gehler, Österreich im 20. Jahrhundert Bd.1, S. 9–57

Lauridsen John T., Nazism and the Radical Right in Austria 1918–1934 (=Danish Humanist Texts and Studies 32, Copenhagen 2007)

Leitner Wilhelm, Die Steiermark – eine Regionalgeographie. In: Österreich in Geschichte und Literatur (ÖGL) 19 (1975) 234–249

Liebmann Maximilian, 1934: Kirche, Kultur und Arbeiterschaft. In: Hinteregger/Müller/Staudinger, Freiheit, S. 287–310

Leser Norbert, Ignaz Seipel und Otto Bauer. Versuch einer kritischen Konfrontation. In: Geschichte und Gegenwart 4/82, 251–285

Maier Hans, „Totalitarismus“ und „Politische Religionen“. Konzepte des Diktaturvergleichs. In: Jesse, Totalitarismus, S. 118–134

Malina Peter, Lokalkommunikation und Regionalgeschichte. Zur Annäherung an die Geschichte lokaler Räume und ihrer Kommunikationsstrukturen. In: Zeitgeschichte 14 (1987) 69–88

Möller Horst, Gefährdungen der Demokratie. Aktuelle Probleme in historischer Sicht. In: Viertelsjahrshefte für Zeitgeschichte 55 Jg. (2007) 379–392

Müller Wolfgang C., 1. Politische Kultur: Konzept-Forschungsmethoden-Effekte. In: Plasser/Ulram, Staatsbürger, S. 3–15

Müller Wolfgang C., Zum Konzept der Politischen Kultur. In: Zeitgeschichte 12 (1984) 26–35

Neck Rudolf, Sozialdemokratie. In: Weinzierl/Skalnik, Erste Republik Bd. 1, S. 225–248

Neugebauer Wolfgang, Die Anfänge des NS-Terrorismus in Österreich – Wurzeln, Motive, politische Hintergründe. In: Schefbeck, Österreich 1934, S. 70–77

Paschinger Herbert, Die Steiermark. Lebens- und Wirtschaftsräume im Strukturwandel. In: ÖGL 30 (1986) 150–162

Pferschy Gerhard, Steiermark. In: Weinzierl/Skalnik, Erste Republik Bd. 2, S. 939–960

Pferschy Gerhard, Über Kräfte und Ideen im politischen Leben der Steiermark während der Ersten Republik. In: Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark (ZdHVSt) 80 (1989) 245–255

Pferschy Gerhard, Die steirischen Bezirkshauptleute seit 1868. In: Mitteilungen des Steiermärkischen Landesarchivs 18 (1968) 118–128

Pfoser Alfred, Politik im Alltag. Zur Kulturgeschichte der Ersten Republik. In: Zeitgeschichte 5 (1978) 372–383

Rath R. John, The Deterioration of Democracy in Austria, 1927–1932. In: Austrian History Yearbook XXVII 1996, 213–259

Rauchensteiner Manfried, Landesverteidigung und Sicherheitspolitik 1918–1934. In: Tálos/Dachs, P. S. Ö., S. 602–617

Rosner Peter, Die ewige Krise. In: Politische Ökonomie und Wirtschaftspolitik im Austromarxismus (=Quellen und Studien zur österreichischen Geistesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert 6, Wien 1987) S. 283–322; Fischer Georg, Rosner Peter, Fortschritt und Aufbau. In: Ebda., S. 425–430

Sailer-Wlasits Paul, Vom Wort zur Tat – politische Sprache und Gewalt. In: Leser Norbert, Sailer-Wlasits Paul (Hrsg.), 1927. Als die Republik brannte. Von Schattendorf bis Wien (Wien/Klosterneuburg 2001) S. 93–114

Sandgruber Roman, Ökonomische Krise und Delegitimierung der Demokratie. In: Schefbeck, Österreich 1934, S. 43–59

Schiffer Karl, Die Linke in der steirischen Sozialdemokratie während der Ersten Republik. Ein autographischer Bericht. In: Hinteregger/Müller/Staudinger, Freiheit, S. 263–285

Stadler Karl R., Die Gründung der Republik. In: Weinzierl/Skalnik, Erste Republik Bd.1, S. 55–84

Staudinger Anton, Christlichsoziale Partei und Errichtung des „Autoritären Ständestaates“ in Österreich. In: Jedlicka/Neck, Justizpalast, S. 65–81

Staudinger Eduard G., Die Alpine Montangesellschaft im Juli 1934. In: Blätter für Heimatkunde 58 Jg. (Graz 1984) 15–25

Staudinger Eduard G., Pfrimer-Putsch 1931 und NS-Putsch 1934. Aspekte einer Beziehungsgeschichte. In: Franz Margit, Halbrainer Heimo, Lamprecht Gerald u.a. (Hrsg.), Mapping Contemporary History. Zeitgeschichten im Diskurs (Wien/Köln/Weimar 2008) S. 311–319

Staudinger Eduard G., „Unabhängige Gewerkschaft“ und Arbeiterschaft in der Obersteiermark 1927–1933. In: Geschichte und Gegenwart 1 (1985) 54–81

Staudinger Eduard G., Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938. In: Bouvier Friedrich u.a. (Red.), Graz 1938 (=Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 18/19, Graz 1987) 31–74

Steiner Herbert, Die Kommunistische Partei. In: Weinzierl/Skalnik, Erste Republik Bd.1, S. 317–329

Steininger Rolf, Stationen auf dem Weg zum „Anschluß“. In: Steininger/Gehler, Österreich im 20. Jahrhundert Bd.1, S. 99–151

Stocker Karl, Akkumulationszwang und Arbeiterinteresse. Beiträge über die Umsetzung von Verwertungsinteressen in soziale Tatsachen am Beispiel der ÖAMG. In: Hinteregger/Müller/Staudinger, Freiheit, S. 249–262

Stubenvoll Karl, Zur Genesis und Funktion des „Antiterrorgesetzes" vom 5. April 1930. In: Konrad Helmut, Maderthaner Wolfgang (Hrsg.), Neuere Studien zur Arbeitergeschichte. Zum 25-jährigen Bestehen des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung Bd. 1 (=Materialien zur Arbeiterbewegung 35, Wien 1984) S. 213–245

Sturmayr Gerald, Industrielle Interessenverbände: Ringen um Einheit. In: Tálos/Dachs, P.S. Ö., S. 339–352

Tálos Emmerich, Manoschek Walter, Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus. In: Tálos/Neugebauer, Austrofaschismus, S. 6–25

Wandruszka Adam, Das „nationale Lager". In: Weinzierl/Skalnik, Erste Republik Bd.1, S. 277–315

Wandruszka Adam, Österreichs Politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: Heinrich Benedikt (Hrsg.), Geschichte der Republik Österreich (Wien 1954) S. 289–485

Weber Fritz, Staatliche Wirtschaftspolitik in der Zwischenkriegszeit. Zum Investitionsverhalten der öffentlichen Hand 1918–1938. In: Tálos/Dachs, P. S. Ö., S. 531–551

Internetquellen

Hautmann Hans, Klassenjustiz in der Ersten Republik. Referat auf der Veranstaltung der Alfred Klahr Gesellschaft „15. Juli 1927. Das Polizeimassaker vor dem Justizpalast" am 14. Juni 2007 im Café Rathaus, http://www.klahrgesellschaft.at/Referate/Hautmann_Klassenjustiz.html, 14.10.2009

Naderer Otto, Der Republikanische Schutzbund und die militärische Vorbereitung auf den Bürgerkrieg. In: Österreichische Militärische Zeitschrift 4/2004: Österreichs Bundesheer [o. Paginierung], http://www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=219, 7.11.2009

Neugebauer Gero, Extremismus-Rechtsextremismus-Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, http://www.extremismus.com/texte/ext1.pdf, 14.10.2009

http://derstandard.at/fs/1575541/20022004-Armer-Suender-Dollfuss 14.10.2009

http://www.versailler-vertrag.de/svsg/svsg-i.htm 14.10.2009
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1927.pdf, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1930.pdf 18.12.2009

http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/14475904/DE/ 18.12.2009
http://www.obersteiermark.at/pdf/Endbericht_18072005.pdf 18.12.2009
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/regionales/regionale_gliederungen/PolitischeBezirke/index.html 18.12.2009
http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10004611_97710/5c8995e7/Publikation%2011-2007.pdf 18.12.2009
http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/4515066/DE/ 18.12.2009
http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10004611_97710/115a1df3/Wbinsgesamt-09.pdf 18.12.2009

http://www.marxismus.at/Assets/pdf/hainfeld.pdf 18.12.2009

http://www.vulture-bookz.de/marx/archive/volltext/Marx-Engels_1848--90~Das_Kommunistische_Manifest.html 18.12.2009

http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?aid=bgb&datum=19330004&seite=00000526 18.12.2009
http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?aid=bgb&datum=19330004&seite=00000569 18.12.2009

http://en.wikipedia.org/wiki/Starosambirskyi_Raion 18.12.2009

http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_01765/ah_01765.shtml 18.12.2009
http://www.parlinkom.at/SK/VLESESAAL/PARL/show.psp?P_INF2=500001 18.12.2009
http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_00865/pad_00865.shtml 18.12.2009

http://textfeld.ac.at/text/1355/ 18.12.2009

http://www-classic.uni-graz.at/sozwww/agsoe/docs/quer.pdf 18.12.2009

http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_01065/pad_01065.shtml 18.12.2009
http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_00458/pad_00458.shtml 18.12.2009

http://www.documentArchiv.de/wr/1920/nsdap-programm.html 18.12.2009
http://mdz1.bib-bvb.de/~db/bsb00000146/images/index.html?nativeno=330 18.12.2009

http://www.lyrikwelt.de/gedichte/herweghg1.htm 18.12.2009

http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/464768/index.do 18.12.2009

http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?apm=0&aid=nfp&datum=19330103&seite=3&zoom=2 18.12.2009

http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?apm=0&aid=rpt&datum=19311117&seite=2&zoom=2 18.12.2009

http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=bgb&datum=19330004&seite=00001395 18.12.2009

http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=bgb&datum=19330004&seite=00001025, 18.12.2009 http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=bgb&datum=19340004&seite=00000077, 18.12.2009 http://alex.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=bgl&datum=19340004&seite=00000609&zoom=2 18.12.2009

http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.r/r524221.htm 18.12.2009

http://www.austro-hungarian-army.co.uk/biog/ellison.html 14.10.2009

http://forum.axishistory.com/viewtopic.php?t=25428 18.12.2009

http://www.dasrotewien.at/online/page.php?P=11444 7.11.2009

http://www.doew.at/frames.php?/service/archiv/eg/lackner1.html 12.11.2009

http://oe1.orf.at/highlights/40470.html 8.2.2010

II. Verzeichnis der Abkürzungen

ARBÖ	Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund Österreichs
ASKÖ	Arbeiterbund für Sport und Körperkultur in Österreich
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BGK	Bezirksgendarmeriekommando/-kommandant
BH	Bezirkshauptmannschaft; Bezirkshauptmann
BKA	Bundeskanzleramt
BM	(Bezirk/Stadt) Bruck an der Mur
BV	Bezirksvertretung
BZÖ	Bund Zukunft Österreichs
CSP	Christlichsoziale Partei
DINTA	Deutsches Institut für Technische Arbeitsschulung
DNSAP	Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei
EU	Europäische Union
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GDV	Großdeutsche Volkspartei
GPK	Gendarmeriepostenkommando
GRW	Gemeinderatswahlen
HB	Heimatblock
HJ/BDM	Hitlerjugend/Bund Deutscher Mädel
HS	Steirischer (Deutschösterreichischer) Heimatschutz
JU	(Bezirk/Stadt) Judenburg
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
LB	Landbund
LGK	Landesgendarmeriekommando/-kommandant
LE	(Bezirk/Stadt) Leoben
L.Reg.	Landesregierung
LTW	Landtagswahlen
NRW	Nationalratswahlen
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖAMG	Österreichische Alpine Montan Gesellschaft
ÖHS	Österreichischer Heimatschutz
ÖROK	Österreichische Raumordnungskonferenz
ÖVP	Österreichische Volkspartei
OG	Ortsgruppe
OGL	Ortsgruppenleiter
OSS	Ostmärkische Sturmscharen
Pg(n)	Parteigenosse/-genossin
Pol. Dion.	Polizeidirektion
RAVAG	Radio Verkehrs-AG
RGBl.	Reichsgesetzblatt

SA/SS	Sturmabteilung/Schutzstaffel
SDAPÖ	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs
SHS	Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen
SM	Siemens-Martin
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
STEWEAG	Steirische Wasserkraft- und Elektrizitäts-AG
VF	Vaterländische Front
VÖEST	Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke
WKNV	Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung
ZAK	Zentral-Arbeitslosen-Komitee
ZGS	Zeitgeschichtliche Sammlung

III. Personenregister

IV. Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Bildnachweis: Abb. 1: StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol. 31); Abb. 6: StLA ZGS K.365: Wahlergebnisse (1927–1930); Abb. 9: StLA ZGS (BKA) K.81/8 (Fol. 30); Abb. 2, 3, 4, 5, 7, 8: Für das zur Verfügung gestellte Fotomaterial und die dazugehörige Information danke ich der Leiterin des Museumscenters Leoben, Frau Mag. Leitner-Böchzelt, sehr herzlich.